H. Angl.
0
24d

Geſchichte

Englands

von 1833 bis 1842

von

Dr. F. Kottenkamp.

Mit fünf Portraits.

Stuttgart.

E. Schweizerbart'ſche Verlagshandlung.

1843.

STAATSBIBLIOTHEK
BAMBERG

Vorwort.

Als der Verfaſſer von der Verlagsbuchhandlung den Antrag erhielt, die Redaction der Geſchichte unſerer Tage zu übernehmen, hielt er es für zweckmäßig, die neue Reihe der von ihm begonnenen Darſtellungen über Zeitgeſchichte mit einer Erörterung der Ereigniſſe in Großbrittannien von 1833 bis 1842 zu eröffnen. Einerſeits wurde er hiezu durch den Umſtand bewogen, daß die Darlegung jener Begebenheiten unter der früheren Redaction ſeit jenem Zeitpunkte unterlaſſen war, andrerſeits waren es innere Gründe, welche ihn dazu veranlaßten. Für Großbrittannien zeigt ſich jezt ein Abſchnitt, wie bei keinem anderen Staate. Von 1833 an iſt eine abgeſchloſſene Periode geboten,

nach deren Beendigung eine andere Zuſammenſetzung und Stellung der Parteien ins Leben zu treten ſcheint; nach **1842** hat gewiſſermaßen eine zweite Wirkſamkeit der Parlamentsreform begonnen, nachdem die alten Parteien während der erſten in der Zeit von neun Jahren ihren früheren Standpunkt allmälig verloren hatten. Weil eine beſtimmte Periode ſomit geſchloſſen wurde, iſt das Urtheil über dieſelbe jezt wenigſtens leichter, wie während der Begebenheiten; indem der Verfaſſer ſich ein ſolches zu bilden ſuchte, hat er ſich bemüht, ſo weit es ihm möglich war, eine gewiſſe Unparteilichkeit hiebei zu beobachten, obgleich er ſich vollkommen bewußt iſt, daß Niemand ſchon jezt wegen der Nähe der Ereigniſſe eine durchaus unbefangene Anſicht hegen kann. Seine Darſtellung mag mitunter als einſeitig erſcheinen und von Vorausſetzungen ausgegangen ſeyn, welche vielleicht die Folgezeit nicht als richtig bewährt; jedenfalls hat er ſich bemüht, ſich mehr an die Ereigniſſe, wie an die Darlegungen zu halten, welche von den einzelnen Parteien während derſelben gegeben wurden.

In der Anordnung des Materials war es der Plan des Verfaſſers, das Verhältniß einer jeden politiſchen Frage zugleich durch den Zuſammenhang mit der Vergangenheit zu erläutern, und ſomit dem deutſchen Publikum eine vollſtändigere Ueberſicht zu verſchaffen, wie dies beim Leſen von Zeitungsnachrichten und einzelnen politiſchen Aufſätzen möglich iſt. Der Stoff war hiebei ſo reichlich, daß er ſich allein auf hervorſpringende und wichtigere Thatſachen beſchränken konnte. Er hat deßhalb eine Menge Vorfälle nicht berührt, ſobald dieſelben ohne Folgen blieben, die Stellung der Parteien nicht entſcheidend darlegten, oder dem Auslande geringeres Intereſſe bieten konnten. Die großen Parteifragen und die allgemeine Anſicht ſchien ihm immer die Hauptſache. Bei der Maſſe des Materials mögen ſich einzelne Unrichtigkeiten eingeſchlichen haben. Bei einem Buche dieſer Art iſt dieß eben ſo wohl möglich, wie in größeren Geſchichtswerken, unter denen wohl kein Einziges exiſtirt, in welchem man das Eine oder Andere dieſer Art nicht nachweiſen könnte.

In allen ſpäter erſcheinenden Bänden werden dem Verfaſſer nicht immer dieſelben Vortheile, wie in Betreff Englands, geboten werden. Dort liegen die meiſten Verhältniſſe offen am Tage; anders wird es in Betreff Rußlands, des Tſcherkeſſenkriegs u. ſ. w. ſeyn, worüber das nächſte Bändchen handeln wird, und worin einzelne Angaben aus Reiſebeſchreibungen, Zeitungsberichten u. ſ. w. allein den Stoff darbieten, welcher die offizielle Berichte u. ſ. w. erläutern mag. Jedenfalls wird ſich der Verfaſſer ſtets bemühen, eine zuſammenhängende und überſichtliche Darſtellung zu geben, welche den Zuſtand der Verhältniſſe nach der wirklichen Beſchaffenheit darlegt, und er wird ſich befriedigt finden, wenn das deutſche Publikum ſeine Arbeiten nicht ungünſtig aufnimmt.

DAN. O' CONNELL

LORD VISCOUNT MELBOURNE.

Erſtes Kapitel.

Die Whig-Regierung unmittelbar nach der Parlaments-Reform (1833).

Seit der großen Staatsrevolution, welche die Verfaſſung am Schluß des 17ten Jahrhunderts begründete, hatte Großbrittannien keine ſo durchgreifende und folgenreiche Veränderung erlitten, wie jene durch heftigen Parteikampf und anhaltende Aufregung des Landes bewirkte Umbildung des Repräſentativ-Syſtems, die 50 Jahre lang erſtrebte und endlich gewonnene Reform des Unterhauſes. Alle Parteien und Volksmaſſen fühlten gleich anfangs, daß eine neue Periode mit dem erſten reformirten Parlamente für die Nation beginne, daß innere und äußere Verhältniſſe, wo nicht plötzlich, jedoch unabwendbar eine andere Richtung erlangen müßten, wie jene, welche ſeit 1762 beinahe ohne Unterbrechung befolgt, kaum ſeit 8 Jahren mit Aengſtlichkeit und Widerſtreben theilweiſe aufgegeben war. Dieſe Veränderung aber war unausbleiblich, denn ſeit dem Beginne des 18ten Jahrhunderts, ſeit der Regierung der Königin Anna, war die Richtung der Regierung der Hauptſache nach vom Hauſe der Gemeinen ausgegangen; alle Verhältniſſe Englands fanden in der gewählten und nicht in der erblichen Kammer ſeitdem ihre Begründung, und die überwiegende politiſche Macht der erſteren in der Geſetzgebung

war faktiſch ſchon lange beſtehend. Die Torymehrheit der Grund beſitzenden Ariſtokratie, welche bis dahin durch überwiegende Majoritäten in beiden Häuſern eine erſtaunenswerthe Kraft des Staates nach Außen entwickelt, jedoch im Innern alle Verhältniſſe nach 1762 nur ihren Privat- und Standesintereſſen gemäß gebildet hatte, war jezt ihres Uebergewichtes beraubt, beſtürzt und kaum derjenigen Vortheile ſich bewußt, die ihr ſeit der Reformbill der ſiegenden Partei gegenüber verblieben waren. Ohne Halt, voll Mißtrauen gegen ihre Führer, durch die inneren Zwiſtigkeiten von 1824 bis 1830 im Zuſammenhang aufgelöst, ohne regelmäßige Organiſation und beſtimmte auf die Wiedergewinnung von Popularität berechnete Zwecke, im Reichthume von den induſtriellen Volksklaſſen theilweiſe überflügelt, vermochte die Tory-Partei nur in einer Reihe von Jahren zum mächtigen Körper als Oppoſition ſich wieder auszubilden, ſich auf dem neuen Terrain zurecht zu finden, alte Beſtrebungen gänzlich aufzugeben, und durch Aufnahme anderer Parteifraktionen, ſo wie durch Vertretung neuer Intereſſen ſich wieder zu kräftigen. Der ſeit Georg III. ſchwächere Theil der Grund-Ariſtokratie, die Whig-Partei, hatte durch Vereinigung mit den Mittelklaſſen und durch die liberale Vertretung des Intereſſes derſelben nach Innen und Außen, in einem Zeitraume von 70 Jahren, das vollkommenſte Vertrauen des Volkes erlangt, und beſaß unmittelbar nach der Parlamentsreform eine Gewalt, wie ſie kaum die mächtigſte Tory-Regierung während des aufregenden Krieges gegen Napoleon gehabt hatte. Alle

Volksbeſtrebungen nach Reform, in Geſetzen, Finanzen, im Staatshaushalt, in der Verwaltung Irlands und der Colonieen, in der Annahme einer nach Außen zu beachtenden liberalen Politik waren von ihr ſeit 1815 mit Eifer vertreten; viel war durch ſie erlangt worden, und die Führer der Partei durch ihre im früheren Leben ausgeſprochenen Meinungen für die Zukunft verpflichtet. In ihrer Mitte fanden ſich ohnedem die größeren Talente, — Männer, ſowohl gewandt in den Staatsgeſchäften, wie in der Leitung der Debatten und der öffentlichen Meinung, während ihre Gegner durch die lange Herrſchaft einer der Zahl nach bedeutenden, jedoch ſonſt durch Beſchränktheit verachteten Majorität, keinen einzigen größeren Staatsmann als den einzigen Sir Robert Peel im Unterhauſe beſaßen, welcher die Partei als Redner erfolgreich zu vertreten, und mit Gewandtheit die neue Richtung anzugeben verſtand, die jezt einmal durch die Veränderung der Volksrepräſentation nothwendig geworden war, durch die Veränderung des erſten Theiles der geſetzgebenden Gewalt in Betreff der wirklichen Macht, wenn auch nicht in der Etikette und den äußeren Formen des Staates. Die Whig-Partei aber beſaß noch allen Zuſammenhalt, den ſie während der langen Oppoſition ſich gebildet hatte; während ihrer Regierung waren noch keine Parteiungen vorgekommen, bei welchen ein innerer Zwieſpalt ſich ergeben konnte, und auch noch im Beginne des reformirten Parlamentes betrafen ihre Richtungen nur diejenigen Zwecke, nach deren Erreichung die ganze Partei lange und anhaltend geſtrebt hatte; allein bald ergab ſich eine ähnliche

innere Zerrüttung, Uneinigkeit und Mißtrauen, wie ſeit 1828 bis 1830 bei den Tories; einer der hauptſächlichſten Parteizwecke konnte nur ſehr unvollkommen erreicht werden; Schwankung im Entſchluſſe und Schwäche erwies ſich, als andere Beſtrebungen den Whigs ſich aufdrängten; ſie verloren an der Stütze der Mittelklaſſen, hielten ſich zulezt allein durch künſtliche Mittel, indem ſie theils außerhalb des Parlamentes eine Stütze ſuchten, theils ſich zu derjenigen Taktik genöthigt ſahen, welche zu Ausgleichungen und perſönlichen Unterhandlungen ihre Zuflucht nimmt, um durch die Erwerbung verhältnißmäßig geringer Stimmen im Parlamente eine geringe Mehrheit für ſich zu behaupten: zulezt war ihr Fall durch dieſen Umſtand, durch eine auf perſönliche Parteiverhältniſſe begründete falſche Richtung der auswärtigen Angelegenheiten nothwendig; die Whigs unterlagen eben ſo den Tories, welche in ſtarker und zuſammenhaltender Oppoſition ihre ſchwache Regierung ſtürzten, allein eben ſo wie ihre Gegner und wie es bei ihnen ſelbſt ſeit dem Jahre 1828 der Fall war, nach dem Siege an Zuſammenhalt und Einigkeit zu verlieren ſchienen.

Abgeſehen von dieſen zwei ariſtokratiſchen und herrſchenden Parteien hatte die Reformbill dem Mittelſtande eine größere Einwirkung auf die öffentlichen Angelegenheiten ertheilt, wie er früher jemals beſeſſen oder auf die Dauer behauptet hatte. Bekanntlich waren ſeine Rechte, Repräſentanten zu wählen, nur auf wenige der größeren Städte beſchränkt, denn viele der lezteren waren gänzlich ausgeſchloſſen, die

kleineren Orte befanden ſich in den Händen der Tory- oder Whig-Ariſtokratie als Eigenthum, und in den mittleren beſaßen größtentheils abgeſchloſſene Körperſchaften, welche ſich ihrem Intereſſe gemäß mit dem Tory-Adel vereinigten, das Recht, Parlamentsglieder zu ernennen. In Irland war die Mittelklaſſe eben ſo unbedeutend, in Schottland noch weniger repräſentirt. Alle dieſe Verhältniſſe waren jezt gänzlich entfernt. Große Städte, wie Mancheſter, Leeds, Bath, Edinburgh ꝛc. ernannten jezt durch die mittleren und gewerbtreibenden Stände ausſchließlich ihre Repräſentanten, wie es früher bei dieſen Volksklaſſen in London und Preſton kaum der Fall geweſen war. Die Zahl und der Reichthum der Wähler ertheilte den ſo gewählten Parlamentsgliedern ein größeres Gewicht, wie ſogar früher die Repräſentanten der Grafſchaften beſeſſen hatten, da es vor der Reform als beſondere und nur wenigen Parteihäuptern zukommende Ehre galt, wenn dieſe wegen Popularität und Verdienſt an die Stelle der Landjunker gewählt wurden, welche die Parlamentsſitze durch Grundeigenthum und Familien-Einfluß gleichſam als ererbt erlangten. Durch die ausgedehntere Berufung der Mittelklaſſen in das Unterhaus mußte nothwendig die Geſetzgebung ihre frühere, auf den Intereſſen der Grundbeſitzer beruhende Richtung modifiziren. Abgeſehen von den Fragen, welche überhaupt mit den Beſtrebungen der Whig-Partei vor 1830 zuſammenhingen (Sclavenemancipation, Veränderung der Armengeſetze, der Municipalverfaſſung, Milderung der Criminalſtrafen, liberale Politik nach Außen u. ſ. w.),

ließen ſich die Bemühungen vorausſehen, die finanziellen Verhältniſſe des Staates umzubilden, die Abgabenerhebung von dem Verbrauche des Volkes zu entfernen und auf das Eigenthum der Ariſtokratie wenigſtens in gleichmäßiger Weiſe auszudehnen, die **1815** zum Vortheil der Grundbeſitzer gegebenen Korngeſetze zu modifiziren, den Handel nach Außen durch Herabſetzung der Schutzzölle zu erweitern, den inneren Verkehr durch mannigfache Einrichtungen zu erleichtern u. ſ. w. Die Whig-Partei wurde aber nur allmählich und langſam in dieſe Richtung hineingetrieben; nach mannigfachen Trennungen im Inneren, nach öfterem Schwanken der Häupter, wurden Kämpfe, die auf jene Verhältniſſe ihre Begründung hatten, zu Parteifragen, jedoch erſt in einem Zeitpunkte, wo das Vertrauen der Mittelklaſſen verloren, und die bisher von der Regierung verdrängte Partei beſtimmt organiſirt und mächtig genug geworden war, um ihrerſeits das Staatsruder zu ergreifen. Letztere hat jene Richtung der Mittelklaſſen für ſich ausgebeutet und ihr Führer die feſte, unter der Oppoſition erworbene Organiſation derſelben zu dem Zwecke benuzt. Ob ihr Zuſammenhalten auf die Dauer beſteht, iſt nicht wahrſcheinlich, denn es liegt nicht im Weſen eines freien Staates, wie England, daß eine Partei, obgleich in der Oppoſition feſt geſchloſſen, ſich dem Willen eines Einzelnen oder weniger Häupter auf die Dauer und unbedingt unterwirft. Einzelne Abtheilungen löſen ſich ab, andere ſchließen ſich unter beſtimmten Bedingungen den Gegnern an; jedenfalls iſt der Einfluß der Mittelklaſſe

geſichert, und ihr beſtimmtes Anſchließen an die eine oder andere Partei des mehr oder weniger liberalen und ſchwachen oder ſtärkeren Theils der Ariſtokratie wird die Abſtimmung im Parlamente entſcheiden.

Soweit hatten die Mittelklaſſen einen Einfluß erlangt, welcher unter den Kämpfen der Ariſtokratie die Entſcheidung gab. Dieſer Einfluß gebürte ihnen ſchon lange, denn ſeit dem Beginne der zwanziger Jahre hatten die gewerbtreibenden Stände ſich einen Reichthum erworben, welche den der grundbeſitzenden Ariſtokratie bei Weitem überflügelte. Bekanntlich iſt der Grundbeſitz in England größerentheils unveräußerlich und untheilbar; mit dem Steigen der Induſtrie und des Handels hatte ſich der Werth deſſelben im Verhältniß immer vermehrt, und die Häupter der Familien waren aus erſterem Grunde ſtets um ſo reicher verblieben; außerdem hatte ſich die herrſchende Partei der Güterbeſitzer 1815 ein reichliches Einkommen durch die Korngeſetze geſichert, indem ſie die Conkurrenz des fremden und wohlfeileren Kornes ausſchloß. Allein andererſeits hatte ſich der Handel und die Fabrikation Großbrittanniens zu einer Höhe erhoben, welche früher nie geahnet war, und welche dadurch bei den induſtriellen Claſſen bis zu ſolchem Grade Reichthümer aufhäufte, daß leztere leichter und in größerem Maßſtabe wie die Grundbeſitzer bedeutende Geldſummen auf politiſche Zwecke verwenden konnten, um ſo mehr, da lezteren wegen der Unveräußerlichkeit ihrer Güter nicht ſo leicht größere Summen augenblicklich zu Gebote ſtanden. Jenes Anwachſen des inneren Reichthums durch Handel

und Induſtrie ließ ſich ſeit 1821 deutlich wahrnehmen. Damals herrſchte im Inneren eine allgemeine Zerrüttung, die Folge des Krieges und der ungeheuren von England während deſſelben gemachten Anſtrengungen, ſo wie der ſpäter zu erwähnenden Gewaltmaßregeln hinſichtlich des Geldumlaufs; die Fabriken ſtanden ſtill; ſeit 1819 befand ſich das Land in fieberhafter Aufregung; der größte Theil jener Märkte, wodurch ſich England im vergangenen Jahrhundert bereichert hatte, war ihm auf dem Feſtlande von Europa verſchloſſen; der Colonialhandel, eine andere Quelle des früheren Reichthums, nahm eine andere Richtung; allein nach wenigen Jahren war die Criſe überſtanden und Englands Handel blühender als jemals. Neue Märkte eröffneten ſich für Großbrittannien. Die Vereinigten Staaten Nordamerika's nahmen bei immer ſteigender Blüthe und Bevölkerung von Englands Manufaktur-Produkten größere Maſſen, wie früher der Continent Europa's; ein eben ſo reicher Markt erſchloß ſich für die Britten in den ehemals ſpaniſchen Colonieen, beſonders ſeit engliſche Capitalien die hauptſächlichſte Induſtrie jener Völker, den Bergbau, wieder in Gang gebracht hatten; ihr ungeheures oſtindiſches Reich verſchaffte ihnen gewiſſermaßen den Handel mit den Naturprodukten jener Länder nach Europa als Monopol und überſchwemmte dieſelben dafür mit den Erzeugniſſen der brittiſchen Induſtrie; das Handelsverhältniß der Engländer nach China, obgleich Monopol, ward ein anderes, wie es früher bei keiner Nation in Oſtaſiens Hafenſtädten ſtatt gefunden hatte; verbotener und

erlaubter Verkehr bewirkte dort einen Abſatz engliſcher und oſtindiſch-engliſcher Waare (Opium), welcher jenem Lande das bisherige Uebergewicht in der Handelsbilanz gänzlich entzog und durch engliſche Manufaktur-Produkte die Erzeugniſſe der eingeborenen Induſtrie zu verdrängen begann. Jene Thätigkeit der Fabriken, der Handel nach jenen Märkten war länger als ein Jahrzehent im immerwährenden Steigen begriffen; er ward durch den beſtehenden Grad der Freiheit, die dadurch bedingte größere Energie, Thätigkeit und Selbſtſtändigkeit des Volkes und der Einzelnen, durch den Scharfſinn der Engländer in mechaniſchen Wiſſenſchaften und deren Anwendung erhöht; er ward durch die möglichſt große Erleichterung des inneren Verkehrs befördert, denn man hatte bereits durch die unſerer Zeit eigenthümliche und rieſenhafte Anwendung der Dampfkraft die Verbindungen auf allen Küſtenpunkten und nahe gelegenen fremden Häfen vereinfacht und geſteigert, und jenes Netz von Eiſenbahnen begonnen, wodurch das ganze Land gleichſam zu einer Stadt geworden iſt; kurzum, das Volk Großbrittanniens, und vor Allem die Mittelklaſſen der gewerbtreibenden Städte, waren ungeachtet des Abgabendruckes von 50 Millionen Pfund zu einem Wohlſtande gelangt, deſſen Höhe man ſelbſt in den blühendſten Zeiten vor dem großen franzöſiſchen Kriege nicht geahnet hatte. Der politiſche Einfluß des Reichthums in England iſt aber bekannt genug; er iſt überall überwiegend, und ohne ihn wäre die Ariſtokratie längſt verſchwunden. Ohne Zweifel war auch das plötzliche politiſche Uebergewicht der

gewerbtreibenden Claſſen mit den Whigs an der Spitze bei der Reformfrage ſeit 1830, abgeſehen von den übrigen Urſachen der damaligen Aufregung, durch dieſe Vermögensverhältniſſe bedingt. Die Mittelclaſſen vermogten, wenn ſie allgemein und entſchieden einen politiſchen Zweck verfolgten, auf deſſen Durchführung unverhältnißmäßig größere Summen zu verwenden wie die Grundariſtokratie. Dies Uebergewicht mußte mit jedem Jahre ſchon deßhalb ſteigen, weil es ſich vorausſehen ließ, daß ein reformirtes Parlament die Sinekuren, Penſionen u. ſ. w. herabſetzen, und überhaupt diejenigen Mittel vermindern würde, wodurch ſonſt der Adel ſeine nachgeborenen Söhne im Staate zu verſorgen pflegte. Es war jedoch die Frage, ob die Mittelclaſſen ſtets bereit ſeyn würden, dieſelben Geldopfer wie in Zeiten der Reformaufregung einem Stande gegenüber zu bringen, der ſich um ſeine zerrütteten Vermögensumſtände weniger bekümmerte, da die Unveräußerlichkeit ſeines hauptſächlichſten Eigenthums ihn vor Verarmung ſchüzte; ob ſie ferner den Whigs ihr Vertrauen bewahren würden, ſobald Geſetze über Erleichterung des Verkehrs, über andere Vertheilung der Abgaben u. ſ. w. von dieſer Partei nur lau vertreten oder gänzlich übergangen würden.

Was die niederen Volksclaſſen betrifft, ſo hat die Folge erwieſen, daß dieſe die nach der Reformbill ihr verbliebenen und ertheilten Rechte in der Repräſentation für ſich niemals haben gebrauchen können, ſondern daß ſie in Betreff der Parlamentswahlen als ein bloßes Werkzeug der grundbeſitzenden Ariſtokratie anheimfielen.

Ungeachtet des Widerſpruchs mehrerer Reformfreunde hatte man in denjenigen Städten, wo jeder Erwachſene ohne Rückſicht auf Eigenthum bei den Wahlen ſeine Stimme gab (die ſogenannten Scot and lot voters), dieſe Einrichtung gelaſſen, man hatte ferner viele verfaulte Flecken nicht abgeſchafft, indem man die Zahl ihrer Wähler durch Bauern und unbemittelte Bürger vermehrte, und ihnen ſomit den Anſchein der Unabhängigkeit, aber nicht deren Wirklichkeit ertheilte. Bei beiden hat ſich aber erwieſen, daß die niedern Claſſen ertheilten Rechte illuſoriſch blieben; nirgends iſt Beſtechung bei Wahlen, der Handel mit Stimmen und Parlamentsſitzen von Wählern und Candidaten unverſchämter und offener betrieben worden, wie eben in jenen Ortſchaften; das politiſche Recht ward zur Waare, welche dem Meiſtbietenden verkauft wurde. — Andererſeits erlangten die niederen Claſſen ausgedehntes Wahlrecht in den Grafſchaften durch eine von der halbdemokratiſchen Fraktion der Tories durchgeſezte Clauſel über die Zuziehung der Zeitpächter in den Grafſchaftswahlen. Leztere, bereits früher genug demokratiſch, haben dadurch alle Wirklichkeit einer freien Repräſentation gänzlich verloren. Die große Maſſe der Bauern, ohnedem durch Beſchränktheit, Plumpheit und Unwiſſenheit allen andern Claſſen berüchtigt, iſt ſeitdem wie eine Heerde, ohne andern Willen, als den ihrer Gutsherren und Geiſtlichen in die Wahlen gebracht worden, und auch kein einziges Beiſpiel vorhanden, daß dieſe jemals anders ausgefallen wären, wie die Mehrheit der whiggiſtiſchen oder toryſtiſchen Grundbeſitzer vorher beſtimmt hatte. —

Andererſeits hatte die Aufregung der Parlamentsreform genug Spuren hinterlaſſen, um den Keim unruhiger Bewegung unter die niederen Volksklaſſen zu legen. Die engliſchen Partei= und Geſetzesverhältniſſe boten genug Gelegenheit, jene Aufregung von Zeit zu Zeit zu erneuern, geſchah dies auch nur in der Abſicht, die Volksmaſſe zu gewiſſen Zwecken zu benützen. Das nahe gelegene Beiſpiel Irlands ferner war zu lockend, wo eine treffliche und allgemeinere Organiſation des Volkes eine mächtige Ariſtokratie niedergeworfen und die Ausübung gewiſſer Geſetze unmöglich gemacht hatte. Unter dieſen Umſtänden geſchahen verſchiedene Verſuche des niederen Volkes, Widerſtand gegen Ariſtokratie, Mittelklaſſen und Regierung zu bilden. Einerſeits war es die Beſtrebung, jenes Verhältniß, welches ihre freie Repräſentation unter den beſtehenden Rechten verhinderte, durch geheime Stimmgebung (vote by ballot) zu entfernen, wobei natürlich von einer Beſtechung und von Stimmenkauf nicht mehr die Rede ſeyn konnte, zugleich auch das Wahlrecht, wie in den oben erwähnten Städten, auf alle Erwachſene gleichmäßig auszudehnen; andererſeits wurden dergleichen Unruhen durch Verſuche, höheren Tagelohn zu erzwingen, oder durch augenblickliche Noth in den Manufakturſtädten veranlaßt, wenn bei einer Stockung des Handels, wie ſie in Handelsſtaaten von Zeit zu Zeit überall einzutreten pflegt, ein Theil der Fabriken ſtillſtand und ein Theil der Arbeiter dadurch brodlos wurde. Dergleichen Bewegungen ſind aber bis jezt unſchädlich vorübergegangen oder leicht unterdrückt worden. Zum

Glück für England fehlte es an Häuptern, wie O'Connel, welche das unbedingte Vertrauen und ſomit den vollkommenſten Gehorſam der Volksmaſſen ſich zu erwerben verſtanden; andererſeits hielten ſich Ariſtokratie und Mittelſtand im Gegenſatz Irlands von dergleichen Bewegungen entfernt, und es iſt durch die Erfahrung von Jahrhunderten bewieſen, daß ohne Theilnahme und Führung derſelben keine Volksaufregung in England Erfolg hat; endlich wurden die niederen Volksmaſſen ſelbſt von den Parteien nach verſchiedenen Richtungen hin und hergezogen, ſo daß ſich ein erfolgreiches Zuſammenwirken nach beſtimmten Zwecken nicht erwarten ließ. — Uebrigens iſt es nicht zu leugnen, daß die geiſtige Bildung der niederen Volksclaſſen ſeit 1830 mit Ausnahme der Bauern bedeutende Fortſchritte gemacht hat. Die Whig-Partei hat ſowohl früher wie nach jener Zeit, als ſie die Gewalt erlangte, entſchieden darauf hingewirkt, beſonders durch Errichtung von Handwerkerſchulen und durch Erſchaffung einer eigenen Preſſe für die arbeitenden Claſſen, worunter die leztere in jeder Art, in politiſchen Blättern, Flugſchriften zur Verbreitung nützlicher Kenntniſſe u. ſ. w., eine ungeheure Ausdehnung in lezterer Zeit erlangt hat.

Aus den mittleren und den niederen Claſſen, hauptſächlich jedoch nur aus der erſteren, war die Partei der Radikalen hervorgegangen, und erlangte jezt, früher nur durch ein Mitglied (Hume) im Parlamente repräſentirt, nothwendig eine einflußreiche Stellung. Dieſe Partei, in der Aufregung der neunziger Jahre (durch Horne Tooke) zuerſt bemerkt, dann wieder

verſchwunden, nach dem Frieden mit beſonderer Energie wieder aufgeweckt, allein bald darauf niedergehalten, machtlos und mit den Whigs ſich verſchmelzend, erſchien ſogleich wieder als nicht unbedeutend, ſobald die Volksrepräſentation eine größere Ausdehnung erlangt hatte. Sie begann übrigens erſt jezt ihre Organiſation und eine geregelte Wirkſamkeit in den Formen der Verfaſſung, welche allein in England einen bleibenden Einfluß und eine allmählige Ausdehnung deſſelben begründen kann. Sie zerfiel in zwei Fraktionen, von denen die eine aus dem Parlamente in der Folge gänzlich ausgeſchieden iſt. Die Aufregung des niederen Volkes im Jahre 1819 hatte zuerſt die Beſtrebung eines allgemeinen Stimmrechts, jährlicher Parlamente und des geheimen Votums zur Vernichtung alles ariſtokratiſchen Einfluſſes bei den Wahlen nach dem Muſter der nordamerikaniſchen Freiſtaaten bemerkbar gemacht; alle drei Zwecke verblieben der Partei im Allgemeinen, ebenſo wie das Streben, eine umfaſſende Veränderung der ſocialen Verhältniſſe zu bewirken, woher ihr Parteiname Radikale ſtammte. Andererſeits aber theilte ſich die Partei nach dem Verhältniſſe der mittleren und niederen Volksclaſſen. Die Häupter, welche die Bewegungen von 1819 geleitet hatten (Hunt und Cobbet), traten wieder hervor, obgleich ihre frühere Wirkung auf das Volk verloren war; beide hegten in gleicher Weiſe Mißtrauen gegen die Whigs und äußerten wie früher Parteigrundſätze, welche nicht allein die beſtehenden Staatsformen, ſondern auch die Eigenthumsverhältniſſe als unverträglich mit dem

Volkswohle ausſprachen. Hunt ſtarb bald; Cobbet dagegen ſaß noch in zwei reformirten Parlamenten, machte Anträge auf Abſchaffung der Staatsſchuld, d. h. auf Nationalbankerott, und ähnliche Vorſchläge, welche ausſchweifende und nur bei den eigenthumsloſen Volksclaſſen ſich vorfindende Anſichten bewieſen; nach ſeinem Tode ward kein neues Parlamentsglied mit ähnlichen Anſichten erwählt, oder Einzelne, die anfangs ſich dafür bekannten (Attwood), traten zurück: dagegen zeigten ſich die Führer jener Partei in den erwähnten Volksunruhen und haben dort ſogar die genannten Anſichten noch weiter ausgedehnt, wie Cobbet u. ſ. w. es nicht gewagt hatten. — Die zweite Fraktion der Radikalen, die parlamentariſche, trat in die Geſetzgebung unter einem Verhältniſſe, welches ſie in mannigfachen Punkten von den Whigs abſonderte, obgleich ſie mit denſelben oft genug zuſammentraf. Außer den genannten Beſtrebungen über Zuſammenſetzung des Parlamentes, hegte ſie den Intereſſen der Mittelclaſſen gemäß mehrere Zwecke, welche die Grundbeſitzer der Whigs ebenſo zurückwieſen wie die Tories. Die Abſchaffung der Korngeſetze ſtand hier oben an; ferner andere Veränderungen des Zolltarifs, welche ſowohl die Eigenthümer des Bodens wie die andern Theile die Ariſtokratie unangenehm berührten. In gleicher Weiſe kam dieſe Partei mit den Rechtsgelehrten häufig in Widerſtreit, welche bekanntlich einen der hauptſächlichſten Theile jener großen Whig- und Tory-Parteien bilden, von denen abwechſelnd die Regierung des Landes abhängig iſt. Seit dem Frieden hatte ſich

bekanntlich durch Bentham eine beſondere Schule gebildet, welche, von den beſtehenden Rechten abſtrahirend, einen neuen Bau der Geſetze nach dem alleinigen Principe der unbedingten Nützlichkeit zu errichten ſuchte, die Blößen des Civil- und Criminalrechts unaufhörlich nachwies, und ein Streben nach Umbildung beider hervorrief, welchem ſich ſogar die Tory-Verwaltung vor 1830 nicht gänzlich hatte entziehen können. Die Ideen Benthams, eines Mannes, welcher ſich gänzlich von der Welt abſonderte, und ſomit oft ſonderbare Syſteme erbaute, waren durch Geſchäftsmänner auf praktiſche Weiſe umgebildet, und erlangten ſomit auch eine um ſo größere Verbreitung, welche der Partei einen feſteren Halt wie früher ertheilte. Endlich hatte die Partei in ähnlicher Weiſe ihre den beſtehenden Verhältniſſen entgegengeſezten Ideen über Nationalökonomie praktiſch ausgebildet, drang unaufhörlich auf deren Durchführung, und beſaß in dieſer Hinſicht einzelne Talente, welche ſelbſt bei den Tories Anerkennung fanden (Bowring). Kurzum, die Partei äußerte Gewicht nicht allein durch ihre Zahl und ihre Stimmen; ſie behauptete zugleich eine um ſo größere Unabhängigkeit, da ihr der ariſtokratiſche Einfluß fern ſtand. Sie hat die Intereſſen des niederen Volkes allerdings immer vertreten, jedoch nur in ſo weit, als die Beſtrebungen und Handlungen deſſelben die Grenze der Geſetzlichkeit nicht überſchritten; ſobald dies der Fall war, zog ſie ſich zurück. Uebrigens hat ſie nicht immer ſtreng zuſammengehalten, ſondern ſich bei einzelnen Fragen ihren Anſichten gemäß getrennt, indem

die Unabhängigkeit, welche die Partei im Allgemeinen behauptete, auch von einzelnen Mitgliedern derſelben fortwährend geltend gemacht wurde.

Unter dieſen Parteiverhältniſſen geſchahen die Wahlen des erſten reformirten Parlamentes. Wie erwähnt, beſaßen die Whigs noch alles Zutrauen des Volkes, welches durch mehrere Handlungen*) auch ſonſt erwies, daß es ſogar die Erfüllung der übertriebenſten Hoffnungen über die Folgen der Parlamentsreform von jener Partei erwartete. Allein noch niemals war eine ähnliche Mehrheit in den Wahlen gewonnen worden, wie es ſich diesmal zu Gunſten der Regierung herausſtellte. Als im Januar 1833 die Wahlen beendet waren, betrug die Mehrheit für dieſelbe 284 Parlamentsglieder, eine Zahl, welche die größten Erwartungen überſtieg. Die Tory-Partei, beſtürzt, ſchwankend und ungewiß, vermochte kaum in den Grafſchaften ihren Gegnern zu widerſtehen; ſie erlangte allein 187 Parlamentsglieder, verlor mehrere ihrer Häupter (z. B. Sir L. Wetherell) und war in Betreff ihrer Wirkſamkeit auf das Oberhaus beſchränkt, von welchem man vorausſehen konnte, daß es einer ſolchen Mehrheit des faktiſch an Macht überwiegenden Theiles der Geſetzgebung auf die Dauer zu widerſtehen nicht feindlich vermögen würde. Ein großer

*) Z. B. durch ein Geſchenk goldener Becher an die Miniſter, welche die Reform durchgeſezt hatten; die Koſten dazu waren durch Subſcriptionen, welche nicht mehr als einen Penny betrugen, zuſammengebracht, und dieſer niedere Anſatz deßhalb gemacht worden, um den Whig-Häuptern einen Beweis von der Dankbarkeit der niederen Volksclaſſen zu geben.

Theil der miniſteriellen Partei erſtaunte jedoch, als die erſte Maßregel der Whig=Miniſter im Einbringen einer Bill beſtand, welche für Irland eine Aufhebung der Gerichtsformen bezweckte, wodurch die perſönliche Freiheit ſuſpendirt und die Militärgewalt an die Stelle derſelben geſezt wurde. Eine ſolche Maßregel war dem brittiſchen Volke von jeher verhaßt, hatte ſtets ſogar unter der größeren Gefahr eines auswärtigen Krieges einen bedeutenden Widerſtand hervorgerufen, und war von den jezt herrſchenden Parteiführern mit aller Macht früher bekämpft worden. Vielen ſchien dies Verfahren unerklärlich, die Folge aber hat gezeigt, daß jene Maßregel hauptſächlich vom Haupte des Miniſteriums, dem Grafen Grey, ausgegangen, von Stanley unterſtüzt, aber von der Mehrzahl des Cabinettes nicht ſehr gebilligt war, welche jedoch, um ihren übrigen Beſtrebungen durch eine gleich anfängliche Auflöſung des Miniſteriums und eine dadurch bedingte Uneinigkeit im Innern der Partei kein Hinderniß in den Weg zu legen, die Maßregel auch ihrerſeits im Parlamente vertrat. Uebrigens ließ ſich andererſeis nicht in Abrede ſtellen, daß ein höchſt gewaltthätiger Zuſtand in Irland überall vorherrſche, daß die Ausübung der Geſetze faktiſch unterbrochen war, und daß wenigſtens in England kein Mangel an Vertrauen gegen die Regierung über etwaigen Mißbrauch der außerordentlichen Gewalt ſtatt fand, welche die Maßregel für die Regierung erheiſchte.

Was den Zuſtand Irlands betraf, ſo war die ſeit der Wirkſamkeit des katholiſchen Vereins (1825)

begonnene Criſe zu einer Höhe gediehen, welche einen Ausbruch des Bürgerkrieges befürchten ließ. Die Aufhebung jenes Vereins, welcher die Nation organiſirte, bewaffnete und die katholiſche Emancipation ertrozte, hatte eben jene Organiſation nicht entfernt, welche der Volksmaſſe unter der geſchickten Führung O'Connel's eine drohende Gewalt verlieh. Alle iriſchen Katholiken und liberale Proteſtanten handelten in bewunderungswürdiger Uebereinſtimmung; alle Aufhebungen von Vereinen, die ſich immer wieder unter anderem Vorwande bildeten, halfen zu Nichts; die Organiſation beſtand auch nach Entfernung der äußeren Formen, und O'Connel's und der übrigen Führer Befehle galten als Geſetze; die einſt ſo übermüthige und gewaltthätige Ariſtokratie der proteſtantiſchen Orangemen, damals beinahe ausſchließlich noch im Beſitze der Civilgewalt, war machtlos und im Widerſtande gegen die Volksmaſſe noch ſchwächer wie die engliſchen Tories während des Reformkampfes. Seit dem Entſtehen des erſten für die Emancipation der Katholiken wirkenden Vereins hatte ſich der Zwieſpalt der geordneten Volksmacht mit den Behörden der Exekutiv=Gewalt in verſchiedener Richtung geäußert, und leztere war jedesmal gänzlich unterlegen, zuerſt bei der Emancipations=Frage, dann bei der Erhebung der Zehenten für die proteſtantiſche Geiſtlichkeit. Seit dem Beginn des Jahrhunderts (ſeit der Unterdrückung des iriſchen Aufſtandes für Unabhängigkeit) waren die Civil=Behörden in Irland, oder vielmehr die herrſchende Partei der Orangemen, bei jeder Gelegenheit an die Anwendung

brutaler Gewalt, und dabei an eine nicht ſehr genaue Beobachtung der Rechtsformen gewöhnt, welche in England den Gebrauch der bewaffneten Macht in vielfacher Rückſicht beſchränken. Lezterer Umſtand hatte ihr Verderben bewirkt. O'Connel, ein Mann, groß durch Beredtſamkeit, geiſtige Kraft und ausgezeichnet in dem Stande der Advocaten, welcher vor Allem in Großbrittannien den Weg zu Ehrenſtellen eröffnet, hatte einen Widerſtand innerhalb der geſetzlichen Grenzen organiſirt, welcher die Gegner zuerſt durch diejenige Blöße, die ſie ſelbſt durch Gewaltthätigkeit gegeben, niederſchlug, der dann alle Mittel in Bewegung ſezte, um innerhalb der geſetzlichen Schranken das Volk für politiſche Zwecke aufzuregen, welche die herrſchende Partei ihres Einfluſſes gänzlich berauben, oder ſogar den Zuſammenhalt des brittiſchen Staates, die Bedingung der äußeren Macht, untergraben mußte. Während die Civilgewalt über Truppen, über eine bewaffnete und eine vom Staate ausſchließlich anerkannte Polizeimacht verfügte, war auch die Mehrzahl der Katholiken auf eine Weiſe bewaffnet, welche nach dem beſtehenden Rechte nicht verhindert werden konnte, und welche die Furcht vor Truppen bei den Volkshaufen durch das Bewußtſeyn ihrer Ordnung und Ueberlegenheit an Zahl verhinderte; während die Behörden mit Ausübung der Geſetze drohten, war ein Bann anderer Art durch O'Connel und die übrigen Volksführer eingeleitet, welcher in ſeinen Wirkungen auf das geſellſchaftliche Leben noch mehr entſchiedene Folgen äußerte. Jeder Katholik, welcher den Befehlen der proteſtantiſchen

Behörden ſich fügte, ſobald dieſelben dem allgemeinen Willen widerſtrebten, war geächtet, keiner ſeiner Glaubensgenoſſen trat mit ihm in Verkehr; jeder ſuchte ihm zu ſchaden. Die genaue Verbindung, welche im ganzen Lande ſtatt fand, die Wirkſamkeit der populären Preſſe, hatten zur Folge, daß die Abweichungen der Einzelnen von dieſer allgemeinen Verabredung überall im Lande ſogleich mit dem Bann beſtraft wurden. O'Connel und die Führer der Irländer hielten ſich ſtets in den geſetzmäßigen Schranken; anders war es bei der eigenthumsloſen Maſſe, der überwiegenden Mehrzahl aller Irländer, welche durch mannigfaches Unrecht gereizt, durch Geſetzesverletzungen ihrer Behörden ſelbſt an Gewaltthätigkeit gewöhnt, in den erſten Jahrzehenten dieſes Jahrhunderts keine andere Abhülfe als die Selbſtrache kannten, und durch die Organiſation des katholiſchen Vereins noch nicht vollkommen jenes neue Mittel anzuwenden verſtanden, welches O'Connel, Shiel, der jüngere Grattan, Lord Claremont und andere Volksführer als das zweckmäßigſte Mittel, die Selbſtbefreiung durchzuſetzen, aufgeſtellt hatten. Sobald der Bann geſprochen wurde, war das Leben und das Eigenthum des abtrünnigen Katholiken nicht länger geſichert; war ein Verbrechen geſchehen, ſo ließen ſich die zur Verurtheilung nothwendigen Zeugen nicht aufbringen, denn dieſe befürchteten ebenfalls den Bann, und die herrſchende Partei vermogte dieſelben zum Zeugniſſe kaum dadurch zu bewegen, daß ſie ihnen eine Exiſtenz außerhalb Irlands ſicherte. Daſſelbe galt von den Geſchworenen.

Sobald eine Gewaltthätigkeit geſchehen war, ließen die Volksführer den Verbrecher fallen, und ſuchten ſtets das niedere Volk vom Verfahren zurückzuhalten, welches bei den brittiſchen Geſetzen und Parteiverhältniſſen die Erreichung der Nationalzwecke verhindern mußte. Allein der Schrecken war allgemein; die Orangemen, eine verächtliche Partei, welche alle den Irländern von Britten gemachte Vorwürfe in höherem Grade wie ihre Gegner beſtätigte, war gelähmt, und wandte ſich Hülfe ſuchend nach England.

Unter dieſen Umſtänden ward die Emancipation der Katholiken ertrozt. Die herrſchende Tory-Partei erkannte die Unmöglichkeit, das frühere Weſen dem geſammten Volke gegenüber fortzuſetzen. Sie hatte ſich eine Beruhigung des Landes als Folge jener Maßregel verſprochen, und zugleich eine Wiederherſtellung der früheren Civilgewalt mit der Aufhebung des katholiſchen Vereins erwartet. Sie ward getäuſcht. Schon vor der Juli-Revolution und der darauf folgenden Reform-Umwälzung in England ergab ſich dies als gewiß. Im Laufe von anderthalb Jahrhunderten hatte ſich bekanntlich theils durch eigene Schuld der Irländer, theils aber auch durch den Uebermuth und die Habſucht fremder Eindringlinge ein Zuſtand der Zerrüttung und Beraubung gebildet, wodurch die Mehrheit der acht Millionen ſich in Unterdrückung und Elend befand. Vor allem war das Mißverhältniß der einſt unterworfenen Katholiken und der herrſchenden Proteſtanten durch die Emancipation nicht geändert worden. Dieſe Maßregel betraf allein die Ariſtokratie;

weder die mittleren noch die unteren Volksclaſſen erlangten dadurch irgend eine Verbeſſerung. Seit den achtziger Jahren des vergangenen Jahrhunderts war eine Veränderung vergeblich erſtrebt worden, welche den Katholiken die Ausſicht bieten würde, ſich wenigſtens allmählich von den materiellen Anſprüchen einer üppigen proteſtantiſchen Geiſtlichkeit zu befreien, zu deren Unterhaltung nach den hoch angeſchlagenen Beſoldungen der engliſchen Hofkirche ſie verurtheilt waren. Bisher mißlangen alle Verſuche, die Abſchaffung oder Ablösbarkeit der Zehenten durchzuſetzen, einer Abgabe, die um ſo verhaßter war, weil ſie neben der Beſoldung einer dem Volke fremdartigen Geiſtlichkeit, durch ihre Erhebung den ärmſten katholiſchen Bauer verlezte. O'Connel und die übrigen Führer der Volkspartei hatten ſeit 1380 das frühere Mittel zur Ausübung gebracht, und dieſes zeigte auf's Neue eine entſcheidende Wirkung. Die Erhebung des Zehenten ward unmöglich; kein Katholik bezahlte; verſuchten die Behörden eine Pfändung, ſo fand ſich kein Käufer, oder derſelbe war dem Bann anheimgefallen, ſeine Perſon und ſeine Güter geächtet. Ward ein Geächteter ermordet, oder ſein Eigenthum vernichtet, ſo blieb ein Criminalproceß aus Mangel an Zeugen erfolglos; ſogar die Gerichte der Geſchwornen waren unmöglich, denn leztere wurden durch ihre Parteierbitterung am richtigen Urtheil verhindert, oder ſcheuten ſich vor der Volksrache. Die Ausübung der Geſetze in Erhebung der Abgabe hatte aufgehört. Die proteſtantiſche Geiſtlichkeit, größerentheils aus jüngeren Söhnen der

Tory=Ariſtokratie beſtehend, in der iriſchen Kirche verſorgt, und an den Luxus des engliſchen Adels gewöhnt, aber jezt dem drückendſten Mangel ausgeſezt und ſogar in ihrem Leben bedroht, begab ſich klagend und bettelnd nach England, und ſezte ihre dortigen Verwandten um Abhülfe in Bewegung, erregte aber ſehr wenig Sympathie bei der Regierung und der herrſchenden Partei, die ihr verdientes Elend mit einer gewiſſen Schadenfreude betrachtete.

Zahlreiche Gewaltthätigkeiten und Verbrechen waren natürlich mit jener Aufregung verbunden; durch den bloßen paſſiven Widerſtand der Volksmaſſe hätten ſich ſonſt weder die Orangemen noch die proteſtantiſche Geiſtlichkeit ſchrecken laſſen. Wahrſcheinlich würde jedoch die Regierung deßhalb noch nicht die Zwangsmaßregeln gegen Irland beſchloſſen haben, wenn nicht eine andere Beſtrebung O'Connel's hinzugekommen wäre, bei welcher man ebenfalls die Benutzung jenes mächtigen Mittels nach dem Geheiße des Führers, ſo wie den glücklichen Erfolg deſſelben beſorgen konnte. Dies war die ſeit 1830 noch vor der Reform=Bewegung von O'Connel angeregte Frage über Aufhebung der Union (Repeal), eine Maßregel, woran die Macht des britiſchen Staates geknüpft und für deren Erhaltung ſomit alle Parteien in England entſchieden geſtimmt waren. Die Urſachen, weßhalb O'Connel das Volk zu dem Zweck in Bewegung ſezte, ſind noch nicht ganz klar; es ſcheint beinahe, daß es ihm ſelbſt mit der Sache nicht vollkommen Ernſt war, daß er ſeine Beſtrebungen in dieſer Hinſicht nur als Mittel betrachtete,

um andere Abſichten durchzuſetzen, und daß er ſomit die Unions=Auflöſung nur als eine Drohung gegen England gebrauchte, um das Parlament zur Bewilligung gerechterer Anſprüche zu veranlaſſen. Es bleibt übrigens dahin geſtellt, ob ohne ihn jener Wunſch überhaupt ausgeſprochen oder wenigſtens allgemein geworden wäre. Irland hatte wenigſtens in der kurzen Zeit der ſogenannten Unabhängigkeit (von 1782 bis 1800) eine höchſt traurige Rolle geſpielt; ſein Parlament war durch Beſtechung und Corruption jeder Art im höchſten Grade verächtlich, ſeine Parteiführer faſt ſämmtlich politiſche Abenteurer ohne Grundſätze und Rechtlichkeit geweſen. Die Unabhängigkeit hatte nur dem Namen nach exiſtirt, denn Irland wurde von untergeordneten Beamten als untergeordnete Provinz regiert, und ſein Parlament ſtand dem brittiſchen gegenüber in keinem ſolchen Verhältniſſe, daß es den allgemeinen Gang der Regierung hätte beſtimmen können; kurzum, es nahm die untergeordnete Stellung von Provinzialſtänden ein, worin es bei keiner wichtigeren, den Staat im Allgemeinen betreffenden Maßregel ſich bemerklich machen konnte. Dagegen war die Stellung der Repräſentanten Irlands wenigſtens nach der Reformbill eine bei weitem einflußreichere. Was bald darauf geſchah, ließ ſich gleich anfangs vorherſehen; die iriſchen Mitglieder mußten bei den Parteikämpfen des Unterhauſes einen entſchiedenen Einfluß üben, indem ihre Anzahl groß genug war, um bei irgend einem Schwanken die Entſcheidung zu geben, ſo daß ihr Beiſtand einer jeden Partei von Wichtigkeit wurde.

Nichts deſto weniger wirkten alle Parteiführer wie O'Connel auf jene angedrohete Maßregel hin; Aufhebung der Union war eben ſo eine allgemeine Beſtrebung geworden, wie die Loſung: „Gerechtigkeit für Irland“, durch welche ein feſtes Zuſammenhalten der Volksmaſſe, unter leidenſchaftlicher Aufregung und Ausführung der oben erwähnten Mittel zum Widerſtande veranlaßt wurde. O'Connel hatte noch kurz vor der Wahl eine Proclamation in jenem Sinne an das iriſche Volk erlaſſen, und ſich feierlich verpflichtet in jeder Weiſe auf dies Ziel hinzuwirken, ein Umſtand, welcher wahrſcheinlich mit dazu beitrug, die Miniſter zu jener Bill über Zwangsmaßregeln gegen Irland zu beſtimmen. Auch erwies es ſich ſogleich bei den Adreß-Debatten im Unterhauſe, daß die miniſterielle Mehrheit über jene Beſtrebung und O'Connel's kürzlich gethane Schritte im höchſten Grade gereizt war.

Am 15. Februar brachte Lord Grey die iriſche Zwangsbill vor das Oberhaus, als die erſte Maßregel, welche dem reformirten Parlamente vorgelegt wurde. Nach derſelben ſollte der Lord-Statthalter von Irland ermächtigt ſeyn, alle Verſammlungen, Geſellſchaften und Verbindungen zu unterdrücken, ſobald er glaubte, daß ſie die öffentliche Ruhe gefährdeten; er ſollte ferner Vollmacht erlangen, einen jeden Diſtrikt, ſobald er es für nöthig hielt, unter das Kriegsgeſetz zu ſtellen, ſo daß die Wirkſamkeit der Geſchwornengerichte und der ſogenannten Habeascorpus-Akte*) unterbrochen

*) Diejenige Akte, welche die perſönliche Freiheit durch Verbot willkührlicher Verhaftungen, durch Beſtimmung einer Entſchädigung für

wurde. An die Stelle der erſteren ſollten Kriegsgerichte eingeſezt werden, welche nicht nach bürgerlichem, ſondern nach militäriſchem Rechte auf Straſen (Einſperrung, Geißelung u. ſ. w.) erkennen würden; eine andere läſtige Beſtimmung war in dem ſogenannten Curfew hinzugefügt, nach welchem die Einwohner ſolcher Diſtrikte von Sonnenuntergang bis Sonnenaufgang in den Häuſern bleiben mußten und keine Lichter anzünden durften. Uebrigens waren einige mildernde Clauſeln hinzugefügt, welche in ähnlichen von der Tory-Partei ausgegangenen Bills zu fehlen pflegten. Die Kriegsgerichte ſollten nur auf beſonderen Befehl des Lord-Statthalters ein Todesurtheil ſprechen dürfen, und auch dann nur die Deportation anzuwenden ſeyn.

Dieſe Bill erlangte natürlich die vollkommene Beiſtimmung der Tory-Partei, deren Verfahren in ähnlichen Fällen ſie allein wiederholte, und ward ſomit auch vom Oberhauſe ſo ſchnell angenommen, daß ſie ſchon am 22. Februar vollkommen fertig war, um in's Unterhaus gebracht zu werden. Hier aber war der Kampf heftiger; alle Irländer erhoben ſich mit Kraft dagegen, und die Radikalen (Hume, Tennyſon) waren durchaus nicht willens, ihre Unabhängigkeit in ſo weit aufzugeben, daß ſie aus Rückſichten gegen die Regierung eine Maßregel gut hießen, welche allen überlieferten Begriffen ſowohl ihrer eigenen Partei,

---

den Verhafteten in dieſem Falle und durch andere juriſtiſche Formen verbürgt.

wie der Whigs widerſtrebten. Sogar viele Parlaments-glieder der lezteren zeigten ſich abgeneigt, eine Bill zu vertreten, deren Vortheile einer gehaßten Partei anheimfielen; obgleich die Wiederherſtellung der Ruhe und die Ausübung der Geſetze der Zweck einer jeden Regierung bleiben mußte, ſo erkannte man ſehr wohl die Abſicht, jene Erhebung der Zehenten dadurch zu erleichtern, deren Unterbrechung die Tory-Geiſtlichkeit in's Elend geſtürzt und die Partei dadurch geneigt gemacht hatte, ſich eine Ausgleichung in dieſer Frage gefallen zu laſſen, welche ſchon lange zu den Beſtrebungen der Whigs gehörte. Ward die Erhebung des Zehenten durch jene Zwangsbill wieder in Gang gebracht, ſo ließ ſich auch vorherſehen, daß die Tory-Partei von keiner andern Ausgleichung würde hören wollen.

Somit kamen die Miniſter bei ihren eigenen Freunden in eine ſchlimme Lage. Die zweite Verleſung wurde zwar mit ſolcher Mehrheit angenommen, daß nur 86 Stimmen auf der Seite O'Connel's ſich fanden, allein die Verhandlungen im Ausſchuß boten der Regierung gefährliche Klippen. Bald ſogar zeigte ſich ihre Ohnmacht, eine große und mit immerwährender Rückſicht auf ihre Committenten handelnde Mehrheit in unbedingtem Gehorſam zu erhalten. Jene Beſorgniß hinſichtlich der Anwendung der Bill auf die Zehenten-Erhebung, welche O'Connel ohnedem auf geſchickte Weiſe immer mit der Maßregel in Zuſammenhang brachte, bewirkte endlich einen entſcheidenden Beſchluß, welcher die wahrſcheinlich urſprüngliche Abſicht des

Grafen Grey, Stanley's und Lord Althorp's vereitelte. Ein Amendement Lambert's, nach welchem die Akte auf keinen Diſtrikt aus dem Grunde angewendet werden durfte, weil derſelbe die Bezahlung der Zehenten verweigere, nach welchem ferner die bewilligte Maßregel zu der Erhebung dieſer Abgabe durchaus nicht gebraucht werden ſollte, wurde mit 284 gegen 81 Stimmen ungeachtet des Widerſtandes der Miniſter angenommen.

Hiedurch erhielt die Bill ein ganz anderes Weſen, denn der größere Theil der 9000 im Jahre 1832 begangenen Verbrechen, welche die Miniſter als hauptſächlichſte Begründung ihrer Maßregel angaben, hing wenigſtens indirekt mit der Zehentenerhebung zuſammen, ob dies gleich von der Regierung geleugnet wurde. Auch ward dieſer Umſtand von der Tory-Partei ſehr wohl gefühlt, welche demnach einſtimmig im Oberhauſe erklärte, die Bill werde durch jenes Amendement unwirkſam und die Zehentenverweigerung förmlich ſanktionirt. Lord Grey ſchien dies ſelbſt zu begreifen, denn er äußerte, jene Veränderung wäre beſſer weggeblieben, allein die Sache jezt nicht mehr zu ändern. Auch mußte das Oberhaus ſich fügen, denn es war vorauszuſehen, daß die Gemeinen ohne jene Clauſel die Bill gar nicht annehmen würden. Sie ward ſomit auf ein Jahr zum Geſetz, und ohne Verzug in Irland zur Anwendung gebracht. Uebrigens läßt ſich nicht leugnen, daß die Regierung jene Bill abſichtlich niemals gemißbraucht hat, die freilich ihre eigentliche Schneide bereits verloren hatte; einzelne Mißbräuche

der Gewalt, welche von den Militärgerichten begangen und durch O'Connel in gehöriger Weiſe zur öffentlichen Kenntniß gebracht wurden, fanden ihre verdiente Beſtrafung.

Wahrſcheinlich würde jedoch das Unterhaus der Whig-Regierung ſich gar nicht gefügt haben, wenn leztere nicht zugleich ernſtlichen Willen erwieſen hätte, die gerechten Anſprüche der iriſchen Katholiken auf eine Entfernung des Mißverhältniſſes zu erfüllen, welches ſich aus der Stellung der proteſtantiſchen Kirche ergab. Die Miniſter erwieſen von jezt an den Iren wirklich Wohlthaten, und begannen unmittelbar nach Erlangung der Zwangsbill eine Handlungsweiſe, deren ſiebenjährige Dauer Irland beruhigt und der Whig-Partei bedeutendere Anſprüche auf die Dankbarkeit der Irländer ertheilt hat, wie ſie früher keine Regierung im Laufe von Jahrhunderten ſich erwarb. Es lag am Tage, daß an eine Beruhigung Irlands nicht eher zu denken war, als bis die bedeutendſten Beſchwerden, welche den Anlaß zur immerwährenden Aufregung gaben, durch die Geſetzgebung entfernt würden; die Tory-Partei ſelbſt hatte das anerkannt, indem der einzige talentvolle und im Unterhauſe einflußreiche Führer, der ihr verblieben war, Sir Robert Peel, zur Nachgiebigkeit rieth, und die Nothwendigkeit einer Veränderung in den Verhältniſſen der proteſtantiſchen Geiſtlichkeit zugeſtand. Eine Reihe von Vorſchlägen über Veränderungen in dieſer Hinſicht war von den Whigs bereits beabſichtigt, und Lord Althorp eröffnete dies Verfahren durch Anträge über die iriſche

Kirche am 12. Februar, alſo in demjenigen Augenblicke, wo die Aufregung über die Zwangsbill noch vorherrſchte, auf deren Beruhigung die Vorſchläge berechnet waren. Auch bewirkten dieſe ſogleich einen höchſt günſtigen Eindruck bei den liberalen Parlamentsgliedern, und O'Connel ſelbſt ſprach ſeine Dankbarkeit im Namen der Irländer gegen die Regierung aus. Die Vorſchläge aber waren der Hauptſache nach folgende: die ſogenannten Kirchenabgaben (Church rates, zum Bau und zur Erhaltung der Kirchen an Orten, wo wenigſtens drei Proteſtanten wohnten) ſollten gänzlich abgeſchafft, die 4 Erzbisthümer auf 2, die 18 Bisthümer auf 10 vermindert werden. Eine Abgabe von 5 bis 15 Procent wurde auf alle Bisthümer, ebenfalls die Abſchaffung der Anntaen (erſten Früchte) und aller Sinekuren beantragt; für die ſo gewonnenen Einkünfte wurde die Einrichtung eines Kirchenfonds vorgeſchlagen, deſſen Verwaltung Commiſſarien anheimfallen würde, denen außerdem das Recht ertheilt werden ſollte, die Grenzen der Pfarrgemeinden zu verändern, einzelne Beſoldungen zu ſuſpendiren u. ſ. w. Alle dieſe auf bedeutende Verminderung der Kirchen-Einkünfte berechneten Anträge waren im hohen Grade dazu geeignet, die engliſche wie die iriſch-proteſtantiſche Ariſtokratie empfindlich zu verletzen, denen die Hochkirche Irlands, eine wahre Anſammlung von Sinekuren, zur bequemen Verſorgung ihrer nachgebornen Söhne gedient hatte. Mit Ausnahme des erſten Vorſchlags, welcher die Entfernung eines Geſetzes bezweckte, wodurch den Katholiken unerträgliche Plackereien

verurſacht waren, wurde das eigentliche Volk durch die angetragenen Reformen weniger berührt; zwei andere Vorſchläge waren hier von größerem Gewicht, von denen jedoch der eine eine Spaltung unter den Whigs ſelbſt erregte, und deſſen Grundſatz troz aller Partei⸗beſtrebungen bis jezt weder für England noch für Irland hat durchgeſezt werden können. Dieſe Vorſchläge betrafen das Kircheneigenthum. Pächter biſchöflicher Ländereien ſollten das Recht haben, dieſe Pachtungen gegen einen beſtimmten und mäßigen Preis für immer an ſich zu kaufen, und der Betrag des oben erwähn⸗ten Kirchenfond ſollte zu andern, als nicht kirchlichen Zwecken nach dem Gutdünken des Parlaments ver⸗wandt werden können. Der erſte Punkt, obgleich den Verhältniſſen der Hochkirche widerſtrebend, bot hier bei weitem nicht eine ſo kitzliche Frage wie der zweite, in welchem ein Prinzip, die Obergewalt des Staates über die Kirche, enthalten war, welches von jeher den Parteigrundſätzen der Tories widerſtrebt hatte, und deſſen Anerkennung mit einer gänzlichen Ver⸗änderung des ariſtokratiſchen Gebäudes der Hochkirche drohete, deren feſte Erhaltung mit allen Verhältniſſen der Ariſtokratie auf's Engſte zuſammenhing. Unter⸗grabung jener Hochkirche, welche jeder Reform ſich mit aller Kraft von jeher widerſezte, und welche ſogar früher die Beſtrebungen des Hofes nach unumſchränk⸗ter Gewalt gut geheißen und befördert hatte, bildete ſchon einen Parteizweck der älteſten Whigs; ihre Be⸗mühungen waren im Anfange des 17ten Jahrhunderts geſcheitert; die Partei hatte während ihrer Herrſchaft

unter den beiden erſten Georgen in Erinnerung an ihre Niederlage keinen weitern Verſuch gewagt; erſt als ſie nach dem Siege der Reform zur politiſchen Macht gelangte, ward die alte Beſtrebung um ſo entſchiedener wieder angeregt, da die Mittelclaſſen in den Städten ſchon lange über die unverhältnißmäßigen Einkünfte und die innere Einrichtung der Hochkirche geeifert und ſich in Maſſen von derſelben getrennt hatten. Allein die Einrichtung derſelben war zu innig mit allen Verhältniſſen der Ariſtokratie verſchmolzen, und die Whigs ſelbſt der Hauptſache nach eine ariſtokratiſche Partei, ſo daß ſich erwarten ließ, ein nicht unbedeutender Theil derſelben werde ſich entweder durch Familien-Intereſſen, oder durch feſtgewurzelte und überlieferte Ideen von der Stellung der Kirche im Staate zu einer Trennung von ſeinen bisherigen politiſchen Freunden beſtimmen laſſen. Jener von Lord Althorp vorgebrachte Antrag betraf zwar nur einen Nebenzweig der Episkopalkirche, der darauf begründete Vorſchlag über Verwendung jener Kircheneinkünfte war ferner auf Beförderung des Unterrichtes, alſo auf einen Zweck gegründet, welcher mit der Einſetzung der Kirche zuſammenhing, allein der Grundſatz, von der Geſetzgebung einmal anerkannt, bot einen ſogenannten Vorgang (Precedent), auf welchen, wie ſich vorher ſehen ließ, man immerfort in der Folge ſich berufen würde, um die Reichthümer und ſomit auch die Gewalt der Episkopalkirche zu beſchränken. Lord Althorp ſuchte mit vorſichtigem Auftreten anzufangen; ſobald die Breſche eröffnet war, ließen ſich fernere Bemühungen, den Bau zu erſchüttern, vorausſehen.

Auch trat die Tory=Partei mit aller Kraft dagegen auf, als gegen eine Verletzung des Eigenthums. Der Sinn des Vorſchlages von Lord Althorp wurde von allen Parteien ſogleich erkannt; die Verhandlung aber erwies, daß die liberale Mehrheit für eine gänzliche Umbildung der Hochkirche ſich entſchieden hatte, denn die hauptſächlichſte Verbeſſerung (die zweite) ward mit ſolcher Mehrheit durchgeſezt, daß die Oppoſition nur 78 Stimmen vereinigte (22. April). Durch jene Abſtimmung ward der Regierung eine Richtung angedeutet, die ſie im Sinne ihrer Partei zu verfolgen hatte; dieſelbe iſt von ihr eingeſchlagen worden, jedoch ohne Erfolg; die ariſtokratiſche Hochkirche beſaß einen größeren Einfluß, wie die liberale Partei es erwartet hatte.

Wie erwähnt, ſo ſind die Verhältniſſe der Hochkirche mit denen der Ariſtokratie überhaupt ſo innig verſchmolzen, daß ein großer Theil der Whigs durch Lord Althorps Bill ebenſo unangenehm berührt wurde, wie die ganze Tory=Partei. Die meiſten Whigs hatten jedoch ihr Intereſſe den Parteigrundſätzen untergeordnet; Einige dagegen ſuchten an dem Beſtehenden feſtzuhalten, um eine Maßregel zu verhindern, deren Annahme mit dazu beitragen mußte, die bereits ſtark erſchütterten Familien=Intereſſen der Ariſtokratie dem Mittelſtande gegenüber noch mehr zu untergraben. Was im Inneren des Miniſteriums vorging, wurde damals noch verdeckt gehalten, die Folge jedoch hat es erwieſen. Lord Stanley und Sir James Graham erklärten ſich entſchieden gegen jene Clauſel über

Verwendung des Kircheneigenthums, die Whig-Regierung, wahrſcheinlich durch Lord John Ruſſel beſtimmt, der ebenfalls in ſeiner ſpäteren Laufbahn im Gegenſatz zu einigen ſeiner damaligen Collegen (Lord Brougham) keine große Charakterſtärke erwies und ſtets zu Ausgleichungen und halben Maßregeln geneigt war, — die Whig-Regierung vermied einen offenen Bruch mit einzelnen Parteihäuptern und gab die anſtößige Sache auf. Als die Verhandlungen im Ausſchuß (21. Mai) bis zu der Clauſel gelangt waren, wonach die Einkünfte aus der Verringerung der Biſchofsſitze und aus den Abgaben zu Kirchenbauten, nachher aber zu Zwecken verwendet werden ſollten, wie das Parlament ſolche für gut finde; ſo trat Stanley im Namen ſeiner Collegen auf, und machte den Vorſchlag, die lezten Worte (nach nachher aber u. ſ. w.) wegzulaſſen und zu beſtimmen, daß dieſe Ueberſchüſſe nur zu den Ausgaben verwendet würden, welche früher durch die Kirchen-Abgaben (Church rates) gedeckt worden ſeyen. Stanley ſelbſt verſchwieg ſeinen eigentlichen Beweggrund, und gab nur eine leiſe Andeutung; ſeine Collegen aber hielten noch mehr zurück, und Lord John Ruſſel erklärte den Beweggrund dieſes Verfahrens durch den Wunſch, nicht mit dem Oberhauſe feindlich zuſammen zu treffen, da eine ſolche Berührung auf wichtigere Fälle verſpart werden müſſe. Andererſeits ließ ſich jedoch auch mit Recht behaupten, die übrigen, durch die Bill Althorps bezweckten Veränderungen ſeyen wichtig genug in ihren Folgen

auf die Verhältniſſe der Hochkirche wie auf den Zuſtand des iriſchen Volkes im Allgemeinen; wegen einer einzigen Clauſel dürfe das Schickſal der ganzen Bill nicht auf's Spiel geſezt werden. Eine andere Rückſicht, weniger ausgeſprochen, war noch im Hintergrunde. Wurde eine Auflöſung des Miniſteriums ſchon jezt durch Meinungsverſchiedenheit der Mitglieder veranlaßt, ſo wurden andere Geſetzesvorſchläge, welche vorlagen, in ihrer Durchführung verhindert, und die erwartende Nation ſah nun kein einziges bedeutendes Reſultat, welches von der erſten Seſſion des erſten reformirten Parlamentes ausging.

O'Connel und ſein Anhang widerſezte ſich mit aller Kraft jener Veränderung der urſprünglichen Vorſchläge Lord Althorps. Durch ſeine und ſeiner Anhänger Heftigkeit gab es Auftritte im Unterhauſe, wie ſie früher niemals erhört waren. Er war noch nicht zu der Taktik gekommen, daß er jede Erleichterung Irlands, welche die Whigs ihm boten, gleichſam als Abſchlagszahlung annahm, und die Regierung dafür wirkſam unterſtüzte. Uebrigens ſchadete er ſich in den Augen der Engländer. Er behauptete in heftigen Worten, das Weſen der Bill ſey durch Aufgeben jener Clauſel gänzlich entſtellt worden, ob es gleich am Tage lag, daß die übrigen oben angegebenen Beſtimmungen ſowohl erfolgreich für die engliſche Ariſtokratie, wie für die katholiſchen Iren waren. An Uebertreibungen war ihm nach Weiſe der Irländer im Augenblicke ſo wenig gelegen, wie am ſpäteren Widerruf, wenn beides ſeiner augenblicklichen Stimmung

oder Stellung entſprach. — Die Bill hatte ſich durch die Verhandlungen mehrere Monate gezogen, denn die Tories verſuchten die gewöhnliche Taktik einer ſchwächeren parlamentariſchen Partei, Maßregeln, die ſie nicht verhindern konnten, durch Verzögerungen aufzuhalten. Erſt am 9. Juli kam ſie in's Oberhaus, dem eigentlichen Felde, auf welchem die Tory-Partei jezt noch ihre Wirkſamkeit unbeſchränkt auszuüben vermogte. Allein dieſe war ſelbſt noch zu wenig organiſirt, um wie ſpäter eine anhaltende Oppoſition der Lords zu bilden, auch zu ſehr beſtürzt, um eine vom Unterhauſe ausgehende Bill in der Hauptſache zu verändern. Wahrſcheinlich hätten die Lords damals noch ganz andere Geſetzesvorſchläge gut geheißen, wie eine Bill, in welcher bereits eine für die Partei anſtößige Clauſel von der Regierung ſelbſt entfernt worden war. Ein großer Theil der Lords beobachtete noch immer das Verfahren, welches er bei der Reformbill befolgt hatte und jezt (1842) wiederholt. Er zog ſich vor den Abſtimmungen zurück, und unterließ ſomit einen Widerſtand, der ihm für den Augenblick unmöglich oder nachtheilig für ſein Partei-Intereſſe erſchien. Die Bill wurde mit einer unbedeutenden Veränderung angenommen, welche dies erwähnte Prinzip über Unveräußerlichkeit des Kircheneigenthums auf eine Beſtimmung von untergeordneter Wichtigkeit ausdehnte. Uebrigens wurde die Tory-Partei zu ihrer Nachgiebigkeit wahrſcheinlich noch durch eine andere Maßregel beſtimmt, welche Lord Althorp in's Unterhaus am 12. Juni gebracht hatte, und welche ſowohl der

Tory-Oppoſition, wie auch der liberalen Mehrheit, einer jeden aus beſonderem Grunde genehm ſeyn mußte. Der Vorſchlag betraf nämlich eine Entſchädigung der hungernden iriſchen Geiſtlichkeit, zu deren Unterſtützung die Tory-Partei damals eine Collekte eröffnet, jedoch bei den ſchlimmen Zeiten nur eine ſehr geringe Summe zuſammengebracht hatte. Lord Althorp trug jezt darauf an, der iriſchen Geiſtlichkeit eine Entſchädigung für die rückſtändigen Zehenten aus der brittiſchen Staatskaſſe zu bezahlen, deren Betrag durch eine Landtaxe der betheiligten Ländereien in acht Jahren zu erheben wäre. Die Tory-Partei war hiemit zufrieden, weil den zu Grunde gerichteten und zu ihr gehörenden Geiſtlichen aus ihrem Elend geholfen wurde, die engliſchen Whigs und Irländer, weil die Regierung dadurch die Unverträglichkeit der Geſetze über Zehentenerhebung mit dem damaligen Stande der Dinge anerkannte und dabei ſich überhaupt zu Maßregeln verpflichtete, jene Abgabe wirklich abzuſchaffen oder umzuändern.

Wie erwähnt, begannen die Whigs überhaupt mit 1833 eine Reihe von Veränderungen in Irland, welche die Lage des Landes in der Zeit von ſieben Jahren gänzlich umgebildet haben. Während der Seſſion von 1833 wurde in dieſer Hinſicht von Stanley eine Bill über Reform des Groß-Juryſyſtems eingebracht, welche die bisher herrſchende Partei der Orangemen unmittelbar noch empfindlicher verlezte, und der Mehrzahl der Katholiken noch größere oder wenigſtens ſogleich fühlbare Vortheile gewährte, wie die oben erwähnte Maßregel über Kirchenreform. Sie betraf

nämlich eine Verbeſſerung der Lokalverwaltung in den Grafſchaften, und nahm denjenigen Familien, welche bisher im Dunkel des Geheimniſſes die dazu beſtimmten öffentlichen Gelder, ihrem Vortheile gemäß, verwandt hatten, von nun an die Gelegenheit, nach Art der älteren Tory-Partei aus der Staatskaſſe zugleich ſich ſelbſt zu verſorgen. Jene Groß-Juries leiteten nämlich im Geheimen und ohne Controlle den Bau von Brücken, Landſtraßen, Gefängniſſen u. ſ. w., und verwalteten die hiezu beſtimmten Einkünfte. Durch Stanley's Vorſchläge ward ihnen die Oeffentlichkeit ihrer Sitzungen vorgeſchrieben und eine Controlle der katholiſchen Güterbeſitzer aufgedrungen, wovon jene Verwendung der öffentlichen Gelder zum Privatvortheil der Einzelnen fortan unmöglich wurde. Eine andere Bill war auf die Gleichſtellung Irlands mit den Geſetzen Englands berechnet, bekanntlich eine Forderung, wodurch O'Connel die Volksmaſſe ſeines Vaterlandes oft genug in Bewegung ſezte, und deren Billigkeit auch von den Liberalen Englands anerkannt wurde. Die Bill betraf die Organiſation der Geſchwornengerichte und gab denſelben in der Zuſammenſetzung eine größere Ausdehnung wie früher, indem ſie einzelne Ausſchließungen der Katholiken entfernte und überhaupt die Bildung der Geſchwornengerichte dem engliſchen Verfahren aſſimilirte. Im Oberhauſe fanden beide Geſetzesvorſchläge keinen bedeutenden Widerſtand und wurden in Kurzem zu Reichs-Statuten.

Endlich erwies ſich der ernſtliche Wille der Miniſter, Irland wo möglich zu beſänftigen, in der Einſetzung

eines neuen Lord=Statthalters. Der bisherige, Lord Angleſea, obgleich ein Whig und früher als Beförderer der Katholiken=Emancipation von dem iriſchen Volke hoch verehrt, hatte ebenſo wie der Staatsſekretär Stanley alle ſeine Popularität durch ſeine Maßregeln gegen die Repeal= und Zehenten=Aufregung verloren. Die Regierung berief ihn deßhalb zurück, und ernannte zu ſeinem Nachfolger den Marquis von Wellesley, Bruder Wellingtons *), einen Staatsmann von höchſtem Verdienſt um Indien, der alsdann oft zwiſchen Whigs und Tories geſchwankt, jedoch als früherer Lord Statthalter (1822) durch Perſönlichkeit die Katholiken gewonnen und die Gewaltthätigkeit der herrſchenden Ariſtokratie entſchieden zurückgehalten hatte, ſo weit es in den zwanziger Jahren den Hoch=Tory=Miniſterien nur immer möglich war, ſo daß man in ſeiner mit Feſtigkeit geführten Regierung den erſten Beginn der Ereigniſſe ſah, welche religiöſe Bigotterie und Intoleranz entfernten, ſo daß ferner ſein Andenken noch jetzt bei den Irländern in hohen Ehren ſteht. Er war jedoch in einem Alter, wovon man bereits keine größere politiſche Thätigkeit erwarten konnte; ſeine Ernennung ſchien eher eine Bürgſchaft, daß die außergeſetzliche, der Regierung anvertraute Gewalt nicht gemißbraucht werden würde. Bezeichnender war die Ernennung des Sekretärs für Irland, Littleton, deſſen politiſche

---

*) Der Marquis von Wellesley gehörte zu einer merkwürdigen Familie, aus welcher vier Söhne eines einzigen Vaters ſich in verſchiedenen Wirkungskreiſen durch ihr Verdienſt zur Pairie erhoben: Marquis Wellesley, Lord Maryborough, Lord Cowley und der Herzog von Wellington.

Geſinnungen größeres Vertrauen bei den Iren erregten, wie es bisher kein öffentlicher Beamter auf der ſogenannten Schweſterinſel beſeſſen hatte. Auch erließ O'Connel ein Proclam an die Irländer, worin er ſie aufforderte, der neuen Regierung alles Vertrauen zu ſchenken, und ſomit zum erſten Mal ſeinen Einfluß beim Volke benuzte, um die von ihm geleitete Bewegung auf den Vortheil der Staatsgewalt zu richten, und mit dieſer vereint andere Beſtrebungen zu erreichen.

Dies waren die Verhältniſſe Irlands, welche in der erſten Seſſion des erſten reformirten Parlamentes erledigt wurden; ſie konnten allein als eine Einleitung des ſpäteren Verfahrens gelten, und beſtätigten noch immer den alten Ausdruck, welcher Irland für den Fluch einer jeden engliſchen Regierung erklärte. In nicht geringerem Grade war der herrſchenden Partei von England aus Verlegenheit geboten, wo die Erwartung der mittleren und niederen Volksclaſſen über Veränderungen ſich gleich anfangs entſchieden erklärte, welche durch die Entfernung jenes früher von der Grundariſtokratie ausgeübten Uebergewichtes hinſichtlich der Beſteuerung und Abgabenvertheilung nothwendig geworden waren. In dieſem Punkte haben die Whigs ſtets eine beſondere Schwäche erwieſen, nur ſich immer nothgedrungen zu einer Reform entſchieden und dieſe endlich den Gegnern überlaſſen müſſen, welche ſich dadurch im Beſitz der Staatsgewalt wieder befeſtigten.

Während der Toryherrſchaft nach dem Frieden

hatte die Grundariſtokratie der Laſt der Abgaben ſich ſo viel wie möglich entzogen, einerſeits, indem ſie durch das Kornmonopol den Preis des nothwendigſten und ausſchließlich auf ihren Gütern gewonnenen Bedürfniſſes auf künſtlicher Höhe erhielt, andererſeits, indem ſie den größeren Theil des Staatseinkommens durch Conſumtions-Steuern, Zölle, Häuſertaxen u. ſ. w. von den Bewohnern der größeren Städte und von der Volksmaſſe im Allgemeinen erhob, dagegen ſich ſelbſt und ihren Güterbeſitz ſo viel wie möglich ſchonte. Das ganze Syſtem der Beſteuerung war in der Art eingerichtet, daß die Intereſſen der Manufaktur-Bevölkerung durch eine Abgabenerhebung zurückgeſezt wurden, welche einerſeits durch hohe Zölle die Gegenſeitigkeit im Handel mit andern Nationen und ſomit eine Erhöhung der Ausfuhr und Fabrikthätigkeit verhinderte, andererſeits aber den Preis der allgemeinſten und ſomit auch der gebrauchteſten Lebensbedürfniſſe auf eine Höhe ſchraubte, wodurch die ärmeren und mittleren Claſſen, aber nicht die reicheren und höheren verlezt wurden. In beiden Punkten hatte die Tory-ariſtokratie ſeit 1825 bereits Manches nachgegeben; Einfuhrzölle waren herabgeſezt worden, Conſumtions-Steuern ermäßigt, allein weder Tories noch Whigs konnten ſich zur Abſchaffung der Getreidegeſetze und überhaupt zu einer Veränderung entſchließen, welche den Grundbeſitzern eine ſchwerere Laſt aufbürden würde. Die Erwartungen aber waren allgemein, und bald wurden die Forderungen dringend. Verſammlungen von Tauſenden entwarfen (in Liverpool u. ſ. w.)

Bittſchriften für Abſchaffung der Korngeſetze; für dieſe aber wagte noch kein Whig ſich zu erheben. Bald nach Eröffnung des Parlamentes begann auch eine Bewegung in dem andern erwähnten Sinne, welche den Whigs hätte Beweis ſeyn können, daß eine Veränderung in dieſer Hinſicht auf die Dauer nothwendig ſey. Zuerſt verlangten Verſammlungen in London die Abſchaffung der Häuſer- und Fenſter-Taxe, alſo einer Steuer, welche im Gegenſatz zu den Grundbeſitzern auf den induſtriellen Städten hauptſächlich laſtete. Bald auch folgten alle größeren Städte im Lande, ſo daß kein Zweifel über den Willen der Mittelclaſſen mehr vorhanden war. In gleicher Weiſe ward die Abſchaffung einer der allgemeinſten und das niedere Volk hauptſächlich betreffenden Steuer, der Malztaxe, verlangt, hinſichtlich welcher ſich die Bewegung nicht allein auf die Städte beſchränkte, ſondern ſich ebenfalls auf die Grafſchaften (die Ackerbauer) erſtreckte. Zahlreiche Bittſchriften gelangten in Hinſicht beider Steuerreformen an das Parlament.

Bei dieſer Stimmung konnte es in einem reformirten Parlamente nicht fehlen, daß jene Angelegenheiten gleich im Anfange zur Sprache kamen. Am 21. März erſuchte Ingelby zuerſt das Haus um Erlaubniß, eine Bill zur Abſchaffung der Malztaxe einbringen zu dürfen, deren Ertrag damals 4,200,000 Pfund jährlich betrug. Zuerſt gelang es den Miniſtern, die ihnen läſtige Verhandlung zu entfernen. Er erneuerte ſomit ſeinen Antrag unter anderer Form, jene Steuer um mehr als die Hälfte herunterzuſetzen,

und diesmal erwies es ſich, daß die Mehrzahl dem Einfluſſe von Außen ſich durchaus nicht entzogen hatte. Obgleich Lord Althorp als Kanzler der Schatzkammer ſich beſtimmt widerſezte, wurde dennoch der Antrag angenommen, und die Miniſter befanden ſich ſomit in einer Lage, worin ſie nach dem gewöhnlichen Laufe der engliſchen Verhältniſſe ihre Entlaſſung nehmen mußten, wenn ſie etwa ſelbſt nicht geſonnen wären, ſich dem Willen des Parlamentes zu fügen. Ihre Verlegenheit ward bald noch mehr vermehrt, denn Sir J. Key kündigte auf den 31. April einen Antrag auf Abſchaffung der Haus= und Fenſtertaxe an, deren Betrag ſich auf 1,035,741 Pfund belief. Dieſer Antrag war aber noch mehr zu berückſichtigen wie der erſtere, weil er das Intereſſe der jezt im Unterhauſe höchſt einflußreichen großen Städte berührte, da London allein die Hälfte der ganzen Steuer trug, und die andere Hälfte größtentheils von den Manufaktur=Städten der Grafſchaften York, Sommerſet und Lancaſter entrichtet wurde. Die Miniſter waren über ihr Verfahren durchaus nicht unſchlüſſig. Sie legten weder ihre Stellen nieder noch fügten ſie ſich dem Willen des Hauſes; es war offenbar, daß die Whigs den finanziellen durchgreifenden Reformen ſich gutwillig eben ſo wenig fügen würden, wie Tories. Sollten die Abgaben abgeſchafft werden, ſo mußten bei den bedeutenden Bedürfniſſen des Staatsſchatzes andere Steuererhebungen zum Schaden der Grundariſtokratie vom Parlamente bewilligt werden. Die Whigs aber hegten nicht die Abſicht. Sie halfen ſich mit einem

ſonderbaren Mittel, welches ſogar den Geſchäftsformen des Unterhauſes widerſtrebte, und tröſteten dann mit unbeſtimmten Verſprechungen, wodurch ſie wenigſtens Zeit gewannen. Am 29. April erklärte Lord Althorp, das Haus möge auf den Antrag Ingelby's wieder zurückkommen und die Motion Key's gänzlich verwerfen, weil der Ausfall, welcher ſich für die Staatskaſſe durch Abſchaffung beider Abgaben ergeben müſſe, ſo bedeutend ſey, daß er nur durch eine Taxe auf Vermögen und Einkommen gedeckt werden könne. Hiemit nannte Lord Althorp abſichtlich die den Engländern aus früherer Zeit (aus dem Kriege) am meiſten verhaßte Abgabe, welche ſowohl wegen der inquiſitoriſchen Natur ihrer Erhebung alle überlieferten Begriffe der Engländer von perſönlicher Freiheit verlezt hatte, ſondern auch damals ein ſo niedriges Einkommen und Vermögen traf, daß die mittleren Claſſen vorzugsweiſe darunter litten. Es war jedoch die Frage, ob eine ſolche Taxe bei höherem Anſatze des Vermögens und bei einer weniger vexatoriſchen Erhebungsweiſe in derſelben Weiſe den Mittelclaſſen beſchwerlich ſeyn würde, ob ferner nicht andere, den Grundbeſitz treffende Steuern ſich einführen ließen, um den Ausfall zu decken. Damals wurde, wie ſpäter, ein niederer und beſtimmter Zoll auf die Korneinfuhr verlangt, wodurch die Staatseinnahmen in ſolcher Weiſe hätten ſteigen müſſen, daß eine bedeutende Verminderung der gehäſſigen Taxen hätte ſtatt finden können. Damals, wie ſpäter, wurde die Erhöhung der Landtaxe vorgeſchlagen, um die induſtriellen Claſſen den Grundbeſitzern gleichzuſtellen,

damals und ſpäter wurden eine Menge Veränderungen vorgeſchlagen, die den Whigs nachher in der Noth wieder eingefallen ſind. Hat doch ſogar Lord John Ruſſel, als er keine Gewalt mehr beſaß, im Parlamente den Vorſchlag gemacht, eine Abgabe bei Uebertragung der Landgüter durch Erbſchaft zu erheben! Damals jedoch war die Whig-Partei von dergleichen Vorſchlägen weit entfernt. Sie tröſtete und beſchwichtigte mit der Hoffnung auf eine allmählige Reform, wo eine durchgreifende Veränderung durch die veränderten Verhältniſſe des Unterhauſes nothwendig war. Auch läßt ſich nicht leugnen, daß im Laufe ihrer Regierung Manches von ihr geſchehen iſt. Die Folge hat jedoch bewieſen, daß dies bei Weitem nicht genügend war, und Sir Robert Peel hat durch eine durchgreifende, vielleicht aber noch nicht genügende Umgeſtaltung des Steuerweſens, welche freilich zum Schrecken ſeiner eigenen Partei geſchehen iſt, die Mittelclaſſen 1842 gewonnen. — 1833 erreichten jedoch die Whigs ihren Zweck; ihr Einfluß bei der Mehrheit war bedeutend genug, um die Anträge Ingelby's und Key's zurückzuweiſen; außerhalb des Hauſes ergab ſich jedoch zur Genüge der ungünſtige Eindruck, welchen dies Verfahren beim Volke bewirkte. Sir John Camsloбhouſe, für Weſtminſter gewählt, das er eine Reihe von Jahren mit Ehren repräſentirt hatte, hielt es ſeiner Ehre für angemeſſen, nach jener Abſtimmung ſich einer neuen Wahl zu unterwerfen; er fiel durch, mußte einem radikalen Candidaten (Oberſt Evans) Platz machen, der bei der allgemeinen Wahl vergeblich als ſein

Mitbewerber aufgetreten war, und hielt es nach Verluſt ſeines Sitzes im Unterhauſe auch für nothwendig, aus dem Miniſterium zu ſcheiden. Man mußte den um Englands Volk hochverdienten Mann bedauern, deſſen augenblickliches Wahlunglück durch das Verfahren ſeiner Partei veranlaßt war.

Wie ſehr auch die Miniſter bei der Frage einer finanziellen Reform, wie ſie durch die Veränderung in der Zuſammenſetzung des Unterhauſes nothwendig wurde, eine von vielen ihrer Anhänger nicht vermuthete Schwäche erwieſen, ſo war dennoch die erſte Seſſion des reformirten Parlamentes durch umfaſſende Maßregeln erfolgreicher wie irgend eine ſpätere. Das Vertrauen, welches durch das erwähnte Benehmen der Regierung um ſo mehr verloren ging, da ſich vorausſehen ließ, daß bei den beſtehenden Verhältniſſen kaum eine Kornbill von der Tory-Partei verworfen werden konnte, — dieſer Verluſt des Vertrauens ward durch die Ausführung von Zwecken wieder ausgeglichen, welche zu den Beſtrebungen der ganzen Partei gehörten, und ſomit auch nicht Schwankungen und dadurch Schwäche im Innern des Miniſteriums bewirkten. Dieſe Maßregeln betrafen die Abſchaffung der Sclaverei in den weſtindiſchen Colonieen, und Veränderungen hinſichtlich der Privilegien (Charters), welche die Bank von England und die oſtindiſche Compagnie beſaß. Alle drei Maßregeln waren bedeutend genug, um, abgeſehen von der Reform, dem Miniſterium des Grafen Grey die Dankbarkeit der Zukunft zu ſichern.

Die Neger-Emancipation war ſchon lange vorbereitet

und die Volksſtimmung, wie bei der Parlaments-Reform, Jahrzehente hindurch im Sinne derſelben bearbeitet, ſo daß Widerſtand gegen eine ſolche Maßregel oder nur eine Verzögerung der lezteren in der Ausführung unmöglich blieb, ſobald das erſte reformirte Parlament zuſammen getreten war. Die liberale Partei hatte hierauf ebenſo hingewirkt, wie ein großer Theil der Geiſtlichkeit, wenn auch nicht die der Hochkirche; politiſche Ueberzeugung wie religiöſes Gefühl hatten bei einer Nation, wovon letzteres, wenn auch unter mannigfachen Formen, bedeutend vorherrſcht, jene Stimmung genährt; ſelbſt ein Theil der Tory-Partei war derſelben nicht fremd geblieben, und die Sache ſelbſt war ja ohnedem von einem Tory (Wilberforce) angeregt worden, welcher zwar den Whigs nicht feindlich gegenüberſtand, aber doch in den Fragen, die England ſelbſt betrafen, mit der Regierung Pitts und deſſen Anhang ſtimmte. Die Frage der Sclaven-Emancipation beruhte jedoch nicht allein auf politiſcher und religiöſer Ueberzeugung über Menſchenrechte und über die Unverträglichkeit der Sclaverei mit dem Chriſtenthum; ſeit dem Beginn des Friedens hatten ſich Verhältniſſe gebildet, welche die Stellung der weſtindiſchen Zucker-Colonien für England veränderten. So lange die Colonial-Produkte von handeltreibenden Völkern nur aus ihren eigenen Colonien zu gewinnen waren, indem Spanier, Engländer, Franzoſen und Holländer für ſich ſelbſt ein Monopol behaupteten und ſich einander ausſchloßen; ſo lange der Zucker u. ſ. w. von Engländern nur aus ihren

Beſitzungen zum Verkauf auf den europäiſchen Markt geführt werden konnte: ſo lange war der Beſitz jener Colonieen für England eine Nothwendigkeit; Großbrittannien bereicherte ſich durch den Verkauf von Colonialwaaren, und verſchwendete ſein Blut und ſeine Schätze zur Erwerbung neuer Beſitzungen. Nach dem Frieden war das Verhältniß ein anderes. Hayti, die ehemaligen ſpaniſchen Colonien (beſonders Venezuela), Braſilien, waren unabhängig, ſo daß ſich fremde Nationen von dort unmittelbar ihren Bedarf an Colonialwaaren holen konnten; in der ſpaniſchen Colonie Cuba wurden viele früheren Handelsbeſchränkungen abgeſchafft, ſo daß auch dort ein ausgedehnter Verkehr ſich bildete; kurzum, England verlor ſeinen gewinnreichen Handel mit Colonialprodukten nach dem Feſtlande, die engliſchen Colonieen kamen in ihrem Wohlſtande herunter, und wurden vor gänzlichem Ruin nur dadurch bewahrt, daß die Tory-Regierung die Einfuhr des fremden, und ſogar des oſtindiſchen Zuckers aus den engliſchen Beſitzungen durch hohe Schutzzölle verhinderte. Somit herrſchte bei den Engländern durchaus keine beſondere Vorliebe für die weſtindiſchen Colonieen, die der Unterſtützung des Mutterlandes durch Zölle bedurften, um nicht gänzlich ruinirt zu werden, die ferner einen Aufwand der Staatskaſſe in Erhaltung von Truppen u. ſ. w. erheiſchten, anſtatt dem Mutterlande, wie früher, bedeutenden Handelsgewinn zu gewähren. Wäre es nicht wegen der politiſchen Macht, ſo ſind die Zuckerinſeln keine wichtigen Beſitzungen Englands für die Gegenwart geblieben.

Die Pflanzer ſelbſt befanden ſich in ſehr ſchlechtem Zuſtande; die meiſten Plantagenbeſitzer waren ruinirt, oder wenigſtens den Capitaliſten Englands ſchwer verſchuldet; ſie vermogten kaum, als die herrſchende Kaſte, den freien Farbigen gegenüber, ihr Uebergewicht zu behaupten. Kein Wunder, daß die Engländer ihnen jedes Pfund Sterling ärgerlich nachrechneten, welches vom Mutterlande auf die Erhaltung dieſer Colonieen verwandt wurde, Ausgaben, die um ſo gehäſſiger wurden, weil man dabei zugleich an die Bewahrung des Grundverhältniſſes aller Zucker-Colonieen, an die Negerſclaverei, dachte. Wie war dieſer Ruin aufzuhalten, welcher mit jedem Jahre bemerklicher wurde? In England herrſcht die wohlbegründete und durch Erfahrung allgemein geprüfte Meinung vor, daß die freie Arbeit allein die Blüthe jeder Induſtrie bedinge. Es kam wenigſtens auf einen Verſuch in den weſtindiſchen Colonieen an. Zwar werde dagegen eingewendet, die Neger ſeyen eine träge Raſſe, welche nur durch Gewalt ſich zur Arbeit zwingen laſſe; San Domingo wurde als Beweis angegeben, wo der Anbau ſich bedeutend vermindert hatte, im Verhältniß zur Produktion der ehemaligen franzöſiſchen Colonie; allein was das erſtere betrifft, ſo war dies durch die Erfahrung an freien Negern noch nicht allgemein erwieſen, und in Betreff des zweiten Einwurfs lag die Erwiederung nahe, daß man auf eine der gewaltſamſten und zerſtörendſten politiſchen Revolutionen hinwies, die es jemals gegeben hat. Freie Arbeit von Weißen, und zu dem Zweck Auswanderung engliſcher Coloniſten ward aber in jenem Clima als unmöglich erkannt.

Auch kam ſicherlich noch eine andere, wenn auch damals nicht ausgeſprochene Rückſicht zu dieſen Verhältniſſen hinzu, um wenigſtens einige Staatsmänner zu beſtimmen. Bekanntlich iſt in einem großen Theile der nordamerikaniſchen Union die Sclaverei geſetzlich, die weiße Bevölkerung für die Erhaltung derſelben entſchieden geſtimmt, argwöhniſch, ſo wie ſtolz gegen die freien Farbigen. Sobald England die Sclaven in ſeinen Colonieen frei gab, beſaß dieſer Staat im Fall eines Kriegs ſomit ein bedeutendes Mittel, um auf die farbige Bevölkerung Nordamerika's einzuwirken. Es hat ſich ſpäter erwieſen, daß dieſe Rückſicht allerdings im Hintergrunde lag. Die engliſche Regierung hatte Negerregimenter in Weſtindien errichtet; ſobald ſpäter die Ausſicht auf einen Krieg ſich darbot, wurde von England aus mit einer Landung jener Negerregimenter und mit Erregung eines Aufſtandes der Farbigen in den Sclavenſtaaten gedroht.

Was die weſtindiſchen Colonieen ſelbſt betraf, ſo war nicht daran zu denken, daß die geſetzgebenden Verſammlungen derſelben irgend einen Schritt zur Aufhebung der Negerſclaverei thun würden. Dies erlaubte weder der Stolz der Plantagenbeſitzer noch überhaupt das Verhältniß der Weißen zu den Farbigen; ohnedem hat ſich noch niemals ein Beiſpiel vorgefunden, daß irgend eine herrſchende Claſſe eine Gewalt, wie ſie Herren über Sclaven beſitzen, gutwillig und ohne anderweitigen Zwang jemals aufgegeben hat. Die Abneigung aber, welche die Engländer ſchon lange gegen ihre Zucker-Colonieen hegten, gaben die Coloniſten in

Jamaica, Barbados u. ſ. w. ihnen mit Wucher zurück. Schon ſeit länger als 20 Jahren waren dort alle Vereine des Mutterlandes zur Abſchaffung der Sclaverei (vor allem die große Anti-Sclavery-Society), die Wirkſamkeit der engliſchen Preſſe und der Diſſidenten-Geiſtlichkeit mit Argwohn betrachtet worden; beſonders war in Hinſicht der lezteren mehrere Male eine heftige Aufregung dort entſtanden, ſobald einzelne Miſſionarien unter den Sclaven zum Behuf des Unterrichts in der chriſtlichen Religion auftraten. Noch andere Umſtände kamen hinzu, um die Coloniſten gegen das Mutterland aufzuregen. Die zu Grunde gerichteten oder wenigſtens mit jedem Jahre immer mehr verarmenden Pflanzer wurden durch die geſetzlich beſtehenden Handelsverhältniſſe verlezt, wodurch ſie einerſeits gezwungen waren, für ihre Ausfuhr-Produkte eine nicht geringe Abgabe an den Staat zu bezahlen, andererſeits durch hohe Zölle verhindert waren, ihren Bedarf an fremden Waaren ſich direkt vom Auslande zu verſchaffen, indem aller Handel künſtlich durch die Hände der engliſchen Kaufleute geleitet ward. Zu dieſen Verhältniſſen kam die Aufregung der Sclaven gegen ihre Herren, eine natürliche Folge der Vorgänge in England. Sclavenaufſtände, Verheerungen einzeln gelegener Plantagen, waren nichts Seltenes, Vermehrung der Truppen war zur Unterhaltung der Ruhe nothwendig geworden, ſo daß die Engländer Grund hatten, ſich über die Vergrößerung ihres Armee-Budgets zum Vortheil der Sclavenbeſitzer auf's Neue zu beklagen.

Beſonders unruhig zeigte ſich die Stimmung in der

größten Zucker-Colonie Englands, in Jamaica, ſo daß eine heftige Criſe als bevorſtehend erſchien. Der Gouverneur, Lord Mulgrave, hatte dort allen Einfluß auf die Colonialverſammlung verloren, und dieſe bildete gegen die Regierung eine heftige Oppoſition. Die alte Frage, über das Recht des Mutterlandes durch ſein Parlament über die inneren Verhältniſſe der Colonien mit einer Verfaſſung*) zu entſcheiden, und ſomit eine Obergewalt über die conſtitutionelle Geſetzgebung derſelben zu üben, dieſelbe Frage, welche einſt die Veranlaſſung zur Losreißung der Vereinigten Staaten gegeben hatte — dieſe Frage kam jezt wieder zur Sprache. Die Colonialverſammlung erließ Beſchlüſſe, welche jenes Recht Englands in beſonderer Rückſicht auf die Sclavenemancipation geradezu in Abrede ſtellte, welche ferner mit der drohenden Forderung ſchloßen, Jamaica müſſe, im Fall das Mutterland die Rechte der Coloniſten nicht achte, von demſelben getrennt und ſeiner Treue gegen die brittiſche Regierung entbunden werden, um entweder als unabhängig zu beſtehen, oder einem andern Staate ſich anzuſchließen. Auch konnte Lord Mulgrave eine Union der Plantagenbeſitzer zur Behauptung jenes Rechtes und dann zum Zwecke der Vertreibung aller jener Miſſionarien nicht verhindern, gegen welche die Pflanzer den hauptſächlichſten Verdacht über Aufregung ihrer Sclaven

---

*) Die Colonien beſtehen bekanntlich in Crown Colonies, welche durch Befehle des Colonialamtes unmittelbar geleitet, und denen, welche eine beſondere Geſetzgebung (einen vom Gouverneur ernannten Colonialrath und ein gewähltes Verſammlungshaus) beſitzen.

hegten. Kurzum, die Inſel befand ſich in einem ähnlichen Zuſtande, wie einige Jahre ſpäter das noch größere Canada; ein ähnlicher Erfolg ward aber durch die Art verhindert, wie die Sclavenemancipation von der Regierung eingebracht und vom Parlamente bewilligt wurde; durch eine Entſchädigung ward die Aufregung der Pflanzer beſchwichtigt und ſomit ihre Zuſtimmung gewiſſermaßen erkauft.

Unter dieſen Umſtänden kam die Sclaven=Angelegenheit in's Parlament. Schon am 19. März wurde eine Emancipationsbill ziemlich ſtürmiſch gefordert, indem Buxton, früher und ſpäter als eines der thätigſten Parlamentsglieder bekannt, ſobald von den Verhältniſſen der Neger die Rede war, die Sache zur Sprache brachte. Am 14. Mai legte hierauf Stanley den Plan der Regierung vor, welcher auf einem Mittelwege, wie zu erwarten war, beruhte, indem die Sclaven nicht ſogleich für frei ſollten erklärt werden, ſondern indem der Uebergang allmählich und bei Regulativen ſtatt finden würde, welche einer plötzlichen Unterbrechung der Arbeit und dadurch einer Verwirrung der Verhältniſſe zuvorkommen mußte.

Die Hauptbeſtimmungen der Maßregel waren folgende: Alle nach Erlaſſung der Parlamentsakte erzeugten oder nicht 6 Jahre alten Kinder ſollten frei ſeyn und nicht mehr von den Herren, ſondern von den Aeltern unterhalten werden. Jeder Sclave könne an die königlichen Beamten die Forderung ſtellen, als Lehrling eingezeichnet zu werden, d. h. in daſſelbe Verhältniß zu treten, in welchem nach engliſchem Geſetz

der Lehrling eines Handwerkes ſeinem Meiſter gegenüber ſteht, worin dieſer zwar mancherlei Anſprüche auf ſeine Thätigkeit zu machen hat, jedoch weder über ſeine ganze Zeit noch über ſeine perſönliche Freiheit verfügen kann. Natürlich ließ ſich erwarten, daß alle Sclaven ohne Unterſchied von dieſer Clauſel Gebrauch machen würden. Als nähere Beſtimmungen über das Verhältniß dieſer Lehrlinge war feſtgeſezt: Die Gewalt, körperliche Züchtigungen zu ertheilen, ſolle dem Herrn genommen und einer Magiſtratsperſon übertragen werden; der Herr ſolle für Nahrung, Kleidung, Krankenwartung u. ſ. w. ſorgen, und der Lehrling drei Viertheile ſeiner Zeit, den Tag zu 10 Stunden gerechnet, für ſeinen Herrn arbeiten; die übrige Zeit ſolle der Lehrling, mit Einbegriff des Sonntags, nach ſeinem Gutdünken anwenden. Wolle der Dienſtherr darüber verfügen, ſo müſſe er Tagelohn zahlen. Der Taglohn ward in ſolcher Weiſe beſtimmt, daß der Neger in ſeiner freieren Zeit jährlich ein Zwölftheil des auf ihn geſezten Preiſes erwerben würde. Sobald er den auf ihn geſezten Preis ganz bezahlte, oder in beſtimmten Raten zu zahlen verſpräche, ſollte er gänzlich ſeine Freiheit erlangen. Zugleich wurden dem Lehrling alle Rechte und Privilegien freier Männer ertheilt; er ſolle Zeugniß vor Gericht abgeben dürfen, ſowohl gegen ſeinen Herrn wie gegen Andere, in der Miliz wie als Geſchworener dienen können und überhaupt alle Rechte brittiſcher Unterthanen erlangen. Dieſe Clauſel war den Coloniſten und ihren Vertretern die unangenehmſte, weil die ſocialen Verhältniſſe in Betreff der Kaſte und

die darauf beruhenden Vorurtheile verlezt wurden; allein die Whig-Regierung ſprach gleich anfangs ihre Meinung dahin aus, daß ſie von dieſem Punkte niemals abgehen werde, weil theilweiſe Emancipation nur den Keim zu ſpäteren Unruhen erſchaffen müßte und weil irgend eine Zurückhaltung politiſcher oder perſönlicher Rechte der farbigen Bevölkerung gerechte Urſache zu Beſchwerden und Unzufriedenheit darbieten würde, ſo daß eine bleibende Beruhigung alsdann unmöglich ſchiene.

Eine Entſchädigung der Pflanzer ward von der Regierung als billig erkannt, und bot ohnedem ein Mittel, um den Widerſtand derſelben gegen eine Maßregel zu beſchwichtigen, welche zugleich eine Frage von eben ſo großer Bedeutung, das Recht des Parlamentes, über innere Angelegenheiten der Colonieen zu entſcheiden, enthielt. Stanley ſchlug zuerſt 15 Millionen Pfund vor, welche durch ein Anlehen auf beſtimmte Sicherheit zu erheben und unter die Pflanzer der verſchiedenen Colonieen nach Verhältniß ihrer Sclaven zu vertheilen wären. Die oben erwähnten Zahlungen der Neger ſollten als Abſchlagszahlungen den Pflanzern gut geſchrieben werden.

Als dieſe Bill in's Parlament gebracht war, wurden die Grundſätze, nach denen ſie entworfen war, ziemlich allgemein als billig erkannt. Die Tory-Partei ſelbſt war nicht ſehr dagegen, denn mehrere Mitglieder derſelben, beſonders diejenigen, welche Cannings Grundſätze im Allgemeinen theilten, hatten das einſtige Aufheben der Sclaverei ſchon vor 1830 als nothwendig zugeſtanden; die Lehrlingszeit war ferner darauf

berechnet, Beſorgniſſe über Verwirrungen und Unruhen zu entfernen, welche durch eine plötzliche Veränderung hätten entſtehen können. Ohnedem war die Tory-Partei wenigſtens damals über Jamaika gereizt, indem ſie den Aerger, welcher während ihrer Herrſchaft durch die Geſetzgebung dieſer Inſel bei ihr erregt worden war, noch nicht ganz vergeſſen hatte. Die Entſchädigung ſchien ihr nur zu gering, und die Miniſter verſtanden ſich auch, dieſelbe auf 20 Millionen zu erhöhen. Die Mehrheit des Unterhauſes fand jedoch die Bill für die Pflanzer etwas zu vortheilhaft verfaßt; Stanley ſah ſich wenigſtens nach einer Abſtimmung, wovon die Mehrheit ſo gering war, daß ſie einer Niederlage gleich kam, zu einer Veränderung genöthigt, welche die Lehrzeit zum Vortheil der Sclaven auf 7 Jahre und die der Hausſclaven auf 5 abkürzte. Dieſe Veränderung mußten ſich die Coloniſten um ſo eher gefallen laſſen, da der Betrag der Entſchädigungsſumme verhältnißmäßig bedeutend und ihre Lage im Allgemeinen zur Genüge zerrüttet war, als daß ſie die Vertheilung jener Summe nicht mit Begierde hätten erwarten ſollen. Die radikale Partei verlangte zwar, den Pflanzern gar keine Entſchädigung zu bezahlen, allein die mit der Frage verbundenen Rückſichten waren überwiegend. Am 6. Auguſt erlangte die Bill im Unterhauſe die dritte Leſung, und fand im Oberhauſe ſo wenig Widerſtand, daß ſie alle Geſchäftsſtadien ſchon am 12. Auguſt vollendet hatte und gleich darauf zum Geſetze ward. Der 1. Auguſt 1834 war als Zeitpunkt feſtgeſezt, womit die Wirkſamkeit der Bill beginnen ſollte.

Ohne Zweifel würden die Coloniſten ſich jene Emancipation niemals gutwillig haben gefallen laſſen, wenn eine Entſchädigung nicht damit verbunden und ſie ſelbſt nicht ſämmtlich in bedürftigen Umſtänden geweſen wären, um jene vom Mutt.rlande ihnen angebotenen Geldſummen auszuſchlagen. Die ſogenannten Kron-Colonieen mußten ſich freilich ohne Widerſtand unterwerfen, in Jamaica und Barbados dagegen fügten ſich zwar die geſetzgebenden Verſammlungen, ſprachen aber doch ihre Erwartung aus, daß die Maßregel nur zum Unheil gereichen würde. Dies hat ſich freilich in ſo weit ergeben, als die Plantagenbeſitzer trotz der Entſchädigung ſich nicht zum Reichthum wieder erheben konnten, ſo daß die Maßregel eher zum Nutzen des Ganzen, wie zum Vortheil der meiſten Güterbeſitzer wirkte. Sie haben ſich im Gegenſatz zu ihrer früheren Herrſchaft zu Ausgleichungen mit den Negern hinſichtlich eines Tagelohns verſtehen müſſen, der im Gleichgewicht mit den höheren Steuern der engliſchen Colonien ſie verhinderte, mit andern weſtindiſchen Ländern in wohlfeiler Produktion zu concurriren. Sie haben zwar, um die Neger für ſich zu gewinnen, die Lehrzeit abgekürzt, und ſomit das volle Eintreten der Neger-Freiheit noch mehr beſchleunigt, wie es in der Akte Stanley's beſtimmt war, allein ein neuer, durch die Freigebung der Sclaven ſich bildender Zuſtand ſchien in jenen Ländern nicht zum Vortheil der ehemaligen Herren, ſondern ausſchließlich zum Nutzen der emancipirten Claſſe auszufallen. Als die Emancipationsakte erlaſſen wurde, hegte man allgemein die Meinung,

aus den ehemaligen Sclaven werde ſich ein Stand von ackerbautreibenden Tagelöhnern und Pächtern, der engliſchen Tenantry entſprechend, bilden, wodurch die Plantagenbeſitzer in das Verhältniß der engliſchen Grundariſtokratie getreten wären. Stanley und Andere ſprachen die Erwartung aus. Dies iſt aber wenigſtens auf den größeren Beſitzungen nicht erfüllt worden (Jamaica, Trinidad u. ſ. w.), wo große Strecken unbebauten Landes vorhanden waren. Sobald die Neger ſich Erſparniſſe angeſammelt hatten, haben ſie entweder einzeln oder in Geſellſchaften ſolche Länderſtrecken angekauft, um ſie urbar zu machen; ſie wurden zu unabhängigen Grundbeſitzern, gaben den Tagelohn gänzlich auf und ließen ſich eben ſo wenig auf Pachtungen ein; die Grundherren konnten keine genügende Zahl von Tagelöhnern erlangen, mußten einen Theil ihres Bodens unbenuzt laſſen, und verloren ſo noch mehr wie früher in ihren Einkünften, während ihre ehemaligen Sclaven durch das ſelbſt bebaute Eigenthum ſich bereicherten. An eine Einwanderung europäiſcher Tagelöhner, um die Lücke der ſchwarzen zu erſetzen, iſt nicht zu denken. Die Regierung hat den Plantagenbeſitzern dadurch zu helfen geſucht, daß ſie die Einfuhr freier Neger aus Afrika erlaubte und beförderte. Wie es hiemit gehen wird, hat der Erfolg noch nicht erwieſen; vielleicht vermehrt ſich die Zahl der farbigen Grundbeſitzer bis zu dem Punkte, daß jene Beſitzungen keinen Boden zur weiteren Urbarmachung mehr bieten werden; wahrſcheinlich aber wird die freie ſchwarze Bevölkerung die der weißen nicht

allein an Zahl, ſondern auch an Reichthum in Zukunft übertreffen; ob dies auch in geiſtiger Ueberlegenheit der Fall ſeyn wird, welche die hauptſächlichſte Bedingung zur Herrſchaft bietet, kann nur die Folge erweiſen. — Als natürliche Folge der geſchilderten Lage der Plantagenbeſitzer ergab ſich Gereiztheit gegen die Neger, Streitigkeiten beider, Reibungen mit der Regierung der Gouverneurs, welche ſich unter der Herrſchaft der Whigs mehr zu Gunſten der ehemaligen Sclaven neigten, zulezt eine Criſe, welche ihren Einfluß auf England hin erſtreckte. Die Darſtellung dieſer Angelegenheiten gehört jedoch in einen ſpäteren Abſchnitt.

Die zweite erwähnte Maßregel des Grey-Miniſteriums war eben ſo wie die Sclaven-Emancipation ſchon lange eine Parteizweck und durch die Volksſtimmung vorbereitet. Frühere Mißbräuche der Bankverwaltung, durch das Parlament beſtätigt, wodurch Verwirrung im Geldumlaufe und ſomit Störungen aller Vermögensverhältniſſe bewirkt worden waren, Beſorgniß, daß die Bank durch ihren nothwendigen Einfluß auf die Regierung in Zukunft auf's Neue geſetzliche Aushülfe u. ſ. w. gewagter Operationen erlangen könne, Argwohn über die Vermögensverhältniſſe der privilegirten Bankgeſellſchaft, der ſich auch durchaus nicht als ungegründet erwies, endlich ein Mißbehagen über den ausſchließlichen Beſitz eines gewinnreichen Vorrechts für das ganze Reich: Alles dies wirkte zuſammen, um das reformirte Parlament für eine Veränderung des bisherigen Freibriefes zu beſtimmen. Andererſeits kam

noch das Privatverhältniß der Bank zur Schatzkammer hinzu; ſie hatte, abgeſehen von dem ihr ertheilten Schutze bei gewagten Operationen, vom Staate während des Krieges ungeheuren Nutzen erlangt, und begründete auf ihre damaligen Geſchäftsverbindungen mit der Regierung eine ſo übertriebene Geldforderung an die Schatzkammer, daß ſogar die in Hinſicht der Ausgaben ſehr leichtſinnigen Miniſterien jener Zeit nicht darauf eingehen wollten. Die Bank befand ſich endlich in Betreff dieſer beſonderen Geſchäftsverbindung im Beſitz von vortheilhaften und leichtſinnig abgeſchloſſenen Contrakten, deren fernere Fortdauer mit dem Staatswohl unverträglich erſchien.

Was die oben erwähnten Mißbräuche der Bankverwaltung in der Ausübung des ihr anvertrauten Vorrechts betrifft, ſo waren dieſelben noch zu neu und hatten vor allem die Mittelclaſſen zu empfindlich verlezt, als daß die Wirkung derſelben damals hätte vergeſſen ſeyn können. Bekanntlich iſt die engliſche Bank zugleich eine Giro- (Depoſiten-) und Zettel-Bank, in der Art mit allen Verhältniſſen des Handelsſtaates verflochten, daß eine Erſchütterung ihres Credites zugleich die Gefahr eines allgemeinen Bankerottes hervorrufen würde. Während einerſeits der Verkehr durch das von ihr ausgegebene Papiergeld erleichtert und der Werth des curſirenden Metallgeldes in geregelter Höhe erhalten wird, drohte andererſeits die Gefahr, daß die Bank über ihre Mittel hinaus das Papiergeld vermehren und durch das Ausgeben von zahlreichen Noten, welche geringere Summen repräſentirten, die

Verbreitung deſſelben in ſo weiten Kreiſen befördern würde, daß Schwankungen und Entwerthung durch die Unmöglichkeit der augenblicklichen Einlöſung ſich ergeben müßten. Um beiden Uebelſtänden abzuhelfen, war beſtimmt worden, die Bank müſſe ſtets wenigſtens ein Drittel ihrer Noten im Golde vorräthig haben, und die von ihr ausgegebenen Zettel dürften nur einen höheren Betrag (gewöhnlich 5 Pfund) repräſentiren. Allein beide Beſtimmungen waren zu Zeiten überſchritten worden, indem die Regierung, welche der Bank zu Finanz-Operationen bedurfte, und die Tory-Mehrheit im Parlamente, welche durch andere Verbindungen mit der Bankgeſellſchaft zuſammenhing, die Unterlaſſung derſelben billigte. Im Vertrauen darauf hat die engliſche Bank auch oft genug die erſtere nicht beachtet; es ergab ſich aus den Unterſuchungen eines vom Parlamente eingeſezten Ausſchuſſes, daß ihre Kaſſen mehrere Male den beſtimmte Betrag nicht enthalten hatten, ſo daß ihr Bankerott hätte erfolgen müſſen, im Fall ein allgemeiner Zudrang zum Auswechſeln der Noten (a Run to the bank) bei ihr geſchehen wäre.

Dieſer Fall zeigte ſich am auffallendſten während des großen franzöſiſchen Krieges und äußerte Folgen, welche das Land einem Nationalbankerott nahe brachten. Die Regierung Pitts bedurfte bei den ungeheuren Ausgaben immerwährend der Bank zu Vorſchüſſen auf die Abgaben, zu den vom Parlamente bewilligten Anlehen u. ſ. w. Die Bank machte ungeheuren Gewinn, überſchritt aber in ſolchen Unternehmungen ihr Capital,

benuzte zur größeren Verbreitung ihres Papiergeldes das gefährliche Mittel, Noten zu geringerem Betrage auszugeben (Ein=Pfund=Noten), und war bald nicht mehr im Stande, ihre Noten einzuwechſeln. Im Publikum ward die Sache bald bekannt, der Zudrang zur Bank begann, allein Pitt bedurfte derſelben zu ſehr, um ſie in der Noth ſtecken zu laſſen; ein Geheimerathsbefehl ſuſpendirte für den Augenblick die Baarzahlungen, und das Parlament ſtimmte bei. Natürlich war damit im Verkehre nichts geholfen, da man das Unvermögen der Bank, ihren Verpflichtungen nachzukommen, um ſo deutlicher erkannte. Die Banknoten ſanken unter den nominellen Werth, und im Verhältniß ſtieg das Metallgeld. Regierung und Parlament kamen wiederum der Bank zu Hülfe, und die Geſetzgebung beſchloß, ungeachtet die Bank ihre Noten nicht einwechſelte, der Betrag derſelben müſſe im Verkehre angenommen werden. Allein hier war die Grenze, worüber ſelbſt die Macht des unumſchränkteſten Deſpotismus nicht reicht. Die gefallenen Banknoten ſtiegen nicht, dagegen die Preiſe aller Dinge, die man mit Banknoten bezahlte, während jene Preiſe, mit Gelde bezahlt, um ſo niedriger ſtanden. Die Verwirrung wurde allgemein; die Bank wurde auf Koſten des Volkes vom Bankerott gerettet; aber aller rechtliche Handel drohte zu verſchwinden, indem Agiotage an die Stelle trat; die Unordnung der Geldverhältniſſe bewirkte Verluſte eines Jeden, der Handel Englands nach dem Auslande brachte keinen Gewinn, ſo lange der Geldcurs nicht mit demſelben in's Gleichgewicht

wieder geſezt war*). Die Whig-Oppoſition zwang endlich die Tory-Regierung zu lezterer Maßregel, und 1821 begannen wieder die Baarzahlungen der Bank, nachdem zahlloſes Unglück durch die Unterbrechung derſelben bewirkt war. Zugleich wurde der niedrigſte Betrag der Noten auf 5 Pfund feſtgeſezt, ſo daß die Verbreitung ſich nicht auf die unteren Volksclaſſen oder auf den gewöhnlichſten Verkehr ausdehnte. — Das feſte Vertrauen auf jenes Inſtitut blieb aber erſchüttert, ſo lange nicht das Parlament die Wiederholung jener Vorfälle unmöglich machte; ohnedem verließ ſich die Bank noch immer auf jenes Auskunftsmittel, womit Pitt in der Noth ihr geholfen hatte. Als durch Canning die alte Tory-Verwaltung im Sinne der Oppoſition modificirt war, befand die Bank ſich wieder in der Verlegenheit, daß ſie bei geringem Vorrath an Metallgeld einem Zudrang nicht hätte genügen können. Als aber die Direktoren dem Miniſter Huskiſſon ihre ſchlimme Lage auseinander ſezten, gab ihnen dieſer zur Antwort: Jenes alte Mittel werde nicht wieder von der Regierung angewendet werden; wenn die Bank kein Geld habe, ſo müſſe ſie bankerott machen. Die Sache war damals geheim geblieben, und die Nation erfuhr jezt durch die Unterſuchung des Parlamentsausſchuſſes die Gefahr, an deren Rande ſie noch vor wenigen Jahren geſchwebt hatte. Man verlangte eine Controlle, um jenen Fall überhaupt unmöglich zu machen, und zugleich eine Beſtimmung,

---

*) Man muß gegenwärtig erſtaunen, daß ſolches Geſetz in einem Handelsſtaate gegeben wurde. Lord Brougham ſagt mit Recht: Jene Parlamentsakte habe gewiſſermaßen beſchloſſen: 2mal 2 ſey 5.

nach welcher die Bank nicht wieder jene Noten geringeren Betrages ausgeben dürfte, durch deren Verbreitung ihr früherer Schwindel befördert worden war.

Was ferner die Beſchränkung des Privilegiums der Bank betraf, ſo erwartete man wenigſtens unter der radikalen Partei die Aufhebung derjenigen Beſtimmungen, welche das gewinnreiche und umfaſſende Bankgeſchäft mit größeren Capitalien (mit Millionen) der Mehrzahl des Handelsſtandes entzog. Früher durfte nämlich keine Bank von mehr als ſechs Theilhabern ſich im Lande bilden, ſo daß kein Bankiergeſchäft durch das Zuſammenſchießen von Capitalien entſtehen konnte, welches mit ſeinen Mitteln ſolche Unternehmungen, welche denen der Bank von England gleichkommen würden, irgendwie auszuführen vermogte. Die Bank von England beſaß ſomit für das ganze Reich gewiſſermaßen ein Monopol, indem keine Firma bei großartigen Bankiergeſchäften mit ihr concurriren konnte. Dieſe Beſtimmung war zwar ſchon 1826 dahin abgeändert, daß jenes Vorrecht der Bank von England nur auf die Hauptſtadt und 65 engliſche Meilen in dem Umkreiſe beſchränkt wurde, wodurch die Errichtung von Aktienbanken in andern Theilen des Reiches geſetzlich ward, allein die radikale Partei, Amerika im Auge, hielt dies deßhalb für nicht genügend, weil jene Landbanken von der Nationalbank der Hauptſtadt mehr oder weniger abhängig bleiben mußten, in ihren Operationen von derſelben gehindert werden könnten, und außerdem geſetzlich von manchen Zweigen ihres Geſchäftes ausgeſchloſſen blieben. Attwood und Andere

verlangten eine vollkommene Freigebung des Bankgeſchäfts, wodurch die Leichtigkeit des Credits und des Verkehrs erhöht, aber zugleich auch, unter außerordentlichen Umſtänden, die Möglichkeit des Bankerotts vermehrt worden wäre, eine Vorausſetzung, deren Richtigkeit bald darauf eine Handelscriſe in den Vereinigten Staaten erwieſen hat, wo jenes Syſtem zur vollkommenſten Ausführung gelangt war. Aus dieſem Umſtande waren die Whigs und auch ein Theil der radikalen Partei den Vorſchlägen Attwoods nicht geneigt; ihre Beſtrebung ging dahin, einerſeits das Inſtitut der Nationalbank als ein Mittel zu erhalten, durch deſſen Beſchaffenheit der Nationalcredit eine größere Kraft erlangte, und durch deſſen Einwirkung die Schwankungen des Geldumlaufes in gewöhnlichen Zeiten mehr verhindert würden, als bei durchaus freier Concurrenz, andererſeits aber auch den Aktienbanken außerhalb London einen größeren Geſchäftskreis zu ſichern, und endlich der Nationalbank alle Gelegenheit zu benehmen, ihr früheres Verfahren zum Schaden des Volkes zu wiederholen. Die Nothwendigkeit der Nationalbank in einem Staate wie England wurde aber ziemlich allgemein anerkannt. Einerſeits konnte, bei allgemeiner Concurrenz, ſich ſchwerlich wiederum eine ſo reiche und mächtige Corporation bilden, welche den Bedürfniſſen der Regierung durch Vorſchüſſe zu genügen immer im Stande geweſen wäre; andererſeits ließ ſich erwarten, daß keine andere Bankiergeſellſchaft in gleicher Weiſe den Störungen der Handelscriſe würde widerſtehen können, wie die reiche

Bank von England; es liegt aber in der Natur von Handelsſtaaten, daß ſolche Criſen von Zeit zu Zeit vorkommen, und ſomit gilt eine Corporation als Bedürfniß, deren Handelsverhältniſſe gleichſam ein Bollwerk gegen alle ſtürmiſchen Schwankungen des Geldumlaufes und ſomit des Beſitzes darbieten.

Was endlich die Anſprüche der Bank an die Regierung betraf, ſo hatte die erſtere ihre Vorſchüſſe u. ſ. w. mit ſo hohen Procenten berechnet, daß nur eine ſo verſchwenderiſche und in finanzieller Hinſicht leichtſinnige Verwaltung, wie die Toryminiſterien von Perceval und Caſtlereagh (während des Krieges) den Anſprüchen der Geldcorporation ſich fügen konnte. Ueber die dem Staate ſchädlichen Contrakte mag nur ein Beiſpiel genügen. Die Bank hatte 1825 die Auszahlung der Penſionen für abgedankte Offiziere u. ſ. w. übernommen (damals 5 Millionen Pfund) und ſich für 44 Jahre eine jährliche Entſchädigung von 585,740 Pfund dafür ausbedungen! Dergleichen Contrakte mußten zwar gehalten werden, allein es gab eine Menge anderer Punkte, wo Rechtsſchwierigkeiten erhoben werden konnten, einen Umſtand, den auch die Whig-Regierung benuzte. Die Direktoren der Bank erkannten auch ſehr wohl die veränderten Zeitumſtände, ſeitdem die Tories verſchwunden waren, deren Einwilligung zu dergleichen Prellereien des Staates leicht ſich erlangen ließ. Sie erklärten ſich dem Lord Althorp für einen Vergleich bereit, und erwieſen ſich überhaupt als geneigt, keine Oppoſition gegen die vom Miniſter vorgeſchlagenen Bedingungen hervorzurufen, unter denen

der abgelaufene Freibrief vom Parlamente erneuert werden ſollte.

Am 31. Mai brachte Lord Althorp ſeine Vorſchläge, unter denen das Bankprivilegium erneuert werden ſollte, in's Unterhaus. Sie lauteten den oben angedeuteten Beſtrebungen gemäß, der Hauptſache nach, in folgender Weiſe: 1) Die Bank ſoll unter der Bedingung fortbeſtehen, daß ſie stets im Stande iſt, ihre Verpflichtungen zu erfüllen, und nicht unter Fünf-Pfund-Noten ausgibt; 2) die Bank ſoll 120,000 Pfund ihres Einkommens von der Regierung verlieren; 3) die Verhältniſſe der Landbanken ſollen näher regulirt werden.

Bei Durchführung dieſer Vorſchläge wurden folgende nähere Beſtimmungen getroffen. Die Zeit der Erneuerung wurde auf 21 Jahre, jedoch mit der Bedingung feſtgeſezt, daß die Regierung nach Verlauf von 10 Jahren, wenn ſie es paſſend finde, der Bank 12 Monate Friſt geben könne, ſo daß der Freibrief am Ende des 11ten erlöſche. Die ältere Beſtimmung ward andererſeits wiederholt, wonach die Bankgeſchäfte von größter Ausdehnung auf die Bank von England beſchränkt blieben, indem feſtgeſezt wurde, daß keine Bankgeſellſchaft von mehr als 6 Mitgliedern ſich in London und im Umkreiſe von 65 Meilen bilden dürfe. Die Hauptſache war aber die Controlle der Bank, um den Mißbrauch des Vorrechts und des dadurch bewirkten Credites zu verhindern. Es ward beſchloſſen, dem Kanzler der Schatzkammer müſſe wöchentlich ein Bericht über den Belauf an baarem Geld

und Valuta in Händen der Bank vorgelegt werden, ebenſo wie über den Betrag der im Umlauf befindlichen Noten und der in der Bank deponirten Gelder; ferner ſollten dieſe Berichte, in ein Ganzes zuſammengeſchmolzen, vierteljährlich veröffentlicht werden, und endlich im Nothfalle eine förmliche Reviſion der Regierung und Geſetzgebung geſtattet ſeyn, um ſich von der Wahrheit der Angabe zu überzeugen. Unter ſolchen Umſtänden waren die früheren gewagten Operationen und ſomit auch die daran geknüpften Verlegenheiten unmöglich. Die Bank würde ihren eigenen Bankerott ausſprechen, im Fall ſie, wie früher, jemals weniger als ein Drittel ihrer Noten an Golde vorräthig hielte.

Der zweite Punkt, die Herabſetzung der Einkünfte, welche die Bank von der Regierung zog, fand einigen Widerſtand ſogar unter den Whigs. Unter andern meinte Baring, ſelbſt der Vorſteher eines großen Wechſelhauſes, und ſpäter einer der bedeutendſten Staatsmänner der Partei, der Abzug ſey zu gering, die Bank müſſe mehr von ihrem ungeheuren Gewinn, um welchen ſie den Staat verkürzt habe, herauszahlen, allein die Regierung blieb bei ihrem urſprünglichen Vorſchlage und erwies damit auf's Neue ihre Aengſtlichkeit, mächtige Corporationen, welche an der Tory-Partei eine Stütze beſaßen, auf ſo empfindliche Weiſe zu verletzen, daß dadurch ein entſchiedener Widerſtand und ein heftigeres Zuſammentreffen der beiden Zweige der geſetzgebenden Gewalt hätte veranlaßt werden können.

Der dritte Punkt betraf die Provinzialbanken und nach den oben erwähnten Verhältniſſen eine Beſchwichtigung,

um den Anforderungen der Radikalen über die allerdings nicht zweckmäßige Abſchaffung des Bankprivilegiums zu begegnen. Die Geſchäfte der Landbanken wurden ausgedehnt. Ihnen wurde erlaubt, Wechſel zu ziehen und Noten auszugeben, welche direkt auf London zahlbar waren, während früher der Gang dieſes Geſchäftes ſeinen Weg durch die Bank von England nehmen mußte, ſo daß die angebliche Freiheit ihrer Wirkſamkeit nach der Hauptſtadt und ſomit auch überhaupt bei größeren Geldgeſchäften nur auf dem Papier beſtand. Dieſe Beſchränkung ihres Vorrechts mußte ſich die Bank, und ſomit auch die Tory-Partei, obgleich widerſtrebend, gefallen laſſen. Reformen, welche die Regierung einſtimmig unterſtüzte, mußten damals ohne Widerſtreben angenommen werden. — Uebrigens wurden die Landbanken unter eine ähnliche Controlle der Regierung und Geſetzgebung, wie die Bank von England, geſtellt; ſie mußten der erſteren ihre Bücher confidentiell jede Woche darlegen, und vierteljährlich den Bericht über ihre Verhältniſſe öffentlich bekannt machen.

Endlich hatte die Regierung einige Erleichterungen den Banken im Allgemeinen zukommen laſſen, indem ſie die Anſprüche der Schatzkammer auf den Stempel der höheren Banknoten (über 100 Pfund) ermäßigte oder aufgab, und die Abſchaffung des Geſetzes, welches die Intereſſen auf 5 Procent beſchränkte, bei Wechſeln vorſchlug, die vor ihrer Auszahlung nicht mehr als drei Monate zu laufen haben würden.

Die förmliche Bill brachte Spring-Rice in's

Parlament, ein Whig-Mitglied, welches früher wenig bemerkt, ſeit der Zeit in Fragen ſolcher Art vorn an unter ſeiner Partei ſtand, und auch in jeder Angelegenheit, welche auf Staatshaushalt, Handel u. ſ. w. ſich bezog, genaue Kenntniß, Scharfblick und Erfahrung erwies. Am 2. Auguſt fand die zweite Vorleſung ſtatt, wobei ſich ein auffallender Umſtand ergab. Sir Robert Peel trat gegen die Beſtimmung auf, daß die Noten der Bank von England ein allgemein gültiges Zahlmittel ſeyn ſollten, eine Clauſel, die von jeher als das weſentliche Vorrecht der Nationalbank gegolten und alle mit ihr zuſammenhängenden Verhältniſſe beſtimmt hatte. Ward die Clauſel verworfen, ſo ergab ſich ein Vortheil der Provinzialbanken, wenn ſie jene Noten nicht anzunehmen brauchten. Der Führer der Tory-Partei traf alſo mit den Radikalen zuſammen, welche die Intereſſen der erſteren vertraten und die Vortheile der Bank von England wo möglich zu beſchränken ſuchten. Sir Robert Peel begann alſo hier zuerſt dasjenige Verfahren, das er langſam einleitete, und erſt ſeit dem Augenblick, zum Schrecken ſeiner eigenen Partei, offen darlegte, als er durch leztere wieder zur Gewalt gelangt war. Er ſuchte allmählich in Fragen, welche Handels- und Geld-Intereſſen betrafen, die Partei der Mittelclaſſen zu ergreifen, und ſo ſeiner zukünftigen Macht eine neue Begründung zu verſchaffen. Auch ſchien ſeine Partei bei dieſer Gelegenheit nicht recht zu wiſſen, wie ſie die Oppoſition ihres Führers verſtehen ſolle. Einige Tory-Mitglieder begründeten ihre Oppoſition nur auf dem

Umſtande, eine beſondere Bill ſey dazu erforderlich. Cobbet (von Hume unterſtützt) traf hier mit Sir Robert Peel freilich aus ganz anderem Grunde zuſammen, indem er auf die gewaltthätige Parlamentsakte während des Krieges verwies, welche, wie erwähnt, alle Privatperſonen, um die Bank zu retten, um einen Theil ihres Eigenthums betrogen hatte. Die Möglichkeit eines ähnlichen Falles aber war entfernt, und ſomit verſtand ſich das Unterhaus zur Annahme (19. Auguſt). Im Oberhauſe traf die Bankbill der Regierung auf keinen Widerſtand, und hatte dort am 26. Auguſt alle Stadien vollendet.

Somit wurde nach jahrelangen Parteikämpfen und Forderungen eine Sache erledigt, welche in einem Handelsſtaate wie England eine Lebensfrage bot. Wahrſcheinlich wird die Maßregel der Whigs eine bleibende ſeyn, denn es ſcheint, daß einerſeits die Gelegenheit zum Schwindel und ihr Monopol, ſo weit es zuträglich iſt, der Bank von England genommen wurde, daß aber auch andererſeits eine Geſellſchaft verblieb, welche bei ihren Rechten und Verhältniſſen den ſchädlichſten Schwankungen im Geldumlaufe zu widerſtehen und ſomit die nothwendigſte Bedingung für die Wohlfahrt eines Handelsſtaates zu erfüllen vermag. Uebrigens war der Kampf der Bank von England um ihre früheren Vorrechte noch nicht beendet. Dies ergab ſich einige Jahre ſpäter. Obgleich kein Widerſtand von ihr gegen die Beſtimmungen geoffenbart wurde, welche den Rechten der Provinzialbanken förderlich waren und den Geſchäftskreis derſelben ausdehnten, ſo machte ſie

dennoch, als nach der Bekanntmachung des Statutes ſolche Banken ſich bildeten, mehrere Verſuche, dieſelben zu ſtürzen und ſomit den alten Geſchäftskreis ſich zu bewahren. Dies galt beſonders von der Bank in Lancaſhire*). Dieſe Grafſchaft, worin Mancheſter und Liverpool liegt, iſt bekanntlich der Mittelpunkt der engliſchen Baumwollen-Induſtrie und anderer Fabrikthätigkeit, ſowie des Handels nach Amerika, alſo nach der Hauptſtadt derjenige Theil des Reiches, in welchem ſich der größte Reichthum und die größte Thätigkeit vorfindet. Jene Bank hatte in Zeit von wenigen Jahren allen Geldumlauf von Lancaſhire an ſich geriſſen, welcher früher ſeinen Weg durch die Bank von England nahm, und ſomit, wegen der Bedeutung der Grafſchaft, einen bedeutenden Verluſt für jene verurſacht. Die Direktoren der Bank von England, gegen die Provinzialbank deßhalb gereizt, ſuchten ſie zu ſtürzen, bewirkten Mißtrauen gegen dieſelbe durch öffentliche Organe und durch andere Mittel, welche einer reichen und mächtigen Corporation, wie die der Bank von England, leicht zu Gebote ſtanden. Als das Mißtrauen anfangs 1837 erregt war, zog die Bank von England der Provinzialbank ihren Credit zurück; es entſtand ein künſtlich erregter Zudrang zu lezterer für die Einwechslung der Noten (a **Run**); die Provinzialbank wankte und war dem Bruche nahe. Sie ward durch Privatbanken in London, deren Eigenthümer zur Whig-Partei gehörten, gerettet. Als ſie ſich an einen derſelben um Unterſtützung wandte, erkannte dieſer,

*) Der nördlichen Centralbank.

daß es ſich nicht um ein Privatgeſchäft, ſondern um einen politiſchen Grundſatz, die Erhaltung aller vom Parlamente anerkannten Provinzialbanken, der alten Torybank gegenüber, handle. Er ſagte unbedingt ſeine Unterſtützung zu, und bewog mehrere andere Vorſteher von Bankierhäuſern ſeiner Partei, ſich ihm anzuſchließen. Der Credit jener Provinzialbank ward in der City, dem Mittelpunkte des Geldmarktes, wieder hergeſtellt, und die Bank von England hat ſeitdem ähnliche Manöver nicht wiederholt, ſeitdem ihr hauptſächlichſtes, mit großen Koſten verbunden, in ſolcher Weiſe mißlungen war. Dies Ereigniß, jedenfalls intereſſant, um den Zuſammenhang der Geldverhältniſſe mit der politiſchen und die Weiſe darzulegen, womit ſich die Parteien in dieſer Hinſicht entgegenwirken, hat zugleich das oben erwähnte finanzielle Uebergewicht erwieſen, welches die Mittelclaſſen, wie oben erwähnt, ſeit neueſter Zeit, der Ariſtokratie gegenüber, in England beſitzen.

Machte man ſpäter den Whigs zum Vorwurf, daß ihre Partei ſich ſchwach und unfähig zeige, erfolgreiche Maßregeln durchzuſetzen, ſo verwieſen ſie auf jene Veränderung hinſichtlich der Bank, als auf eine Inſtitution, welche ihrer Regierung Anſpruch auf die Dankbarkeit der Nation erworben habe; von gleicher Wichtigkeit, wenigſtens für die handeltreibenden Claſſen, war ihre Umbildung des ebenfalls abgelaufenen Freibriefes der oſtindiſchen Compagnie, wodurch ſowohl der Bereich des Handels für die ganze Nation vermehrt, wie auch dem Staate auf die Zukunft Vollmacht verliehen wurde, die lezten Reſte der Herrſchaft

einer erobernden Handelsgeſellſchaft mit ſeiner Gewalt zu vereinigen und ſomit Oſtindien in das vollkommene Verhältniß einer Colonie zu bringen.

Bekanntlich hatte die oſtindiſche Compagnie, der Regierung gegenüber, einſt die ausſchließlich herrſchende, und im Gegenſatz zum Volke die ausſchließlich handelnde Behörde, ein Vorrecht nach dem andern verloren, ſeitdem heilloſe Wirthſchaft die ungeheure Bereicherung der Einzelnen und eine Zerrüttung der Finanzen jener Handelsgeſellſchaft bewirkt hatte, wodurch der Bankerott derſelben nahe war. Das Miniſterium im Mutterlande erlangte eine Controlle der Regierung, alsdann ward der Handel in den engliſchen Beſitzungen ausgedehnt und der Compagnie eine Concurrenz erſchaffen, welche ihren Gewinn dermaßen herunter brachte, daß ſie den Handel zulezt gänzlich aufgab. Damals verblieb ihr allein die Verwaltung des Landes in Erhebung der Einkünfte u. ſ. w., aus deren Ueberſchüſſen die jährliche Dividende den Aktieninhabern bezahlt wurde, mehrere damit zuſammenhängende Vorrechte, wodurch ſie den Aufenthalt brittiſcher Unterthanen in den indiſchen Beſitzungen beſchränken konnte, und vor Allem das gewinnreiche Monopol des Handels nach China, welches durch den bedeutenden Theeverbrauch in England als einer der wichtigſten Zweige des Verkehrs erſchien.

Die Stimmung über die Aufhebung des lezteren Monopols und über die fernere Beſchränkung der Staatsgewalt war allgemein ſeit dem Beginn der zwanziger Jahre. Bei dem Druck der Nationalſchuld

und der dadurch bedingten Höhe der Steuern erheiſchten die induſtriellen und handelnden Claſſen mit Recht eine wo möglich unbeſchränkte Freiheit des Verkehrs als Entſchädigung für die aus obigem Grunde von ihnen getragenen Laſten, vor Allem aber die Eröffnung des ganzen Handels und die Möglichkeit, ihre Capitalien ungehindert in denjenigen Beſitzungen umzutreiben, welche ſeit der Mitte des vergangenen Jahrhunderts für England die hauptſächlichſte Quelle des Reichthums boten. Jene Wünſche waren in Betreff der oſtindiſchen Compagnie natürlich durch die Preſſe um ſo mehr verbreitet; ein Mann jedoch hatte in den zwanziger Jahren beſonders dazu beigetragen, einen wahren Haß durch dies Mittel gegen die oſtindiſche Compagnie zu erregen, vielleicht in noch höherem Grade, wie ſie es wirklich verdiente. Dieſer Mann (Buckingham) ſaß jezt im Parlamente; er war früher bei ſeinem Aufenthalte in Calcutta von der oſtindiſchen Compagnie gereizt, in ſeinen Intereſſen verlezt und zulezt aus Indien gewieſen worden, und rächte ſich bei ſeiner Rückkehr nach England in Bearbeitung der öffentlichen Meinung auf ſolche Weiſe, daß die Compagnie Urſache hatte, ihr früheres Verfahren gegen ihn zu bereuen. Jezt war er von ſeinen Wählern zu dem eingeſtandenen Zweck in's Parlament geſchickt worden, daß er es verſuche, der Compagnie den lezten Schlag zu ertheilen, eine Sache, wobei ihm die Regierung natürlich zuvorkam, denn es war ſchon lange eine Parteibeſtrebung der Whigs, den Freibrief der oſtindiſchen Geſellſchaft zu beſchränken.

Schon ſeit 1829 hatten ſich übrigens genug Beweiſe gezeigt, daß eine Veränderung ſtatt finden müſſe. Die Agitation begann damals in den großen Handelsſtädten (Liverpool, Birmingham u. ſ. w.) mit Volksverſammlungen u. ſ. w. und ließ ſelbſt unter der Reformaufregung dort nicht nach. Auch ſah ſchon das Miniſterium Wellington die Nothwendigkeit der Reform; Lord Wellington wie Peel ſuchten 1830 die Direktoren der oſtindiſchen Compagnie zu überreden, daß ſie ihr Monopol des Chinahandels aufgäben; jene aber blieben hartnäckig. Jezt wurden ſie kaum um ihre Meinung von der Regierung befragt. Ein anderer Grund kam hinzu, um in dieſem Punkte das Parlament zu ſchnellerem und rückſichtsloſem Verfahren zu beſtimmen. Die Amerikaner hatten einen gewinnreichen freien Handel mit China eröffnet, und in England war der Erfahrungs-Grundſatz als unumſtößlich angenommen, daß kein Monopolhandel mit dem freien die Concurrenz auszuhalten vermag. Auch hatte die Compagnie lezteres bereits zu ihrem Schaden erfahren; in drei Perioden, jede von 5 Jahren, hatte ſich ihr Gewinn von 1,500,000 Pfund zulezt auf 565,000 Pfund vermindert, während der Gewinn der Amerikaner im Verhältniß ſtieg. Es war ſomit zu beſorgen, daß der Handel einer rivaliſirenden Nation bei Fortdauer des Monopols den engliſchen gänzlich überflügeln würde.

Was ferner die oben erwähnten, mit der Verwaltung Indiens zuſammenhängenden Vorrechte der Compagnie betrifft, ſo beſtand die Hauptſache in dem

Umſtande, daß brittiſche Unterthanen nur mit ihrer Bewilligung ſich in Indien niederlaſſen und Geſchäfte ausführen konnten, daß ſie jeden Engländer auswei= ſen durfte u. ſ. w. Somit war die Möglichkeit, durch Indien, einer Hauptquelle des brittiſchen Reichthums, zu Wohlſtand zu gelangen und vortheilhaften Verkehr dort zu treiben, von ihr abhängig, und deßhalb auch einem großem Theile des Handelsſtandes verſchloſſen.

Endlich war auch die immerwährende Fortdauer der politiſchen Macht einer Handelsgeſellſchaft mit dem Weſen der engliſchen Verfaſſung unverträglich. Die Compagnie hatte nie anders als auf Bewilligung der Krone und überhaupt der Geſetzgebung Souveränitäts= rechte beſeſſen und ausgeübt, und mußte ſich deßhalb ſchon früher eine Controlle gefallen laſſen, ſobald ihre eigene Zerrüttung den elenden Zuſtand ihrer Verwaltung offen darlegte. Von ihr war allerdings die Erwerbung jener reichen Beſitzungen von beinahe 100 Millionen Ein= wohnern ausgegangen, ſo daß Großbrittannien ihr einen Erſatz in der Ausübung von Regierungsrechten ſchuldete, allein darauf war noch kein Anſpruch auf eine immer= währende Dauer derſelben begründet. Dieſe würde den weſentlichſten Einrichtungen eines großen Reiches wider= ſtreiten, deſſen geſetzgebende Gewalt eine Oberherrſchaft auf alle unter ihrer Obhut und mit den Kräften der Nation erworbene Beſitzungen in Anſpruch nimmt. Ohnedem hatte die Compagnie lange genug (länger als 60 Jahre) reichliche Dividenden von ihrem Capitale bezogen, abgeſehen von den übrigen Vortheilen der einzelnen Aktionäre, um genügenden Erſatz für die

Erwerbung jener Gebiete und für das anfängliche Riſiko zu bieten. Es war Zeit, daß ſich der Staat wenigſtens die Ausſicht ſtellte, die großen und bevölkerten Gebiete ausſchließlich für ſich zu regieren und die Theilnahme jener Geſellſchaft für die Zukunft zu beendigen, da ohnedem die Erfahrung oft genug gezeigt hatte, daß die Compagnie den Vortheil des Staates gegen ihren eigenen Nutzen zurückſezte.

Unter dieſen Umſtänden brachte Charles Grant, damals Vorſteher der indiſchen Regierungscontrolle (Board of Controul), die Vorſchläge der Miniſter über Veränderung des Freibriefes am 13. Juni in's Unterhaus. Sie waren der Hauptſache nach folgende in Bezug auf die dargelegten Umſtände: Die beſtehende Verbindung des Charakters als Handelsgeſellſchaft und als Regierungsmacht bei der Compagnie aufzulöſen, derſelben den erſteren völlig zu nehmen, den Handel der allgemeinen Concurrenz zu eröffnen und ebenfalls die Hinderniſſe zu entfernen, welche über Erwerbung von Landbeſitz u. ſ. w. in Indien noch beſtanden. Die Compagnie ſolle dagegen ihre jetzige Gewalt in der Verwaltung noch 20 Jahre lang behalten und ihr die höchſte Dividende von 630,000 Pfund als jährliche, auf die Einkünfte Indiens fundirte Rente belaſſen werden. Sollte ſie nach 20 Jahren die Regierung, welche alsdann ausſchließlich auf die geſetzgebende Gewalt übergehen müßte, verlieren, ſo könnte ſie die Auszahlung ihres Capitals verlangen, welches in den Aktien der Geſellſchaft repräſentirt wird, oder noch auf 40 Jahre die genannte Rente beziehen. Nach

Beendigung des 40. Jahres ſolle jedoch die geſetzgebende Gewalt das Recht beſitzen, die genannte Rente zum Preiſe von 100 Pfund für 5 Pfund 5 Schilling zurückzukaufen. Zu Zahlung der Rente, ſowie zu jener Auslöſung derſelben ſolle ein Fond zu 2 Millionen Pfund, der bis auf 12 anwachſen würde, errichtet werden. Endlich war auch eine Beſtimmung hinzugefügt, welche ſich ausſchließlich auf die Eingeborenen Indiens bezog, und darauf berechnet war, für die Zukunft eine höhere ſociale Stellung derſelben und ſomit einen Zuſtand vorzubereiten, in welchem Unterordnung der Farbe und der Kaſte allmählich verſchwände und eine den europäiſchen Verhältniſſen entſprechende Geſellſchaft ſich bilden könnte. Es ward vorgeſchlagen, alle Eingeborenen Indiens ſollten, ohne Unterſchied der Farbe, der Geburt und Religion, in gleichem Verhältniß wie Europäer zu allen Aemtern wählbar ſeyn, und ſomit der Vorzug, wenigſtens dem Rechte nach, entfernt werden, welcher durch die verſchiedenen Kaſten und Völker-Abſtufungen, durch das politiſche Uebergewicht der Europäer u. ſ. w. in der Verwaltung faktiſch beſtanden hatte.

Die Bank von England hatte ſich ohne Widerſpruch den vorgeſchlagenen Veränderungen gefügt; bei der oſtindiſchen Compagnie verſuchten wenigſtens die Direktoren einen Widerſtand der Aktionäre unter demſelben Vorwande der Dividende zu erregen, welcher früher die Greuel eines Warren Haſtings veranlaßt hatte. Die Direktoren weigeren ſich geradezu in ihren Verhandlungen mit der Regierung, den Chinahandel

aufzugeben, weil ſich ohne denſelben die Dividende nicht zahlen ließe, bewogen die Verſammlung der Aktionäre zum Entſchluß, Alles zu verſuchen, um die Maßregeln Grants aufzuhalten, ſprachen von Undankbarkeit des Staates gegen die Geſellſchaft, welche Indien erworben habe u. ſ. w., allein dieß Alles blieb ohne Wirkung, da das frühere Mittel der Beſtechung wenigſtens in größerer Ausdehnung nicht mehr ausgeführt werden konnte. Bald nahmen die Parlamentsverhandlungen eine Richtung, welche die Compagnie überzeugen mußte, ihr Widerſtand werde nutzlos bleiben.

Nachdem die Bill nach den oben erwähnten Grundſätzen auf eine Menge Einzelnheiten ausgeführt und ſomit bis auf 117 Artikel angewachſen, bereits die dritte Leſung erhalten ſollte, machte Cutlar Ferguſon den Vorſchlag, die oſtindiſche Compagnie ſolle zuvor an der Barre des Hauſes durch einen Vertheidiger vernommen werden, ehe man beſchlöße, ihr das wichtigſte Privilegium (den Chinahandel) zu nehmen. Das Unterhaus nahm jedoch keine Rückſicht auf den Antrag, und im Oberhauſe blieb ein ähnlicher Verſuch ebenfalls ohne Wirkung. Bevor noch dort über die Bill entſchieden wurde, machten die Direktoren noch einmal einen Verſuch, die Verſammlung der Aktionäre zu einem entſchiedenen Widerſtand zu veranlaſſen. Allein leztere fing zulezt an zu befürchten, die Regierung werde in dem Falle ihr ſonſt die Zugeſtändniſſe auf eine weitere Verwaltung entziehen; ſie fügte ſich dem Unvermeidlichen, nachdem die Direktoren einen nutzloſen Proteſt in gereizter Sprache bekannt gemacht hatten.

Die Bill Grants, am 11. Juli zum zweiten Mal verleſen, am 19. vollends angenommen, enthielt eine bemerkenswerthe Veränderung, welche mit der Emancipationsbill der Schwarzen im Gegenſatz ſtand. Die Abſchaffung der Sclaverei war darin vorgeſchrieben, allein am 18. Juli trug Grant darauf an, die darauf bezügliche Clauſel zu verändern, d. h. das Fortbeſtehen derſelben für Indien gelten laſſen. Allerdings hängt die Sclaverei dort mit der Religion und mit Kaſtenunterſchieden zuſammen, und es war Grundſatz der Britten, weder dem Koran entgegenzuhandeln, welcher jenen Zuſtand als bürgerliches und religiöſes Geſetz beſtätigt, noch die Vorurtheile der Hindus in Betreff ihrer Kaſten und der darauf bezüglichen Inſtitutionen zu verletzen; indeß erregte die Sache doch einiges Erſtaunen. Grant zwar beſchwichtigte mit dem Antrage, man ſolle dem Gouverneur und ſeinem Rath die Entwerfung eines Geſetzes in Hinſicht auf Abſchaffung der Sclaverei in Indien überlaſſen, welcher alsdann dem Parlamente zur Billigung vorgelegt werden ſolle; allein bis jezt iſt noch nichts in dieſer Hinſicht geſchehen; und die Ausſichten ſcheinen nicht geeignet, daß Großbrittannien irgendwie an den alten Verhältniſſen der öſtlichen Halbinſel etwas verändern werde. — Das Oberhaus nahm die Bill Grants ohne großen Widerſpruch an, und im folgenden Jahre begann die Wirkſamkeit derſelben.

Was dieſe leztere betrifft, ſo nahm der Handel nach Oſtindien und China einen ſolchen Aufſchwung, daß die Produktion mehrerer Manufakturſtädte hauptſächlich

dadurch ſich verdoppelte. Es beſtätigte ſich die alte Erfahrung, daß ein freier, durch Einzelne geführter Handel an Ausdehnung und Gewinn denjenigen überſteigt, welcher von Geſellſchaften unter dem Schutze eines Monopols geführt wird, das vielleicht kaum in dem Fall, wo der Handel ſich erſt begründet, als empfehlungswürdig ſich zeigt. Der Handel ſtieg bald bis zu ſolcher Höhe, daß die Chineſen mehr an engliſchen Fabrikaten erhielten, wie ſie dafür ihre Produkte austauſchen konnten, und daß eine regelmäßige Ausfuhr edler Metalle aus jenem Lande ſtatt fand, welches früher die Bilanz in lezterer Hinſicht zu ſeinen Gunſten hatte ausfallen ſehen. Indiens Reichthum ward durch denſelben Handel erhöht, obgleich durch die Einführung eines verbotenen Produktes (Opium); allein andererſeits läßt ſich nicht leugnen, daß die ſpäteren Streitigkeiten der Chineſen mit den Engländern, die darauf folgende Criſe, die Stockung des Handels, und endlich die Feindſeligkeiten, wodurch derſelbe gänzlich unterbrochen wurde, bei der Erhaltung des Vorrechtes der oſtindiſchen Compagnie verhütet worden wären. Eben die ungeheure Ausdehnung jenes Opiumhandels, welche die Mißhelligkeiten veranlaßte, war durch die Aufhebung des Monopols der oſtindiſchen Compagnie veranlaßt worden, welche ſowohl wegen ihrer allgemeinen Geſchäftsführung, wie wegen der Vorſicht, die ſolchen Geſellſchaften eigen zu ſeyn pflegt, jene Schmuggelei von ihrem Verkehr gänzlich ausgeſchloſſen und ſo viel wie möglich verhindert haben würde. Uebrigens gehört jene Angelegenheit in die Darſtellung der ſpäteren Zeit.

In Hinſicht auf den neueren Zuſtand Indiens hat jene Bill wohlthätig gewirkt. Sie erwies das Beſtreben Englands, in allen Beſitzungen einen Zuſtand einzuleiten, wo engliſche Bildung und engliſches Leben, verbunden mit allen politiſchen und ſocialen Inſtitutionen der mächtigen, reichen und fernen Inſel, allmählich feſt ſich begründeten, ſo daß ſelbſt im Fall einer Trennung ein günſtiges Verhältniß für Großbrittannien verbliebe, wie ſich dies bei den nordamerikaniſchen Freiſtaaten erwieſen hat, ein Zweck, der ebenfalls bei der Sclaven-Emancipation Weſtindiens ſich erkennen ließ. Die oſtindiſche Compagnie hatte übrigens ſchon bedeutend vorgebaut. Durch ihre Veranſtaltung und die Einwirkung einzelner General-Gouverneure (Wellesley, Bentink u. ſ. w.) war eine Sicherheit des Eigenthums und der Perſonen bewirkt worden, wie ſie die eingeborenen Völker Indiens unter der Abwechslung des Deſpotismus und der Anarchie niemals gekannt hatten; die reicheren Claſſen hatten beſonders in den größeren Städten (Calcutta, Bombay u. ſ. w.) bereits begonnen, ſich die engliſche Bildung anzueignen; die Maſſe der Beſitzenden war durch die Theilnahme des Volkes an den Geſchwornen-Gerichten an ſelbſtſtändiges Urtheil gewöhnt worden; jezt kam auch die Theilnahme an der Regierung hinzu, welche freilich mit beſonderer Vorſicht und Beſchränkung von den brittiſchen höheren Behörden Eingeborenen bisher übertragen worden iſt, allein nach der Bill Grants denſelben doch ſtets eröffnet blieb. Noch ein anderes Mittel zur Volkserziehung hat die liberale

Regierung des Gouverneurs in Anwendung gebracht, um das Selbſtbewußtſeyn der ſonderbar gemiſchten Bevölkerung Indiens für ihre Intereſſen zu erwecken und zu nähren, die Preßfreiheit. Seitdem die Whig-Regierung dieſelbe für Indien in's Leben gerufen hat, obgleich die oſtindiſche Compagnie die Maßregel nur ungern duldete, haben zahlreiche Zeitungen aller Hauptſtädte in den Sprachen der Eingeborenen das Intereſſe erwieſen, welches dieſelben an der Verwaltung ihres eigenen Gemeinweſens und an dem Gange der auswärtigen Politik des General-Gouverneurs nehmen; kurzum, es hat eine Entwicklung begonnen, deren Ende ſich freilich nicht vorausſehen und kaum ahnen läßt. Vielleicht iſt die große, freie, mächtige und reiche Nation Großbrittanniens von der Vorſehung dazu beſtimmt, den Keim ihrer eigenen Freiheit, ihrer ſocialen und politiſchen Inſtitutionen ſogar in Gegenden zu pflanzen, wo Deſpotien und Kaſtenabſchließungen vor Jahrtauſenden jede ſelbſtſtändige Entwicklung gehemmt und jede Fortbildung gehindert hatten. Vielleicht treibt das Schickſal Großbrittannien dort auch nach Außen unaufhaltſam zu ferneren Eroberungen ihrer Waffen und ihrer ſocialen Einrichtungen vorwärts, zu Eroberungen, vor deren Ausdehnung Regierung und Nation gegenwärtig erſchrickt, wie vor 70 Jahren die Compagnie beim Beginne ihrer Unternehmungen erſchrack, welche Großbrittannien ein Reich von beinahe 100 Millionen Einwohnern erwarb.

Mit den erwähnten drei Maßregeln war die hauptſächlichſte Wirkſamkeit der Whig-Partei in der erſten

Seſſion des erſten reformirten Parlamentes geſchloſſen. Dieſelben waren von ſolcher Art, daß die Partei ſelbſt und die Nation in der Folge mit Zufriedenheit und Selbſtgefühl darauf zurückblicken konnte, als Schwäche, Mangel an Selbſtvertrauen, Unfähigkeit der Führer eine Reihe von wirkungsloſen Parlamentsſeſſionen bewirkte, welche zulezt der herrſchenden Partei alles Vertrauen entzog und ſie ſogar verächtlich machte.

Uebrigens zeigte dieſe Seſſion eine Erſcheinung, die man ſpäter noch öfter zu beobachten Gelegenheit hatte, ein Zuſammentreffen eines Theiles der Tories mit den Radikalen bei Veranlaſſung der Intereſſen des niederen Volkes, alſo einer Claſſe, auf welche ariſtokratiſche Parteien nur ſelten beſondere Rückſicht zu nehmen pflegen, und die auch früher in der Geſetzgebung niemals auf ſolche Weiſe berückſichtigt waren, daß eigentliche Parteifragen darauf begründet wurden. Was die Tory-Partei betraf, ſo war es ohne allen Zweifel nicht allein die Klugheit, welche Einzelne derſelben beſtimmte, in beſtimmter Weiſe zu Gunſten des niederen Volkes aufzutreten, ſondern eben ſowohl Ueberzeugung, die jedoch in Partei- und Standes-Vorurtheilen eben ſowohl ihre Begründung fand, wie im Mitgefühl hinſichtlich der niedrigſten, im tiefſten Elend lebenden Claſſen. Jenes Mitgefühl betraf nämlich vor Allem das Elend der Fabrikarbeiter, alſo eine Menſchenmaſſe, die nicht von Grundbeſitzern, ſondern von Induſtriellen abhängig war, einem Stande, der den Tories ſelbſt fortwährende und mächtige Oppoſition bot, die ſeinerſeits das Elend der ackerbauenden

Tagelöhner hauptſächlich im Auge hatte, ſobald von der Hülfloſigkeit und Armuth des niederen Volkes die Rede war. Der Repräſentant jener Tory-Fraktion war kurz vorher Sadler, der Sohn eines Güterbeſitzers und dann ein Kaufmann, ſtreng in Tory-Grundſätzen erzogen, nicht ohne Talent, welcher durch ſein Geſchäft häufig in Verbindung mit Fabrikanten gekommen war, und ſomit Gelegenheit gehabt hatte, das Elend und die Art der Arbeit in den Fabriken aus der Nähe zu ſehen. Sadler ſtarb bald, aber ſeitdem haben Andere dieſe Richtung aufgegriffen, und in neueſter Zeit hat unter andern ein gewiſſer Ferrand denſelben Umſtand dazu benützt, um beim niederen Volke Haß gegen den Handelsſtand zu erregen, welcher allen Parteibeſtrebungen der Tory-Grundbeſitzer entgegenwirken wird, ſo lange die jetzigen Verhältniſſe der Bevorzugung deſſelben hinſichtlich ſeines Eigenthums beſtehen. Seitdem hat ſich dieſe Stimmung in verſchiedenen Richtungen ausgeſprochen; ſie begann mit Sadler hinſichtlich der Kinder von Fabrikarbeitern, welche in früheſter Jugend zur Arbeit gezwungen und durch die Natur derſelben zu einem verkrüppelten Geſchlechte gebildet wurden.

Jenes Elend der Fabrikſtädte bietet allerdings die Schattenſeite des engliſchen Lebens, und iſt leider der Preis, um welchen Großbrittannien ſeine Ueberlegenheit als Manufakturſtaat erkauft hat, alſo, wie es ſcheint, eine unvermeidbare Nothwendigkeit, durch welche die Blüthe und der Reichthum des Ganzen bedingt iſt. Man hat ihre Urſache in der Anwendung der Maſchinen

als Erſatz für Menſchenarbeit erkennen wollen, und die Armuth aus dem Umſtande hergeleitet, daß mit Errichtung einer jeden Maſchine die Zahl der angewandten Menſchenhände ſich vermindere. Dies hat häufig die Ariſtokratie der Grundbeſitzer dem niederen Volke zugerufen, und lezteres wurde oft genug durch dergleichen ſcheinbare Behauptungen von ſcheinbarer Wahrheit zu Gewaltthätigkeiten gegen die Fabrikherren verleitet. Die Angabe iſt aber falſch, denn durch Anwendung der Maſchinen iſt jene Fabrikthätigkeit, die Conſumtion und der Handel Englands geſtiegen, ſo daß in gleichem Verhältniß, wie die Maſchinen ſich vermehrten, auch die Zahl der Arbeiter anwuchs, ſo daß die Produktion der arbeitenden Claſſe nur erhöht, nicht aber die Zahl der beſchäftigten Hände vermindert wurde. Das Elend der Fabrikarbeiter iſt hauptſächlich durch den Umſtand bedingt, daß die nothwendigen und von Zeit zu Zeit eintretenden Schwankungen des Handels den plötzlichen Stillſtand der Fabriken und ſomit Brodloſigkeit veranlaſſen, daß die Beſchäftigung einer Claſſe von frühester Jugend begonnen, und, ihrer Natur nach die geiſtige und phyſiſche Geſundheit untergrabend, ein ſchwächliches und verkümmertes Geſchlecht veranlaßt, welches, bei den ewigen rein mechaniſchen Verrichtungen verkrüppelt, ſich der Mehrzahl nach nicht aus dem Zuſtande hervorzureißen vermag, worin es von früherer Jugend an unter Entbehrungen fortlebt. Eine ſolche Bevölkerung ſcheint eine nothwendige Bedingung einer ausgedehnten Manufakturthätigkeit zu ſeyn; ſie fand ſich von jeher in den Ländern und Städten, welche durch

Induſtrie zur höheren Blüthe gelangten, noch ehe die Vervollkommnung mechaniſcher Künſte die Produktion und die damit verbundene Vermehrung des Handels auf die Höhe des engliſchen ſteigerte.

Die Whig-Partei gerieth in eine ſonderbare Stellung, als dieſe Seite und die damit zuſammenhängenden politiſchen Fragen durch die Tory-Partei angeregt wurden. Von den induſtriellen Claſſen gehoben, ſtand ſie zu dieſen in einem Verhältniß, worin ſie keine der Fabrikthätigkeit hinderliche Maßregel gut heißen durfte; es war ohnedem Partei-Prinzip, den Gang der Induſtrie niemals zu hemmen und ſich von Einwirkungen fern zu halten, welche denſelben irgendwie controlliren könnten. Ein Theil der Radikalen war jedoch ſeiner Partei-Anſicht gemäß gewiſſermaßen genöthigt, die arbeitenden Claſſen auch in dieſer Hinſicht zu vertreten, ſowie er ſich auch ſpäter bei einzelnen Maßregeln widerſezte, welche das Intereſſe der Mittelclaſſen dem Vortheile des niederen Volkes entgegen beförderte. Somit hielt die Regierung und ihr Anhang ſich zurück und ließ allein das Parlament gewähren. Durch Vereinigung der Radikalen und der Tories kam auf Sadlers Antrag ſchon 1832 ein Ausſchuß zu Stande, welcher den Zuſtand der in den Fabriken arbeitenden Kinder unterſuchen ſollte. Derſelbe verfaßte einen Bericht, worin die Folgen des geltenden Syſtems grell genug zuſammengeſtellt waren. Es erhellte daraus z. B., daß der größere Theil der Bevölkerung ſchon ſeit dem ſechsten Jahre oder noch früher in den Fabriken bei ungeſunder, ſitzender und

langdauernder Beſchäftigung in dumpfen und hoch geheizten Räumen, in ſeiner Entwicklung von frühester Jugend an gehindert, nothwendig verkümmere. Of waren einzelne Kinder verkrüppelt, indem ſie zehn Stunden lang täglich beim Feuer gebückt auf einer Stelle ſitzen mußten, um daſſelbe von Zeit zu Zeit mit dem Eiſen anzuſchüren; andere waren durch das Schwirren der Maſchinen wahnſinnig geworden.

Die Miniſter ſchienen ungewiß und zogen die Sache in die Länge. Eine Bill ward eingebracht durch Lord Ashley (Factory=Bill); als derſelbe am 8. Juli darauf antrug, das Haus ſolle ſich in einen Ausſchuß zur Berathung der einzelnen Clauſeln verwandeln, machte Lord Althorp einen Verſuch zur Verzögerung, indem er vorſchlug, die Bill einem beſondern Ausſchuß zu überweiſen und ſomit die Unterſuchung auf's Neue zu beginnen. Allein er war überſtimmt; Tories und Radikale hatten ſich vereinigt, und ſomit mußten die Miniſter an der Maßregel Theil nehmen. Lord Althorp brachte einige Veränderungen in Ashley's Bill an, die Regierung nahm die Sache in ihre Hände, und es ward wenigſtens ein Verſuch gemacht, das Verkümmern der Bevölkerung aufzuhalten. In der Bill Lord Althorps war feſtgeſezt: Die Arbeit der Kinder unter 13 Jahren dürfe nicht mehr wie 8 Stunden täglich, die der Perſonen von 13 bis 18 Jahren nicht über 10 Stunden und die Arbeit aller Perſonen von 18 bis 30 Jahren nicht über 69 Stunden wöchentlich betragen. Inſpektoren ſollten ernannt werden, um auf die Erfüllung dieſer Vorſchriften nachzuſehen;

ferner waren Beſtimmungen erlaſſen, nach denen die Fabrikherren einige Sorge über die Erziehung der Fabrikkinder tragen mußten. Die Bill ward in jenen Beſtimmungen zum Geſetz: allein es iſt die Frage, ob etwas Bedeutendes dadurch geholfen werden konnte. Die Art der Arbeit und die Verhältniſſe der Arbeiterfamilien konnten natürlich nicht verändert werden; dieſe aber ſind die eigentlichen Bedingungen, worauf die Verkümmerung jener Claſſe beruht. Höchſtens wurde dadurch der Verdienſt der Arbeiterfamilien vermindert und ſomit die Veranlaſſung zum Elende und zum Hunger vermehrt, ein Unglück, welches der Verkrüppelung von Kindern wenigſtens die Wage hält, da ja ohnedem dieſelbe bei der größeren Maſchinenarbeit durch eine geringere Zahl von Stunden durchaus nicht verhindert wird. Auch hat die Folge keine beſonderen Wirkungen der Bill gezeigt; die ſchädliche, zu frühe Arbeit iſt dagegen in Geſchäftszweigen allgemein geworden, welche die Bill nicht berückſichtigte (z. B. Laſttragen, Kohlenladen u. ſ. w.) und auch bei den Verhältniſſen des ſocialen Lebens nicht berückſichtigen konnte.

Unter den übrigen Leiſtungen der Regierung im Beginne des reformirten Parlamentes war die Wirkſamkeit Lord Brougham's bemerkenswerth, eines ſicherlich außerordentlichen Mannes, wie man auch über ſein ſpäteres Verfahren theilweiſe urtheilen mag. Broughams Abweſenheit im Unterhauſe ward ſchon damals oft vermißt, ſobald es ſich um entſchiedenes Auftreten dem Oberhauſe gegenüber und um eine kräftige Leitung der Mehrheit handelte; nachher iſt dies

noch mehr offenbar geworden, denn kein Anderer verſtand es, wie er, ſeine Partei zuſammen zu halten, dieſelbe durch die Macht ſeiner Rede zu beſtimmen, ſo wie durch Schärfe und eigene Willenskraft im Nothfall auch die Widerſtrebenden mit fortzureißen. Brougham's Platz war wie einſt der von Pitt und gegenwärtig der von Peel im Unterhauſe, zwei Männer, die ihre Stellung beſſer erkannten, denn der erſte wollte nie das Haus der Gemeinen verlaſſen, und auch der leztere hat daſſelbe erklärt. Ein Leiter wie Brougham hat der Whig-Partei im Unterhauſe gefehlt; unter ihm wäre wohl nie Unentſchloſſenheit und Schwäche bemerkt worden, welche die Haupturſache zum Sturze der Whigs bot. Im Oberhauſe war ſeine Stellung als Redner nicht bedeutend, und er mußte die Führung Andern übertragen; ſpäter ſtand er ganz allein, oder vermogte wenigſtens nie jenen beherrſchenden Einfluß zu üben, den er einſt bei den Whigs im Unterhauſe beſaß. Damals jedoch leiſtete er dem Staate als Lord-Kanzler durch ſeine erſtaunenswerthe Thätigkeit noch immer bedeutende Dienſte, und verſuchte Anderes, was ihm jedoch in jenen Zeiten mißlang. Seine Thätigkeit, die früher den ganzen Staat umfaßte und als außergewöhnlich mit Recht angeſtaunt wurde*), warf ſich jezt hauptſächlich

*) Er war in den Gerichtsſitzungen oft den ganzen Tag als Advokat beſchäftigt, verbrachte außerdem während der Seſſion den Abend im Parlamente, war bei jeder Parteiverſammlung, bei öffentlichen Mahlen u. ſ. w., hatte Haupt-Antheil am Edinburgh-Review, begründete und leitete eine Menge Inſtitute zum Beſten des Volkes, z. B. in Hinſicht des Unterrichts, wie die Univerſität London u. ſ. w.

auf die Geſchäfte ſeines Amtes, und räumte dort plötzlich in ſolcher Weiſe auf, daß eine in vielen Jahrzehenten angeſammelte Maſſe von Proceſſen durch ihn entſchieden wurde. Sein Gerichtshof (Court of Chancery), bekanntlich ein ſogenannter Billigkeitshof (Court of Equity) *) und ohnedem der Centralpunkt für Vormundſchaftsſachen, Angelegenheiten der Wahnſinnigen u. ſ. w., war während ſeiner Langſamkeit früher ſo berüchtigt, daß eine Klage an demſelben (a chancery suit) zum Sprüchwort über eine Sache wurde, deren Beendigung man nie erlebt. Außerdem hatte der Lord-Kanzler Eldon (bis 1826), ein ſehr langſamer und bedächtiger Mann, die Proceſſe in ſolcher Maſſe anſammeln laſſen, daß man die gehörige Erledigung derſelben für eine Unmöglichkeit hielt. Brougham hatte nach wenigen Jahren die Maſſe des Vorhandenen entfernt und den Gerichtshof in Stand geſezt, mit derſelben Schnelligkeit wie die übrigen engliſchen Gerichte zu entſcheiden, ein Verfahren, woran die Nation gewöhnt iſt und welches in einem induſtriellen Staate ein um ſo größeres Bedürfniß bietet. Ferner vereinfachte Lord Brougham die Prozedur an ſeinem Gerichtshofe und verminderte die Koſten, wobei er eine jährliche Erſparniß von mehr als 60,000 Pfund bewirkte. Die hierüber eingebrachte Bill wurde glücklich von ihm durchgeſezt, dagegen ſcheiterte ſein Verſuch,

*) Ein Gerichtshof, an welchen gegen die Urtheile der Haupt-Tribunale appellirt werden kann, der aber das Urtheil nicht umſtoßen, ſondern nur nach Gründen der Billigkeit modifiziren darf, jedoch ſo, daß ſeine Veränderungen mit dem beſtehenden Recht nicht in Widerſpruch kommen.

die Centraliſation der Rechtspflege zu beſchränken und den großen Gerichten in London oder den vierteljährlich herumreiſenden Richtern die Entſcheidungen über Streitigkeiten geringeren Werthes zu entziehen. Bekanntlich bieten die in dieſer Hinſicht beſtehenden Verhältniſſe den Engländern außerhalb Londons eine immerwährende Urſache zu Beſchwerden. Die Lokalgerichtshöfe dürfen nur über Angelegenheiten vom geringſten Werth entſcheiden (nicht über den Werth von 20 Schillingen); was darüber iſt, fällt in den Bereich der drei großen Gerichtshöfe oder des vierteljährlich von London aus die Grafſchaften bereiſenden Richters; wie ſchnell auch die Entſcheidung deſſelben im Gegenſatz zu dem gerichtlichen Verfahren anderer Länder ausfallen möge, ſo iſt immer Verzug einem handeltreibenden Volke doppelt ſchädlich, und Erhöhung der Koſten dabei nothwendig, da die Parteien einen Anwalt in London annehmen und bezahlen müſſen. Lord *Brougham* nun brachte eine Bill in's Oberhaus, die Wirkſamkeit der Lokalgerichte zu erhöhen (Lokalgerichtsbill). Schuldklagen von 100 Pfund und andere Klagen im Betrage von 50 Pfund ſollten in den Bereich derſelben fallen. Allein die ganze Maſſe der Londoner Advokaten, die natürlich in ihren Einkünften dadurch hätten verkürzt werden müſſen, erhob ſich dagegen; Lord *Lyndhurſt*, anerkanntermaßen nach *Brougham* der erſte Rechtsgelehrte des Reiches, widerſezte ſich mit Beſtimmtheit, indem er die Sache nur als einen Verſuch hinſtellte, die Wirkſamkeit und das Anſehen der drei großen Gerichtshöfe zu untergraben; er beſtimmte leicht ſeine

Partei, die Bill zu verwerfen, und Broughams Bemühungen ſcheiterten. — Ein kürzliches Ereigniß wird jedoch die Veränderung erläutern, welche ſich in Betreff der Tory-Partei ſeitdem ergeben hat. Lord Lyndhurſt, welcher 1833 die Bill Broughams vereitelte, hat am Schluſſe der Seſſion von 1842 angekündigt, daß er eine Bill über Ausdehnung des Bereiches jener Lokalgerichtshöfe einbringen würde, und zwar mit denſelben Beſtimmungen, wie früher Brougham, indem er nur diejenige über Schuldklagen von 100 Pfund verändern zu wollen erklärte.

Uebrigens ward während der ganzen Seſſion das Beſtreben der miniſteriellen Mehrheit nach Reformen laut, denen ſich das Miniſterium bei den oben erwähnten Verhältniſſen im Innern der Partei zu entziehen ſuchte. Zwar wurde daſſelbe unmittelbar nach der Reform nicht durch ſolche Vorſchläge wie ſpäter bedrängt, welche eine fernere Umbildung der Repräſentation verlangten (Abſtimmung durch Kugelung, Abkürzung der Parlamente), oder konnte denſelben für jezt noch mit Leichtigkeit ausweichen; bei anderen Fällen kam ſie jedoch in Bedrängniß, und ihre Entſcheidung hinterließ wenigſtens keinen günſtigen Eindruck bei denjenigen Claſſen, auf deren Unterſtützung ſie bei den beſtehenden Verhältniſſen einmal angewieſen war. Hiezu gehörte Roebuck's (eines Radikalen) Vorſchlag über beſſere Regulirung der Volkserziehung, dem die Miniſter aus Furcht, die Geiſtlichkeit der Hochkirche zu beleidigen, unter dem Vorwande auswichen, die Einmiſchung der Regierung ſey nutzlos und werde allein

Schaden verurſachen, eine Einrede, welche allerdings auch ſonſt den Begriffen der Engländer, wie den Verhältniſſen des Staates entſprach, da die Einwirkung deſſelben auf Privatunternehmungen und auf die Familienverhältniſſe ſo weit wie möglich zurückgehalten wird; hiezu gehörten ferner Anträge auf die Abſchaffung der Peitſchenſtrafe im Heere und in der Flotte, der ſie beſtimmt unter dem Vorwande der Zuſammenſetzung des erſteren und der beſonderen Beſchaffenheit des lezteren ſich widerſezte, zwei Gründe, die zwar vollkommen richtig ſeyn mögen, bei denen es jedoch auffallend war, daß Mitglieder der Regierung vor 1830 dieſelben nicht hatten gelten laſſen. Hiezu gehörte endlich das Verfahren der Regierung bei einem Vorſchlage Hume's, des im Antrage von Erſparniſſen unermüdlichen Parlamentsgliedes, alle noch beſtehenden Sinekuren abzuſchaffen und eben ſo wenig Aemter zu dulden, wo der gehaltbeziehende die Geſchäfte durch einen Stellvertreter konnte beſorgen laſſen. Unklug war es ſicherlich, von jenen Beſoldungen für keine Arbeit noch Etwas beſtehen zu laſſen, um ſo mehr, da die Regierung dieſelben dennoch ſpäter aufgeben mußte; man wollte ſchon damals das Beſtreben darin erkennen, eine weitere Verkürzung der Ariſtokratie in ihren Einkünften zu verhindern; allein die Sache hinterließ keinen größeren Eindruck als ein Verhältniß untergeordneter Art, da die Summe der Sinekuren nicht mehr groß war. Lezteres galt ebenfalls in Betreff der Emancipation der Juden. Die Sache war übrigens eine Parteibeſtrebung, denn Ausſchließung

der Bekenner irgend einer Religion von Staats- und Communal-Aemtern jeder Art und von der noch bei weitem größeren Wirkſamkeit eines Parlamentsgliedes widerſtrebte allen überlieferten Parteigrundſätzen der Whigs: ſie konnten ſich derſelben nicht entziehen, als eine Bittſchrift der Stadt London im Sinne der Emancipation dem Parlamente eingereicht wurde. Grant erhielt den Auftrag, eine Bill demgemäß einzubringen, welche die Juden nach den Beſtimmungen der Emancipationsbill von 1829 den Katholiken gleichſtellte, ihnen den Eintritt in's Parlament und in Aemter, mit Ausnahme weniger, eröffnete. Wie ſich erwarten ließ, wurde die Bill von der bedeutenden Mehrheit der liberalen Partei angenommen, im Oberhauſe aber erhoben ſich die Biſchöfe dagegen, und ſie ward dort verworfen. Die Sache war jedoch nicht von der Art, daß ſie die Partei-Leidenſchaften beſonders hätte aufregen und ein ernſtliches Zuſammentreffen beider Häuſer hätte bewirken oder eine Aufreizung außerhalb der Geſetzgebung veranlaſſen können. Die niederen Claſſen der Juden waren zu ſehr verachtet, die höheren und mittleren zu wenig zahlreich und zu wenig im Beſitze von politiſchem Einfluß, die erſteren ſogar theilweiſe zu gleichgültig, als daß ſie nach Art der Engländer auf ihre Emancipation als politiſchen Zweck bedeutende Summen hätten verwenden ſollen. Die Sache blieb wie ſie war, obgleich von Zeit zu Zeit jene Anträge erneuert und nach den Partei-Prinzipien unterſtüzt oder bekämpft wurden. Hoffnung für die Juden wäre wahrſcheinlich nur dann vorhanden, wenn in Zukunft die

Kraft der Tory=Partei gänzlich gebrochen, oder die Umbildung ihrer Grundſätze in der Art fortgeführt würde, daß alle vorgefaßten Meinungen hinſichtlich der Hochkirche aufgegeben würden.

Das Budget war für die Whig=Miniſter günſtig. Die Zeit der Verlegenheit und der Sorgen war noch weit entfernt, welche der Unbedacht der leitenden Whigs ſpäter hervorrief. So lange die Reformfrage noch nicht entſchieden war, bewirkte die Beſorgniß einer gewaltſamen Umwälzung, welche bei fortwährender Unnachgiebigkeit des Oberhauſes als nothwendig erſchien, in jedem Verkehrszweige eine Stockung der Geſchäfte, deren Rückwirkung bei den Zoll= und Acciſe=Einnahmen natürlich empfunden ward. Somit hatte ſich 1832 ein Deficit von 1,263,187 Pfund herausgeſtellt. Sobald aber die Reformfrage entſchieden war, nahm jede Induſtrie einen um ſo ſtärkeren Aufſchwung; ſomit vermehrten ſich jene Staatseinkünfte, das Deficit ward gedeckt, und es fand ſich noch außerdem ein Ueberſchuß vor. Die Einnahmen betrugen nämlich 45,370,515, die Ausgaben 44,922,219 Pfund. Auch wollten die Whigs mehrere kleinere Erſparniſſe eintreten laſſen, indem ſie mehrere Beamtenſtellen derjenigen Verwaltungszweige, welche vom Staate abhingen, gänzlich eingehen ließen. Es ſtand ihnen ſomit eine Summe zur Verfügung, womit ſie den Widerſtand gegen die Häuſer= und Fenſtertaxe und überhaupt gegen das beſtehende Steuerſyſtem durch eine Reduktion jener Abgabe für die nächſte Seſſion beſchwichtigen konnten. — Die Regierung ſuchte ſich das Verdienſt jener Einnahme=Erhöhung zuzuſchreiben, allein

man erkannte ſehr wohl, daß der günſtige Stand des Budgets durch die allgemeinen Verhältniſſe, und nicht durch beſondere Maßregeln der Miniſter bewirkt worden war.

Was die auswärtige Politik betraf, ſo verblieb England in der Richtung ſeit 1830, welche ja ohnedem in einer Richtung ſchon ſeit 1824 durch Canning eingeſchlagen und nur durch die kurze Zeit des Wellington-Miniſteriums unterbrochen war. An eine Trennung von der franzöſiſchen Allianz war noch nicht zu denken; ſie ſchien auf das Intereſſe Englands berechnet zu ſeyn, und die allgemeine Volksſtimmung war dafür. Englands und Frankreichs Beſtrebungen trafen in einer Menge von Punkten zuſammen. Die bleibende Vereinigung Belgiens mit Holland hatten ſchon die Tories unmittelbar nach 1830 aufgeben müſſen, als ein heftiger Sturm im Unterhauſe gegen eine darauf bezügliche Phraſe in der Thronrede entſtand; die Schelde-Eröffnung bewirkte ferner, daß jene Frage mit den engliſchen Handels-Intereſſen zuſammenhing, welche keine Regierung, von welcher Partei ſie auch ſeyn mag, jemals aus den Augen zu verlieren pflegt. Ohnedem war der Zweck erreicht, welchen England in Betreff der Niederlande, Frankreich gegenüber, ſtets im Auge gehabt hat. Antwerpen war unmittelbar nach der Eroberung von den Franzoſen geräumt worden, und ſomit keine Gefahr vorhanden, daß jener wichtige Hafen in den Beſitz dieſer Macht gelangen würde. Belgien beſtand als unabhängiges Königreich, wo der engliſche Einfluß dem franzöſiſchen wenigſtens die Wage halten konnte. England hatte durch ein Embargo an den Maßregeln Theil genommen, welche den

5*

STAATSBIBLIOTHEK BAMBERG

König von Holland zur Nachgiebigkeit nöthigen ſollten, und beförderte ebenfalls durch einen Traktat die faktiſche Ungeſtörtheit der Belgier im Genuß ihrer Unabhängigkeit; am 21. Mai ward ein Präliminar-Vertrag zwiſchen England, Holland und Frankreich geſchloſſen, wodurch einerſeits das Embargo aufgehoben wurde, andererſeits aber der König von Holland ſich zur Eröffnung der Schelde und zur Eingehung eines Waffenſtillſtandes gegen Belgien bis zur Abſchließung des Trennungsvertrages verpflichtete. Somit war auch das Handels-Intereſſe Großbrittanniens wahrgenommen worden. — In Betreff der pyrenäiſchen Halbinſel traf ferner Englands und Frankreichs Intereſſe zuſammen, im Gegenſatz zur Politik der öſtlichen europäiſchen Großmächte. Die Regierung unterſtüzte indirekt den Verſuch Dom Pedro's durch die conſtitutionelle Partei, die Krone Portugals ſeiner Tochter zu erwerben. Durch jene Hülfe ward bekanntlich die Unternehmung ſehr erleichtert; denn ohne die in England angeworbenen Truppen und Seeleute wäre ſchwerlich Oporto behauptet, noch die entſcheidende Seeſchlacht von Cap S. Vincent gewonnen worden. Uebrigens war dieſe Politik allein eine Fortſetzung der von Canning 1827 eingeſchlagenen Richtung, welcher ohnedem, wenn er 1823 dieſelbe Gewalt, die er bald darauf erlangte, ſchon in aller Ausdehnung beſeſſen hätte, die zu Verona beſchloſſene Intervention der Franzoſen in Spanien ohne Zweifel mit Gewalt würde gehindert haben. Wie Canning ein Hülfscorps 1827 nach Portugal ſchickte, als von Spanien aus der Umſturz der Conſtitution verſucht wurde, ſo ſandte jezt

STAATSBIBLIOTHEK BAMBERG

die Whig-Regierung ein Geſchwader in den Tajo, als Ferdinand, über die Ereigniſſe in Portugal erſchreckt, ein Truppencorps an der Grenze zuſammenzog. Auch zögerte die Whig-Regierung nicht mit der Anerkennung der Donna Maria, ſobald Liſſabon erobert war. In derſelben Weiſe wurde die Königin Iſabela II. ſogleich nach dem Tode Ferdinands als rechtmäßige Königin Spaniens anerkannt, denn es ließ ſich gleich anfangs vorherſehen, daß die Anſprüche derſelben allein durch Mitwirkung der liberalen Partei und ſomit nur durch eine Staatsveränderung behauptet werden könnten. Abgeſehen von der Prinzipienfrage, von der Stimmung der Engländer für die liberale Partei Spaniens ſeit dem Unabhängigkeitskriege, war dieſe Politik ohnedem durch die Handels-Intereſſen Englands bedingt. Es wurde erwartet, daß die liberale Partei geneigter ſeyn würde, wie die abſolutiſtiſche, diejenigen Hemmungen im Tarife zu entfernen, welche den Markt von Spanien für den engliſchen Handel gänzlich verſchloſſen oder die Einfuhr auf die Schmuggelei beſchränkten.

Dieſe Richtungen fanden noch immer Widerſtand bei der Tory-Partei, welche ſich während ihrer Oppoſition noch nicht auf dem neuen Boden zurechtfand, den ſie nach den neueren Ereigniſſen nothwendig einnehmen mußte. Beſonders zeigte diejenige Fraktion thätigen Widerſtand, welche noch die alten Ueberlieferungen Caſtlereaghs bewahrte, eine Fraktion, welche nicht wenig dazu beigetragen hatte, die Partei vom Ruder zu verdrängen, und welche jezt den Parteihäuptern unzählige Verlegenheiten bereitete. Auffallend war

unter denſelben der Marquis von Londonderry, Caſtlereaghs Bruder, ein Mann von denſelben Vorurtheilen und geringen Fähigkeiten wie jener Miniſter, deſſen Wirkſamkeit von ſeiner eigenen Partei als unheilvoll ſchon lange anerkannt wird; auch iſt der Marquis von Londonderry, ſobald die Partei wieder Bedeutung erlangte, gewiſſermaßen bei Seite geſchoben und als einflußreicher Leiter gänzlich verſchwunden. — Mehrere Male verſuchten die Tories den Gang der Regierung in auswärtigen Angelegenheiten zu hemmen oder zu verändern. L. Wellington z. B. brachte am 4. Mai eine Motion in's Oberhaus, durch eine Adreſſe an den König einen Tadel gegen die Verletzung der Neutralität gegen Portugal auszuſprechen, ein Vorſchlag, welcher auch angenommen ward, allein einen ganz entgegengeſezten Beſchluß im Unterhauſe hervorrief, und dann auf eine lakoniſche Weiſe vom König beantwortet wurde, welche den geringen Einfluß jenes Widerſtandes auf den Gang der Politik erwies. Ebenſo unwirkſam blieben die Bemühungen der Partei hinſichtlich der Niederlande und Frankreichs. Auch erwies die Folge, daß die bisher beachtete Politik die richtige ſey. Nichts hat vielleicht den Whigs ſo ſehr geſchadet, als das Aufgeben der franzöſiſchen Allianz; Sir Robert Peel hat auch nicht unterlaſſen, dies zu benutzen, und 1842 im Parlamente offen erklärt, ein freundſchaftliches Verhältniß zu jenem Staate ſey der richtigen Politik Englands angemeſſen, eine Erklärung, welche auf Befeſtigung ſeiner Regierung ebenſo berechnet war, wie ſeine Maßregeln in Betreff der inneren Verwaltung.

Standen Whigs und Tories ſich in jenen Punkten gegenüber, ſo traf dagegen die Mehrzahl der lezteren mit der erſteren Partei in Betreff der Stimmung gegen Rußland zuſammen, und es kam auf die Regierung an, ihrer Politik demgemäß eine entſprechende Richtung zu geben. Eine Criſe im Orient hatte dieſe bereits beſtehende Stimmung erhöht; Mehemet Ali's Truppen hatten die Heere des Sultans vernichtet, Conſtantinopel war ohne Vertheidigung, Rußland hatte ein Hülfscorps nach der türkiſchen Hauptſtadt geſandt, welches unter den Mauern derſelben ihr Lager aufſchlug, und den Vertrag von Uskiar Skeleſſi abgeſchloſſen, welcher England empfindlich verlezte, indem die Dardanellen nach demſelben den Kriegsſchiffen aller Nationen, mit Ausnahme der ruſſiſchen, verſchloſſen, und den ruſſiſchen Kriegsſchiffen ſomit die Einfahrt in das Mittelmeer eröffnet war. Jener Vertrag und die Anweſenheit jenes Hülfscorps vor Conſtantinopel, den Intereſſen Englands entgegen, reizte alle Parteien; es war ſchon lange der Zweck der brittiſchen Politik, den Einfluß Rußlands im Oriente und jede Maßregel zu verhindern, welche denſelben auszudehnen vermögte. Es war bekannt genug, daß Wellington 1829 die Fortſchritte der Ruſſen durch die Drohung eines Krieges aufgehalten und ſich der Vergrößerung ihres Reiches in Aſien widerſezt hatte, Thatſachen, welche bald darauf durch die Bekanntmachungen von Staatspapieren in dem berühmten Portfoglio noch mehr beſtätigt wurden. In dieſer Erbitterung waren alle Parteien übereinſtimmend und die Ueberzeugung vorherrſchend, die Vergrößerung

der ruſſiſchen Macht müſſe im Nothfalle durch einen Krieg verhindert werden. Ein wohl begründeter und durch die Folge ebenfalls beſtätigter Verdacht, Rußland ſuche durch allmählige Ausdehnung im Inneren Aſiens nach Indien vorzudringen, erhöhte die National-Eiferſucht, und endlich kam das Verfahren in Polen hinzu, um die Gefühle aller Parteien gegen den unumſchränkten Militärſtaat aufzubringen, welcher damals einen unzweifelhaften Einfluß auf andere Großmächte übte. Nur wenige Mitglieder der Tory-Partei ſprachen in Großbrittannien für Rußland, und unter dieſen ſchnitt ſich damals Lord Londonderry durch einige Worte alle fernere Ausſicht ab, um auch durch ſeine Partei jemals eine politiſche Wirkſamkeit ſich zu erwerben.

Die Richtung, welche England einzuſchlagen hatte, war deutlich genug vorgezeichnet; ein Krieg ſchien zwar bei einer Schuldenlaſt von 800 Millionen Pfund eine bedenkliche Unternehmung. Bei der Stimmung der Nation und bei den Rückſichten auf die National-Intereſſen ließ ſich jedoch erwarten, daß die dazu erforderlichen Laſten mit größerer Bereitwilligkeit getragen werden würden, wie ſelbſt in den gefährlichſten Zeiten der großen Kriege gegen Napoleon. So ſehr auch die induſtriellen Intereſſen und der Zuſtand der Staatsſchuld den Frieden erheiſchten, ſo war dennoch eine Grenzlinie gezogen, jenſeits welcher alle Bemühungen, denſelben zu erhalten, der Ehre und dem Vortheil der ganzen Nation widerſtrebten. Es kam darauf an, dieſelbe zu erkennen und die Politik darnach zu entſcheiden. Ob die Whigs dies gethan haben, iſt die Frage.

Leider ging die Leitung der Politik von Lord Palmerſton, einem Manne aus, der nicht ohne Talent in der Debatte und im Unterhandeln ſich häufig durch perſönliche Gereiztheit zu unzweckmäßigen Schritten beſtimmen und andererſeits durch Rückſichten auf augenblickliche Schwierigkeiten zu Schwankungen im Entſchluſſe verleiten ließ. Somit erwies ſeine Politik häufig genug Unentſchloſſenheit und Schwäche, dann wieder eine gewiſſe Gereiztheit, worin er nicht allein alle Rückſichten außer Augen ſezte und dadurch verlezte, ſondern ſogar den eigentlichen Staatsvortheil und die eigentliche Stimmung ſeiner Partei nicht beachtete. Sein Verfahren gab häufig genug bedeutende Blößen, wodurch die Oppoſition in Vortheil kam, und den Engländern die alte Behauptung wieder darlegen konnte, wonach die Whigs nicht im Stande ſeyn ſollten, die auswärtige Politik in paſſender Weiſe zu leiten. Weßhalb die Partei, ſogar bei ſeinen offenbaren Mißgriffen, ihn ſtets vertrat und als Miniſter beibehielt, iſt nicht recht klar; viele hegten nicht einmal zu ihm ein beſonderes Vertrauen, denn er war von den Tories zu den Whigs übergetreten, obgleich wahrſcheinlich mit aufrichtiger Ueberzeugung hinſichtlich ſeiner politiſchen Grundſätze. Wahrſcheinlich wirkten in jener Hinſicht die Familienverbindungen und die Beſorgniß, die Whig-Regierung werde im Oberhauſe noch mehr Stimmen verlieren, ſobald Lord Palmerſton aus dem Miniſterium gewieſen würde.

Im Jahre 1833 war bereits genug Beſchwerde über Lord Palmerſton vorhanden; England hatte nichts

gethan, um die Anweſenheit der Ruſſen vor Conſtantinopel zu verhindern, und es ſchien ſogar der Augenblick gekommen, um die Vertreibung derſelben mit Gewalt durchzuführen. Die damalige Politik hinſichtlich Mehemet Ali's iſt nicht recht klar. Vielleicht hegte die engliſche Regierung die Ueberzeugung, der Fall des ottomanniſchen Reiches könne nicht aufgehalten werden; die neue in Aegypten gebildete und, wie es ſchien, kräftige Macht werde dagegen im Stande ſeyn, gegen Rußland einen mächtigen Damm zu bilden, ſobald es ihr gelinge, den Thron des Sultans in Conſtantinopel zu ſtürzen und ſich ſelbſt an die Stelle zu ſetzen. Somit läßt ſich wenigſtens die anfängliche Unthätigkeit der engliſchen Regierung erklären; dieſe war ſo bedeutend, daß nicht einmal eine genügende Flotte im Mittelmeer ſich ausgerüſtet befand. Sobald aber die Ruſſen vor Conſtantinopel zur Hülfe des Sultans ſtanden, mußte England entweder dieſe Politik ändern, oder ſich offen für Mehemet Ali erklären. Das leztere war Palmerſton und den übrigen Whigs zu gewagt; durch ihren Einfluß ward Ibrahims Siegesmarſch aufgehalten; Unterſtützung ward der Pforte zugeſichert, wenn ſie ſich dem Schutze Rußlands entzöge. Die Entfernung der Ruſſen ward durch Unterhandlungen verſucht und auch erlangt. Palmerſton erklärte, den Traktat von Uskiar Skeleſſi als nicht exiſtirend betrachten zu wollen u. ſ. w. Kurzum, es begann ein langes und auf die Dauer unwirkſames Spiel von Intriguen, worin zwar jene Entfernung der Ruſſen erreicht, dagegen aber kein Reſultat gewonnen wurde, welches auch für die Folge ſicherte, oder die

Zukunſt im Orient irgend wie begründete. — Auch in anderer Hinſicht zeigte ſich Lord Palmerſton unbeſtimmt und ſchwankend der ruſſiſchen Politik gegenüber. Die Erbitterung und die Uebereinſtimmung der Engländer, in Betreff dieſer Macht, erwies ſich bei einem Antrage Fergnſons über Polen; alle Parteien brachen in heftige Worte aus, und ſogar der Hochtory, Sir Robert Inglis, ſprach über die Verletzung des Wiener Vertrags; es erwies ſich, welche Unterſtützung ein Miniſterium im Fall des Krieges gegen Rußland erlangen würde. Man erwartete eine beſtimmte Erklärung über die künftige Politik Englands hinſichtlich Polens; allein Lord Palmerſton gab ſie nicht; er geſtand zwar ein, daß der Wiener Traktat nach der Einnahme Warſchau's verlezt ſey, allein ſeine lange Rede enthielt keine einzige beſtimmte Erklärung. — Man vergleiche damit die Erklärung Sir Robert Peels in der Parlamentsſeſſion von 1842, worin dieſer mit dürren Worten ſagte: jezt ſey zwar nichts zu thun, allein der Einfluß Englands werde ſich geltend machen, ſobald eine Gelegenheit größerer Bedeutung ſich darbieten würde.

So ging die erſte Seſſion des erſten reformirten Parlamentes vorüber. Obgleich manche Reformer ihre Hoffnungen ſchon damals ſehr herabſtimmten, blieb noch immer ein günſtiger Eindruck im Allgemeinen zurück. Selbſt diejenigen, welche Mißvergnügen hegten, waren am Schluß durch die gewonnenen Reſultate in ſo weit beſchwichtigt, daß ſie für die Zukunft eine ähnliche Wirkſamkeit erwarteten. Uebrigens war es ein ſchlimmes Zeichen, daß Lord Durham, der entſchiedenſte

Reformer in der Regierung, deſſen Anweſenheit im Miniſterium die ſicherſte Bürgſchaft für ein kräftiges und entſchiedenes Fortſchreiten darbot, ſchon im März ſeine Entlaſſung einreichte, ohne jedoch auf irgend eine Weiſe den Grund, weßhalb er ſich entfernte, auszuſprechen. Sein Rücktritt war offenbar durch Mangel an Uebereinſtimmung mit ſeinen Collegen veranlaßt worden, allein, wie erwähnt, wurde die innere Spaltung in der Regierung noch ſorgfältig verſchwiegen.

Zu erwähnen iſt noch der Beginn einer neuen Organiſation der Tory-Partei, wie ſie ſich öffentlich zeigte, ſo wie der größere Einfluß, welchen die radikale Partei durch die Gründung einer größeren Zeitung ſich zu erwerben ſuchte. Was den erſteren Punkt betrifft, ſo hatte die Tory-Partei ſich während der Seſſion von ihrem Schrecken erholt, und hegte bereits wieder Hoffnungen, in Zukunft die Regierung zu erlangen. Offenbar waren ihre Führer darüber einverſtanden, alte Beſtrebungen aufzugeben, indem man Hochtories allmählich in den Hintergrund drängte und dagegen nach Unten zu die Reihen der Partei erweiterte, indem man ferner mehrere einzelne Reformen eben ſo wohl als Parteizwecke hinſtellte, wie die Aufrechthaltung der ariſtokratiſchen Grundformen, worauf die Verfaſſung beruht. Ihre Organe gaben deßhalb bei jeder Gelegenheit Erklärungen in dieſem Sinne; vor Allem wurde der Wille der Partei ausgeſprochen, die Parlamentsreform, wie ſie durchgeſezt war, ohne Veränderung zu erhalten, ſowohl ohne Reaction nach dem Alten, wie ohne weitere von der radikalen Partei erſtrebte Umbildung.

Erhaltung der Conſtitution galt als ihr Zweck; ſie änderten ſomit den noch immer verhaßten Partei-Namen der Tories in Conſervative. Ihr großer Partei-Verein, der Carlton-Club, gab die alten ariſtokratiſchen Formen der Ausſchließung von jezt an auf und erweiterte ſich in ſolcher Weiſe, daß er ſich in der Aufnahme von neuen Mitgliedern ſogar noch liberaler bewies, wie der alte Whig-Club (Brookes').

Was den zweiten Punkt betrifft, ſo iſt der politiſche Einfluß der großen Londoner Zeitungen bekannt genug. Sie bilden als Leiter der öffentlichen Meinung gewiſſermaßen eine politiſche Macht, welche ſogar die Führer der Parteien niemals aus den Augen laſſen, wie ſehr auch der Stand der Journaliſten in den geſellſchaftlichen Verhältniſſen zurückgeſezt und ſogar verachtet iſt. Eine einflußreiche Partei läßt ſich ohne eine Londoner Zeitung nicht denken. Andererſeits ſind die Verhältniſſe der Preſſe durch die Geſetzgebung, z. B. durch die Stempelgeſetze u. ſ. w., ſo wie überhaupt durch die finanziellen Zuſtände des Verkehrs, in ſolcher Weiſe beſchränkt, daß eine größere Zeitung nur mit ungeheurem Aufwande von Capitalien und beträchtlichen Opfern begründet werden kann, ein Umſtand, welcher der radikalen Partei bisher jenes Mittel entzog, ihre Bedeutung in dieſer Hinſicht auszudehnen. Sie beſaß allein als angeſehene Organe zwei Wochenblätter und ein Review, welche zwar viel geleſen wurden, allein unmöglich den fortlaufenden und augenblicklichen Einfluß auf die Nation wie eine tägliche Zeitung üben konnten, eine Wirkſamkeit, welche bis dahin allein in den Händen der Tories und

Whigs ſich befand. Unter dieſen Umſtänden wurde der Sun anfangs unter ſehr ungünſtigen Verhältniſſen gegründet. Die Zeitung machte ſich gleich anfangs durch ihre unabhängige Stellung bemerklich, indem ſie, wie die radikale Partei überhaupt, nur bedingter Weiſe für die Regierung ſprach und ſich von jeder Einwirkung derſelben auf ihre Redaktion entfernt hielt. Die Capitalien waren aber bald erſchöpft; ſie ſtand einem Bankerott nahe, wies aber dennoch die Anträge der Whigs, ſie aufzukaufen, zurück, und erklärte, nur als radikales Organ entweder beſtehen oder verſchwinden zu wollen. Jedoch die Criſe ward durch die Mittel jener Partei überſtanden; die Zeitung erhielt ſich, die Radikalen bewahrten ihr wirkſamſtes Organ, und erwieſen zugleich den oben erwähnten Umſtand, daß ihre Partei durch den Reichthum der induſtriellen Claſſen auch die Mittel beſitze, politiſche Wirkſamkeit durch den in England für ſolche Zwecke nothwendigen Geldaufwand zu üben. Der Sun hat in den folgenden Jahren einen eben ſo großen Einfluß beſeſſen, wie wenigſtens die größeren Whig-Blätter.

Schließlich mag noch der Umſtand erwähnt werden, daß England im Jahre 1833 einen Beweis gab, daß der ſeebeherrſchende Staat ſeine Bemühungen, auf allen Meeren ſich Haltpunkte zu verſchaffen, auch unter den Whigs nicht aufgegeben hatte. Die Falklands-Inſeln an den Oſtküſten der ſüdlichſten Spitze Amerika's wurden für England in Beſitz genommen; die argentiniſche Republik, welche die Inſeln zu ihrem Gebiete zählte, war zu ſchwach, dieſelben zu behaupten. Uebrigens ſchrieben

ſich die Anſprüche Englands auf jene Inſeln aus frühe- ren Zeiten her (1764), und waren damals nur mit Rückſicht auf Spanien aufgegeben, welches noch die Mit- tel beſaß, ſeine amerikaniſchen Colonieen zu behaupten.

Zweites Kapitel.

Zweite Seſſion des reformirten Parlamentes (1834).

Gab die erſte Seſſion des erſten reformirten Parla- mentes, ungeachtet der Bedenklichkeit des Miniſteriums im Handeln, bedeutendere Reſultate, ſo war die zweite deſto unfruchtbarer. Die erwähnten Spaltungen im In- neren der Partei kamen zum Ausbruch; der lang ge- ahnte Bruch ward offen und unheilbar; die Regierung ſah ſich zu einer Umbildung genöthigt, wodurch ihre Richtung in Hinſicht Irlands und der Kirche eine ent- ſchiedene ward. Allein die Conſervativen hatten ſich nach ihrer Niederlage wieder gebildet und an Muth ge- wonnen; die Whigs fanden im Oberhauſe einen entſchie- deneren Widerſtand, wie ihn die Tory=Partei 1833 nicht würde gewagt haben; dieſe ſchien gleich anfangs Hoff- nung auf Wiedererlangung der Staatsgewalt zu hegen, indem ſie ſich zugleich auf Einfluß außerhalb des Parla- mentes ſtützte; am Schluß der Seſſion war ihre Abſicht offenbar und am Ende des Jahres 1834 war eine neue Tory=Verwaltung durch den Einfluß des Oberhauſes und des Hofes gebildet, welche im offenen Trotz gegen die Gemeinen die Regierung des Landes übernahm. Die

Seſſion aber entſchwand unter den Parteikämpfen, welche die Criſe hervorrief, und unter vergeblichen Verſuchen, Reformen von Wichtigkeit, wie ſie das Unterhaus beſchloſſen, im andern Theile der Geſetzgebung durchzuführen. Die Tory-Mehrheit der Lords war bereits in ſolchem Grade zum Widerſtande entſchloſſen, daß ſie ſogar in weniger wichtigen Fragen dem Unterhauſe ſich widerſezte. Nur eine größere Reform ward erlangt, die Umbildung des Armengeſetzes, allein in dieſem Punkte trafen die Whigs mit einem großen Theile der Conſervativen zuſammen, die als Grundbeſitzer durch die beſtehenden Verhältniſſe häufig noch mehr bedrückt wurden, wie die induſtriellen Mittelclaſſen; auch ward dies Geſetz in einer Weiſe entworfen, welche den Umſtand ſehr in Frage ſtellte, ob die Maſſe der Nation dadurch eine Verbeſſerung wirklich erlangt hat und ob die Vortheile ſich nicht allein auf Seiten der Ariſtokratie und des Mittelſtandes befinden.

Die erwähnte Aufregung gegen das Beſteurungsſyſtem war geblieben wie ſie war. Etwas mußte geſchehen. Die Regierung, noch ganz in derſelben Zuſammenſetzung wie während der vergangenen Seſſion, wagte wiederum keine durchgreifende Maßregel, ſondern behalf ſich mit Beſchwichtigungen, welche durch den Zuſtand des Budgets möglich wurden. Gegen die ſonſtige Sitte ward deßhalb auch der Zuſtand des Budgets gleich im Anfange der Seſſion dargelegt (14. Februar), damit man ſich die läſtigen Anſprüche auf Steuerverminderungen vom Halſe ſchaffen konnte. Durch die Umſtände ergab ſich ein Ueberſchuß; der immer ſteigende Verkehr, einzelne

frühere Herabſetzungen des Zolltarifs, vor Allem aber der freigegebene Handel nach China, welcher die Thee-einfuhr ſogleich bedeutend vermehrte, hatten ein nicht unbeträchtliches Anwachſen der Zolleinnahmen bewirkt; dazu kam ein Erſparniß von 500,000 Pfund, welches die Miniſter im Budget eintreten ließen, freilich auf Koſten des Heeres und ſogar der Flotte, deren vollkommene Ausrüſtung, wenigſtens im Mittelmeere, für den Augenblick als nothwendig erheiſcht wurde. 1,200,000 Pfund ſtanden ſomit zur Verfügung, um die eine oder andere Taxe abzuſchaffen, gegen deren Fortbeſtehen ſich ein allgemeiner Lärm im vergangenen Jahre erhoben hatte. Die Thronrede enthielt eine toryſtiſche Phraſe, welche ſich die Miniſter aus Schwäche gegen den König hatten gefallen laſſen, über die Noth der ackerbautreibenden Claſſen im Gegenſatz zu den ermuthigenden Ausſichten und der fortſchreitenden Verbeſſerung des Handels und der Manufakturen; es war offenbar, daß der König die Anwendung des Ueberſchuſſes zum Vortheil der Erſteren, alſo zur Abſchaffung der Malzſteuer wünſchte, eine Beſtrebung, welcher ſich alle Tories bereitwillig angeſchloſſen hätten. Allein hiezu konnte ſich die Whig-Regierung trotz aller Schwäche und Nachgiebigkeit doch nicht verſtehen. Diejenigen Stände, welche ihre Regierung hielten, beſaßen den erſten Anſpruch auf die Steuererleichterung; wäre ſie ihnen verweigert worden, ſo hätten die Whigs bei der nächſten Wahl ihr Verfahren ſchmerzlich empfinden müſſen. Auch hatten ſich die Mitglieder der Regierung ſchon vorher erklärt; Lord John Ruſſel ſagte ſeinen Wählern kurz vor der

Parlamentseröffnung, der Kanzler der Schatzkammer werde ſein erſtes Augenmerk auf die Verminderung der Häuſerſteuer richten, und Lord Althorp machte der Deputation eines Londoner Kirchſpiels ebenfalls eine ähnliche Eröffnung. Somit brachte derſelbe ſeinen Plan in's Unterhaus, welcher zur Beſchwichtigung der induſtriellen Mittelclaſſen die Häuſerſteuer abſchaffte, dagegen aber die noch unangenehmere Fenſtertaxe beſtehen ließ, wodurch ſogar vom Tageslicht gewiſſermaßen eine Abgabe erhoben wird. Auch waren die Mittelclaſſen eben ſo wenig damit zufrieden geſtellt, wie die Bauern, die gar nichts erhielten. Wie früher, ward den Miniſtern geſagt, eine vollkommene Veränderung des Steuerweſens ſey nothwendig; wie früher, ward auf die Abſchaffung der Korngeſetze und die Einführung eines feſten Zolles auf Getreide und andere durchgreifende Veränderungen hingewieſen. Die Radikalen (Robinſon u. ſ. w.) erklärten, jener Ueberſchuß ſey zweckmäßiger auf die Verminderung der Conſumtionsſteuern zu verwenden, welche auch den Aermſten im Volke träfen; Andere ſchloßen ſich aus demſelben Grunde einem Vorſchlage des Tory Chandos auf Abſchaffung der Malztaxe an; die Miniſter ſahen bald, daß ihre eigene Partei ſich für getäuſcht hielt, denn nur eine Mehrheit von vier Stimmen, die nach engliſchen Begriffen einer Niederlage gleich kam, fand ſich bei der Abſtimmung über Chandos' Vorſchläge auf ihrer Seite; ſie nahmen zu einem ſpäter oft gebrauchten Mittel ihre Zuflucht, welches ſo häufig angewendet wurde, daß es zulezt ſeine Wirkſamkeit verlor. In einer vorläufigen Privatverſammlung der Mehrheit

erklärte Lord Althorp, auf ſeinem Finanzplane, vor Allem auf Beibehaltung der Fenſterſteuer zu beharren; im Fall einer Niederlage werde er ſich zurückziehen, eine Auflöſung des Miniſteriums werde erfolgen und die Tories könnten wieder an's Ruder kommen. Die Furcht vor einer Tory-Verwaltung war aber noch ſo bedeutend, daß die Mehrheit ſich fügte. Der Finanzplan ward angenommen, und die Regierung ſogar ſtark genug, um ſich eine Herabſetzung der von der Krone ertheilten Penſionen, ſämmtlich Sinekuren, mit Erfolg zu widerſetzen, obgleich dieſer Zweck während der lang dauernden Oppoſition der Whig-Partei ſtets zu ihren Beſtrebungen gehört hatte. Die Mittelclaſſen mußten ſich mit der theilweiſen Erleichterung beſchwichtigen laſſen, die niederen dagegen erhielten gar nichts, die ackerbautreibenden wurden mit einem verſprochenen Geſetz über die Zehenten-Ablöſung und über die Veränderungen der Armentaxe getröſtet. Es war übrigens von jezt an auch der lezte Zweifel entfernt, daß die Whig-Regierung nur gezwungen eine durchgreifende Veränderung im Steuerweſen vorſchlagen werde. — Uebrigens war unter den Verhandlungen über das Budget ein Umſtand wenigſtens in Bezug auf die Folge auffallend. Sir Robert Peel drang auf eine Herabſetzung der Zuckerzölle, und gab ſomit eine Andeutung, daß er den genannten Beſtrebungen des Mittelſtandes durchaus nicht abgeneigt ſey. Später hat er freilich bei der Umänderung oder Schwankung der Partei-Verhältniſſe dieſe Frage von einem anderen Geſichtspunkte aus betrachtet. Damals ließ ſich jedoch ſchon erkennen, daß er die ganze Richtung

der Mittelclaſſen ſehr wohl begriff, und eben dieſe Beſtrebungen benützen würde, um ſich und ſeine Partei, im Fall ſeiner zukünftigen Herrſchaft, dadurch zu befeſtigen.

Die einzige Maßregel von bleibender Wichtigkeit, welche die Whigs in dieſer Seſſion durchführten, war, wie erwähnt, das Armengeſetz, eine Reform, welche freilich für England ſo nothwendig war, daß keine Partei ſich ihr durchaus entziehen konnte, wie ſehr auch der Verluſt von Popularität bei den niederen Claſſen ſich daraus ergeben mußte. Die Verhältniſſe, unter denen dies Geſetz bedingt wurde, waren folgende:

In England beſteht eine geſetzliche Verpflichtung nach einer Akte der Königin Eliſabeth, welche die Ernährung der Armen einem jeden Kirchſpiele überweist. Dieſe Parlaments-Akte, in ununterbrochener Geltung bis zur neueſten Zeit, auf einen einfacheren Zuſtand berechnet, in welchem Gewerbthätigkeit, Communikation und Ackerbau beſchränkt und die Bevölkerung im Verhältniſſe dünn vertheilt war, ferner nach einer Grundbedingung der engliſchen Verfaſſung entworfen, wornach die Staatsgewalt in die Verhältniſſe der Communen ſo wenig als möglich eingreift: — Dieſe Parlaments-Akte erwies ſich ebenſo als ein Hemmniß in der Entwicklung der Geſellſchaft, wie jedes auf beſtimmte Verhältniſſe berechnete Geſetz, ſobald eine ſociale Veränderung dieſelben allmählich umgewandelt hat. Jene Beſtimmung ſcheint auf die Milde des Chriſtenthums begründet, und ſomit bedurfte es einer bitteren Erfahrung, bevor eine Nation, wie die engliſche, bei welcher religiöſes Gefühl, ob auch unter den verſchiedenartigſten

Formen, bei den Volksclaſſen im Allgemeinen vorherrſcht: bevor eine ſolche Nation die Unzweckmäßigkeit eines Geſetzes erkannte, welches die Mildthätigkeit, eine Pflicht der Einzelnen, auf den Staat in Betreff aller Unterthanen ausdehnte. In einer Zeit, worin die Gewerbthätigkeit beſchränkt und der Begriff der perſönlichen Unabhängigkeit wenigſtens nicht allgemein erkannt war, ließ ſich eine ähnliche Verfügung als zweckmäßig denken, wie jene Verpflichtungen in Ländern, wo Leibeigenſchaft oder Sclaverei geſetzlich iſt, nach welchen der Herr den Leibeigenen oder Sclaven im Fall eines Unglücks oder im Alter ernähren muß; in Staaten dagegen, wo freie Arbeit und perſönliche Unabhängigkeit überall vorherrſcht, bleibt ein Jeder auf ſich ſelbſt und ſeinen Erwerb angewieſen; geſchieht das Gegentheil, ſo wird demjenigen, welcher gezwungen wird, Arme zu ernähren, ein Unrecht zugefügt, ſobald er genöthigt iſt, Leute zu erhalten, deren Arbeit er niemals zu ſeinem Vortheil hat benützen können. Allein abgeſehen von dieſer Prinzipienfrage, ſo erwies jener Zwang, die Armen zu ernähren, für den Staat wie für die Geſellſchaft ſchädliche Folgen. Schon in der Mitte des vergangenen Jahrhunderts gab es Beiſpiele, wo kleinere Landgemeinden durch die dadurch veranlaßte Lokalſteuer zu Grunde gerichtet wurden; gegen das Ende deſſelben ward der Uebelſtand um ſo mehr gefühlt, je mehr der neueſte Zuſtand der brittiſchen Geſellſchaft durch Handel, Freiheit der Perſonen, Sicherheit des Eigenthums und durch Leichtigkeit des Verkehrs ſich ausbildete. Wie erwähnt, mußte jedes Kirchſpiel ſeine Armen erhalten: Bauern, welche dem Grundherrn

gedient hatten und die Unterſtützung in Anſpruch nahmen, fielen dem Kaufmann und Fabrikanten zur Laſt; die Unterſtützung war den Armen im Gelde oder Nahrung gereicht, und diente bald zu einer Prämie der Faulheit, welche der Gewerbſame bezahlte. Die ausſchließliche Beſteuerung der Reichen war hier eben ſo wenig möglich, wie bei andern Abgaben; die Armentaxen drückten noch mehr auch diejenigen Claſſen, welche zwiſchen der Grenze des Wohlſtandes und der unbedingten Armuth in der Mitte ſtanden. Der Tagelöhner, welcher ſich und ſeine Familie durch Arbeit ernährte, befand ſich in der ſchlimmſten Lage. Die ganze Claſſe erlangte im Durchſchnitte ſchlechtere Wohnung und Nahrung, wie die von der Gemeinde ernährten Armen; ſie trug die Staatslaſten und bezahlte ohnedem die Abgaben, welche die Gemeinde zur Ernährung der Nichtarbeitenden erheiſchte. Häufig genug befanden ſich die Lezteren im Wohlleben, verglichen mit den Entbehrungen, welche die Arbeiterfamilien erfuhren. Der augenblickliche Mangel an Erwerb und die Meldung bei den Communalbehörden genügte, um einem Jedem die behagliche Exiſtenz der Faulheit bei verhältnißmäßig reichlicher Nahrung nach engliſchen Begriffen zu verſchaffen, d. h. bei einer Lebensweiſe von Rindfleiſch und Pudding, welche einem großen Theile der gewerbtreibenden Stände des Feſtlandes als Luxus erſcheinen müßte. Schon wegen der größeren Behaglichkeit, welche den Armen im Gegenſatz der Lohnarbeiter dargeboten wurde, vermehrte ſich die Zahl der erſteren in um ſo größerem Verhältniß, je mehr die Staats- und Communallaſten den Genuß

derſelben Lezteren entzogen. Man erkannte das Armengeſetz als einen Abgrund, welcher alle Familien von Tagelöhnern allmählich verſchlingen mußte, um nicht allein dem Reichthum, ſondern auch der Gewerbthätigkeit eine unerträgliche Laſt aufzubürden, wodurch der Wohlſtand und die Induſtrie der Nation ihren Untergang hätte finden müſſen. Eine arme und einfache Nation mag mit Almoſen von Nahrungsmitteln eine dünne Bevölkerung im Elende ernähren; ein reiches, volkreiches, gewerbthätiges, in mannigfache Stände und Vermögensverhältniſſe zerſpaltenes Land wird niemals Millionen von Arbeitsloſen nach einem Syſteme ernähren können, ohne ſeinen Verkehr, ſeinen Wohlſtand und vor Allem einen thätigen und ſich wohl befindenden Stand von Arbeitern zu bewahren.

Die Laſt drückte unerträglich auf den größeren Theil des Reichs, jedoch noch mehr auf die Ackerbaudiſtrikte, wie auf die Fabrikſtädte. In lezteren pflegte die Armenſteuer nur in Zeiten der Handelscriſen, worin ein augenblicklicher Stillſtand der Fabriken ſich ergab, zu einer Höhe ſich zu erheben, mit welcher der Antheil am Staatsbudget, den die Manufakturdiſtrikte bezahlten, ſo wenig im Verhältniſſe ſtand, daß er denſelben mitunter um das Dreifache überſtieg. Waren die Criſen aber verſchwunden, ſo ward die Armenſteuer oft unbedeutend. Die Natur der Fabrikarbeit und die dadurch bedingte Arbeitsfähigkeit ſelbſt der Kinder und Schwachen brachte die Mehrzahl der Bevölkerung wieder in den Zuſtand des Selbſterwerbs, und überhob die Beſitzenden und Gewerbthätigen der Laſt, eine nutzloſe und unthätige

Bevölkerung zu ernähren. In den Ackerbaudiſtrikten war dagegen die Armenſteuer eine bleibende und immer mehr anſchwellende Bürde, ungeachtet aller Begünſtigungen, welche dieſer Erwerbszweig durch die Geſetzgebung erlangt hatte. Befand ſich in ſolchen Grafſchaften eine Maſſe brodloſer Familien, ſo gab es kein anderes Mittel, um dieſelben zu beſchwichtigen; der Ackerbau ſtand in ganz England auf ſolcher Höhe, daß an Urbarmachung unbenuzter Landſtrecken nicht zu denken war. Die nach dem Frieden von 1815 eintretenden Verhältniſſe, ein plötzliches Sinken der bisher auf unnatürliche Höhe geſchwungenen Preiſe von Agrikulturprodukten, die Verwirrungen und die Störungen im Geldumlauf, die ungeheuern und langſam verminderten Staatslaſten, die Rückwirkung der damals zerrütteten Manufakturen auf den Ackerbau: Alles dies hatte bereits von 1815 bis 1820 ein Drittel der wohlhabenden Pächterfamilien Englands zu Grunde gerichtet, und in demſelben Verhältniß die Zahl der vom Staate ernährten Armen vermehrt; die Korngeſetze vermogten dies Elend der Bauern nicht aufzuhalten, ſondern trugen eher dazu bei, das Uebel zu vergrößern, indem die Armentaxen im Verhältniß zum Brodpreiſe ſtiegen. Je mehr dieſelben ſich hoben, deſto mehr verminderte ſich die Zahl der erwerbenden Arbeiter. Mit jedem Jahre vermogten weniger Tagelöhner ihre Familien und zugleich die Armenſteuern des Kirchſpiels zu bezahlen, und verſanken ſomit in den Zuſtand, worin das Kirchſpiel ſie ebenfalls ernähren mußte. Außerdem vermehrte ſich die Zahl der brodloſen Arbeiter mit jedem Jahre durch die Concurrenz der Irländer, in deren Vaterlande

keine Armentaxen beſtanden. Jährlich kamen Tauſende von Irländern nach England, drückten durch ihre Concurrenz den Preis des Tagelohns herunter und fielen dann in der Regel ebenfalls den Kirchſpielen anheim. An einzelnen Orten erhielt beinahe die Hälfte der Einwohner auf ſolche Weiſe von der andern ihren Unterhalt; 1833 ſtand zulezt die Armentaxe, für das ganze Reich berechnet, auf ſolcher Höhe, daß ſie den Betrag der Zinſen für die Nationalſchuld überſtieg; das Land ertrug ſomit eine Laſt, deren immerwährende Vermehrung bei Erhaltung des früheren Geſetzes ſich vorausſehen ließ, ſo daß der Untergang alles Wohlſtandes unabwendbar erſchien. Die Laſt war durch ihre Vertheilung nach lokalen Verhältniſſen um ſo drückender. Während einige Ortſchaften, bei Gewerbthätigkeit und leichtem Verdienſt des niederen Volkes gar keine Armenſteuer bezahlten, oder während ſie in anderen, wie in den großen Fabrikſtädten nur in längeren Zwiſchenräumen und vorübergehend einen ſchädlichen Druck übte, ruhte ſie vorzugsweiſe als bleibend und immer anwachſend auf denjenigen kleineren Landſtädten, welche durch Lage und Lokalverhältniſſe ohnedem der Mittel entbehrten, die Verminderung ihres Wohlſtandes durch die Armentaxe auf andere Weiſe wieder zu erſetzen. Ein Beiſpiel, welches ſich 1834 ergab, mag genügen: ſechs ſüdliche Grafſchaften von ausgedehntem Areal, mit einer Bevölkerung von 1,270,000 Einwohnern, bezahlten an Armentaxen nicht weniger als 1,126,000 Pfund, mehr als das Dreifache, welches ihr Antheil am Staatsbudget betrug; jene Grafſchaften waren aber hauptſächlich auf

den Ackerbau angewieſen, indem ſich in ihnen weder Seehäfen für den Handel, noch Fabriken, Bergwerke u. ſ. w. befanden.

Bietet die Fabrikbevölkerung Englands eine ſchlimme Seite des mächtigen und reichen Staates, ſo war auch die Maſſe der ohne Arbeit ernährten Bauern durch dies Syſtem des Armenweſens in noch höherem Grade demoraliſirt. Arbeit und das darauf begründete Selbſtgefühl ſind Bedingungen der Sittlichkeit; Müßiggang und Leichtſinn, eine Folge der ſicheren Unterſtützung, entfernte dieſelben bis zu ſolchem Grade, daß die Volksmenge der niederen Tagelöhner als eine gänzlich verwilderte, durch kein geſelliges Band zuſammengehaltene Maſſe erſchien. Mangel an Unterricht jeder Art kam hinzu. Während die Mittelclaſſen ſeit 1815 durch fortwährende Beſtrebungen, durch Sonntagsſchulen, durch die Preſſe u. ſ. w. darauf hingewirkt hatten, die niedere Bevölkerung in den größeren Städten, wenigſtens theilweiſe für einen beſſeren Zuſtand auszubilden, hatte die Maſſe der Grundbeſitzer nicht allein nichts in dieſer Hinſicht gethan, ſondern aus Parteiprinzipien ſogar die Ausdehnung des Unterrichts unter Volksclaſſen verhindert, die, allein zu harter Handarbeit beſtimmt, bei anderweitigen Beſchäftigungen Unzufriedenheit mit ihrem Stande und mit ihren ſonſtigen Verhältniſſen empfinden könnten. In keinem Stande waren ſomit Verbrechen gegen Leben und Eigenthum ſo häufig wie unter den niederen Bauern; aus keinem Stande wurde mit jedem Jahre eine anſehnlichere Zahl von Verbrechern nach Neu-Süd-Wales transportirt, wie aus jenen Tagelöhnern,

welche durch die Mildthätigkeit der Armengeſetze auf öffentliche Koſten und ohne alle weitere Arbeit ernährt wurden. Ueber die Einwirkung der Armengeſetze auf jene Entſittlichung waren alle Parteien einig. Tories wie Whigs ſtimmten den Worten Shaw Lefevre's bei, welcher am 4. Februar im Unterhauſe den Zuſtand jener Bauern mit folgenden Worten ſchilderte: Die Ackerbauern haben allen Geiſt der Unabhängigkeit verloren. Sie fordern von dem Armenaufſeher die Unterſtützung als ein Recht. Der Ackerbauer weist ſeine Kinder ohne Schaam und Reue dazu an, für ihren Lebensunterhalt ſich von denſelben Unterſtützungen abhängig zu machen, und beraubt, wie ſie ſind, aller Vortheile der Erziehung, leben ſie in gänzlicher Unwiſſenheit aller geſelligen Intereſſen, vergeſſen, daß die Selbſtſtändigkeit ihres Lebens in ihrer Hände Arbeit ruht, und ſo bemächtigt ſich ihrer Erbitterung und Haß gegen das, was ſie umgibt, woraus jene Geſetzesverletzungen und Unruhen hervorgingen, die das Jahr 1830 befleckten, jene Brandſtiftungen, die leider noch in vielen Theilen des Landes in großer Ausdehnung fortdauern.

Ein anderer, auf den Armengeſetzen beruhender Umſtand kam noch hinzu, um die Entſittlichung zu vermehren; die Beſtimmungen über die Ernährung unehelicher Kinder, welche ausſchließlich dem Kirchſpiel anheimfielen und der Gefallenen eine Entſchädigung von Seiten des Vaters, gleichſam eine Prämie für Unſittlichkeit zuſicherten. Leichtſinn war die Folge der erſteren, häufiger Meineid die Folge der zweiten Beſtimmung.

Ein kräftiges Mittel war nothwendig, ſowohl um

jene immer anwachſende Taxe zu vermindern, von welcher Lord Althorp mit Recht behauptete, ſie werde das Vermögen der Nation durch ihr fortwährendes Steigen zulezt hinwegſchwemmen, wie auch, um jene rohe und verdorbene Menſchenclaſſe im Genuß der erhaltenen Wohlthaten zu zügeln und von jenem allgemeinen Nachſuchen um Unterſtützung zurückzuſchrecken. Es bot ſich entweder eine gänzliche Abſchaffung oder Beſchränkung der Armengeſetze; allein die erſtere war nicht möglich; abgeſehen von den politiſchen Folgen einer Maßregel, welche Hunderttauſenden plötzlich alle Nahrung entzogen hätte, widerſtrebte ein ſolches Verfahren den Gefühlen der Engländer, welche hierin eine Verletzung religiöſer Pflichten geſehen haben würden. Es war ſomit die Frage, in wie weit jene Beſchränkungen auf wirkſame Weiſe durchgeführt würden, um ein genügendes Reſultat zu verſchaffen.

Unter dieſen Verhältniſſen brachte Lord Althorp am 17. April die Vorſchläge der Regierung in's Unterhaus, auf welchen die bald darauf einzubringende Bill beruhen ſollte. Die Anträge waren folgende: 1) Die Errichtung eines Central-Bureau's zur Verwaltung der Armentaxen für das ganze Reich; 2) die Errichtung von Armenhäuſern in den verſchiedenen größeren Diſtrikten unter Leitung deſſelben; 3) die Abſchaffung der bisherigen Unterſtützung, welche den Armen in ihren Häuſern gereicht wurde; 4) die Beſchränkung des Rechts auf Unterſtützung in einem Kirchſpiele an Geburt und Verehelichung; 5) eine Aenderung der Geſetze in Betreff illegitimer Kinder, wonach die Ernährung derſelben

künftighin nicht mehr dem Kirchſpiele, ſondern allein der Mutter anheimfallen ſollte. Dieſe Vorſchläge wurden beinahe einſtimmig angenommen; eine Bill ward eingebracht und am 5. Mai zum zweiten Male verleſen.

Die Hauptbeſtimmungen waren die drei erſten; die Niederſetzung einer Centralbehörde für das ganze Reich und die damit zuſammenhängende Errichtung von Arbeitshäuſern in größeren Diſtrikten, ſo wie die Aufhebung der Unterſtützung zu Hauſe. Jene Behörde war den ſonſtigen Verfaſſungsgrundſätzen der Engländer entgegen gebildet, welche die Centraliſation ihrer Verwaltung in jeder Hinſicht zu ſcheuen pflegen und nur ungern es geſtatten, daß die Regierung ſich irgendwie in eine Communalangelegenheit einmiſcht. Dieſe Behörde (Poor-Law-Commissioners), von den Municipal-Corporationen durchaus unabhängig geſtellt, ſollte allein dem Könige, d. h. den Miniſtern verantwortlich ſeyn, und ohne irgend eine Controlle Verfügungen über die Armen erlaſſen, die Disciplin derſelben leiten dürfen u. ſ. w., kurzum, ſie erhielt über die vom Staate ernährten Armen eine Gewalt, wie ſie ſonſt in England unter bürgerlichen Verhältniſſen durchaus ungewöhnlich iſt und wie ſie kaum ein Offizier der Armee über Soldaten beſizt. Die Entziehung aller Controlle, welche die Lokalbehörden üben ſollten, bot ſchon an ſich für das niedere Volk Urſache zum Schrecken, indem eine Gleichmäßigkeit in der Behandlung der Armen von einer Centralbehörde ſich erwarten ließ, welche mildernde Umſtände und beſonderes Unglück der Einzelnen wenig berückſichtigen und den Verunglückten eben ſo wie den Faulen in gleicher Weiſe behandeln würde. Noch mehr jedoch

ſchreckte der zweite Umſtand, die Errichtung von Arbeitshäuſern, innerhalb welcher allein Nahrung und Unterſtützung vertheilt werden ſollte. Allerdings beſaß der Staat ein Recht auf die Arbeit der Armen, die er ernährte, allein die Einſchließung in ein Arbeitshaus bei ſtrenger Disciplin erſchien wie die Einſperrung in eine Strafanſtalt bei harter Arbeit (imprisonment with hard labour), welche auf geringere Verbrechen gegen Staat und Geſellſchaft (Taſchendiebſtahl, Unterſchleif, Theilnahme an Tumulten nach Verleſung der Aufruhrakte u. ſ. w.) feſtgeſezt und oft genug beſchimpfend iſt. Auch wurde in den Beſtimmungen der Bill die Disciplin der Arbeitshäuſer in ſolcher Weiſe angeordnet, daß jener Schrecken ſich nicht verminderte. Es fand ſich darin z. B. eine Clauſel, nach welcher eine faktiſche Trennung von Ehegatten verordnet wurde, ſobald eine Familie in's Arbeitshaus träte; eine Beſtimmung, welche das Rechtsgefühl bei Manchem verlezte. — Das Ganze erweckte beim niederen Volke den Eindruck, als werde Armuth nicht mehr wie ein Unglück, ſondern wie ein Verbrechen betrachtet. Bei den damaligen Unruhen, welche freilich unter anderem Vorwande ausbrachen, war die Errichtung von Arbeitshäuſern eben ſowohl ein Anlaß zu Tumulten, wie andere Umſtände, wovon ſpäter.

Allerdings war die von den Whigs eingebrachte Maßregel eine harte, und auf die Abſchreckung des niederen Volkes von der bisher in aller Bequemlichkeit genoſſenen Unterſtützung berechnet, allein ſie wurde durch die Noth gerechtfertigt. Das Uebel war ſo groß, daß eine raſche und ſogar gewaltſame Abhülfe nothwendig

ſchien. Die Whigs im Parlamente waren einſtimmig, ein Theil der Conſervativen (Sir Robert Peel, Golbourne, im Oberhauſe Lord Wellington) und Radikalen (Hume, O'Connel u. ſ. w.) ſchloß ſich ihnen an. Die erſteren wurden durch ihr Intereſſe als Grundbeſitzer zur Unterſtützung einer Maßregel beſtimmt, welche ſowohl ihnen ſelbſt und ihren Pächtern eben ſo zum Vortheil gereichte, wie andererſeits den Mittelclaſſen; die Fraktion der Radikalen aus Benthams Schule widerſezte ſich, abgeſehen von dem Umſtande, daß ſie die lezteren repräſentirte, den Vorſchlägen der Miniſter ſchon deßhalb nicht, weil ſie nach ihren Prinzipien einen Staat im Auge hatte, worin Jeder als Privatmann unbeſchränkt in ſeiner Thätigkeit weder einer Unterſtützung der Staatsgewalt in deren Ausübung bedarf, aber andererſeits auch allein auf die eigene Induſtrie und nicht auf die Mildthätigkeit Anderer oder auf die Vorſorge des Staates im Fall der Verarmung für ſeinen Lebensunterhalt angewieſen iſt. Dieſe Begriffe, einem freien Volke geziemend, welches die perſönliche Unabhängigkeit als das höchſte Gut des Einzelnen betrachtet, bewirkten, daß man die Härten überſah, womit die Maßregel der Miniſter allerdings das niedere Volk bedrohte; allein auch das leztere fand im Parlamente ſeine Vertreter. Ein Theil der Radikalen (Robinſon, Cobett) widerſezte ſich der ausgedehnten Gewalt der Centralbehörde und der Errichtung von Armenhäuſern mit aller Kraft als einer Unterdrückung derjenigen Volksclaſſen, welche im Parlamente keine Vertreter beſaßen; Tories der oben erwähnten Fraktion, welcher Sadler früher repräſentirte, ſchloßen

ſich ihnen an, vor Allem der Marques von Chandos, genannt des Pächters Freund (the farmer's friend), einen Namen, den er in ſo weit ſicherlich verdiente, daß er alle Mißbräuche in der Geſetzgebung, welche den Bauern zum Vortheil gereichten, mit großem Eifer vertrat, während er jede Veränderung, welche dem niederen Volk im Allgemeinen und ſomit auch den Bauern nützliche Folgen verhieß, eben ſo eifrig zu vereiteln ſuchte, ſobald dieſelben irgendwie das Intereſſe der Grundbeſitzer berührten.

Unter den beſtehenden Verhältniſſen war kein Zweifel vorhanden, daß die Miniſter jene Maßregel in der Hauptſache durchführen würden. So geſchah es in beiden Häuſern, nur unweſentliche Veränderungen wurden getroffen, z. B. in Betreff des fünften Vorſchlages über die Erhaltung unehelicher Kinder, wobei Robinſon es durchſezte, daß die Bürde der Ernährung nicht allein der Mutter zugeſchoben wurde, eine Clauſel, welche in Bezug auf den Staat von zu geringer Wichtigkeit war, als daß man die näheren Umſtände genauer darlegen ſollte, obgleich die Verhandlungen in beiden Häuſern eben ſo lange dauerten, wie bei bedeutenderen Angelegenheiten. In der Hauptſache, den drei erſten oben erwähnten Artikeln, ward nur Unbedeutendes geändert; die Gewalt der Central-Commiſſion ward zwar etwas beſchränkt, allein der weſentlichſte Punkt, die Unabhängigkeit derſelben von den Communalbehörden, und ſomit auch die Fähigkeit, ohne alle Rückſicht nach allgemeinem Grundſatz zu verfahren, ward behauptet, ſo wie auch die Disciplin der Arbeitshäuſer. Am 1. Juli wurde die

Bill im Unterhauſe und von den Lords am 8. Auguſt mit einem unbedeutenden Amendement in Betreff der unehelichen Kinder angenommen, wogegen die Gemeinen nichts einzuwenden hatten. Sie ward gleich darauf zum Geſetz.

Ueber die Folgen des Geſetzes iſt kein Zweifel. Es hat dem Uebel nachdrücklich geſteuert, indem es dem bedrohlichen Anwachſen der Armentaxen ein Ende machte und die nutzloſe Ernährung einer faulen und nichts producirenden Menſchenmaſſe vielleicht um zwei Drittel verminderte. Allein andererſeits läßt ſich nicht leugnen, daß die niederen Volksclaſſen vielleicht mehr als billig gelitten haben. Eines der bedeutendſten öffentlichen Organe, die Times, vielleicht das einflußreichſte, widerſezte ſich gleich anfangs, obgleich damals whiggiſtiſch, der ausgedehnten und von Lokalbehörden nicht controllirten Gewalt der Armen-Commiſſion; ſie beſchwor das Unterhaus und die Lords bei jedem Stadium, jene Beſtimmungen nicht anzunehmen, welche den Grundideen der engliſchen Verfaſſung allerdings widerſtreiten und die hauptſächlichſte Berückſichtigung der Billigkeitsgründe in einzelnen Fällen verhindern, die bei Fällen der Armenunterſtützung ſicherlich vorkommen und nur an Ort und Stelle richtig zu erkennen ſind. Vielleicht geſchah dies von jener Zeitung aus Klugheit, weil ihr in der Regel ein feiner Geruch über den zukünftigen Stand der öffentlichen Meinung zugeſchrieben wird, vielleicht auch aus wirklicher Ueberzeugung des Haupteigenthümers (Walter). Dieſe Zeitung hat ſeitdem mit beſonderer Conſequenz alle Fälle bekannt gemacht,

welche auf den Mißbrauch jener Centralgewalt und der Disciplin in den Arbeitshäuſern Bezug hatten, und es läßt ſich nicht leugnen, daß einzelne Fälle dabei vorkamen, welche alles menſchliche Gefühl empören mußten und worin die niederen Volksclaſſen von den Armen-Commiſſären wahrhaft mißhandelt wurden. Auch hat das Armengeſetz dazu beigetragen, der Whig-Partei die Gunſt des niederen Volkes zu entziehen, und bei ihrem endlichen Sturze mitgewirkt, beſonders ſeitdem die oben erwähnte Tory-Fraktion ſich vermehrte und jene Volksclaſſen durch Vorſpiegelungen über die Abſchaffung des Armengeſetzes gewann. Auch den Radikalen, die es unterſtüzte, hat es geſchadet; wie es ſcheint, ſo iſt Hume, der es unterſtüzte, bei der Wahl von Middleſex deßhalb durchgefallen. Allein es war eine Nothwendigkeit, denn es hat das Umſichgreifen eines Krebsgeſchwüres verhindert. Das Geſetz war nur auf eine beſtimmte Anzahl von Jahren gegeben, nach Verlauf derſelben kam die jetzige Tory-Verwaltung Peels, und ein Theil der Partei erwartete, daß die Regierung das Geſetz abſchaffen oder modifiziren würde. Dies iſt nicht geſchehen, ein Beweis der Nothwendigkeit desſelben. Es ward auf Verlängerung angetragen, und Sir James Graham ſagte nur, daß er eine Bill in Zukunft darüber einbringen würde (auf 1843).

Es mag noch erwähnt werden, daß 1834 darauf gedrungen wurde, die Miniſter mögten einen Plan zur Erleichterung der Auswanderung nach den Colonieen vorlegen, wonach Perſonen aus den unbemittelten Volksclaſſen eine freie Ueberfahrt erlangen würden. Ein Theil

der Armentaxe und der Erlös aus dem Verkauf der Ländereien in den Colonieen ward dazu als Fond vorgeſchlagen, wobei übrigens eine ganz andere Verwaltung der lezteren Einkünfte hätte ſtatt finden müſſen. Die Whigs haben dies vernachläſſigt; dagegen hat Stanley, als Mitglied der Tory-Verwaltung von 1842, die Sache wieder aufgegriffen, einen Plan angekündigt und eine Bill einzubringen verſprochen, die 1843 wahrſcheinlich in's Unterhaus gelangen wird. Eine ſolche Bill wäre freilich vielleicht eben ſo wirkſam, wie das Armengeſetz der Whigs, und nur in den Folgen auf das niedere Volk ſehr verſchieden.

Bevor noch die Armenbill zum Geſetz wurde, war die angegebene Parteiung im Inneren des Miniſteriums zum Ausbruch gekommen. Die Veranlaſſung war, wie erwähnt, die Kirche und Irland, theils zuſammenhängend, theils in den Einzelnheiten abgeſondert.

Wie ſchon bemerkt worden iſt, nahm die Whig-Partei ihre alte Beſtrebung gegen die Hochkirche wieder auf. In keiner Periode der neueſten Zeitgeſchichte hatte ſich eine ſolche Aufregung gegen dieſelbe gezeigt, wie während des erſten reformirten Parlamentes; alle Mittel, wodurch man auf das Volk einwirkt, wurden in Bewegung geſezt. Oeffentliche Verſammlungen wurden auf verſchiedenen Punkten gehalten; kaum verging ein Tag, worin die großen Morgenblätter der herrſchenden Partei den einen oder andern Artikel gegen irgend ein Verhältniß der Kirche nicht enthielten; Parlamentsglieder zogen die Kirchenangelegenheiten in Verhandlungen hinein, wohin jene der Sache nach nicht gehörten;

einzelne Mitglieder der Regierung, beſonders Lord Brougham, machte kein Hehl aus den Abſichten, welche in dieſer Hinſicht gehegt wurden. Die Diſſenters*), zahlreicher ſogar wie die Episkopalen und an Einfluß überwiegend in den größeren Städten und auch in den nördlichen Grafſchaften, verlangten Gleichſtellung in kirchlichen Rechten, oder die Abſchaffung derjenigen Beſtimmungen, wodurch ſie die Obergewalt der Episkopalkirche faktiſch anerkennen mußten; ihre Anſprüche fanden unter den Whigs um ſo größere Unterſtützung, da die Anhänger jener Confeſſionen größerentheils gegen die Tories in politiſcher Hinſicht feindlich geſinnt waren. Man eiferte über die reichen Einkünfte der Hochkirche, verlangte eine andere Vertheilung und Verminderung derſelben, die Abſchaffung der ſogenannten Kirchenabgaben und der Gehaltcumulationen bei Pfarrern, die Ablösbarkeit der Zehenten, Veräußerlichkeit des Grundeigenthums, welches ſich im Beſitz der Kirche und ſomit in ſogenannter todter Hand (main morte) befand u. ſ. w. Die Gefahr für die ariſtokratiſche Einrichtung der Hochkirche ſchien bedeutender als jemals. Die Mehrheit des Unterhauſes ſchien bereitwillig, zu jeder Veränderung in dieſer Hinſicht die Hand zu bieten, und die Regierung konnte nicht lange unentſchloſſen beiben.

Allein andererſeis ſtanden der Hochkirche bedeutende Mittel des Widerſtandes zu Gebote. Natürlich hielt die Tory-Partei in dieſer Hinſicht um ſo entſchiedener

---

*) Bekenner der übrigen chriſtlichen Confeſſionen, Calviniſten (Presbyterianer, beſonders unter den Mittelclaſſen im Norden), Methodiſten (beſonders unter dem niederen Volke), Quäker u. ſ. w.

zuſammen, je mehr die Gefahr anwuchs. Wie ſchon erwähnt, iſt die Hochkirche mit allen Verhältniſſen der Ariſtokratie zu innig verflochten, als daß eine Veränderung, die natürlich vor Allem die Einkünfte derſelben betreffen würde, nicht in jeder Familie der Grundbeſitzer empfunden werden ſollte. Somit ließ es ſich als gewiß vorherſehen, daß auch einzelne Whigs die Reihen der Widerſtand leiſtenden Ariſtokratie vermehren würden. Allein abgeſehen von der Maſſe jenes mächtigen Standes, fand die Geiſtlichkeit auch noch andere Stützen, damals in der Perſon des Königs. Hierüber konnte 1834 kein weiterer Zweifel vorherrſchen. Als eine Deputation der Biſchöfe und Erzbiſchöfe vor dem Könige am 28. Mai von der Gefahr ſprach, welche der Kirche drohte, gab dieſer zur Antwort: Sie beſäßen das Recht, Entſchloſſenheit zur Vertheidigung derſelben von ihm zu fordern; es ſey ſeine Pflicht, die Hochkirche aufrecht zu erhalten; er ſpreche hier ſeine wirkliche Meinung aus und halte keine vorbereitete Rede (d. h. nach Eingebung der Miniſter); er ſey unter den vorherrſchenden unglücklichen Umſtänden genöthigt, ſtärker zu ſprechen wie gewöhnlich u. ſ. w. Dieſe Erklärung, über deren Richtigkeit kein Zweifel herrſchte, bewies den Conſervativen, daß ſie auf eine bedeutende, wenn auch nicht offen hervortretende Unterſtützung rechnen konnten; auch zeigte die Partei, daß ſie ſich darauf verließ. Als Lord Brougham am 23. Mai eine Bill über die Abſchaffung der Gehalts-Cumulationen von Pfarrern in's Oberhaus brachte, fragte Lord Wellington unter andern die Miniſter auf ſpöttiſche Weiſe: ob jene Vorſchläge die

königliche Zuſtimmung beſäßen? Die Partei gab zu verſtehen, ſie würde ſich deßhalb widerſetzen, weil der König mit Veränderungen in Betreff der Kirche nicht einverſtanden ſey.

Abgeſehen von dieſer Stütze, beſaß auch die Kirche noch eine andere, deren Feſtigkeit und Stärke man 1834 noch nicht kannte. Sie übte noch einen größeren materiellen und moraliſchen Einfluß auf das engliſche Volk, wie man damals ahnte. In erſterer Hinſicht beſaß die Kirche wegen ihres Grundbeſitzes dieſelben Mittel, auf Wahlen u. ſ. w. einzuwirken, wie der Adel; ſie konnte die weiten, ihr gehörigen Landſtrecken in eine Maſſe von Pachtungen zerſtücken, um ein Heer von Zeitpächtern in die Grafſchaftswahlen eben ſo zu führen, wie die Grundariſtokratie. Der moraliſche Einfluß der Pfarrer auf die Bauern war ferner groß genug, um auf dem Lande und in den kleinen Ortſchaften eine Maſſe von Anhängern aufzubieten, welche der Bevölkerung in großen Städten wenigſtens die Wage halten konnte. Die Whigs bemerkten im Verlauf einiger Jahre, das Bewußtſeyn über die Mängel in der zeitlichen Organiſation des geiſtlichen Körpers ſey nicht ſo allgemein, daß ihr Verſuch, an dem ariſtokratiſchen Gebäude zu rütteln, einen leichten und unzweifelhaften Erfolg äußern könnte. Dazu kam noch das alte Vorurtheil gegen die Katholiken, mit deren Bemühungen in Irland die Beſtrebungen der Whigs in England zuſammentrafen. Jenes Vorurtheil war allerdings nicht mehr kräftig genug, um ein blindes Zuſammenhalten aller Proteſtanten zu veranlaſſen, drohende Aeußerungen des Volkswillens hervorzurufen u. ſ. w.,

allein es beſaß dennoch genug Stärke, um ſogar proteſtantiſche Diſſenters zum Schutz der anglikaniſchen Hochkirche herüberzulocken. So zeigte es ſich bald, daß die ſonſt ſehr liberale Staatskirche von Schottland, die calviniſch-presbyterianiſche, welche beim Volke des nördlichen Theils von Großbrittannien ſehr geachtet, ein bedeutendes Anſehen beſizt, durchaus nicht geſonnen war, ihren politiſchen Einfluß den iriſchen Katholiken unbedingt zu leihen, damit dieſe die ihnen aufgedrungene Hochkirche untergrüben. Die iriſchen Presbyterianer (in Limerick), ſchottiſchen Urſprungs, bisher mit den Katholiken vereint, zogen ſich bald zurück; ſpäter zeigte ſich Aehnliches in Schottland und England bei jenen Glaubensgenoſſen, die ſonſt eine nicht unbedeutende Abneigung gegen die Hochkirche ſtets erwieſen.

Die Verſuche, die Verhältniſſe der Hochkirche zu verändern, begannen gleich im Anfange der Parlamentsſeſſion, am 7. und 25. Februar. Zuerſt kamen Lord Brougham und Lord John Ruſſel in beiden Häuſern mit Vorſchlägen, welche die Ehen, Geburten und Todesfälle der Diſſenters betrafen. Es beſtand nämlich ein Verhältniß, in welchem die Obergewalt der Hochkirche als der allein vom Staat als herrſchend anerkannten in ſo weit ausgeſprochen wurde, daß andere Sekten durch Statute geduldet, in Betreff der Gültigkeit kirchlicher Akte geſetzlich als nicht exiſtirend angenommen wurden. Schließung der Ehen, die Taufe u. ſ. w. mogte von Geiſtlichen anderer Confeſſionen vollzogen werden, allein die Obergewalt der Hochkirche blieb hiebei in der Hinſicht ausgeſprochen, daß die Stollgebühren derſelben

anheimfielen. Somit mußten die Diſſenters für dergleichen kirchliche Akte doppelt bezahlen, die Geiſtlichen der Hochkirche, wie ihre eigenen. Abgeſehen von der Läſtigkeit dieſer Abgabe, war dieſe Beſtimmung für die Diſſenters um ſo demüthigender, weil ihre Kirchen gleichſam vom Geſetz ignorirt wurden. Bald folgten auch andere Anträge von Parlamentsgliedern in demſelben Sinne. Am 13. März machte ein Radikaler einen Vorſchlag (Rippon), von welchem die Partei ſicherlich nicht erwartete, daß ihn ſelbſt die Whigs unterſtützen würden. Es betraf nämlich die Ausſchließung der Erzbiſchöfe und Biſchöfe vom Oberhauſe, und war nur darauf berechnet, die Sache einmal anzuregen, worauf ſie dann von Zeit zu Zeit wieder vorkommen würde. Auch vereinigte er nur 58 Stimmen; er war übrigens nicht übel auf die Theorie und die hiſtoriſche Bildung der Conſtitution begründet, indem ſo gut wie möglich bewieſen wurde, die Reformation habe die Geiſtlichkeit als Körper von der Geſetzgebung ausgeſchloſſen, eine Sache, die allerdings im Unterhauſe ihre Richtigkeit hat und die in Betreff der Lords bei ungewiſſen und ſchwankenden geſetzlichen Beſtimmungen und hiſtoriſch-juriſtiſchen Deduktionen mit einigem Anſchein behauptet werden konnte. Bei dieſer Gelegenheit wiederhallte das Unterhaus von heftigen Reden gegen die Würdenträger der Kirche; anſtatt auf dem Lande nach ihren Heerden zu ſehen, unter ihren chriſtlichen Brüdern zu wohnen und das Wort des Herrn zu predigen, pflegten ſie in der Hauptſtadt mit einem Pompe ſich zu brüſten, welcher den chriſtlichen Geiſt beleidige, pflegten ſich gleich Fürſten

in dem Glanz der Höfe zu ſonnen u. ſ. w. Wie wenig auch die Whigs jenen Antrag unterſtüzten, ſo ſchienen ſie jene Schilderung der Biſchöfe mit Vergnügen anzuhören. Als ein bekannter Vertheidiger der Kirche, Sir Robert Inglis, von den chriſtlichen Tugenden der Biſchöfe ſprach, fing die Mehrheit an zu lachen und zu huſten, und erwies auch ſpäter daſſelbe Verfahren bei ähnlichen Gelegenheiten. — Am 17. April begann ein Verſuch, die Verhältniſſe der zwei Univerſitäten, Oxford und Cambidge, zu verändern, welche bekanntlich als Inſtitute oder gewiſſermaßen als Filiale der Hochkirche beſtehen, von derſelben vollkommen geleitet werden, geſetzlich als Corporationen inmitten derſelben gelten und einen beſonderen Grundpfeiler für die Verhältniſſe der Geiſtlichkeit und für deren Zuſammenhang mit der Ariſtokratie bilden. Jene Univerſitäten ſchließen alle andern Confeſſionen von ſich aus und beſtehen ſomit durchaus nicht für die ganze Nation, nicht einmal für die ganze Ariſtokratie. Dieſer Ausſchließung ſollte durch eine Veränderung abgeholfen werden, welche den Diſſidenten das Recht, akademiſche Würden dort zu erhalten, und ſomit die Möglichkeit ertheilen ſollte, in die Corporation der Univerſitäten zu gelangen. Am 24. März ward dieſer Gegenſtand von Spring Rice im Parlamente angeregt, indem derſelbe eine von 63 Mitgliedern der Univerſität Cambridge unterzeichnete Bittſchrift in dieſem Sinne überreichte, einer Univerſität, welche im Gegenſatz von Oxford bisher immer einige Neigung erwieſen hatte, ſich den Beſtrebungen der Whigs nicht ſtarr zu wiederſetzen*), der

*) Cambridge hatte z. B. 1829 eine Bittſchrift für die Emancipation der

Partei nach zwar toryſtiſch, jedoch den Hochtories niemals durchaus ſich anſchließend. Die Bittſchrift betraf die Abſchaffung eines Eides auf die Artikel der Hochkirche, welche die Diſſenters an der Erlangung der akademiſchen Würden verhinderte. Die Sache ſelbſt war für dieſe zwar nicht ſehr bedeutend, denn die engliſchen Geſetze erheiſchen jene Grade nicht als nothwendig für Aerzte u. ſ. w.; dieſelben hatten im gewöhnlichen Leben durchaus keinen Vorzug, und die Aerzte u. ſ. w. anderer Confeſſion holten ſich ihre beim Publikum eben ſo gültigen Grade in Schottland oder auf den Univerſitäten des Feſtlandes; allein einerſeits war die Sache Parteifrage, und andererſeits beſaß ſie auch dadurch einige politiſche Wichtigkeit, daß die graduirten Diſſenters zugleich Stimmen für die Wahl der vier Parlamentsglieder, welche Oxford und Cambridge in's Unterhaus ſendet, erlangt hätten, wodurch auch der Oppoſition ein Weg in jene Repräſentation eröffnet wäre, über welche die Tory-Partei durch die Hochkirche bisher unbedingt verfügt hatte. Im Unterhauſe konnten ſolche Vorſchläge unter den damaligen Umſtänden nur Erfolg haben. Nach dem 17. April ward eine Bill eingebracht, welche alle Stadien des Geſchäftsganges ohne große Schwierigkeiten durchlief; allein im Oberhauſe, wo Lord Grey am Tage, an welchem Spring-Rice die Sache in's Unterhaus brachte, dieſelbe Petition eingereicht und Anträge darauf begründet hatte, war die Sache eine andere. Die

---

Katholiken eingereicht, während Oxford ſeinen bisherigen Repräſentanten, Robert Peel, eben deßhalb durchfallen ließ, weil er die Emancipationsbill in's Parlament brachte.

Tory=Partei hatte ſich bereits feſt entſchloſſen, keine Veränderungen in den Verhältniſſen der Kirche eintreten zu laſſen, ſo weit dieſelben von den Whigs ausgingen. Der Herzog von Gloceſter überreichte im Namen der Minderheit der Corporation von Cambridge eine Petition, welche jenes Verlangen beſtimmt zurückwies; die Mehrheit zeigte ſich compakt und entſchloſſener, wie man es bei einer ſolchen Sache von untergeordneter Wichtigkeit hätte erwarten können. Sie faßte einen Beſchluß, welcher dem Unterhauſe offenen Troz bot, jedoch erſt zu einer Zeit, als bereits andere Vorfälle die Lage der Dinge verändert hatten.

Ein vierter Punkt, wodurch man der Hochkirche beizukommen ſuchte, betraf die Abſchaffung der Kirchenabgaben (Church-rates). Dieſe Steuer für Errichtung und Erhaltung von Kirchen und Kapellen u. ſ. w. beruhte auf demſelben Grundſaz, welcher die Diſſenters zwang, bei kirchlichen Akten, Vermählungen u. ſ. w. zuerſt die Anſprüche der Episkopal=Geiſtlichkeit in finanzieller Hinſicht zu befriedigen, bevor ſie ſich an ihre eigene Geiſtlichkeit wandten. Der Staat ignorirte die außerhalb der Hochkirche beſtehenden Bekenntniſſe und ließ leztere mitbezahlen, ſobald die erſtere Geld brauchte. Zehenten, das bedeutende Grundeigenthum der Episkopal=Geiſtlichkeit, die Stollgebühren u. ſ. w. wurden allein für Beſoldungen derſelben in Anſpruch genommen; zu den übrigen Ausgaben mußten die Diſſenters eben ſo bedeutend beiſteuern, wie die Episkopalen ſelbſt. Erſtere waren denſelben an Zahl überwiegend; ſie beſaßen 1834 8000 Kirchen, die Episkopalen allein 2232. Die Steuer war

lokal, und man berechnete 1834 im Durchſchnitt 4 bis 500,000 Pfund; über 200,000 Pfund wurden allein zur Ausbeſſerung der Episkopalkirchen erfordert. Divett brachte die Sache am 18. März in Anregung, und drohte eine Bill darüber einzubringen, allein Lord Althorp nahm ihm die Sache aus der Hand und verſprach im Namen der Regierung, daſſelbe zu thun. Am 21. April kam auch Lord Althorp mit ſeinen Vorſchlägen in's Unterhaus. Er wollte die Kirchenabgaben abſchaffen, wagte aber nicht, den dadurch bewirkten Ausfall der Hochkirche zuzuweiſen. Er machte daher den Antrag, die Kirchenſteuer aufzuheben, jedoch 500,000 Pfund auf die fixirte Landtaxe zu übertragen, wodurch die Diſſenters eben ſo hätten mitbezahlen müſſen, wie die Episkopalen; hinterher kam nur ein Vorſchlag, für Glocken und Kirchenſtühle möchten die Gemeinden der lezteren ſorgen. Der Antrag bewies die Unentſchloſſenheit und Schwäche der Whigs und erregte ſelbſt bei mehreren der ſonſtigen Anhänger des Miniſteriums ein bedeutendes Erſtaunen, denn er war weiter nichts als eine bloße formelle Veränderung des bisherigen Mißverhältniſſes, welches gerechte Beſchwerden veranlaßt hatte; die Hauptſache blieb ganz dieſelbe. Uebrigens waren die Verhältniſſe noch von ſolcher Art, daß die Widerreden der Radikalen hier nichts halfen. Die Bill ward im Unterhauſe angenommen; dieſer Umſtand war aber ohne Folgen, als andere Ereigniſſe den Angelegenheiten des Staates eine andere Wendung gaben.

Die wichtigſte Angelegenheit, womit man der Hochkirche einen Schlag zu verſetzen ſuchte, waren die iriſchen

Zehenten, deren Verhältniß im Früheren erläutert iſt. Es war kein Zweifel mehr vorhanden, daß eine Aenderung hierin ſtatt finden müſſe, daß die Ablösbarkeit dieſer Abgabe ein Erforderniß ſey, welches jede Regierung vorzuſchlagen genöthigt werde; daß die Exiſtenz der iriſch-proteſtantiſchen Geiſtlichkeit ſelbſt davon abhänge, und daß endlich die Regierung Irlands nur unter dieſer Bedingung möglich werde, wenn man einen Bürgerkrieg nicht hervorrufen wolle, deſſen Folgen ſich in keiner Hinſicht berechnen ließen. Um ſo mehr war man gleich anfangs auf das Verfahren der Regierung in dieſer Hinſicht geſpannt. Die Frage über die engliſchen Zehenten war im Vergleich mit der über die iriſchen von keiner Bedeutung. Die Whig-Partei fühlte dies ſelbſt in ſolcher Weiſe, daß ihre Mehrheit gleich anfangs entſchloſſen ſchien, das ſchwache Hin- und Herſchwanken der Regierung nicht unbedingt zu unterſtützen, ſondern eher eine Criſe hervorzurufen, wodurch wenigſtens die Sachlage offenbar dargelegt und aller Ungewißheit ein Ende gemacht würde.

Die Sache war dringend genug, als daß ſie nicht gleich im Anfang der Seſſion hätte behandelt werden ſollen. Am 20. Februar brachte H. Littleton, Staatsſecretär für Irland, den Plan der Regierung in's Unterhaus, nach welchem die Regierung ſich für die gänzliche Abſchaffung der Abgabe entſchieden hatte. Alle Zehentenentrichtungen, auch die Zahlungen der umgewandelten Zehenten ſollten vom 1. October an aufhören, dagegen die Regierung von dieſer Zeit an eine Landtaxe erheben und davon alle Forderungen dieſer Art ſowohl

an die Geiſtlichkeit, wie an die Laienbeſitzer entrichten. Der Betrag der Abgabe war um ein Fünftheil niederer angeſezt wie früher; für die angeſchlagene Verminderung mußte als Erſatz die größere Sicherheit der Erhebung, welche der Geiſtlichkeit zu Gute kam, und der Umſtand angeſehen werden, daß ſie jezt ſelbſt nicht mehr die Koſten der Eintreibung zu tragen haben würde. Die Ablösbarkeit ward ebenfalls ausgeſprochen. Hierin war ſicherlich ſo viel geboten worden, wie die Irländer nur immer erwarten konnten; auch ſchien die Whig-Regierung über den Umſtand, daß die übermäßigen Einkünfte der anglikaniſchen Kirche in Irland vermindert werden müßten, ſo ziemlich einig. Als die Bill zum zweiten Mal verleſen wurde (6. Mai), ſprach wenigſtens L. John Ruſſel mit deutlichen Worten ſeine Meinung dahin aus. O'Connel benahm ſich mit vieler Klugheit. Er hatte noch kurz vorher, gleichſam als Einleitung zur Debatte über die Zehenten, die Mehrheit des Parlamentes und die Engländer überhaupt durch einen Antrag über Aufhebung der Union, durch beleidigende Reden und perſönliche Schmähungen vieler Unterhausglieder im höchſten Grade aufgereizt; ſobald der Antrag der Regierung zur Berathung kam, änderte er ſein Verfahren, ſprach verſöhnende Worte und ließ die Abſicht durchblicken, die ganze Sache der Whig-Majorität in die Hände zu geben. Der Eindruck, den er hierdurch veranlaßte, hatte auch ſeine vollkommene Wirkſamkeit. Stanley dankte ihm im Namen der Regierung; die Mehrheit betrachtete ihn nicht mehr mit argwöhniſchen Blicken und vertrat nun ſelbſt die Sache.

deren wirkſame Förderung ſchwerlich O'Connel in der Art gelungen wäre, daß die Whigs auf ſeine Vorſchläge denjenigen Theil ihrer Partei ausgeſchieden hätten, welcher ſeinen politiſchen Zwecken ſich hinderlich erwies.

Wie man ſieht, ſo war die Hauptfrage, welche den Keim der Uneinigkeit ſchon im vergangenen Jahre gelegt hatte, die Entſcheidung, ob ein Theil des Kircheneigenthums dem Staate zu gemeinnützigen Zwecken verfügbar ſey, in der urſprünglichen Bill über die Zehenten ausgelaſſen worden. Sobald ſich O'Connel zurückhielt, wurden auch im Inneren der Whig-Partei an die Regierung Aufforderungen erlaſſen, eine Clauſel in dieſem Sinne für die Bill zu entwerfen; als dieſe zögerte, erklärten mehrere Parlamentsglieder, ſie würden in dem Sinne einen Antrag an das Parlament ſtellen; Ward kündigte denſelben offen für den 27. Mai dem Unterhauſe an. Jezt war die Spaltung nicht länger zurückzuhalten. Stanley und Graham blieben feſt bei der Meinung, der an die Stelle des Zehenten zu ſetzende Grundzins müſſe ein immerwährendes Eigenthum der Kirche bleiben. Die Miniſter ſuchten ihre Partei zu beſchwichtigen; es war vergeblich; die Sache kam in's Publikum, und man erwartete täglich eine Entſcheidung.

Mehrere Tage lang dauerten die Unterhandlungen; Lord John Ruſſel, von jeher allen entſcheidenden Schritten abgeneigt, machte den Antrag im Inneren der Regierung, die Sache wieder unentſchieden zu laſſen und durch einen Antrag auf die vorläufige Frage im

Unterhauſe noch einige Zeit hinauszuſchieben, damit das Miniſterium länger zuſammen bleiben könne. Die Mehrheit der Cabinetsmitglieder war für die Verwendung der Kircheneinkünfte zu gemeinnützigen Zwecken unter Controlle der Geſetzgebung; dennoch zeigte ſie ſich ſchwach genug, um jenes Mittel, die Sache zu verzögern, anzunehmen. Stanley und Graham hatten ſich ſchon einige Tage lang von der Berathung der Miniſter zurückgezogen; der Beſchluß ward ihnen ſchriftlich mitgetheilt, und die übrigen Mitglieder des Cabinetes erwarteten dieſe beiden Collegen in der Unterhausſitzung, wo der entſcheidende Vorſchlag Wards berathen werden ſollte. Allein die Beiden kamen nicht; ſie erkannten das Unhaltbare ihrer Lage, ſowie der ganzen Regierung, ſeitdem die Mehrheit ſich nicht unbedingt mehr leiten ließ, und reichten dem Könige ihre Entlaſſung ein, ohne daß ihre Collegen Etwas davon wußten.

Am 27. Mai brachte endlich Ward ſeinen entſcheidenden Vorſchlag in's Parlament, in derjenigen Form, nach welcher das Unterhaus ſeinen Willen in einem Beſchluſſe (Reſolution) ausſpricht, wonach alsdann eine Bill von der Regierung oder von einem Parlamentsgliede eingebracht wird. Der Antrag lautete: Daß jedes im Beſitz der iriſch-proteſtantiſchen Kirche befindliche Eigenthum, möge es an Ländereien, Zehenten oder ſonſtigen Begabungen und Einkünften beſtehen, als Staatseigenthum zu betrachten ſey, und auf diejenigen Zwecke, welche die Geſetzgebung beſtimme, verwendet werden müſſe. Kaum hatte ſich Grote

erhoben, um dieſen Vorſchlag in regelmäßiger Form zu unterſtützen*), als Lord Althorp die ihm und den übrigen Miniſtern unerwartete Nachricht vom Schritte Stanley's und Grahams erhielt. Zwei andere Mitglieder des Cabinetes, der Herzog von Richmond und Lord Ripon, waren dem Beiſpiele gefolgt. — Lord Althorp ward ſichtbar aufgeregt; die Nachricht verbreitete ſich ſchnell; er unterbrach die Rede Grote's; Beifallsruf und jedes Zeichen, welches die gereizte Stimmung einer großen Verſammlung bezeugt, übertönte ſeine Worte; er konnte kaum einen Satz endigen; Jeder wußte ohnedem, warum es ſich handelte.

Somit hatte die miniſterielle Mehrheit ſelbſt die Anerkennung eines Grundſatzes bei der Regierung durchgeſezt, deſſen Ausführung die ganze Verfaſſung der Hochkirche hätte umwandeln müſſen. Ueber die Entſchloſſenheit der Partei, bei ihrem Willen zu beharren, konnte kein Zweifel vorherrſchen. Gleich nach dem Vorfalle unterzeichneten 200 Unterhausmitglieder eine Adreſſe an den Grafen Grey, worin ſie ihm ihr Vertrauen auf ſeine Regierung ausdrückten, zugleich aber den genannten Punkt über die Kircheneinkünfte beſonders hervorhoben. Die Regierung mußte ſich nach jenem Grundſatze umbilden, ſo daß kein Streit in ihrem Inneren hinſichtlich jener Frage mehr ſtatt finden würde.

---

*) Jeder Vorſchlag eines Parlamentsgliedes, welcher zur Berathung kommen ſoll, muß von einem andern, wie der Antragſteller, unterſtüzt werden.

Stanley und Graham beſchränkten anfangs ihren Widerſtand auf die genannte Frage, ſind aber allmählich zur Conſervativ-Partei vollkommen übergegangen. Man hat ihnen hierüber oft genug bittere Vorwürfe gemacht, allein nicht mit Recht, wenn man die Verhältniſſe engliſcher Parteien in's Auge faßt. Dieſe ſind von ſolcher Art, daß ſich die Spitzen der Parteien, eben ſo wie die entgegengeſezten Extreme an den Enden, mitunter berühren. Jene beiden Staatsmänner galten aber niemals als Whigs von ſolcher Art, daß ſie die vollkommene Veränderung ariſtokratiſcher Staatsinſtitute jemals gut geheißen hätten; ſogar bei der Reformbill, die ſie allerdings vertraten, hatten ſie nicht für die ganze Ausdehnung derſelben im Cabinete geſtimmt, und mit dazu beigetragen, daß einzelne Fragen, z. B. über die Abkürzung der ſiebenjährigen Parlamente, darin nicht aufgenommen wurden. Es war natürlich, daß ſie ſich von den Whigs trennten, ſobald eine Richtung eingeſchlagen wurde, die ihren Parteigrundſätzen widerſtrebte, eben ſo, daß ſie zu den Conſervativen übergingen. Sogenannte Coalitionen oder Verbindungen einzelner Fraktionen verſchiedener Parteien zu beſtimmten Zwecken hat es in jeder Zeit unter allen großen geſetzgebenden Verſammlungen gegeben; dieſe werden weder mit Abtrünnigkeit noch mit dem Aufgeben der Parteigrundſätze geſchloſſen; iſt ein beſonderer Zweck erreicht, oder ändern ſich die Umſtände, ſo pflegen ſolche Coalitionen ſich wieder aufzulöſen und andere Fraktionen ſich zu vereinigen. Sogar Peel wird ſich vielleicht jezt zu einer Coalition mit einem

Theile der Whigs verſtehen müſſen, wenn die Maſſe der Landjunker ſich nicht mehr von ihm nach Gutdünken leiten läßt, und wer weiß, ob Stanley oder Graham ſich den Whigs bei irgend einer Gelegenheit wieder anſchließen.

Dem Könige ſchien der Vorfall ſehr zu widerſtreben, allein bei den beſtehenden Verhältniſſen Englands mußte die neue Regierung durchaus im Sinne jenes Grundſatzes zuſammengeſezt werden; an eine Möglichkeit, die ganze Verwaltung zu ändern, war nicht zu denken. Die Mehrheit hoffte von jezt an ein entſchiedeneres Verfahren, wie früher, und erwartete den Wiedereintritt Lord Durhams, allein dies unterblieb; die Whigminiſter ſcheuten ſich, einen Mann unter ſich aufzunehmen, der nicht allein zu feſtem, ſondern ſelbſt zu rückſichtsloſem Verfahren geneigt war; das Schreckbild eines feindlichen Zuſammentreffens mit dem Oberhauſe, welches nach den beſchriebenen Vorfällen einmal unabwendbar blieb, bewirkte, daß man in die Regierung keine neuen Mitglieder berief, welche, mit Ausnahme des Grundſatzes über Verwaltung der Kircheneinkünfte, von dem Syſteme der Ausgleichungen abgewichen waren.

An die Stelle Lord Ripons trat Graf Carlisle, ein Mann von gutem Willen und geſunden Grundſätzen, aber ohne höhere Talente, Spring Rice an die Stelle Stanley's, geſchickt in Geſchäften und gewandt in Widerreden, um der Oppoſition ſtets zu antworten, allein ohne die Energie der Entſchloſſenheit und das Anſehen, welche bei einem Parteileiter

im Unterhauſe nothwendig iſt; Lord Auckland und Mulgrave erhielten die erledigten Sitze Richmonds und Grahams. Die Ernennung des lezteren war übrigens befriedigend. Lord Mulgrave hatte ſich ſchon als Gouverneur von Jamaika als ein Mann erwieſen, der unter ſchwierigen Umſtänden feſten Willen mit Gewandtheit zu verbinden wußte. Er iſt zwar kein ſehr bedeutender Redner, dagegen aber um ſo geſchickter und thätiger in Erledigungen vorliegender Geſchäfte.

In dieſer Zuſammenſetzung trat das Miniſterium vor das Unterhaus, wo Wards Vorſchlag noch ſchwankend war. In dem Sinne deſſelben mußte die Regierung wohl einſtimmig ſeyn; auch ließ Lord Althorp noch nach der Bildung des Miniſteriums eine vorbereitende Verſammlung von Parlamentsgliedern halten und gab in jener Hinſicht eine ganz beſtimmte und unzweideutige Erklärung. Am 2. Mai erſchien das Cabinet als vollkommen conſtituirt im Parlamente, und Lord Althorp eröffnete die Debatte mit einer Rede, welche nicht allein die Anerkennung des von der Mehrheit gehegten Zweckes, ſondern zugleich eine Maßregel verkündete, welche gewiſſermaßen als Einleitung zu einer vollkommenen Umbildung der anglikaniſchen Kirche in Irland dienen würde. Er machte nämlich den Antrag, eine Commiſſion einzuſetzen, welche das ganze Verhältniß der Hochkirche unterſuchen würde; ſie ſolle in ganz Irland ſich von dem Zuſtande der verſchiedenen Kirchſpiele an Ort und Stelle überzeugen, die Zahl der Einwohner und deren Religion, ſo wie die Zahl der

Geiſtlichen angeben, mit Bemerkung derer, welche in ihren Kirchſpielen und derer, die außerhalb wohnten, die Einkünfte eines Jeden, die Beſchaffenheit ihrer Pflichten, die Art, wie ſie dieſelben erfüllten. Alles dies ſollte genau aufgezeichnet werden, ſo wie der Zuſtand der Erziehung in jedem Kirchſpiel, die Zahl der Schulen u. ſ. w. — Ein ſolcher Antrag war genügend; bei der Stimmung der Mehrheit, bei dem bekannten Zuſtande der iriſchen Kirche, unter deren Aemtern wenigſtens ein Drittel aus Sinekuren und ein anderes Drittel aus Pfarreien beſtand, worin die Proteſtanten ſich wie zehn zum Hundert verhielten, bei der bekannten Methode der Hochkirche die andern Confeſſionen zu ignoriren und ſomit für den Unterricht der katholiſchen Volksmaſſe gar nichts zu thun: — Bei Allem dem konnte die Entſcheidung der Commiſſion auf eine gänzliche Veränderung, welche ſich noch weiter erſtreckte wie die Zehentfrage, durchaus nicht zweifelhaft ſeyn. Auch gab Lord Althorp die feierliche Verſicherung, die Regierung würde nie in die Einſetzung einer ſo höchſtwichtigen Commiſſion gewilligt haben, wenn ſie nicht den feſten Willen hege, durchaus nach dem Berichte der Commiſſion ihr Verfahren einzurichten. Lord John Ruſſel erklärte eben ſo beſtimmt, die Miniſter würden jedenfalls den Willen der Mehrheit in Betreff der Kirchenangelegenheiten vertreten; die bloße Einſetzung der Commiſſion beweiſe die Anerkennung des Grundſatzes, das Unterhaus beſitze ein Recht, über die Einkünfte der iriſchen Kirche zu verfügen. Auch erwies ſich die Zufriedenheit

der Majorität mit dem ganzen Verfahren; die Einſetzung der Commiſſion ward mit 396 Stimmen beſchloſſen, ein Verfahren, welches den Antrag Wards natürlich beſeitigte, für deſſen Beibehaltung O'Connel und einige Radikale ſprachen, die in der Wirkſamkeit der Commiſſion nur die Verzögerung zu erkennen glaubten.

Nach dieſen Vorgängen nahm die iriſche Zehentenbill ihren gewöhnlichen Verlauf. Abgeſehen von der Verwendung der Zehentenüberſchüſſe zu nicht kirchlichen Zwecken, war es jezt entſchieden, daß eine weit umfaſſendere Maßregel von der Regierung ausgehen müſſe. Auch wurden die früheren Aeußerungen wiederholt, Spring Rice erklärte z. B. (23. Mai) ganz beſtimmt, er würde ſein Amt niedergelegt haben, wenn jener Grundſatz über die Verwendung von Kircheneinkünften nicht ſeine volle Ausdehnung erhielte. Lord John Ruſſel gab ferner bereits die Abſicht an, wozu die Regierung jene Ueberſchüſſe gebrauchen wolle, nämlich zur Beförderung der Volkserziehung. Uebrigens gab die weitere Verhandlung der Mehrheit des Unterhauſes noch einmal einen Beweis, daß ſie ſich nicht von den Miniſtern leiten laſſe, ſondern vielmehr erwarte, daß dieſe in jedem Verfahren ſich nach ihr richten müßten. In Betreff der Ablösbarkeit der Zehenten war beſtimmt worden, daß die Gutsherren, welche ihren Zehenten ſogleich ablösten, einen Nachlaß von zwanzig Procent erhalten ſollten, nach fünf Jahren ſollte der Nachlaß auf 18 Procent ſinken. O'Connel aber trat mit dem Vorſchlage auf, jenen Zehentennachlaß ſogleich und allgemein eintreten zu

laſſen, eine Veränderung, deren Einfluß indirekt eben ſowohl den Bauern wie den Gutsherren zu Gute kommen mußte. Die Regierung ſuchte auszuweichen, allein die Mehrheit entſchied für O'Connel; die Abſtimmung erwies ſomit deutlich genug, daß jener Mann durch ſein kluges Verfahren die Abneigung überwunden hatte, welche die Whig-Mehrheit ſowohl wegen der Unionsfrage, wie auch vielleicht wegen der Stimmung der Engländer über Irländer gegen ihn hegte. Er ſelbſt gab damit alle Oppoſiton gegen die Zehentenbill auf und zeigte ſich von jezt an als ein um ſo entſchiedener Anhänger der Regierung, oder vielmehr als ein Staatsmann, der nur im Sinne der Whig-Mehrheit zu handeln ſuchte und alle Mittel aufgab, wodurch er dieſelbe hätte reizen können. Die Zehentenbill ging alsdann ohne Hinderniß durch das Unterhaus und die Verhältniſſe wurden in ſolcher Art geſtellt, daß die Lords ſich entweder fügen oder mit den Gemeinen einen entſchiedenen Kampf beginnen mußten. Bei den oben erwähnten Verhältniſſen war dieſer Augenblick jezt unvermeidlich, den die furchtſameren Whigs geſcheut und hinausgeſchoben hatten.

Veränderungen in Betreff der Hochkirche boten jedoch nicht die einzige Veranlaſſung, wodurch die Whig-Regierung in ſich ſelbſt zerfiel; die iriſche Zwangsbill kam hinzu. Die Verhältniſſe, unter denen dieſelbe im vergangenen Jahre bei den Whigs möglich g.worden war, verſchwanden mit den Rückſichten, welche die Mehrheit des Unterhauſes wegen anderweitiger Verhältniſſe gegen die Regierung nehmen zu müſſen

glaubte. Sobald die Mehrheit einmal ſich der unbedingten Leitung des Cabinetes entzogen hatte, ließ ſich erwarten, daß ſie noch viel weniger Maßregeln gut heißen würde, gegen die ſie, wie ſie früher darlegte, von jeher einen entſchiedenen Widerwillen gehegt hatte, die ſie theilweiſe als eine Verletzung der brittiſchen Conſtitution betrachtete, und deren Wirkſamkeit ſie im vergangenen Jahre durch Lamberts Amendement ſehr beſchränkte. Andererſeits fanden ſich aber im Cabinete noch Mitglieder, welche jene Maßregel für die Regierung Irlands noch als eben ſo nothwendig erachteten, wie zu jener Zeit, worin die Irländer noch keine beſtimmte Ausſicht beſaßen, die Regierung werde ſelbſt zur Abſchaffung jener Abgabe mitwirken, welche den verwirrten und unruhigen Zuſtand veranlaßte. Lord Grey war vor Allem dieſer Meinung; eine weitere Criſe war ſomit wegen eines neuen Zwieſpaltes im Inneren der Regierung nothwendig.

Die Zwangsbill des vergangenen Jahres war nur bis Ende Juli gegeben, und bedingte alſo für ihre weitere Geltung die Erneuerung. Im Cabinete herrſchte Meinungs-Verſchiedenheit; Lord Althorp, Littleton und Ellice waren gegen die Erneuerung; wie aus den ſpäteren Ereigniſſen erhellte, erwies auch der Lord-Statthalter von Irland (Marquis Wellesley) einige Abneigung, jenes Geſetz wieder anzuwenden, welches dem Geiſte der brittiſchen Verfaſſung widerſtrebte. Er ſchrieb an Lord Grey in dieſem Sinne, und als lezterer ſich nicht in die Meinung fügte, verlangte er wenigſtens die Aufhebung derjenigen

Beſtimmungen, welche zwar die weſentlichſten Punkte der Zwangsbill bildeten, allein diejenigen Verfaſſungsrechte ſuſpendirten, worauf die Engländer vorzugsweiſe, als weſentliche Bedingungen ihrer Freiheit, halten. Graf Grey aber gab ſeine vorgefaßte Meinung nicht ganz auf und verſtand ſich allein zur Veränderung der Clauſel über Kriegsgerichte. Die Cabinetsglieder, welche die Erneuerung der Zwangsbill in dieſer Weiſe nicht wollten, unter andern Lord Althorp und Littleton, blieben in der Minorität, traten jedoch nicht aus der Verwaltung, um eine neue Miniſterialcriſe zu vermeiden, und ſezten ſich ſomit in die unangenehme Nothwendigkeit, ein Geſetz, welches ſie mißbilligten, im Parlamente zu vertreten. Zu ihrem Schaden hatte jedoch Littleton vorher mit O'Connel verhandelt, ihm von der Correſpondenz des Marquis Wellesley erzählt und ſeine eigenen Gedanken eröffnet. O'Connel war aber ſicherlich nicht der Mann, der einen ſolchen ihm dargebotenen Vortheil unbenuzt hätte vorüber gehen laſſen.

Im Oberhauſe fand man natürlich die Erneuerung der Zwangsbill als ganz in der Ordnung, und es erhob ſich auch nicht der geringſte Widerſpruch, als Lord Grey am 2. Juli darauf antrug. Kaum aber hatte es ſich dadurch ergeben, daß die Regierung bei ihrem früheren Verfahren beharren werde, ſo benuzte O'Connel die ihm gemachten Mittheilungen vielleicht ſchon in der gewiſſen Vorausſicht, daß hierdurch eine Auflöſung des Cabinetes und eine Vereitlung jenes Planes bewirkt werden müſſe. Er fragte am 3. Juli die Miniſter, ob die Erneuerung der Bill

gegen den Rath der iriſchen Regierung vorgeſchlagen werde. Littleton antwortete: die iriſche Regierung ſey für die Erneuerung. O'Connel erzählte hierauf den erwähnten Vorgang und erklärte, er ſey von Littleton betrogen worden, denn dieſer habe ihm verſprochen, gegen die Bill aufzutreten. Littleton mußte nun wohl die Wahrheit erklären, wie er ſelbſt aus Rückſichten ſeine Meinung geändert habe. — Die Mehrheit erſtaunte bei jener Erklärung, und der dadurch bloßgeſtellte Miniſter kam in den Fall, daß er nach engliſchen Grundſätzen, ohne ſeiner Ehre zu vergeben, nicht länger eine Maßregel vertreten durfte, mit deren Grundſätzen er nicht übereinſtimmte.

Littleton reichte auch ſogleich ſeine Einlaſſung ein, ließ ſich jedoch noch bewegen, einige Tage lang ſeine Stelle beizubehalten; O'Connel aber kannte zu genau die Stimmung der liberalen Mehrheit, als daß er die Auflöſung des Cabinetes, um die iriſche Zwangsbill zu verhindern, nicht hätte betreiben ſollen. Er machte am 7. Juli den Antrag, die Correſpondenz des Marquis Wellesley dem Hauſe vorzulegen; der Antrag ward freilich verworfen, allein die Vorgänge in den Privatverſammlungen der Mehrheit waren anderer Art. Viele Parlamentsglieder erklärten, ſie würden die Erneuerung der Zwangsbill unter dieſen Umſtänden nicht gut heißen. Somit war die Stellung des Cabinetes nicht länger haltbar. Am 8. Juli fand die Auflöſung ſtatt. Grey und Althorp reichten ihre Entlaſſung ein.

Am 9 Juli verkündeten die austretenden Miniſter

dieſes Ereigniß in beiden Häuſern, Grey in einer denkwürdigen Rede, womit er ſeine lange und verdienſtvolle Laufbahn im öffentlichen Leben ſchloß. Im Laufe der ganzen Seſſion hatte keine ſo aufregende Sitzung ſtatt gefunden. Als Grey unter den Lords erſchien, war er ſichtbar bewegt; kaum vermogte der ermuthigende Beifallruf der Verſammlung ihn zur Darlegung der erwähnten Umſtände zu beſtimmen, welche die Auflöſung ſeines Cabinetes veranlaßt hatten. Es erhellte jezt, daß er ſchon lange den Wunſch hegte, ſich vom öffentlichen Leben zurückzuziehen, denn er ſtand bereits im höchſten Alter (im 70ſten Jahre); nur die Bedenklichkeiten ſeiner Collegen, oder die von Schwäche zeugende Beſorgniß der regierenden Whigs, irgend eine Verwicklung herbeizuführen, hatten ihn verhindert, ſchon im vergangenen Jahre zurückzutreten. Er ſchied jezt aus den Staatsgeſchäften, wie es kaum ein anderer Staatsmann in Europa vermögen würde; mogte auch eine von ihm ausgegangene Maßregel dem Weſen der bittiſchen Verfaſſung widerſtreben, ſo konnte Graf Grey dagegen eine lange, erfolgreiche und ehrenvolle Wirkſamkeit in die Wage legen. Seine Thätigkeit in dem Zeitraume von 46 Jahren war ſtets auf die Erweiterung der Volksrechte und auf die Entfernung jeder Unterdrückung gerichtet. Er begann als der Ankläger eines tyranniſchen General-Gouverneurs von Indien (Warren Haſtings), vertrat die Parlamentsreform in den neunziger Jahren zu einer Zeit, wo Gefahr damit verbunden war, wirkte als ein Leiter der Whigs in ihrer glorreichſten Zeit (1815 bis

1833) und erkämpfte endlich als Führer der Regierung nach 1830 denjenigen Zweck, den er von frühester Jugend an unverrückt im Auge gehalten hatte. Auch wird jeder Engländer in Betreff des Schluſſes jener Laufbahn die Wahrheit eingeſtehen, daß die Parlaments-Seſſion von 1833, wo er noch an der Spitze der Regierung ſtand, an Folgen reicher war wie irgend eine andere einzelne, und den freilich etwas übertriebenen Worten Grey's wenigſtens bedingt beiſtimmen: „Wir ſahen unſere Stellung jeden Augenblick gefeſſelt und verkümmert, und doch hat das Miniſterium, dem ich vorſtand, weit mehr zur Verbeſſerung des ſocialen Zuſtandes in England gethan, als zuvor in einem halben Jahrhundert geſchah.“ Seitdem hat ſich Graf Grey vollkommen in das Privatleben zurückgezogen*); man vermuthete jedoch, daß er dann und wann noch indirekten Antheil an den Staatsverhältniſſen durch ſeinen Sohn, Lord Howick, nehme, welcher mit denſelben Grundſätzen, wie der Vater, als Whig aufgetreten, und zum Parteiführer geworden iſt.

Als im Unterhauſe Lord Althorp und Littleton die Auflöſung des Miniſteriums ankündigten, war der Eindruck zwar ſtark, allein die Mehrheit ſchien das Ereigniß nicht ungern zu ſehen, welches endlich die lang bemerkten Schwankungen beendigt und eine Maßregel unmöglich gemacht hatte, womit die Mehrheit durchaus nicht einverſtanden war. Es ließ ſich vorausſehen, daß die Regierung ſich jezt in gleichmäßiger

*) Eine ſpätere erfolgloſe Rede kann man nicht als einen Theil ſeiner öffentlichen Wirkſamkeit gelten laſſen.

und entſchiedener Weiſe wieder umbilden würde; an die Berufung eines Tory-Miniſteriums von Seiten der Krone war noch nicht zu denken, und die Mehrheit, im Bewußtſeyn ihrer Macht und ihres Zuſammenhaltens, ſchien auch nicht die geringſte Befürchtung zu hegen, daß dies geſchehen könnte *). Sollte ein ſolcher Verſuch gemacht werden, ſo konnte dies ſicherlich nicht im Augenblicke geſchehen, wo eine ſehr entſchiedene Mehrheit im Unterhauſe zuſammen war, welche, anſtatt ſich von der Whig-Regierung leiten zu laſſen, dieſelbe gezwungen hatte, eine beſtimmte, von ihr ſelbſt vorgeſchriebene Richtung zu verfolgen. Das Haus vertagte ſich bis zum 11. Juli, um den Parteihäuptern die gehörige Zeit zu laſſen, damit dieſe ein neues und feſt zuſammenhaltendes Cabinet zu bilden vermögten. Ueber die Grundſätze deſſelben konnte eben ſo wenig Zweifel herrſchen, wie bei der früheren Umbildung, als Graham und Stanley aus dem Cabinete traten. Es geſchahen übrigens einige Schritte, um den Mitgliedern der alten Regierung, im Fall ſie in die neue einträten, die Bahn vorzuzeichnen, die ſie in ſolchem Falle zu verfolgen hätten. Dreihundert Parlamentglieder unterzeichneten eine Adreſſe an Lord

*) Hume ſagte damals: „Ich müßte mich irren in den Geſinnungen des Hauſes und der Nation, wenn es nicht rein unmöglich wäre, England eine Tory-Regierung aufzudringen.“ Welcher Unterſchied zwiſchen damals und jezt (1842)! Derſelbe Redner, der übrigens ſeine Partei nie gewechſelt hat, ſagte 1842, als er neugewählt in's Parlament trat: „Es iſt nicht meine Schuld, daß der ehrenwerthe Baronet (Sir Robert Peel) nicht früher zur Regierung gelangt iſt. Hätte ich gewußt, welche Maßregeln er in's Parlament bringen würde, ſo hätte ich mein Möglichſtes gethan, um die Whigs von der Regierung zu entfernen.“

Althorp, worin ſie die Billigung, daß er ſich der iriſchen Zwangsbill widerſezt hatte, und den Wunſch ausſprachen, daß er an der neuen Verwaltung Theil nehmen möge. An eine Erneuerung der iriſchen Zwangsbill war ſomit nicht zu denken. — Die Unterhandlungen zwiſchen den Parteihäuptern dauerten übrigens länger, wie das Unterhaus durch ſeine Vertagung beſtimmt hatte. Am 4. Juni erklärte Lord Melbourne und Lord Althorp in beiden Häuſern, ſie hätten vom Könige den Auftrag, ein Cabinet zu bilden. Es ward auf eine neue Vertagung angetragen; wie es ſchien, ſo wurden neue Forderungen von mehreren geſtellt, welche Anträge, in's Cabinet zu treten, erhalten hatten; die Mehrheit hatte ihre Macht ausgeübt und kennen lernen; neue, bisher umgangene Fragen wurden angeregt, die Unterhandlungen darüber zogen ſich in die Länge; zulezt kam jedoch ein gleichmäßigeres Miniſterium zu Stande, wie das frühere, von welchem ſich vorherſehen ließ, daß die Mehrheit wenigſtens auf einige Zeit damit zufrieden ſeyn würde, da in Betreff Irlands und der Kirche die Meinung der Miniſter jezt übereinſtimmte.

Am 15. Juli war das Miniſterium wieder conſtituirt; Lord Melbourne war Premierminiſter, Lord Duncannon erſezte ihn im Miniſterium des Innern; Hobhouſe trat wieder in das Cabinet, aus welchem er wegen ſeines Wahlunglücks in Weſtminſter ausgeſchieden war. Er ließ ſich jezt für einen kleineren Ort ernennen, und ward im Allgemeinen auch gern geſehen, theils weil er durch ſein früheres Leben bereits

viel Vertrauen erlangt hatte, theils weil man ihn als Mann von Entſchloſſenheit kannte, der eher zu durchgreifenden wie zu ausgleichenden Maßregeln geneigt war. Duncannon erregte beſonders das Vertrauen der Irländer, und Melbourne's Charakterſchwäche war noch nicht erwieſen worden, ſo lange er ſelbſt noch keinen hervorragenden Poſten eingenommen hatte. Uebrigens konnte das neue Cabinet ſchon wegen der vorgerückten Zeit der Seſſion keine neuen Maßregeln mehr in's Parlament bringen; es mußte bis jezt das nicht Erledigte beendigen. Lord Althorp gab nur am 17. allgemeine Erklärungen über ſpätere Reformen.

Die erſte beſtimmte Erklärung der Miniſter betraf die iriſche Zwangsbill, und zwar in dem angegebenen Sinne. Auf die Frage von Lord Ellenborough, welche Bahn die neue Regierung in Betreff der Zwangsbill einſchlagen werde, antwortete Lord Melbourne, es ſey nicht ſeine Abſicht, im Hauſe auf die dritte Verleſung anzutragen; die Regierung wolle dieſelbe aufgeben, und nur im andern Hauſe eine Bill einbringen, welche gewiſſe Theile der zurückgenommenen erneuere. In jener waren alle anſtößigen Clauſeln über Verbot der Volksverſammlungen u. ſ. w. ausgelaſſen; die ganze Maßregel enthielt eigentlich nur Beſtimmungen, über eine geſchärfte Polizei hinſichtlich der ſogenannten agrariſchen Verbrechen (Wegelagerungen, nächtliche Ueberfälle u. ſ. w.). Auch dankte O'Connel für die Milderung und bot beinahe gar keine Oppoſition. Am 26. Juli ward die Sache erledigt. — Noch eine beſtimmte Erklärung der Miniſter

über ihre zukünftige Richtung war bemerkenswerth; Lord Melbourne, von Tories hinſichtlich ſeiner Plane gegen die Kirche gedrängt, antwortete: „Ich erkläre, daß ich der beſtehenden Kirche aufrichtig ergeben bin, füge jedoch hinzu, daß dieſes Inſtitut mir für den Augenblick bedroht erſcheint, und, um es der Gefahr zu entziehen, iſt die Abſtellung von Mißbräuchen nothwendig, die ſich in Folge der Zeit darin eingeſchlichen haben.“ Dieſe Erklärung, im Oberhauſe, einer feindlich geſinnten Mehrheit gegenüber, gegeben, erwies, daß die Regierung den Kampf mit jenem Hauſe nicht länger ſcheue und wenigſtens jene Beſorgniß aufgegeben habe, welche die Whigs z. B. bei der iriſchen Kirchenbill zu halben Maßregeln und zu immerwährenden Bedenklichkeiten veranlaßte.

Allein die Zeit, worin die Tory-Partei ihrerſeits ein Zuſammentreffen mit der Mehrheit des Unterhauſes fürchtete, war mit dem erſten Jahre des erſten reformirten Parlamentes vorüber. Gegen Ende der Seſſion hegte ſie offenbar bereits Hoffnung, der Weg zur Regierung ſey ihr nicht verſchloſſen, und der Zeitpunkt nahe, worin ſie wieder zur Gewalt gelangen könne. Zwar ſtellte Lord Wellington im Oberhauſe jene Beſtrebung öffentlich in Abrede, allein die Miniſter ſelbſt ſchienen ſehr wohl zu fühlen, daß gegründete Urſachen zu jener Hoffnung vorhanden waren; es iſt ihnen ſpäter vorgeworfen worden, einzelne, beſonders Brougham, hätten ſich, um dieſer Erwartung ihrer Feinde entgegen zu arbeiten, der öffentlichen Preſſe bedient, während ſie im Parlamente

ſtets die größte Sicherheit erwieſen. Die Tories hatten vorerſt ihre Stütze am Hofe. Der König, wie ſehr er auch 1830 den Reformen ſich anſchloß, war ſpäter erſchreckt; und man wußte, daß er nur eine Gelegenheit erwarte, ſich der Whigs zu entledigen. Eine ſchon erwähnte toryſtiſche Phraſe in der Thronrede und dann die Rede an die Deputirten der Biſchöfe war bezeichnend genug. Außerdem war es bekannt, daß ſeine Gemahlin politiſchen Einfluß auf ihn übe, eine deutſche Prinzeſſin, welcher das engliſche Staatsleben, den durch ihre Erziehung ihr eingeprägten Grundſätzen gemäß, widerſtrebte, und die ohnedem durch Abneigung gegen die whiggiſtiſche Herzogin von Kent der Tory-Partei zugeführt wurde. Allein davon abgeſehen, erkannte jezt dieſe Partei auch die Vortheile, welche ihr durch die Reformbill in Betreff des Unterhauſes verblieben waren; ſie hatte 1834 ihren Grundbeſitz in der Weiſe durch Pachtung getheilt, daß jene Zeitpächter, die Chandos in die Reformbill als Wähler einſchwärzte, ſchon ſtark genug waren, um in den zahlreichen Grafſchaftswahlen den Whigs die Spitze zu bieten. Eine Auflöſung des Parlamentes war ſomit für ſie nicht länger eine Maßregel, die Schaden bringen konnte; die Hitze, womit man ſie bisher bekämpfte, hatte abgenommen; jedenfalls wurde alsdann die ſtarke und entſchloſſene Mehrheit des Unterhauſes vermindert, welche bleibend das Oberhaus hätte überwältigen müſſen.

Unter dieſen Umſtänden begannen die Tories im Oberhauſe einen Widerſtand gegen die Regierung und

gegen die Gemeinen, wie ſie ihn im vergangenen Jahre nicht gewagt haben würden. Schon unmittelbar nach der Bildung des Miniſteriums von Melbourne zeigten ſich die Spuren. Als Melbourne ankündigte, die iriſche Zwangsbill zurücknehmen zu wollen, erhob ſich der Graf von Wicklow mit den heftigſten Schmähungen gegen die Miniſter; je ſchneidender ſeine Worte wurden, deſto lauter und ſtürmiſcher ward der Beifall. Wellington folgte mit gemäßigter, aber beſtimmter Rede, und ſchloß mit Drohungen über eine Verantwortlichkeit, welche die Tory-Partei vor 1830 noch niemals im Munde geführt hatte. Am meiſten wurden die Lords durch den Umſtand gekränkt, daß ihre Verſammlung als dem Unterhauſe untergeordnet behandelt wurde, ein Verhältniß, das übrigens der Sache nach ſchon länger als hundert Jahre beſtand und nur nicht ſo ſehr bemerkt wurde, weil die Lords vor der Reformbill auf die Zuſammenſetzung der Mehrheit des Unterhauſes Einfluß übten, ein Verhältniß endlich, welches gegenwärtig (1842) von den Conſervativen eben ſo ſchmerzlich empfunden wird *). Der Graf von Limerick rief aus: „Guter Gott! iſt es ſo weit gekommen, daß das engliſche Haus der Lords eine bloße Regiſtratur-Kammer des andern geworden iſt? Wollen wir unſere eigene Abſetzung beſiegeln?“ Jezt aber erwieſen die Whigs eine Hitze, wie ſie unter Grey nicht beobachtet worden war. Melbourne ſprach mit einer

*) Dieſelben Worte wie die angeführten des Grafen von Lemerick hat man 1842 von conſervativen Lords im Aerger über Sir Robert Peel vernommen.

Kraft, die man ſpäter nicht mehr bei ihm bemerkte; Brougham überließ ſich ſeinen Sarkasmen und verfuhr eben ſo ſchneidend wie früher im Unterhauſe. Die verdeckte Erbitterung war ausgebrochen, und es blieb der Folge anheim geſtellt, ob dieſelbe wiederum niedergedrückt oder in ihrem Laufe bis zur Entſcheidung nicht aufgehalten würde.

Bald zeigte ſich die Feindſeligkeit gegen die Gemeinen, zuerſt in Betracht der Frage, ob die Diſſenters zu den Univerſitäten Oxford und Cambridge als Graduirte zugelaſſen werden ſollten. Die Bill des Unterhauſes gelangte am 1. Auguſt zu den Lords und erregte eine hitzigere Debatte, wie es die geringe Wichtigkeit des Gegenſtandes erwarten ließ. Die Mehrheit des Oberhauſes war ſogar bei dieſer Kleinigkeit ſo aufgeregt, daß 85 Abweſende ihre Stimmen durch Stellvertreter geben ließen. Die Bill des Unterhauſes ward verworfen, allein dies Ereigniß konnte nur wegen des allgemeinen Zuſammenhanges Intereſſe erregen, da die Tory-Partei ſich entſchieden gegen eine jede, auch gegen die kleinſte Veränderung im Gebäude der Hochkirche dadurch erklärte. Wie geſagt, war die Bill, davon abgeſehen, von geringer Wichtigkeit. Ohnedem brauchten ja nur die Whigs, abgeſehen von dem Umſtande, daß die Grade der ſchottiſchen wie der fremden Univerſitäten gleiches Anſehen genoßen, nur der Univerſität London das Recht der Graduirung zu übertragen, einer Schöpfung, die von ihrer Partei ausgegangen war. Wichtiger war das Verfahren der Lords in Betreff der iriſchen Zehentenbill.

Die Einſetzung einer Unterſuchungscommiſſion über die Verhältniſſe der iriſchen Geiſtlichkeit war von der Partei zu gut verſtanden worden, als daß ſie alle Mittel die Wirkſamkeit derſelben zu verhindern nicht hätte aufbieten ſollen.

Am 11. Auguſt geſchah die entſcheidende Sitzung. Die Aufregung im Hauſe war allgemein; alle Bänke ſtärker wie gewöhnlich beſezt; der Herzog von Cumberland erklärte die Bill für Kirchenraub; alle Parteiführer ſprachen in demſelben Sinne; einige verwieſen auf die Gefahr, welche der ganzen Hochkirche vom Unterhaus drohe; noch andere erregten die Vorurtheile der Britten, indem ſie auf den Einfluß hinwieſen, welchen der iriſche Demagoge O'Connel auf die Regierung ausübe, ein Einfluß, der allerdings nach dem eben erwähnten und von ihm durchgeſezten Amendement nicht zu leugnen war, und der unter den beſtehenden Verhältniſſen der Regierung nicht beſonders nützen konnte. Vergebens erinnerte Lord Melbourne den Herzog von Wellington an ſeine eigene Nachgiebigkeit gegen Irland im Jahre 1829; die Verhältniſſe des Zehenten ſeyen von derſelben Art, wie die Umſtände, welche die Emancipation der Katholiken nothwendig machten. Vergebens warnte ſelbſt der Herzog von Richmond gegen die Verwerfung der Bill, weil wohl ſchwerlich dem Oberhauſe ſo günſtige Vorſchläge wiederum zugeſchickt werden mögten; die Mehrheit blieb bei ihrem Widerſtande. Die Bill ward beim Antrage auf die zweite Leſung gänzlich verworfen. Die Tory-Partei opferte ſogar den augenblicklichen

Vortheil ihrer angenommenen Taktik. Die Erhebung des Zehenten war einmal in Irland unmöglich geworden; die Mitglieder ihrer Familien, welche dort geiſtliche Pfründen beſaßen, wurden dem Elend wieder ausgeſezt; die Verſchiebung der Zehentenbill diente dazu, die Verbeſſerung ihrer traurigen Lage zu verzögern. Die Whigs blickten mit einer gewiſſen Schadenfreude auf das Elend der Geiſtlichen, welches durch ihre eigene Partei aufrecht erhalten wurde.

Unter dieſen Verhältniſſen ſchloß die zweite Seſſion des erſten reformirten Parlamentes am 15. Auguſt. Es war dadurch keine größere Reform gegeben worden wie die des Armengeſetzes; alle andern Reſultate waren unbedeutend oder blieben ſchwebend. Die Mehrzahl der Nation ſah jedoch ein bedeutendes Reſultat erreicht, denn die Regierung war beſtimmter conſtituirt wie früher, die Mehrheit des Unterhauſes war ſtärker vereinigt und die Scheu vor dem Zuſammentreffen mit den Lords war verſchwunden. Die feindſelige Stimmung war jezt wirklich vorhanden; über den endlichen Ausgang des beiderſeitigen Kampfes konnte kein Zweifel herrſchen, ſo lange die Verhältniſſe blieben, wie ſie damals waren. Ueber die bald darauf folgenden Ereigniſſe, über den Boden, welchen die Tories und die Kirche im Volke ſelbſt gewonnen hatten, hegten die Mittelclaſſen wenigſtens noch keine Ahnung, eben ſo wenig wie von der Stellung, welche die beiden Hauptparteien ihnen gegenüber in Zukunft annehmen würden.

Unter den geringeren Verhandlungen, welche ſich nicht auf die wichtigſten, damals ſchwebenden größeren

Parteifragen bezogen, war ein Antrag für Aufhebung der Bill über fremde Werbungen und die Verhandlung über Canada bemerkenswerth, eine Colonie, welche ſich in geſpanntem Verhältniß und überhaupt in ſolcher Lage befand, daß irgend eine gewaltthätige Criſe ſich in nicht ferner Zukunft erwarten ließ, im Fall die Geſetzgebung des Mutterlandes von den Anſprüchen deſſelben nicht nachlaſſen würde. Der erſtere Antrag (von Grant gemacht) war durch die damalige äußere Politik veranlaßt; mit Rückſicht auf die Dienſte, welche brittiſche Truppen in Portugal den Conſtitutionellen geleiſtet hatten, hoffte die herrſchende Partei einen ähnlichen Erfolg von einer brittiſchen Legion in Spanien, und ſuchte ſomit durch jene Maßregel den Sieg der Chriſtinos zu erleichtern. Uebrigens hatte auch die Bill gegen fremde Werbungen dieſelben nie verhindert; Dom Pedro konnte ſie leicht umgehen, denn kein engliſches Geſetz vermag die Unterthanen der Krone daran zu verhindern, daß ſie nach ihren Parteianſichten Kriegsdienſte bei fremden Heeren nehmen, ſobald Großbrittannien ſelbſt mit jenen Staaten nicht im Kriege liegt. Auch war die Bill ſelbſt gewiſſermaßen nur zum Schein gegeben, um 1819 die fremde Diplomatie zufrieden zu ſtellen. Während des Unabhängigkeitskampfes der ſüdamerikaniſchen Republiken, den England offenbar unterſtüzte, war eine Fremdenlegion für Columbien angeworben, eine Truppe, welche dort bedeutende Dienſte geleiſtet hat. Die Diplomatie that Einſprache, weil ein Kampf gegen die Legitimität dadurch befördert wurde. Caſtlereagh

war ſchwach genug, nachzugeben, wußte aber die Sache doch ſo einzurichten, daß die lezte Expedition nach Südamerika unter Devereux wegen den Verzögerungen der Bill ungehindert abgehen konnte. Seitdem waren auch die Werbungen nicht unterblieben; man wußte die Form leicht zu umgehen. Schon die Preſſe war oft genügend, der man Artikel in jenem Sinne, Aufforderungen, fremde Kriegsdienſte zu nehmen u. ſ. w. nicht unterſagen konnte. Somit war auch das Verfahren des Oberhauſes von keiner Bedeutung, welches die im Unterhauſe angenommene Bill verwarf. — Was die Verhandlungen über Canada betrifft, ſo werden wir auf die Verhältniſſe der Colonie ſpäter zurückkommen; hier mag nur bemerkt werden, daß dabei die alte Frage zu Grunde lag, welche ſchon bei Jamaika erwähnt wurde und in früheren Zeiten hinſichtlich der jetzigen Vereinigten Staaten den Bürgerkrieg der Colonieen veranlaßt hatte, in wie weit Großbrittannien ein Recht beſizt, über die Einkünfte und innere Verwaltung von Colonieen, die eine eigene Geſetzgebung beſäßen, zu verfügen. Es ließ ſich erwarten, daß eine Mehrheit, wie ſie jezt beſtand, die Anwendung des Rechtes nicht in ſolcher Weiſe gut heißen würde, daß die Colonieen gegründete Urſache zu Beſchwerden dadurch erlangten; indeß bei Canada war der Fall von ſolcher Art, daß auch der Colonie ein bedeutendes Unrecht zugeſchoben werden konnte. Roebuck, gewiſſermaßen Sachwalter für die Colonie im Unterhauſe, trug eine lange Reihe von Beſchwerden am 25. April vor und begründete darauf den Vorſchlag der Niederſetzung einer Unter-

ſuchungs=Commiſſion, deren Entſcheidung in ſolchem Falle als Norm zu gelten pflegt, wonach die Regierung verfahren muß. Stanley, damals noch Colonial=ſecretär, nahm jedoch die Sache aus den Händen der radikalen Partei, indem er ſelbſt auf die Einſetzung jener Commiſſion antrug und auch über die Beſchwerden der Canadier ſich in ſolcher Weiſe ausdrückte, daß er dieſelben nicht als durchaus begründet erklärte. Die Sache blieb ſomit in der Schwebe; als jene Beſchwerden immer lauter, das Verfahren der Coloniſten entſchiedener und auch die Engländer gereizt wurden, war die große und zuſammenhaltende Mehrheit des Unterhauſes nicht mehr vorhanden; es iſt die Frage, ob die Regierung unter deren Einfluſſe in derſelben Weiſe, wie ſpäter, hätte handeln können, und ob es in dem Falle wirklich bis zum Aeußerſten gekommen wäre.

Was die auswärtige Politik betraf, ſo wurde im Gange derſelben rückſichtlich Frankreichs durchaus nichts verändert. Das einſtimmige Handeln mit dieſem Cabinete dauerte fort; ſowohl in Betreff der pyrenäiſchen Halbinſel wie des Orients ward von beiden größeren conſtitutionellen Staaten ein und derſelbe Zweck verfolgt, Beförderung einer Staatsveränderung durch die dortigen liberalen Parteien in Betreff der erſteren, und hinſichtlich des Orients die Zurückdrängung des ruſſiſchen Einfluſſes. Frankreich und England ſtanden damals vereint den drei größeren Mächten, welche das rein monarchiſche Prinzip repräſentirten, unbedingt gegenüber; ein Vertrag, durch Talleyrands Unterhandlungen abgeſchloſſen, erwies dies in Betreff

der pyrenäiſchen Halbinſel. Während die nordiſchen Mächte diejenige Partei in Spanien durch Geld u. ſ. w. offen unterſtützten, welche die frühere unumſchränkte Monarchie für den Infanten Don Carlos zu behaupten ſuchte, kam im April 1834 ein Traktat zwiſchen Großbrittanien, Frankreich, Spanien und Portugal zu Stande, worin der conſtitutionelle Weſten Europa's gleichſam zuſammenhängend in einem Bündniſſe gegen die unumſchränkt monarchiſchen Staaten erſchien. Der Traktat, unter dem Namen Quadrupel-Traktat bekannt, enthielt ſieben Artikel; im erſten und zweiten verpflichteten ſich Spanien und Portugal ihre gegenſeitige Unterſtützung für die Vertreibung der Kronprätendenten; im dritten verpflichtete ſich Großbrittannien „zur Mitwirkung, durch Anwendung einer Seemacht, um die Operationen und andere durch dieſen Traktat nothwendig gewordenen Maßregeln zu unterſtützen; im vierten machte ſich Frankreich verbindlich, Alles zu thun, was ſeine Verbündeten in gemeinſchaftlicher Uebereinſtimmung verfügen ſollten, im Fall die Mitwirkung Frankreichs von den contrahirenden Parteien für nöthig erachtet werden ſollte“. Die andern Artikel betrafen Portugal allein, oder bezogen ſich auf die Form. — Wie man ſieht, war der Traktat nur auf eine bedingte und theilweiſe Mitwirkung berechnet; die ſpaniſche Nation, eiferſüchtig auf ihre Selbſtſtändigkeit, würde eine förmliche, bewaffnete Intervention mit eiferſüchtigen Blicken betrachtet und die dadurch gehobene Partei durchaus keine feſte Begründung ihrer Macht erlangt haben;

die darin ausgeſprochene Mitwirkung beſchränkte ſich auf eine Theilnahme, welche wenigſtens der den Carliſten Spaniens von Außen ertheilten Unterſtützung die Wage hielt, einer Unterſtützung, ohne welche es dieſer Partei nicht möglich geweſen wäre, ein wohl gerüſtetes und organiſirtes Heer zu bilden, regelmäßige Belagerungen zu beginnen u. ſ. w. Die Ausführung des Traktates von Seiten Englands hat auch in dieſer Hinſicht genugſam gewirkt. Abgeſehen von der Unterſtützung, welche die ſpaniſchen Conſtitutionellen an Waffen, Munition u. ſ. w. von England erlangten, hat die im Vertrage ſtipulirte Seemacht in einem entſcheidenden Falle wichtige Hülfe geleiſtet. Uebrigens ließ ſich der ſpätere Einfluß Englands auf die liberale Partei Spaniens gleich anfangs vorherſehen. Seit neueſter Zeit war dieſelbe den Engländern in mancher Hinſicht verpflichtet; abgeſehen von der Waffenbrüderſchaft beider Heere während des Unabhängigkeitskrieges und der freundſchaftlichen Stellung, welche ſogar die Tory=Regierung gegen das conſtitutionelle Spanien 1820 eingenommen hatte, ſo fanden die ſpaniſchen Flüchtlinge von 1823 in England eine Aufnahme und eine ſo reichliche Unterſtützung, wie ſie die Engländer politiſchen Flüchtlingen anderer Nationen nicht zu ertheilen pflegen. — Auch erwies die Tory=Partei in Angriffen auf den Quadrupel=Traktat keine beſondere Heftigkeit oder Beharrlichkeit, obgleich ihre Führer eine unbedingte Neutralität von Seiten Englands in Betreff des ſpaniſchen Bürgerkrieges verlangten, und ſomit die Verpflichtung tadelten, welche Lord Palmerſton

eingegangen war. Nur die Hochtory=Fraktion, mit dem Lord Londonderry an der Spitze, machte häufigen Lärm, die Organe der eigentlichen Conſervativen, z. B. der Standard, ermahnten jedoch ſchon damals die Partei, ſich in jene Sache durchaus nicht einzulaſſen.

In Betreff Rußlands erwies ſich bei jeder Gelegenheit die gereizte Stimmung aller Parteien über jenen Traktat, welcher die Dardanellen den ruſſiſchen Krigsſchiffen eröffnete. Im Laufe der Seſſion war dies eben ſo offenbar, wie endlich auch der Umſtand, daß die Whig=Regierung entſchloſſen blieb, jenen Vertrag von Uskiar Skeleſin niemals zur Ausübung kommen zu laſſen, welcher den ruſſiſchen Flotten des ſchwarzen Meeres die Einfahrt in das mittelländiſche erſchloß. Am 16. März brachte nämlich Shiel unter heftigen Ausfällen gegen Rußland die Sache im Unterhauſe zur Sprache durch eine Rede, die in ſo weit bezeichnend war, daß die Mehrheit bei einer Stelle, worin vom zukünftigen Kriege gegen Rußland die Rede war, in einen lauten und anhaltenden Beifall ausbrach, wie er bei ſolchen Verhandlungen nicht häufig und um ſo auffallender zu ſeyn pflegt. Lord Palmerſton antwortete mit einiger Zurückhaltung, ſagte aber doch, die Regierung habe den Traktat mit Unzufriedenheit geſehen, Abänderungen ſich ausgebeten, allein von den beiden contrahirenden Parteien Verſicherungen erhalten, welche die gemachten Einwürfe beſeitigt hätten; England werde durchaus kein blindes Vertrauen hegen, ſondern ſich wachſam erweiſen u. ſ. w. Kurzum, aus der Rede ging hervor, daß die Whig = Regierung

erklärt habe, ſie werde niemals und unter keiner Bedingung die Ausführung des Traktates erlauben, ſondern ihn eher mit Gewalt verhindern. An den Worten des Vertrages ward nur von den Miniſtern ſo lange gedeutelt und erklärt, bis das Gegentheil deſſen, was darin beſtimmt war, herausgebracht wurde. Uebrigens erwies ſich bei dieſer Verhandlung die Richtung, welche die conſervative Partei einſchlagen würde, im Fall ſie wieder zur Regierung gelangte. Peel ſchloß ſich der liberalen Partei hinſichtlich Rußlands an, und äußerte auch über Frankreich, die Allianz mit dieſem Staate ſey im höchſten Grade wünſchenswerth; er gab ſomit Andeutungen über das Verfahren einer etwa möglichen Tory-Regierung, welche in auswärtiger Politik auf derſelben Bahn, wie bisher die Whigs, in jenem Falle ſich halten würden. Die Schmähungen einzelner Hochtories aus der alten Schule gegen Frankreich u. ſ. w. waren gegen dieſe Erklärung von keinem Gewicht, denn die Geſchichte Englands hat von jeher erwieſen, daß die Meinung der Parteiführer in ſolchen Fällen ſtets durchgeführt wird, wo die Partei des Zuſammenhaltens bedarf, um einer mächtigen Gegenpartei im Innern entgegenzutreten.

Zugleich bewieſen Bewegungen auf den Stationen der brittiſchen Flotte, daß die Whig-Regierung den Fall für nicht unmöglich hielt, in welchem ſie jenen Traktat mit Gewalt verhindern mußte. Im Mittelmeere wurde eine größere Flotte zuſammengezogen. Andererſeits aber bewirkten die Rückſichten auf Erſparungen im Budget, daß die Ausrüſtungen nicht in

der gehörigen Weiſe zu Stande kamen. Der Whig-Partei iſt oft genug, und nicht mit Unrecht, der Vorwurf gemacht worden, daß ſie diejenige bewaffnete Macht, worauf Englands Macht beruht, nicht in dem genügenden Stande erhalte; ſo ſagten wenigſtens Seeoffiziere ihrer eigenen Partei *) häufig genug im Parlamente; zum Glück für England iſt während ihrer Herrſchaft keine ſolche Criſe eingetreten, welche die Wahrheit jener Behauptung erweiſen könnte.

Eine wichtige Verwaltungsmaßregel ward 1834 noch im Parlamente befördert, welche bisher nur von der oſtindiſchen Compagnie und von Privatleuten ausgegangen oder von der Regierung nur lau unterſtüzt war, die nähere Verbindung mit Oſtindien. Grant bewirkte im Unterhauſe die Niederſetzung eines Ausſchuſſes und machte dann, auf den Bericht deſſelben fußend, einen Antrag, wonach 20,000 Pfund von der Nation zur Bewerkſtelligung der Dampfſchifffahrt nach Indien übernommen werden ſollten. Der Plan betraf neben der Dampfſchifffahrt auf dem rothen Meere und neben der Communikation über Suez, worauf die oſtindiſche Compagnie bereits 60,000 Pfund verwandt hatte, die Communikationslinie durch Syrien und Meſopotamien vermittelſt des Euphrats. Leztere freilich iſt bis jezt noch nicht in's Leben getreten, dagegen hat die andere für Großbrittannien Vortheile erſchaffen, welche von der Vergangenheit nie geahnet wurden. Es boten ſich große und ſcheinbar unüberſteigliche Schwierigkeiten, allein dieſe ſind von

*) Sir E. Codrington, ſpäter Sir C. Napier.

Großbrittannien eben ſo überwunden worden, wie bei ſo manchen rieſenhaften Unternehmungen, wodurch die Engländer ihren Reichthum und ihre Macht geſteigert und das Erſtaunen des Auslandes erregt haben. Je mehr Indien eine weſentliche Bedingung zu Großbrittanniens Macht und Reichthum bietet, deſto politiſch wichtiger war die Beförderung jener Communikation; die Bedeutung derſelben ſtand ſonach noch höher in ſocialer Hinſicht, in Betreff des Handels u. ſ. w. Auch wurde die verlangte Summe ohne Weiteres vom Unterhauſe zugeſtanden. Buckingham bemerkte dabei, die großen moraliſchen, politiſchen und merkantiliſchen Vortheile, welche ſich durch die ſchnellere Communikation ergeben müßten, ſeyen das Zehnfache der Summe werth. — Seitdem iſt die Verbindung über Suez regelmäßig organiſirt und die Zeit einer Reiſe nach Bombay in der Weiſe abgekürzt worden, daß ſie ſchneller geſchieht wie die Verbindung entgegenſezter Theile von Europa. Die Poſt hat ausſchließlich dieſen Weg genommen und die Communikationslinie eine ſolche Bedeutung erlangt, daß ihre Erhaltung die äußere Politik beſtimmen muß, und vielleicht auch auf das Verfahren Lord Palmerſtons gegen Mehemet Ali in der Folge nicht ohne Einfluß geweſen iſt.

Im Jahre 1834 erwies ſich übrigens eine Bewegung unter den niederen Volksclaſſen, welche einerſeits eine größere und bleibendere Aufregung unter denſelben wie früher bezeugte, andererſeits aber auch das moraliſche und phyſiſche Unvermögen derſelben erwies, ſelbſt unter den freieſten Verhältniſſen der bürgerlichen

Verfaſſung, einen politiſchen Einfluß oder auch nur irgend eine Einwirkung auf die Verhältniſſe der Geſellſchaft oder des Verkehrs auszuüben. Dergleichen Erſcheinungen haben ſich immer von Zeit zu Zeit ſeitdem wiederholt; der Umſtand, daß ſie öfter ſeitdem vorkommen und immer einen drohenderen Anſchein annehmen, hat jenen Aeußerungen von 1834 einige Wichtigkeit verliehen, die man damals, als ſie zuerſt zum Vorſchein kamen, unter jenen Vorfällen nicht ahnete, obgleich auch die Zeitungen Lärm genug davon machten.

In einem Staate wie England, wo politiſche Macht an Eigenthum oder an diejenige perſönliche Bildung des Gentleman geknüpft iſt, die man ohne Eigenthum ſich ſelten erwerben kann, müſſen natürlich die niederen Volksclaſſen, die von früheſter Jugend an ausſchließlich auf täglichen Erwerb angewieſen ſind, von der Theilnahme an der Regierung ausgeſchloſſen bleiben; finden ſich einige Ausnahmen bei den Wahlgeſetzen, ſo ſind dies eher Auswüchſe, wie conſequente Folgen eines Grundprinzips. Materielles Wohlſeyn für den Augenblick iſt und bleibt die einzige Beſtrebung, welche die Volksmaſſe, moraliſch untergeordnet und durch anhaltende mechaniſche Beſchäftigung abgeſtumpft, mit Entſchiedenheit verfolgen kann; Einzelne und ſogar Viele mögen ſich vereinzelt hervorheben; die eigentliche Menge wird in dem untergeordneten Zuſtande ſtets verbleiben. In England iſt dieſe Volksmaſſe zu politiſchen Zwecken häufig aufgeregt worden, und hat auch oft eine wichtige Entſcheidung gegeben, allein der Erfolg war immer nur zu Gunſten der

ariſtokratiſchen Parteien, womit die Mittelclaſſen mehr oder weniger ſtets zuſammenhingen; die Verhältniſſe des niederen Volkes ſind ſtets untergeordnet geblieben. Das materielle Intereſſe hat ſie häufig genug angeregt, und auch politiſche Zwecke ſind dazwiſchen gekommen; ſtand das niedere Volk allein, ſo ward niemals von ihm irgend Etwas ausgerichtet. So war auch der Erfolg der Aufregung von 1834 wie aller ſpäteren; auffallend war jedoch der Verſuch zu einer Organiſation der Volksmaſſe, welcher damals zum erſten Male in England ſtatt fand. Sonſt kam allein die Organiſation von Oben; diesmal ging ſie von Unten aus, und bewies wenigſtens, daß die Volksmaſſe eine andere war, wie vor vierzehn Jahren, wo allein Tumulte und ungeordnete Verſammlungen die Aufgeregtheit erwieſen. Das Beiſpiel Irlands hatte auf England zurückgewirkt, allein es fehlten einerſeits Beſchwerden, welche alle Claſſen, wie bei den Irländern, zuſammenhielten, andererſeits auch Volksführer, wie O'Connel. Ohne Zweifel war auch die Einwirkung der nordamerikaniſchen Freiſtaaten nicht zu verkennen, wo eine Demokratie, nach den überlieferten Formen des Mutterlandes gebildet, den Gang der Regierung beſtimmt; allein dort beſteht die Volksmaſſe nicht aus abhängigen Pächtern und eben ſo abhängigen Fabrikarbeitern.

Es fand ſich 1834 ein ſonderbares Zuſammenwirken materieller Intereſſen und politiſcher Ideen. Ein eigentlicher Nothſtand der induſtriellen Bevölkerung, wie er in Handelscriſen einzutreten pflegt, war nicht vorhanden;

im Gegentheil die Manufakturproduktion war im Steigen. Eine Verwirrung der Begriffe über Vermehrung des Tagelohns und der größeren Ausdehnung politiſcher Rechte hatte ſich der Köpfe bemächtigt. Die niedere Claſſe beſaß bereits eine abgeſonderte Preſſe, welche den beſtehenden Geſetzen trozte. Fliegende Blätter und Wochenſchriften bearbeiteten das Volk, welches die für die Ariſtokratie und die mittleren Volksclaſſen beſtimmten Zeitungen nicht las: Verſammlungen, welche von der Regierung nicht unterſagt werden konnten, äußerten eine noch größere Wirkung. Beſtrebungen, die materielle Wohlfahrt wie die politiſchen Rechte der unteren Volksclaſſen auszudehnen, wurden unter lezteren allgemein. Die engliſche Verfaſſung bot die Mittel, indem jeder Verein einer jeden Claſſe erlaubt iſt, welcher ſich zur Förderung der eigenen Intereſſen bildet. Die Wirkſamkeit der Vereine hatte die kürzlich vergangene Zeit während der Aufregung für die Reformbill erwieſen. Es war bei jener Stimmung des niederen Volkes eine natürliche Folge, daß lezteres noch einmal daſſelbe Mittel verſuchte, obgleich damals ohne ſo beſtimmte Begriffe wie ſpäter. Im Jahre 1834 beſtanden Vereine, das Intereſſe der Arbeiter-Claſſen wahrzunehmen, im ganzen Reiche; die einzelnen zählten Tauſende von Mitgliedern; ſie ernannten ihre Ausſchüſſe und Vorſteher, die ſich mit einander in Verbindung ſezten; aus dieſen bildete ſich wiederum ein allgemeiner Ausſchuß, der für das ganze Reich beſtand. Die Manufakturſtädte ſtanden oben an (Birmingham, Mancheſter, Glasgow, Leeds u. ſ. w.); kleine Beiträge

vermogten Steuern zu den Verſuchen aufzubringen, um durch die Volksmaſſe den höheren und mittleren Claſſen entgegenzuwirken. Die beſtimmten Zwecke wurden durch die Preſſe zur allgemeinen Kenntniß gebracht; ohnedem trafen die Vereine eine Einrichtung, welche ein Zuſammenhalten Aller bewirken und den Abfall der Einzelnen verhindern ſollte. Sie nahmen ihren Mitgliedern einen Eid ab, ſich den Verfügungen der Ausſchüſſe unbedingt zu unterwerfen. So war 1834 eine Organiſation vorhanden, welche den Verſammlungen und Schritten des niederen Volkes eine größere Wichtigkeit verlieh, wie den alleinigen tumultuariſchen Zuſammenkünften, welche, leicht unterdrückt, ohne Folgen vorüberzugehen pflegen.

In der Hauptſtadt ſelbſt wurden keine wirklichen Tumulte durch jene Arbeitervereine hervorgerufen; ihre Aeußerungen beſchränkten ſich auf Verſammlungen und Aufzüge, wobei ſie wenigſtens mit ihrer Anzahl drohten. In den Manufakturdiſtrikten des Nordens zeigte dagegen ihre Wirkſamkeit einen bedrohlicheren Anſchein. Ein Verlangen, den Tagelohn zu erhöhen, veranlaßte Streit mit den Fabrikeigenthümern; die Arbeitervereine drohten mit einem Mittel, welches ſeitdem mehrere Male in Anwendung gebracht wurde, mit einer Unterbrechung der Arbeit; ihre Organiſation und die Verpflichtung der Einzelnen zum Gehorſam gegen die Ausſchüſſe machten die Ausführung dieſer Drohung möglich. In Oldham kam es zu Thätlichkeiten; eine Fabrik ward von der Volksmaſſe erſtürmt und zertrümmert.

Die Whig-Regierung verfuhr auf ſolche Weiſe, daß

wenigſtens in dieſer Hinſicht durchaus kein Vorwurf auf ihr haftet. Sie nahm ihre Zuflucht nicht zu denjenigen Ausnahmegeſetzen, wie Tory-Miniſterien von Pitt und Caſtlereagh dergleichen unruhige Bewegungen zu unterdrücken ſuchten; ſie ließ die Arbeitervereine bis zu demjenigen Punkte ungehindert verfahren, auf welchem die Grenzlinie der Geſetze überſchritten wurde, und beſchränkte ihr Einſchreiten nur auf dieſe Fälle; andererſeits wurde den Unruhen in den großen Fabrikſtädten durch Truppenſendungen vorgebeugt. Jene Grenzlinie der Geſetze war bereits durch den Umſtand überſchritten worden, daß die Ausſchüſſe der Arbeitervereine den Mitgliedern Eide zum Gehorſam abgenommen hatten. Die Regierung ließ mehrere Vorſteher verhaften und vor Gericht ſtellen; ſechs wurden zur Deportation verurtheilt. Der Urtheilsſpruch bewirkte Aufregung auch in der Hauptſtadt; Verſammlungen wurden gehalten, woran ſogar Parlamentsglieder Theil nahmen; man beſchloß eine Bittſchrift, um von der Regierung die Begnadigung der Verurtheilten zu erlangen. Die Miniſter benahmen ſich feſt und ruhig, obgleich London einige Tage lang durch Proceſſionen und Aufläufe in Allarm geſezt wurde. Sie wieſen die Bittſchrift anfänglich zurück, weil dieſelbe in drohender Sprache verfaßt war, ließen aber alsdann eine Deputation der Vereine vor ſich und erklärten derſelben in beſtimmten Worten, das Geſuch werde nicht von ihnen beim Könige unterſtüzt werden. Bei den Streitigkeiten und Verhandlungen der Meiſter und Arbeiter enthielt ſich die Regierung mit Recht aller Einmiſchung, und

ſprach auch dieſen Grundſatz im Parlamente aus, als am 18. April eine Bittſchrift zu Gunſten der ſechs verurtheilten Unioniſten von einem Mitgliede der radikalen Partei eingereicht wurde. Die Miniſter erklärten, jeder Engländer habe das Recht, die Bedingungen, unter denen er arbeiten wolle, zu beſtimmen. In ſo weit ſeyen die Arbeitervereine durchaus geſetzlich. Sobald jedoch dieſelben Drohungen oder Gewalt anwendeten, um Andersdenkende ſich zu unterwerfen, würde die Regierung zur Aufrechthaltung der Geſetze einſchreiten.

Wie erwähnt, drohten die Vereine mit Unterbrechung der Arbeit; dies ward auch in Oldham ausgeführt und in London theilweiſe verſucht; im April unterbrachen die Schneidergeſellen ihre Arbeit, wie es hieß, 20,000. Den Verheißungen der Vereine gemäß, wurden jene Arbeiter in beiden Städten aus der allgemeinen Unionskaſſe unterhalten; allein dieſer fehlten natürlich bald die Mittel. Die verſchiedenen Unionen fanden es in Kurzem läſtig, Tauſende von Müßiggängern zu ernähren, das niedere Volk mußte die Abgeſchmacktheit eines Mittels erkennen, wodurch es ſich ſelbſt ſeinen Erwerb abſchnitt, und das frühere Verhältniß wurde in Kurzem wieder hergeſtellt. Ein Vergleich der Fabrikherren und Meiſter mit den Unionen verſchaffte übrigens den Arbeitern einige Vortheile; bei der ſteigenden Thätigkeit der Manufaktur-Produktion unterblieb auf längere Zeit eine Gelegenheit, wodurch die Noth den Arbeiter-Claſſen Veranlaſſung zu Unruhen und Aufregung geboten hätte. Die Vereine

wurden jedoch nicht aufgehoben; ſie beſtanden fort und ſuchten abenteuerliche Plane in's Werk zu ſetzen, welche bei den Verhältniſſen der Geſellſchaft eben ſo wenig ausgeführt werden konnten, wie jene Unterbrechung der Arbeit als Mittel, höheren Tagelohn zu erzwingen. Durch kleine Beiträge von jedem Vereinsmitgliede ſollten in Jahresfriſt Hunderttauſende erhoben, Landgüter gekauft, Häuſer gebaut werden u. ſ. w.; die Vereine würden hiedurch ſich Gelegenheit verſchaffen, auf eigene Rechnung zu arbeiten, ſich ſomit ſelbſt zu Fabrikbeſitzern bilden u. ſ. w. Die Erfahrung zeigte den niederen Volksclaſſen in Kurzem die Unausführbarkeit ſolcher Plane; der ganze Umſtand erwies allein einerſeits das Bewußtſeyn des unteren Volkes, die verfaſſungsmäßigen Rechte der Engländer zum eigenem Vortheile zu benutzen, jedoch andererſeits ſeine Beſchränktheit durch Mangel an Erziehung, indem zu unausführbaren und abenteuerlichen Mitteln gegriffen wurde.

Schließlich mag noch ein Ereigniß erwähnt werden, welches zwar von keiner politiſchen Bedeutung, jedoch für die Nation denkwürdig und beklagenswerth war. Das alte Parlamentshaus ward durch Feuersbrunſt zerſtört (16. October). Alle Volksclaſſen erfuhren dieſen Unfall mit ſchmerzlichem Eindruck, denn an die S. Stephens'-Kapelle (dem Sitzungshauſe der Gemeinen) knüpften ſich alle großartigen hiſtoriſchen Erinnerungen, welche mit der Geſchichte Englands ſeit Jahrhunderten zuſammenhingen. Dort war die Freiheit und die Verfaſſung begründet, dort war das

Schickſal nicht allein von Großbrittannien, ſondern oft auch die Schickſale der Welt entſchieden worden. In jedem Theile des weiten Reiches vernahm man die Nachricht mit Bedauern.

Drittes Kapitel.

Tory-Verwaltung Peel's (November 1834 bis April 1835).

In der oben geſchilderten Lage der Dinge fehlte es nicht an Aufregung; die Nation ſah den Kampf um Erhaltung oder Veränderung der Hochkirche voraus; man zweifelte nicht länger an der Stimmung des Königs; in Verſammlungen und Zeitungen ſprach man davon bereits ohne allen Rückhalt; Drohungen wurden auf beiden Seiten laut; Whigs und Radikale hegten jedoch nicht die geringſte Ahnung, der König werde der Mehrheit des Unterhauſes ſich entſchieden widerſetzen und eine Tory-Verwaltung einberufen. Der Name des Königs aber ward nicht mehr geſchont; am meiſten ſchien es dieſen zu verletzen, daß ſogar ein Miniſter ſich nicht länger zurückhielt und Aeußerungen ausſprach, die er auf ſich beziehen konnte. Das geſchah in Edinburgh, bei Gelegenheit eines Feſtes, welches von der Stadt und dem Whig-Adel Schottlands Lord Grey zu Ehren gegeben wurde. Der Lordkanzler Brougham war dabei gegenwärtig. Dieſer Staatsmann, früher während ſeiner glänzenden

Laufbahn im Unterhauſe häufig daran gewöhnt, vor öffentlichen Verſammlungen ohne Rückhalt zu ſprechen, und früher durch eine ſehr enge Verbindung mit den Liberalen der Hauptſtadt Schottlands bei jener Feſtlichkeit in der Mitte von alten Bekannten und näheren Freunden, vergaß bei dem Feſtmahle alle Zurückhaltung, welche die ariſtokratiſchen Geſellſchaftsformen Englands und die Stellung im Cabinet von einem Präſidenten des Oberhauſes erheiſchen. Lord Brougham war ohnedem mit Lord Durham in Zänkerei gekommen, und führte dieſelbe ganz öffentlich. Seitdem war die Abneigung des Königs gegen ſeine Miniſter entſchieden; er hatte ihre Entlaſſung beſchloſſen, hielt jedoch ſeinen Willen für's Erſte ſo geheim, daß ganz England überraſcht wurde, als die Entlaſſung der Whig-Miniſter zur öffentlichen Kenntniß kam.

Eine Veränderung im Whig-Miniſterium wurde durch einen beſonderen Vorfall nothwendig. Lord Spencer, der Vater Lord Althorps, ſtarb im Anfange Novembers, lezterer erbte ſein Vermögen und ſeine Titel, und ward dadurch Mitglied des Oberhauſes. Weil er ſomit aus dem Hauſe der Gemeinen trat, ward ein anderer Leiter deſſelben für die Regierung nothwendig. Einige Tage lang dauerten die Berathungen der Miniſter, ſich neu zu conſtituiren; als die Beſprechungen beendet waren, begab ſich Lord Melbourne am 13. November zum König nach Brighton, um die Liſte einzureichen, allein dieſer bemerkte: Lord Melbourne möge ſich über die Bildung eines Miniſteriums keine Mühe mehr geben

er (der König) werde dieſelbe ſelbſt übernehmen. Lord Melbourne kehrte ſogleich nach London zurück, die ganze Partei ward auf's Höchſte aufgebracht, denn eine ſolche Weiſe, die Miniſter zu entlaſſen, war unerhört. Das ganze Land gerieth in heftige Aufregung; man erkannte den Schritt des Königs als verfaſſungswidrig, und ahnete im Hintergrunde die Abſicht, ohne Parlament zu regieren, denn eine Torymehrheit des Unterhauſes ſchien jezt noch unmöglich. — Uebrigens hatte der König ſeine Abſichten, die Tory-Partei zur Regierung zu berufen, in ſolcher Weiſe verheimlicht, daß ſelbſt mehrere Leiter derſelben nichts davon wußten. Sir Robert Peel war auf einer Reiſe in Italien begriffen, und mußte durch einen Cabinets-Courier ſchleunigſt nach England zurückberufen werden; ohne ihn konnte keine Tory-Verwaltung gebildet werden; er allein war ein geſchickter und den Umſtänden gewachſener Parteiführer; die Partei mußte ſich ſelbſt geſtehen, daß ihre übrigen Leiter, mit Ausnahme des Lord Lyndhurſt, Männer von keinen beſonderen Talenten und von keiner ausgezeichneten Gewandtheit in den Geſchäften waren. So lange, bis er ankam, wurde ſomit auch nichts in der Zuſammenſetzung des Miniſteriums entſchieden. Die Mehrheit der Tory-Partei ſchien ſich mit der Hoffnung zu ſchmeicheln, die ganze frühere Verwaltung des Herzogs von Wellington vor **1830** werde wieder an's Ruder gelangen; man könne das Unterhaus auflöſen und den Verſuch machen, was die neue Vermehrung der Zeitpächter in den Grafſchaftswahlen und der Beiſtand der Geiſtlichkeit überhaupt

in England vermögen würde. Was leztere betrifft, ſo hatte dieſe, um deren Exiſtenz es ſich freilich handelte, die Bauern Englands in einem großen Theile des Reichs fanatiſirt; es war ihr gelungen, das alte Geſchrei: kein Papſtthum! (no popery!), welches früher beim engliſchen Pöbel Wunder wirkte, wenigſtens bei einem Theile deſſelben wiederum allgemein zu machen. Auch nahmen die Bauern bald in einigen Theilen Englands eine drohende Stellung ein, welche wenigſtens als ein theilweiſes Gegengewicht gegen die Whig-Mehrheit in den Städten dienen konnte.

Außerdem erlangten die Tories einen Beiſtand, der ihnen vielleicht mehr geholfen hat als irgend ein anderes Mittel. Zur Ueberraſchung von ganz England wechſelte das Hauptorgan der Tagespreſſe, die Times, eine Zeitung, welche vor Allem einen bedeutenden Einfluß auf die öffentliche Meinung von jeher geäußert hat, ſo plötzlich die Partei, daß ſie in einem bitteren Artikel die Veränderung des Miniſteriums ankündigte, und ſchon am andern Morgen die Vertretung der Conſervativen übernahm. Dieſe Zeitung, von 50,000 Menſchen in London täglich geleſen, war und iſt eine Macht im Staate, und wird es bleiben, ſo lange kein anderes öffentliches Organ dieſelben Geſchäftsdetails in Annoncen und andern Arikeln zu vereinigen vermag, ein Umſtand, weßhalb ſie von allen Geſchäftsleuten der City und Englands geleſen werden muß, zu welcher Partei dieſelben auch gehören mögen. Sie iſt ſomit ein immerwährendes Bedürfniß, abgeſehen von ihren politiſchen Artikeln, und vertritt ſie

eine Sache längere Zeit hindurch mit Conſequenz, ſo iſt ſie durch ihre täglichen Artikel ein mächtigerer Bundesgenoſſe, wie ſogar ein Parteihaupt. Auch war ihre Partei-Veränderung nicht von ſolcher Art, daß ein gänzlicher Wechſel von Grundſätzen damit verbunden geweſen wäre; ihren Behauptungen nach vertrat ſie die Reformen eben ſo wie früher, erwartete dieſelben jedoch von Conſervativen bei weitem gründlicher und beſſer, wie von Whigs oder Radikalen. Auch blieb ſie bei ihren Grundſätzen hinſichtlich der äußeren Politik und hat beſonders in dieſer Hinſicht die ſpäteren Fehlſchritte der Whigs benutzt, um die Partei in der öffentlichen Meinung herunterzuſetzen. Von der Kirche, über deren Verderbniß man bisher beinahe in einer jeden ihrer Nummern einen Artikel leſen konnte, ſchwieg ſie zuerſt gänzlich, und ging dann allmählich zu ihrer Vertretung über. Sie hatte übrigens ſchon früher mit der Whig-Verwaltung in ſo weit gebrochen, daß ſie auf den Lordkanzler in einer jeden Nummer heftig ſchmähte, daß ſie ſich ferner dem Armengeſetz widerſezte und überhaupt ihr Mißtrauen gelegentlich ausſprach. — Was war die Urſache ihres Parteiwechſels? wie es heißt die Eitelkeit des Eigenthümers Walter, welcher bei Lord Melbourne um die Würde eines Baronets nachgeſucht, jedoch eine abſchlägige Antwort erhalten hatte. Andererſeits hatte aber die Times auch von jeher eine merkwürdige Geſchicklichkeit beſeſſen, den zukünftigen Stand der öffentlichen Meinung vorher zu merken; ein Parteiwechſel war ſchon mehrere Male bei ihr eben ſo ſchnell und überraſchend eingetreten,

wie im November 1834, und jedes Mal hatte es ſich bis jezt erwieſen, daß ſie die zukünftige Volksſtimmung vorherſah*). Die Eigenthümer ſahen jezt voraus, daß die Whigs in Zukunft zu viel Schwäche erweiſen würden, um den Widerſtand des Oberhauſes zu überwältigen, daß die Parteiführer ungewiß und ſchwankend bleiben und bald auch als machtlos ſich darthun müßten, ſobald ſie nicht mehr die überwiegende Mehrheit des Unterhauſes zur Seite hatten, eine Mehrheit, die nicht immer verbleiben konnte und ſich bei der nächſten Wahl wegen der erwähnten Verhältniſſe vermindern mußte. Oder erkannten ſie die Geſchicklichkeit Sir Robert Peels, die Mittelclaſſen mit der Zeit zu gewinnen, ſich durch ſeine eigene Partei emporheben zu laſſen und dieſer alsdann ein Bein zu ſchlagen, um in den induſtriellen Ständen einen Haltpunkt zu ſuchen, welcher damals der Whig-Regierung ausſchließlich zu Theil ward?

Die Stellung der Tory-Partei war eine ſonderbare; wahrſcheinlich wußte ſie vor Peels Ankunft aus Italien ſelbſt noch gar nicht, was ſie im Beſitz der Staatsgewalt beginnen würde. Die noch immer ſehr zahlreichen Mitglieder aus Caſtlereaghs Schule, die alten Landjunker, welche 1815 das Getreidegeſetz

*) Z. B. bei der Landung der Königin Caroline in Dover ſchrieb ſie einen Schmäh-Artikel gegen dieſe Dame, war aber während des Proceſſes ihre nachdrücklichſte Vertreterin. Wie es heißt, war der Eigenthümer Walter bei der Landung der unglücklichen Königin in Dover und glaubte in der Volksſtimmung des Ortes zu erkennen, daß keine Hoffnung für ſie in England vorhanden ſey. Das Gegentheil zeigte ſich aber in London, und ſomit wechſelte die Times zur rechten Zeit, noch ehe die öffentliche Meinung für das ganze Reich entſchieden war.

gegeben hatten, Diplomaten, die vor Zeiten in Wien geglänzt, aber ſchon von Canning bei Seite geſchoben waren, Rechtsgelehrte aus Eldons Schule, welche eine jede Veränderung an den Statuten als ein allgemeines Nationalunglück betrachteten, Offiziere, welche von Staatsregierung keinen andern Begriff als den der militäriſchen Subordination beſaßen, Peers und reiche Gemeine, welche ehemals mit Parlamentsſitzen Handel trieben, iriſche Geiſtliche und Grundbeſitzer, welche gewohnt geweſen waren, die Katholiken von jeher mit Füßen zu treten, Geiſtliche, welche die Einkünfte ihrer Pfründen verzehrten, ohne dieſelben jemals geſehen zu haben: Alle dieſe Leute führten noch immer das große Wort, und weder Sir Robert Peel, noch Lord Lyndhurſt, noch Wellington, noch andere Parteihäupter, deren übrigens zum Schaden der Partei nicht viele waren, vermogten dieſe Tories zurückzuhalten oder zu leiten. Es war eine längere Oppoſition erforderlich, um jene Leute gänzlich zurückzudrängen. Sie verfügten damals noch vorzugsweiſe über die Mehrheit der Stimmen im Oberhauſe; einige der hauptſächlichſten Tory-Organe ſprachen in dieſem Sinne (Morning-Poſt, Herald). Sobald die Vorfälle im November bekannt wurden, ſprach dieſe Partei unverholen ihre Hoffnungen aus und ſezte das Land in Schrecken. Sie drohte ſogar mit offener Militärgewalt, um den König und das Oberhaus vor Anarchie zu beſchützen. Einzelne Aeußerungen, z. B. in dem Standard, und ſogar, wie es hieß, vom Herzog von Wellington ausgegangen, ließen dergleichen Abſichten

erkennen; auch iſt kein Zweifel vorhanden, daß ſolche Zwecke wirklich gehegt wurden. Die ſpäter zu erwähnenden Unterſuchungen über die ſogenannten Oranien-Logen haben dies dargethan. Für die conſervative Partei war es ein Unglück; jene Tollkühnheit war ſogar lächerlich, weil ſie unter den Verfaſſungs-Verhältniſſen Englands eine Unmöglichkeit erzielte. Jene Fraktion der Partei gehörte eher in's Tollhaus, wie in die Regierung. Mit ſolchen Leuten konnten ſich die ausgetretenen Whigs nie vereinigen; Stanley und Graham wieſen jede Eröffnung zurück, worin ſie aufgefordert wurden, ſich der neuen Regierung anzuſchließen. Noch viel weniger war an eine Coalition mit andern Whigs zu denken.

Die Mittelclaſſen Englands waren mit Rückſicht auf jene Partei im höchſten Grade gereizt; ſie befürchteten eine Reaktion, welche ſogar die Parlamentsreform wieder in Frage ſtellen und eine Wiedereinführung der ſogenannten verfaulten Flecken bewirken würde. Zuerſt begann der Lärm in London; zehn Parlamentsglieder der Hauptſtadt erließen eine öffentliche Erklärung, welche dazu geeignet war, die öffentliche Aufregung zu vermehren. Verſammlungen und Vereine traten zuſammen; der Lord-Mayor, zur Tory-Partei gehörig, ſuchte einen politiſchen Schritt des Stadtrathes zu verhindern, allein vergeblich. Man ſah die Parlaments-Auflöſung vorher und traf Vorbereitungen, der jezt herrſchenden Partei entgegenzuwirken. Aehnliche Vorfälle zeigten ſich im ganzen Lande; Whigs und Radikale jeder Farbe ſchloſſen ſich eng zuſammen. In England war einiger

Boden bereits anfangs verloren, in Schottland und Irland hielt die Maſſe deſto feſter an der geſtürzten Partei. O'Connel, welcher nach dem Schluß der Seſſion bereits öffentlich erklärt hatte, er werde die Whig-Regierung in jedem Schritte unterſtützen, da ſie mehrere für Irland zweckmäßige Maßregeln beabſichtige, verwandte jezt allein ſeinen ungeheuern Einfluß bei der iriſchen Volksmaſſe, um dieſelbe im Haß gegen die Tories zu beſtärken. Die Mittel zur Aufregung waren durch die Veränderungen in der Zwangsbill wiederum geboten; die frühere Organiſation hatte nicht aufgehört; durch öffentliche Partei-Demonſtrationen der Orangemen ward die Erbitterung geſteigert; Irland befand ſich in einem Zuſtande, welcher den Beginn eines Bürgerkrieges beſorgen ließ. Uebrigens hatte O'Connel erklärt, er gebe die Beſtrebung zur Aufläöſung der Union für den Augenblick auf, um ein deſto feſteres Anſchließen aller liberalen Parteien unter einander zum Widerſtande gegen die Tory-Verwaltung zu bewirken. — Die Perſönlichkeit des Königs wurde jezt um ſo weniger geſchont, da ſich die Whig-Partei über die Art, wie er ſeine Miniſter entließ, mit Recht verlezt fühlte.

Der Herzog von Wellington ſchien zu fühlen, daß er entweder wegen ſeines Alters oder wegen der veränderten Zeitumſtände nicht mehr wie früher an der Spitze des Cabinetes ſtehen könne; er traf allein, als der König die Whig-Miniſter entließ, einige proviſoriſche Ernennungen und übernahm die Regierungs-Verantwortlichkeit bis zur Ankunft Sir Robert Peels.

Am 9. December betrat lezterer den engliſchen Boden, ſeine Annahme des dargebotenen Amtes ward ſogleich bekannt, und Vorbereitungen zur Bildung eines Miniſteriums wurden getroffen. Ohne Zweifel war er der einzige Mann, welcher unter der Conſervativ-Partei das Staatsruder führen und die verſchiedenartigen Elemente derſelben zuſammenhalten konnte. Leztere fühlten ſehr wohl, daß ſie keinen andern hervorragenden Staatsmann in ihrer Mitte enthielten, und mußten ſich ſomit gezwungen ſeiner Leitung unterwerfen, ob auch die Einzelnen noch ſo ſehr Gefühle der Abneigung und wenig Vertrauen zu ihm hegen mogten. Seine Vergangenheit war auch nicht von ſolcher Art, daß ſeine Perſönlichkeit die Nation mit Beſorgniſſen erfüllen konnte, von jezt an werde jede Hoffnung auf Reform vereitelt ſeyn. Er hatte während ſeiner früheren Laufbahn mehrere Reformen durchgeführt, die er zwar nicht ſelbſt entwarf, allein der Oppoſition in dem Augenblicke aus der Hand nahm, wo die Einführung derſelben ſich nicht länger aufhalten ließ. Dies galt von ſeiner Bill über den Geldumlauf, womit er zuerſt im öffentlichen Leben auftrat, dann von ſeinen Verbeſſerungen der Criminal-Geſetze, endlich von der katholiſchen Emancipation, bei welcher lezteren er ohnedem erwieſen hatte, daß er im Nothfall an ſeiner eigenen Meinung oder wenigſtens an einem politiſchen Verfahren nicht hartnäckig feſthalte, welches er in früheren Zeiten ſelbſt vertreten hatte. Dieſer Umſtand würde die Beſorgniſſe vor einer Reaktion in Betreff der Reformbill haben beſänftigen können, wenn damals die Erinnerungen an

die alten Tory-Miniſterien nicht zu friſch und das Bewußtſeyn von der durchweg ſchlechten Verwaltung derſelben nicht zu tief gewurzelt geweſen wäre.

Wie erwähnt, ſuchte ſich der Herzog von Wellington zurückzuhalten. Peel ward Premierminiſter (erſter Lord des Schatzes), und die Tory-Partei, deren Hauptſtütze ſich im Oberhauſe befand, mußte ſomit widerſtrebend anerkennen, der eigentliche Mittelpunkt der Regierung befinde ſich bei der zweiten Kammer der Geſetzgebung. Peel hatte ſchon damals ohne Zweifel ſich ſeinen feſten Plan über die zukünftige Stellung der Conſervativ-Partei, als der herrſchenden, gebildet, einerſeits die oben geſchilderte Hochtory-Fraktion gänzlich niederzuhalten und durch eine Coalition mit der äußerſten Spitze der Whigs ſeine Verwaltung zu kräftigen. Der Berührungspunkt war ſchon gegeben; er betraf die Aufrechterhaltung der bedrohten Hochkirche. Gleich nach ſeiner Ankunft wandte er ſich deßhalb an Stanley und Graham, um dieſe zur Theilnahme an ſeiner Regierung zu bewegen. Allein dieſe beiden Staatsmänner hielten ſich zurück und erklärten, neutral bleiben zu wollen; ſie beſaßen noch keine Garantie, ob Sir Robert Peel wirklich im Stande ſeyn werde, die lärmenden und beſchränkten Mitglieder ſeiner Partei in der Art zu discipliniren, daß ſie gutwillig zurückträten und ſeinen Befehlen ſich unterwürfen. Somit blieb Sir Robert auf die reine Tory-Partei mit allen ihren Elementen angewieſen; ſeine Lage war um ſo bedenklicher, da er kein durchaus zuſammenſtimmendes Miniſterium zuſammenbringen konnte. Indeß fügte ſich

die Partei ſeinem Willen; es kam ein Miniſterium zu Stande, deſſen Mitglieder ſeit der Canning'ſchen Verwaltung ſich oft genug gegenſeitig angefeindet hatten.

Am 15. December war das Tory=Miniſterium bereits in folgender Weiſe gebildet: Sir Robert Peel, erſter Lord und Kanzler der Schatzkammer; Herzog von Wellington, Staatsſecretär des Auswärtigen; Golbourne, Staatsſecretär des Innern; Lord Wharncliffe, Lord=Geheimſiegelbewahrer (keeper of the Privy Seal); Alexander Baring, Präſident des Handelsbureau's; Graf Roßlyn, Präſident des Conſeils; Sir George Murray, Generalfeldzeugmeiſter; Sir E. Knatchbull, Generalzahlmeiſter; Graf Aberdeen, erſter Lord der Admiralität; Lord Ellenborough, Präſident des oſtindiſchen Bureau's; Sir Henry Hardinge, Generalſecretär für Irland; Herries, Staatsſecretär des Krieges; Lord Lyndhurſt, Lordkanzler. Nachher kamen noch andere Ernennungen, z. B. von Lord Elliot, Stewart, Wortley u. ſ. w. in den übrigen Poſten hinzu.

Wie erwähnt, beſtand die Regierung aus allen Fraktionen der Tories, aus Leuten, die an Caſtlereagh, und anderen, die an Canning gehalten, ſich früher gegenſeitig geſchmäht und theilweiſe gegen Peel und Wellington 1829 die höchſte Erbitterung gehegt hatten. Außer Peel fanden ſich darin nur drei Staatsmänner, die wirklich dieſen Namen verdienten, Lord Wharncliffe, Alexander Baring und Lord Lyndhurſt; erſterer, ein ehemaliger Freund Cannings, der durchaus die Anſichten dieſes berühmten

Miniſters in innerer und äußerer Politik theilte, und ſomit der Nation eine Bürgſchaft gab, daß weder die Stellung Englands nach Außen verändert, noch auch die hochtoryſtiſche Reaktion befördert werden würde. Alexander Baring, ein ehemaliger Whig, der offenbar als Eigenthümer eines verfaulten Fleckens bei der Reformbill aus Privatrückſichten ſich von der Partei zurückgezogen hatte, jedoch den alten Tories noch ferner ſtand wie Wharncliffe, ein geſchickter Finanzier und gewandter Redner; Lord Lyndhurſt, nach Brougham der erſte Rechtsgelehrte Englands, ſcharfſinnig und thätig, dereinſt (in Amerika geboren) ein Republikaner, der als ſolcher alle Stufen in den Partei-Anſichten bis zum Tory aus Wellingtons Schule durchlaufen hatte, berühmt als politiſcher und gerichtlicher Redner, z. B. als Vertheidiger der Verſchworenen Thiſtlewood*) u. ſ. w., ein Mann, von deſſen Verſtande man vorausſezte, daß er ſich in keine entſchiedene Reaktionsmaßregeln einlaſſen würde. Unter den übrigen Mitgliedern des Cabinetes fanden ſich viele, von denen man mußte, daß ſie ſich beſtimmt würden leiten laſſen. Hardinge, Herries, Murray, Graf Aberdeen, Lord Ellenborough, Männer von keinen größeren Talenten, übrigens nicht von ſolcher Art, daß ſie ſich in der geiſtig ſehr unbedeutenden Tory-Mehrheit aus Caſtlereaghs Zeiten gänzlich verloren hätten; andere dagegen gehörten zu jener lärmenden Hochtory-Fraktion, welche der Partei mehr

*) Im ſogenannten Cato-street-plot, welches die Ermordung von Caſtlereags Toryminiſterium und dann einen Volksaufſtand bezweckte.

ſchadete als nüzte, z. B. Sir E. Knatchbull, ein reicher 60jähriger Güterbeſitzer, mit allen Vorurtheilen, die unmittelbar nach der franzöſiſchen Revolution bei der Partei allgemein derſelben zulezt alle Möglichkeit genommen hatten, das Land weiter zu regieren. Dieſer Mann hatte gegen Peel und Wellington die heftigſte Erbitterung bei der Katholiken-Emancipation gehegt, beide als Abtrünnige geſchmäht und ſich erſt den Beiden zu der Zeit wieder angeſchloſſen, als die gemeinſame Gefahr der Reformbill alle Fraktionen der Tory-Partei wieder zuſammenbrachte. Golbourne, früher unter Wellington Kanzler der Schatzkammer, war gewandt in Geſchäften, jedoch kein beſonderer Redner und überhaupt kein Staatsmann, der als ein Leiter des Unterhauſes hätte gelten können. Man ſah aus der ganzen Zuſammenſetzung der Regierung, daß die Conſervativ-Partei, wie ſie damals beſtand, nur wenig Staatsmänner von Talent aufzuweiſen vermogte. Die Zeit war vorüber, wo ſie einen Pitt, Canning, Wyndham u. ſ. w. in ihrer Mitte zählte; vielleicht war ſie durch zu langen Beſitz der Gewalt unter Georg III. und IV. entartet. Die ganze Laſt der Regierung ruhte allein auf Sir Robert Peel. Niemand wird auch leugnen, daß er ſich mit höchſter Klugheit unter den ſchwierigen Umſtänden der kurz dauernden Regierung benahm, und vielleicht den Grund zu einer feſteren Stellung für die Zukunft legte, wie er ſie unter den damaligen Umſtänden ſich verſchaffen konnte.

In einem ſpäteren Miniſterium, wo es ſich darum handelte, den Widerſtand der eigenen Partei zurück-

zuhalten, hat Sir Robert Peel das tiefſte Geheimniß über ſeine Plane während ſeiner Regierung beobachtet; 1834 waren die Verhältniſſe anderer Art; es galt die Beſorgniſſe des größeren Theils der Nation über die gebildete Tory=Verwaltung zu beſchwichtigen, um bei der nothwendigen Auflöſung des Unterhauſes den Wählern mit einiger Hoffnung auf Erfolg entgegentreten zu können. Sein erſter Schritt war ſomit die Erlaſſung eines Manifeſtes, worin er eine vollkommene Prinzipien=Veränderung der Conſervativen ausſprach und einen Gang der Regierung andeutete, der ſelbſt noch von den Freunden Cannings als der Ruin des Reiches bezeichnet wäre. Dies Manifeſt war eine Erklärung Peels an die Wähler von Tamworth, einem kleinen Ort, der gänzlich von ihm lebte, alſo eine Art verfallenen Fleckens, den er ſeit ſeinem Wahlunglück auf der Univerſität Oxford (1829) im Parlamente repräſentirte. Dieſe Erklärung war durchaus darauf berechnet, das vorherrſchende Mißtrauen zu entfernen, und die Beſorgniſſe ſowohl über eine Reaktion wie über ein Stillſtehen der Reformen niederzuſchlagen. Sir Robert Peel nämlich äußerte, er betrachte die Reformbill als eine definitive und unwiderrufliche Löſung einer großen Verfaſſungsfrage, die kein Patriot weder offen noch verdeckt zu untergraben ſuchen dürfe. Dieſe Erklärung war übrigens den brittiſchen Verhältniſſen angemeſſen; jeder Unterthan der Krone muß ſich den einmal gegebenen Parlamentsakten unterwerfen, er mag ſie billigen oder nicht; eine Reaktion war ohnedem ein tollkühnes Beginnen. Somit waren ſeine

übrigen Aeußerungen von größerer Wichtigkeit. Er bemerkte, wie er für Abſchaffung der Kirchenſteuern, für Abſchaffung derjenigen Beſchränkungen hinſichtlich der Diſſidenten ſey, welche bereits im Parlamente zur Sprache kamen; wie er die Veränderung der Städte-Corporationen und ein befriedigendes Zehentengeſetz für Irland befördern werde; ſogar in Hinſicht der damals vor Allem ſchwebenden Frage, der Veränderungen hinſichtlich der Hochkirche, zeigte er ſich im Einzelnen, z. B. in Betreff der gleichmäßigeren Vertheilung der Kircheneinkünfte, durchaus nicht abgeneigt, eine Reform ſelbſt in Vorſchlag zu bringen; nur an dem entſcheidenden Grundſatze hielt er feſt, daß die Kircheneinkünfte nicht zu Zwecken verwendet werden dürften, welche der Hochkirche und deren Geiſtlichkeit fremd wären. In Betreff der auswärtigen Politik verhieß er eine ähnliche liberale Richtung, wie die Whigs, und forderte endlich von der Nation, ſie möge ihm eine ungehinderte und billige Probe geſtatten (a fair trial).

Das Manifeſt machte einen ſonderbaren Eindruck; die Whigs ſelbſt konnten es nicht mißbilligen; ein engliſcher Staatsmann darf nie beſtimmte Verheißungen geben, um ſie ſpäter nicht zu erfüllen; ſomit konnten dieſe Erklärungen die vorherrſchenden Beſorgniſſe in Etwas beſchwichtigen. Allein es war nicht der Fall. Die Mittelclaſſen gaben ihr Mißtrauen nicht auf; ſie beſaßen ohnedem keine Bürgſchaft, daß die oben geſchilderte Tory-Fraktion, beſonders außerhalb des Parlamentes lärmend und erbittert, dem leitenden Miniſter ſich unterordnen würde.

Gleich nach der Erlaſſung des Manifeſtes erfolgte die Auflöſung des Parlamentes (am 29. December). Die entſcheidenden Wahlen ließen ſich wegen der Aufregung des Landes eben ſo wenig aufſchieben, ſo daß die ſonſt gewöhnlichen Vorbereitungen nicht vollkommen getroffen wurden. Die Wahlen begannen bereits am 5. Januar 1835 und geſchahen überall unter ähnlichen Volksbewegungen, wie während der Reformbill, ſo daß ſich daraus ergab, die Gereiztheit der Parteien habe ſich eher geſteigert, wie vermindert; nach wenigen Wochen waren ſie geſchloſſen und gaben den Tories eine Minderheit, welche ihnen alle Hoffnung nehmen mußte, wenigſtens für jezt das Feld zu behaupten. Der Regierungseinfluß, welcher bekanntlich auf manchen Punkten nicht unbedeutend iſt, das alte Beſtechungs-Syſtem der Grundariſtokratie, die Wirkſamkeit derſelben auf ihre Zeitpächter, die Predigten der jezt ſehr zuſammenhaltenden Geiſtlichkeit vor den Bauern, die Aufregung des alten Haſſes gegen die Katholiken und die Vorurtheile gegen die Irländer: Alles dies veränderte die Mehrheit in ſehr bedeutender Weiſe. Eine Menge von Reformers fielen durch; die Tory-Partei behauptete das entſchiedene Uebergewicht in den Grafſchaften, wo die Maſſe der Bauern den Ausſchlag gibt; bei den zahlreichen Parlamentsſitzen, über welche leztere verfügen, und bei den erwähnten Umſtänden überhaupt, ergab ſich ſogar eine kleine Mehrheit für England, obgleich die größeren und induſtriellen Städte ſich ſämmtlich für Whigs und Radikale entſchieden; allein mit Schottland und Irland war es ein Anderes.

In Schottland waren die Liberalen um ſo mehr überwiegend, weil dort erſt durch die Reformbill eine Repräſentation geſchaffen und ein Schwarm von beſchränkten Hochtories der ſchlimmſten Art aus der Regierung verdrängt worden war. In Schottland ferner war die liberale Richtung durch den Einfluß der Geiſtlichkeit um ſo feſter begründet; dort beſteht bekanntlich als Staatskirche die calviniſtiſch-reformirte, auf populärer Baſis erbaut, fortwährend dem Einfluſſe des Volkes durch die Presbyterien ausgeſezt, deren Geiſtliche nicht im üppigen Ueberfluß und in ariſtokratiſcher Zurückhaltung gegen ihre Gemeinden leben, die mit dem Volke innig verſchmolzen, ihre Intereſſen niemals von den Verhältniſſen deſſelben geſondert haben und die endlich der anglikaniſchen Hochkirche durchaus nicht geneigt ſind, welche Schottland einſtens aufgedrungen, aber mit der Spitze des Schwertes zurückgewieſen war. Damals wirkte dieſe Geiſtlichkeit, ohnedem im Streit mit den Grundherren wegen der Patronatsrechte in Vergebung der Pfarreien, der Tory-Partei entſchieden entgegen und übte auf die Wahlentſcheidung einen bedeutenden Einfluß; erſt in den folgenden Jahren haben dort die alten Vorurtheile gegen die katholiſche Kirche Einfluß geübt. — In Irland ließ ſich ein ähnliches Reſultat bei der Macht O'Connels und aller Verhältniſſe, die damit zuſammenhingen, leicht vorausſehen; das Reſultat übertraf die gehegten Erwartungen. Allein die Mehrheit im Ganzen war nicht mehr die frühere, die im zweiten Jahre des erſten reformirten Parlamentes die Whig-Regierung gezwungen

hatte, ſich ihr zu fügen, und Entſchloſſenheit erwies, dem Oberhauſe zu widerſtehen, die damals im Gefühle ihrer Kraft das Bewußtſeyn hegte, ſie werde alle ihr gebotenen Hinderniſſe überwältigen. Zwar waren die Häupter der Whigs und Radikalen ſämmtlich gewählt, allein die unteren Reihen der Partei waren ſehr verdünnt; und in einer großen Staatsverſammlung, wie im engliſchen Parlamente, iſt die Zahl der Mehrheit auf die Kraft und Entſchloſſenheit der Führer bei wichtigen Maßregeln von höchſter Bedeutung. Eine kleine Mehrheit gilt als Niederlage, und iſt es auch wirklich. Die überwiegende Maſſe der Reformer im früheren Parlamente war aber ſo zuſammengeſchmolzen, daß die Whigs im günſtigſten Falle anfangs kaum auf 60 rechneten. Andererſeits war es auch offenbar, daß die Tory = Regierung bei dieſer Zuſammenſetzung des Parlamentes nicht beſtehen könne. Weßhalb zog ſich Sir Robert Peel nicht gleich zurück, als das Reſultat der Wahlen allen Blicken offen vorlag? Der Grund iſt jezt nicht recht klar. Er hoffte vielleicht, Stanley und Graham mit deren Anhang, ſo wie einzelne Whigs von der entſchiedenen Farbe, durch ſeine Maßregeln und durch Rückſicht auf den Hof an ſich zu ziehen, und ſo eine ſchwankende Mehrheit zu bilden. Die Unmöglichkeit dieſes Planes, wenn er gehegt wurde, ergab ſich in Kurzem; Rückſichten auf die beſondere Neigung des Königs in Betreff ſeiner Miniſter gelten in England als eitel und nichtig; die Whig=Partei ſtüzte ſich auf die Verfaſſung, und war Willens, die von ihr ſtets vertretenen Reformen ſelbſt

durchzuführen und im Beſitz der Gewalt zu bleiben. Die Nation fand dies billig und vernünftig, und es galt nur eine weitere Probe, in wie weit die Whigs jene Reformen durchführen würden. Vielleicht aber auch hatte Sir Robert Peel die Zukunft im Auge, als er der Mehrheit des Unterhauſes zu trotzen beſchloß, um der Nation zu beweiſen, daß Er wenigſtens unter ſeiner Partei ein Reformer ſey, daß er dieſelbe für ſeinen Zweck zu leiten und zurückzuhalten verſtehe, daß ferner die Häupter der Conſervativen andere Beſtrebungen hegten, wie die Mehrheit Caſtlereaghs und die Oppoſition gegen Canning, daß ferner ein leitender Tory von 1835 noch liberaler ſey, wie ein leitender Whig von 1825. Wie dem auch ſey, der Verſuch, die Regierung zu führen, ward von den Tories nicht aufgegeben.

Der entſcheidende Kampf begann noch, bevor der König das Parlament ſelbſt eröffnete, am 19. Februar bei der Wahl des Sprechers. Sonſt pflegte die Wahl deſſelben nicht als eine Parteifrage zu gelten, ſondern der Präſidentenſtuhl ward in der Regel einem Rechtsgelehrten ertheilt, welcher, vor allem mit den Gebräuchen des Hauſes bekannt, die Streitfragen über die Ordnung der Debatte u. ſ. w. nicht als politiſcher Repräſentant eines Staatskörpers, ſondern als Richter entſchied. Jene Gebräuche durch eine Reihe von Jahrhunderten, theils aus Gewohnheit, theils durch Beſchlüſſe des Unterhauſes entſtanden, bilden einen ausgedehnten Theil der Rechtskenntniß, welche nur ſehr wenigen Parlamentsgliedern eigen zu ſeyn pflegt, ſo

daß man weniger politiſche Parteihäupter wie gründliche Rechtsgelehrte in dieſem beſtimmten Zweige auf den Präſidentenſtuhl zu erheben pflegt. Der bisherige Sprecher, Sir C. Manners Sutton, hatte dies Amt achtzehn Jahre lang mit Geſchicklichkeit verwaltet, und es ließ ſich kein Fall aufweiſen, worin er, obgleich ein Tory, eine auf Rechtsgebräuche nicht beruhende Entſcheidung zum Nachtheil der Whigs gegeben hätte, allein er hatte ſeit dem November eine Rolle geſpielt, die ſich einem Sprecher nicht geziemte, indem er als Parteihaupt der Conſervativen verfuhr, die Berathſchlagungen derſelben leitete, im Namen des Königs unterhandelte u. ſ. w. Außerdem kam noch die Rückſicht hinzu, daß die Mehrheit der Oppoſition einen Streit mit dem Oberhauſe vorherſah, und in dem Fall keine unterthänige oder beſänftigende Rede, wie ſich dieſelbe von einem toryſtiſchen Sprecher erwarten ließ, ſondern eine ſcharfe und ſogar heftige Erklärung vom Repräſentanten des Hauſes wollte. Somit erlebte Sir C. Manners Sutton die Schmach, daß er ſeine lang eingenommene Würde verlor. Eine Mehrheit von zehn Stimmen verwarf ſeine Wahl und erhob einen Whig, den ſchottiſchen Rechtsgelehten Abercromby, auf den Präſidentenſtuhl.

Die Hartnäckigkeit, welche die Whigs bei der Wahl des toryſtiſchen Sprechers erwieſen, zeigte ſich noch entſchiedener, ſobald die eigentlichen Debatten begannen. Der König eröffnete am 24. Februar das Parlament; die Thronrede berührte alle jene Reformen, die Sir Robert Peel verheißen hatte, und fügte noch

eine Bemerkung über den Quadrupel-Traktat hinzu, woraus es ſich ergab, daß die neue Regierung die Bahn der früheren auch in auswärtiger Politik nicht verlaſſen würde, allein Alles dies war eben ſo vergeblich, wie alle bisherigen Bemühungen, die vorherrſchenden Beſorgniſſe zu beſchwichtigen. Das Unterhaus begann ſogleich, bis zum Aeußerſten gefüllt, eine lange und heftige Debatte über ein Adreß-Amendement, welches eine bittere Bemerkung gegen den König ſelbſt über die unnöthige Auflöſung des Parlamentes enthielt. Vergeblich ſuchte die jezt nicht mehr ſchwache Tory-Partei die Annahme deſſelben aufzuhalten, vergeblich forderte Sir Robert Peel in einer ſtundenlangen Rede als billige Gewährung, daß man ihm und ſeiner Partei wenigſtens eine Probe geſtatte; jede Ausgleichung und jede Beſchwichtigung wurde von den Parteihäuptern der Oppoſition zurückgewieſen, ihre Aeußerungen immer heftiger, indem ſogar zulezt auf das Beiſpiel Carls I. hingewieſen wurde; die Annahme der Adreſſe konnte nicht verhindert werden, und der König ſah ſich in die kränkende Verlegenheit verſezt, auf die bittere Bemerkung eine entſchuldigende und gewiſſermaßen ihn ſelbſt demüthigende Antwort zu ertheilen. Nur Eins hatte Peel gewonnen; Stanley erklärte zwar, daß er zur Regierung wegen ihrer gegenwärtigen Zuſammenſetzung kein Vertrauen hege, bemerkte jedoch, es ſey billig, daß man ihr die geforderte Probe geſtatte. Er ließ ſomit ſeine Abſicht durchblicken, einer ſpäteren Coalition ſich nicht zu widerſetzen.

Sir Robert Peel zog ſich noch immer nicht

zurück; ſomit befand er ſich in der kränkenden Lage, daß auch kein einziger ſeiner Vorſchläge die Billigung des Hauſes erlangte. Sogar in unbedeutenderen Verhältniſſen waren alle ſeine Bemühungen, einen ihm günſtigen Beſchluß zu veranlaſſen, durchaus vergeblich. Whigs und Radikale hielten feſt zuſammen; erſtere bewieſen eine Kraft, welche ſie im Beſitze der Gewalt ſeitdem nicht mehr zu äußern vermogten; ſogar Lord John Ruſſel, ſonſt zu Ausgleichungen als Miniſter ſehr geneigt, erwies eine Charakterſtärke, die man an ihm als Mitglied einer Regierung nicht bemerkte. Die Mehrheit, obgleich klein, war entſchloſſen, zum Aeußerſten zu greifen. Schon am 6. März erklärte Hume unter ſtürmiſchem Beifall der Oppoſitionsbänke, er werde einen Vorſchlag in's Parlament bringen, welcher einer Verwerfung des Budgets gleich kam: ein äußerſtes Mittel, bei deſſen Anwendung nur die größten Schwachköpfe der Conſervativ-Partei einen ferneren Widerſtand gut heißen konnten.

Bald auch kam Sir Robert Peel durch ſeine eigene Partei in's Gedränge; es ergab ſich als klar daß er wenigſtens es noch jezt nicht vermöge, dieſelbe durchaus zn leiten und zurückzuhalten. Chandos brachte am 10. März die Abſchaffung der Malztaxe in Vorſchlag, eine Sache, die er den Bauern der von ihm repräſentirten Grafſchaft verſprochen hatte; alle Bemühungen Sir Roberts, den Mann davon abzubringen, waren vergeblich, und die Sache um ſo unangenehmer, da zwei Mitglieder des Cabinetes für die Abſchaffung der Taxe in der vergangenen

Seſſion aufgetreten waren. Uebrigens konnten ſich die Miniſter aus dieſer Verlegenheit noch herausziehen, denn die Whigs, welche bald wieder zur Gewalt zu gelangen hofften, hüteten ſich wohl, für eine Maßregel zu ſtimmen, die ihre künftige Regierung in lezterem Falle hätte durchführen müſſen. Eine bei Weitem ſchlimmere Angelegenheit bot ſich in einer Ernennung, wozu die Miniſter durch die oben geſchilderte Tory-Fraktion genöthigt geweſen waren, deren Beiſtand ihnen um ſo unentbehrlicher wurde, je mehr Stanley, Graham und die Partei, worüber dieſe verfügten, ſich von ihnen zurückhielt. Sir Robert Peel war dadurch in die unangenehme Nothwendigkeit verſezt worden, die Hochtories wenigſtens durch Ernennungen zu beſchwichtigen; die Wahl der Miniſter fiel zuerſt auf Lord Londonderry als Botſchafter in Petersburg. Den Grund, weßhalb Sir Robert dieſe Ernennung gut hieß, kann man nur in dem oben erwähnten Zwange oder auch in dem Wunſche finden, den Marquis von Londonderry zu entfernen, da dieſer bei ſeiner Redſeligkeit im Oberhauſe als Vertreter der Regierung derſelben nur Verlegenheiten erſchaffen, oder vielleicht durch ſeine Unlenkſamkeit andere Hochtories zur Widerſetzlichkeit bewegen konnte. Es war übrigens ein Mann, auf welchen Sir Robert Peel ſicherlich nicht verfallen wäre, wenn er ſich nicht in dem geſchilderten Zwange befunden hätte. Als früherer Geſandter in Wien hatte er ſich ſo beſchränkt benommen, daß ſein eigener Bruder (Lord Caſtlereagh), ihn zurückberufen mußte; er war als offener Vertheidiger

abſolutiſtiſcher Regierungen ſeitdem im Oberhaus aufgetreten, und hatte ſich beſonders eine Aeußerung über Polen, als eine Nation von Rebellen, gelegentlich erlaubt, welche die Conſervativen eben ſo ſehr mißbilligten, als die Whigs. Kaum war ſeine Ernennung bekannt, ſo begann ein Sturm im Unterhauſe. Shiel trug auf einen Beſchluß an, welcher einen offenen Tadel der Ernennung bezweckte. Hauptſächlich ward dem Marquis jene Aeußerung über Polen vorgehalten, welche der Richtung der brittiſchen Politik durchaus widerſtrebte; er ward als der unverſchämteſte (most shameless) Wortführer des Abſolutismus und als ein Mann bezeichnet, der Großbrittannien nirgends repräſentiren könne; ſogar Stanley erklärte, die Ernennung ſey nicht zu rechtfertigen. Die Vertheidiger des Lords konnten kaum zu Wort kommen; Sir Robert Peel, ſonſt ſtets beſonnen und gefaßt auf jeden Einwurf, begann zum erſten Mal in ſeiner parlamentariſchen Laufbahn zu ſtottern, als er die Ernennung zu rechtfertigen ſuchte, und konnte ſich allein auf die Prärogative der Krone berufen. Allein die Perſon des Königs wurde jezt nicht mehr berückſichtigt; Lord Londonderry mußte beſchämt und gekränkt dem Oberhauſe anzeigen; daß er wegen jener Vorfälle die Stelle nicht annehmen könne. — Uebrigens verwahrten ſich die Miniſter entſchieden gegen jede Annahme, daß ihnen ſelbſt die Aeußerung des Marquis über Polen als ihre eigene Meinung untergelegt werde; vielleicht war Sir Robert Peel mit dem Vorfall nicht unzufrieden, denn er benahm der Hochtory-Partei alle Hoffnung, irgend einen

Antheil an den Geſchäften zu nehmen, und ſicherte ihn ſelbſt vor deren Zudringlichkeit.

Sir Robert Peel mußte jeden Tag die Aufforderung, ſich zurückzuziehen und die Frage vernehmen, ob er wirklich gegen den Gang der Verfaſſung ohne die Mehrheit des Unterhauſes regieren wolle; er blieb ſich gleich und beſonnen, verlangte die von ihm geforderte Probe, und verhieß endlich am 16. März ſchnell hintereinander Bills für die Anordnung der Ehebündniſſe der Diſſenters, der Zehenten-Ablöſung für England und Irland ins Parlament zu bringen, welche ſeine Abſichten, Reformen durchzuführen, der Nation darlegen würden. Die Probe konnte ihm endlich verfaſſungsmäßig nicht mehr verſagt werden; Hume hielt offenbar auf Anleitung der Parteihäupter den oben angekündigten Antrag zurück. Stellte ſich das Unterhaus mit der Probe nicht zufrieden, ſo war das Schickſal der Tory-Regierung entſchieden; eine neue Parlamentsauflöſung konnte ſchon deßhalb nicht ſtatt finden, weil die jezt herrſchende Partei bei der lezten ihre Beſtechungsmittel in der Art erſchöpft hatte, daß ſie bei einer neuen Wahl, ſelbſt wenn ſie den Regierungs-Einfluß für ſich benuzt hätte, mehrere empfindliche Verluſte erleiden mußte.

Am 17. März löste bereits Sir Robert Peel ſein Verſprechen in Betreff der Diſſenters, und zwar auf eine Weiſe, welche die Nation und die Mehrheit des Parlamentes überraſchte. Seine Vorſchläge betrafen die früher erwähnten Geſetze in Betreff der Ehen und waren ſogar noch liberaler, wie die von den

Whig=Miniſtern im vergangenen Jahre gemachten Anträge. Seine Bill wurde auf dem Grundſatze erbaut, daß der bloße Civil=Vertrag fortan zur Gültigkeit der Ehen von Diſſenters genügen ſolle, ohne daß von Seiten des Staates irgend eine kirchliche Feier gefordert werde. Der Eindruck war ſonderbar; die Oppoſition traf auch keinen Anſtand, ihre Zufriedenheit offen auszuſprechen, und Lord John Ruſſel ſelbſt erklärte ſogar, die von Sir Robert eingebrachte Bill ſcheine ihm den Vorzug vor derjenigen zu verdienen, die er ſelbſt im vergangenen Jahre eingebracht habe.

Ein noch größeres Erſtaunen bewirkte die von der Regierung eingebrachte Zehntenbill, denn die Unmöglichkeit der Zehnten=Erhebung in Irland ward nicht allein von den Miniſtern bei dieſer Gelegenheit offen anerkannt, ſondern die Tory=Partei begab ſich auch aller Anſprüche auf die Beibehaltung der Abgabe, und ſomit auch jeder Oppoſition, womit ſie die Beruhigung Irlands in dieſer Hinſicht bisher aufgehalten hatte. Am 20. März machte der Sekretär für Irland (Harding e) die hierauf ſich beziehenden Anträge, nach denen der iriſche Zehnte für immer abgeſchafft, dagegen die Eigenthümer deſſelben zu einem Grundzins von 75 Procent des jetzigen Werthes berechtigt ſeyn ſollten, welcher nicht vom Inhaber, ſondern vom Eigenthümer des Bodens zu entrichten wäre. Ein Verluſt der Hochkirche von 25 Procent ward ſomit ausgeſprochen und der Geiſtlichkeit ſelbſt die Erhebung der Abgabe entzogen. Dieſer Zins ſollte ferner nach einer beſtimmten Zeit

ablösbar ſeyn, und das dafür entrichtete Capital zum Ankauf von Ländereien verwendet werden, welche der Kirche verblieben. — Mit den erſten Beſtimmungen mußte ſich die Whig-Oppoſition zufrieden geben, denn dieſe waren ihren eigenen Beſtrebungen durchaus nachgebildet; man hatte jene Nachgiebigkeit von den Conſervativen nicht erwartet, und es ließ ſich vorherſehen, die Hochtory-Partei werde bereits genug disciplinirt ſeyn, um die Annahme dieſer Maßregeln auch im Oberhauſe nicht zu verhindern; ſo daß ein conſervatives Miniſterium dieſe Reform leichter würde durchſetzen können, wie eine Whig-Regierung. Jene Rückſicht ſchien bereits bei vielen Whigs überwiegend, denn ein Verſuch der Radikalen und eines großen Theils der übrigen Oppoſition den Miniſtern gleich anfangs bei der Zehntbill die Spitze zu bieten, mißlang bei der Abſtimmung, indem die Regierung zum erſten Mal eine kleine Mehrheit für ſich hatte. Allein Peels Bill bot wenigſtens einen Punkt, welcher den Parteizwecken, wie ſich dieſe in der vergangenen Seſſion als beſtimmt gebildet hatten, durchaus entgegengeſezt war, die Unantaſtbarkeit des Kirchen-Eigenthums, indem ausdrücklich beſagt wurde, der Erlös aus den Ablöſungs-Summen ſolle zum Ankauf von Grundeigenthum verwandt werden. Peel traf in ſoweit mit Stanley und Graham vollkommen zuſammen, und beide trugen auch kein Bedenken, ſich ihm offen und ohne Rückhalt anzuſchließen.

Die Whig-Partei hielt anfangs ihre Schritte zurück, ſie ſchien zu ſchwanken, ob ſie die Conceſſionen

der Tory=Partei ohne weiteres annehmen und den anſtößigen Grundſatz für's Erſte fallen laſſen ſollte; mehrere Privatverſammlungen der Parlamentsglieder wurden gehalten, um ein einſtimmiges Handeln der Oppoſition in dieſer Hinſicht zu bewirken. Endlich kam die Mehrheit der Partei dahin überein, auf jenem Grundſatze zu beſtehen, für den ſie ſich im vergangenen Jahre feſt entſchieden hatte; die Entſchloſſenheit, welche ſie damals erwies, war noch nicht unter kleinlichen Rückſichten verſchwunden, und die etwaige Charakterſchwäche der einzelnen Parteihäuſer wurde durch die Feſtigkeit der Mehrzahl wieder gehalten. Am 23. März erklärte bereits Lord John Ruſſel, den Beſchlüſſen ſeiner Partei gemäß, daß er einen Antrag auf die Verwendung des Kircheneigenthums zu anderweitigen Zwecken nach dem Gutdünken der Geſetzgebung auf den 30. vorbringen, und ſomit die Entſcheidung hervorrufen werde, ob das Unterhaus auf ſeiner früheren Richtung beharren wolle. Ward im Sinne der Whigs entſchieden, ſo wurde die Tory=Verwaltung unmöglich, denn keine conſervative Regierung konnte bei allen beabſichtigten Reformen jemals das Vertrauen eines Parlamentes erlangen, welches die Durchführung eines Parteiprincipes beſchloß, wodurch alle Verhältniſſe eines weſentlich ariſtokratiſchen Inſtitutes bedroht wurden.

Als die Berathungen über Lord John Ruſſels Antrag begannen und ſo lange ſie dauerten, war das Haus gedrängt gefüllt; ein Namensaufruf, nur bei den wichtigſten Entſcheidungen gebräuchlich, welche das

Schickſal der ganzen Nation auf lange beſtimmen, zwang gewiſſermaßen alle Parlamentsglieder, ſich auf ihren Poſten einzufinden. Es folgte eine denkwürdige Verhandlung, worin alle Parteihäupter nach einander als Redner auftraten, worin alle zukünftigen Beſtrebungen und Hoffnungen von jeder Seite ausgeſprochen, worin alle Verhältniſſe der Kirche und Irlands genau und umfaſſend entwickelt wurden. Die Verhandlungen waren nicht ſtürmiſch, denn die Whig-Mehrheit war nach gefaßtem Entſchluſſe feſt und ruhig, ihre Leidenſchaftlichkeit ſchien verſchwunden, denn keine lärmenden Ausfälle, keine perſönlichen Angriffe unterbrachen den Lauf der Debatte; auf den miniſteriellen Bänken erwies ſich eine gefaßte und keine heftig aufgeregte Stimmung; die Partei erkannte, daß ſie im Fall der Niederlage ihre Stellung nicht behaupten könne, und wenigſtens die Führer waren entſchloſſen, ſich ohne Widerſtreben alsdann in das Unvermeidliche zu fügen. Vergeblich ſuchten die Miniſter, welche bereits die Unmöglichkeit einzuſehen ſchienen, die Mehrheit zur Aufgebung jenes Grundſatzes zu bewegen, wenigſtens eine Verzögerung des entſcheidenden Beſchluſſes zu bewirken, vergeblich verwieſen ſie auf das Oberhaus, welches nie die Verwendung des Kircheneigenthums zu fremden Zwecken gut heißen würde, und ſomit in eine feindliche Stellung zu den Gemeinen kommen mußte; vergeblich beriefen ſie ſich auf ihre jezt als offenbar erwieſene Beſtrebung, den Gang der Reformen durch den allgemeinen Widerſtand früherer Zeiten nicht länger aufzuhalten, ſondern ihn vielmehr zu

unterſtützen. Die Mehrheit blieb feſt, alle ihre Redner erklärten, ſie würden nie zu Peels Zehentenbill ihre Einwilligung geben, ſobald dieſelbe nicht die Appropriations-Clauſel enthielte, ohne leztere ſey die Zehentenablöſung unvollkommen und eine zweifelhafte Wohlthat. Peel endlich ſchloß die Debatte mit einer offenen Erklärung, wie ſie eines brittiſchen Staatsmannes würdig war, im Fall das Haus ſich gegen ihn entſcheide, werde er und ſeine Collegen aus der Regierung treten; eine Erklärung, die mit dem lauten Beifall des ganzen Hauſes aufgenommen wurde.

Die erſte Motion Ruſſels betraf die Verwendung der Kircheneinkünfte zu anderweitigen Zwecken im Allgemeinen, und die Whigs ſiegten mit einer Mehrheit von 33 Stimmen (6. April); dann kündigte dieſer Führer der Oppoſition jezt noch einen anderen Vorſchlag an, welcher ſich insbeſondere auf die Zehentenbill Peels bezog. Am 7. April begann die Debatte aufs Neue, und die Abſtimmung erwies ein ähnliches Reſultat, obgleich einige Whigs entweder ſich derſelben enthielten, oder die Verzögerung einer nothwendigen Reform wegen des einzigen Punktes für unzweckmäßig erachteten. Das Schickſal der Tory-Verwaltung war entſchieden. Als am 8. Sir Robert Peel in den Sitzungsſaal trat, war es ſein erſtes Wort, daß er entſchloſſen ſey, obgleich mit widerſtrebendem Herzen, ſeine Amtsſiegel dem Könige zurückzugeben. Lauter Beifall empfing ihn von beiden Seiten, und das Parlament erwies, daß es ſeine Achtung dem austretenden Miniſter nicht verſage. Sir Robert Peel hatte

ſich als engliſcher Staatsmann benommen; ſeine Erhebung hatte er wenigſtens nicht für ſeine Perſon durch Intriguen, und dann die Behauptung ſeiner Stelle nicht durch kleinliche Mittel, durch Unterhandlungen mit der Gegenpartei, durch Beſtechungen u. ſ. w. verſucht. Seine Erklärungen über ſeine perſönliche Stellung ſteigerten noch höher die Zufriedenheit des Hauſes. Er ſagte: Mein ganzes politiſches Leben iſt im Unterhauſe zugebracht, und ich wünſche in ihm auch meine Laufbahn zu beſchließen. Was auch das Benehmen Anderer ſeyn mag, ich für meine Perſon werde immer den Wunſch hegen, gut mit dem Hauſe zu ſtehen, möge ich mich in den Reihen der Majorität befinden oder nicht. In keiner noch ſo kritiſchen Lage würde ich gerathen haben, auf jene ſittliche Kraft zu verzichten, welche in der feſten Anhänglichkeit an die Grundſätze der Nationalverfaſſung beſteht, denn ich bin überzeugt, daß dieſe Anhänglichkeit die beſte Bürgſchaft gegen drohende Gefahren iſt; darum konnten meine Collegen und ich nach einer offenen Probe nicht länger an der Spitze der Geſchäfte, gegen den Willen der Mehrheit des Unterhauſes, bleiben. Von dieſer Ueberzeugung bin ich tief durchdrungen, wie ſehr ich auch die Nothwendigkeit beklage, welche mich zwingt, den Dienſt des Königs zu verlaſſen. Meinem Vaterlande glaube ich nützlicher zu werden durch meinen Rücktritt, als wenn ich in vergeblichen Verſuchen beharrete, die Staatsangelegenheiten noch länger zu leiten. — Er ſezte ſich unter dem lauten Beifall des ganzen Hauſes und verließ gleich darauf den Sitzungs-

ſaal. Vor dem Parlament empfing ihn mit ähnlichem Zuruf die verſammelte Volksmenge; ein ungeheurer Volksſchwarm begleitete ihn bis an ſeine Wohnung und gab ihm fortwährend Beweiſe der Achtung für ſein offenes und entſchloſſenes Benehmen, obgleich ſonſt die Tory=Partei in der Hauptſtadt nicht ſolche Popularität beſaß, daß eine Äußerung des Beifalls durch andere Veranlaſſungen beim Publikum hervorgerufen werden konnte.

Somit war der erſte Verſuch der Conſervativ=Partei, eine auf das Oberhaus und auf den Hof ſich ſtützende Verwaltung zu bilden, mißlungen. Für die Partei ſelbſt ſchien der Verſuch nicht ohne Nutzen. Sie hat ſich ſeitdem bis zu dem Zeitpunkte, wo ſie wieder zur Gewalt gelangte, unbedingt der Führung Sir Robert Peels übergeben, und ſomit ihre Umbildung vollendet, wie es die neuen Verhältniſſe erheiſchten. Jene Hochtory=Fraktion, welche der Partei das Vertrauen der Nation entzog, hat ſich ſeitdem im Gefühl der Erfolgloſigkeit ihrer Bemühungen gänzlich untergeordnet und ſomit eine Urſache entfernt, welche die Partei von der Regierung entfernt hielt; 1835 hatte dieſe Fraktion, wenigſtens durch den Güterbeſitz ihrer Mitglieder nicht unbedeutend, ihre Anſprüche an eine entſchiedene Einwirkung noch nicht aufgegeben; dies bewies die Ernennung Knatchbulls zum Miniſter, des einzigen Mitgliedes vom Cabinet, welches ſeine Collegen mitunter während der Debatten bloßſtellte, die unglückliche Ernennung Londonderry's zum Botſchafter in Petersburg, und endlich

die Stellung gegen die Orangelogen, eine politiſche Verbindung, wovon ſpäter, bei Gelegenheit der darüber angeſtellten Unterſuchung die Rede ſeyn wird. Hier mag nur bemerkt werden, daß jene Verbindungen die Anwendung der Militärgewalt gegen die Mehrheit des Unterhauſes und ſomit gegen die Nation bezweckte, eine tollkühne Beſtrebung, welche allein von Schwachköpfen oder Abenteurern bei der ganzen Zuſammenſetzung der engliſchen Verhältniſſe ausgegangen ſeyn konnte. Die wirklichen Parteihäupter ließen ſich damit nicht ein, bevor jedoch das Miniſterium auf die genannte Weiſe ſich auflöste, hatte die Oppoſition von einigen Zwecken der Verbindungen genauere Kunde; ſie brachte die Sache in ſolcher Weiſe zur Anregung, daß die Unterſuchung eingeleitet wurde, obgleich die Miniſter, dieſe ihre politiſchen Anhänger dadurch zu unterſtützen ſuchten, daß ſie ſich die Sache niederzuſchlagen bemüheten. Hierauf nahm die Oppoſition noch fernere Maßregeln. Sie drohete die ſogenannte Mutiny-Act nicht zu verwilligen, wornach der Oberbefehl über Armee und Flotte nur immer auf ein Jahr übertragen wird, eine Beſtimmung der ſogenannten Settlements nach der Revolution von 1688, wodurch jeder mögliche Mißbrauch der bewaffneten Macht von Seiten der Regierung verhindert wird, eine Acte, welche nur der Form nach ſonſt jährlich ins Parlament gebracht und ſogleich bewilligt wird. Wäre die Bewilligung verweigert worden, ſo wäre auch der fernere Gehorſam der Soldaten gegen ihre Offiziere nicht länger geſetzlich geweſen, und ſomit würde jede Möglichkeit aufgehört

haben, die Armee zuſammenzuhalten. Berathungen über dieſes äußerſte Mittel, wurden übrigens durch die Verhandlungen über Ruſſels Motion und die darauf folgende Auflöſung des Cabinetes beſeitigt.

Sir Robert Peel hatte übrigens durch ſeine kurze Verwaltung nur gewonnen; dieſer Staatsmann ſtieg wegen ſeines ganzen Benehmens in der öffentlichen Meinung; die Nation erkannte durch die von ihm eingebrachten Maßregeln, daß er den Reformen wenigſtens nicht durchaus abgeneigt war; man achtete ihn um ſo mehr, wegen ſeiner Entſchiedenheit, womit er ſich von der Regierung zurückzog; überhaupt man faßte zu ihm ein größeres Vertrauen, wie er während ſeines ganzen Lebens, nur mit Ausnahme der kurzen Zeit von 1829 bis 1830 beim Volke beſeſſen hatte. Als ſpäter die Whigs durch Mangel an Entſchloſſenheit und durch unwirkſame Seſſionen in der öffentlichen Meinung verloren, erinnerte man ſich an jenes kurze Miniſterium, worin Sir Robert Reformen, die man nicht von ihm erwartete, vorſchlug; man hoffte von ihm Verbeſſerungen, die man von den Whigs nicht mehr erwartete, ſpäter um ſo mehr von ihm, weil ſich das Schickſal der ganzen Tory-Partei gewiſſermaßen an ſeine Perſönlichkeit knüpfte, und ſein perſönlicher Wille ſomit auch jeden Widerſtand derſelben entfernte; als er wieder zur Gewalt gelangte, blickten die Mittelclaſſen auf ihn mit anderen Augen, wie im Jahre 1835. Endlich war es ein Gewinn der Tory-Partei, daß Stanley und Graham ſich von jezt an förmlich an die Conſervativen ſchloßen, und

neben Peel, wenn auch demſelben ſich unterordnend, die hauptſächlichſten Parteiführer wurden. Beiden Männern ward ihr Schritt von den Whigs, und anfangs auch von den Mittelclaſſen, ſehr verdacht; allein ernſtliche Vorwürfe konnte man ihnen nicht machen, ſeitdem Sir Robert Peel durchaus ähnliche Reform-Beſtrebungen gezeigt hatte, wie ſie ſelbſt bisher gehegt hatten, denn es war ſchon vor ihrem Austritt aus dem Grey-Miniſterium bekannt genug, daß ſie in den Reformen nicht ſo weit gehen wollten, wie die Mehrheit der Partei. Ihre Gegenwart in den Reihen der Tories bot vielmehr eine Bürgſchaft, daß die Conſervativen nicht mehr eine Reaktion beabſichtigten, und dieſe Anſicht ward auch ſpäter allgemein. Freilich war durch alle jene Verhältniſſe eine Verwirrung unter den Conſervativen bewirkt, die nur die Zukunft aufzulöſen vermag. Viele der früheren Häupter verſchwanden gänzlich (Wetherell), andere wurden zu einer traurigen Unbedeutendheit vertheilt, und konnten nur dann und wann erfolgloſe Beweiſe ihres Aergers über Zurückſetzung und eine nach ihrer Meinung ſchädliche Richtung Sir Robert Peels geben (Byvyan, Lord Beaumont) u. ſ. w.; andere wurden für den Augenblick benuzt, um alsdann bei Seite geſchoben zu werden (Buckingham); allein im Ganzen fand ſich die Partei immer mehr in die neue Richtung; ob dieſe für immer bleibt, iſt der Folge anheimgeſtellt, jedenfalls iſt eine Coalition mit den Whigs durch Stanley eingeleitet, und der Stimmung der Mittelclaſſen nicht mehr widerſtrebend, durchaus nicht mehr ſo unmöglich geworden, wie im Jahre 1835.

Die kurze Verwaltung Sir Robert Peels veränderte übrigens nichts im bisherigen Gange der auswärtigen Angelegenheiten; nur zwei Ereigniſſe waren bemerkenswerth, welche mit demſelben durchaus übereinſtimmten. Das erſte betraf die Ernennung eines brittiſchen Konſuls in Buchareſt, ein Schritt, der den Argwohn gegen Rußland bezeugte. Peels Miniſterium hielt die Gegenwart eines brittiſchen Agenten an einem Orte für nothwendig, wo ruſſiſcher Einfluß in der Art überwiegend war, daß man die beiden griechiſch-ſlaviſchen Fürſtenthümer im Norden der Türkei bereits für Provinzen des Zaaren-Reiches halten konnte. — Die zweite Maßregel betraf Spanien. Ein brittiſcher Agent, Lord Elliot, wurde dorthin geſchickt, um einen Verſuch zur Milderung des Verfahrens zu bewirken, welches beide Parteien im Bürgerkrieg beobachteten. Es gelang ihm in ſo weit, daß er einen Vertrag zwiſchen den Conſtitutionellen und Carliſten zu Stande brachte, nach welchem beide Parteien ſich zur Auswechſelung der Gefangenen verpflichteten, anſtatt dieſelben, wie früher, zu erſchießen. Dieſer Akt bezeichnete jedoch durchaus nicht eine Annäherung an die Partei, welche auf der Halbinſel für den Abſolutismus kämpfte, ſondern war ſogar nach dem Wunſche der ſpaniſchen Conſtitutionellen geſchehen. Eine Whig-Regierung hätte ohne Zweifel in derſelben Weiſe gehandelt, übrigens erließ das Conſervativ-Cabinet an Lord Hay, welcher die brittiſche Flottenſtation an der Küſte des nördlichen Spaniens kommandirte, durchaus dem Quadrupel-Traktate angemeſſene Befehle.

Viertes Kapitel.

Verwaltung des Lord Melbourne bis zum Tode Wilhelms IV.

Die Whig-Partei hatte geſiegt; das Vertrauen der Mittelclaſſen war jenem liberalen Theile der Ariſtokratie ungeſchwächt verblieben, und zwar in demſelben Grade, wie überliefertes Mißtrauen gegen jene Partei noch vorherrſchte, welche den Frieden von 1815 auf eine für England nachtheilige Weiſe geſchloſſen, die Beſtrebungen Cannings in jeder nur möglichen Weiſe vereitelt, jeder Reform ſich bis zum Aeußerſten widerſezt und ſogar 1829 Wellington und Peel bei der Katholiken-Emancipation bitter bekämpft hatte. Die Whigs hatten Kraft und Einigkeit bis 1833 erwieſen, dann einige Schwäche gezeigt, aber noch immer die Nation befriedigt; 1834 wirkte die entſchiedene Mehrheit des Unterhauſes in der Art auf die Regierung ein, daß dieſelbe wiederum kräftig und entſchloſſen daſtand; im Widerſtande gegen die Toryverwaltung hatte ſich dieſelbe Einigkeit und das auf innere Stärke beruhende Selbſtbewußtſeyn gezeigt. Man erwartete ein beſonnenes aber entſchloſſenes Handeln; je länger die Whig-Partei das Ruder führte, deſto mehr erwies ſich aber das Gegentheil, Rückſichten und ſogenannte Verſöhnungsmaßregeln, worüber die Engländer lachten, offenbarten ſich in der einen Seſſion, wie in der andern; der Wille, Gutes zu thun, war vorhanden; es hieß, man müſſe ſich mit den Whigs zufrieden ſtellen, damit nichts Schlechteres an die Stelle komme, zulezt

waren die Mittelclaſſen mit den Whigs durchaus unzufrieden; leztere begingen Fehlgriffe, die ihnen die öffentliche Meinung entfremdeten; die Partei verſuchte nur zulezt, nicht aus Grundſätzen, ſondern durch anderweitige Verhältniſſe bedrängt, durch gewiſſe Maßregeln eine Aufregung zu ihren Gunſten zu bewirken; allein es war zu ſpät.

Jene Schwäche erwies ſich ſogleich als Sir Robert Peel ſeine Entlaſſung eingereicht hatte. Die Mehrheit war ſtark genug, ein Miniſterium zu ſtürzen, allein zu ſchwach, um daſſelbe Bewußtſeyn der Kraft, wie es 1834 herrſchte, wieder hervorzurufen. Bei großen politiſchen Fragen ward aber dies Bewußtſeyn durch die Maſſe gehoben; eine ſtärkere Mehrheit war deßhalb erforderlich, beſonders bei dem Widerſtande der Lords. Somit ergab ſich die Auflöſung des Parlamentes als zweckmäßig. Die Whigs konnten zwar nicht mehr hoffen, daß jenes erſte reformirte Parlament zuſammentreten würde, allein die Anwendung ihres Regierungseinfluſſes bei den Wahlen hätte wenigſtens die Zahl ihrer Anhänger in der Art vermehrt, daß dem Oberhauſe eine bedeutende und entſchiedene miniſterielle Partei ſich hätte entgegenſtellen laſſen. Viele erwarteten die Auflöſung, viele Whigs forderten ſie von ihren Häuptern, welche die neue Verwaltung bilden würden, allein die ehemaligen, jezt wieder zur Regierung berufenen Whig-Miniſter, die ohne Zweifel ſelbſt anfänglich dieſelbe Meinung hegten, wollten ſich aus anderweitigen Rückſichten nicht dazu verſtehen. Der Grund ließ ſich ahnen; es war der Wille des Königs, obgleich die lezten Ereigniſſe von ſolcher Art geweſen waren, daß ſie ſich darum

nicht hätten zu kümmern brauchen. Die Mehrheit war aber jezt ſo klein, daß die zufällige Abweſenheit des einen oder andern Parteimitgliedes bei der Abſtimmung unangenehm empfunden wurde. Die Anzahl der Mitglieder, worüber die Whigs unbedingt verfügten, betrug nicht mehr als 50; hundert engliſche und ſchottiſche Radikale ſtimmten nur bedingter Weiſe mit der Regierung, oft nur aus Furcht vor einer Wiederkehr der Tories, wie aus wirklichem Vertrauen; die Stanley'ſchen Whigs ſchwankten bald auf dieſer, bald auf jener Seite, verloren ſich aber allmählich unter den Conſervativen, indem ſie jenen Parteiführern folgten; 60 iriſche Mitglieder, von O'Connel geleitet, waren durchaus nicht geneigt, der Regierung ſich unbedingt anzuſchließen, wenn dieſelbe nicht für Irland wohlthätig wirkte, und wenn ſie überhaupt den Beſtrebungen O'Connels ſich beſtimmt widerſezte. Somit gerieth das Whig-Cabinet, welches beim Stande der Dinge jene 60 Stimmen nicht entbehren konnte, in eine Abhängigkeit von jenem iriſchen Volkshaupte, die ihr wenigſtens in England geſchadet hat.

Am 17. Mai war das neue Whig-Cabinet gebildet und die conſervativen Miniſter gaben ihre Siegel zurück. Es beſtand aus folgenden Mitgliedern: Viscount Melbourne, Premierminiſter, Marquis Landsdowne, Präſident des geheimen Rathes; Lord Auckland, erſter Lord der Admiralität; Lord Duncannon, Bewahrer des geheimen Siegels; Lord John Ruſſel, Staatsſekretär des Innern; Lord Palmerſton, Staatsſekretär des Auswärtigen; Grant, Staatsſekretär der Colonieen; Sir John Hobhouſe, Präſident des

oſtindiſchen Bureaus, Spring Rice, Kanzler der Schatzkammer; Poulett Thompſon, Präſident des Handelsbureaus; Lord Holland, Kanzler des Herzogthums Lancaſter. Einen ſonderbaren Eindruck aber bewirkte der Umſtand, daß Lord Brougham übergangen war; die Whigs erwieſen hierin eine auffallende Schwäche; Lord Brougham war der talentvollſte und der thätigſte von allen Whig-Häuptern; kein einziger Miniſter hatte eine ſo glänzende und wirkſame Vergangenheit aufzuweiſen; kein Anderer beſaß wie Brougham das allgemeine Vertrauen. Als Urſache, weßhalb man ihn opferte, wurde Rückſicht gegen den König angegeben; wie erwähnt, fühlte ſich derſelbe über ihn verlezt, wegen ſeinen Reden in Schottland; dazu kam eine Mittheilung Lord Brougham's an die Times bei Gelegenheit der Cabinets-Auflöſung, ein Verfahren, welches den ariſtokratiſchen Formen Englands entgegen, einen ziemlich allgemeinen Lärm bei den höheren Claſſen und beſonders bei Hofe erregte; übrigens waren auch die übrigen Whig-Häupter mit Lord Brougham wahrſcheinlich nicht zufrieden. Er hat ſich nie als ein Mann gezeigt, welcher Schwäche, Bedenklichkeiten und Rückſichten beſonders gut hieß; er war, von jeher, ſcharf und ſchneidend in ſeinen Ausdrücken und hat ſicherlich in den Cabinetsberathungen ſeine Collegen eben ſo wenig geſchont, wie die Tory-Lords im Oberhauſe. Mehrere Miniſter mochten ſich gelegentlich durch ihn verlezt gefühlt haben, und gewiſſermaßen froh ſeyn, ihn loszuwerden, als der König ſeine Abneigung gegen ihn ausdrückte. Eine Schwäche war es jedenfalls, daß ſie Lezterem hierin nachgaben;

ſein perſönlicher Wille kam jezt nicht mehr in Betracht; ſeitdem das Unterhaus die Tory=Miniſter verdrängt hatte, mußte er die Whigs unter den Bedingungen, die ſie machten, wieder annehmen; Sir Robert Peel hat ſpäter bei ähnlicher Gelegenheit der Königin Victoria erwieſen, daß der Wille des Souveräns bei der Zuſammenſetzung eines Cabinets von keiner Bedeutung iſt. Allein die Whig=Häupter beſaßen damals nicht die Entſchloſſenheit, dem Könige ſich zu widerſetzen. Brougham blieb ausgeſchloſſen und ſein Amt unbeſezt. Der Lord Oberrichter (Lord Chiefjusticie) Denman, ein geſchickter Juriſt, aber weder früher als Sachwalter noch ſpäter als Richter, und am allerwenigſten als Staatsmann, Lord Brougham gleichzuſtellen, erhielt die Präſidentſchaft des Oberhauſes; eine Kommiſſion von 4 Mitgliedern bekam die Geſchäfte der Kanzlei. Die Whigs äußerten ſogar ohne Bedenklichkeit, dieſe Veränderung (Theilung der Geſchäfte) geſchehe im Intereſſe des von Lord Brougham verwalteten Amtes. — Unter den übrigen Ernennungen war die des Lord Mulgrave, als Statthalters von Irland, bezeichnend, und fand auch unter den Liberalen alle Billigung. Man konnte in Folge derſelben keinen Zweifel hegen, daß die Regierung Willens ſey, für Irland mehr zu thun als irgend ein früheres engliſches Miniſterium. Die politiſche Meinung Lord Mulgrave's war beſtimmt genug ausgeſprochen, und die Feſtigkeit und Geradheit ſeines Charakters erregte Vertrauen. Die Irländer erwieſen lezteres im höchſten Grade, als der neue Lord=Lieutenant in Dublin einzog. Auch iſt daſſelbe nicht getäuſcht worden, und

Lord Mulgrave's Verwaltung in Irland bildet für die jezt folgende Regierung bis 1841 das bedeutendſte Verdienſt, welches ſich die Whig-Partei während jener Zeit um das Reich erwarb. In Ausführung der Geſetze, Ernennung der Lokalbeamten u. ſ. w. hat er ſtets mit höchſter Billigkeit gehandelt, das Uebergewicht, welches die Orangemen durch die Lokalverwaltung beſaßen, gänzlich entfernt, jede Aeußerung brutaler Gewalt verhindert, jede gemeinnützige Anſtalt aus allen Kräften befördert, abwechſelnd Strenge mit Milde verbunden, und überhaupt einen Zuſtand der Ruhe in Irland hervorgebracht, wie er dort noch niemals vorhanden geweſen war. Er hat dort eine beſſere Lage des Landes ſo feſt begründet, daß ſogar die ſpätern Verſuche der Orangemen unter Sir Robert Peels Regierung ihre früheren Verhältniſſe wieder herzuſtellen, bis jezt mißlungen ſind, obgleich jene Partei durch den Sieg der Conſervativen in England nothwendig an Stärke gewinnen mußte, ſo daß wahrſcheinlich die beſſere Verwaltung unter keinen Verhältniſſen wieder geändert werden kann.

Wie erwähnt, war der Beiſtand O'Connels, deſſen die Miniſter im Parlamente bedurften, der Regierung außerhalb deſſelben wenigſtens für England eher ſchädlich wie nützlich. Bekanntlich hegen die Engländer über die iriſche Nation keine ſehr günſtige Meinung, die auch in gewiſſer Hinſicht begründet iſt, und die nicht allein auf der Abneigung gegen Katholiken beruht. Der Irländer, heftig nud leicht aufzuregen, pflegt eben ſo gegen die geſellſchaftlichen Formen der Engländer zu verſtoßen, wie er unüberlegt zu raſchen nud unverſtändigen Handlungen

ſich oft beſtimmen läßt. Außerdem iſt die Nation nicht ſehr zuverläßig, und äußert bei vielen beſſeren Eigenſchaften auch einzelne ſchlimme, die eben ſo wohl in dem Nationalcharakter wie in der früheren Unterdrückung ihren Grund haben mögen. Schon aus dieſem Grunde machte es bei den Engländern keinen guten Eindruck, als die Abhängigkeit der Miniſter von den iriſchen Mitgliedern am Tage lag. O'Connels Perſönlichkeit kam hiezu. Niemand wird dieſem merkwürdigen Manne eine hohe geiſtige Kraft, unerſchütterlichen Patriotismus und eine glänzende Wirkſamkeit in Abrede ſtellen; allein bei der Leitung des Volkes hat er oft Mittel angewendet, die ihm wenigſtens bei den Engländern ſchadeten. Niemand hat ſich ſo oft widerſprochen, wie er; auch war ihm Nichts daran gelegen, wenn er eine augenblickliche Aeußerung vor einer Volksverſammlung in der nächſten wieder zurücknahm, oder wenigſtens das Gegentheil ausſprach. Dinge, die er in England ſagte, ſtanden oft im entſchiedenſten Widerſpruch mit ſeinen in Irland gemachten Aeußerungen. Außerdem kam noch ein perſönliches Verhältniß hinzu, welches ihn in den Augen der Engländer herunterſezte. Um ſich gänzlich in das politiſche Leben zu werfen, hatte er ſeine Advokaten-Praxis aufgegeben, und erhielt, ob er gleich ſelbſt Vermögen beſaß, zur Entſchädigung von den Irländern eine Rente von mehreren tauſend Pfund (oft 10,000), welche hauptſächlich durch Penny-Beiträge der niedrigſten und ärmſten Volksclaſſen gebildet wurde. Nun hat es zwar nie als eine Schande gegolten, daß verdiente Staatsmänner Geſchenke des Volkes als Belohnung für ihre Dienſte

annahmen (z. B. Grattan erhielt ein Landgut im Werth von 50,000 Pfund durch Subſcription), allein der Umſtand, daß jene Rente gleichſam als Beſoldung eines Parlamentsſitzes galt, und hauptſächlich von Leuten erhoben wurde, welche ſelbſt nicht viel beſſer als Bettler waren: dies machte O'Connel den Engländern verächtlich. Er hieß und heißt noch der Bettler bei Bettlern (the beggars' beggar), und ſogar Leute, die ſeine ganze Laufbahn billigen, pflegen ſelten den genannten Umſtand zu rechtfertigen *). Hiezu kam noch ſeine Beſtrebung über Auflöſung der Union, wovon er freilich in England zu ſchweigen pflegte, die er aber dann und wann in Irland wieder aufregte, nachdem er zu Zeiten die Frage hatte fallen laſſen. Wie ſchon erwähnt, ſcheint es ihm damit nicht rechter Ernſt zu ſeyn, und die Sache eher als ein Schreckmittel gedient zu haben, um einen von England ausgehenden Widerſtand gegen ſeine Beſtrebungen dadurch niederzuſchlagen. Er hat wenigſtens mit dem Repeal-Geſchrei ſeit 1835 gewöhnlich nur dann begonnen, wenn die Tory-Partei eine miniſterielle Maßregel aufhielt, oder wenn die Orangemen in Irland auf irgend eine Weiſe ſich zu regen begannen. Wie dem aber auch ſey, der Umſtand, daß er

*) Wie eine Menge Whigs zu derjenigen Zeit hierüber dachten, wo ihn die Partei am nothwendigſten gebrauchte, erhellt aus einem Artikel im 2ten Heft des Edinburgh Review von 1840, wahrſcheinlich von Brougham geſchrieben, worin der Verfaſſer ihn ſogar tief unter den bekannten Wilkes ſetzt, ohne ihn übrigens zu nennen. Es heißt dort: damals (d. h. zu Wilkes Zeiten) durfte ein Demagoge es noch nicht wagen, an einem Tage Etwas zu ſagen und es am nächſten zu widerrufen, und durfte auch nicht ſein Einkommen wie ein Bettler beziehen u. ſ. w.

die Sache nicht gänzlich fallen ließ, hat ihm bei den Engländern ſehr geſchadet. Kein patriotiſcher Britte wird jene Maßregel jemals gut heißen, von welcher es auch noch ſehr in Frage ſteht, ob ſie wirklich Folgen würde äußern können, welche O'Connel davon verhieß, ob Irland nicht dadurch, wie früher, ſtatt der ſcheinbaren Selbſtſtändigkeit, eine traurige Abhängigkeit von dem mächtigern Reiche erlangen und die Vortheile verlieren würde, welche ſeine Parlamentsglieder wenigſtens ſeit der Reform durch ihre nothwendige Einwirkung auf die Regierung und die Leitung des ganzen Staates erhalten haben.

Es wurde bald bekannt, daß die Whig-Regierung mit O'Connel ein Bündniß abgeſchloſſen oder wenigſtens mit ihm unterhandelt habe. Ihr ganzes Verhältniß war zu offenbar, als daß man die Sache nicht hätte glauben ſollen. Die machte in England ſelbſt keinen guten Eindruck, und bald bemerkte man auch in Schottland hierüber eine Mißſtimmung; der alte Argwohn gegen die Katholiken ward wieder rege; mochte auch von dort aus keine Gefahr mehr drohen, ſo befand ſich doch die katholiſche Kirche hinſichtlich Großbrittanniens in demſelben ungünſtigen Verhältniſſe, welches ſich auf ſo vielen Theilen Europa's für ſie gegenwärtig vorfindet; wegen ihres früheren Bündniſſes mit der abſoluten Gewalt und wegen der grauſamen Verfahrungsart, womit ſie ihre Macht gegen Andersdenkende früher ausübte, vermochten auch die liberalen Britten kein vollkommenes Vertrauen gegen ſie zu hegen. Natürlich wurde von Tories dieſe Stimmung des Volkes gehörig ausgebeutet. Von allen Seiten her drohete ein Sturm gegen die

Regierung; die Schmähungen über O'Connel und über die Katholiken wurden mit den Deklamationen gegen die Miniſter verflochten, die Gefahr, welche der Hochkirche drohete, auf die ganze proteſtantiſche Religion übertragen. Die Miniſter fühlten wohl, welchem Nachtheil ſie dadurch ausgeſezt wurden; ſie ſuchten ihr Verhältniß in Abrede zu ſtellen, oder zögerten anfangs ein förmliches Uebereinkommen mit O'Connel abzuſchließen, wozu ſie durch die Umſtände genöthigt werden mußten. Erſteres that Lord Melbourne. Kaum war die Bildung des Cabinetes im Oberhauſe angekündigt (18. April), ſo ward auch das Haupt der Regierung mit bitteren Bemerkungen befragt, ob die Verbindung mit dem iriſchen Parteiführer wirklich ſtatt finde. Lord Melbourne erwiederte mit der beſtimmten Erklärung, daß er Nichts gethan habe, um O'Connels Beiſtand zu gewinnen. Falſch und grundlos ſey die Behauptung des Gegentheils. Dieſe Ableugnung wurde jedoch nicht geglaubt; die Whigs erfuhren es bald. Durch die Miniſterernennung war die Wiedererwählung der im Unterhauſe ſitzenden Cabinetsglieder nach den engliſchen Verhältniſſen nothwendig geworden; als Lord John Ruſſel wieder als Candidat in der Grafſchaft Devonſhire auftrat, erlitt die Partei in ihm eine empfindliche Niederlage; er fiel durch und konnte nur dadurch wieder ins Parlament gelangen, daß ein Sohn Lord Hollands (Oberſt Fox) ſeinen bisherigen Parlamentsſitz zu Gunſten des Miniſters aufgab. Die hauptſächlichſte Urſache, weßhalb er nach der kurzen Zeit weniger Monate, worin keine bedeutende Veränderung in der Zuſammenſetzung des Wahl-

körpers hatte ſtatt finden können, nicht wieder zu ſeinem bisherigen Parlamentsſitz gewählt wurde, lag offenbar in jener Mißſtimmung, die ſich als Folge der Verbindung mit O'Connel bei der Maſſe ſeiner Committenten ergab.

Uebrigens war auch die Verbindung mit O'Connel einem großen Theile der Whigs ſelbſt unangenehm und läſtig, und hat auch ohne Zweifel eine Urſache gebildet, weßhalb wenigſtens Einzelne zur Gegenpartei übertraten. Dies zeigte ſich bei einer ſtreitigen Wahlangelegenheit, bei welcher O'Connel Geld von den Candidaten (dem Banquier Rafael) genommen haben ſollte, um ihm einen Parlamentsſitz in Irland zu verſchaffen. Bei der hierüber angeſtellten Unterſuchung hatte ſich O'Connel vollkommen gegen alle Beſchuldigungen eines eigennützigen Verfahrens gerechtfertigt, allein er iſt nie der Mann geweſen, welcher dergleichen Anklagen auf würdevolle Weiſe vereitelte; bei perſönlichen Angriffen hat er nämlich ſeinen Worten niemals einige Schranken geſetzt. Sobald er ſchmähete, hielt er ſich überhaupt nicht in den Grenzen, welche die engliſche Sitte bei Parteikämpfen in perſönlicher Hinſicht erheiſcht, und fügte ſich auch eben ſo wenig demjenigen einmal herrſchenden Mißbrauch, durch welchen dergleichen Beleidigungen ausgeglichen werden. Er nahm niemals ein Duell an, übrigens aus einem Beweggrunde, der ihn vollkommen rechtfertigte *). Die Mittelclaſſen würden ihm ohnedem aus

*) Er hatte im Beginn ſeiner Laufbahn, von einem Orangemen muthwillig zum Duell veranlaßt, ſeinen Gegner erſchoſſen, und erklärte ſogleich, er werde niemals wieder ein Duell annehmen.

lezterem Grunde ſchwerlich irgend eine Abneigung erwieſen haben; anders verhielt es ſich bei den ariſtokratiſchen Ständen. Als die obenerwähnte Angelegenheit des Bankier Rafael eine Maſſe perſönlicher Zänkereien und auch ein Duell von Seiten einer der Söhne O'Connels veranlaßt hatte, wollten einige Mitglieder O'Connel aus dem alten Whig-Club (Brockes') ausſchließen. Sir Francis Burdett, der alte Whig-Führer, welcher wegen ſeiner unläugbaren Verdienſte damals noch immer in Anſehen ſtand, machte ſogar bei dem Vorſtande des Clubs einen förmlichen Antrag, welcher darauf beruhete, O'Connel führe keine Sprache, wie ſie einem Gentleman gezieme, und gehöre alſo auch nicht in eine Geſellſchaft von Gentlemen. Dieſer alte Whig-Club, von den Häuptern der alten Partei gebildet, war früher in der Art ariſtokratiſcher Natur, daß die Mitglieder am Ende des vergangenen Jahrhunderts den berühmten Staatsmann und Whig-Führer Sheridan nicht aufnehmen wollten, weil er der Sohn eines Schauſpielers war. Burdetts Antrag war ſomit allerdings den früheren Whig-Verhältniſſen angemeſſen, allein die Zeiten hatten ſich geändert. Der Vorſtand des Clubs wies den Antrag zurück; die Sache wurde öffentlich; die Wähler von Weſtminſter beargwohnten Burdett, er beabſichtige zu den Conſervativen überzutreten. Burdett freilich rechtfertigte ſich in lezterer Hinſicht, ſprach aber dabei in ſehr ſtarken Ausdrücken ſeine Abneigung gegen O'Connel aus. Bald darauf iſt er wirklich zu den Conſervativen übergegangen; jene perſönliche Stimmung hat dabei wenigſtens

mitgewirkt. Bei anderen weniger bekannten Parlaments-mitgliedern iſt ein ähnlicher Abfall durch jene Urſache wenigſtens theilweiſe veranlaßt worden; kurzum, die Verhältniſſe der Miniſter mit O'Connel haben einige Spaltung unter den Reformern ſelbſt veranlaßt, und wenn ſie auch im Parlamente für den Augenblick Vortheil gewährten, ſogar im Inneren der Whig-Partei keine nützliche Wirkung geäußert. —

So waren die Whigs nach Innen und Außen bedeutend geſchwächt, im Vergleich mit derjenigen Stellung, die ſie vor der Parlamentsauflöſung eingenommen hatten. Die hauptſächlichſte Schuld lag gleich anfangs an ihnen ſelbſt, weil ſie das Mittel nicht anwandten, welches ihnen eine größere Mehrheit wieder verſchafft hätte, und weil ſie dadurch in eine Abhängigkeit von einem einzelnen Manne geriethen, den ſie doch unmöglich in das Cabinet aufnehmen konnten. Bald wurde auch ihre Wirkſamkeit beim beſten Willen beſchränkt; im Unterhauſe war ihre Stellung nicht mehr ſo einfach wie früher, im Oberhauſe nahm die Toryopposition eine noch ganz andere Stellung, wie im vergangenen Jahre ein. Die Lords erkannten leicht, daß ſie eine geringe und oft nur künſtlich zuſammengehaltene Mehrheit der Gemeinen nicht ſehr zu fürchten brauchten, daß viele Umſtände zu Gunſten der Conſervativen außerhalb des Parlamentes zuſammenkamen, unter denen an eine bleibende Aufregung zu Gunſten der Miniſter nicht zu rechnen war. Die Conſervativ-Partei ſchien ſehr wohl einzuſehen, daß die Mittelclaſſen den Whigs ihr Vertrauen zulezt entziehen würden, wenn dieſe einerſeits nachdrückliche Mittel

gegen ſie ſelbſt verſäumten, und anderſeits eben dadurch ſogar in den beabſichtigten Reformen aufgehalten würden.

Wie erwähnt, war eine Menge Reformen ſchon eingeleitet worden; allein die Seſſion war bereits durch den Parteikampf bis zum Rücktritt Sir Robert Peels und dann durch die Bildung des Cabinets ſo weit vorgerückt, daß nur wenige, und zwar die dringendſten Angelegenheiten von der Regierung in Antrag gebracht werden konnten. Dieſe beſtanden in Veränderungen der geſchloſſenen Municipalverfaſſungen, worüber eine im vergangenen Parlamente eingeſezte Commiſſion einen umfaſſenden Bericht ſchon längſt vollendet hatte, und die iriſche Zehenten-Frage, welche ſchon ſo oft und anhaltend die Parteien aufregte. Alle ſocialen Verhältniſſe der Britten, der ganze Geſchäftsgang des bürgerlichen Lebens, ſchon ſeit Jahrhunderten begründet, erheiſcht einmal als nothwendig, daß die Parlamentsglieder ſpäteſtens im Auguſt von den öffentlichen Geſchäften entbunden, zu ihren Privatangelegenheiten und in ihre Heimath wieder zurückkehren müſſen; ſomit konnte die Whig-Regierung für das Jahr 1835 nichts weiter erſtreben, als daß dieſe beiden Fragen ihre Erledigung erhielten; die entſcheidende Frage über die anglikaniſche Kirche kam nur in ſo weit in Betracht, als ſie mit den iriſchen Zehenten zuſammenhing. Hierin konnte nichts Anderes geſchehen, als daß die Commiſſion zur Unterſuchung des Zuſtandes der Kirche, der Schrecken für die Tory-Partei, erneuet wurde. Die Entſcheidung blieb auf ſpätere Zeit aufgeſchoben. Die

Regierung mußte ſogar eine Angelegenheit unerledigt laſſen, wobei ſie in eben derſelben Verlegenheit wie bei der Zehentenfrage in Irland ſich befand, weil nämlich die Herrſchaft der Geſetze in einer beſtimmten Sache faktiſch aufgehört hatte und deren Durchführung bei den engliſchen Verhältniſſen unmöglich geworden war. Die Angelegenheit betraf nämlich die Zeitungs-Preſſe, beſonders die Preſſe für das niedere Volk; die geſetzliche durch den Stempel bewirkte Beſchränkung war über den Haufen geworfen, und keine Gewalt vermogte mehr die Beobachtung derſelben zu erzwingen. Hievon jedoch ſpäter. Es mag nur bemerkt werden, daß Lord Brougham und Hume die Sache im Parlamente anregten; beide ließen ſich jedoch durch die Umſtände leicht bewegen, die Angelegenheit bis zur nächſten Seſſion zu verſchieben, um den Miniſtern in den beiden erwähnten Maßregeln kein Hinderniß in den Weg zu legen. Auch die Bill Peel's über die Diſſenters ließ man fallen; Peel ſelbſt erklärte, er überlaſſe jezt deren Durchführung der Regierung.

Am 25. Mai hatte Lord John Ruſſel erklärt, die Regierung werde ſich nur auf die zwei dringendſten Fragen in der Seſſion von 1835 beſchränken, auf die höchſt ausgedehnte und detaillirte Gemeindecorporationsreform und auf die iriſchen Zehenten, nebſt der Verwendung der Ueberſchüſſe dieſes Kircheneigenthums zur Verbeſſerung der Volkserziehung. Am 5. Juni brachte er bereits eine Bill über erſtere ins Unterhaus und es läßt ſich nicht leugnen, daß er die Reformer durch ſeinen Plan befriedigte, vielleicht nur mit Ausnahme eines

einzigen Punktes. Die Verhältniſſe, auf denen die Bill ſich gründete, waren folgende:

Bekanntlich bildet die Selbſtregierung der Städte und Ortſchaften in ihren Gemeindeangelegenheiten einen eben ſo integrirenden Theil der engliſchen Freiheit, wie das Recht eines Jeden, ſeine Gedanken zu ſagen und zu ſchreiben, die auf der ſogenannten Hebeascorpus begründeten perſönlichen Rechte u. ſ. w. Die Stellung der Gemeinden, den Miniſtern und der Krone gegenüber, iſt durch die ſogenannten Settlements um ſo unabhängiger geworden, da alle ihre beſonderen Rechte und Privilegien dadurch eben ſo unter den Schutz der Verfaſſung geſtellt ſind, wie die politiſchen Rechte der Nation; eine Gleichartigkeit der Gemeindeverhältniſſe fand ſich jedoch eben ſo wenig, wie eine gleichmäßige Vertheilung der auf die Regierung der Communen bezüglichen Rechte. Die ganze Maſſe der Municipalitäten glich dem Unterhauſe vor der Parlamentsreform; ſo wie einzelne Sitze in demſelben durch die ausgedehnteſte Wahl demokratiſch beſezt wurden, fanden ſich in einzelnen Ortſchaften Gemeinderäthe (Corporationen), welche von allen Bürgern und Inſaſſen gewählt wurden; ſo wie die meiſten Parlamentsſitze ſich in den Händen einer Oligarchie befanden, ſo war die Gewalt in den meiſten Gemeinden nur in den Händen weniger Familien. Dies beruhete entweder auf dem Umſtande, daß die Erwerbung des Bürgerrechtes erſchwert, und auf eine ſehr geringe Zahl von Einwohnern beſchränkt war, oder daß der Stadtrath nicht durch die Wahl der Bürger beſezt wurde, ſondern ſich ſelbſt ergänzte, ein Verhältniß,

welches in derſelben Weiſe zur Oligarchie führte, wie in den Städten der früheren Vereinigten Niederlanden und in deutſchen Reichsſtädten. Beide Verhältniſſe trafen gewöhnlich zuſammen, um die Maſſe der Bürger von der Regierung ihrer Gemeinden gänzlich auszuſchließen. In einzelnen Städten war die Erwerbung des Bürgerrechtes an gewiſſe Vermögens- und Zunftverhältniſſe geknüpft, in andern allein von dem perſönlichen Willen der Behörden abhängig; in einzelnen wurden Bürger (Freemen) bei gewiſſen Veranlaſſungen in Maſſe ernannt, z. B. bei Parlamentswahlen, wo das Bürgerrecht zugleich eine Stimme ertheilte, in anderen blieb es der Mehrzahl der Einwohner durchaus verſchloſſen. Ueberall fand ſich ein Mißverhältniß. Liverpool z. B. zählte bei 165,000 ſeßhaften Einwohnern nur 5000 Bürger; in Ipswich (20,000 Einwohner) beſtand nur $\frac{1}{55}$ der Einwohner aus Bürgern, $\frac{1}{9}$ derſelben waren Arme, nach dem neuen Armengeſetz in Arbeitshäuſern untergebracht; Plymouth zählte bei 75,000 Einwohnern nur 437 Bürger. In Orten von 6 bis 700 Einwohnern beſtand oft die Zahl derſelben nur aus 10. — Der Fall von Ipswich fand ſich nicht ſelten wiederholt, indem die Bürger nicht allein ohne Wohlſtand, ſondern häufig ohne allen Beſitz waren.

Der ſchlimmſte Mißbrauch beſtand in der Oligarchie, worin der Stadtrath (Aldermen) nicht allein die Stadtämter ausſchließlich beſezte, ſondern ſich allein durch eigene Macht aus beſtimmten Familien ergänzte. Wo dieß der Fall war, beruhete die ganze Verwaltung der Gemeinde-Angelegenheiten ohne alle Controlle auf ſeiner Gewalt; daraus hatte ſich überall die nothwendige Folge ergeben,

daß dieſe Behörde das Gemeindevermögen nur zum Vortheil jener Familien verwandte. Seit einem Jahrhundert war dieß Gegenſtand der Klage, oft Veranlaſſung zum Spott. Ueppige Gaſtereien, bei jeder Veranlaſſung auf Gemeindekoſten gehalten, machten den Charakter eines Alderman zur Bezeichnung eines Schlemmers; Aldermen bedurften, um die Verwaltung einer milden Stiftung oder der Armenkaſſen zu berathen, eines reichlichen Mittageſſens auf Koſten der milden Stiftung oder der Armenkaſſe. Aehnliche, halb lächerliche, halb ſcandalöſe Verfahrungsarten waren durch den Bericht der Unterhauscommiſſion in Menge dargelegt worden. In Berwick z. B. hatte der Stadtrath ein Anlehen für die Gemeinde erhoben, um es unter ſeine Mitglieder zu vertheilen, und dieſen Zweck ſehr naiv in der darüber abgefaßten Urkunde eingeſtanden. In einem anderen Orte hatte der Rektor einer Schule mit Bewilligung des Stadtrathes einige Jahre lang ſein Amt nicht verwaltet, weil er ſich vor ſeinen Gläubigern verſteckt hielt. — Beſonders fanden ſich Beſchwerden in größeren Städten, wo die geſchloſſenen Corporationen die Einführung von Einrichtungen gewöhnlich verzögerten, welche das Intereſſe der induſtriellen und reichen Claſſen erheiſchte, wo ſie die zu Volksſchulen beſtimmten Fonds auf ihre Zwecke verwendeten, oft den Diſſenters in Erbauung von Kirchen hinderlich waren, den Handelsverkehr hemmten u. ſ. w. — Durch die Natur der Verhältniſſe wurde die Mehrzahl jener geſchloſſenen Corporationen der Torypartei zugeführt; vor der Parlamentsreform, als die Meiſten zugleich das Recht beſaßen, die Repräſentanten der Städte ſtatt der

Einwohner zu ernennen, bildeten ſie eben ſo einen großen Theil der Mehrheit, wie die Landjunker, und hatten ſich während der Reform-Criſe eben ſo verhaßt gemacht wie jene; ſomit war es eine natürliche Folge, daß man ſogleich im reformirten Parlamente an ihre Umbildung dachte und eine Commiſſion niederſezte, welche dieſelbe einleiten ſollte. Auf den Bericht derſelben hatte Lord John Ruſſel ſeine Bill begründet.

Die Vorſchläge der Miniſter betrafen 183 Städte, in denen die oben erwähnten Mißbräuche vorherrſchten; ſie beruheten auf dem vernünftigen Grundſatze, ſowohl den Eintritt in die Gemeinderäthe allen Einwohnern zu eröffnen, welche durch Eigenthum und geiſtige Mittel ſich dazu befähigten, das Recht der Wahl gleichmäßig auf einen nicht ſehr hohen Cenſus feſtzuſetzen, und eine gebührende Controlle der Bürger über ihre Verwaltung zu begründen; demgemäß machte Lord John Ruſſel den Vorſchlag, den Wahlcenſus für Ernennung von Municipalbeamten nicht auf die Bürger zu beſchränken, welche nach der Reformbill durch ein jährliches Einkommen von 10 Pfund zu Parlamentsernennungen berechtigt waren, ſondern ihn überhaupt auf alle Gemeindeglieder auszudehnen, welche ein Haus, Waarenlager oder Comptoir beſäßen, drei Jahre lang die Armentaxe bezahlt und alle Ortsabgaben ſechs Monate vor der Reviſion der Liſten entrichtet hätten. Um dem erwähnten Umſtande ein Ende zu machen, daß die Bürger mehrerer Ortſchaften wie in Ipswich, durchaus verarmt, dennoch jene Rechte ausübten, ſollten alle davon ausgeſchloſſen bleiben, welche ein Jahr lang öffentliche Unterſtützung aus der Armen-

kaſſe erhalten hätten. Die Zuſammenſetzung der Staatsbehörden wurde ziemlich demokratiſch vorgeſchlagen. Der Gemeinderath (Town Council) ſollte von allen Bürgern, der Bürgermeiſter (Mayor) vom Rathe ernannt werden; die Zeit der Amtsdauer wurde für erſtere auf drei Jahre, jedoch ſo, daß ein Drittel jährlich austrete, für Lezteren auf ein Jahr beſtimmt. Auf einen höheren Cenſus ward für dieſe Beamte nicht angetragen. Alle bisherigen Mayors, Aldermen und Commoncouncilmen (weitere und engere Bürgerausſchüſſe) ſollten mit dem 15. Oktober ihre Stellen niederlegen. Dem Stadtrathe war ferner die Befugniß zugetheilt, einen Stadtſchreiber, die Caſſiere und einen engeren Ausſchuß zu erwählen, welcher die Finanzgeſchäfte beſorgen würde. Die Rechnungsablage ſollte öffentlich geſchehen. Was milde Stiftungen betraf, ſo wurde die Verwaltung derſelben dem Stadtrathe ebenfalls anheimgewieſen; die Controlle ward aber auch geſchärft; 15 Perſonen, von den geſammten Bürgern, aber nicht aus dem Gemeinderath erwählt, ſollten dieſelbe führen. Dann ward für die Stadträthe die Controlle über die Polizei in Vorſchlag gebracht; in dieſer Hinſicht wurden ihnen mehrere Rechte übertragen, welche ſonſt nur in den Händen der Bürgermeiſter ruheten. Endlich machte Lord John Ruſſel Vorſchläge über die richterlichen Befugniſſe der Municipalbeamten. Der Mayor beſizt bekanntlich in den Städten das Amt eines Friedensrichters, welches gewöhnlich durch ſeinen Stellvertreter, den Recorder, ausgeübt wird. Dieß Recht ſollte auf eine Menge Gemeinden dahin ausgedehnt werden, daß einzelne Ortſchaften, welche bisher

unter der Jurisdiction der Grafſchafts-Friedensrichter ſtanden (gewöhnlich größere Grundbeſitzer), ihr eigenes Municipalgericht erlangten. — Hinſichtlich der Geſchwornengerichte ward ferner die Abſchaffung einer Beſchränkung vorgeſchlagen, welche in einigen Ortſchaften das Recht, in denſelben zu ſitzen, nur den Freemen ertheilte, eine Beſtimmung, welche dem ganzen Weſen der Verfaſſung widerſtrebte.

Auch in allgemein politiſcher Hinſicht war die Bill in Bezug auf die Parlamentswahlen nicht ohne Bedeutung, denn ſie enthielt in der Clauſel, welche den eigenthumsloſen Freemen die Berechtigung nahm, zugleich die Abſchaffung desjenigen Stimmrechts bei Parlamentswahlen, welches allein auf jenem Umſtande und nicht auf dem Vermögen beruhete. Dieſe Beſtimmung war aber eben ſo im Sinne der Mittelclaſſe, wie alle anderen; früher iſt ſchon der Mißbrauch erwähnt, welcher ſich nach der Reformbill aus der Beibehaltung der ſogenannten Scot und Lotvoters ergab; der Stimmenhandel derſelben hatte ſich bei der lezten Wahl ſchon zur Genüge gezeigt, als daß jene Veränderung nicht wünſchenswerth hätte erſcheinen ſollen. Man kannte genug aus Erfahrung den Gebrauch, welchen Eigenthumsloſe in einem Lande wie England vom Stimmrecht zu machen pflegen.

Die ganze Bill war ſicherlich auf eine Weiſe entworfen, daß alle Reformer damit zufrieden ſeyn konnten. Das Intereſſe der Mittelclaſſen war darin auf eine Weiſe wahrgenommen, wie es bei keiner andern Maßregel der Whigs bisher der Fall geweſen war. Lord John Ruſſels Rede, worin er die Anträge entwickelte

ward in ganz England mit Dankbarkeit vernommen; die Radikalen traten den Miniſtern in derſelben Weiſe bei, wie die eigentlichen Whigs, und die Mitglieder jener Partei ſprachen im Allgemeinen höchſtens für unweſentliche Veränderungen, wie über Abkürzung der Zeit, welche in Betreff der Steuerzahlung zum Gemeindewahlrecht berechtigte u. ſ. w. Der Plan ſicherte den Engländern ein altes, größeren Theils verlorenes Recht der Selbſtregierung in den Gemeinden, welches den Grundſätzen der Verfaſſung eben ſo entſprach, wie die Parlamentsreform. Die Miniſter hatten ohnedem auch die geringſte Gelegenheit vermieden, der Regierung irgend einen Einfluß auf die Communal-Angelegenheiten zu verſchaffen, oder jene Centraliſation einzuleiten, wonach andere Regierungen ſo gern zu ſtreben pflegen. Nur einen Mangel hatte die Bill, aber dieſer hat ſich für die Folge als bedeutend genug erwieſen. Sie erſtreckte ſich nicht auf die Corporation der Hauptſtadt. Lord John Ruſſel verſprach nur eine beſondere Bill hierüber in Zukunft einzubringen, hat dieß aber aus verſchiedenen Gründen unterlaſſen.

Die Corporation der City von London iſt offenbar die wichtigſte des ganzen Reiches, denn ſie repräſentirt denjenigen Theil der Hauptſtadt, worin ſich der Handel oder wenigſtens die Geldgeſchäfte des ungeheuren Reiches concentriren. Auch war niemals eine andere Corporation ſo reich wie dieſe; keine andere hat eine ähnliche politiſche Wirkſamkeit beſeſſen. Oft gab ſie den Ausſchlag bei politiſchen Criſen; Vorſtellungen, Proteſte u. ſ. w., die von ihr ausgingen, waren ſtets von politiſchem

RUSSEL.

Gewicht. Sie hat ihren Einfluß, wie man nicht leugnen kann, faſt immer in liberalem Sinne ausgeübt, ſie iſt nie eine geſchloſſene, oligarchiſche Corporation geweſen, allein ſie repräſentirt die Hauptſtadt nicht, deren Communalangelegenheiten ſie leitet, ſondern nur ein Zwölftheil derſelben. Sie wird durch Zünfte gebildet, wovon einige, bei dem jetzigen Stande der Verhältniſſe, ſo verfault ſind, wie die ſogenannten verfaulten Flecken vor der Parlamentsreform (daſſelbe gilt von ihren Abtheilungen, genannt Wards). Außerdem iſt ihre Verfaſſung von ſolcher Art, daß nicht die Gemeinde (Livery-men), ſondern die Aldermen die Verwaltung der Gemeinde-Einkünfte allein beſorgen. Keine Commune iſt aber ſo reich und bei keiner werden die Einkünfte auf eine ſcandalöſere Art verwaltet. Ueber 500,000 Pfund gehen jährlich durch ihre Hände; die zwölf Hauptbeamten der City erhalten größeren Gehalt, wie die zwölf Staatsminiſter; der Kartoffel- und Fruchtmeſſer (Patatoe and fruitmeter) erhält mehr als der Präſident des Handelsbureaus! Die Einkünfte des Lordmayors ſollen 25,000 Pfund betragen! Nirgends werden ſo üppige Gaſtereien und ſo häufig gehalten, ſo daß die City mit ihren Aldermen der Spott des ganzen Landes geworden iſt; nirgends wird ſo viel auf koſtbare Feſtlichkeiten verwendet, um die Würde des Lordmayors in erhabenem Glanze, oder wie es heißt, dieſe hohe Perſon den Lehrjungen als den erſten Mann der Erde zu zeigen. Zwar läßt ſich nicht leugnen, daß die City auf großartige Weiſe alle Communalangelegenheiten befördert hat, die zum Vortheil des Verkehrs und zur Bequemlichkeit der Bürger dienen, allein die Intereſſen des niederen

Volkes hat ſie nicht in der Weiſe wahrgenommen, wie dieß die ungeheure Bevölkerung von 1½ Millionen erheiſchte und wie es der Reichthum der City erwarten ließ. Die City hat oft Hunderttauſende auf politiſche liberale Zwecke geopfert, welche das Wohl des ganzen Reiches betrafen, und Tauſende hingegeben, um liberale Parteiführer zu belohnen, allein ſie hat verhältnißmäßig nicht viel auf die Hoſpitäler verwandt, welche in einer Stadt wie London das erſte Bedürfniß einer ungeheuren, aus allen Theilen des weiten Reiches zuſammenſtrömenden Bevölkerung bilden; ſie hat den Unterricht der niederen Volksclaſſen durch ausgedehntere Anſtalten nicht ſehr befördert; ſie hat ſogar bei Errichtung der Whig-Univerſität London einige Lauheit erwieſen, und ihre Beiträge zu derſelben nicht in dem Verhältniſſe geleiſtet, wie ſie ihre berühmten Gaſtmähler der Aldermen mit den Luxusartikeln aller Länder und Welttheile ausſtattete. Sie hat endlich ſogar die neue Polizei Sir Robert Peels von 1829 nicht gutheißen wollen, welche die übrige Stadt als eine Wohlthat annahm, und dieſelbe erſt mit Beſchränkungen angenommen, welche den Gang der Communalangelegenheiten hemmen und dem Staate in finanzieller Hinſicht zur Laſt fallen. Der Grund, weßhalb die Whig-Regierung ſich nicht an die Corporation der City wagte, iſt offenbar genug. Dieſe gehörte zu ihrer Partei, und die hervorragende Rolle, welche die City in den früheren Parteikämpfen geſpielt hatte, mochte bei der Regierung einige Bedenklichkeit bewirken, die Corporation zu beleidigen. Hätten die Whigs 1835 die City nicht geſchont, ſo wäre wahrſcheinlich die

Reform derſelben durchgeführt worden. Es unterblieb. Später ſcheinen die Whigs, ungeachtet der Verſprechungen Lord John Ruſſels, nicht mehr den Muth gehabt zu haben, jene Veränderung vorzuſchlagen. Je mehr ſich die Mittelclaſſen ihnen entfremdeten, deſto mehr gewannen die Conſervativen an Stimmen in der City; als die Mehrheit ſchwankend wurde, wollte die Whig-Regierung ihre Stütze in der City nicht verlieren, und unterließ es ſomit, die Aldermen durch irgend eine beabſichtigte Veränderung in Schrecken zu ſetzen. Zulezt kam es ſo weit, daß Sir Robert Peel in der City mehr Zutrauen beſaß, als Lord John Ruſſel. Lezterer wurde 1840 nur mit der Mehrheit von 9 Stimmen bei 20,000 Wählern zum Repräſentanten ernannt; kurzum, es kam zu dem Reſultate, welches die Whig-Regierung 1835 und in den folgenden Jahren vermeiden wollte. Hätte ſie 1835 die Corporation der City in der Municipal-Reformbill mit eingeſchloſſen, ſo wäre das Reſultat der Wahl 1841 wahrſcheinlich ein anderes geweſen.

Es ließ ſich erwarten, daß die Bill über Municipal-Reform im Hauſe der Gemeinen durchaus mit allen Beſtimmungen angenommen werden würde, welche die Miniſter vorgeſchlagen hatten. Radikale und Whigs waren ziemlich übereinſtimmend; ſogar die äußerſte Seite der Tories wagte nicht mehr der Veränderung ſich unbedingt zu widerſetzen, und Sir Robert Inglis ſelbſt erklärte, daß eine Reform nothwendig ſey. Viel weniger ließ ſich ein hartnäckiger Widerſtand von Sir Robert Peel, Stanley und deren Anhang erwarten. Erſterer erklärte gleich Anfangs, er werde der Bill nicht das

geringſte Hinderniß in den Weg legen, eine entſchiedene Oppoſition würde mit ſeinen Anſichten durchaus nicht übereinſtimmen; die Maßregel ſey noch von größerer Wichtigkeit für die Städte wie die Reformbill, und das Unterhaus könne ſich zu den Ergebniſſen derſelben Glück wünſchen. Im Laufe der Debatten erklärte er ſich ſogar für den niederen Wahlcenſus, wie ihn Lord John Ruſſel vorgeſchlagen hatte, und bemerkte zugleich, der bisherige Zuſtand der großen Städte in England ſey ein Greuel, da man zur Erhaltung der Ruhe der Militärgewalt bedürfe. Indeß brachte die Conſervativ=Partei doch einige Veränderungen in Vorſchlag, welche zwar nicht den ſpäteren Umbildungen im Oberhauſe gleich kamen, allein doch einige weſentliche Punkte betrafen, welche die Miniſter dem Intereſſe der Mittelclaſſen gemäß ſich nicht konnten gefallen laſſen. Als die Bill im Ausſchuſſe debattirt wurde, machte Sir Robert Peel am 24. Juli den Antrag, die Wählbarkeit der Municipalbehörden von einem höheren Cenſus abhängig zu machen (von 1000 Pfund Vermögen oder einer entſprechenden Armenſteuer), da die Miniſter ein beſonderes Erforderniß der Wählbarkeit nicht vorgeſchlagen und dieſelbe nur von den Bedingungen abhängig gemacht hatten, welche überhaupt das Gemeinde=Wahlrecht ertheilten. Stanley, der jezt auch an allen Privatberathungen der Conſervativen Theil nahm, und ſomit nichts in Antrag ſtellte, worüber die Partei nicht im Allgemeinen übereingekommen war, ſchlug ſtatt der dreijährigen eine ſechsjährige Wahl der Gemeinderäthe nach dem Tory=Grundſatze vor, nach welchem eine häufige Ausübung der Volksrechte durch Wahlen überhaupt

vermieden, nach welchem ferner auf der ſiebenjährigen Dauer der Parlamente feſtgehalten wird. Endlich betraf die Bemühung der Torypartei, die Bill zu verändern, auch diejenige Clauſel, welche die Abſchaffung desjenigen Stimmrechts bei Parlamentswahlen enthielt, das nicht auf dem Vermögen, ſondern allein auf der früheren Berechtigung der Freemen beruhete, unter denen die größere Maſſe in vielen Städten gar kein Eigenthum beſitzt. Dieſe Clauſel nahm allerdings ein Wahlrecht, welches in der Reformbill gelaſſen war, und betraf ſomit eine Veränderung, welche über die Feſtſetzung der Municipalangelegenheiten hinausging, allein es war ſicherlich eine Abgeſchmacktheit, wenn man Leuten, denen man das Recht nehmen wollte, für die Vertreter einer Stadt in den Gemeindewahlen zu ſtimmen, dagegen das noch höhere und wichtigere Recht überließ, an der Wahl der Repräſentanten im Rathe der Nation einen Antheil zu nehmen. Uebrigens ſchien es ſonderbar, daß einige Radikale bei dieſer Gelegenheit mit den Tories ſtimmten, offenbar nach dem Grundſatze, das Wahlrecht ſo viel wie möglich unter den niederen Volksclaſſen auszudehnen, eine Beſtrebung, die unter den jetzigen Verhältniſſen nie zum Vortheil der Volksſache ausfallen kann. Auch hielten ſich andere Radikale bei dieſer Gelegenheit zu den Miniſtern nach dem richtigen Prinzipe, daß eine Ausdehnung des Wahlrechts ohne geheime Abſtimmung ſich als erfolglos und ſchädlich erweiſen würde. Alle dieſe Bemühungen blieben ohne Wirkung.

Am 20. Juli ward die Municipal=Reformbill zum dritten Male verleſen und gelangte ſomit ins Oberhaus.

Hier zeigte ſich bald die Folge jener von den Miniſtern im Anfang geäußerten Schwäche; die Tory-Mehrheit ſcheute ſich nicht länger vor der ſchwachen Majorität des Unterhauſes, begann einen entſchiedenen Trotz und verſtümmelte die liberal entworfene Bill in ſolcher Weiſe, daß eine entſchloſſene Regierung die ganze Sache lieber aufgegeben, wie ſich gefügt hätte. Die Whigs aber zeigten ſich ſo ängſtlich, daß ſie nicht einmal einen andern hinzu kommenden Umſtand zu benutzen wagten, wodurch ſie wenigſtens einen großen Theil der Hoch-Tory-Peers hätten vernichten können. Noch nie hatte ſich eine herrſchende Partei in Großbrittannien von einem Theile der Geſetzgebung früher ſo mißhandeln laſſen, als die Whigs im Jahre 1835.

Am 21. Juli brachte eine Deputation der Gemeinen, mit Lord John Ruſſel an der Spitze, die Municipalbill ins Oberhaus, und die zweite Leſung wurde ſogleich auf den 28. feſtgeſezt. Anfangs wollten die hitzigeren Tories die Bill ſogleich verwerfen, allein die Mehrzahl beſchloß denn doch in einer Privatverſammlung beim Herzog von Wellington ein nicht ſo offenes Verfahren. Die Handlungsweiſe der Partei verließ aber ſogleich diejenige Richtung, welche Sir Robert Peel für ſie angedeutet hatte. Als bloßer Lenker im Unterhauſe ſchien er wenigſtens damals noch nicht gehörige Gewalt zu beſitzen, um auch die Mehrheit der Tory-Peers zu beſtimmen. Die Sache kam in Lord Lyndhurſts Hände, und dieſer grundſatzloſe, aber ſchlaue Staatsmann brachte es bald dahin, daß die Bill ihr eigentliches Weſen verlor, während andrerſeits der Schein aufrecht erhalten

wurde, als wolle ſich das Oberhaus einer weſentlichen Reform nicht durchaus widerſetzen.

Nur in einem Punkte gelang es den Miniſtern, den Plan des pfiffigen Rechtsgelehrten zu vereiteln. Lord Lyndhurſt hatte daſſelbe Verfahren eingeleitet, womit er 1831 die Reformbill zu vereiteln hoffte, nämlich durch Verzögerung vermittelſt billig ſcheinender Rechtsformen, indem man Anwälte der Corporationen an den Schranken des Hauſes vernehmen ſollte. Wäre dies geſchehen, ſo hätte ſich wahrſcheinlich bei 178 Corporationen die Sache ſo in die Länge gezogen, daß eine Reihe von Seſſionen erforderlich geweſen wäre, um nur die Einleitung zu einer Maßregel zu beenden. Das Unterhaus und die Nation wäre vielleicht zulezt ermüdet worden, man hätte behaupten können, Reformen ſeyen ſchneller und wirkſamer von der Conſervativ-Partei zu erwarten u. ſ. w. Dies ſcandalöſe Mittel war aber auch andrerſeits etwas gefährlich; es konnte Aufregung entſtehen, die Whig-Partei konnte zu einer Parlamentsauflöſung genöthigt werden u. ſ. w. Somit ſchloßen ſich einige Tory-Lords Lord Melbourne an, als dieſer nach jenem geſtellten Antrage einem Auskunftsmittel ſich nicht widerſezte, nach welchem man nur die Anwälte von zwei Corporationen vernehmen würde. Das Oberhaus ſtimmte bei. Jezt begann eine Reihe von heftigen und ſtürmiſchen Parteikämpfen. Eine Niederlage für die Miniſter folgte auf die andere. Unter den berufenen Anwälten der Corporationen befand ſich Sir C. Wetherell, ein Hochtory, ehemals Parteiführer im Unterhauſe, ſeit der Reform in der Wahl durchgefallen, der einzige Redner von

Bedeutung, welchen dieſe Fraktion beſaß, ſcharf und ſarkaſtiſch in ſeinen Worten, keck und rückſichtslos in ſeinen Angriffen. Die Reden dieſes Mannes ſchienen die Erbitterung der toryſtiſchen Mehrheit in der Art zu ſteigern, daß die Schmähungen der Einzelnen und der Lärm der ganzen Verſammlung ſogar heftiger wurde, wie in jenen Sitzungen, in welchen 1834 der erſte entſchiedene Widerſtand gegen die Regierung ſich gezeigt hatte. Graf Winchelſea kam (6. Auguſt) in ſolche Aufregung, daß er aus Wuth nicht mehr ſprechen konnte; der Herzog von Cumberland erklärte ſelbſt an jenem Tage, es ſey zweckmäßig, wegen der heftigen Stimmung die Berathung für jezt abzubrechen. Man wollte Zeugenverhöre beſchließen, die Miniſter widerſezten ſich; allein vergeblich; die Zeugenverhöre wurden unter demſelben Lärm begonnen und bis zum 8. Auguſt fortgeſezt; allein auch außerhalb des Hauſes entſtand endlich eine ſolche Aufregung in und um der Hauptſtadt, daß die leitenden Tories es für zweckmäßig hielten, wenigſtens dies Mittel aufzugeben, womit der Fortgang der Reform-Maßregel verhindert werden ſollte. Der Herzog von Wellington ſagte ſelbſt am 7. Auguſt, man müſſe mit den Zeugenverhören zu Ende kommen, damit das Oberhaus ſich nicht dem Verdachte ausſetze, es habe bei der Unterſuchung nur den Zweck erreichen wollen, durch Verurſachung eines großen Zeitverluſtes und durch einen Seitenangriff eine Bill der Gemeinen über Municipalreform zu zerſtören.

Am 13. begannen die Ausſchußverhandlungen, und mit ihnen jene von Lord Lyndhurſt eingeleitete

Verſtümmelung, wobei die ganze Partei zuſammenhielt. Zuerſt wurden von Lyndhurſt jene Rechte der Freemen und der Mitglieder von geſchloſſenen Corporationen vertreten, welche ſich auf Koſten des Gemeinde-Eigenthums bereichert hatten. Er ſchlug das Amendement vor: Emolumente jeder Art, welche Freemen aus irgend einer Länderei oder einem Kapital des öffentlichen Vermögens beſäßen, ſollten ihnen und ihren Erben auf ewige Zeiten verbürgt bleiben. Vergebens ward juriſtiſch dargethan, jene Emolumente ſeyen kein Privateigenthum, ſondern ſtünden zur Verfügung der Geſetzgebung, das Amendement ward angenommen, indem die Miniſter nur 33 Stimmen aufbringen konnten. Alsdann folgte ein Amendement Lord Lyndhurſts, welches den Freemen die politiſchen Rechte, wie ſie in der Reformbill gelaſſen waren, für die Zukunft ſichern würde. Vergeblich wurde von liberalen Pairs dagegen eingewendet, jene Freemen gehörten im Allgemeinen einer ſittlich wie bürgerlich ſehr niedrig ſtehenden Volksclaſſe an; ihr gewöhnlicher Aufenthalt ſey oft das Gefängniß; ſie ſeyen in Maſſe der Beſtechung ausgeſezt. Der leztere Grund wäre ſchon allein genügend geweſen, die Tory-Mehrheit für die Beibehaltung der zu beſtechenden Wähler zu beſtimmen. Das Amendement ward ohne Abſtimmung angenommen. Nach mehreren unerheblichen Veränderungen kam darauf die Clauſel an die Reihe, welche die Qualification der Gemeinderäthe betraf. Lord Lyndhurſt ging hier noch weiter wie Peel; er machte den Antrag, ſechs Claſſen nach der Beſteuerung der Gemeindebürger zu bilden; und nur den Höchſtbeſteuerten die Wählbarkeit in den

Gemeinderath zu ertheilen. Sir Robert Peel hatte nur einen Cenſus von 1000 Pfund im Vermögen vorgeſchlagen; in Orten wie Liverpool wäre ein Vermögen von 100,000 Pfund wenigſtens dazu erforderlich geweſen. Die Miniſter konnten wiederum nur 39 Stimmen zuſammenbringen, welche die Annahme des Amendements natürlich nicht aufzuhalten vermogten. Je länger die Verhandlung fortſchritt, deſto mehr erwies ſich die Hartnäckigkeit und ſogar der Uebermuth der Lords; irgend ein Mitglied des Oberhauſes brauchte nur ein Amendement vorzuſchlagen und konnte der Annahme ſicher ſeyn. Es ſchien, die Partei ſpotte der Schwäche, welche die Whigs gegen ſie erwieſen. Ein noch ſchlimmeres Amendement, wie alle früheren, woran Peel wahrſcheinlich niemals gedacht haben würde, brachte Lord Lyndhurſt am 17. Auguſt, ein Amendement, welches einen weſentlichen Theil der früher in den geſchloſſenen Corporationen herrſchenden Partei in ihrer Macht erhalten und überhaupt die populäre Ernennung der Gemeinderäthe wo möglich verhindern ſollte. Er trug darauf an, daß der vierte Theil der Gemeinderäthe unter dem Namen Aldermen das Amt auf Lebenszeit bekleiden, und wo dies nur immer thunlich ſeyn würde, aus den gegenwärtigen Aldermen genommen werden ſolle. In derſelben Weiſe ging es fort. Am 18. Auguſt wurde beſtimmt, die gegenwärtig von den Corporationen eingeſezten Friedensrichter und Recorders ſollten unabſetzbar ſeyn; am 25. Auguſt ward daſſelbe auf die übrigen Beamten der Corporationen ausgedehnt. Dann folgte eine Beſtimmung, wornach den Gemeinden das Recht, über

Kircheneigenthum zu verfügen, genommen wurde, welches bisher hin und wieder (in Liverpool) ihrer Controlle anheimgeſtellt war, die Berechtigung einzelner Gemeinden, beſondere Friedensgerichte für ſich zu erlangen, geſtrichen u. ſ. w. So wurde die Bill in weſentlichen Punkten verändert und entſtellt; die Lords erhielten eine Menge Mißbräuche aufrecht, deren Entfernung die Tory-Leiter im Unterhauſe ſchwach vertreten hätten (z. B. die Beibehaltung derjenigen Berechtigungen und Beſitzungen von Freemen, welche von den Oligarchieen der geſchloſſenen Corporationen ihren Familien ertheilt waren), bewahrten den Aldermen und Beamten der geſchloſſenen Corporationen ſo viel wie möglich die beſtehenden Vorrechte und machten Jene von den Gemeinden unabhängig. Uebrigens wagte doch die Torymehrheit nicht jene unbillige Clauſel Lord Lyndhurſts über die Qualification der Gemeinderäthe in der Form aufrecht zu erhalten, wie ſie jener Rechtsgelehrte der Partei vorgeſchlagen hatte. Als die im Ausſchuß getroffenen Veränderungen noch einmal im Allgemeinen durchgenommen wurden, machte Lord Devon, wahrſcheinlich durch Veranlaſſung Wharncliffe's, den Antrag, die Clauſel Lyndhurſts nach dem von Sir Robert Peel im Unterhauſe gemachten Vorſchlag zu modificiren. Dies geſchah auch wirklich.

Die Whigs benahmen ſich bei den Verhandlungen mit der gewöhnlichen Schwäche. Lord Melbourne trat zwar Anfangs mit einiger Schärfe auf, er gab bei einer Bemerkung, welche die Bill als den Beginn des Unterganges für die Verfaſſung bezeichnete, den Angriff

dahin zurück, daß ein Selbſtmord vom Oberhauſe begangen werde; er verwies ferner fortwährend auf die Gefahr eines ſo rückſichtsloſen Verfahrens, welches die Reformpartei im höchſten Grade reizen und erbittern müßte; allein je mehr die Majorität ſich entſchieden zeigte, deſto weniger nachdrücklich wurden die Reden Lord Melbourne's bei allen Proteſten. Whig-Lords, die nicht zur Regierung gehören (z. B. der Marques von Weſtminſter) ließen zulezt allein entſchloſſene Reden vernehmen, vor allen Lord Brougham, der bis zum Aeußerſten mit aller Kraft aushielt; allein er war nicht mehr Miniſter, und die Mitglieder der Regierung ſchienen durch ſeine allerdings hitzigen und drohenden Aeußerungen eher in Verlegenheit zu kommen, wie einen ſolchen Beiſtand entſchieden benützen zu wollen. Der Miniſter im Oberhauſe begnügten ſich damit, Proteſte in die Archive der Lords eintragen zu laſſen.

Natürlich wurden die Veränderungen im Unterhauſe mit der ärgerlichſten Stimmung aufgenommen. Als die Deputation der Lords die Bill mit Amendements (Verbeſſerungen) ankündigte, erſchallte ein höhniſches Gelächter; radikale Mitglieder ſprachen ohne Rückhalt, und auch Spring-Rice redete von einem ruhigen, aber feſten und entſchloſſenen Verfahren. Nun erheiſchte es zwar die Rückſicht, die man allerdings dem andern Theil der Geſetzgebung ſchuldig war, daß man in einzelnen Punkten Nachgiebigkeit erwies, und zwar konnte dieß in der Qualification und den Wahlen der Municipalämter am leichteſten geſchehen; allein die meiſten Veränderungen betrafen einen ſo weſentlichen Theil der ganzen Bill, daß die Gemeinen es

ihren Committenten und ihrer eigenen Würde ſchuldig waren, auf den Hauptbeſtimmungen zu beharren oder lieber die ganze Sache fallen zu laſſen. Eine ſolche Erklärung gab auch Lord John Ruſſel in einer vorbereitenden Verſammlung am 31. Auguſt, worin alle Parlaments-Mitglieder der Whig- und Radikalen-Partei gegenwärtig waren. In der gleich darauf folgenden Sitzung erwies es ſich, daß auch Sir Robert Peel mit den Miniſtern in mehreren Punkten zuſammentraf; die Mehrheit im Oberhauſe war auch nach ſeiner Meinung zu weit gegangen. Er ſtimmte mit den Miniſtern bei einem Vorſchlage, welcher das von Lord Lyndhurſt eingeſchwärzte Amendement über die Aldermen dahin veränderte, daß der Stadtrath nach ſeiner Wahl jene Aldermen ernennen, daß dieſe ihr Amt nur ſechs Jahre behalten und daß nach drei Jahren die Hälfte wieder austreten ſolle. Die Qualification für Wahlen in den Stadtrath ward in den größeren Städten auf 10,000 Pfund Vermögen und in den kleineren (unter 10,000 Einwohnern) auf 5000 Pfund, oder auf 30 und 15 Pfund jährlicher Steuern feſtgeſezt. Dieſe Veränderungen hätte ſich das Unterhaus gefallen laſſen können, da der Grundſatz über Selbſtregierung der Mittelclaſſen, über Entfernung der alten durch die geſchloſſenen Corporationen bewachten Mißbräuche und über die Unabhängigkeit der Stadtcommunen von der Grundariſtokratie dadurch nicht verlezt wurde. Es war jedoch ſchon jezt beklagenswerth, daß man die Beſtimmungen über die Freemen fallen ließ, daß man nicht darauf beharrete, die gar nicht unbedeutenden fünf Hafenſtädte (Cinqueports), welche

Wellingtons Amendement von der Bill ausgeſchloſſen hatte, nicht ebenfalls zu reformiren u. ſ. w. Hume, Grote und einige Andere verlangten, daß man darauf beſtehen ſolle, allein die Miniſter hatten beſchloſſen, ſich wo möglich zu fügen. O'Connell erwies jezt, daß ein wirklicher Vertrag zwiſchen ihm und den Miniſtern beſtehe; er drohete den Lords mit einer künftigen Maßregel, welche die Wählbarkeit der Pärie erheiſchen würde, ſtimmte aber doch mit allen Ausgleichungsmaßregeln, welche die Regierung vorſchlug, und befolgte ſomit ein zwar kluges, aber ſeinen radikalen Grundſätzen nicht entſprechendes Verfahren.

Die Schwäche der Whigs zeigte ſich bald in noch größerem Grade. Die Bill ward ins Oberhaus nach einer Conferenz beider Häuſer zurückgebracht; am 4. September geſchah dort die Berathung, in wie weit man die veränderten Amendements annehmen wolle. Die Lords erwieſen ſich durchaus nicht fügſam. Sie verwarfen z. B. eine Beſtimmung, welche den Gemeinderäthen das Recht verlieh, der Krone Kandidaten für die Friedensrichter-Stellen vorzuſchlagen, eine Jurisdiction, welche mehrere der reformirten Corporationen beſeſſen hatten, welche London u. ſ. w. ausübte. Für die Eintheilung der Städte in Wahlbezirke ward eine höhere Einwohnerſchaft verlangt, wie ſie das Unterhaus wollte u. ſ. w. Lord Melbourne ſprach am 5. September von Folgen, welche durch dieß Verfahren bewirkt, dereinſt vom Oberhauſe beklagt werden müßten; allein bald waren die Miniſter anderer Meinung; am 7. kündigte Lord John Ruſſel einer vorbereitenden

Verſammlung der liberalen Parlamentsglieder den Entſchluß der Regierung an, die Bill, wie ſie entſtellt war, dem Unterhauſe als annehmbar vorzuſchlagen. Er tröſtete dabei mit einem Proteſte und mit einer Verwahrung, jene Bill ließe ſich bei einer ſpätern Gelegenheit wieder verändern; ein Mittel, über deſſen Wirkſamkeit ſich wahrſcheinlich nur Wenige beruhigten, denn ein einmal gegebenes Geſetz wird in conſtitutionellen Staaten, wie England, nicht ſo leicht wieder umgebildet. Das entſchiedene Mittel der Parlamentsauflöſung, welches mit dem Entſchluſſe hätte verbunden ſeyn müſſen, die Veränderungen des Oberhauſes zu verwerfen, ein Mittel, welches die Nation gleichſam als Richter zwiſchen den beiden Kammern der geſetzgebenden Gewalt aufgerufen hätte, ward jezt eben ſo verſchmäht, wie einige Monate früher. Die Whigs begaben ſich durch Nachgiebigkeit ihrer überwiegenden Stellung und erwieſen deutlich genug, daß keine durchgreifenden Reformen bei dem beſten Willen von ihnen mehr zu erwarten waren.

Am 7. September beſchwichtigte Lord John Ruſſel das Unterhaus mit einer langen Rede; er ſey durchaus nicht mit der Bill zufrieden; dieſelbe bilde keine definitive Maßregel; die Lords ſelbſt hätten mehrere Inconſequenzen erwieſen und ſchienen der Meinung zu ſeyn, die Maßregel könne keine endliche Regulirung des Gemeindeweſens bezwecken u. ſ. w.; indeß ſeyen die allgemeinen Beſtimmungen der Bill wichtig genug, um ſie in's Leben einzuführen u. ſ. w.; und ſomit rieth er zur Annahme. Leider auch fügte ſich die radikale Partei trotz allen Widerſtrebens aus Furcht vor einer Tory-

Regierung; ließ ſie die Miniſter durchfallen, ſo hätten dieſe wahrſcheinlich nicht reſignirt, ſondern wären zu einem ähnlichen kräftigen Verfahren genöthigt worden, wie zur Zeit der Reformbill; allein dieß unterblieb. Hume, Wallace, Molesworth und Andere ſchmäheten auf die Lords, droheten mit Maßregeln über Wählbarkeit des Oberhauſes u. ſ. w., von denen ſie wiſſen mußten, daß die Whigs ſie niemals gut heißen würden, und fügten ſich eben ſo wie die 100 eigentlichen Miniſteriellen. Die verſtümmelte Bill ward zum Geſetz.

Niemand wird behaupten, daß jene Municipalbill die Reformpartei befriedigte. Die Lords hatten dafür geſorgt, die alten Gemeinderäthe und Beamten ſo viel wie möglich in ihren Aemtern zu erhalten, die Herausgabe des von Privatleuten uſurpirten Gemeinde-Eigenthums zu verhindern, den Kreis der Municipalräthe zu verengen, die Wirkſamkeit derſelben zu verkürzen u. ſ. w. Allein Einiges war denn doch zum Vortheil der Mittelclaſſen verblieben. Jener ſchmähliche Mißbrauch der Selbſtergänzung für die Stadträthe war ebenſo entfernt worden, wie die uncontrollirte Verwaltung des Gemeindegutes, und für die Zukunft war wenigſtens die Ausſicht geſtellt, daß die Gemeinden die ihnen früher aufgedrungenen Beamten ſich vom Halſe ſchaffen könnten. Indeß eine ſolche Reform wäre ohne Zweifel auch von den Conſervativen, oder wenigſtens von Sir Robert Peel ausgegangen; von den Whigs erwartete man mit Recht, als von einer populären, durch die Radikalen unterſtützten und durch Aufregung des Volkes zur Gewalt erhobenen Partei, daß ſie Reformen in weiterer

Ausdehnung durchſetzen würden, wie dieß von den Conſervativen zu hoffen wäre; eine ſolche Erwartung war aber jezt getäuſcht. Man mußte ſich ſomit zulezt mit dem Gedanken vertraut machen, zwiſchen Whig=Miniſtern und einem Cabinet von Sir Robert Peel ſey kein großer Unterſchied, weil die erſteren keine Kraft und Entſchloſſenheit beſäßen, den Widerſtand der Lords durch ihre Regierungsgewalt zu überwinden, und weil ſie alle darauf zielende Maßregeln unterließen.

Die neue Municipalbill trat alsbald in Kraft und die Regierung hoffte von ihr als Wirkſamkeit eine Erhöhung ihrer Macht. An die Stelle der alten Corporationen traten der Mehrheit nach Reformer beider Parteien; unter allen neugewählten Mayors gehörten nur wenige den Conſervativen an. Bei dem Einfluß, welchen eine jede Municipalverwaltung auch auf die allgemein politiſchen Verhältniſſe der Bürger üben wird, ließ es ſich vorherſehen, daß ein für die Reformpartei günſtiges Element für die Wahlen hinzugekommen ſey; es fragte ſich allein, in wie weit daſſelbe zu wirken vermöge. Die anfangs darauf gegründeten Hoffnungen haben ſich jedoch in der nächſten Zukunft als übertrieben erwieſen; in aufgeregten Zeiten mag es anders ſeyn, unter gewöhnlichen Umſtänden iſt der Einfluß nicht ſo bedeutend, daß er dem der Grundariſtokratie wenigſtens in den kleineren und mittleren Städten die Wage halten könnte; in den größeren Städten war aber der Einfluß überhaupt ſo mächtig, daß er des Beiſtandes einer Communalverwaltung nicht bedurfte.

Bei der Municipalbill erwies die Whig=Regierung

eine Nachgiebigkeit, die man nicht von ihr erwartete; bei einer anderen Maßregel trat ſie damals wenigſtens mit einiger Feſtigkeit auf, ohne jedoch zu anderweitigen entſcheidenden Schritten ſich beſtimmen zu laſſen. Dieß war die iriſche Zehentenfrage, wo freilich jenes Verfahren um ſo ſchmählicher geweſen wäre, da der ſtreitige Grundſatz über Anwendung des Kirchen-Eigenthums zu nicht kirchlichen Zwecken in einem Parlamente bereits der Regierung aufgedrungen war, und dann von den Whig-Häuptern in der folgenden Seſſion dazu benützt wurde, die Tory-Verwaltung niederzuwerfen. Aus beiden Gründen waren die Whigs gezwungen, dieſen Grundſatz wenigſtens damals noch nicht dem Oberhauſe aufzuopfern. Ein Commiſſionsbericht war vorhanden, welcher das genug bekannte Mißverhältniß der anglikaniſchen zur katholiſchen Kirche und die Erfolgloſigkeit aller früheren Bemühungen der erſteren, eine größere Ausdehnung durch reiche Ausſtattung mit zeitlichen Gütern zu verſchaffen, ſo klar erwies, daß weder ein Unbefangener noch ein Mitglied der Conſervativ-Partei daran zweifeln konnte. Indeß was half dieß Alles bei einer Frage, wo ganz andere Intereſſen, als die Verhältniſſe und Bedürfniſſe des iriſchen Volkes, die Entſcheidung gaben? Dieſer Commiſſionsbericht diente zur Grundlage einer Bill, worin man eben ſowohl den guten Willen der Whigs, wie aus der Municipalbill erkannte; es kam nur darauf an, wie die Miniſter mit dem Oberhauſe fertig wurden.

Am 26. Juni legte der neue Staatsſekretär*) für

*) Der frühere, Lord Littleton, war zur Pärie erhoben, und konnte ſomit jenes Amt, welches eine immerwährende Gegenwart im Hauſe der Gemeinen erfordert, nicht mehr verwalten.

Irland, Lord Morpeth, die Bill dem Untergauſe vor. Nach mehreren Beſtimmungen über die rückſtändigen Zehenten ward wie früher und auch von Sir Robert Peel der Vorſchlag gemacht, die Zehentabgaben in einen Erbzins zu verwandeln, welcher auf dem Grundbeſitz laſten ſollte. Die Schätzung deſſelben ward noch niedriger angeſchlagen, wie von Sir Robert Peel, mit einem Abzuge von 30 Procent; außerdem war noch auf einen Abzug für die Einſammlung angetragen. Von Ablösbarkeit war aber nicht die Rede. Alsdann kamen Vorſchläge, die ſich auf Verwaltung der Pfründen bezogen. Es hieß, in jedem Kirchſpiele, wo kein Mitglied der Kirche von England oder weniger als 50 lebten, ſolle die Einſetzung eines Geiſtlichen unterbleiben, und die Kirchencommiſſion ſolle mit Vorbehalt der Genehmigung des Lord Statthalters und des geheimen Raths ermächtigt ſeyn, ein ſolches Kirchſpiel entweder einem benachbarten Geiſtlichen zu übertragen oder einen beſondern Vicar einzuſetzen. Nach einigen Beſtimmungen über Eintheilung der Pfarreien, über Bau von Kirchen nach Abſchaffung der Kirchenabgaben u. ſ. w. folgte endlich die Appropriations-Clauſel, der Ueberſchuß vom Einkommen der Pfarreien, 500,000 Pfund, ſolle auf die öffentliche Erziehung ohne Rückſicht auf die Religion verwendet werden.

Die Stellung der Parteien bei dieſer Maßregel war beſtimmt genug und durch die vorhergehenden Vorgänge auf beiden Seiten entſchieden. Die Conſervativen konnten ſie weder gänzlich verwerfen, noch in derſelben Weiſe wie die Municipalbill verſtümmeln, denn Sir Robert Peel hatte ja ſelbſt eine Maßregel vorgeſchlagen, welche

die Verwandlung und Veränderung der Zehenten betraf. Ihr Widerſtand richtete ſich ausſchließlich gegen die Appropriations-Clauſel. Als ſich das Unterhaus nach der zweiten Leſung in den Ausſchuß bildete (21. Juli), machte Sir Robert Peel ſomit den Vorſchlag, die Bill in zwei Theile zu ſcheiden, damit den Mitgliedern ſeiner Partei Gelegenheit geboten würde, den auf ein neues Syſtem der Zehenteneinſammlung und auf Realiſirung des Kircheneigenthums bezüglichen Theil zu unterſtützen, hingegen denjenigen zu verwerfen, welcher die Verwendung der Kircheneinkünfte auf der Kirche fremdartige Zwecke enthielt. Er ſuchte dabei in ſeiner Rede durch geſchickte Wendungen dem Hauſe darzulegen, das Eigenthum der proteſtantiſchen Kirche ſtehe durchaus nicht mit den Bedürfniſſen der proteſtantiſchen Bevölkerung im Mißverhältniſſe und ignorirte dabei, wie es die Hochkirche ſelbſt zu thun pflegte, die Mehrzahl der katholiſchen Bevölkerung in ſolcher Weiſe, daß man in ſeinen Worten nicht die leiſeſte Andeutung auf die Bedürfniſſe von ſieben Millionen katholiſcher Irländer bemerkte. Bei der Verſammlung befand ſich jezt noch die miniſterielle Partei in dem Vortheile, daß ſie ſich auf die genauen ſtatiſtiſchen Angaben des Commiſſionsberichtes berufen konnte, um das Mißverhältniß der iriſchen Katholiken und Proteſtanten noch entſchiedener ins Licht zu ſetzen; im Uebrigen drehete ſich die Berathung um aller Welt bekannte Dinge, ſie ward ſomit auch ſchnell beendet; die Miniſter erlangten eine Mehrheit von 37 Stimmen, um Peels Vorſchlag zu vereiteln. Am 12. Auguſt war im Unterhauſe die Bill vollendet.

In jener Verhandlung fand ſich übrigens ein ſonderbarer Umſtand, den man damals nicht recht verſtand, und welcher erſt durch die Folge zu einer Zeit klar geworden iſt, wo die Stellung der Hofkirche wiederum als unerſchütterlich erſchien. Als Peels Amendement debattirt wurde, erklärte Puſey, ein Tory und Mitglied für die Grafſchaft Berkshire, zum Erſtaunen des ganzen Hauſes: „Es thue ihm leid, der Anſicht des ehrenwerthen Baronets (Peels) dießmal nicht beitreten zu können; er habe ſich aus dem Commiſſionsberichte von dem höchſt anomalen Zuſtand der Staatskirche in Irland und von der Nothwendigkeit überzeugt, daß den Mißbräuchen und Mängeln derſelben abgeholfen werden müſſe. Deßhalb unterſtütze er die miniſterielle Maßregel, werde aber ſeinen Wählern den Parlamentsſitz wieder zur Verfügung ſtellen. Er ſey ernannt worden, um immer nur das conſervative Intereſſe zu vertreten; ſein Gewiſſen erheiſche jezt von ihm eine andere Verfahrungsweiſe.“ Die plötzliche Sinnesänderung nach dem Commiſſionsberichte bei einer allbekannten Sache ſchien eben ſo ſonderbar wie die Abſtimmung jenes Mannes, deſſen Rechtlichkeit übrigens genug bekannt war. Die Folge hat deſſen Verhältniß aufgeklärt. Er gehörte zu jener Sekte, welche nach einem ſeiner Verwandten denſelben Namen führt, zu jenen Puſeyiten, die eine Annäherung zur römiſch-katholiſchen Kirche nicht allein in den Dogmen, ſondern auch in der Einrichtung der ſichtbaren Kirche bezwecken, eine Sekte, die im Schooſe der anglikaniſchen Geiſtlichkeit entſtanden, damals noch nicht offen auftrat, die aber ſeitdem vom Mittelpunkte der Kirche, von

Oxford ausgegangen, eine größere Wichtigkeit erlangt hat und die vielleicht für die Zukunft den Keim zum Untergange jenes ariſtokratiſchen Inſtitutes legte, deſſen Erſchütterung politiſche Parteien vergeblich verſuchten. Puſey gab damals jene Abſtimmung, weil die von den Miniſtern vorgeſchlagene Maßregel zum Vortheil der Katholiken gereichte, denen jene Sekte ſich wiederum zu nähern ſtrebt. Jener Vorfall iſt bemerkenswerth als die erſte Andeutung vom Daſeyn jener Partei in der Hochkirche, deren Einrichtung ſicherlich eine günſtige Umkehrung erlitte, wenn ſie mit der Zeit ſich in demſelben Verhältniſſe, wie in den lezten Jahren, vermehrte.

Ueber das Schickſal der Zehentenbill konnte im Oberhauſe nach dem Verfahren deſſelben bei der Municipalreform kein Zweifel vorherrſchen. Die Lords ließen ſie zweimal verleſen, mit Rückſicht auf die von Peel ſelbſt angetragene Zehentenverwandlung, und ſtrichen dann Alles, was mit jener früheren Bill nicht übereinſtimmte, in den Ausſchußverhandlungen (am 24. Auguſt). Sie verfuhren dabei mit einer gewiſſen Kälte, indem Leidenſchaftlichkeit und hitzige Worte dabei ſo wenig vorkamen, wie bei einer ganz gleichgültigen Sache. — Das Verfahren der Miniſter war durch die Umſtände vorgeſchrieben. Lord Melbourne ſagte gleich anfangs, wenn die Appropriations-Clauſel geſtrichen werde, könne er ſich mit der Bill nicht weiter befaſſen, und Spring-Rice erklärte am 29. im Unterhauſe, die von den Lords getroffenen Veränderungen hätten das Prinzip dieſer Maßregel dermaßen zerſtört, daß die Regierung entſchloſſen ſey, dieſelbe zurückzunehmen. — Dieß Verfahren fand

die Billigung der ganzen Reformpartei, allein gleich darauf erwieſen die Whig-Miniſter wieder ihre gewöhnliche Schwäche. Sie hatten die Torypartei in der Hand; weil die Zehentenfrage wiederum nicht gelöst wurde, ſo war auch der Zuſtand der iriſchen Geiſtlichkeit, welche wie früher erwähnt, vom Staate Unterſtützung genoß, um ſo trauriger. Die Toryfamilien ſahen ihre in der Kirche Irlands verſorgten Verwandten dem bitterſten Elend ausgeſezt. Die Zahlungsfriſt für die vom Staate geleiſteten Vorſchüſſe (650,000 Pfund) war abgelaufen; weigerte ſich das Unterhaus, ſie zu verlängern, ſo wurde jeder Geiſtliche der proteſtantiſchen Kirche Irlands ruinirt. Auch empfand die Torypartei ſehr wohl die nachtheilige Lage, worin ſie durch Zurücknahme der Bill in dieſer Hinſicht verſezt wurde. Lord Lyndhurſt eröffnete die Sitzung am 3. September mit Schmähungen gegen die Miniſter, weil ſie die ganze proteſtantiſche Geiſtlichkeit Irlands durch ihr Verfahren aller Hülfsquellen beraubt habe, Wellington und Andere ſtimmten ein; jezt kam es darauf an, dieſen Vortheil zu benützen. Radikale im Unterhauſe verlangten, die Zahlungsfriſt jener Vorſchüſſe nicht zu verlängern und die Zurückbezahlung mit aller Härte auf gerichtlichem Wege einzutreiben. Allein die Miniſter waren ſchwach genug, dieß für die ganze Tory-Partei bittere Mittel zu verſchmähen; ſie beſtimmten ihre unbedingten Anhänger, für die Verlängerung der Friſt mit den Tories zu ſtimmen, und gaben ſomit jenen Vortheil ſelbſt aus ihrer Hand.

Einen noch bei weitem entſchiedeneren Vortheil, wie er den Whigs wohl niemals wieder zu Theil werden

wird, ließ die Regierung ebenfalls unbenützt, oder gebrauchte ihn wenigſtens nicht in der Ausdehnung, welche der Partei ein bleibendes Reſultat für längere Zeit verſchafft hätte. Die Miniſter hatten die Gelegenheit in Händen, eine nicht unbedeutende Anzahl von Hochtory-Peers perſönlich zu vernichten, das Oberhaus in eine Stellung zu bringen, worin dieſer Theil der geſetzgebenden Macht ſelbſt hätte Theil nehmen müſſen, das ganze Verhältniß ſeiner Mehrheit zu untergraben. Eine große Anzahl hochtoryſtiſcher Lords und ſogar einige Biſchöfe hatten ſich in eine politiſche Verbindung eingelaſſen, deren Zwecke nicht allein ſchwere Vergehungen (misdemeanors), ſondern auch Hochverrath bewieſen. Ein entſchloſſenes Verfahren hätte die Miniſter von einem Theile der Mehrheit auf immer befreit, und eine Fraction der Conſervativ-Partei niedergeſchlagen, welche zwar auf die eigentliche Leitung der Torypartei keinen Einfluß mehr übte, aber doch ihrer Oppoſition eine bedeutende Zahl von Stimmen verlieh. Die Whig-Regierung benahm ſich aber hier eben ſo wenig nachdrücklich, wie in ſo vielen andern Angelegenheiten. Sie benützte ihr Glück nur auf unvollkommene Weiſe und ließ ſich eine Gelegenheit entſchlüpfen, die ihr niemals wiederkehren wird. Die Sache betraf die ſogenannten Oranienlogen, und die Verhältniſſe waren folgende:

Die Partei der irländiſchen Proteſtanten, die ſogenannten Orangemen, früher ausſchließlich im Beſitz einer auf brutale Weiſe gebrauchten Gewalt, hatten ſeit 1795 zu jener Zeit, als ein Bürgerkrieg mit den Katholiken nahe war, gezwungen zur Selbſtbeſchützung daſſelbe

BROUGHAM.

Mittel gebraucht, womit die Maſſe der Katholiken damals eine Revolution und ſpäter die Ertrotzung gerechter Forderungen bezweckte. Jenes Achtel der iriſchen Bevölkerung hatte ſich eben ſo wie die große Volksmaſſe in Vereine organiſirt und bewaffnet; ihre Leitung war auf Einheit der Einrichtung eben ſowohl begründet, wie die des katholiſchen Vereins nach 1823 und einer jeden Organiſation, welche ſeit 1830 für die Volkspartei beſtand. Die Orangemen bildeten Logen, welche von Ausſchüſſen zu beſtimmten Zwecken geleitet wurden; ſie beſaßen eben ſo ihre Fonds, ihre Abzeichen u. ſ. w., wie die Katholiken. Die Stellung dieſer Oranienlogen war natürlich durch die Verhältniſſe der Orangemen bedingt; ſo lange Irland in ihrem Sinne von dem Tory-Miniſterium vor Canning regiert wurde, ſo lange hingen ihre Zwecke mit denen der Regierung vollkommen zuſammen; ſobald die katholiſche Emancipation von den Miniſtern nach Cannings Art gewünſcht und vorbereitet ward, traten ſie gegen dieſelben in eine feindliche Stellung; durch die Niederlage von 1829 gereizt, nach ihrer Meinung von den Tory-Häuptern verrathen, begannen ſie ſchon damals auf Plane zu ſinnen, die den engliſchen Verhältniſſen widerſtrebten. Der National-Charakter der Irländer, welchem die Ueberlegung oft genug fremd iſt, erwies ſich bei den Orangemen in derſelben Weiſe, wie ſo häufig bei den Katholiken; ohnedem fehlte es ihnen an tüchtigen Häuptern. Diejenigen, welche am Beginn des Jahrhunderts gewirkt hatten, waren todt, die 1835 lebenden, Lord Roden, Londonderry, und Andere, ſämmtlich Leute von

heißen, aber von ſchwachen Köpfen, einige ſogar aus lezterem Grunde lächerlich (Oberſt Perceval). Der hauptſächlichſte Plan, worauf ſie ihren Einfluß zu begründen ſuchten, war auch von ſolcher Art, daß er unter den brittiſchen Verhältniſſen eben ſo wenig von Erfolg ſeyn konnte, wie der Aufſtand der Katholiken am Schluß des Jahrhunderts; der Plan ergab ſich übrigens natürlich aus der ganzen Stellung der Partei. Sie war von jeher an die Anwendung der brutalen Gewalt gewöhnt geweſen und hatte von 1799 bis zur erſten Statthalterſchaft des Marquis von Wellesley das Land allein dadurch regiert; ſchon wegen ihrer bedeutenden Minderzahl kannte ſie kein anderes Mittel, ſich zu behaupten, als die bewaffnete Macht; dem Weſen der Partei nach war es ſomit eine natürliche Folge, daß ſie eine Stütze im Heere ſuchte. Schon während der Tory-Regierungen vor 1822 wurden Offiziere, beſonders aber Unteroffiziere und Gemeine, in die Logen aufgenommen. Dieß Mittel widerſtrebte der ganzen Beſchaffenheit nicht allein des engliſchen Staates, ſondern auch der Armee, worin jene ariſtokratiſchen Verhältniſſe, welche durch die ganze Geſellſchaft hindurch gehen, eine noch größere Abſonderung der Grade bewirken, wie in mehreren anderen Heeren; ſchon vor 1823 war das Verfahren für die Tory-Regierung verletzend, und der Herzog von York, obgleich in ſeiner Parteigeſinnung mit den Orangemen vollkommen zuſammentreffend, trat deßhalb 1821 aus dem Bunde aus und erklärte jenes Verfahren für geſetzwidrig. Bei der Katholiken-Emancipation ſah ſich auch 1829 der Herzog von Wellington genöthigt, den Beitritt von Militär-

Perſonen in jene Logen zu verbieten. Seitdem aber waren die Orangemen mit den Tory-Häuptern wieder zuſammengetroffen; in der Oppoſition waren erſtere den lezteren eben ſo nothwendig, wie den Leitern der Conſervativ-Partei die Stimmen von den Mitgliedern der engliſchen Hochtory-Fraktion, deren Lärmen und Zwecke ihnen zur Laſt wurden, ſobald ſie eine Regierung wirklich binden konnten. Als Sir Robert Peel (Ende 1834) zum Miniſter ernannt worden war, ſah er ſich auch gezwungen, die von den Oranienlogen ihm zugeſandten Adreſſen freundlich zu beantworten.

Jenes Mittel, den Einfluß der Partei durch Aufnahme von Unteroffizieren und Gemeinen in ihre Verbindung zu erhöhen, wurde während der Reform-Aufregung in ſolcher Ausdehnung zur Ausübung gebracht, wie es nur immer möglich war. Jene Aufnahme von Soldaten erſtreckte ſich nicht allein auf Irland, wo übrigens die große Zahl der bewaffneten Macht eine nicht unbedeutende Anzahl der aufgenommenen Mitglieder bewirkte, ſondern ebenſo auf England und Schottland und ſogar auf die Colonieen. Vorwand war Erhaltung der proteſtantiſchen Religion; der Zuſammenhang von ſolcher Art, daß ein Anſtoß, von den Centrallogen gegeben, wenigſtens Meutereien unter den Truppen bewirken konnte.

Der Umſtand, daß Unteroffiziere und Soldaten aufgenommen wurden, war ſchon lange bekannt; anfangs ward derſelbe als unbedeutend von der Reformpartei betrachtet. Auch wird jede Kenntniß des engliſchen Heerweſens die Ueberzeugung bewirken, jener Plan der Orange-Partei, in der bewaffneten Macht eine Stütze zu ſuchen,

ſey eben ſo ungeſetzlich wie erfolglos geweſen. Abgeſehen von dem Umſtande, daß die engliſche Armee nicht einen beſonders geachteten Körper bildet, deſſen Entſcheidung keinen Einfluß auf die ariſtokratiſchen und mittleren, oder auf die niederen Volksclaſſen üben kann, iſt auch die Zuſammenſetzung und das ganze Verhältniß von ſolcher Art, daß die Disciplin der unteren Grade im Augenblick aufhören muß, worin die oberen nicht mehr die ganze Geſetzlichkeit des Staates im Rückhalt haben. Der gemeine Soldat, bei dem perſönlichen Trotz des Engländers nur durch Furcht vor harter Strafe und durch die entſchiedenſte Abſonderung der Offiziere in Ordnung erhalten, hegt in der Regel keine beſondere Zuneigung zu denſelben. Er gehorcht allein aus Zwang und in dem Bewußtſeyn, daß er im Fall der Deſertion u. ſ. w. bei der Volksmaſſe weder Unterſtützung noch Mitgefühl findet, denn jene iſt von ihm vollkommen geſondert und pflegt ihn zu verachten. Er weiß aber ſehr gut, daß er im Augenblicke alles Gehorſams entbunden iſt, ſobald das Unterhaus die jährliche Mutiny-Bill verweigern ſollte, daß er alsdann ſeinen Offizier beſchimpfen, mißhandeln und ſogar tödten darf, wenn ihm dieſer Befehl ertheilen ſollte, von ſeinen Waffen gegen das Volk Gebrauch zu machen. Unter keinem Heer iſt die Disciplin ſo ſchwer in gewöhnlichen Zeiten, wie unter dem engliſchen zu erhalten; in jenem Fall mußte ſie gänzlich aufhören. Somit iſt es unmöglich, daß der alleinige Wille der Militärchefs die Armee zu Schritten beſtimmen könnte, welche das Heer einem Zwecke der geſetzgebenden Gewalt entgegen-

ſtellen würde; ein ſolcher Verſuch würde höchſtens eine augenblickliche Meuterei veranlaſſen, und die Mehrzahl der Soldaten eher gegen ihre Offiziere, wie gegen einen integrirenden Theil der Staatsgewalt ihre Waffen gebrauchen. Allein abgeſehen von dieſem Umſtande, ſo iſt es die Frage, ob das Heer ſogar im Fall eines allgemeinen Aufſtandes, wenigſtens in England und Schottland, nicht bald der gar nicht ſchlecht diſciplinirten, bewaffneten und geführten Miliz (einer Million) unterliegen müßte. Somit war es, abgeſehen von der Ungeſetzlichkeit, ein höchſt thörichtes Beginnen der Orangemen, daß ſie den geringſten Erfolg von jener Aufnahme der Unteroffiziere und Soldaten erwarteten. Das Subordinationsverhältniß hatte zwar zur Folge, daß Tauſende von Gemeinen auf das Geheiß ihrer Offiziere in die Logen eintraten, allein es war die Frage, ob die Häupter der Logen ſich ſogar auf dieſe im Fall einer Meuterei verlaſſen konnten. — Die Disciplin des Heeres war übrigens ſchon durch jenen Fall beeinträchtigt; das weſentliche Erforderniß der Unterordnung hatte aufgehört, ſobald Gemeine mit ihren Offizieren in den Logen als gleichgeſtellt zuſammentrafen; auf jener ſtrengen Abſonderung der Grade, die kaum in einem anderen Heere, wie im engliſchen, ſtatt findet, beruht aber bekanntlich eben ſowohl die Disciplin, wie auf den harten dort gewöhnlichen Strafen, auf der reichlichen Ernährung, der regelmäßigen Zahlung des Soldes u. ſ. w.

Ein Verſuch, die Disciplin des Heeres zu beeinträchtigen, bildet, abgeſehen von den Strafen der Offiziere nach dem Kriegsgeſetz, nach dem gemeinen Recht

(Common law) ein ſchweres oft mit lebenslänglicher Deportation zu beſtrafendes Vergehen (Misdemeanor). Unter den gewöhnlichen Verhältniſſen bleibt die Anwendung des gerichtlichen Verfahrens allein der Regierung anheimgeſtellt; ſomit hätte ſich das Unterhaus ſchwerlich in die Sache eingelaſſen, wären nicht die politiſchen Ereigniſſe des Jahres hinzugekommen. Wie erwähnt, wurde die Sache unter dem Miniſterium Peels zur Sprache gebracht. Die liberale Oppoſition ließ den Umſtand nicht unbenuzt, um der Tory-Partei einen empfindlichen Schlag beizubringen. Ein Unterſuchungs-Ausſchuß ward eingeſezt, welcher bald darauf ſchwerere Vergehen, nämlich hochverrätheriſche Zwecke über Veränderung der Thronfolge ahnen ließ, die wenigſtens durch ſolche Beweiſe dargelegt wurden, daß man gleich anfangs im Publikum nicht darüber zweifeln konnte, und daß eine Jury ſehr wohl ihr Verdikt in dieſem Sinne hätte geben können.

Die Whigs hielten ſich übrigens zurück, und haben ohne Zweifel die radikale Partei zu dem Zweck vorgeſchoben, um den mißlichen Kampf zu eröffnen, der bald eine ſolche Wendung nahm, daß eine Menge Häupter ariſtokratiſcher Familen blosgeſtellt wurden. Sie ſelbſt ſchritten in der Regel nur dann ein, wenn die Unterſuchung durch Hume u. ſ. w. jenen drohenden Charakter annahm, hielten dieſen zurück, und ſchienen gleich anfangs die Sache eher als ein Mittel zur Einſchüchterung für die Hochtorylords gebrauchen zu wollen, als daß ſie die Abſicht hegten, die ganze Angelegenheit mit allen ihren Folgen durchzuführen.

Zuerſt gab Hume im Unterhauſe die Erklärung, aus den Ausſchuß-Unterſuchungen gehe hervor, daß Logen der Orangiſten nicht allein in Irland, ſondern auch in der Armee beſtänden. Prinzen und Pairs hätten ſich blosgeſtellt; es ſey ſeine Abſicht eine hohe Perſon ſchwerer Verbrechen anzuklagen. Der Vorſitzer des Ausſchuſſes hielt ihn jedoch zurück, weil die Zeugenausſagen noch nicht geordnet wären, um zur Kenntniß des Publikums zu gelangen. Am 4. Auguſt ſtellte darauf Hume die Reſolution: das Haus möge an den König eine Adreſſe erlaſſen, damit dieſer das Ueberhandnehmen der Oranienlogen in der Armee verhindere, dabei ſollte namentlich des Umſtandes erwähnt werden; daß der Herzog von Cumberland, als Großmeiſter, noch im April dieſes Jahres Erlaubnißſcheine zur Errichtung dieſer Logen im Heere unterzeichnet habe. Die Whigs traten wieder beſchwichtigend ein. Lord John Ruſſel ſchlug vor, die Debatten zu vertagen, damit dem Herzoge Zeit gegönnet würde, ſich vor dem Ausſchuſſe zu rechtfertigen. Die Debatte wurde aufgeſchoben. Bald darauf erhielt auch der Vorſteher des Ausſchuſſes ein Schreiben des Herzogs von Cumberland, worin dieſer entſchieden widerſprach, daß er von der Aufnahme der Soldaten gewußt habe. Allein hier glaubten die Whigs doch einzuſchreiten zu müſſen. Am 11. erklärte Lord Eborgton jene Angabe für ungegründet, und bewies durch Dokumente das Gegentheil derſelben. Vergeblich ſuchten die Orangemen, welche im Unterhauſe ſaßen, ſich von den Beſchuldigungen zu rechtfertigen. Die Beweiſe, welche der Ausſchuß in Händen hatte, waren

zu überzeugen. Es erhellete daraus, daß die ganze Verbindung in einer Verſchwörung gegen den Staat beſtehe, indem ſelbſt der Gehorſam gegen den König nur als bedingt in den Eidesformeln der Aufnahme ausgeſprochen wurde, daß die Zahl der Bewaffneten ſich auf 200,000 Mann belaufe, daß man am Daſeyn der Logen in der Armee nicht zweifeln könne, daß dieſelben ſich nicht allein in Großbrittannien, ſondern auch in den Colonieen, wie in Canada, Gibraltar u. ſ. w. vorfände, und daß die Lords Kenyon, Longdale, Londonderry u. ſ. w., der Biſchof von Salisbury und andere Prälaten als Vorſteher einzelner Logen, einer geſetzlichen Strafe anheimgefallen wären u. ſ. w. Die Debatten wurden aber noch immer mit einiger Zurückhaltung geführt; auch Hume ſagte nicht Alles, was er wußte; er ließ ſich ein Amendement Lord John Ruſſels in Betreff der von ihm vorgeſchlagenen Adreſſe an den König gefallen, wonach das Haus bemerkte: Es wolle nicht glauben, daß der Herzog von Cumberland Etwas vom Beſtehen der Orangelogen in der Armee gewußt habe. Der König, wahrſcheinlich durch den Umſtand erſchreckt, daß die Disciplin der Armee gefährdet war, gab eine befriedigende Antwort, und bald darauf erfolgte auch ein Befehl des Armee-Commandeurs Lord Hill, worin die Theilnahme der Offiziere, Unteroffiziere und Gemeinen an den Oranienlogen unterſagt, und im Fall des Ungehorſams mit Kriegsgerichten gedroht wurde. Auch der Herzog von Cumberland ſah ſich genöthigt, von der Errichtung jener Oranienlogen unter den Truppen ſich loszuſagen, und reiste gleich darauf nach dem Feſtland.

Die Unterſuchung nahm mittlerweile ihren Fortgang, und ſchien bis zu dem Punkte gekommen zu ſeyn, wo die deutliche Darlegung des Hochverrathes nahe war. Der Ausſchuß des Unterhauſes verlangte von dem eifrigſten Agenten des Ordenvereins, Oberſt Fairman, die Herausgabe von Papieren, bei welchen man Aufklärung über die Zwecke des Ordens erwartete. Fairman erſchien am 8. Auguſt, und weigerte ſich, die Papiere herauszugeben. Hume trug auf ſeine Verhaftung an, und der dafür bezügliche Befehl ward am 20. erlaſſen. Der Ausſchuß war unbeſonnen genug geweſen, den Oberſt Fairman nicht ſogleich gefangen nehmen zu laſſen; am 20. war er bereits entflohen. Eine Botſchaft ward an das Oberhaus erlaſſen, die Lord Kenyon und den Herzog von Gordon vorzuladen; allein dieſe Maßregel fand Verzug, ſowie die ganze Unterſuchung nicht mit dem Nachdruck geführt wurde, welchen man in früheren Zeiten bei ähnlichen Veranlaſſungen zu bemerken pflegte. Sogar der Bericht des Ausſchuſſes (am vorlezten Tage der Seſſion vorgelegt) ließ noch die hochverrätheriſchen Zwecke etwas im Dunkeln, worüber wahrſcheinlich weder die Mitglieder der Regierung noch des Ausſchuſſes im Zweifel waren. Hume verkündete allein, daß er in der nächſten Seſſion die Sache wieder aufnehmen würde.

So wie die Umtriebe öffentlich wurden, entſtand dadurch weder Furcht noch beſondere Aufregung unter dem Volke. Höhere und mittlere Claſſen erkannten zu wohl ihre Sicherheit vor tollkühnen Verſuchen die Militärgewalt zu mißbrauchen, als daß ernſtliche Beſorgniſſe

über Abſichten hätten entſtehen können, wonach die Armee verführt, und zur Herrſchaft einer gehaßten aber nicht mehr gefürchteten Partei-Fraktion gebraucht werden ſollte. Man hegte im Gegentheil Hoffnungen, jener Verſuch werde allein dazu dienen, den Feind vollkommen niederzuſchlagen. Die eigentlichen Conſervativen zogen ſich ſogleich von jenen politiſchen Verbündeten zurück, die von ihnen höchſtens gebraucht wurden, denen ſie jedoch nicht mehr die eigentliche Leitung überließen. Sie ertheilten ſogar den Orangemen einen noch bedeutenderen Schlag, wie der Unterhaus-Ausſchuß; 37 Logen in Yorkſhire und Derbyſhire kündigten ihre Verbindung mit der Hauptloge auf, und einer ihrer Großmeiſter, Haywood, machte die Beſtrebungen öffentlich, welche den Hochverrath (Veränderung der Thronfolge) darlegten. Es ward erklärt: Fairman habe 1833 auf einer Reiſe, die er auf Befehl und Koſten der Hauptloge zur Verbreitung des Orangismus durch England und Schottland machte, mehrere Logen ausgeforſcht, ob ſie die Hauptloge im Fall der Abſetzung des jetzigen Königs zur Erhebung des Herzogs von Cumberland unterſtützen wollten. Ferner behauptete Haywood, Fairman habe einen vom Herzog von Cumberland unterzeichneten Ausweis bei ſich geführt (im Jahre 1832), worin er den Filial-Logen als königlicher Agent angekündigt wurde. Er habe die Mitglieder ausgeforſcht, ob ſie geneigt ſeyen, ihren erlauchten Großmeiſter zu unterſtützen, wenn Wilhelm IV. wegen ſeiner Beſtätigung der Reform-Bill entthront werden ſollte. Ferner habe er vorgeſchlagen, bei Feſtmahlen den

Toaſt auf den König fortan wegzulaſſen, und förmlich erklärt: Nicht ein junges Mädchen (die Prinzeſſin Victoria), ſondern der Herzog von Cumberland werde auf den Thron berufen werden. Dies war offenbarer Hochverrath; es fragte ſich, ob die Regierung dieſe Beweiſe benützen würde. Sie zögerte während des Zwiſchenraumes bis zur nächſten Seſſion, und verſchob auf dieſe alle weiteren Schritte, offenbar in der Hoffnung, die Tory-Partei durch ein Mittel zu ſchrecken, deſſen Anwendung mehreren Mitgliedern derſelben gefährlich werden konnte, und ſo die Mehrheit des Oberhauſes vielleicht zur Nachgiebigkeit in politiſcher Hinſicht bei den von ihr vorgebrachten Reformmaßregeln zu bringen.

Die Seſſion ward am 10. September geſchloſſen, eine der längſten, welche das Parlament in neueſter Zeit gehalten hat, oft aufregend und die Parteileidenſchaften erweckend, erfolgreich in der Entſcheidung über die Stellung der Parteien, allein nicht in Durchführung von Reformen. Die Verhältniſſe, worin die Whigs in nächſter Zukunft ſich befinden würden, hatten ſich herausgeſtellt, durch Nachgiebigkeit hatte ſich die Partei geſchwächt. Die Ausſichten, die ſie ſich damals ſtellten, waren höchſt wahrſcheinlich folgende: Bei dem Alter und der geſchwächten Geſundheit des Königs ließen ſich nur wenige Jahre ſeiner ferneren Regierung vorausſehen; im Fall ſeines Todes war die Parlamentsauflöſung, womit ſie ihn während ſeines Lebens nicht mehr drängen wollten, durch die Verfaſſung beſtimmt. Alsdann hegten ſie Hoffnung, eine deſto entſchiedenere Mehrheit zu erlangen, da ſie nicht allein den Einfluß der Regierung

ſondern auch den des Hofes zu den Wahlen be-nützen konnten. Die junge Thronerbin, von ihrer Mutter, der Herzogin von Kent, in Whig-Grundſätzen, nach der Partei ihres Vaters (eines entſchiedenen Whig) erzogen, hegte nämlich ein hohes Vertrauen zu ihnen, und beſaß durchaus keine Zuneigung zu den Conſervativen, ein Umſtand, der ſich bei dem Verhältniß der Oranienlogen als natürlich ergab. Ferner hofften die Whigs, die neue Municipalbill, von welcher man ſich mehr verſprach, als ſie geleiſtet hat, werde ihnen ebenfalls größeren Einfluß in den Städten verſchaffen. So ſey eine ſtarke Mehrheit ihnen gewiß. Sie bedachten nicht, daß ſie in der Zwiſchenzeit einer erfolgloſen Regierung noch mehr das Vertrauen der Mittelclaſſen verlieren würden, daß dieſe nach einigen Jahren keine bedeutende Anſtrengungen zu ihren Gunſten mehr machen würden, daß die Conſervativen mit jedem Jahre in demſelben Grade an Boden gewannen, wie es vor 1833 bis 35 der Fall geweſen war, daß unter dieſen Umſtänden die Mehrheit in den Lords immer hartnäckiger werden müßte. Hinſichtlich der Lezteren, ſo hoffen ſie dieſelbe durch ihre ſpätere geträumte Mehrheit zur Nachgiebigkeit zu bringen, oder die Mehrheit allmählig durch Creirung von Whig-Peers in ihrem Sinne zu verändern. Was die lezte Mittel betrifft, ſo ſtammt die jetzige Tory-Mehrheit bekanntlich von Ernennungen, die unter Georg III. und IV. vom Tory-Miniſterium ausgingen. (Bei weitem mehr als 300.) Die engliſchen Peers älterer Geſchlechter ſind faſt ſämmtlich liberal (die Familien der Talbot, Howard, Devereux, Grey u. ſ. w.)

wohl nur mit Ausnahme des Herzogs von Northumberland (Percy). Die beiden Fraktionen der Conſervativ-Partei, wie ſie jezt beſtehen, ſind durch jenen allmähligen Pärsſchub in 70 Jahren größtentheils gebildet worden. Es wäre den Whigs ſicherlich nicht zu verdenken geweſen, wenn auch ſie dieſes Mittel zu ihrem Vortheil angewendet hätten, wie früher ihre Gegner, und während der 11 Jahre, worin ſie das Ruder führten, haben ſie auch nicht unterlaſſen, davon gehörigen Gebrauch zu machen; allein der Erfolg war in zu weite Zukunft gerückt, als daß man Hoffnungen darauf hätte bauen können. Von einem plötzlichen Pärsſchub, wie er zu Zeiten der Königin Anna wirklich geſchah, und wie er 1832 während der Reformaufregung beabſichtigt wurde, war jezt nicht mehr die Rede. Höchſtens drohten Whig-Organe, wie das Morning Chronicle, welchem übrigens die Miniſter ſeine ganze Richtung beſtimmten, und wohin ſogar Lord Palmerſton Artikel einſenden ſollte, mit einer zukünftigen Reform der Pairie; die Regierung ſelbſt oder ihre unmittelbaren Anhänger im Parlamente haben niemals ſolche Reden geführt, oder nur ſehr verdeckt und kaum verſtändlich, in räthſelhaften Andeutungen.

Was die übrigen unerheblicheren Geſchäfte der Seſſion betrifft, ſo mag noch bemerkt werden, daß an die Stelle der bereits unſchädlich gemachten iriſchen Zwangsbill eine ſogenannte Friedensbill trat, welche ganz den gewöhnlichen Zuſtand bis auf einen Punkt wieder herſtellte, nach welchem die vierteljährigen Seſſionen in unruhigen Bezirken für parmanent erklärt werden konnten,

daß ferner Lord John Ruſſel eine iriſche Municipalbill einbrachte, welche jedoch unerledigt blieb und in den ſpäteren Seſſionen einen lang dauernden Streit beider Häuſer bildete. Bei ſpäterer Gelegenheit werden wir darauf zurückkommen.

Hinſichtlich der äußeren Verhältniſſe war das einzige wichtigere Ereigniß die Bildung einer engliſchen Legion für die conſtitutionelle Regierung Spaniens und die damit zuſammenhängende Unterſtützung, welche das engliſche Miniſterium der jezt herrſchenden liberalen Partei der Halbinſel zukommen ließ; erſtere Maßregel war bereits im vergangenen Jahre eingeleitet. Am 10. Juli enthielt die amtliche Zeitung einen Befehl, worin es allen brittiſchen Unterthanen erlaubt wurde, in den Dienſt der Königin-Regentin zu treten. Zugleich ward an die Zollverwaltung der Befehl ertheilt, die Ausfuhr von Waffen und Munition nach Spanien zollfrei paſſiren zu laſſen. Dieſe Maßregel konnte wahrlich den Whigs nicht zum Vorwurf gemacht werden. Eine förmliche Intervention zu Gunſten der Königin-Regentin hätte eben ſo Großbrittannien wie Spanien verlezt, oder lezterem wenigſtens keinen bleibenden Vortheil gebracht, indem ſie höchſtens eine Regierung hätte gründen können, welche ſich wie die Ferdinands VII. nach 1823 auf fremde Kriegsmacht und fremden Einfluß ſtüzte, und ſomit keine innere Feſtigkeit auf die Dauer beſeſſen hätte. Der größere Theil der liberalen Partei Spaniens ſelbſt wies die fremde Intervention zurück; ein Anderes war es dagegen mit einem fremden Truppencorps, welches in ſpaniſchem Solde und unter ſpaniſcher Controle ſtand.

Einige Intervention war jedoch ſchon deßhalb nöthig geworden, weil Don Carlos eine bedeutende Geldhülfe von abſolutiſtiſchen Regierungen des Feſtlandes empfing. — Oberſt Evans, bekannt als tapferer Offizier während des Feldzuges der Britten auf der Halbinſel, und dann als einer der bedeutendſten Repräſentanten der Radikalen ſeit dem reformirten Parlament, erhielt den Oberbefehl; andere Stabsoffiziere aus der Whig- und Radikal-Partei (Robinſon u. ſ. w.) bekleideten die übrigen höheren Stellen; es ward mit beſonderer Sorgfalt auf die Beſetzung der Offiziersſtellen geſehen, denn jene Erlaubniß, welche die Regierung ihren Unterthanen ertheilte, und die ſich auf ihre Halbſold-Offiziere erſtreckte, und überhaupt die Anhänglichkeit, welche ſowohl unter der Mehrzahl der ariſtokratiſchen Claſſen, Whig oder Tory, ſo wie auch beſonders unter der brittiſchen Armee zu der liberalen Partei Spaniens ſeit 1809 beſtand, bewog eine bedeutende Menge, in den ſpaniſchen Dienſt zu treten. An Soldaten fehlte es ebenfalls nicht bei einer Nation, welche kühne Unternehmungen jeder Art liebt, und den fremden Kriegsdienſt nie verſchmäht hat, ſobald ihre Intereſſen oder ihr Mitgefühl für beſtimmte Parteien dadurch nicht verlezt wurde. Das Anſehen desjenigen Spaniers, welcher von ſeiner Regierung aus die Unternehmung in London leitete, trug dazu bei, das Vertrauen der Britten zu erregen. Es war der General Alava, vor welchem alle Offiziere der engliſchen Armee, die früher in Spanien gefochten hatten, die höchſte Achtung hegten, und welcher auch mit Wellington perſönlich in

freundſchaftlichem Verhältniſſe ſtand. Der ganze Betrag der Hülfslegion war auf 10,000 Mann berechnet; die Truppe kam bald zuſammen, und wurde allmählich nach dem Norden Spaniens eingeſchifft.

Die Maßregel ward natürlich von derjenigen Fraktion der Tories geſchmäht, welche noch die alten Ueberlieferungen Caſtlereaghs bewahrt hatte, und jede Unterſtützung einer liberalen Partei auf irgend einem Theile der Erde zu verhindern ſuchte. Lord Londonderry führte hier beſonders das große Wort, obgleich er in ſpäterer Zeit gerade in Hinſicht jener engliſch-ſpaniſchen Legion eine lobenswerthe Wirkſamkeit erwieſen hat. Jene Fraktion aber hatte ſchon lange wegen ihrer früheren Nachläſſigkeit in Wahrnehmung brittiſcher Intereſſen ihren Einfluß verloren, und wurde ſomit in ihren Vorſtellungen, Klagen und Proteſten wenig beachtet. Auch hielt ſich die eigentliche Conſervativ-Partei, oder diejenigen Tories, welche ſpäter zur Regierung zu gelangen hofften, in der Hauptſache einigermaßen zurück.

Man hegte bedeutende Hoffnungen über die Wirkſamkeit der ſpaniſchen Legion. Es läßt ſich nicht leugnen, daß ſie wichtige Dienſte geleiſtet hat, allein ſie kam durch mancherlei Verhältniſſe in eine ungünſtige Lage. Der engliſche Soldat bedarf ſchon wegen der Erhaltung der Disciplin einer ſo reichlichen Verpflegung, wie er ſie von ſeiner Regierung gewohnt iſt, und wie ſie kein anderer Staat ſeinen Truppen reicht. Die ſpaniſche Regierung war aber nicht im Stande, wegen der heilloſen durch die unumſchränkte Monarchie bewirkten Finanz-Zerrüttung, die Anſprüche der brittiſchen Legion

zu erfüllen. Indisciplin riß ein. Dazu kam bald die Eiferſucht der ſpaniſchen Truppen, welche in der engliſchen Legion ein bevorzugtes Corps erblickten, dann die beſondere Natur des Bürgerkrieges im Norden von Spanien, wodurch eine ſchnelle Entſcheidung unmöglich wurde, endlich die fortwährende und niederdrückende Schmähung, die von Hochtories in England ausging, den Kriegsruhm der Truppe im Vaterlande zu ſchmälern ſuchte u. ſ. w. Der Mangel war für die Legionsſoldaten während des Kampfes eben ſo groß wie ſpäter, als die Mehrzahl nach England zurückkehrte, und die vertragsmäßige Entſchädigung von Spanien erwartete, welches damals dieſelbe nicht leiſten konnte. Allein andrerſeits iſt dadurch das freundſchaftliche Verhältniß, welches die Regierung Großbrittanniens an das conſtitutionelle Spanien knüpft, befeſtigt worden: die engliſche Legion hat wichtige Dienſte geleiſtet, obgleich ſie viele an ihre Errichtung geknüpfte Hoffnungen nicht befriedigte und nicht befriedigen konnte, und obgleich die Spanier ſelbſt, ſicherlich zu ihrem eigenen Nutzen, die hauptſächlichſte Entſcheidung gegeben haben. Eine nähere Darſtellung der Schickſale jener Legion gehört jedoch nicht in die Darlegung der auf England bezüglichen Ereigniſſe.

Die Ausführung des Quadrupeltraktats, wie ſie von der Regierung ſtatt fand, war ebenfalls von bedeutendem Nutzen für die conſtitutionelle Sache der Halbinſel. Engliſche Marineſoldaten nahmen entſcheidende Mitwirkung an der erſten Vertheidigung Bilbaos, im Verein mit den tapferen Milizen, welche einen entſcheidenden Erfolg

des Kronprätendenten verhinderten. Eben ſo ward Unterſtützung in anderer Art durch Lord Palmerſton gereicht; die ſpaniſche Regierung erhielt von der engliſchen Waffenſendungen. Leztere waren übrigens von den Conſervativ-Miniſtern eben ſo wenig unterbrochen worden, wie überhaupt die Ausführung des Quadrupelvertrags. Unter Peels Regierung wurden 50,000 Flinten nach Spanien geſendet.

Hinſichtlich der Colonieen traf die Regierung in Betreff Canada's eine Maßregel, welche wenigſtens erwies, daß ſie für den Augenblick über das dort zu befolgende Verfahren unentſchieden war. Ein vollkommenes Reform-Miniſterium hätte wahrſcheinlich bei dem gereizten Zuſtande jener Colonie eine Bill vorbereitet, welche dem bereits genugſam erkannten Uebel in der Art vorgebeugt haben würde, daß jene Criſe entfernt worden wäre. Dies unterblieb; die Regierung ſandte allein eine Commiſſion nach Canada, welche die Sache noch mehr verſchlimmert hat. Je mehr ſie in Großbrittannien ſelbſt den Conſervativen gegenüber unwirkſam wurde, in demſelben Verhältniß trat ſie mit Härte den Colonieen gegenüber, bis ſie durch dies Verfahren in England ſelbſt einen Schlag erhielt. Was die weſtindiſchen Colonieen betrifft, ſo geſchah die Auszahlung der den Pflanzern bewilligten Entſchädigung nach der Erhebung eines Anleihens; auch wurden Ueberſchüſſe vom Budget dazu verwendet, welches in dieſer Seſſion keine merkwürdigen Seiten darbot.

Uebrigens verminderte ſich die Mehrheit der Whigs nach dem Schluß der Parlamentsſeſſion wieder um

einige Stimmen. Einige Parlamentsſitze wurden durch den Tod von Mitgliedern erledigt, und in allen dieſen Wahlen ſiegten die Conſervativen. Die Furcht vor den Katholiken, der Lärm über das Bündniß der Miniſter mit O'Connel, eine ungewöhnliche Thätigkeit der Tories, wobei ihr Carlton-Club bedeutende Summen durch Subſcription zuſchoß; alles dieß hatte die gehörige Wirkung, beſonders bei der Beſetzung zweier erledigter Grafſchaftsſitze. Der Erfolg ſchien ſogar die Erwartung der Partei zu überſteigen.

Am 4. Februar 1836 ward das Parlament wieder eröffnet; eine Menge Reformen, ſogar in Betreff der Kirche, wurden in der Thronrede empfohlen, es war nun die Frage, in wie weit ſie die Miniſter durchſetzen würden. Große Hoffnungen wurden bereits nicht mehr gehegt; die allgemeine Stimmung war in dieſer Hinſicht herabgedrückt; der Erfolg der lezten Seſſion nach dem ſiegreichen Kampfe mit den Conſervativen hatte die Aufregung der Mittelclaſſen ſehr abgekühlt, die ſchon jezt gegen die Whigs gleichgültig waren, und die ſich vielmehr über den Gang der Induſtrie und des Handels bekümmerten, die endlich ſo lange gleichgültig blieben, bis ihre Intereſſen durch den Gang der Politik geſtört wurden.

Die erſte wichtigere Angelegenheit, welche zur Sprache kam und auch entſchieden wurde, betraf die Oranienlogen. Nach allen Vorgängen erwartete man weitere Schritte des Unterhauſes, auch unterließen es nicht die von den Miniſtern vorgeſchobenen Radikalen, ſogleich mit Vorſchlägen aufzutreten. Hume kündigte

dieſelben ſchon am 4. Februar am Tage der Eröffnung an, und kam damit ſogleich nach den Adreßdebatten. Die Miniſter hatten mit ihrer gewöhnlichen Aengſtlichkeit ſich von der Unterſuchung zurückgezogen, und Hume ſo wie den ganzen Ausſchuß wahrſcheinlich nur mit geheimen Angaben unterſtüzt. Die Unterſuchung ging aber ſo ſehr von den Radikalen aus, daß Parlamentsglieder dieſer Partei die nöthigen Fonds aus eigenen Mitteln herſchoßen (Sir William Molesworth). Stoff zu Staatsprozeſſen war genug vorhanden, obgleich der oben erwähnte Haywood, der hauptſächlichſte Zeuge, zur gelegenen Zeit für die compromittirten Mitglieder der Oranienlogen ſo plözlich ſtarb, daß Verdacht über Verzichtung rege wurde. Indeß ſogar Hume, ſonſt ein Mann, der immer ſeine Unabhängigkeit behauptet hat, zeigte ſich dießmal ſo nachgiebig, wie ſonſt nie in ſeinem Leben. Der miniſterielle Plan ging darauf hinaus, die Auflöſung, oder wenigſtens die Unſchädlichkeit des Vereins zu bewirken, und erſt dann, wenn die Hochtories ſich widerſezten, eine gerichtliche Klage zu beginnen; der Vortheil, welcher den Whigs durch die begangenen Ungeſetzlichkeiten geboten war, wurde nicht benüzt. Ein früherer Whig-Leiter und Miniſter (Robert Walpoll), ſtellte den Grundſatz auf, in allen politiſchen und Wahl-Angelegenheiten müſſe jeder Vortheil benüzt, und dem Gegner nie Pardon gegeben werden; dieſer Staatsmann hatte früher den Grundſatz auch durchgeführt, allein die neueren Whigs erwieſen, daß ſie lezteren nicht mehr kannten.

Am 8. Februar ſtellte zuerſt Hume die Frage an den Kriegsſekretär, welche Schritte der Oberbefehlshaber des Heeres gethan habe, um jeden Offizier, welcher nach dem erlaſſenen Befehle noch einer Oranienloge angehöre, ſeiner Stelle zu entſetzen. Er habe Aktenſtücke in Händen, aus welchen hervorgehe, daß nach Bekanntmachung jener Ordre gewiſſe Offiziere höheren Ranges ſich erlaubt hätten, den Verſammlungen der Orangiſtenlogen beizuwohnen. Er hoffe, ihre hohe Stellung werde ihnen nicht zum Schutz dienen, und die Regierung werde den Geſetzen bei Allen Achtung zu verſchaffen wiſſen. Lord Howik antwortete, die Regierung habe die Abſicht, gleiches und unparteiiſches Recht gegen Hohe und Niedere zu üben, allein die von Lord Hill erlaſſene Ordre finde nur Anwendung auf wirklich dienſtthuende Offiziere; er ſezte hinzu, die Ordre werde in der Armee zur ſtrengſten Ausübung gebracht. Am 12. ſprach Hume ſchon offener, indem er geradezu den Herzog von Cumberland nannte, und ausſprach, Lord Hill unterlaſſe es, ſeine Pflicht zu thun, wenn er den Namen dieſes Prinzen auf der Armee-Liſte laſſe. Endlich ward Hume ganz offen. Er ſtellte am 23. Februar den Antrag auf eine Adreſſe an den König, worin derſelbe erſucht wurde, alle Militärbeamte jeder Art, welche nach Monatsfriſt an Oranienlogen noch irgend einen Antheil nähmen, abzuſetzen, und überhaupt zur Unterdrückung des Unweſens das Nöthige einleiten. Er ſprach jezt ohne Rückhalt von den hochverrätheriſchen Zwecken, und nannte wiederum den Herzog von

Cumberland. Es ſey hohe Zeit zu erwägen, ob der Herzog König des Landes, oder nur ein Unterthan ſeyn ſollte. Derſelbe ſey ein ſtaatsgefährlicher Mann. Obriſt Fairmann habe nur in ſeinem Auftrage gehandelt. Er könne durch Dokumente beweiſen, daß lezterer eine Loge in Yorkſhire mit klaren Worten aufforderte, die Thronfolge zu verändern. Hume legte Beweiſe vor, ſchwieg aber von einer Anklage. — Die radikale Partei ließ ſich jedoch nicht gänzlich niederhalten, Sir W. Molesworth forderte in beſtimmten Worten eine Anklage gegen den Herzog, die Lords Kenyon, Chardos, Roden u. ſ. w. Auch war ein ſolches Verfahren rechtlich begründet; eine Menge Staatsproceſſe waren früher bei weit geringfügigeren Veranlaſſungen begonnen worden. Allein jezt kamen die Whigs beſchwichtigend. Lord John Ruſſel meinte, ſtarke Maßregeln würden das Uebel nur vermehren, anſtatt es zu unterdrücken; ſogar Hume's Adreſſe war ihm zu ſtark; er trug darauf an, die Adreſſe dahin zu verändern: der König möge die ihm rathſam ſcheinenden Maßregeln ergreifen, um die Oranienlogen und alle politiſchen Geſellſchaften der Art wirkſam zu entmuthigen. Natürlich erlangten die Miniſter im höchſten Grade den Beifall der Conſervativ-Partei; es lies ſich erwarten, daß dieſe ein Verfahren ungern ſahen, wenn auch nicht verhinderten, welches mehrere Mitglieder ihrer Partei in beiden Häuſern perſönlich hätte vernichten und jedenfalls ihre Reihen verdünnen müſſen. Uebrigens waren die Männer wie Peel, Welligton, Lyndhurſt u. ſ. w.,

auch nicht dem geringſten Verdachte ausgeſezt, daß ſie ſich irgend wie in jene tollkühnen Plane eingelaſſen hätten. Sogar der Marquis von Londonderry hatte, wie Hume erklärte, ſich zulezt zurückgehalten. Das Haus nahm die Adreſſe an.

Nach ſolchen Verhältniſſen war das Weiterbeſtehen des Vereines, deſſen Vertheidigung ſchon lange von den eigentlichen Conſervativen aufgegeben war, durchaus unmöglich gemacht. Die Häupter konnten ſich Glück wünſchen, daß ſie ſo leichten Kaufes davon kamen. Am 20. Februar erklärte auch der Herzog von Cumberland im Oberhauſe, ſobald er von der Adreſſe des unteren Hauſes an den König Kunde erhielt, habe er ſich beeilt, im Einklange mit den einflußreichſten Mitgliedern des Vereins, den organiſtiſchen Geſellſchaften in Irland ihre baldige Auflöſung anzuempfehlen. Lord Melbourne war dabei ſehr höflich und ſagte: er habe mit großer Freude die Erklärung vernommen, ſowie er auch von einem Manne ſeines Ranges nichts Geringeres erwartete; eine kleine Drohung kam jedoch hinterher, welche wenigſtens erwies, daß Hume eine Anklage beabſichtigt, und nur von den Miniſtern ſich dadurch hatte beſchwichtigen laſſen, daß ſie ihm dieſelbe verſprachen, wenn die Oranienlogen ſich nicht auflöſen würden. Lord Melbourne ſagte nämlich, es würde ihn und ſeine Collegen tief geſchmerzt haben, wenn ſie ſich genöthigt geſehen hätten, zu Mitteln der Strenge zu greifen, um die Beſchlüſſe des untern Hauſes in Vollziehung zu ſetzen. — Der Herzog von Cumberland ließ hierauf durch einen Bevollmächtigten

das Unterhaus von jenem Verfahren in Kenntniß ſetzen, und ſchrieb auch hierüber an Lord John Ruſſel einen beſonderen Brief. Gleich darauf kündigte er den Logen ſeinen Austritt an, und rieth denſelben zur Auflöſung, die auch erfolgte. Die Partei beſtand natürlich weiter, hatte jedoch alle wirkſamen Mittel, Schaden anzurichten oder Verwirrung zu ſtiften, verloren.

Zu dem unangenehmen Eindruck, welchen die Schwäche der Miniſter überhaupt hervorbrachte, kam noch eine Betrachtung anderer Art, welche bei jenem Verfahren die Mittelclaſſen verlezte; die höheren ariſtokratiſchen Claſſen wurden wegen politiſcher Verbrechen nicht in derſelben Weiſe gerichtlich verfolgt, wie diejenige Partei, welche anarchiſche Beſtrebungen hegte, oder welche durch Vereine zum Zweck ſocialer Umänderungen die Geſetze übertrat. Jene rechtlich ausgeſprochene Gleichheit aller Unterthanen vor dem Geſetz, ein weſentlicher Theil der Verfaſſung, war bei der ganzen Angelegenheit nicht aufrecht erhalten worden.

Als die erſten Geſchäfte der Seſſion drängten ſich die beiden Angelegenheiten hinſichtlich Irlands auf, die im vergangenen Jahre unerledigt geblieben waren, die iriſche Municipal=Reform und der ewige Gegenſtand des Haders, die Zehentenfrage; die erſtere war zwar jezt für die Whigs eine Parteifrage von ſolcher Art geworden, daß hierin keine Nachgiebigkeit gegen die Tory=Partei ſo leicht ſtatt finden konnte. So wie die Whigs überhaupt es wenigſtens nicht an gutem Willen fehlen ließen, ſo gaben ſie jenen Grundſatz der

ROBERT PEEL.

Gleichſtellung Irlands mit England und Schottland, womit O'Connel die Maſſen aufregte, wenigſtens niemals entſchieden auf. Seitdem die engliſche Municipal-Reformbill Geltung erlangt hatte, war es durchaus billig, daß Irland wenigſtens in ſo weit ebenfalls eine Verbeſſerung erhielt, wie die Lords dieſelbe für England geſtattet hatten, daß Irland wenigſtens die Abſchaffung der geſchloſſenen Corporationen und eine ſolche Municipal-Obrigkeit erlangte, die einer Controlle in Verwaltung des Gemeindeeigenthums unterworfen, und zur Oeffentlichkeit ihres Verfahrens gezwungen wäre.

Die Verhältniſſe der iriſchen Municipalitäten waren noch bei weitem heilloſer wie der engliſchen; ſie bildeten ſämmtlich geſchloſſene Corporationen, die ſich nur ſelbſt und allein aus proteſtantiſchen Familien ergänzten; die Städtebewohner mit dem Bürgerrecht beſtanden ebenfalls allein aus Proteſtanten, welche die Mehrzahl der katholiſchen Einwohner von den Rechten der Freemen ausſchloßen. In keinem andern Verhältniß Irlands hatte ſich der Zuſtand, wie er ſich nach dem großen Bürgerkriege und nach der unverſtändigen wie widerrechtlichen Empörung der Irländer für Jakob II. gebildet hatte, ſo ausſchließlich erhalten, wie in den Städten; während ſchon im vergangenen Jahrhunderte von der katholiſchen Landariſtokratie und den iriſchen Bauern einige politiſche Macht errungen wurde, blieben die Mehrzahl der Städtebewohner in demſelben Verhältniſſe, worin ſie ſich befanden. Während es den Katholiken gelang, einen Theil des im

Bürgerkriege verlorenen Grundeigenthums wieder zu erlangen, erhielten die Orangemen ihre Macht ungeſchmälert in den Städten; nie iſt dort irgend ein Fond zum Beſten der Mehrzahl angewandt worden, in Schulen, milden Stiftungen u. ſ. w.; nie iſt das Gemeindeeigenthum ſogar zum Bau der Straßen, zu anderen Beförderungsmitteln der Induſtrie beſtimmt worden, wenn nicht vielleicht in einigen Orten die proteſtantiſche Bevölkerung eine größere Anzahl von induſtriellen Bürgern enthielt. Lezterer Fall war übrigens höchſt ſelten. Faſt überall beſtanden die proteſtantiſchen Einwohner aus größeren oder kleineren Grundbeſitzern und höheren oder niederen Beamten. Es waren die Orangemen, welche ſeit dem Anfang des vergangenen Jahrhunderts alle Beſtrebungen niederhielten, den Zuſtand des Landes zu verbeſſern, mogten dieſelben auch von Proteſtanten ausgegangen ſeyn. Vergeblich machten die Irländer Verſuche, ihre Induſtrie zu heben, und das iriſche Parlament ſuchte dieſelben in jeder Art, in unpaſſender wie in zweckmäßiger Weiſe, zu befördern. Das Corporationsweſen mit allen Beſchränkungen, welche der Thätigkeit des Einzelnen durch ſchlechte Communicationsmittel, durch lokale Plackereien, durch erbärmliche und nur für einen Parteizweck eingerichtete Polizei in den Weg gelegt wurden, verhinderte jedes Aufblühen der Gewerbe, wodurch das Elend des eigenthumsloſen und beinahe ausſchließlich ackerbautreibenden Volkes entfernt wäre. Dem ſchlechten Corporationsweſen und nicht der Eiferſucht des herrſchenden Englands iſt es hauptſächlich

zuzuſchreiben, daß Irland in der Manufakturproduktion und ſomit auch im Reichthum hinter England und Schottland zurückblieb *). Irland befand ſich in dem nachtheiligen Verhältniß ſo vieler Staaten, worin eine Blüthe der Induſtrie als nothwendige Bedingung der Macht erkannt wird, worin aber der Grundbeſitzer, ſo wie der Beamte, jede Entwicklung der induſtriellen Thätigkeit aufhält. Eben ſo ſchlimm war das Verhältniß der iriſchen Städtebewohner, durch den Umſtand, daß eine heftige und in religiöſer Hinſicht bigotte Verwaltung ihre Städte regierte. Lokale Plackereien der Katholiken in den Stadtgemeinden waren eben ſo gewöhnlich, wie das ganze Regierungsſyſtem der Niederhaltung jener Religionsbekenner. — Die katholiſche Kirche hat früher oft genug mit Gewaltthätigkeit Andersdenkende unterdrückt und mißhandelt; für England und Irland iſt ihr jetziges Verhältniß dadurch veranlaßt worden, ſo wie auch durch den Umſtand, daß ſie zur Zeit der Staatsrevolution auf der Seite des Abſolutismus ſich befand; der damalige Aufſtand der Irländer hatte das Mißverhältniß begründet, allein in England war von Katholiken ſeitdem keine Gefahr mehr zu befürchten, und ſomit war, abgeſehen von der billigen Gleichſtellung Irlands mit England in politiſchen Rechten, die Maßregel der

*) In England und Schottland hat ſich die Induſtrie hauptſächlich auf denjenigen Punkten concentrirt, welche früher eine freiere Corporation (Glasgow) oder gar keine (wie Mancheſter, Leeds und Birmingham) beſaßen, wovon die lezteren ſich ſomit ſelbſt ohne weitere Controlle ariſtokratiſcher Stadträthe regieren konnten. Es erwies ſich dadurch, daß die freieſte Gemeindeverwaltung das beſte Beförderungsmittel der Induſtrie darbietet.

Corporationsreform eben ſo billig wie die Emancipation von 1829. Troz dem bezeigte ſich Widerſtand der Tory-Partei mit ihren Leitern, welche ſelbſt die Emancipationsbill früher gegeben hatten, indem ſie jedoch zugleich ihre Nichtachtung gegen die Orangemen an den Tag legte. Wo war der Grund? Sir Robert Peels Beſtrebungen, lange Zeit vor ſeiner eigenen Partei geheim gehalten, gingen darauf hinaus, in den engliſchen Mittelklaſſen eine Stütze zu ſuchen. Die engliſchen Mittelklaſſen aber wurden durch den Zuſammenhang mit Irland in Betreff der Induſtrie durch das iriſche Corporationsweſen eben ſo verlezt, wie die iriſchen. Sir Robert handelte ſomit nicht im Intereſſe der engliſchen Mittelklaſſen, als er ſich der von Whigs vorgeſchlagenen Municipal-Reform widerſezte; er kam ſogar mit ſonderbaren Ammendements, welche nicht allein den Beſtrebungen des Mittelſtandes, ſondern ſogar dem Geiſte der engliſchen Verfaſſung entgegen waren. Seine damaligen Abſichten ſind nicht bekannt; er leitete die Conſervativen zugleich mit Lord Lyndhurſt; Wellington, und andere Häupter befanden ſich nicht mehr in der Stellung, daß ſie den Ausſchlag gaben. Sir Robert Peel iſt ſicherlich ein großer Staatsmann, der ſich nach den Umſtänden zu fügen pflegt, der aber eine eigentliche Conſequenz noch nie erwieſen hat, weßhalb ihn auch die Hochtories ſchon 1833 Humbug-Peel (Flauſen-Peel) zu nennen pflegten, eine Inconſequenz, die ihm ſicherlich die Mittelclaſſen leicht verzeihen werden, ſo lange ſein Verfahren mit den Intereſſen derſelben zuſammentrifft,

und ſo lange er ſeinen Einfluß über die Conſervativen und dem Zwecke benützt; Lord Lyndhurſt iſt dagegen ein Mann, der alle Stadien vom Republikaner an (ein Stadium, das er freilich ableugnet), oder vielmehr vom äußerſten Radikalen an (ein Stadium, das er durch die Vertheidigung der Verſchworenen von Cato-street-plot nicht ableugnen kann) bis zum Hochtory, und dann bis zum Tory aus Cannings und endlich aus Peels Farbe abwechſelnd durchlaufen hat. Peel war zu jeder Zeit über perſönliche Rückſichten erhaben; er beſitzt ein Vermögen, welches durch die Induſtrie erworben, ihm die vollkommenſte Unabhängigkeit verſchafft, Lyndhurſt hat ſich vom armen Studenten in Templebar bis zum populären Advokaten, und dann (mit Parteiveränderungen) zum Generalanwalt, zum Lordkanzler von Tory-Regierungen, zum Leiter der Tory-Majorität im Oberhauſe erhoben. Sir Robert Peel hat ſtets das Intereſſe ſeiner Partei im Auge gehabt, Lord Lyndhurſt hat ſich durch ſeine eigenen beſtimmen laſſen. Peel hat im Privatleben keinen Flecken, Lord Lyndhurſt wurde durch öffentlichen Scandal zu einer eben ſo ſcandalöſen Verheirathung genöthigt, die er wegen der Verhältniſſe ſeines Schwiegervaters (eines ehemaligen Spions jüdiſcher Religion) als ein Pis-aller annehmen mußte. Beide erwieſen Inconſequenz in ihrer Art; Peel ſobald es das wohlverſtandene Intereſſe ſeiner Partei ergründete, Lyndhurſt ſobald es ſeine perſönliche Stellung erheiſchte; Peel iſt weitſehend, Lyndhurſt läßt ſich oft eben ſo, wie er durch perſönliches Intereſſe beſtimmt wird, auch

durch die augenblickliche Stimmung der Mehrheit, vor der er ſpricht, zu Aeußerungen verleiten, die er nachher bereut; allein auch bei dieſen iſt es nicht ſeine eigene Aufregung, die ihn dazu beſtimmt, ſondern eher Abſicht, auf ſeine Zuhörer zu wirken, häufig das Verfahren des plaidirenden Advokaten, welches Lord Lyndhurſt früher geweſen war. Die Conſervativen haben ſich den beiden fügen müſſen, denn in ihrer Partei zeigen ſich keine hervorragenden Talente, welche der veränderten Stellung nach 1832 gewachſen geweſen wären.

Bei allem dem iſt das Verfahren der Conſervativ=Partei unter der Leitung beider Staatsmänner 1836 in Betreff der iriſchen Municipalbill nicht recht klar. Vielleicht hoffte Peel, daß, wenn er wieder zur Gewalt gelange, die Municipalreform Irlands von ihm ausgehen könne, ſo daß die Irländer durch ihn, einen Conſervativen, ebenſo befriedigt würden, wie früher durch ſeine Emancipationsakte; in dem Fall hatte Lord Lyndhurſt keine andere Stellung eingenommen als die ſeines Advokaten im Oberhauſe. — Uebrigens erwieſen die Whigs in Betreff der iriſchen Municipalreform, eine Reihe von Jahren hindurch, diejenige Feſtigkeit, welche die Reformer überhaupt von ihnen erwarten konnten.

Die iriſche Municipalbill gelangte ſchon am 16. Februar in das Unterhaus, und wurde am 29. zum zweiten Male verleſen. Sie kam in den Hauptzügen der engliſchen Mnnicipalbill gleich, indem auch die von den Lords eingeſchwärzten Amendements berückſichtigt waren, ſo daß den alten Corporationen immer noch eine genügendere Wirkſamkeit in Betreff der von ihnen

ernannten Beamten, der Freemen u. ſ. w. verblieb. Die Qualification für das Bürgerrecht war in größeren Städten auf 20 Pfund Hausrente, in den kleineren auf 5 Pfund feſtgeſezt. Der Stadtrath ſollte durch die geſammte Bürgerſchaft ernannt werden; die Zahl der Aldermen ſollte aus dem Drittel des Stadtrathes beſtehen, welches die meiſten Stimmen erlangen würde; für den Fall daß Erledigungen in der Zahl der Aldermen einträten, war deren Ernennung der ganzen Bürgerſchaft zugewieſen. Alsdann folgten die Beſtimmungen über Controlle und Oeffentlichkeit, welche ſich in der engliſchen Municipalbill befanden, über die Jurisdiktion der Mayors, die Polizei u. ſ. w.

Die Tory-Partei geſtand gleich anfangs den erbärmlichen Zuſtand der iriſchen Corporationen zu, deren Beſtehen mit dem Wohle des Staates unverträglich ſey. Sir Robert Peel erklärte ein Syſtem, welches bei einer Städtebevölkerung von 8 bis 900,000 Menſchen die Claſſe der Freemen nur auf 13,000 beſchränke, ſey ſchon an ſich ſchlecht genug, abgeſehen von den vielen ſonſtigen Mißbräuchen, deren Vorhandenſeyn er ebenfalls in ihrem ganzen Umfange zugeſtehen müſſe. Allein er gab gleich anfangs zu verſtehen, ſeine Partei werde die Maßregel umändern, obgleich in ihr alle Veränderungen berückſichtigt waren, welche das Oberhaus in der engliſchen Municipalbill getroffen hatte. Der Zuſtand Englands und Irlands ſey ſo verſchieden, daß dieſelben Beſtimmungen für beide Länder nicht ſtatt finden könnten. Würde die Wahl in den Städten nach dem miniſteriellen

Plane ausgedehnt, ſo würde alle Gewalt in die Hände der Katholiken gerathen. Andere nannten geradezu O'Connel als denjenigen Mann, welcher alsdann die Städte in Irland ausſchließlich regieren würde.

Am 17. März kam Peel übrigens nicht mit demjenigen Plane, über welchen ohne Zweifel die Häupter der Partei übereingekommen waren. Er gebrauchte dazu den Lord Egerton, welcher am 7. März in den Ausſchußverſammlungen den Antrag machte, die iriſchen Corporationen gänzlich abzuſchaffen und an die Stelle derſelben Regierungsbeamte zu ſetzen. Dieſer Vorſchlag war überraſchend, denn er widerſtrebte nicht allein dem Parteiprincipe des Erhaltens und ertheilte der Orange-Partei durch die engliſchen Tories ſelbſt einen empfindlichen Schlag, ſondern er war auch überhaupt mit der engliſchen Verfaſſung nicht übereinſtimmend, indem Centraliſation in der Verwaltung von Städtegemeinden eben ſo wenig ihr angemeſſen iſt, wie die Willkür der Centralregierung in Betreff des ganzen Staates. Schwerlich wäre die Tory-Partei mit einem ſolchen Amendement ſogar noch im vorhergehenden Jahre gekommen, wenn die Miniſter die iriſche Municipalbill mit der engliſchen verbunden, oder wenigſtens ſich nicht zur Zurücknahme derſelben verſtanden hatten. Es läßt ſich kaum anders erklären, als daß Peel die Annahme der von Whigs vorgeſchlagenen Maßregel verzögern, und in ſpäterer Zeit, wenn er ſelbſt wieder zur Regierung gelangen würde, eine ähnliche vorſchlagen wollte.

Bei der Debatte erwies es ſich, daß die Conſervativ-

Partei diſciplinirt war; keiner übernahm die Verthei-digung der iriſchen Corporationen; die Reden Aller drehten ſich ausdrücklich um den erwähnten Punkt, das Uebergewicht der Katholiken, als Folge der Municipalbill, deren geringe Befähigung zur Re-gierung und dann die ausſchließliche Herrſchaft O'Connels. Alles dieß war leicht zu widerlegen; ohnedem konnte kein Zweifel herrſchen, daß die Mehr-heit des Unterhauſes keine Veränderung in der Bill der Regierung geſtatten werde. Das Amendement Egerlons ward im Ausſchuſſe mit einer Mehrheit von 64 Stimmen verworfen, und die dritte Leſung am 28. mit einer Majorität von 61 Stimmen beſchloſ-ſen. Die Whigs frohlockten über den Zuwachs eini-ger 20 Stimmen; aus ihrer Freude ergab ſich die traurige Stellung, worin ſie ſich befanden. Eine ſolche Verſtärkung wäre im erſten reformirten Parla-mente kaum beachtet worden.

Im Oberhauſe geſchah daſſelbe, was ſich im ver-gangenen Jahre dort ereignete. Die Leiter der Mehr-heit befolgten eine Taktik, wodurch ſie ſich jeder Re-form dem Anſchein nach nicht feindlich entgegen-ſezten und dann in den Ausſchuß-Verhandlungen Amen-dements in die Bill brachten, welche dieſelbe dem Weſen nach gänzlich entſtellte. — Am 18. April trug Lord Melbourne auf die zweite Leſung an, in einer ſehr gemäßigten Rede, worin er nur den einen Punkt der Unbilligkeit hauptſächlich hervorhob, welche Ir-land erweiſen würde, wenn man dieſen Theil des Königreichs mit den übrigen nicht gleichſtelle. Allein

Lord Lyndhurſt erhob ſich ſogleich nach dem Miniſter mit einer langen Schmähung auf die Irländer; jene Bill bezwecke allein Schulen politiſcher Agitation zu gründen, in welcher nicht allein die Katholiken, ſondern die Partei für Aufhebung der Union die Oberhand haben würde; er leugnete eben ſo wenig wie Peel den heilloſen Zuſtand der iriſchen Corporationen, und begründete hierauf ſeine Abſicht, das Amendement Egertons auf gänzliche Abſchaffung derſelben zu vertreten. Sobald der eigentliche Leiter der Mehrheit dieſen ſeinen Willen ausgeſprochen hatte, ließ ſich das weitere Verfahren des Oberhauſes ſogleich vorherſehen. Das Amendement, von Lord Fitzgerald in derſelben Form vorgeſchlagen (am 26. April), ward mit einer Mehrheit von 84 Stimmen angenommen, wie ſehr die Miniſter das Oberhaus beſchworen, und obgleich ſogar Lord Holland, welcher, alt und kränklich, ſich ſchon längere Zeit von den Debatten zurückgezogen hatte, in einer nachdrücklichen Rede, wie ſie ſeine Collegen nicht wagten, den Lords die Folgen vorhielt, welche zu ihrem eigenen Schaden, früher oder ſpäter, aus ſolcher Verfahrungsweiſe ſich ergeben könnten.

Die Miniſter benahmen ſich in ſolcher Weiſe, wie ſie ſchon bei der engliſchen Municipalbill hätten verfahren ſollen. Lord Landsdowne erklärte, nach dieſer Abſtimmung gebe die Regierung die Bill gänzlich auf, das Oberhaus möge mit ihr verfahren wie es wolle. Lord Lyndhurſt erhielt die Bill gänzlich zu ſeiner Verfügung geſtellt, und veränderte darin jede Clauſel nach dem erwähnten Grundſatz. Zuletzt aber doch

ward ſogar ein Theil der Mehrheit unruhig; abgeſehen von den Folgen eines rückſichtsloſen Verfahrens, im Fall beim Volke von England die Meinung vorherrſchend würde, die Lords widerſezten ſich mit Starrheit einer jeden Verbeſſerung: ſo war auch andrerſeits die Unbilligkeit zu auffallend, womit den Irländern ein weſentliches und auf der brittiſchen Conſtitution beruhendes Recht verweigert ward. Der Herzog von Richmond, zur Stanley'ſchen Fraktion gehörend, verlangte wenigſtens, man ſolle den ſieben größeren Städten die Corporationen laſſen und verbeſſern; allein die ächte Tory-Mehrheit von Lords war zu bedeutend, als daß ſie mit Rückſicht auf die Unterſtützung einer nicht ſehr zahlreichen Partei-Fraktion irgend ein Zugeſtändniß hätte geben wollen. Lord Lyndhurſt fertigte den Vorſchlag mit der kurzen Bemerkung ab, wenn man die Beſtimmung annehme, ſo ſey die Bill nicht mehr gleichartig.

Eine aufgeregte Stimmung des Unterhauſes, als die Bill zurückgebracht wurde, war natürlich. Hume, Bowring und Andere ſprachen bereits unter lautem Beifall eines nicht geringen Theiles der Mehrheit von der Nothwendigkeit einer Reform des Oberhauſes. Die Radikalen hegten bereits Argwohn gegen die Miniſter, über deren Nachgiebigkeit, und, wie es ſcheint, wurde denſelben von den Partei-Häuptern in dem Fall der Beiſtand der englich-ſchottiſchen Radikalen entſchieden aufgekündigt; allein die Whigs ſelbſt waren entſchloſſen, nicht zu weichen. Spring Rice und Lord John Ruſſel erklärten beide am 19. Mai, das Haus dürfe

kein Amendement annehmen, welches dahin zwecke, die Municipalcorporationen Irlands zu vernichten. Uebrigens mußte die Regierung noch eine Hoffnung hegen, eine neue Berathung werde in den Lords eine günſtigere Stimmung bewirken. Sie ließen die Amendements des Oberhauſes nicht ſo verwerfen, daß die weitere Berathung abgebrochen wurde, ſondern machten in ihrem Geſetzesentwurf kleinere Veränderungen, worin die Zahl der Ortſchaften, deren Municipalreform beabſichtigt wurde, einige Beſchränkung erlitt. Sie veranlaßten dadurch eine weitere Verhandlung der Lords (27. Juni), wobei ſie alle ihre Kräfte noch einmal aufboten und ſogar den Grafen Grey veranlaßten, noch einmal aus ſeiner Zurückgezogenheit vom öffentlichen Leben herauszutreten. Lezterer Umſtand machte allerdings Eindruck. Der Graf Grey hielt eine lange, ſehr verſöhnliche Rede, worin er das Oberhaus beſchwor, wenigſtens von der Hartnäckigkeit abzugehen, womit ein nicht conſtitutionelles Prinzip vertreten und ein bleibender Zwiſt mit dem Unterhauſe eingeleitet würde. Es erheiſche nicht allein die Billigkeit, ſondern das ganze Weſen der engliſchen Verfaſſung, daß beide Häuſer ihren Willen gegenſeitig berückſichtigten, daß keines dem andern ſchroff gegenüber trete. Er ſchloß mit den Worten, welche vielleicht durch zukünftige Ereigniſſe Bedeutung erhalten: Ich fordere Sie auf, dem anderen Hauſe mit ehrenhafter Nachgiebigkeit entgegenzukommen, und ſo einem Hader ein Ziel zu ſetzen, der ohne Gefahr für die Verfaſſung, unter deren Schatten dieſe Reiche ſo groß und blühend

geworden ſind, und, Mylords ohne Gefahr für die Stellung, worin dieſe Verfaſſung Sie geſezt hat, nicht länger fortdauern kann. — Das bisherige Verfahren der Whig=Partei und auch des Grafen Grey hatte freilich die Gefahr dieſes Haders ſehr hinausgeſchoben. Die Whig=Partei hatte dafür geſorgt, daß keine weſentliche Gefahr für das Oberhaus vorhanden war, und daß die Volksaufregung, durch welche ſie zum Ruder gelangt waren, überhaupt nachließ; ſpäter ſogar verſchwand die Gefahr gänzlich, indem eine Conſervativ=Mehrheit gebildet wurde, allein die Möglichkeit iſt doch noch nicht ganz vorüber, daß in Zukunft wieder ein Unterhaus auftreten mag, gegen welches ein Verfahren, wie es die Lords übten, und auch wohl jenes Spiel, welches unter Leitung des Sir Robert Peel mit den Gemeinen getrieben wurde, allerdings Gefahr bringen könnte, in derſelben Weiſe, wie es 1832 der Fall war.

Lord Grey hatte es früher unterlaſſen, mehrere entſcheidende Maßregeln, wie die ſogenannte Appropriation des Kircheneigenthums, zu einer Zeit zu vertreten, wo die Whigs jenen Widerſtand vom Hauſe der Lords nicht gefunden haben würden. Beſorgniß des Zuſammentreffens beider Theile der Geſetzgebung war die Urſache, weßhalb er damals in jener Weiſe verfuhr. Er konnte jezt aus Erfahrung erkennen, daß ſich das Oberhaus vor jenem Conflikte, den er mit ſeiner ganzen Partei ſo ſehr befürchtete, durchaus Nichts mehr machte. Die Lords bekümmerten ſich nicht weiter um ſeine Rede, die große Majorität (91),

welche früher ein inconſtitutionelles Prinzip für Irland geltend gemacht hatte, verwarf auch jezt aufs Neue die wieder eingebrachte Bill, und vereitelte ſomit einen Verſuch der Regierung, eine Ausgleichung herbeizuführen, die übrigens, wenn ſie ſtatt gefunden hätte, der Whig-Partei nicht zum Nutzen gereichen konnte. — Die Regierung ſchien übrigens jezt wirklich an eine Auflöſung des Parlamentes zu denken, um den Lords eine Mehrheit entgegenzuſtellen, bei welcher ein ſolches Verfahren nicht möglich war. Als Lord John Ruſſel in Folge jener Abſtimmung dem Hauſe der Gemeinen erklärte, die Regierung werde die Bill fallen laſſen, ſprach er einige Worte, die auf jene Maßregel hindeuteten. Allein dieſe unterblieb, wahrſcheinlich aus dem Grunde, weil die gar nicht mehr ſchwachen Radikalen ganz offen ausſprachen, das Haus der Lords müſſe reformirt werden, und ſomit eine Beſtrebung aufſtellten, die im Fall der Auflöſung damals nothwendig bei den Wahlen beſtimmt hervortreten mußte, weil das Verfahren des Oberhauſes wirklich einige Aufregung im Lande hervorzurufen drohte. Eine ſolche Sache aber war den Whigs ſehr ungelegen, und ſie verſchoben lieber das Mittel der allgemeinen Wahl auf eine ſpätere Zeit.

Der iriſchen Zehentenbill erging es auf dieſelbe Weiſe, Lord Morpeth brachte ſie am 25. April in's Unterhaus. Sie war in den Hauptbeſtimmungen dieſelbe wie die des vergangenen Jahres; die Sache war bereits ſo oft verhandelt und in jeder Hinſicht zur Aufregung gebraucht worden, daß die Stellung

der Parteien in Betreff derſelben durchaus entſchieden war. Jeder wußte, was der Gegner wollte, Jeder kannte vollkommen die ganze Lage der Sache, Jeder hatte ſich zu einer beſtimmten Abſtimmung längſt vor den Verhandlungen entſchloſſen, Jeder wußte vorher den Beſchluß des Oberhauſes. In Betreff der Bill war nur von der Regierung in einem Punkte etwas nachgegeben worden; die Beſtimmungen derſelben über Unterdrückung von Pfarreien und Beſchneidung der Kircheneinkünfte erſtreckten ſich auf eine etwas geringere Zahl von Pfarreien, eine Nachgiebigkeit, die zu Nichts half und auch von keiner ſolchen Bedeutung war, daß die Whigs ſie überhaupt hätten anzubringen brauchen. Die Verhandlungen boten nur wenige bemerkenswerthe Punkte: Peel erklärte ſich durchaus nicht gegen den Plan der Miniſter, durch irgend eine Unterſtützung den Volksunterricht in Irland auf Staatskoſten auch auf die Katholiken auszudehnen, ein Zugeſtändniß, welches ſonſt niemals von der Tory-Partei gemacht worden war, welche, alle übrigen Religionsconfeſſionen ignorirend, die auf den Staat begründeten Erziehungsanſtalten allein den Episkopalen zu erſchließen pflegte. Auch verwahrte er ſich ſehr gegen einige Worte Lord Lyndhurſts, welche dieſer vor der lärmenden Mehrheit des Oberhauſes unter lautem Beifall geſprochen, jedoch wahrſcheinlich bald als unbeſonnen ſehr bereut hatte. Lyndhurſt hatte nämlich mit Rückſicht auf die Abneigung der Engländer gegen dieſe geſagt: Sie ſeyen Fremdlinge (Aliens) durch Geburt, Erziehung und Religion. Peel für ſeine Perſon wies die

Behauptung zurück und ſuchte den dadurch hervorgebrachten Eindruck zu mildern. Allein andererſeits trat er ſogar mit Heftigkeit der Appropriation entgegen, und wollte die Koſten der Volkserziehung in Irland allein dem Staats-Budget überwieſen wiſſen. — Uebrigens erwies ſich hier die immer mehr ſich verſchlechternde Stellung der Whigs im Unterhauſe, eine Folge ihrer Bedenklichkeiten über die Parlamentsauflöſung im vergangenen Jahre. Ihre Mehrheit bei der Appropriation ſchwand auf 26 Stimmen zuſammen, eine Zahl, über die ſie ſicherlich keine Urſache zur Freude hatten. Sie konnten vorausſehen, daß dieſe Verminderung in demſelben Verhältniſſe bei jener Parteifrage ſtatt finden würde, welche ſie noch kurz vorher als den Grundſatz aufgeſtellt hatten, mit deſſen Durchführung ihre ganze Herrſchaft verbunden war.

Das Oberhaus beendigte ſchnell das Geſchäft der Verwerfung; die Reden Lord Melbourne's wurden gleichſam nur der Höflichkeit wegen angehört. Sobald die Bill in den Ausſchuß gelangte, wurde die Appropriationsclauſel einfach geſtrichen, und damit war die Sache beendet. Die Mehrheit der Lords bekümmerte ſich nicht weiter um das Schickſal der iriſch-proteſtantiſchen Geiſtlichkeit, deren Verlegenheit übrigens auch die Whig-Regierung nicht benützte. Die Sache blieb in dem alten Verhältniß, denn es war damals auch keine Rede von Nachgiebigkeit des Unterhauſes; Lord John Ruſſel erklärte ſelbſt, es ſey der Würde deſſelben nicht angemeſſen, ſich zu fügen.

Die Mehrheit war noch nicht ſo zuſammengeſchmolzen, daß es auf ein Paar Stimmen ankam.

Die Volksverhältniſſe waren jezt von ſolcher Art, daß eine durchgreifende Veränderung in Betreff der Hochkirche ſich nicht mehr denken ließ; die Whigs wagten es kaum, das Gebäude anzutaſten, oder gingen entſcheidende Vorſchläge von der Regierung aus, ſo beſaß dieſelbe weder die Kraft noch auch den Willen, ihre Beſchlüſſe mit Hülfe der Nation und des Unterhauſes in ähnlicher Weiſe durchzuſetzen, wie 6 Jahre früher. Außerdem hatte die Schwäche der Miniſter bereits ihre Früchte getragen; die Mittelclaſſen erwieſen ſich ſchon theilnahmlos gegen die Maßregeln derſelben, und jene Volksaufregung, welche in bewegten Zeiten jede Beſtechung und den Einfluß der Grundariſtokratie zu paralyſiren vermag, war jezt ſchon lange nicht mehr vorhanden. Eine merkwürdige Regſamkeit in der Induſtrie drängte ohnedem die politiſchen Fragen in den Hintergrund; die damaligen Verhältniſſe waren von ſolcher Art, daß die größere Thätigkeit der Individuen und Volksclaſſen von der allgemeinen Bewegung in Anſpruch genommen wurde, welche die Leichtigkeit der Communikation im Inneren des Reiches und mit der wichtigſten außereuropäiſchen Beſitzung (Oſtindien) erhöhte, und dadurch den Handel wie die Produktion der Manufakturen auf eine bisher noch nicht erreichte Höhe ſteigerte. Die Nation bewegte ſich auf demjenigen Gebiete ihrer Freiheit, welches ſie ſchon lange beſaß oder in den lezten Zeiten ſich erworben hatte, ohne nach der

Erweiterung deſſelben mit Kraft zu ſtreben. Es herrſchte eine Zeit der politiſchen Ruhe, worin Aufregung nur künſtlich hervorgerufen, oder wenn ſie augenblicklich ſtatt findet, nicht als dauernd ſich halten kann, eine Zeit, worin kluge conſervative Staatsmänner ihre zukünftige Stellung zu begründen und einer ſpäteren Bewegung vorzubeugen vermögen, welche durch unzweckmäßiges Feſthalten am Alten hervorgerufen und, einmal begonnen, ihnen in der Regel weit mehr zu nehmen pflegt, als wie ſie durch früheres und zweckmäßiges Aufgeben ſich hätten erhalten können. Eine ſolche Zeit hatte ſich ſchon nach 1822 den Tories geboten; damals war ſie nicht gehörig benützt worden, und die Jahre nach 1830 gaben der Partei eine bittere Lehre; nach 1836 läßt ſich nicht läugnen, daß ſie eine kluge Nachgiebigkeit erwies und an den auffallendſten Mißbräuchen ariſtokratiſcher Inſtitutionen nicht mehr mit derſelben Hartnäckigkeit wie früher feſthielt. Die Regierung war freilich in den Händen der Whigs, allein bei allen Umbildungen im Staate hatte ſich das Verhältniß auf ſolche Weiſe gebildet, daß ohne Einwilligung der Conſervativ-Häupter keine Maßregel zum Geſetz werden konnte. Ihr entſchiedener Wille, zu widerſtehen, vereitelte jegliche Bemühung und jede Maßregel. Hätten die Conſervativen dieſe Lage der Dinge in ſolcher Weiſe benuzt, daß die Verwerfung jeder Reform die Folge geweſen wäre, ſo hätte vielleicht bei allem Aerger und aller Unzufriedenheit in längerem Zeitraum keine heftige Bewegung entſtehen können, allein das endliche Beginnen

derſelben wäre ihnen wahrſcheinlich von eben ſo ſchädlichen Folgen geweſen, wie die Reformkriſe. Dieß iſt vermieden worden; die von Peel während ſeines kurzen Miniſteriums angedeutete Richtung wurde bewahrt. Im Jahre 1836 haben die Conſervativen mitgewirkt, um ein für die Nation läſtiges Verhältniß der Hochkirche und einige Auswüchſe derſelben zu entfernen, wodurch dieſelbe verhaßt und verächtlich wurde. Dieſe Veränderungen betrafen die engliſchen Zehnten, die ſchon oft vorgekommenen Verhältniſſe der Diſſenters in Betreff der Ehen, und einige Reformen in Betreff der Einkünfte. Alle drei Maßregeln gingen natürlich von der Regierung aus, allein man erkannte bereits die Rückwirkung, welche durch die Stellung des Oberhauſes ſich ergeben hatte. Die wichtigſte Bill über Kirchenreform war bereits in ſolcher Weiſe abgefaßt, daß Sir Robert Peel durchaus eine ähnliche würde haben einbringen können, daß ſelbſt die Whig-Mitglieder des Unterhauſes ſchwerlich ſich damit zufrieden gezeigt hätten, wenn dieſelbe nicht von einer Regierung aus der Mitte ihrer Partei ausgegangen wäre. Es ſchien bereits als ob Sir Robert Peel in allen ſolchen Angelegenheiten das Ruder führte, und als ob eine Conſervativ-Verwaltung der Hauptſache nach ſchon exiſtire. Die alten Partei-Grundſätze waren verrückt, und nur äußere Verhältniſſe erhielten noch den Zuſammenhang der Radikalen mit der Regierung.

Zuerſt kam Lord John Ruſſel mit einer Bill über die engliſchen Zehnten (am 9. Februar). Das

Verhältniß derſelben war lange nicht von derſelben Wichtigkeit wie in Irland; der Zehnte laſtete in England nicht auf der ganzen, in Irland beinahe ausſchließlich mit dem Ackerbau beſchäftigten Bevölkerung, ſondern nur ungefähr auf einem Sechstel, welches zwar durch die Verfaſſung (durch die Stellung der Grundbeſitzer, durch die Grafſchaftswahlen) eine größere politiſche Wichtigkeit beſitzt, allein im Vergleich mit den induſtriellen und Handel treibenden Claſſen, worauf die Macht und der Reichthum Englands beruht, an Wohlſtand, an Bildung und anderen Bedingungen politiſcher Wichtigkeit ſehr zurückſteht. Außerdem ſind dieſe Ackerbau treibenden Claſſen durch die Korngeſetze zum Schaden der andern ſo ſehr beſchützt, daß ſie von denſelben nie mit günſtigen Blicken betrachtet werden. Somit bekümmerten ſich dieſelben auch wenig um eine für jene drückende Abgabe, wodurch ſie ſelbſt nicht berührt wurden, und die Abſchaffung oder Veränderung der Zehnten hatte deßhalb auch niemals, mit Ausnahme Irlands, eine eigentliche Parteifrage der Whigs oder Radikalen gebildet. Es war für beide eine Angelegenheit untergeordneter Art, für deren Einbringung ſie der von ihnen bisher gehaltenen Regierung in keiner Weiſe ſehr zu danken Urſache hatten. Die Zehnten-Veränderung betraf allein die Grundbeſitzer und Bauern, welche der Mehrzahl nach zur entgegengeſezten Partei gehörten. Den Schotten ferner, welche die Hochkirche als herrſchend niemals unter ſich geduldet, war der Zehnte fremd, ſo daß die Bill allein das eigentliche England

betraf. Bei allem dem lag es jedoch im Weſen der liberalen Partei, daß dieſe, wenn auch nicht beſonders betheiligt, die Abſchaffung einer Abgabe gut hieß und unterſtüzte, welche drückend und mit dem ganzen Verhältniſſe der neuen Geſellſchaft unverträglich iſt. In England waren alle Claſſen ſchon lange hierüber einig; nur die Rückſicht auf die Unantaſtbarkeit aller beſtehenden Verhältniſſe, das Prinzip der Tory-Regierungen nach 1806 bis 1828 hatte eine Veränderung verhindert; von 1830 bis 1836 waren es wichtigere Verhältniſſe, welche das Land in Aufregung ſezten, ſo daß man die Zehnten gewiſſermaßen vergaß. Bei der dargelegten geringen Theilnahme des Mittelſtandes in dieſer Angelegenheit, welche die eigentlich induſtriellen Claſſen nicht berührte, hätte auch ſchwerlich zu irgend einer Zeit eine Bewegung gegen die Zehnten, wie in Irland, ausbrechen können; ſogar unmittelbar nach dem Frieden wurde der damals beim Volke einflußreiche Cobbett wenig gehört und beachtet, wenn er im Namen der Bauern gegen den Zehnten eiferte.

Uebrigens war auch eine Veränderung wenigſtens in der Zehntenerhebung für die Geiſtlichkeit der Hochkirche ſelbſt damals wünſchenswerth. Abgeſehen von dem Umſtande, daß einige Nachgiebigkeit in ihrem Intereſſe lag, um die Hauptſache in Betreff ihrer Einkünfte und ihrer Stellung ſich zu erhalten, war ſie durch Eintreibung der Abgabe manchem Schaden und vielfachen Unannehmlichkeiten ausgeſezt. Nach engliſchen Verhältniſſen ging dieſe entweder von ihr

ſelbſt aus, wobei ſie oft genug in Streitigkeiten und Prozeſſe mit den Grundherrn und den Pächtern gerieth, oder wurde nach einem Handelsvertrage Spekulanten überlaſſen, wobei ſie natürlich einen Abzug von ihren Einkünften verlieren mußte. Erſteres Verhältniß mußte ihr zu einer Zeit um ſo unangenehmer ſeyn, worin ſie ſich hauptſächlich auf Grundherrn und Bauern ſtüzte, um dem eindringenden Strome Widerſtand zu leiſten. Sie konnte ſich ſomit einen Abzug ohne eigentlichen Schaden gefallen laſſen. Dazu kam noch die ganze Lage des engliſchen Ackerbaues. Wäre die ganze Abgabe 40 Jahre früher fixirt worden, ſo hätten die Zehnten nicht ſolche Höhe erreicht, daß die Einkünfte der Geiſtlichkeit mit den Werthen des übrigen Eigenthums in Verhältniß geſtanden hätten. Während des Krieges aber iſt der Ackerbau auf ſolche Höhe getrieben worden, wie er ſie in England wahrſcheinlich nur immer erreichen kann, und nach demſelben haben die Korngeſetze dafür geſorgt, daß die darauf verwandten Capitalien zum Schaden der induſtriellen Claſſen nicht geringere Zinſen wie damals trugen. Weil der Zehnte nur von der Produktion des Ackerbaues erhoben wird, ſo ſtanden ſich natürlich die Geiſtlichen der Hochkirche eben ſo gut, wie die Grundherrn. Indeß die neueren Ereigniſſe hatten erſteren bewieſen, daß viele von früheren Tory-Regierungen für unantaſtbar erklärte Verhältniſſe dem Sturm der Zeiten nicht widerſtehen konnten. Es war und iſt die Frage, ob die Korngeſetze nicht ebenſo zuſammenſtürzen würden, wie die

frühere ſo hoch geprieſene und ſo hartnäckig verthei= digte Zuſammenſetzung des Unterhauſes u. ſ. w. Kurzum, es lag im wohlverſtandenen Intereſſe der Hochkirche, daß ſie die Fixirung des Zehnten zu einer Zeit ſich gefallen ließ, worin die Korngeſetze in voller Kraft beſtanden, worin der Werth des Grundeigen= thums und der Ackerbauproduktion auf einer Höhe ſich befand, die er wahrſcheinlich für die Zukunft nicht immer wird behaupten können, und worin ſie ſich ein höheres Einkommen zu ſichern vermogte, wie ihr wahrſcheinlich bei veränderten Umſtänden in Zukunft nicht mehr geboten wäre.

Lord John Ruſſel hatte offenbar bei ſeiner Bill die von Sir Robert Peel im vergangenen Jahre während deſſen kurzer Verwaltung gemachten Vor= ſchläge im Auge. Er ſagte dieß ſelbſt, und traf nur einzelne Veränderungen, die ſich mehr auf die Art der Fixirung, wie auf die Sache ſelbſt bezogen. Er ſchlug vor, ein Centralbureau zu errichten, beſtehend aus drei Commiſſarien, welche die Ablöſungsfrage zu ordnen hätten. Zwei dieſer Commiſſarien würden von der Krone ernannt werden, der dritte vom Erzbiſchofe von Canterbury (dem Primas Englands). Was das Prinzip betraf, ſo erklärte der Miniſter, er habe ſich beſtrebt, die beſtehenden Intereſſen ſo wenig wie möglich zu verwirren, und eine einförmige Art der Zehntenerhebung und Verwerthung für ganz England zu ſchaffen; mit andern Worten, er werde allein Vor= ſchläge bringen, wie ſie die Conſervativ=Partei anneh= men könne. Der Grundherr ſolle überall an die Stelle

des Zehntherrn treten, ſo daß Lezterer ſich fortan nicht mehr in die Betreibung der Steuer zu miſchen habe. Wenn nach einer Friſt von 6 und mehr Monaten deren Feſtſetzung dem Parlamente überlaſſen bleibe, beide Parteien noch zu keiner Uebereinkunft gekommen ſeyen, ſo würden ſie gehalten ſeyn, an die Commiſſion zu rekurriren, die den Werth des Zehnten nach dem ſiebenjährigen Durchſchnittspreiſe der Felderzeugniſſe beſtimmen werde; jedenfalls aber dürfe dieſe Werthung nie 75 Procent überſchreiten und eben ſo wenig unter 60 Procent herabſinken. Der an die Stelle des Zehnten zu tretende Grundzins werde als Hypothek auf das unbewegliche Vermögen des Grundherrn eingetragen, und deſſen Betreibung vor jeder andern Grundabgabe geſchehen.

Man erkennt aus den angegebenen Verhältniſſen, daß die Geiſtlichkeit alle Urſache hatte, mit der Bill zufrieden zu ſeyn, um ſo mehr, da ihr ſogar durch die lezte Beſtimmung der Vorrang vor dem Staate in der Abgabenerhebung gelaſſen war. Auch zeigte ſich die eigentliche Conſervativ-Partei damit zufrieden; hätte das Unterhaus von 1834 beſtanden, ſo wäre mit den Zehnten wahrſcheinlich anders verfahren worden, wenn auch keine größere Herunterſetzung in der Abſchätzung ſtatt gefunden hätte. Jenes Prinzip über Verwendung des Kircheneigenthums zu nicht kirchlichen Zwecken, welches kurz vorher noch als Grundſatz galt, womit die Whig-Regierung ſtehen oder fallen werde, war übergangen worden; während der ganzen Debatte ward es kaum ausgeſprochen. Auch erklärte Sir

Robert Peel ſeine Zufriedenheit, und ſprach dabei über die Unzweckmäßigkeit der Abgabe in der neueren geſellſchaftlichen Einrichtung; ſie ſey eben ſo läſtig, wie ſie die Vervollkommnung des Ackerbaues aufhalte u. ſ. w.; indeß ließ er dennoch die Miniſter ſeine Macht unter den beſtehenden Verhältniſſen fühlen. Er ſprach nämlich gegen die in der Bill vorgeſchlagene Zwangsablöſung, welche nach einer Friſt von 6 oder mehr Monaten ſtatt finden ſollte, wenn vorher kein Vergleich zwiſchen den Parteien zu Stande gekommen wäre, und ſezte es dabei durch, daß dieſelbe noch um 5 Monate länger hinausgerückt wurde.

Im Oberhauſe war das Verfahren der Oppoſition ein Aehnliches, obgleich auf der Bank der Biſchöfe im Anfange ſich einiger entſchiedene Widerſtand gegen die ganze Bill zeigte; allein dieſer wurde durch die Conſervativ-Partei ſelbſt beſchwichtigt. Nur kleinere Veränderungen wurden getroffen, unter andern ward die erwähnte Friſt auf 2 Jahre ausgedehnt; im Uebrigen ließ man die miniſterielle Maßregel durchgehen, indem ſich mehrere Biſchöfe und Hochtories der Abſtimmung enthielten.

Seitdem haben ſich die Whigs dieſer Maßregel ſehr gerühmt, um den Vorwurf der Unwirkſamkeit in Betreff ihrer Regierung von ſich abzuweiſen. Wie es ſich mit der Bedeutung der ganzen Maßregel verhält, hat man aus dem Erwähnten erſehen. Uebrigens hat nachher die Feſtſetzung des Zehntenpreiſes und die Fixirung auf den Grundbeſitz eine Menge Beſchwerden veranlaßt; man klagte über Parteilichkeit gegen die

Hochkirche, über Unbilligkeit in einzelnen Fällen u. ſ. w. Hauptſächlich hieß es, ſey die Maßregel zum Vortheil der Geiſtlichkeit oder der größeren Grundherrn ausgefallen, die ihre nachgeborenen Söhne in der Kirche verſorgen könnten; die kleineren Grundbeſitzer, welche dieſen Vortheil nicht beſäßen, hätten eher verloren wie gewonnen. Beſonders war man mit der Maßregel unzufrieden, ſeitdem ſich der Lärm gegen die Korngeſetze erhob und die Ueberzeugung allgemeiner wurde, jene zum Schaden der induſtriellen Volksclaſſen gegebenen Geſetze könnten auf die Dauer nicht mehr beſtehen, eine Erwartung, die freilich bis jezt (1842) noch nicht verwirklicht iſt, deren Erfüllung jedoch in nicht ſehr entfernter Zukunft eintreten möchte. Somit hat die Geiſtlichkeit alle Urſache, ſich zu einem Geſetze Glück zu wünſchen, welches ihre Einkünfte zu einer Zeit feſtſezte, worin die Produktion des Ackerbaues noch auf dem höchſten Werthe ſtand. Schon jezt würde nach der Kornbill Sir Robert Peels von 1842 die Abſchätzung in keiner Weiſe ſo hoch ausfallen wie in der Zeit von 1836 bis 1838.

Waren die Radikalen und die Mittelclaſſen überhaupt bei dem Zehntengeſetz ziemlich gleichgültig, ſo wurden ſie dagegen durch eine zweite Bill der Miniſter, in Betreff der Hochkirche, ſehr geärgert. Die Miniſter brachten endlich jene viel bekämpfte Parteifrage über Reform der engliſchen Hochkirche, nach 1833 die wichtigſte von allen, ins Parlament (8. Juli), jedoch nicht mehr in ſolcher Art, wie es einſt die

Mehrheit des Unterhauſes gewollt hatte, und womit ſie damals den Lords zu trotzen entſchloſſen war. Der Plan der Miniſter war in derſelben Weiſe eingerichtet, wie die Zehntenbill, er ſchien darauf berechnet, allen Widerſtand der Conſervativ-Führer zu vermeiden und betraf allein diejenigen Mißbräuche, deren Erhaltung bei den Verhältniſſen der Gegenwart auf die Dauer rein unmöglich war, kurzum, er war von ſolcher Art, wie ihn Sir Robert Peel würde eingebracht haben.

Bekanntlich waren die Einkünfte des ariſtokratiſchen Inſtitutes auf höchſt ungleiche Weiſe vertheilt, und ſind es noch, ungeachtet der Veränderungen, welche die Whig-Miniſter trafen. Die Einkünfte einzelner Biſthümer waren von ſolcher Höhe, daß ſie die Gehalte der höchſten Staatsbeamten um das Dreifache überſtiegen; andere dagegen ſo gering, daß ſie nicht dem Aufwande genügten, welcher von einem Mitgliede des Oberhauſes erfordert wird. In lezterem Fall half man ſich gewöhnlich mit einem Mittel, welches die weniger begünſtigten Mitglieder der Kirche in Schaden brachte. Man ertheilte einem Biſchof erledigte Pfründen und ſogar Pfarreien, welche ſonſt von einem unteren Mitgliede der Kirche beſezt worden waren. Lezterer Brauch bildete außerdem gewöhnlich ein Beſtechungsmittel, womit die Regierung von jeher ſich Stimmen auf der Bank der Biſchöfe im Oberhauſe erkaufte, ein Verhältniß, welches in einem Lande wie England bei der allgemeinen Preßfreiheit eben ſo wenig verborgen bleiben konnte, wie irgend

ein anderer Mißbrauch, und welches natürlich oft genug die Geſammtheit der höchſten Prälaten als einen corrupten Staatskörper verächtlich machte. Dieſem Mißbrauch der unverhältnißmäßig vertheilten Einkünfte von Biſchofsſitzen entſprach ein noch ſchreienderer Mißbrauch nach unten. Mehr als die Hälfte der Pfarreien beſizt ein Einkommen unter 200 Pfund, viele darunter nur 50, während die Einkünfte Anderer ohne Rückſicht auf den Stand der Gemeinden 2000 bis 4800 Pfund eintrugen. Leztere befanden ſich ausſchließlich in den Händen ariſtokratiſcher Familien. Die Eigenthümer derſelben lebten gewöhnlich nicht auf ihren Pfarreien, ſondern in der Hauptſtadt oder auf dem Feſtlande, und ließen ihre Stellen durch Vikare mit 50 Pfund oder weniger Gehalt verwalten. Ferner war und iſt daſſelbe Verfahren, wie bei den Bisthümern, in Betreff der Vereinigung mehrer Stellen in einer Perſon allgemein, um den Gehalt irgend eines bevorzugten Mitgliedes der Kirche zu erhöhen, wobei der Begünſtigte ſich eben ſo einen Vikar halten konnte wie bei gänzlicher Nichtbeſorgung der Pfarrei. Auch dieß Mittel wurde zum Ankauf von Parlamentsſtimmen oder als Wahlmanöver gebraucht, und diente nicht dazu, das Anſehen der reicheren Geiſtlichkeit zu erhöhen. Ferner gab es, wie in den Verwaltungszweigen des Staates, förmliche Sinnekuren, gewöhnlich im Beſitz derjenigen Prälaten, welche zwiſchen den Pfarrern und den Biſchöfen in der Mitte ſtehen (Deans, Dechanten), entweder Einkünfte der Kathedralen von Ländereien oder auch Pfarreien ohne

wirkliche Gemeinden (Sinecure Rectories) oft mit ſehr bedeutenden Einkünften.

Der corrupte Zuſtand war ſo offenbar, daß die Mehrzahl der Conſervativen ſelbſt eine Reform nicht zurückwies. Sir Robert Peel hatte während ſeiner kurzen Regierung die Niederſetzung einer Commiſſion veranlaßt, und dadurch gewiſſermaßen eine Erklärung gegeben, daß er eine Umänderung auf deren Gutachten unterſtützen würde. Vor Allem wurde von den Liberalen überhaupt eine Veränderung erwartet, welche den achtbarſten Theil der Geiſtlichkeit, die niederen Pfarrer, in ihren Einkünften beſſer bedächte, während der ariſtokratiſche Theil in denſelben verkürzt werde. Auf erſterem ruheten die Mühen des Amtes; lezterer, oft genug durch Ueppigkeit und ſogar durch laſterhaftes Leben verächtlich, wie ſchon öfter erwähnt bei ſeiner politiſchen Stellung nicht ſehr beliebt, und höchſtens durch claſſiſche Gelehrſamkeit achtbar, ein Verdienſt, welches von den Mittelclaſſen eben nicht anerkannt wird: — Lezterer ſtand dem eigentlichen Volke zu entfernt, als daß die Wirkſamkeit der Geiſtlichen von demſelben geübt worden wäre. Ferner erwarteten die liberalen Parteien eine Veränderung in der Beſetzung einträglicher Stellen, welche bei der bisherigen Vergebung durch Patronatsrechte der Biſchöfe oder der Regierung beinahe allein auf die ariſtokratiſchen Familien beſchränkt blieb, denen ſomit die Kirche eine Verſorgungsanſtalt für die nachgeborenen Söhne bot. Den niederen und aus den Mittelclaſſen hervorgegangenen Geiſtlichen blieben jene Stellen

faſt immer verſchloſſen. Die Radikalen und früher auch ein Theil der Whigs erſtrebte zu dem Zweck wenigſtens einige Theilnahme der Gemeinden in Beſetzung der Pfarreien, wenn auch nicht durch unbedingte Wahl nach dem Vorbilde der presbyterianiſchen (calviniſtiſch-reformirten) Kirche.

Ruſſels Bill befriedigte in dieſer Hinſicht durchaus nicht die liberale Partei. Die Hauptpunkte betrafen allein die Einkünfte der Biſchöfe. Bei zehn Biſchofsſitzen ſollten die Einkünfte vermindert werden, z. B. für Canterbury (18,090 Pfund, um 3090), für Durham (19,480 um 11,480), für London (13,890 um 3890) u. ſ. w., und der dadurch ſich ergebende Ueberſchuß auf 14 Biſchofsſitze und zwei neu zu creirende (Mancheſter und Ripon) vertheilt werden. Vorgeſchlagen wurde ferner die Abſchaffung der Uebertragung von Unter-Pfründen an Biſchöfe, und die Aufhebung der vollkommenen Sinekuren. Der Erlös der Lezteren ſollte an die ärmeren Pfarreien übertragen, oder zur Creirung neuer in Gegenden benüzt werden, wo ihre bisherige Anzahl den geiſtlichen Bedürfniſſen nicht genüge. Dieß war aber auch Alles, wozu die Miniſter ſich verſtanden. In Betreff der Pfründenanhäufung in einzelnen Händen und des Rechtes der reicheren Pfarrer auf ihren Pfarreien nicht zu wohnen, und dort Vikare zu halten, ein Verhältniß, welches oft genug zum Streite gereichte, wurde in dieſer Bill Nichts verändert. Eine Reform der beſtehenden Patronatsrechte wurde gänzlich zurückgewieſen.

Dieß war alſo der Ausgang einer Reform, welche

mit ſo vielen Kämpfen erſtrebt, und von den Whigs als Parteifrage ſchon lange vorangeſtellt war. Bisher klagte man über Schwäche der Regierung, gegenwärtig wurde der Aerger um ſo lauter, weil die Miniſter jezt jenen oben erwähnten Forderungen ſich förmlich widerſezten, die ſie ſelbſt früher gemacht und vertreten hatten. Hier konnte ſich die radikale Partei unmöglich fügen. Ihre Mitglieder trugen gleich anfangs auf gänzliche Verwerfung an; es ſey beſſer den alten corrupten Zuſtand gänzlich zu laſſen, als Veränderungen anzubringen, welche demſelben ſo viel wie gar nicht abhülfen. Man habe nur das Einkommen einzelner Prälaten verbeſſert, und für das der niederen Geiſtlichkeit ſo gut wie gar nicht geſorgt; das Einkommen der Erſteren, ob auch vermindert, ſey noch immer zu groß; die Krone habe ſich ihren Einfluß, in Betreff der Verſetzung der Biſchöfe von ärmeren auf reichere Pfründen vorbehalten, und dadurch ein Mittel politiſcher Beſtechung ſich bewahrt, welches die Geiſtlichkeit in den Augen der Nation herunterſetze; den Gemeinden ſey kein Antheil am Patronat in Beſetzung der Pfarreien ertheilt; es ſey lächerlich, die Creirung von neuen Biſchofsſitzen als eine Verbeſſerung anzugeben u. ſ. w. Die Oppoſition der Radikalen aber blieb erfolglos; Peel und die Conſervativen ſtimmten mit Lord John Ruſſel bei jener Maßregel, über deren Namen Kirchen-Reform man außerhalb des Parlamentes ſpottete. Am 18. Juli ſagte Buller mit Recht bei der dritten Leſung: Wie unſinnig handeln die Miniſter, daß ſie ſich ſo

ihre Freunde entfremden, um das Gutachten einer Commiſſion auszuführen, die unter dem Miniſterium Peels gebildet wurde! die Siege, welche daſſelbe ſtürzten, werden auf dieſe Weiſe vereitelt, denn Peel beſizt ja noch in der That die miniſterielle Gewalt, indem die gegenwärtigen Miniſter ſeine Maßregeln annehmen. Ich ſtehe nicht an zu ſagen, die Miniſter verfolgen durchaus die nämliche Bahn, welche ihre Gegner **1834** vorübergehend ans Ruder brachte. — So war es auch wirklich; die Meinung hierüber begann allgemein zu werden, und mit ihr die Ueberzeugung, ein Tory und Whig-Miniſterium ſey einerlei. Lord John Ruſſel geſtand dieß ſelbſt, zwar nicht mit beſtimmten Worten, aber doch in der Aeußerung: Er ſelbſt ſey der Meinung, eine größere Verminderung der Gehalte von Biſchöfen ſey zweckmäßig, allein hätte er dieſelbe vorgeſchlagen, ſo wäre die Maßregel im Oberhauſe verworfen worden. Er gab allein den leeren Troſt: In der Bill ſey ein wichtiger Grundſatz enthalten, die Anerkennung der Obergewalt des Parlamentes über die Einkünfte der Geiſtlichkeit; was half dieſelbe, wenn der Grundſatz nicht zur gehörigen Ausübung gebracht werden konnte? — Uebrigens waren die Miniſter wahrſcheinlich gegen ihre eigene Partei in Verlegenheit gekommen, wenn ſie nicht auf O'Connel und deſſen verfügbare Stimmen in jedem Fall hätten rechnen können. O'Connel hielt ſich zur Regierung, und ließ die Radikalen im Stich. Beinahe ironiſch lauteten die Klagen der Miniſter über die Oppoſition der leztern Partei, die wenigſtens ſtark

genug war, die Regierung trotz O'Connels Anhang zu ſtürzen, im Fall ſie bei entſcheidenden Fragen ſtrikt nach ihren Grundſätzen verfuhr, oder bei verwickelteren Verhältniſſen ſelbſt mit den Conſervativen ſtimmte, um die Regierung zu zwingen, in der Entwerfung ihrer Maßregeln ſich mehr nach ihnen, wie nach der Tory-Oppoſition und der Mehrheit des Oberhauſes zu richten; damals aber war die Zeit noch nicht gekommen, worin Hume und die übrigen Führer der Partei ihre Furcht vor einer Tory-Regierung aufgegeben hatten, obgleich ſie deutlich genug ſahen, daß die Whig-Miniſter keine andere Richtung verfolgten, wie diejenige, welche ſich von Sir Robert Peel erwarten ließ. Hume erklärte, die Oppoſition der Radikalen gehe nicht über dieſe Bill hinaus, ſie würden das Miniſterium wie früher unterſtützen, denn ſie hegten die Ueberzeugung, daß die Nachfolger nur Männer ſeyn könnten, welche das Land nicht noch einmal am Staatsruder wünſche. Erſt die Folge hat dieſe Meinung entfernt.

Selbſt im Oberhauſe war die Bill ſogar einzelnen Whigs nicht genügend. Lord Clanricarde, ein unabhängiger Mann, der ohnedem die Miniſter weniger brauchte, wie ihn die Regierung, außerdem ein ſchottiſcher Reformirter, und deßhalb der Hochkirche nicht ſehr gewogen, machte mit kurzen Worten dem Cabinete den Vorwurf der Feigheit, und erklärte die Bill für ſchlecht. Er unterſtütze ſie nur in der Vorausſetzung, daß ſie die Einleitung zu einer ſpäteren durchgreifenderen Reform bilde. Es liegt im Weſen der

Pairie, daß die einzelnen Mitglieder, welche ſogar von der Regierung durch Aemter abhingen, nicht in ſolcher Weiſe ſich unterwarfen, daß eine unbedingte Billigung durch irgend ein perſönliches Verhältniß bewirkt werden könnte. Die Miniſter vernahmen mehrere bittere Bemerkungen von ihren eigenen Anhängern.

Uebrigens erwies ſich andrerſeits die Richtung der Tory=Partei beſchränkten Reformen und überhaupt denjenigen Veränderungen ſich nicht zu widerſetzen, welche die auffallendſten und verächtlichſten Mißbräuche betrafen. Jene Verfahrungsweiſe durch Uebertragung von Pfründen die Einkünfte der Bisthümer zu erhöhen, ſo wie die kirchlichen Sinekuren, wurden früher (vor 1830) als weſentliche Beſtandtheile der engliſchen Verfaſſung von der Partei vertreten, und jede Veränderung zurückgewieſen; 1836 wurde von der Kirche ſelbſt dieß Verfahren als unzweckmäßig aufgegeben. Der Biſchof von Hereford ſchmähete freilich gegen die ganze Bill, weil ſie die Unabhängigkeit der Staatskirche zerſtöre und ihre Würdenträger zu Staatsbeſoldeten herabwürdige; andere Biſchöfe ſtimmten ein (der Biſchof von Exeter), allein der Primas von England, der Erzbiſchof von Canterbury, obgleich ein eifriger Tory, erklärte ſich für die Regierung, und äußerte die Anſicht, daß dieſe Maßregel eine der Hauptbeſchwerden gegen die Staatskirche beſeitige und die Geiſtlichkeit in der öffentlichen Achtung nur heben könne. Kurzum, die Mehrheit der Biſchöfe erwies die ganze Richtung der Tory=Partei,

ſich den Veränderungen der auffallendſten Mißbräuche nicht zu widerſetzen; ein Verfahren, welches, wie erwähnt, ſeit der Reformbill gleich anfangs von den Parteihäuptern erſtrebt, aber erſt allmälich in der Maſſe der Conſervativen ſichtbar wurde. In dieſer Hinſicht war die Bill genügend, obgleich viel zu beſchränkt für eine liberale und durch Anſtrengung der Nation zur Staatsgewalt erhobene Regierung. Sie durchlief unter dieſen Umſtänden ohne bedeutende Hinderniſſe alle Stadien, und wurde am 12. Auguſt nach einigen unweſentlichen Amendements der Lords vom Unterhauſe wieder angenommen.

Zugleich mit der engliſchen Kirchenreformbill wurde die ſchon oft erwähnte Frage über die Ehen der Diſſenters erledigt. Dieſe Sache mogten ſich die Whig-Miniſter ſpäter zum Verdienſt anrechnen, allein ihre Bill war dennoch Nichts Anderes als die von Sir Robert Peel 1835 eingebrachte. Die Regiſtrirung der Sterbefälle und Taufen ward der bürgerlichen Behörde überwieſen, die Schließung der Ehen den diſſentirenden Geiſtlichen gänzlich frei gegeben, und eine Form den Civilmagiſtraten gegenüber gewahrt, welche den Akt eher zum Contrakte nach dem Gemeinen Recht wie zu einem Akte religiöſer Weihe machte. Das auf der Bill begründete Geſetz mogte Anerkennung verdienen, allein es war unter den damaligen Verhältniſſen dennoch nichts weiter, als ein Zugeſtändniß, welches von einer Conſervativ-Regierung in derſelben Weiſe ausgegangen wäre.

Die wichtigſte Maßregel der ganzen Seſſion bildete

die der Miniſter über den Zeitungsſtempel, denn ſie betraf denjenigen Theil des engliſchen Lebens, auf welchem alles öffentliche Treiben der Sache nach beruht, die Preßfreiheit, obgleich der Form nach die meiſten damit zuſammenhängenden Verhältniſſe in den Staatsakten ignorirt wurden. Sie betraf ferner einen Zuſtand der Dinge, wobei ſich die Miniſter in derſelben Verlegenheit wie in Hinſicht der irländiſchen Zehnten befanden, indem die Herrſchaft der Geſetze aufgehört hatte, und bei dem ganzen Zuſammenhange der engliſchen Geſellſchaft nicht mehr erzwungen werden konnte; ſie betraf endlich der Hauptſache nach einen Theil der Preſſe, welche zwar nicht den ariſtokratiſchen und mittleren, alſo den herrſchenden Volksclaſſen, ſondern dem niederen Theile der Nation angehörte, der zwar noch immer zurückgehalten, dennoch durch Ausdehnung der Volkserziehung eine Stellung wenigſtens einzunehmen begann, die ihm öffentliche Organe unentbehrlich machte. Die Lage der Dinge war folgende:

Die Preßfreiheit überall eines der hauptſächlichſten Bollwerke der politiſchen Freiheit und der darauf begründeten guten Regierung, deſſen ungeſchmälertes Beſtehen bei ſchlechten Miniſtern und einem beſtochenen Parlament von Sheridan einer patriotiſchen Regierung und einer gewiſſenhaften Volksrepräſentation ohne dieſelbe vorgezogen wurde: — Die Preßfreiheit hat zwar in England ſeit 1688 faktiſch und geſetzlich in vollſter Ausdehnung immer beſtanden, allein dennoch war durch die Verhältniſſe der verſchiedenen Volksclaſſen

und des Verkehrs, durch den Wechſel, welchen die Organe der öffentlichen Meinung erlitten, durch die hierauf begründeten Veränderungen in den Mitteln der geiſtigen Mittheilung, durch die Anſprüche, die der Staat theils aus finanziellen, theils aus politiſchen Rückſichten auf die Zeitungspreſſe machte, durch alles dieß eine Lage der Dinge herbeigeführt, welche ſich ſchon ſeit dem Ende des vergangenen Jahrhunderts nicht mehr mit dem Zuſtande der Nation, oder wenigſtens eines Theiles derſelben vertrug.

Unmittelbar nach dem Beginn der Preßfreiheit und in der erſten Hälfte des vergangenen Jahrhunderts beſchränkte ſich die politiſche Preſſe für Parteizwecke hauptſächlich auf Flugſchriften; die Zeitungen, welche exiſtirten, waren eher Neuigkeitsſchriften, wie Parteiorgane, und beſaßen bei den geringeren Communicationsmitteln keine bedeutende Verbreitung auf dem Lande; ohnedem waren es nur die ariſtokratiſchen und höchſtens die mittleren Claſſen, welche durch Politik fortwährend angeregt wurden; als die regelmäßigen Zeitungen ihre Begründung und ihren Einfluß erlangten, wurden dieſelben auch ſomit nur für dieſe geſchrieben, und zu dem Zweck eingerichtet. Für das eigentlich niedere Volk, beſonders außerhalb der Hauptſtadt, begann erſt eine Preſſe gegen Ende des vergangenen Jahrhunderts, als durch die Ereigniſſe der franzöſiſchen Revolution eine Bewegung deſſelben ſich zeigte. Damals war die höhere engliſche Preſſe beinahe ſchon eben ſo eingerichtet, ausgedehnt und einflußreich wie gegenwärtig; viele derjenigen Zeitungen, welche noch

jezt als die erſten gelten, waren bereits verbreitet und begründet, und bei den mittleren Claſſen bildete das Zeitungsleſen ſchon ein allgemeines Bedürfniß; die Zeitungen mehrten ſich deßhalb im ganzen Reiche mit jedem Jahre, und ihr politiſcher Einfluß auf die öffentliche Meinung, welcher ſich auf die Dauer wirkſamer zeigt, wie bei irgend einem andern Mittel, wurde bereits von allen Parteien anerkannt und benüzt. Damals herrſchte aber bekanntlich bei der regierenden Partei eine große Beſorgniß über Volksbewegungen; andrerſeits war auch der Schatz bei den im Kriege erforderlichen Anſtrengungen darauf angewieſen, ein jedes Mittel Steuern beizutreiben, zu benützen. Die Regierung ſezte ſomit im Parlamente die Maßregel über den Zeitungsſtempel durch, und erreichte damit den doppelten Zweck, daß ſie die noch größere Verbreitung der Zeitungen hemmte, und dem Schatze ein einträgliches Einkommen ſicherte. Der Zeitungsſtempel (4 Pence) für die Nummer, und ohnedem eine Abgabe von den Ankündigungen war nämlich ſo hoch, daß nur die Organe der höheren und mittleren Claſſen bei erhöhetem Preiſe ihn ertragen konnten; die beginnende Preſſe für das niedere Volk, deren Hauptbedingung in der Wohlfeilheit beſteht, mußte gänzlich aufhören. Außerdem ward auch die Errichtung neuer Zeitungen der erſteren Art bedeutend dadurch erſchwert. Bei jener hohen Steuer, die auf 200 Procent des Werthes berechnet, durch die Abgabe von den Ankündigungen noch höher ſtieg, bei dem beſonderen Verhältniſſe, worin eine jede neue

Zeitung ſich befindet, indem ſie ſich niemals plötzlich, ſondern nur allmählig Bahn brechen kann, war es im gewöhnlichen Laufe der Dinge unmöglich, daß irgend ein neues Blatt mit den beſtehenden conkurriren konnte. Die Errichtung einer neuen Zeitung erheiſchte ſo ungeheure und auf einen ſo ungewiſſen Erfolg zu verwendende Kapitalien, daß jene Stempeltaxe gewiſſermaßen das Verbot zur Errichtung neuer erhielt. Diejenigen Zeitungen, welche beſtanden, erlangten gewiſſermaßen ein Monopol; nur bei Parteizwecken wie bei der früher erwähnten Errichtung des radikalen Sun, konnte eine Mitbewerbung aufkommen. Hätten damals nicht die reicheren Radikalen verhältnißmäßig ungeheure Summen geopfert, um dadurch ihren politiſchen Einfluß zu vermehren, ſo hätte ſchwerlich jene Zeitung einen Bankerott vermeiden können. Andrerſeits läßt ſich übrigens auch nicht leugnen, daß die engliſche Tagespreſſe, vorzüglich aber die Londoner Zeitungen, ohne jenes Geſetz nicht die erſtaunenswerthe Ausdehnung ihres Materials hätten erlangen können, welches nicht allein die Politik, ſondern faſt alle Zweige des Lebens und Wiſſens umfaßt; ohne jenes Monopol hätten ihr niemals die Geldmittel zu Gebote geſtanden, wodurch ſie mehr als irgend eine andere für den Nutzen des Publikums hat wirken können.

Dieſe Lage der Dinge blieb bis 1830. Unmittelbar nach dem Kriege beſaß ſchon die radikale Partei eine ſolche Bedeutung, daß ſie wenigſtens von den Tories gefürchtet wurde, und unter den mittleren Claſſen keinen ſchwachen Anhang beſaß. Nichts deſto

weniger war es ihr unmöglich, eine Zeitung zu erwerben, ſie mußte ſich in der Preſſe auf Vierteljahrs- und Wochenſchriften beſchränken. Sogar die Whigs konnten mit ihren Zeitungen auf dem Lande nicht recht durchdringen, und beſaßen nur zwei vielgeleſene Tagſchriften in London. Der Preis derſelben war ohnedem ſo hoch, daß ſie in die größere Volksmaſſe nicht dringen konnten; ſogar die Mittelclaſſen entbehrten derſelben auf verſchiedenen Punkten; für die eigentliche niedere Volksmaſſe war aber gar keine Preſſe vorhanden. Mittlerweile hatte ſich jedoch der Zuſtand derſelben in mancher Hinſicht verändert; nach dem Jahre 1822 vermehrte ſich Englands Wohlſtand und mit ihm das Bedürfniß des Unterrichts für Leute, welche daſſelbe früher nie empfunden hatten. Die Regierung that zwar Nichts zu dem Zwecke, dagegen deſto mehr die damalige Oppoſition der Whigs; es bildete ſich die Geſellſchaft zur Verbreitung nützlicher Kenntniſſe, mit Brougham an der Spitze; dieſe ſorgte für Errichtung von Volksſchulen in den Manufakturſtädten, für Verbreitung nützlicher und wohlfeiler Bücher; kurzum, es mehrte ſich der Volksunterricht, mit ihm entſtand das Bedürfniß einer eigenen nur für das niedere Volk berechneten Literatur, zugleich auch von Zeitſchriften, welche ſowohl durch Darſtellung, wie durch den Preis dieſen zugänglich waren. Der Anfang wurde durch die damaligen Whigs gemacht.

Unter dieſen Verhältniſſen kamen die Jahre 1830, 1831 und 1832 mit der Reformaufregung. Die Preſſe war ein zu gutes Mittel, als daß die Reformfreunde

daſſelbe in aller Ausdehnung nicht hätten benutzen ſollen; es entſtanden im ganzen Reiche tauſende von kleineren ungeſtempelten, wohlfeilen und auf die Volksmaſſe berechneten Schriften. Unter den damaligen Verhältniſſen war es unmöglich, auf die Beachtung des Stempelgeſetzes zu ſehen; die Regierung ſelbſt, welche eine ſtarre und durch ihren materiellen Vortheil an die Erhaltung des Alten angewieſene Oppoſition durch Volksaufregung beſiegte, hätte ſich ſelbſt geſchadet, wenn ſie den Verkauf ungeſtempelter Zeitungen würde verhindert haben. Auch iſt es keinem Zweifel unterworfen, daß gerade dieſer Theil der Preſſe in jener Zeit einen bedeutenderen Einfluß übte wie ſelbſt die großen Londoner Zeitungen. Auch die Tory-Partei konnte ſich dieſem Theil der Preſſe nicht entziehen, ſo bald einmal die Schranke durchbrochen war; von ihr gingen ebenfalls ungeſtempelte Blätter aus, beſonders nach 1833, als die Gefahr gegen die Hochkirche herannahete, und als ſie des Beiſtandes der Bauern und der Furcht gegen die Katholiken bedurfte, um dem Sturme der Reformer zu widerſtehen. — Die Zahl der ungeſtempelten Blätter war aber ſo groß geworden, daß ſie in London 250,000 Nummern wöchentlich betrug.

Das Stempelgeſetz beſtand noch in voller Geltung auf dem Papier, allein es war außer Kraft. Hat einmal die Wirkung eines Geſetzes aufgehört, ſo muß es in einem Staate wie England entweder gänzlich aufgegeben, oder ſehr verändert werden, will man es wieder durchführen. Iſt die Verletzung ſo allgemein,

ſo gilt die Beſtrafung des Einzelnen nicht mehr als eine gerechte Durchführung des Geſetzes, ſondern als eine am Einzelnen genommene und unbillige Rache (a vengeance). Es iſt daſſelbe Verhältniß, welches die Durchführung der Beſtechungsgeſetze in Betreff der Wahlen ſo ſchwierig macht. Ferner hätten die Whigs am allerwenigſten einen Verſuch zur Aufrechthaltung des Stempelgeſetzes machen können. Sie hatten ſich vor 1830 oft genug über das Beſtehen deſſelben beklagt, nach der Reformaufregung die faktiſche Aufhebung deſſelben nicht allein ſtillſchweigend gebilligt, ſondern zu ihrem Vortheil benützt, und zu wiederholten Malen Verſicherungen über eine Veränderung des Geſetzes gegeben. — Endlich war auch die Ausführung der Stempelakte überhaupt nach engliſchem Verhältniß unmöglich. Sie konnte nur ſo lange in Kraft beſtehen, wie jenes Bedürfniß der niederen Volksclaſſen nach Zeitungen nicht vorhanden war, oder ſo lange jeder Verſuch im Keime erſtickt wurde. War lezteres nicht geſchehen, und die Verletzung einmal allgemein eingeriſſen, ſo wurde eine Beaufſichtigung der Polizei erfordert, die auf den Straßen u. ſ. w. ſo viel gekoſtet hätte, wie der Stempel kaum eintragen würde, oder die eine Controlle hätte führen müſſen, welche dem engliſchen Recht widerſtrebte. Bei dergleichen Zeitungen wären Nachſuchungen in den Häuſern nach Druckerpreſſen und eine Controlle über dieſelben nothwendig geweſen, die den Beſtimmungen des engliſchen Hausrechts*) durchaus

*) Die Unverletzlichkeit des Hauſes von Privatperſonen iſt bekanntlich

entgegen, und ohne beſondere Parlamentsakte oder eine Clauſel derſelben nicht erlaubt iſt.

Unter dieſen Verhältniſſen hatten ſchon Brougham und Hume während der vergangenen Seſſion die Sache in Anregung gebracht; die Miniſter hatten verſprochen in der folgenden eine befriedigende Bill darüber einzubringen, und waren auch, wie erwähnt, durch die damals vorgerückte Zeit der Seſſion wirklich verhindert worden, ſchon damals die Sache zu erledigen. Man hegte die Hoffnung, daß die Regierung in Hinſicht der Volksblätter keinen Rückſchritt machen, und Maßregeln vorſchlagen würde, welche die Concurrenz mit den großen Londoner Blättern erleichtern müßte. Die Radikalen und ſogar ein Theil der miniſteriellen Whigs erwartete entweder die gänzliche Aufhebung des Zeitungsſtempels, oder einen ſo niedrigen Anſatz, daß die Verbreitung der Wochenſchriften ſich durch Wohlfeilheit auch in die ärmſten und entlegenſten Hütten verbreiten und eine Tageszeitung auch für das niedere Volk entſtehen könne. Die Regierung ſelbſt hatte hiezu Hoffnung gegeben. Schriftſteller, Verleger und Drucker in London waren icht müßig geweſen. Eine Deputation derſelben, von einem achtbaren Mitgliede der damaligen Preſſe geführt, hatte ſich zu Spring Rice begeben, und von dieſem Miniſter die Verſicherung erhalten, er ſey für die gänzliche Abſchaffung des Zeitungsſtempels als

Grundſatz des Gemeinen Rechts; der Engländer betrachtet ſein Haus als Feſtung, wohin Niemand ohne ſeine Erlaubniß dringen darf (my house is my castle).

einer Taxe auf Volksbelehrung (tax upon knowledge); es böten ſich allein noch finanzielle Schwierigkeiten, durch die er verhindert werde, ſchon jezt eine beſtimmte Verſicherung zu geben. Um ſo größer war das Erſtaunen, als Spring Rice mit ſeiner Bill ins Unterhaus kam, und durchaus im andern Sinne eine Rede hielt, wie er ſich wenige Monate vorher gegen die Deputation geäußert hatte. Es war offenbar, die Whigs hatten ſich früher der Zeitungspreſſe des niederen Volkes zu ihren Zwecken bedient, und ſchoben ſie jezt als nutzlos bei Seite.

Die Bill war, wie alle früheren, von ſolcher Art, wie man ſie vor 1830 als eine Wohlthat und ein paſſendes Zugeſtändniß mit Dankbarkeit angenommen hatte; unter den beſtehenden Verhältniſſen hatte man mehr erwartet. Der Zeitungsſtempel ward in der Bill von 4 Pence auf 1 Penny ermäßigt, alſo noch immer auf 50 Procent des Werthes feſtgeſezt. Alsdann kamen eine Menge Beſtimmungen, wonach der Verkauf der ungeſtempelten Blätter verhindert und mit Strenge beſtraft werden ſollte. Alle periodiſch erſcheinenden Flugſchriften politiſchen Inhalts wurden in die Bill mit inbegriffen. Vor der Herausgabe ſollte eine von den Stempelcommiſſarien anzuſetzende Caution einzulegen ſeyn. Vor Herausgabe einer Zeitſchrift ſollte der Titel, das Bureau der Druckerei und des Journals, die Privatwohnungen und Namen der Drucker und Herausgeber anzuzeigen ſeyn. Auch die Herumträger ungeſtempelter Zeitungen ſollten controllirt werden. Zwei vom Herausgeber unterzeichnete Exemplare würden

zugleich mit der Herausgabe bei den Behörden niederzulegen ſeyn. Die Geldſtrafe für den Beſitzer eines ungeſtempelten Blattes wurde auf 50 Pfund, für den Verkäufer auf 100 Pfund, oder auf entſprechendes Gefängniß feſtgeſezt. Um die Controlle zu führen und den geheimen Preſſen nachſpüren zu können, würde jeder Conſtabler und Polizeibeamter ohne Unterſchied in jedes Haus, das er im Verdacht als Niederlage eines ungeſtempelten Blattes habe, ohne weiteres dringen können, um es zu durchſuchen, Verhaftungen auszuführen und Preſſen wegzunehmen.

Dieſe Bill, wie man ſieht, den ſogenannten franzöſiſchen Septembergeſetzen nachgebildet, die in der Eile und unter Aufregung gegeben, dennoch in Frankreich eigentlich nie vollkommen haben zur Ausführung kommen können, war von ſolcher Art, daß man jezt über den geringen Widerſtand erſtaunen muß, welchen ſie damals unter den liberalen Parlamentsgliedern fand. Sie verſchlimmerte ſogar das vor 1830 beſtehende Verhältniß, indem ſie nicht allein eine Caution erheiſchte, ſondern ſogar die Beſtimmung derſelben den Regierungsbeamten überließ, deren Einwirkung in ſolchen Fällen den Engländern immer verhaßt geweſen iſt. Man verlangte vergeblich wenigſtens die Fixirung der Summe. Am meiſten aber ärgerten ſich die Britten über das Recht der Hausdurchſuchung, welches allen ihren Rechtsgefühlen und Gewohnheiten widerſtrebt, und welches in ſolcher Ausdehnung nicht einmal bei Unterſuchungen über Diebſtahl ſtatt findet. Jene Beſtimmungen waren ſogar unnöthig, und

dienten ſomit nur dazu, Mißvergnügen gegen die Regierung zu erwecken. Eine leichtere Strafe wäre bei weitem hinreichend geweſen, wegen der Herunterſetzung des Zeitungsſtempels um drei Viertel des früheren Betrags. Es war daſſelbe Verhältniß, wie beim Zolle; ein zu hoher Anſatz deſſelben bietet eine zu große Prämie für den Schleichhandel, als daß auch die ſchwerſten Strafen denſelben verhindern könnten; ein zu hoher Zeitungsſtempel ermuntert durch den Nutzen der ohne denſelben gedruckten Blätter zu den Umgehungen des Geſetzes, welche verſchwinden, ſobald eine billige Herabſetzung ſtatt gefunden hat; zur Verhütung dieſer Art von Schleichhandel war die Verminderung genügend, jedoch nicht zur Entfernung desjenigen Monopols, welches die größeren beſtehenden Zeitungen beſaßen. Bei den übrigen Ausgaben und Verhältniſſen kann keine tägliche Zeitung unter dem Preiſe von 4½ Pence, bei einem im Verhältniß mit andern Ländern ſehr hohen Stempel von 1 Penny für die Nummer ausgegeben werden; jener Preis iſt aber für die untern und ſogar für die mittleren Volksclaſſen noch viel zu hoch, ſo daß keine ſolche Verbreitung eines Tagblattes denkbar iſt, welche die Koſten decken würde, ſo bald daſſelbe für Berichterſtatter, Correſpondenten, Critiker u. ſ. w. ſolche Summen aufwendete, wie die großen Londoner Zeitungen *), die ſomit

---

*) Times, Standard, Morning-Poſt, Morning-Chronicle, Globe, Sun, den Morning Herald und den Courrier kann man kaum zu jenen einflußreichen Blättern rechnen.

unter dieſen Verhältniſſen ſtets den Vorrang behalten müſſen.

Der unangenehme Eindruck äußerte ſich bald. Die radikalen Parlamentsglieder und ſogar mehrere Whigs waren entſchloſſen, die Miniſter durchfallen zu laſſen, und führten eine Deputation der Londoner Preſſe zu Lord Melbourne, um die Miniſter an die früheren Aeußerungen von Spring Rice zu erinnern, und wenigſtens eine noch größere Herunterſetzung des Zeitungsſtempels, ſo wie die Entfernung der oben erwähnten läſtigen Beſtimmungen, zu verlangen. Lord Melbourne empfing ſie kalt, und wies ihr Begehren in beſtimmten Worten zurück. Die gegenwärtigen Parlamentsglieder erklärten ihm dagegen, daß ſie jezt ihm alles Zutrauen entzögen, und daß ſie von nun an gegen die Miniſter ſtimmen würden; wahrſcheinlich hat auch die Maſſe der radikalen Parlamentsglieder dieſen Willen gehegt, allein bald war wieder die ſchon ſo oft erwähnte Furcht vor den Tories überwiegend, und die Partei wagte nicht, durch eine entſcheidende Abſtimmung ihnen zur Staatsgewalt zu verhelfen. Den Whigs wurde eine neue Friſt geſtellt, um ſich ihr Zutrauen wieder zu erwerben.

Die Verhandlung nahm bald eine ruhige Wendung; Hume, Wakeley und andere drückten die Hoffnung aus, daß der Zeitungsſtempel in ſpäterer Zeit verſchwinden würde, und fügten ſich dann der miniſteriellen Maßregel, deren Annahme für ſie allein nicht zu verhindern war, denn an eine Coalition mit den Tories wurde nicht gedacht. Die Miniſter machten

vor allem den Umſtand geltend, daß unſittliche und irreligiöſe Schriften ohne jene Beſchränkung des Zeitungsſtempels leichter verbreitet werden könnten, allein die Folge hat gezeigt, daß dies weder mehr noch weniger, wie früher geſchah. — Das Oberhaus nahm die Bill mit einigen Veränderungen in Betreff der oben erwähnten läſtigen Clauſel hinſichtlich der Caution an, und erwarb ſich ſomit einige Popularität. Der Fall war ſonderbar, daß toriſtiſche Lords die Bill von Whig-Miniſtern in ſolcher Weiſe amendirten, wie es von einer Whig-Oppoſition gegen eine Tory-Regierung ſonſt geſchehen wäre. Lord Lyndhurſt ſprach hiebei zum Erſtaunen der Miniſter und eben ſo der Nation, von der Zweckmäßigkeit der gänzlichen Abſchaffung des Zeitungsſtempels, und zog ſich hierdurch den wahrſcheinlich verdienten Vorwurf der Perfidie zu, der ihm ſchon lange nichts Neues mehr war. — Als die Bill ins Unterhaus zurückkehrte (10. Auguſt), ſchmähete auch Spring Rice vor allem auf jenes Verfahren des Leiters der Oppoſition vom Oberhauſe; es biete einen hinterliſtigen Köder, um den Tories bei den Radikalen Popularität zu gewinnen, ließ ſich übrigens die Veränderung über die Regiſtrirung der Caution gefallen. Es war nur zu bedauern, daß ein Whig-Miniſter in die ſchlimme Stellung gerathen war, daß Conſervative durch eine liberalere Veränderung der von ihnen eingebrachten Maßregel ſich Popularität wirklich erwerben konnten.

Was die Folgen der Bill betrifft, ſo haben die ſpäteren Jahre erwieſen, daß die Monopole der größeren

Londoner Zeitungen nicht dadurch abgeſchafft wurden, wie es die Deputation der Zeitungspreſſe, ſowohl Spring Rice als auch Lord Melbourne vorherſagte. Seitdem iſt kein neues Tagblatt aufgekommen oder hat ſich gehalten. Die Stellung der Londoner Zeitungen wurde ſogar dadurch verbeſſert. Sie mußten freilich den Preis wohl herunterſetzen, ſo daß dem Publikum dadurch nicht die Folgen jener Bill gänzlich verloren gingen; allein ſie haben von der Herabſetzung der drei Pence ein Fünftel Penny für ſich behalten. Die Times z. B. erlangte dadurch bei dem täglichen Verkaufe von 10,000 Blättern einen jährlichen Zuwachs von 2000 Pfund zu ihren ſonſtigen Einkünften, abgeſehen von dem Vortheile, der ſich für Erhaltung ihrer bisherigen Stellung darbot. Hätten die Miniſter den Zeitungsſtempel auf ⅓ Penny herabgeſezt, ſo wäre dieſelbe mit ihrem ganzen politiſchen Einfluß wohl noch mehr gefährdet worden, wie die übrigen Zeitungen. Somit war die Maßregel der Miniſter nicht einmal klug entworfen, denn, wie früher erwähnt, hat den Whigs vielleicht nichts ſo ſehr geſchadet, wie die hartnäckige Oppoſition der Times.

Was die ſchon erwähnte Preſſe des niederen Volkes betrifft, ſo iſt der größere Theil ſolcher Blätter verſchwunden. Es läßt ſich nicht leugnen, daß eine Maſſe derſelben kein Vertrauen verdiente, daß eine Menge ſich auf ſonderbaren Ideen von Staat und Geſellſchaft herumtrieb und gerade keine Tendenz erwies, welche die Sittlichkeit befördern konnte, allein in einem Lande,

wo Preßfreiheit einmal geſetzlich herrſcht, ſcheint es unbillig, irgend einem Theile der Bevölkerung ſeine Organe zu entziehen, mag derſelbe auch ſeiner Bildungsſtufe und ſeinen Vorſtellungen gemäß von der Denkungsart und Ausdrucksweiſe der Höherſtehenden weit entfernt ſeyn und mögen ſich auch die Organe nach Lezteren richten, ſo daß ein ſolches Blatt außer jenen Claſſen keine Leſer finden kann. — Uebrigens iſt auch noch Manches von jener ungeſtempelten, der ſogenannten Penny-Preſſe, verblieben. An eine tägliche Zeitung, die ganz allein auf die Bedürfniſſe und auf die Parteianſichten der niederen Volksclaſſen berechnet wäre, ließ ſich nicht mehr denken. Einzelne der damals beſtehenden Wochenblätter haben, freilich auch durch eine Art von Monopol, welches ſich durch die Taxe und die daran geknüpften Bedingungen ergab, eine noch größere Verbreitung wie ſogar die Times erlangt (vor allem das Weakly-Dispatch), Blätter, denen vielleicht bei einer unabhängigen Stellung und einer conſequent verfolgten Richtung ein größerer politiſcher Einfluß für die Zukunft vorbehalten iſt, und denen man durchaus nicht eine niedrige Stellung in irgend einer Hinſicht zum Vorwurf machen kann. Endlich iſt wenigſtens durch die Bill der Whig-Miniſter das Reſultat erreicht worden, daß die Preſſe des niederen Volkes theilweiſe durch ein Geſetz geſichert iſt. Bei dem Wechſel der Parteiherrſchaft und der öffentlichen Meinung durch beſondere Ereigniſſe hätte ohne dieſe Beſtimmung wohl eine Zeit eintreffen können, worin

in ähnlicher Weiſe, wie früher, dieſer Theil der Preſſe eben ſo wie früher bedroht oder gar vernichtet wäre.

Dies waren die wichtigſten Reſultate und Verhandlungen in Betreff innerer Angelegenheiten, welche die Seſſion wirklich bot. Es war noch weniger erlangt worden, wie im vergangenen Jahre, und die Stimmung nach aufgehobener Seſſion war nicht die beſte. Die Whigs hatten keine Urſache, ſich ihrer Wirkſamkeit zu rühmen, indeß war doch noch Einiges geſchehen, welches lobenswerth erſchien theils durch die Mitwirkung der Geſetzgebung, theils durch die Regierung allein. Hinſichtlich des erſteren mag die Aufhebung der ſogenannten Fremdenbill erwähnt werden, obgleich dieſelbe für England ſelbſt von keiner Wichtigkeit, von ſehr untergeordneter Art, und durch die Praxis ſeit mehr als ſechs Jahren ſchon aufgehoben war. Sie beleidigte jedoch das Gefühl der Engländer und konnte vielleicht, wenn ſie fortbeſtand, in Zukunft wieder aufgefriſcht werden. Das Verhältniß jener Fremdenbill war folgendes:

Bekanntlich genug hegten die Tory-Regierungen nach Pitts Tode, beſonders aber die von Caſtlereagh, eine Vorliebe für die Verwaltungsformen der unumſchränkt monarchiſchen Regierungen des Feſtlandes, und waren thöricht genug, einzelne derſelben einzuführen in Betreff der geheimen Polizei und des Paßweſens, zwei Dinge, die den Britten von Grund aus verhaßt und die auch wirklich mit dem ganzen engliſchen Weſen unverträglich ſind. Was die geheime politiſche Polizei

betrifft, ſo war dieſe anerkanntermaßen bis 1822 vorhanden, hatte aber ſeitdem abgeſchafft werden müſſen, theils weil die Regierung Lord Liverpools unter Cannings Einfluß ein Mittel aufgab, welches ihr gar nichts nüzte und ſie allein in England verhaßt machte, theils auch weil die Whig-Oppoſition die geheimen Fonds verkürzte. Die Verhältniſſe des Paßweſens, wie ſie durch die alten Tory-Regierungen eingeführt waren, hatten jedoch länger ihren Beſtand, ſogar Sir Robert Peel wollte ſich 1829 noch nicht zu der Abſchaffung verſtehen. Sie erſtreckten ſich freilich nur auf Fremde und waren ſeit 1822 nicht mehr gemißbraucht worden, allein ihr Beſtehen ſchon war den Britten widerlich. Sie beruhten auf der ſogenannten, während des Krieges gegebenen Alien-Bill, (Fremden-Bill), wonach ein jeder in England landende Fremde verpflichtet war, den Zollbeamten einen Paß abzugeben, wenn er an's Land wollte, und ohnedem ſich eine Aufenthaltskarte von einem Centalbureau in London zu verſchaffen. Die Regierung beſaß das Recht, Fremde auszuweiſen, und machte oft genug, zum Aerger der Nation, welche das Aſylrecht ihres Landes für unverletzlich hält, Gebrauch davon gegen die franzöſiſchen Ausgewanderten von 1815, welche in ganz Europa, kaum mit Ausnahme der Niederlande, damals keine Zuflucht fanden. Die Britten waren ſchon deßhalb über das ganze Verfahren ärgerlich und hielten daſſelbe außerdem ihren Rechtsgewohnheiten für widerſtreitend, weil es Einmiſchung der Behörden in die Verhältniſſe von Privatperſonen gutheißt, eine

Einmiſchung, die ſo lange nach dem gemeinen Recht derſelben fremd bleiben muß, wie jene die Landesgeſetze nicht verletzen. Reiſende Britten ärgerten ſich oft auf dem Feſtlande über die mit dem Paßweſen verbundenen Plackereien und Abgaben, und pflegten die ganze Sache durchaus nicht für förderlich in Betreff der öffentlichen Sicherheit, ſondern wegen der Leichtigkeit, womit man ſich falſche Päſſe verſchaffen kann, eher für ein Mittel zu halten, wodurch Gauner und Betrüger der Gerechtigkeit deſto leichter entgehen können. Endlich war ihnen die Beſoldung des Centralbureau's für die Fremden läſtig; nach der allgemeinen Meinung beſtand die Wirkſamkeit deſſelben allein in der Erſchaffung läſtiger Förmlichkeiten und in der Verſorgung einer Anzahl von Individuen aus einer Menſchenclaſſe (Bureaukratie), die in allen republikaniſchen und conſtitutionellen Staaten weder einen politiſchen Einfluß beſizt, noch auch beſonders geachtet wird. Somit wurde leztere abgeſchafft und das ganze Verhältniß der Fremden umgeändert. Nach dem Vorſchlage der Miniſter wurde beſtimmt, der Eintritt der Fremden in England werde nicht von dem Beſitze eines Paſſes abhängen, ſondern dies ſey ein durchaus gleichgültiger Umſtand; alle Förmlichkeiten wurden abgeſchafft, und die Fremden, ſobald ſie den brittiſchen Boden betraten, den Eingeborenen in Hinſicht der perſönlichen Freiheit gleichgeſtellt.

Die zweite Maßregel, welche allein von der Regierung ausging, betraf den Freibrief der Univerſität London. Die Verhältniſſe der zwei engliſchen Univerſitäten

Oxford und Cambridge, als integrirende Theile der Hochkirche, ſind früher eben ſo dargelegt worden, als der Widerwille der Conſervativ-Partei, auch in der Kleinigkeit der Ertheilung akademiſcher Grade an Diſſenters nachzugeben. Die Whig-Partei benuzte jezt als herrſchend die königliche Prorogative, um der Univerſität London, die ſie einſt als Oppoſition in den zwanziger Jahren gegründet hatte, dieſelben Vorrechte als Corporation zu ertheilen, welche jene beiden alten und berühmten Inſtitute beſaßen. Die Maßregel war ohnedem den Umſtänden angemeſſen. Die Univerſität London, nicht wie Oxford und Cambridge Erziehungsſchulen für die britiſche Ariſtokratie, ſondern eher für diejenigen Zweige des Wiſſens eingerichtet, welche unmittelbar in das tägliche Leben eingreifen, hatte beſonders in mediciniſchen und mathematiſchen Wiſſenſchaften eine ſolche Wirkſamkeit erlangt, daß ſie ſelbſt von einer Tory-Regierung nicht länger hätte ignorirt werden können. Somit war die Ertheilung des Freibriefes eine auf Billigkeit berechnete Maßregel; die Whig-Regierung ſtellte die frühere Schöpfung ihrer Partei den andern Univerſitäten, mit Ausnahme des Repräſentationsrechtes im Parlamente, welches nicht in ihrer Gewalt lag, vollkommen gleich, und fügte ohnedem ein nicht unbedeutendes Geldgeſchenk hinzu, obgleich die Lage der Dinge eine Ausſtattung an weltlichen Gütern unmöglich machte, wodurch die neue Univerſität auch nur in entferntem Verhältniſſe dem Reichthume und den Inſtituten der älteren hätte gleichkommen können. Um ihr Anſehen übrigens auch in

ariſtokratiſcher Hinſicht zu erhöhen, wurden die höheren Würden (die des Kanzlers u. ſ. w.) Mitgliedern der Pairie aus der Wigh-Partei übertragen; Begünſtigungen, welche der Regierung zu Gebote ſtanden, unterblieben ebenfalls nicht in den folgenden Jahren, ſo daß jenes Inſtitut ſich zu einem achtbaren emporhob, worauf die Partei, als auf ihre Schöpfung, ſtolz ſeyn kann. Man darf jedoch nicht dabei vergeſſen, daß die Gründung nicht aus der Zeit der Whig-Regierung nach 1834 ſich herſchreibt, ſondern aus jener Periode, worin die ganze Partei der Nation gegenüber eine andere Stellung einnahm.

Die Politik der Regierung in den auswärtigen Angelegenheiten blieb noch immer, wie ſie geweſen war, Hinneigung zu Frankreich, Unterſtützung der ſpaniſchen Conſtitutionellen, Argwohn und Abneigung gegen Rußland und ſomit kein ſehr freundſchaftliches Verhältniß zu den größeren Staaten des Feſtlandes, worüber damals Rußland einen unzweifelhaften Einfluß übte und mit denen jener Staat im Beginne des Jahres zugleich das Gebiet des Freiſtaates Krakau beſezt hatte. Lezterer Vorfall bot Gelegenheit zur Einmiſchung Englands, indem der Wiener Vertrag ſowohl die Unabhängigkeit dieſer Republik, wie die Unverletzbarkeit ſeiner Grenzen garantirt hatte. Indeß von Seiten Englands geſchah nichts als eine Einlegung nutzloſer Proteſtationen und die Einſetzung eines engliſchen Conſuls erſt nach dem Ereigniß, als deſſen Anweſenheit von keinem Erfolg mehr ſeyn konnte. Die Sache kam übrigens im Parlament zur Sprache mit

den gewöhnlichen Ausfällen gegen Rußland; derjenige, welcher ſie zuerſt anregte, war Stratford Canning, früherer Geſandter in Conſtantinopel, ein Diplomat aus Pitts Schule, ſomit entſchloſſen, oft hochfahrend und rückſichtslos, welcher deßhalb bald einer ſchwachen Regierung nicht genehm und von der Geſandtſchaft in Conſtantinopel zurückberufen worden war. Stratford Canning, wegen ſeines entſchiedenen und bei jeder Gelegenheit geäußerten Ruſſenhaſſes bekannt, früher derjenige Diplomat, durch deſſen Entſchloſſenheit die Grenzen Griechenlands gegen den Willen Rußlands erweitert und ruſſiſche Intriguen dort vereitelt worden waren, drang im Parlamente auf ein ähnliches Verfahren hinſichtlich Krakau's, wie es von ihm ſelbſt an ſeinem diplomatiſchen Poſten beobachtet worden wäre; die Miniſter jedoch wichen aus, und legten bei dieſer Gelegenheit ein Verfahren ihrer Diplomaten dar, welches kein beſonderes Zutrauen zu ihrer Regierung erwecken konnte. Zuerſt ließ ſich Lord Palmerſton auf die Verhandlung nicht ein, weil er noch keine offiziellen Berichte über die Beſetzung Krakau's erhalten habe, obgleich dies Ereigniß ſelbſt durch die Zeitungen allgemein bekannt war; nachher ergab es ſich, daß die engliſche Geſandtſchaft in St. Petersburg war getäuſcht worden. — Eine andere Beſchwerde gegen Rußland kam hinzu, wobei freilich England nicht einſeitig handeln konnte. Von Rußland wurde in Beſſarabien eine Quarantäne an den Donaumündungen angelegt, und zwar unter ſolchen Beſtimmungen, daß der Handel der übrigen Uferſtaaten auf dieſem Fluſſe nach dem

ſchwarzen Meere ſo gut wie gänzlich abgeſchloſſen wurde. England litt hierdurch ebenfalls Schaden, denn in den lezten Jahren hatten einige Handelsverbindungen auf dieſem Wege mit den Donau-Fürſtenthümern ſtattgefunden. Die Maßregel war eben ſo eine Verletzung des Wiener Vertrages, wie die Beſetzung Krakau's, denn in dieſem iſt bekanntlich die oft verlezte Stipulation enthalten, daß die Mündungen der Flüſſe zum Gebrauch der Uferſtaaten freigegeben ſind. Uebrigens war die Angelegenheit für England allerdings von nicht ſo großer Wichtigkeit, daß entſcheidende Schritte deßhalb allein hätten geſchehen ſollen. Die Sache war für Oeſterreich von ungleich größerer Bedeutung. — Die Beſchwerden jedoch gegen Rußland mehrten ſich immer; bald kam eine Angelegenheit hinzu, welche unter einer andern Regierung einen ganz andern Ausgang hätte nehmen müſſen. Ein engliſches Schiff, welches nach der Küſte von Tſcherkeſſien handelte, und deſſen Eigenthümer von Lord Palmerſton ſelbſt zu ihrer Unternehmung gewiſſermaßen waren ermuntert worden, wurde im ſchwarzen Meere von den Ruſſen weggenommen, und die engliſche Flagge ſomit beſchimpft. Die nähere Darſtellung dieſes Ereigniſſes gehört jedoch in die nächſte Zeit.

Bei allem dem konnte Lord Palmerſton wenigſtens ein Reſultat, das er erlangt hatte, den Vorwürfen über Unentſchiedenheit und Schwäche entgegen halten. Durch die Vermittlung Englands kam eine Uebereinkunft zwiſchen Rußland und der Pforte zu Stande, wonach von lezterer die nach dem Frieden

von Adrianopel noch rückſtändige Schuld gezahlt und hierauf von erſterer Macht Siliſtria, die lezte Feſtung, welche von ruſſiſchen Truppen auf türkiſchem Gebiete noch beſezt gehalten wurde, geräumt ward, ſo daß jezt kein Theil des ruſſiſchen Heeres ſich auf türkiſchem Boden befand.

Erwies die Whig-Regierung gegen Rußland keine Entſchloſſenheit in ihrer Politik, ſo benuzte ſie dagegen die übrigen engliſchen Verhältniſſe, um jene Macht auf unangenehme Weiſe zu berühren. Damals erſchien in London heftweiſe eine Zeitſchrift, das Portfoglio, welches nicht allein die öffentliche Meinung in England, ſondern auch in Europa in Bewegung ſezte, und ohne Zweifel auch auf die Diplomatie nicht ohne Einfluß blieb. Die Zeitſchrift, gegen Rußland und deſſen Politik im Orient vor allen gerichtet, enthielt nämlich, neben andern Aufſätzen, mehrere geheime Depeſchen ruſſiſcher Diplomaten während des Türkenkampfes und kurz nach demſelben, worin die Abſichten dieſer Macht freilich auf andere Weiſe dargeſtellt wurden, wie es öffentlich zu geſchehen pflegte, woraus ein Intriguenſpiel erhellte, welches vor Allem diejenigen Mächte in Schaden zu bringen bezweckte, mit denen Rußland in politiſchem Bündniſſe ſtand, und welches endlich einen Theil der damals ſtattfindenden Unterhandlungen auf eine Weiſe darlegte, die damals zwar geahnt, aber nicht öffentlich ausgeſprochen war. Man wußte zwar, daß Lord W e l l i n g t o n s Regierung die Fortſchritte der Ruſſen in jeder Weiſe aufzuhalten ſich bemüht und endlich ſogar mit einem

Kriege gedroht hatte, ein ähnliches Verfahren Oeſterreichs war aber unbekannt und wurde jezt ebenfalls dargelegt. Am meiſten erregten Anträge Aufſehen, worin Rußland, in der Erwartung eines europäiſchen Krieges, die damalige Regierung von Frankreich zu einem Bündniſſe gegen deutſche Großmächte zu ködern glaubte, einen Antrag, den Carl X. zurückgewieſen haben mochte, der aber wiederholt von anderen Regierungen auf andere Weiſe aufgenommen werden könnte. Die Bekanntmachung dieſer Depeſche bewirkte einen ſonderbaren Eindruck auf verſchiedenen Punkten und iſt Rußland ſicherlich nicht von Nutzen geweſen, obgleich die Folgen ſich ſobald nicht zeigten. Man zweifelte nirgends an der Aechtheit der Depeſchen, obgleich in Preußen, wo damals die Preſſe entweder für Rußland feil, oder zu Gunſten dieſes Staates gänzlich niedergehalten war, einige Stimmen ſich vernehmen ließen, welche die Aechtheit in Frage ſtellten. Man glaubte, das Geld der engliſchen Regierung habe derſelben die Depeſchen in die Hände geſpielt, und Lord Palmerſton, um Rußland zu ſchaden, ſie veröffentlichen laſſen. Allein dies konnte ſchon wegen des geringen Anſatzes der geheimen Ausgaben im Budjet (kaum 200,000 Pfund) nicht der Fall ſeyn. England hat ſich zwar häufig dergleichen Depeſchen durch Beſtechung fremder Diplomaten in Kriegen, Friedenſchlüſſen u. ſ. w. verſchafft, allein dann ſtanden Millionen zu dem Zweck auf dem Budjet. Es war übrigens auch damals offenbar, daß die Regierung wenigſtens eine Hand im Spiele hatte. Das Verhältniß

war folgendes: Die Papiere ſtammten von der polniſchen Emigration und waren vollkommen ächt. Man wußte bereits, daß der Großfürſt Conſtantin ſich Abſchriften von den Regierungsdepeſchen verfertigen ließ und daß dieſelben bei der Revolution in Warſchau zurückgeblieben waren; die damalige polniſche Regierung hatte einige, wenn auch nicht die wichtigſten, bereits veröffentlichen laſſen; nach der Einnahme Warſchau's wurden ſie glücklich nach Frankreich herübergebracht, obgleich von den Polizeien der deutſchen Staaten im Antriebe Rußlands darauf gefahndet wurde. Der ehemalige polniſche Staatsrath Hube ſoll ſie Lord Palmerſton angeboten, und dieſer die Bekanntmachung veranlaßt haben; auch hat die damals ſehr berühmte Zeitſchrift bald aufgehört, als jener Vorrath erſchöpft war.

Als eine Maßregel gegen Rußland galt auch die Garantirung eines Theiles des griechiſchen Anlehens. Es war eine Beſtrebung der engliſchen Regierung, das junge Königreich ſo viel wie möglich zu kräftigen, in ihm einen Staat zu bilden, auf welchen die griechiſch-chriſtliche Bevölkerung des osmaniſchen Reiches in Zukunft ihre Blicke, anſtatt auf Rußland richten würde, und durch engliſchen Einfluß im Innern Griechenlands einen Zuſtand der Dinge zu befördern, welcher das Gegentheil zu den despotiſchen Verhältniſſen Rußlands bieten würde. Die Idee ſtammte von Canning, und die Whig-Regierung verdient die Anerkennung, daß ſie daran feſthielt, und auch im Inneren Griechenlands von Zeit zu Zeit Manches verhinderte, welches das

politiſche Verhältniß und dadurch eine Annäherung an Rußland hätte bewirken können. Endlich mag noch als bezeichnend für die Stimmung gegen Rußland der Umſtand angegeben werden, daß den in England befindlichen polniſchen Ausgewanderten eine Unterſtützung von 10,000 Pfund bewilligt ward. Dieſe Bewilligung war zwar gering im Vergleich mit dem, was die geflüchteten Spanier nach 1823 erhalten hatten, denen die Nation und die Geſetzgebung eine ganz andere Theilnahme erwies; allein dergleichen Geſchenke hängen zugleich von einer innigeren Verbindung ab, welche zwiſchen England und einer vertriebenen Partei ſtattfindet. In Betreff der Polen hatte ſich dieſelbe niemals früher ergeben; Polen hatten im Gegentheil unter Napoleon gegen engliſche Heere gekämpft, und das alte Polen hatte nie mit Großbritannien in ſolchem Verhältniß geſtanden, wie Spanien während des Unabhängigkeitskrieges; ein freies Polen könnte auch nie den Britten die Vortheile gewähren, wie ein freies Spanien. Von Mitgefühl und von Haß gegen Rußland zeugte ſchon allein die den Polen gemachte Unterſtützung. Die geflüchteten Piemonteſer und Neapolitaner haben eben ſo wenig eine Unterſtützung jemals erhalten, wie diejenigen italieniſchen Ausgewanderten, welche nach 1831 in England anlangten.

Außer den politiſchen Angelegenheiten des Jahres war ein perſönliches Verhältniß des leitenden Miniſters auffallend, welches den Anſchein nahm, daß es nicht ohne politiſche Folgen bleiben würde, eine Erwartung, welche theils durch die öffentliche Stimmung,

theils durch ein gerichtliches Urtheil vereitelt wurde. Lord Melbourne gerieth nämlich in einen ſcandalöſen Proceß wegen eines Verhältniſſes zu einer verheiratheten Dame, von welcher ſich ihr Gemahl aus Eiferſucht gegen den Premierminiſter getrennt hatte, nachdem offenbar durch Verwandte der Torypartei ſeine Eiferſucht bis zu dem Punkte angeſchürt war, daß er einen Entſchädigungsproceß gegen Lord Melbourne begann. Wurde derſelbe nämlich verurtheilt, ſo mußte er ſein Amt niederlegen und das Miniſterium wurde dadurch factiſch aufgelöst, indem nach dem engliſchen Rechtsgebrauch kein Mitglied der Regierung im Amte verbleiben darf, ſobald eine Verurtheilung in ſolchem Fall gegen daſſelbe erlaſſen wurde. Die Sache war um ſo ſcandalöſer, da eine ganze Partei, deren Mitglieder, wie überhaupt die engliſche Ariſtokratie, durchaus keinen Grund haben, ſich ihrer Sittenreinheit in dieſer Hinſicht zu rühmen, gegen den Miniſter das Geſchrei der Heuchelei erhob, und mit der den Engländern eigenthümlichen Vorliebe zu Klatſchereien, den perſönlichen Charakter eines Staatsmannes herunterzuſetzen ſuchte, dem man auffallende Ausſchweifung irgend einer Art niemals zum Vorwurf hatte machen können. Als der Proceß begann, äußerte ſich der öffentliche Unwillen um ſo unverholener, da die Zeugenausſagen Nichts als ſicher bewieſen, wie die Eiferſucht des klagenden Ehemannes und erbärmliche Weiberklatſchereien, die einige Tory-Lords albern genug geweſen waren, zu politiſchen Zwecken benutzen zu wollen. Lord Melbourne wurde von der Jury freigeſprochen

und erhielt ſowohl vom Parlamente wie vom Publikum Beweiſe der Theilnahme und des Unwillens, welcher über das ſcandalöſe und thörichte Verfahren empfunden wurde. Die Torypartei ſelbſt ſchämte ſich des Proceſſes; das Publikum aber war unwillig über die Heuchelei eines Theiles der Ariſtokratie, welcher, mit allem moraliſchen Schmutz der großen Hauptſtadt vertraut, kaum im gewöhnlichen Leben hinſichtlich ſeiner ſelbſt den Schein zu bewahren pflegt, und wovon ein großer Theil aus dergleichen Proceſſen in anderer Weiſe hervorging, wie Lord Melbourne.

Dieß waren die politiſchen Angelegenheiten des Jahres 1836. Schon oft iſt die ungeheure Ausdehnung der Induſtrie, ſowie die Beförderungsmittel derſelben erwähnt worden, welche damals die Nation vor Allem in Anſpruch nahmen, und deren Theilnahme an ihren politiſchen Verhältniſſen verminderte. Man darf ohne Uebertreibung behaupten, daß die Blüthe des engliſchen Handels 1836 und noch in den nächſt folgenden Jahren auf einer Höhe ſtand, wie ſie früher nicht ſtattgefunden hatte. Das ganze europäiſche Feſtland war in der Hinſicht des Abſatzes für England nicht mehr ſo bedeutend, dagegen trugen brittiſche Handelsflotten die Manufakturproducte von Mancheſter, Birmingham u. ſ. w. zu den entfernteſten Küſten des Stillen Meeres, nach den Vereinigten Staaten, den ſüdamerikaniſchen Republiken, von wo ohnedem jeden Monat reichliche Ladungen edler Metalle, durch Bergbau brittiſcher Compagnien gewonnen, nach London kamen, nach Oſtindien und China.

Was auf dem Feſtlande Europa's, z. B. durch den deutſchen Zollverein, verloren wurde, kam im Vergleich mit jenem rieſenartigen Handel nicht in Betracht; die Engländer nannten die Sache ſpöttiſch eine Zwei-Pfennig-Angelegenheit (Two-penny concern). Als Erſatz war ihnen Spanien geöffnet, wo während des Bürgerkrieges die früher ſchon nicht ſehr ſtarke Zollwache noch mehr nachließ. Jeder Handelszweig ſtand in Blüthe, nur nicht der weſtindiſche, welcher durch die früher angegebenen Verhältniſſe für Europa eine andere Richtung genommen hatte. In Mancheſter ſtieg in wenigen Jahren die Zahl der beſchäftigten Arbeiter um 40,000, in Birmingham die Production des Gußeiſens wenigſtens mit jedem Jahre um 450,000 Tonnen. Was die Errichtung neuer Communicationsmittel betraf, ſo wurden allein am 23. Febr. 13 Eiſenbahnbills vom Unterhauſe zum zweiten Mal verleſen, und ſind, bewilligt, ſpäter ſämmtlich zur Ausführung gekommen. Die großen Eiſenbahnen, welche von der Hauptſtadt ausgehen, waren zum Theil ſchon ausgeführt. Das Parlament ſah ſich ſogar genöthigt, um einen Schwindel zu verhüten, die Verwilligung zur Erlaubniß der Errichtung einzelner zurückzuhalten. Die Dampfſchifffahrt von England nach Indien wurde jezt regelmäßig. Eine Privatgeſellſchaft, größerentheils aus Kaufleuten beſtehend, welche im indiſchen Handel intereſſirt waren, traf mit der Regierung zu dem Zweck ein Uebereinkommen, und jene Correſpondenz, die früher wenigſtens die Zeit eines halben Jahres erfordert hatte, wurde jezt nur auf etwas mehr als einen Monat verkürzt.

Was Irland betrifft, ſo gewann der Lord Statthalter die Zuneigung der Nation immer mehr durch ſeine unparteiiſche Regierung; die Verbrechen verminderten ſich und die politiſche Aufregung wäre vielleicht eben ſo wie in England gänzlich verſchwunden, wenn die Irländer nicht durch die Vorenthaltung der Zehentenausgleichung und der Municipalreform aufs Neue gereizt worden wären. Durch Veranlaſſung ihrer Parteiführer bildete ſich im Vorbilde des katholiſchen ein neuer allgemeiner Verein mit ähnlicher Organiſation, mit einer Caſſe u. ſ. w. Die Regierung ließ die Errichtung deſſelben geſchehen, und kündigte nur in der nächſten Parlamentsſitzung den Conſervativen, die ſich darüber beklagten, mit dürren Worten an, der Verein werde von ſelbſt unwirkſam werden, ſobald die beiden genannten Maßregeln vom Parlamente angenommen wären.

Mit jeder Seſſion hatten die Whigs in der öffentlichen Meinung verloren, je mehr ſich ihre Ohnmacht und ihre Wirkungsloſigkeit erwies. Die Seſſion von 1837 ging gänzlich ohne Folgen vorüber, wozu freilich der Tod des Königs mitwirkte; die Torypartei verfuhr bereits ſo rückſichtslos, daß ſie nicht einmal mehr die Rückſichten der Form im Oberhauſe beobachtete, und im Unterhauſe endlich verminderte ſich die Mehrheit in ſolcher Weiſe, daß die Regierung auch ohne den Tod des Königs zu der Maßregel der Auflöſung gezwungen worden wäre, die ſie unter günſtigen Umſtänden zwei Jahre früher durchzuführen geſcheut hatte. Endlich begannen die Whigs ſogar das

Aufgeben der Appropiations-Clauſel einzuleiten, deren Durchführung ſie früher ſo oft und feierlich als das Princip hingeſtellt hatten, mit welchem ſie ihre Gewalt behaupten oder dieſelbe aufgeben würden.

Unmittelbar nach der Eröffnung des Parlaments (am 31. Januar) waren es natürlich die früher vom Oberhauſe verworfenen Maßregeln, hinſichtlich Irlands, die zuerſt eingebracht wurden. Am 7. Januar kam Lord John Ruſſel mit der iriſchen Municipalreform, und zwar mit Ausnahme eines einzigen unweſentlichen Punktes über die Form der Sheriff-Ernennung, in derſelben Weiſe, wie im vergangenen Jahre. Es wiederholten ſich dieſelben Kämpfe, mit dem Zwiſchenſpiel, daß iriſche Conſervative (Jackſon und Shaw), die Verwaltung des Lord-Statthalters im Allgemeinen und beſonders eine Maßregel deſſelben ſchmäheten, wodurch dieſer das Begnadigungsrecht in Betreff kleinerer Vergehen in größerer Ausdehnung ausgeübt hatte, wie es ſonſt noch niemals geſchehen war, daß ſie ferner die Errichtung des erwähnten und von der Regierung geſtatteten Allgemeinen Vereins zum Schreckmittel brauchten, um die Beſorgniſſe des engliſchen Volkes über Aufhebung der Union und deſſen Abneigung gegen die Katholiken aufzuregen. Alsdann folgte dieſelbe Taktik der Conſervativen, wie im vergangenen Jahre. Lord Egerton kam wieder, wie damals, am 20. Februar mit ſeinem Amendement über die gänzliche Abſchaffung der iriſchen Corporationen; Sir Robert Peel hielt ſich wieder zurück und überließ die eigentlich toryſtiſchen Declamationen andern

Mitgliedern aus ſeiner Partei, worunter ſich jezt ſogar Sir James Graham durch heftige Ausfälle gegen die katholiſche Geiſtlichkeit auszeichnete, die er mit ſpaniſchen Mönchen verglich; Stanley erwies ſich ſehr gereizt in perſönlichen Ausfällen gegen O'Connel, dem er auch früher als Miniſter ſehr abgeneigt geweſen war u. ſ. w. Uebrigens ward dieſe Verhandlung doch noch hitziger, als es in den lezten Zeiten der Fall geweſen war. Shiel machte dem Tory-Leiter des Unterhauſes Vorwürfe über den Einfluß, den Lord Lyndhurſt auf ihn übe, und fragte mit Rückſicht auf die von demſelben geäußerten Worte: die Irländer ſeyen Fremdlinge durch Geburt, Sprache und Religion: außerhalb dieſes Hauſes gibt es einen Mann von hervorragenden Fähigkeiten, dem Sir Robert Peel ſich leider zur unbedingten Führung auf ſeiner künftigen Laufbahn übergeben zu haben ſcheint. Dieſer Mann hat das Princip aufgeſtellt, nach welchem ſeine Partei Irland zu verwalten entſchloſſen iſt. Die Söhne Irlands ſollen als Fremdlinge behandelt werden. Betäubender Beifall erſchallte von den miniſteriellen Bänken und hielt mehrere Minuten an, während ſich die Blicke Aller auf die Fremdengallerie richteten, worauf Lord Lyndhurſt gegenwärtig war. Dieſer vernahm ruhig und mit verſchränkten Armen den Lärm, der ſich gegen ihn erhob; er mochte ahnen, daß dieſe Stimmung eben ſo vorübergehen würde, wie früher die Aufregung der Nation. Uebrigens entſprach die Abſtimmung der augenblicklichen Gereiztheit des Unterhauſes; die Mehrheit war ſtärker, wie früher;

die Whigs jubelten, als dieſelbe bei der zweiten Leſung ſich auf 80 belief. Die Freude dauerte jedoch nicht lange, bei der dritten Leſung fiel die Zahl wieder auf 45.

Früher iſt erwähnt worden, Sir Robert Peel müßte damals die Abſicht gehegt haben, die Bill der Miniſter deßhalb zu vereiteln, damit er ſpäter Gelegenheit hätte, wenn er ſelbſt zur Gewalt gelangte, die Irländer in Hinſicht ihrer Städtecorporationen zufrieden zu ſtellen. Jene Abſicht erhellete jezt ziemlich deutlich. Vor der dritten Leſung erklärte der Leiter der conſervativen Partei: Er werde zwar jener Bill nicht beiſtimmen, jedoch auch nicht jeder Maßregel zu einer Reform unter gewiſſen Umſtänden (under some circumstances) ſeine Zuſtimmung verſagen. Bei dem Charakter jenes Staatsmannes ließ ſich jene Aeußerung kaum auf andere Weiſe auslegen, ob er gleich ſelbſt einen andern Beweggrund angab, er wünſche zuerſt aus der Zehenten-Bill die Abſichten der Miniſter hinſichtlich Irlands zu erkennen. Wie es ſchien, ſo hegte die Torypartei ſchon damals Hoffnung, daß die nächſte, wegen des nahen Todes Wilhelm IV. nicht mehr entfernte Wahl bei der Unzufriedenheit des Landes mit den Whigs, bei ihrem eigenen Einfluſſe auf die Grafſchaften und bei der ſchon ſich zeigenden Abgeneigtheit der Radikalen gegen die Regierung ihnen die Möglichkeit verſchaffen würde, das Staatsruder wieder zu ergreifen, eine Erwartung, die freilich noch auf einige Jahre vereitelt wurde. — Jener angebliche Grund für die Abſtimmung gegen die Bill ließ ſchon das Verfahren

des Oberhauſes vorausſehen. Die Lords beachteten nicht einmal mehr die Form, wonach wenigſtens in ſo weit gehörige Rückſicht auf die Bills der Regierung und des Unterhauſes genommen wird, daß die Berathungen darüber in der Reihenfolge geſchehen, wie die Miniſter dieſelben eingebracht haben. Eine längere Vertagung galt ſo gut wie eine Verwerfung. Dieſe geſchah am 5. Mai unter dem oben erwähnten Vorwande auf den 9. Juni und dann noch auf eine kürzere Zeit. Dieß Verfahren kam aber einer gänzlichen Verwerfung gleich, weil man vorherſah, daß eine längere Seſſion bei dem wahrſcheinlich bald erfolgenden Tode des Königs unmöglich ſey.

Die Zehentenbill für Irland wurde am 1. Mai eingebracht. Alle Liberalen erſtaunten, als die Appropiations-Clauſel darin fehlte; die Miniſter hatten ſich mit einem traurigen Mittel geholfen, um wenigſtens den Aerger ihrer eigenen Partei etwas beſchwichtigen zu können und den Anſchein zu behaupten, als ſey jener unzweifelhafte Parteigrundſatz wenigſtens einigermaßen gewahrt. Von der Verwendung des Ueberſchuſſes kirchlicher Einkünfte zu nicht kirchlichen Zwecken war in der früheren Weiſe nicht mehr die Rede, die Miniſter verſuchten dagegen in einer andern Form den Grundſatz geltend zu machen, und dasjenige, was ſie auf der einen Seite den Conſervativen zugeſtanden hatten, von der andern wieder zu nehmen. Man wollte nämlich der Hochkirche eine Steuer von 10 Procent für die Zehenten auflegen, deren Ertrag nach Beſtimmung des Parlamentes auf die Volkserziehung

ohne Unterſchied der Religion verwandt werden ſollte. Dieſe Conceſſion ſchien nur in der Abſicht gemacht zu ſeyn, das allmählige Aufgeben der ganzen anſtößigen Sache einzuleiten, womit man damals noch nicht ſo offen hervortreten mochte. Ein noch ferneres Zugeſtändniß beſtand darin, daß die Regierung ihren früheren Plan aufgab, das ganze Kirchengut einer einzigen Verwaltung zu übertragen, und dieſe jeden einzelnen Geiſtlichen beſolden zu laſſen. Jeder Geiſtliche ſollte ſein Einkommen unmittelbar von den Grundeigenthümern ſeines Kirchſpiels erheben, wie dieß in der engliſchen Zehentenbill beſtimmt war. Hierdurch ward eine Beſchwerde der Conſervativen in Betreff der früheren Bill beſeitigt, indem die Unabhängigkeit der Hochkirche von der Staatsgewalt dadurch garantirt ward; eine Beſtrebung, welche die herrſchende Partei mit allen ihren Fractionen bisher lange genug gehegt hatte, jene Unabhängigkeit zu untergraben, war ſomit aufgegeben; allein dieſe Conceſſion war ſo gut wie nutzlos, wenn einige Nachgiebigkeit von Seiten der Tories davon erwartet wurde. Jene Partei kannte jezt zu genau ihre eigene auf der Schwäche ihrer Gegner beruhende Kraft.

Die Einbringung der Bill blieb dießmal ohne Folgen, ohne daß die Lords irgendwie einzuwirken brauchten. Als die erwähnte Vertagung der iriſchen Korporationsbill im Oberhauſe ſtattfand, trafen die Miniſter eine Retorſionsmaßregel ohne Bedeutung. Sie ließen die Berathung über die iriſche Zehentenbill ebenfalls bis zum 9. Juni ausſetzen; vielleicht jedoch in der

Vorausſetzung, daß in dieſer Parlamentsſitzung nichts von Wichtigkeit mehr durchgeſezt werden könnte. Bei dieſer Gelegenheit war einerſeits die Abſpannung, andrerſeits der Aerger über die Miniſter ſchon ſo bedeutend, daß Lord John Ruſſel ſeiner Partei einige Aeußerungen hinzuwerfen für gut fand, wodurch er ſich zwar nicht verpflichtete, aber doch in Zukunft ein anderes Verfahren, wie das bisherige, in Ausſicht ſtellte. Er ſagte, die Regierung halte es für ihre Pflicht, auf ihrem Poſten auszuharren, ſo lange ihr die Unterſtützung der Mehrheit des Unterhauſes bleibe, ſie halte es für ihre Pflicht, den wiederholten Entſcheidungen des Unterhauſes Gewicht zu verſchaffen. — Lauter Beifall entſtand bei dieſen Worten; ſobald wie derſelbe ſich gelegt hatte, ſagte jedoch Lord John Ruſſel: dieſes dürfe nur in den Grenzen der Verfaſſung geſchehen (ſchwerlich hatten ſelbſt die überſpannteſten Radikalen etwas Anderes erwartet); ohne Zweifel werde das Oberhaus dem alten löblichen Gebrauche wieder huldigen, dem wiederholten Verlangen des Unterhauſes endlich auch ſeine Zuſtimmung zu geben. Schon an dem Umſtande, daß es die Corporationsbill nicht verworfen, ſondern nur verſchoben habe (den eigentlichen Sinn der Verſchiebung verſtand jeder Engländer), erblicke er die Hoffnung von der Beilegung des Streites zwiſchen beiden Häuſern. — Kurzum, eben ſo unbeſtimmt wie die Verheißungen des Miniſters waren, zeigten ſich auch die Hoffnungen, von denen Jeder wußte, daß ſie nicht erfüllt wurden. Die engliſche Nation ſteht aber auf einer zu hohen Stufe

der politiſchen Ausbildung und des praktiſchen Verſtandes, als daß dergleichen Phraſen einen andern Eindruck hervorbringen konnten, wie einen nachtheiligen für diejenige Regierung, welche ſie äußert.

Eine dritte von den Miniſtern eingebrachte Maßregel, welche zwar in dieſer Seſſion unerledigt, allein doch bald darauf nicht erfolglos blieb, weil ſie keines der jezt vorherrſchenden Parteiprinzipe verlezte, war die iriſche Armenbill, eine Maßregel, die gewiß eben ſo wohl gute, wie verſtändige Abſichten offenbarte, die jedoch, wie ſo manches Andere, von den Conſervativen hätte ausgehen können, und auch wirklich zuerſt von einem Tory (Sadler) kurz vor der Reformbewegung zum erſten Mal ins Parlament gebracht worden war. Die Verhältniſſe, worauf die Bill ſich begründete, ſind bekannt genug, mögen jedoch hier in der Kürze zuſammengeſtellt werden.

Bis jezt iſt die Maſſe der iriſchen Bevölkerung ohne Eigenthum; eine Million Proteſtanten befindet ſich in dem meiſten Beſitz des Bodens oder dem größeren Theil von anderweitigem Nationalvermögen; einige tauſend Katholiken, faſt ſämmtlich in einer Grafſchaft zuſammengedrängt, nehmen einen unverhältnißmäßig geringen Antheil am Grundbeſitz; wenigſtens fünf Millionen leben als Pächter vom Ackerbau, und unter dieſen befindet ſich eine halbe Million im Zuſtande des vollkommenſten Elends, worin nur Mildthätigkeit das Verhungern verhüten kann. Die meiſten der Bauern, die von ihrer Arbeit leben, ſchweben größtentheils an der Grenze jenes Elendes, ohne

anderes Eigenthum, als das zum augenblicklichen Gebrauch Erworbene, ohne andere Nahrung, als ſolche, welche ſogar der ärmſte Engländer zurückweiſen würde. Der Grund des Mißverhältniſſes liegt in der unheilvollen Stellung, welche Irland während der Kämpfe Englands für Freiheit und Verfaſſungsrechte der größeren Inſel gegenüber einnahm, in der darauf begründeten Unterdrückung und Beraubung der Katholiken hinſichtlich des Grundeigenthums, in der dadurch bewirkten feindlichen Stellung der urſprünglichen gegen die eingedrungene Bevölkerung, in der eben hierdurch aufgehaltenen Entwickelung jeder Art, des Ackerbaues wie der Induſtrie. Als das lange Parlament und Wilhelm III. Irland unterwarf, geſchah eine innere, mit Gewalt durchgeführte Revolution in Betreff des Beſitzes, wie ſie ſonſt unerhört iſt; kaum blieb ein Zwanzigſtel der früheren Grundbeſitzer zurück; die Familien der übrigen wurden entweder zur Auswanderung gezwungen oder in die Maſſe der Beſitzloſen und der Tagelöhner geworfen; ihre Nachkommen bewahrten kaum die Erinnerung an den Rang und den Wohlſtand ihrer Ahnen. Bei dem feindlichen Verhältniß ergab ſich die Vorliebe der neuen Grundeigenthümer für England als natürlich. Im Beginn lebte faſt Niemand, in der ſpätern Zeit nur eine geringe Zahl auf ihren Gütern; bei der Mehrheit iſt dieß Verhältniß noch jezt beſtehend. Somit trat auch nicht der gegenſeitige Vortheil ein, welchen der Grundbeſitzer und der Pächter bei der eigenen Verwaltung und Anweſenheit des Erſteren zu beſitzen pflegt. An die

Verbeſſerung der Güter wurde ſelten gedacht; noch jezt iſt ein Viertheil des brauchbaren Bodens in Irland nicht bebaut, und auf zwei Viertheilen ſteht der Ackerbau wenigſtens nicht auf ſolcher Höhe, wie in Großbrittannien. Zu dieſem Zuſtande kam die Art der Verwaltung. Jenes Verhältniß, worin der Pächter durch Contracte auf längere Zeit an der Verbeſſerung des Bodens intereſſirt und zur Erwerbung von Eigenthum auf demſelben befähigt wird, war und iſt in Irland für die Mehrzahl der Bauern nicht vorhanden. Der abweſende proteſtantiſche Gutsbeſitzer pflegt ſein Land, um die Berührung mit den ihn haſſenden Bauern zu vermeiden, an Speculanten zu verpachten, die den Boden in eine Maſſe kleiner Pachtungen wieder vertheilen und zu unverhältnißmäßig hohen Preiſen in ſolcher Weiſe vermiethen, daß der Unterpächter, ſo wie er den Zins nicht ſogleich bezahlt, ohne Weiteres ausgetrieben werden kann. Seit den achtziger Jahren des vergangenen Jahrhunderts hat zwar die Sitte, von den Gütern entfernt zu leben, bei den Grundbeſitzern nachgelaſſen, allein jenes zweite Verhältniß iſt der Hauptſache nach verblieben und gilt eben ſo von dem Grundeigenthum, welches die Hochkirche in Irland beſizt.

Unter dieſen Verhältniſſen war die Armuth der niedern Volksclaſſen um ſo natürlicher, da jene Induſtrie durchaus fehlt, welche das übrige Reich blühend und reich macht, welche ſtets einer bedeutenden Volksmaſſe Beſchäftigung gewährt, und durch Rückwirkung den Werth des Grundeigenthums und den

Verdienſt des Landmannes erhöht. Irland hat nie eine Induſtrie beſeſſen, wie ſehr auch alle Patrioten ſeit dem Beginn des vergangenen Jahrhunderts (ſeit Jonathan Swift) dahin ſtrebten, oft durch Ausſchließungsmaßregeln engliſcher Fabrikate, welche den davon erwarteten Erfolg nicht gewähren konnten. Der Grund lag theils in der Erbärmlichkeit der Gemeindeverwaltungen und in allem damit zuſammenhängenden Uebel (Vernachläſſigung der Communicationsmittel, Hemmniſſe und Plackereien lokaler Art u. ſ. w.), theils in dem eigentlichen Mangel eines wohlhabenden Mittelſtandes und der von demſelben in Umlauf geſezten Capitalien. Die proteſtantiſchen Grundbeſitzer nehmen die Stellung der engliſchen Ariſtokratie ein; induſtriöſe Irländer zogen es vor, entweder bei der Unſicherheit ihres Eigenthums und ihrer Perſonen als Proteſtanten, oder wegen des Haſſes gegen die beſtehende Ordnung der Dinge als Katholiken, ſich in den Colonieen oder in den nordamerikaniſchen Freiſtaaten niederzulaſſen, und dorthin ihren Gewerbfleiß zu übertragen: Irland ſteht ſogar hinter diejenigen Staaten des Feſtlandes zurück, wo Induſtrie und Handel bei mancherlei Hemmungen, erſt in neueſter Zeit ſich zu entwickeln begonnen hat.

Die Maſſe der Armen iſt ſomit leicht erklärlich. Die Mehrzahl der irländiſchen Bauern befindet ſich wenigſtens auf der Grenze der Armuth. Armengeſetze, wodurch die Kirchſpiele, wie in England, verpflichtet waren, ihre brodloſen Einwohner zu ernähren, waren in Irland nicht vorhanden, und ſeit der Union dachte

auch nicht die liberale Partei im Parlamente daran, bei den oben erwähnten furchtbaren Folgen, welche das damalige Armengeſetz in England geäußert hatte, ein ähnliches für Irland zu bezwecken. Wie konnte eine Regierung hierin helfen? Die Abſchaffung der oben erwähnten mit dem Eigenthum und der Verwaltung derſelben zuſammenhängenden Verhältniſſe konnte ſie natürlich ſo wenig verſuchen, wie eine Induſtriethätigkeit plötzlich hervorrufen. Sie konnte den Boden eben ſo wenig theilen, wie die Anweſenheit und Selbſtverwaltung der Gutsbeſitzer anbefehlen und die genannte Art der Verpachtung verbieten. Vieles war freilich von ihr durch beſſere Verwaltung, durch ſchon gegebene Maßregeln geſchehen, und noch Anderes wurde beabſichtigt, allein dergleichen Maßregeln wirken nur langſam, und wenigſtens ein halbes Jahrhundert müßte vergehen, ehe Irland politiſch dem übrigen Großbritannien gleichgeſtellt, demſelben am Wohlſtande, in Benützung der Hülfsmittel des Landes und der Volkskräfte gleich kommen könnte. — Die Maſſe der Brodloſen war einmal vorhanden; die Einführung von Armengeſetzen, mit Rückſicht auf die damaligen Armengeſetze Englands, konnte allein augenblickliche Erleichterung gewähren. Auch war die Abneigung, welche die Liberalen und die Mehrzahl der Conſervativen gegen eine ſolche Maßregel noch 1830 gehegt hatten, verſchwunden; Stanley hatte ſchon 1831 als Staatsſecretär von Irland ſeine Meinung dahin ausgeſprochen, daß ein Armengeſetz für das Land zweckmäßig ſey. Am 13. Februar ward die Bill durch Lord John

Ruſſel dem Hauſe vorgelegt. Die Hauptzüge derſelben, nach dem neuen Armengeſetze für England gebildet, waren folgende: Zur Ernährung von Hülfloſen ſollten Arbeitshäuſer errichtet werden; alle Armen würden jedoch kein unbedingtes Recht auf Unterſtützung erhalten, weil es fürs Erſte unmöglich ſey, allgemeine Hülfe zu gewähren, indem anfänglich nicht über 10 bis 15 Arbeitshäuſer erbaut werden konnten. Für die Erhebung der Armentaxen ſollten Aufſehercollegien in den einzelnen Ortſchaften, das erſte Mal von den Steuerpflichtigen der Grafſchaft, in Zukunft von den Armentaxpflichtigen gewählt werden. Kein Beamter ſollte vermöge ſeines Amtes Mitglied dieſer Collegien, namentlich aber die Geiſtlichkeit ausgeſchloſſen ſeyn, da Streitigkeiten entſtehen könnten, ſobald Geiſtliche verſchiedener Confeſſionen Mitglieder wären. Dieſe Aufſeher ſollten die Armenſteuern nach dem reinen Jahresertrage der Erbgüter zur Hälfte von dem Grundherrn, zur Hälfte von den Pächtern erheben; auch die Afterpächter ſollten nach Maßgabe ihres Pachtzinſes zuzuziehen ſeyn. Als Pachtrente, welche zu den Armenſteuern verpflichtete, ward ein Zins von 10 Pfund vorgeſchlagen. Im Fall das Grundeigenthum ſo ſehr in kleine Pachtungen zerſtückt wäre, daß die Rente ſich nicht auf dieſe Summe belief, wurde dem Grundherrn allein die Armenſteuer zugewieſen. — Nach Art des engliſchen Armengeſetzes ward für die Geſammtaufſicht ein Centralbureau vorgeſchlagen, welches durch einen oder zwei in dieſer Sache erfahrene engliſche Armencommiſſäre zu organiſiren wäre, und immer mit dem

engliſchen Centralcollegium in Verbindung ſtehen müſſe. Das ganze Land ſolle 100 Abtheilungen (unions) in Betreff des Armenweſens bilden, und jede derſelben ein Arbeitshaus mit je 800 Bewohnern enthalten. Die Koſten für die Erbauung dieſer Arbeitshäuſer wurden auf 700,000 Pfund berechnet. Der Miniſter fügte noch einen Vorſchlag hinzu, der früher in Hinſicht Englands vergeblich gehofft war, nämlich Beförderung der Auswanderung. In den verſchiedenen Häfen Irlands ſollten Agenten ernannt, und wenn eine hinreichende Anzahl zur Auswanderung vorhanden ſey, Schiffe zum Transport derſelben auf Staatskoſten geſtellt werden. Hiebei jedoch war kein beſtimmter Fond angegeben. Man hatte ſchon lange eine beſſere Verwaltung für die Veräußerung der Staatsländereien in den Colonieen verlangt, um die dadurch ſich ergebenden Ueberſchüſſe, welche bisher von den Colonialbeamten als Zuwachs ihrer Beſoldungen betrachtet wurden, auf Beförderung der Emigration zu verwenden. Die Regierung unterließ es für jezt, eine Reform hierin eintreten zu laſſen.

Dieſe Maßregel fand keinen eigentlichen Widerſtand; die Sache ſelbſt war zu allgemein anerkannt und beklagt, als daß man wenigſtens einen Verſuch zur Linderung nicht hätte gut heißen ſollen; die frühere Abneigung gegen Armengeſetze hatte im Allgemeinen ſo ziemlich ſich verloren. Die Parteihäupter der iriſchen Katholiken, O'Connel wie Shiel, hatten zwar eine ſolche Maßregel für Irland nicht gebilligt, indem ſie wahrſcheinlich bisher die Beſorgniß hegten, mit Einführung eines Armengeſetzes werde das Parlament eine

Beſchwichtigung verſuchen, und ſich dann der Abhülfe anderer Beſchwerden entziehen, allein die Whig-Regierung hatte wenigſtens genug Beweiſe gegeben, daß ſie die politiſche Gleichſtellung Irlands mit dem übrigen Großbrittannien bezwecke und deſſen beſſere Verwaltung begonnen habe. O'Connel, welcher früher die Einführung von Armengeſetzen in Irland als erfolglos und unzweckmäßig dargeſtellt hatte, widerſezte ſich deßhalb nicht der Bill der Miniſter; er äußerte allein: Man ſolle keine allzu ſanguiniſchen Hoffnungen über die Wirkſamkeit der Maßregel ſich machen; dieſe werde höchſtens 80,000 Hülfloſe verſorgen können, da Irland wenigſtens eine halbe Million derſelben enthalte. Die Maßregel könne ferner nur allmählig ins Leben treten und müſſe ſomit eine bedenkliche Uebergangszeit herbeiführen, indem einzelne Bezirke und einzelne Individuen vor andern bevorzugt würden. Lezteres, eine natürliche Folge ſolcher Zuſtände, lag jedoch im ganzen Verhältniſſe. Dieß war die Schuld früherer Zeiten und kein Grund, eine Maßregel aufzuhalten, welche wenigſtens das äußerſte Elend erleichtern würde. — Die Bill fand keinen Widerſtand und rückte im gewöhnlichen Geſchäftsgang vorwärts, als der Tod des Königs die Seſſion unterbrach, und ſomit dieſe Maßregel noch auf ein Jahr lang hinausſchob.

Eine vierte Maßregel der Miniſter betraf endlich die Kirchenſteuern, jene Abgabe, die vor Allem in den größeren Städten verhaßt, bereits 1834 in ſolcher Weiſe vom Parlamente angeregt war, daß ſie zur Parteifrage wurde, zu welcher ſich die Whigs eben ſo

feierlich verpflichten mußten, wie zur Appropriationsclauſel. Damals hatte Lord Althorp, wie erwähnt, zuerſt ſich mit dem Mittel helfen wollen, die Abſchaffung jener Abgabe durch die Erhöhung der Landtaxe zu decken, d. h. den Diſſenters eine abgenommene Steuer in anderer Form wieder zu übertragen; er war aber von ſeiner eigenen Partei gezwungen worden, die hierüber eingebrachte Bill fallen zu laſſen, und man erwartete mit Recht, daß die Abſchaffung der Kirchenabgaben in einer Weiſe geſchehe, in welcher die übrigen Confeſſionen nicht mehr zur Erhaltung der Hochkirche in irgend einer Art verpflichtet würden, in welcher ferner die leztere hinſichtlich der bisher durch die Kirchenabgaben gedeckten Ausgaben, in daſſelbe Verhältniß träte, wie jene, daß nämlich nur ihre eigenen Bekenner die Ausbeſſerung und den Bau ihrer Kirchen u. ſ. w. ſelbſt beſorgen müßten. Die Erhebung jener Abgabe war übrigens bereits mißlicher Art geworden; in verſchiedenen großen Städten weigerten ſich die Diſſenters förmlich, ſie zu zahlen, und unterwarfen ſich der Pfändung. Bei der hierauf folgenden Verſteigerung war Aufregung und Tumult entſtanden; es drohete ein Zuſtand einzutreten, worin die Anwendung von Gewalt bei Erhebung der Abgabe fortwährend nothwendig geworden wäre, ein Zuſtand, der in einem Lande, wie England, das Fortbeſtehen eines ſolchen Verhältniſſes auf die Dauer unmöglich macht. Es war ſomit Zeit, daß die Miniſter einſchritten; jezt war jedoch die Lage der Dinge nicht mehr vorhanden, worin ſie ohne Weiteres die Episkopalen mit

den übrigen Confeſſionen auf gleichen Fuß ſetzen konnten; 1833 und 34 hätte das Oberhaus wohl nicht gewagt, in dieſer Angelegenheit zu widerſtehen; 1837 war vorauszuſehen, daß die Miniſter nicht mehr in der geeigneten Weiſe bei ihrem ſonſtigen Verfahren würden handeln können. Sie gaben Grundſätze auf, wozu ſie ſich feierlich verpflichtet hatten; ſomit ließ es ſich nicht vorausſetzen, daß ſie ſich durch Aufſtellung neuer Prinzipien dem Oberhauſe gegenüber zu einem Verfahren verpflichten würden, welches einen neuen Beitrag zur entſchiedenen Feindſeligkeit der beiden Zweige der Geſetzgebung gegeben hätte, und dennoch bei der gewöhnlichen Schwäche des Whig-Miniſteriums nicht durchgeführt wäre. Das Cabinet wagte es ſomit einerſeits nicht, offene Vorſchläge zu machen, andererſeits wollte es die Parteiprinzipien nicht aufgeben, welche die Whigs ſeit längerer Zeit hegten und auch ausgeſprochen hatten. Die Miniſter unterließen es, die Kirchenabgaben den Episkopalen allein direct zuzuweiſen; ſie kamen daher mit einem Plane, welcher verſteckter Weiſe bei weitem ſchlimmere Dinge enthielt, wie jene Gleichſtellung der Episkopalkirche mit den übrigen Confeſſionen in einem einzelnen Punkte, der die übrige Stellung derſelben noch lange nicht gefährdete. Der Plan ging nämlich darauf hinaus, die Verwaltung des Grundeigenthums, welches die Hochkirche beſaß, derſelben zu nehmen und die Oberaufſicht des Staates in dieſer Hinſicht feſtzuſtellen. Dieſe Beſtrebungen ſtimmten mit den alten Whig-Grundſätzen vollkommen überein. Den Miniſtern war

nur der Vorwurf zu machen, daß ſie nicht offen damit hervortraten, daß ſie die Bill, worin die Grundſätze ausgeſprochen waren, als eine Maßregel vorbrachten, wodurch die Kirche nur gewinnen würde, während ihr Verluſt in Betreff der unabhängigen Stellung am Tage lag, kurzum, daß ſie Dinge von höherer Wichtigkeit mit einer gewiſſen Schlauheit in eine Maßregel untergeordneter Art gleichſam einſchwärzten, während ſie nicht den Muth beſaßen, jene Beſtrebungen offen und entſchieden auszuſprechen.

Die Verhältniſſe, worauf die Bill beruhte, waren folgende: Bekanntlich iſt die engliſche Hochkirche ſehr reich an Grundbeſitz, und auf den Einkünften aus demſelben beruht in der Regel der größere Theil des Gehaltes in den höheren Stellen. Die Verpachtung geſchieht gewöhnlich zu geringerem Preiſe, indem eine deſto höhere Geldſumme für die Erneuerung des Contractes gefordert wird, welche in der Hand des jeweiligen Beſitzers der Pfründe liegt. Aus lezterem Grunde ſucht der jeweilige Beſitzer, deſſen Verpachtungsrecht jedoch nur auf eine ſolche Reihe von Jahren ſich erſtreckt, daß er ſeinen zweiten Nachfolger nicht in Schaden bringen kann, jene Geldſumme (fine) ſo viel wie möglich hinaufzuſchrauben, ſo daß durch dieß Verfahren ein Verhältniß zwiſchen Pächter und Grundhold entſteht, worin erſterer auf die Verbeſſerung der Güter Nichts von Bedeutung verwenden kann. Der Contract wird gewöhnlich auf Bedingungen geſchloſſen, die den Wechſelfällen eines Hazardſpieles gleichkommen, nicht auf eine beſtimmte Reihe von Jahren, ſondern

auf Sterbefälle, die früher oder ſpäter in der Zeit von 10 bis 20 Jahren eintreffen können, indem der Sterbefall entweder des jeweiligen Pfründenbeſitzers oder irgend einer andern Perſon als Termin angenommen wird, an welchem der Pachtcontract erneuert und jene Geldſumme (fine) bezahlt werden muß. Natürlich iſt dieß Verhältniß für den Ackerbau ſelbſt nicht ſehr günſtig. Die Pächter pflegen weder Mühe noch Koſten auf die Verbeſſerung der Güter zu verwenden, weil ihnen dieſelbe bei der ungewiſſen, ſowohl früher wie ſpäter möglichen Termin-Erneuerung den Preis derſelben erhöhen müßten. Dieß Verhältniß war offenbar genug; allein andrerſeits erlangt die Hochkirche dadurch alle Vortheile, welche der engliſche Gutsherr beſitzt; ſie kann ihre Verpachtungen in ſolcher Weiſe einrichten, daß die Bauern nach ihrem Willen in den Grafſchaftswahlen ſtimmen müſſen; ſie behauptet dem Staat gegenüber eine gewiſſe unabhängige Stellung, da die Feſtſetzung eines großen Theils ihrer Einkünfte nur von ihr ſelbſt abhängt; die gegenwärtigen Beſitzer würden ohnedem in ihren Einkünften verkürzt, wenn eine Einrichtung getroffen würde, welche das Kircheneigenthum in der Hand der Pächter auf längere Zeit und beſtimmte Termine oder auf immer gegen eine Abgabe fixirte. Leztere könnte höchſtens auf eine Reihe von Generationen der Kirche im Durchſchnitt mehr einbringen, als vortheilhafte Contracte, welche gewöhnlich nur dem jeweiligen Beſitzer zum Nutzen, aber ſeinem Nachfolger zum Schaden gereichen. Die Unabhängigkeit ginge aber jedenfalls verloren.

Auf dieſen Verhältniſſen beruhete die Bill der Miniſter, von Spring Rice am 3. März ins Unterhaus gebracht. Spring Rice machte den Antrag, die Kirchenſteuer gänzlich aufzuheben und den Betrag durch neue vortheilhafte Verpachtung und ein verbeſſertes Verwaltungsſyſtem überhaupt zu decken. Das oben erwähnte Verhältniß in Verwaltung des Grundeigenthums ſollte aufhören; die bei Erneuerungen der Pachtcontracte zu zahlenden Summen, im Ganzen 1,323,000 Pfund Renten durchſchnittlich berechnet, ſollten auf den Pacht als jährlich zu zahlende Abgabe übertragen werden; für die Verwaltung wurde eine Commiſſion von 5 höheren Geiſtlichen und 6 Staatsbeamten vorgeſchlagen; im Fall ſich ein Ueberſchuß ergäbe, würde derſelbe nach dem Betrag der Kirchenſteuern zur Gehalterhöhung für die niedere Geiſtlichkeit verwendet werden. Der Miniſter ſprach in einer dreiſtündigen Rede viel von deu Vortheilen, welche ſich für die Geiſtlichkeit durch allmälige Verbeſſerung ihrer Güter und durch die beſtimmte Erhebung ihres Einkommens ergeben würden, unterließ es jedoch, den Umſtand irgend zu erwähnen, daß die Geiſtlichkeit die Verwaltung ihres Vermögens und ſomit einen Theil ihrer Selbſtſtändigkeit dadurch verlöre, oder daß es zweckmäßig ſey, wenn ihr dieſelbe genommen würde, kurzum er überging den Parteigrundſatz, welcher bei der Bill im Hintergrunde lag, und welcher den Conſervativen noch viel unangenehmer ſeyn mußte, wie die gänzliche Aufhebung der Kirchenabgaben ohne allen Erſatz. Der Widerſtand der Conſervativen ward noch

heftiger, wie er wenigſtens im Unterhauſe bei den übrigen die Kirche betreffenden Maßregeln geweſen war; man machte den Miniſtern nicht mit Unrecht eine gewiſſe mit Schwäche verbundene Hinterliſt zum Vorwurf, da ſie eine höchſt wichtige und die Unabhängigkeit der Kirche berührende Maßregel mit einer anderen von geringerer Bedeutung verbanden, und dabei ihre wahren Abſichten und Parteigrundſätze nicht offen einzugeſtehen wagten, ſondern vielmehr die Veränderung als eine vortheilhafte für die Kirche darſtellten. Sir Robert Peel gab übrigens während der Verhandlungen eine Andeutung, in wie weit er und die übrigen Führer der Conſervativen der neuen Richtung ihrer Partei gemäß die Abſchaffung der Kirchenſteuern gut heißen würden. Er geſtand ein, daß er deren Aufhebung wenigſtens in den Städten, in welchen die Zahl der Diſſenters bereits die Mehrzahl bildete, vollkommen gut heiße; der Ausfall müſſe jedoch von der Staatscaſſe gedeckt werden. Auf dem Lande dagegen, wo die Episkopalen übrigens wirklich die Mehrheit bilden, ſolle die Steuer gelaſſen werden. Die Miniſter hätten ſich ohne Zweifel dieſer Vermittelungsmaßregel gefügt, und jenen Plan, die Verwaltung der Kirchenländereien der Staatscontrolle zu unterwerfen, aufgegeben, wenn auch nicht ihre Mehrheit im Unterhauſe jezt ſelbſt zu ſchwanken begonnen und ſie dadurch genöthigt hätte, größere Veränderungen aufzugeben. Ihre Unſicherheit und Schwäche trug jezt ihre Früchte. Bei jeder Abſtimmung verminderte ſich die Zahl ihrer Anhänger; ſie konnten vorherſehen, daß

ſie bald bei größeren Fragen ſich zum erſten Mal ſeit 1830 in der Minderheit befinden, und ſomit zur Aufgebung der Gewalt, oder zur Auflöſung gezwungen werden würden. Bei der Abſtimmung über die zweite Verleſung der Bill betrug ihre Mehrheit nur 5, obgleich alle ihre Kräfte aufgeboten geweſen waren, und alle Mitglieder des Hauſes überhaupt an der Abſtimmung Theil nahmen. Dieß war eine vollkommene Niederlage; eine ſo geringe Mehrheit hat immer als ſolche gegolten und früher war oft genug eine ſolche Zahl Urſache zur Abdankung von Miniſterien; erſt Lord Melbourne's Verwaltung hat längere Zeit den Verſuch gemacht, die Staatsgewalt demungeachtet zu behaupten, ein Verfahren, deſſen Unzweckmäßigkeit die nächſte Folge noch mehr erwieſen hat. — Der Grund übrigens, weßhalb mehrere Mitglieder abfielen, lag zwar in der Schwäche und Unſicherheit der Regierung, in der Abneigung Vieler gegen O'Connel und die Abhängigkeit, worin die Regierung ſich in Hinſicht dieſes iriſchen Volksführers befand; allein bei Vielen ſchien auch der Abfall durch eigennützigere Beweggründe veranlaßt. Wie aus Allem erhellete, war der Einfluß Sir Robert Peel's und Lord Lyndhurſt's bereits mächtiger, wie der Einfluß der Miniſter. Der Wille jener Parteihäupter entſchied über das Weſen und die Einzelnheiten der Parlamentsacten, nicht aber, wie es die engliſchen Verhältniſſe erheiſchen, die Parteiansicht der vom Unterhauſe gehaltenen Regierung. Somit ließ es ſich vorherſehen, daß die eigentlich mächtige Partei das Staatsruder wenigſtens nach einer

Reihe von Jahren wieder ergreifen würde; in ſolchem Fall aber pflegt immer ein Theil der Parlamentsglieder, um ſich bei der ſpäteren herrſchenden Partei in Gunſt zu ſetzen, die Regierung preiszugeben, ſo daß eine Mehrheit von wenigen Stimmen (unter 20) niemals lange ſich halten kann. Die Engländer pflegen dieß Verfahren mit dem der Ratten zu vergleichen, welche ein baufälliges Haus, wie es heißt, verlaſſen, ſobald dieſes mit dem Einſturz droht. Von dem Vergleiche ſtammt der Name, womit ſie einen Abfall dieſer Art bezeichnen (Ratting).

Ein auffallendes Aufgeben der miniſteriellen Partei zeigte ſich um dieſe Zeit bei Sir Francis Burdett, jenem ehemaligen Vorkämpfer für Parlamentsreform, der in ſchwierigen und für die liberale Partei gefahrvollen Zeiten in den Reihen derſelben vornan ſtand, welcher Verfolgungen erduldete, die Sache des Volkes mit Thätigkeit und Kraft vertrat, und welcher deßhalb einſt als der Götze des Volkes galt, als Englands Stolz und Weſtminſter's Ruhm *) (England's pride and Westminster's glory). Sir Francis Burdett hatte einſt eine Kraft und eine Entſchloſſenheit bewieſen, welche ihm in Englands Geſchichte ſtets einen hervorragenden Platz ertheilen wird; er hatte den größeren Theil eines auch in England ungeheuern Vermögens für die Sache der Reform verſchwendet; er hatte einſt durch Beredſamkeit geglänzt, und nie

*) Er war Parlamentsglied für Weſtminſter, einem Theil der Hauptſtadt, der es ſtets als Ehrenſache bisher betrachtete, die Vorkämpfer für die Rechte der Nation ins Parlament zu wählen.

war ihm Mißbrauch der Volksgunſt oder Eigennutz im Verfolg politiſcher Zwecke vorzuwerfen; allein er war ein Whig aus der alten Schule, ein Zögling von Fox, und von derjenigen ariſtokratiſchen Geſinnung, welche gegen gewiſſe Berührungen mit der Volkspartei bedeutende Abneigung hegt, deren Beſtrebungen nicht denjenigen Punkt erreichen, woran am Weſen ariſtokratiſcher Inſtitutionen gerüttelt wird. Lezteres war ſogar zur Zeit ſeiner höchſten Popularität beargwohnt worden. Die Radikalen waren ſchon 1826 gegen ihn argwöhniſch, und nannten ihn damals einen Landjunker, der ſo lange den Liberalen ſpiele, wie Fuchsjagden (mit Rückſicht auf Burdett's Lieblingsvergnügen) wie Korngeſetze u. ſ. w., nicht von der Geſetzgebung gefährdet würden. Wie früher erwähnt, hatte Sir Francis Burdett die ariſtokratiſche Geſinnung bereits erwieſen, als er ſeine Abneigung gegen O'Connel in der Weiſe äußerte, daß er die Ausſchließung des iriſchen Volksführers aus dem alten Whig-Club (Brookes') beantragte. Außerdem beſaß Sir Francis Burdett, wie früher ſogar Freunde zugeſtanden, eine große Eitelkeit. Jene Stellung, worin er einſt vom Volke angebetet wurde, hatte ſich verloren, ſchon ſeit 1827 nahm er nicht mehr den Poſten eines einflußreichen Parteiführers ein; als die Whigs zur Regierung gelangten, war er alt und an Kräften erſchöpft, ſo daß er freiwillig, wie es ſcheint, in der großen Angelegenheit, die er während ſeiner kräftigen Jugend und als reifer Mann vertreten hatte, als Führer zurückſtehen mußte. Seine früheren

Verdienſte waren unleugbar; wenn irgend ein ehemaliger Whig-Leiter die Pairie verdiente, ſo war es Burdett; die Miniſter hatten ihn übergangen, während ſie andre, bei weitem nicht ſo verdiente, Mitglieder ihrer Partei, wie ihnen nicht mit Unrecht zum Vorwurf gemacht wurde, aus Familien- oder Regierungsrückſichten in das Oberhaus erhoben. Burdett war deßhalb, wie es ſcheint, perſönlich gereizt, während die frühere hervorragende Stellung, die er in der Volksgunſt eingenommen hatte, wegen anderweitiger Verhältniſſe verloren ging. — Er hatte ſich in der lezten Zeit vom öffentlichen Leben zurückgezogen; das lezte Mal, worin er mit Entſchiedenheit auftrat, war während der Criſe von 1832 in einer Volksverſammlung; ſeitdem hatte er mit den Whigs geſtimmt, an den vorbereitenden Verſammlungen der Parlamentsglieder aus jener Partei Theil genommen, und auch noch die Whigs gegen Sir Robert Peel's vorübergehende Verwaltung unterſtüzt. — Die Urſache, weßhalb er 1837 übertrat, lag ohne Zweifel theilweiſe in den angegebenen Gründen; außerdem mußte einem Manne, wie Burdett, der einſt ſelbſt Energie im höchſten Grade erwieſen hatte, die Schwäche der regierenden Partei widerlich ſeyn, welche jede Parteibeſtrebung hemmte oder vereitelte. An eine eigennützige oder ehrgeizige Abſicht war in Betreff Burdett's nicht zu denken. Er war ſchon zu alt, als daß er unter den Conſervativen die Stellung eines Führers hätte einnehmen oder ſelbſt unter der Stanley-Graham-ſchen Partei eine bedeutende Wirkſamkeit hätte äußern

können. Auch die Whigs, durch ſeinen Abfall höchſt gekränkt, machten ihm in dieſer Hinſicht keinen Vorwurf; Hobhouſe, ſo lange ſein Gefährte und perſönlicher Freund, beklagte ſeinen Uebertritt, ſagte jedoch beſtimmt, derſelbe beruhe ſicherlich nicht auf Eigennutz.

Seit der erwähnten Angelegenheit mit O'Connel hegten die radikalen Wähler in Weſtminſter gegen Burdett Verdacht, verlangten von ihm Erklärungen und brachten ihn endlich dahin, daß er einer neuen Wahl ſich unterwarf. Ein Radikaler, Leader, trat als ſein Gegner auf. Sir Francis Burdett ſagte ſich öffentlich von den Whigs los, indem er ſeine längſt bekannte Abneigung gegen O'Connel als den Grund des Schrittes angab. „Unter dem Banner der Verfaſſung werden wir für die Aufrechthaltung der Conſtitution von England gegen einen gehäſſigen und lächerlichen Verein von iriſchen Agitatoren, papiſtiſchen Prieſtern und bezahlten Patrioten*) kämpfen, die auf eine, wie ich glaube, wohlgeſinnte, aber ſchwache und ſchwankende Verwaltung einwirken, während das Land und die Zeiten eine feſte, fähige, thätige und entſchloſſene erheiſchen. Glauben Sie mir, es kann für ein Land kein größeres Uebel geben, als eine ſchwache Executivverwaltung.“ Dieſe Worte waren leider nur zu wahr; die Rückſicht war ſicherlich überwiegend, um die Wiedererwählung Burdett's zu beſtimmen, denn damals konnte noch kein eigentlicher Tory für Weſtminſter ernannt werden. Auch hielten viele Wähler noch aus alter Erinnerung

*) Burdett meinte hiemit wieder O'Connel, in Rückſicht auf deſſen oben erwähnte iriſche Rente.

an Burdett; er ward am 11. Mai wieder ernannt. — Dieſe Wahl bewies den Whigs eine Umänderung der öffentlichen Meinung zu ihrem Schaden. Die Miniſter, welche ſogar in Weſtminſter ihren Einfluß verloren, konnten nicht hoffen, denſelben auf die Dauer ſich im Lande zu erhalten. — Burdett ſtimmte ſeitdem immer mit den Conſervativen, und machte ſich mehrere Male durch heftige Reden bemerklich, denn er ward perſönlich ſehr gereizt, weil der Unwille gegen ihn auf allen Theilen Englands damals noch laut ward. Eine politiſch wichtige Stellung, die er übrigens ſchwerlich erwartete, hat er jedoch bei ſeinen erwähnten perſönlichen Verhältniſſen nicht wieder einnehmen können, und vermied es auch ſpäter, einem ungewiſſen Wahlkampf in der Hauptſtadt ſich wieder auszuſetzen; er bewarb ſich ſeitdem um einen Parlamentsſitz für eine Grafſchaft, wo ſeine Erwählung gewiß war.

Die Seſſion nahm jezt einen durchaus erfolgloſen Gang, indem nur Fragen von untergeordneter Wichtigkeit von den Miniſtern durchgeſezt wurden (die Abſchaffung der Todesſtrafe bei 20 Verbrechen); das Oberhaus gab der Regierung einen neuen Schlag, indem es am 9. Juni die Berathung über die iriſche Corporationsbill auf Lord Lyndhurſt's Vorſchlag wiederum vertagte. Die Radikalen wurden im Unterhauſe heftiger gegen die Regierung, wie früher; Roebuck ſchmähete auf die halben Maßregeln der Regierung, wodurch Nichts ausgerichtet werde; die Miniſter ſezten ihre Anhänger dagegen mit einer Wiederkehr der Tory-Regierung in Schrecken. Die Seſſion rückte

vor, und es war keine Ausſicht vorhanden, daß etwas Bedeutendes in irgend einer Hinſicht geſchehen könnte. Das Unterhaus war bereits in einer ſolchen Lage, daß eine Auflöſung durchaus nothwendig geworden wäre, als dieſelbe endlich durch den Tod des Königs veranlaßt wurde. Wilhelm IV. ſtarb am 20. Juni, und ſomit wurde durch die engliſche Verfaſſung die Einberufung eines neuen Parlamentes beſtimmt.

Wilhelm IV., dritter Sohn Georgs III., war ſchon vor ſeiner Thronbeſteigung bei der Nation geachteter, wie ſeine älteren Brüder, ſowohl wegen ſeines perſönlichen Charakters, wie wegen der politiſchen Stellung, die er ſeit Canning's Miniſterium einnahm. Georg IV., der von früheſter Jugend an bis zum lezten Jahre ſeines Lebens in Lüſten jeder Art alle beſſeren Seiten ſeines Charakters ertödtete, machte den Hof als einen Pfuhl aller Laſter der Nation verhaßt, und ſich ſelbſt bis zu ſeinem Tode als ergrauten Sünder und Schlemmer verächtlich, ſeine Perſon wegen immerwährender Unzuverläſſigkeit nicht geachtet, und durch das ſchändliche, mit Heuchelei verbundene, Benehmen gegen ſeine Gemahlin in einem beſtimmten Zeitraume ſogar verabſcheut. Ohnedem bot ſeine Regierung, längere Zeit hindurch, die höchſte Blüthe der verhaßteſten und unfähigſten Tory-Verwaltungen, welche Großbrittannien an den Rand einer Revolution brachten, die günſtigſten Verhältniſſe, um alle Beſtrebungen des mächtigen Staates dauernd zu begründen, unbenuzt entſchlüpfen ließen, auf die politiſchen

Verhältniſſe des Feſtlandes nicht nach dem Intereſſe der Nation einwirkten, und durch Verſchleuderung der Finanzen bei der Höhe der Schuld wenigſtens auf ein Jahrzehent die Zeit hinausſchoben, worin ſich der Staat und das Volk nach den Anſtrengungen des langen Krieges erholen konnte. Der zweite Sohn Georg's III., der Herzog von York, führte ein eben ſo diſſolutes Leben, wie ſein Bruder, und konnte die Achtung der Nation eben ſo wenig erlangen, da man von ihm nicht ohne Grund behauptete, er ſey in Hinſicht ſeiner Vermögensangelegenheiten nicht ſehr bedenklich in Betreff der Mittel, ſeine Einkünfte zu vermehren. Sein Leben iſt ziemlich unwirkſam vorübergegangen, die Errichtung eines berüchtigten Spielhauſes ausgenommen (Crockford's), worin hinſichtlich der Plünderung reicher junger Leute und Verſchwender noch jezt den Geſetzen getrozt wird *). Wilhelm IV., als Prinz Herzog von Clarence, war zwar kein Mann von glänzenden Geiſtesgaben, dagegen rechtlich und denjenigen Schlemmereien und Ausſchweifungen fremd, wodurch ſeine zwei älteren Brüder die Achtung vor der königlichen Familie herunterſezten. Sein anfängliches Verhältniß zu einer Schauſpielerin, Miß Jordans, von welcher er eine zahlreiche Familie erhalten hatte, wurde ihm bei ſeiner Stellung als Prinz leicht verziehen, weniger der Umſtand, daß er ſie ſpäter entließ und nicht gehörig verſorgte **).

*) Ein Haus für vornehme Gaunerei, deſſen Beſuch die Mitglieder der hohen Ariſtokratie leider nicht entehrt.

**) Bei Gelegenheit ſeiner Vermählung, als Georg IV. nach dem Tode der Prinzeſſin Charlotte ſeine Brüder ſämmtlich aufforderte, ſich zu verheirathen.

zum Seedienſte von früheſter Jugend an erzogen, erlangte er zwar in demſelben keine höhere Stellung, war jedoch den Engländern ſchon deßhalb beliebt, weil er in der am meiſten geachteten und beliebten Waffengattung Kriegsdienſte gethan hatte. Während ſeiner Jugend und im Mannesalter hielt er ſich entfernt von dem politiſchen Treiben der Parteien; er nahm erſt unter Canning Antheil, eher mit Whig- als mit Tory-Grundſätzen. Bekannt iſt ſein Verfahren als erſter Lord der Admiralität, wodurch er die Schlacht von Navarin durch ſeine Inſtructionen an Codrington veranlaßte, dafür aber von Lord Wellington ohne alle Umſtände aus dem Miniſterium entlaſſen ward. Seitdem war er entſchiedener Whig; an der Parlamentsreform hat er unzweifelhaften Antheil genommen und erſt 1832 den Conſervativen ſich wieder genähert, zu denen er alsdann bis an ſeinen Tod eine größere Neigung hegte, wie zu den Whigs; die Unentſchloſſenheit der Lezteren ſeit 1834 hat offenbar in jenem Verhältniſſe zum Könige einige Begründung gehabt; für die Regierenden ſelbſt war dieß aber keine Entſchuldigung, denn der perſönliche Wille des Souveräns, ob er gleich hemmend und befördernd einſchreiten mag, gilt wenigſtens dem Parlamente und der Nation gegenüber nicht als ein Beweggrund, um eine beſtimmte Richtung in der Politik einzuſchlagen oder aufzugeben. Uebrigens brauchte der König bei ſeiner ſpäteren Hinneigung zu den Conſervativen ſeine eigene Parteigeſinnung nicht zu verändern; ein entſchiedener Whig unter Canning und Wellington

konnte ſehr wohl nach 1832 in die Reihen der Conſervativen treten, ſeitdem weit mehr, als die früheren Whig-Beſtrebungen von der herrſchenden Partei erlangt und durchgeſezt war. Der augenblickliche Aerger über den König, welcher ſich 1832 und 34 bei der Nation im Allgemeinen einfand, als Wilhelm IV. gegen den Willen des Unterhauſes ein Tory-Cabinet zur Regierung berief, ſchien bald zu verſchwinden. Die Nation erinnerte ſich bei ſeinem Tode, daß unter keiner Regierung ſeit der großen Staatsrevolution ſo viel für die Volksfreiheit gewonnen war, und die ſpäteren Zeiten werden ebenfalls dieſes Umſtandes ſo wie des Antheils gedenken, welchen der König wenigſtens bis 1832 an der Reformmaßregel perſönlich nahm.

Fünftes Kapitel.

Die Whig-Regierung von der Thronbeſteigung der Königin Victoria bis zur Abdankung der Miniſter 1839.

Noch nie hat ein engliſcher Regent aus dem hanöverſchen Stamm unter ſo allgemeiner Zuneigung des Volkes den brittiſchen Thron beſtiegen, wie Alexandrina Victoria. Unter den beiden erſten Georgen war eine Partei noch mächtig und zu Zeiten im Volke überwiegend, welche den vertriebenen Herrſcherſtamm zurückwünſchte; bei Georgs III. Thronbeſteigung fand ſich Argwohn gegen einen Fürſten, deſſen Abneigung gegen die engliſchen Verfaſſungsverhältniſſe

man kannte und deſſen erſte Schritte darin beſtanden, einer glänzenden und populären Regierung entgegenzuwirken; Georg IV. war zur Zeit ſeiner Thronbeſteigung gehaßt oder verachtet, und ſogar verabſcheut; als Wilhelm IV. die Krone erlangte, befand ſich das Land in fieberhafter Aufregung, ahnete einen hartnäckigen und heftigen Parteikampf und war noch über die Stellung in Ungewißheit, welche der Souverän während deſſelben einnehmen würde. Bei der Thronbeſteigung der Königin Victoria war nirgends eines dieſer Verhältniſſe vorhanden, welches irgendwie auf die Stimmung eines größeren oder kleineren Theiles der Nation ſtörend hätte einwirken können. Ihr Recht war unbezweifelt, kein Verdacht, keine auf früheren Verhältniſſen begründete Abneigung, keine heftige Erbitterung der Parteien, kein Zuſtand des drückenden Mißbehagens in Betreff des Nationalwohlſtandes war vorhanden, das Reich ruhig und blühend. Bei der Königin ſelbſt kamen eine Menge Verhältniſſe zuſammen, um die Zuneigung und die Hoffnungen der Nation zu erregen. Sie war die Tochter desjenigen Prinzen (des Herzogs von Kent), welcher vor allen anderen Söhnen Georgs III., nur mit Ausnahme des Herzogs von Suſſex, ſowohl durch einnehmendes Weſen, Rechtlichkeit und freiſinnige Parteimeinung beim Volke beliebt war; durch leztere war er ſogar dem größeren Theil der damaligen Whigs (von 1815 bis 20) voraus; er hatte nie ſich durch Umſtände beſtimmen laſſen, von den Parteiprinzipien in irgend einer Weiſe abzuweichen, und ſich bei der damaligen

Lage der Dinge auch vom Hofe abſonderte. Kent war ſogar bei der Armee beliebt, ein Verhältniß, worin keine andere Whig-Häupter ſtanden. Seine ganze Stellung mag man aus dem Umſtande erkennen, daß die Hochtory-Miniſter Georgs IV. während der heftigen Volksbewegung beim Proceß der Königin Caroline den kurz vorher eingetretenen Tod des Herzogs als ein Glück für das Reich öffentlich bezeichnet haben ſollen. Die Tochter war durchaus in den Grundſätzen ihres Vaters erzogen worden. Ihre Mutter, aus demjenigen deutſchen Hauſe, welches in neueſter Zeit auf ſo vielen conſtitutionellen Thronen außerhalb Deutſchlands eine Rolle geſpielt hat, Schweſter des Königs der Belgier, hatte ſich ſtets von dem Tory-Adel entfernt gehalten, und der höheren Whig-Ariſtokratie ſich angeſchloſſen. Es war kein Zweifel vorhanden, daß die junge Königin liberale Grundſätze hegte und jede liberale Partei mit dem Einfluß der Krone unterſtützen würde, ſoweit die engliſche Verfaſſung eine Einwirkung des Souveräns geſtattet, welche zwar nicht entſcheidend, aber doch wenigſtens hemmend oder befördernd ſich äußern kann. Auch war einer der erſten Schritte, welchen die Königin nach ihrer Thronbeſteigung that, in dieſer Hinſicht bezeichnend: die einträglichen und in ſo weit auch wichtigen Hofſtellen, daß die Inhaber derſelben ſich in unmittelbarer Nähe des Souveräns befinden, wurden Mitgliedern der Tory-Partei genommen und Whigs übertragen. Es war ſchon lange geklagt worden, daß die Regierung in dieſer Hinſicht, dem Willen des verſtorbenen Königs

gemäß, Schwäche bewieſen habe; die ſogleich nach dem Tode deſſelben erfolgende Entlaſſung der toryſtiſchen Hofbeamten erwies die Geſinnung der Königin und ihrer Mutter. Uebrigens hatte Victoria, von ihrer Erziehung abgeſehen, keine Urſache zu irgend einer Hinneigung nach jener Partei. Die früher erwähnten Umtriebe der Oranienlogen mußten bei ihr entſchiedenen Haß, wenigſtens gegen einen Zweig der Conſervativen, bewirkt haben.

Am 21. Juni erfolgte die Proclamation der Königin mit allen alterthümlichen Formen; das Volk der ungeheuren Stadt begrüßte dieß Ereigniß mit einem Jubel, wie er bei keiner ähnlichen Gelegenheit bemerkt worden war, deren die gegenwärtige Generation ſich noch vollkommen erinnern konnte. Jener Enthuſiasmus der Loyalität, welchen die Britten ſtets gegen ihre Könige bewieſen haben, ſo oft ſie mit der Regierung derſelben zufrieden waren, blieb noch lange Zeit anhaltend und bewirkte, ſo oft Victoria ſich in den Theatern und bei anderen Gelegenheiten öffentlich zeigte, einen in gleicher Weiſe ſtürmiſchen Jubel. Die Stimmung ging durch das ganze Reich, überall ward die Proclamation unter Freudenbezeugungen der Volksmaſſe vollzogen. Ein zweites abergläubiges Vorurtheil kam hinzu, um Hoffnungen zu erregen. Die Engländer hegen nämlich eine nicht ungünſtige Stimmung für die Regierung einer Frau, und halten eine ſolche, mit Hinblick auf die Königinnen Eliſabeth und Anna, im Voraus wenigſtens für glücklich und glänzend, in derſelben Weiſe, wie in unſeren Tagen,

wenigſtens für eine große Maſſe von Spaniern, die Erinnerung an die glorreiche, glänzende und freie Zeit der katholiſchen Iſabella zum Vortheil der jungen Königin Iſabella wirkte.

Am 22. Juni gelangte bereits die Botſchaft der Königin an das Haus der Gemeinen, welches die geſetzmäßige Auflöſung verkündete, und deßhalb die ſchnelle Erledigung der durchaus nothwendig zu beendigenden Geſchäfte anbefahl. Die ſchwebenden großen Parteifragen, wozu auch ohne Zweifel das iriſche Armengeſetz gehörte, mußten ſomit natürlich unerledigt bleiben. Die weniger wichtige Bill über Verminderung der Todesſtrafen war keine eigentliche Parteifrage im Jahre 1837, denn auch die Tories hatten ſeit 1822 die Nothwendigkeit einer Abſchaffung der verhältnißmäßig übertriebenen Strenge des Criminalrechtes zwar nicht angeregt, doch zugeſtanden, und Peel ſelbſt die erſte Bill hierüber ins Parlament gebracht; dieſe wurde ſomit ſchnell erledigt. Die Geſchäfte, welche wegen des ganzen Staatsverhältniſſes in der Eile abgemacht werden mußten, waren das Budget, vorläufige Beſtimmung über die Civilliſte, deren Feſtſtellung auf die Dauer dem nachfolgenden Parlamente anheimfiel, und ein Regentſchaftsgeſetz für den Fall des Todes der Königin bald nach ihrer Thronbeſteigung, ein Unglück, welches glücklicher Weiſe nicht eintraf, und welches bei den damaligen Verhältniſſen, beſonders bei der Stellung des Herzogs von Cumberland, eine nicht zu berechnende Verwirrung veranlaßt haben würde. Das Budget bot eine glänzende

Ausſicht. Bei dem Zuſtande der Nation, des Handels und der Gewerbe waren die Einnahmen aufs Neue geſtiegen; die Regierung verfügte demnach über den Ueberſchuß einer Million und konnte in der ſchon begonnenen Abtragung der Staatsſchuld fortfahren, welche freilich gegen die Maſſe von 800 Millionen als unbedeutend erſchien, deren Anfang jedoch immer einer Regierung als Empfehlung gereichte, und welcher, wäre er von den Tory-Regierungen nach dem Frieden gemacht worden, ein ſolches Reſultat hätte geben müſſen, daß England ſeine äußere Politik durch Rückſicht auf die Maſſe der Nationalſchulden nicht zu beſtimmen brauchte.

Am 17. Juli ſchloß die Königin das Parlament; am folgenden Tage erſchien offiziell der Befehl der Auflöſung und zur Einberufung eines neuen. Alle Parlamentsglieder eilten auf das Land, ihre Wiedererwählung zu betreiben; es entſtand jene Bewegung im ganzen Reiche, welche bei jeder allgemeinen Wahl ſich zu ergeben pflegt.

Auf dieſen Augenblick hatten die Whigs ſchon lange gehofft, um den Lords eine ſtarke und entſchloſſene Mehrheit entgegenſtellen zu können. Wie oben erwähnt, zweifelte die Regierung jezt nicht am günſtigen Erfolge, der ihr 1835 gewiß geweſen wäre; ſie konnte den Einfluß des Hofes zu dem ihrigen in die Wage werfen; ſie verließ ſich noch immer auf die Anhänglichkeit der Mittelclaſſen, und ſezte eine Stimmung voraus, wie ſie ſeit 1830 bis 35 im Lande für ihre Partei exiſtirte. Der Einfluß des Hofes iſt

allerdings nicht abzuleugnen; abgeſehen von demjenigen, welchen der Hof an Orten äußert, wo er ſich von Zeit zu Zeit aufhält, pflegt immer in England wenigſtens eine Anzahl der Wähler durch die ausgeſprochenen oder bekannten Wünſche des Souveräns ſich beſtimmen zu laſſen; der Regierungseinfluß kam hinzu, welcher in jedem Staate mit Repräſentativ-Formen in allen Lokalitäten mehr oder weniger ſtattfinden wird, und von allen Regierungen in ihrem Sinne auch überall benuzt worden iſt; ferner wurde von der Mitwirkung der neuen Municipalitätsräthe, der Mehrzahl nach liberal, eine bedeutende Beihülfe erwartet; kurzum die Whigs hegten vom Erfolge der Wahl ſanguiniſche Hoffnungen. Endlich kam noch ein Umſtand hinzu, wovon die Candidaten der Regierung viel erwarteten. Der Herzog von Cumberland hatte als König von Hannover die von Wilhelm IV. gegebene Verfaſſung aufgehoben; weil er als Parteihaupt der Hochtories galt, was er aber ſeit der Sache mit den Oranienlogen nicht mehr war, und als ein deutſcher Fürſt ohnedem nicht mehr hätte ſeyn können, erwartete man von dieſem Ereigniß einige Rückwirkung auf England.

Noch nie iſt eine herrſchende Partei in England ſo getäuſcht worden, wie die Whigs 1837; ſie hofften auf eine Mehrheit von wenigſtens 100; ſie hofften auf eine große Mehrzahl, die ihnen die engliſchen Städte ernennen würden; ſie ſahen zwar das Uebergewicht der Tories in den Grafſchaftswahlen voraus, erwarteten jedoch nicht, daß die Bauern ſich vollkommen

und überall von Grundherren und Geiſtlichkeit würden leiten laſſen, ohnedem, da die Grundbeſitzer ihrer Partei wenn auch über keinen vorherrſchenden, doch nicht ganz unbeträchtlichen Einfluß verfügten. Allein ihre Regierung ſeit 1836 hatte die genügenden Folgen getragen; der Mittelſtand wandte ſich von einer Verwaltung ab, welche in ſeinem Sinne zwar Geſetze vorſchlug, aber alle Veränderungen derſelben ſich gefallen ließ, und kein Mittel anwandte, um die urſprüngliche Form ihrer Bills zu bewahren, welche die engliſchen Radikalen nur als untergeordnete Parteimitglieder benuzte, um für ſich die Stimmenmehrheit zu erhalten, dagegen auf deren Parteimeinung keine Rückſicht nahm, und von einem Irländer abhängig wurde, der, abgeſehen von allen anderen Umſtänden, Irland bei weitem mehr im Auge hatte, wie das übrige Großbrittannien. In vielen Ortſchaften verbanden ſich ſchon die Radikalen mit den Tories, um die Whig-Candidaten durchfallen zu laſſen; in anderen entzogen ſie ſich der Gemeinſchaft mit den Miniſteriellen, um ihre eigenen Candidaten durchzubringen, ſo daß die Kräfte der Liberalen zerſplitterten und die Mehrheit den Conſervativen verblieb. An eine Aufregung, welche der Corruption und der ſogenannten Einſchüchterung (des Befehles der Grundherren an ihre Pächter) in ſolcher Weiſe hätte entgegenwirken können, wie 1831 und noch nach 1835, war nach zwei Jahren nicht mehr zu denken; zwei Jahre voll Schwäche hatten genügend auf die öffentliche Stimmung eingewirkt. Jene Aufregung hätte jezt nur noch in dem Fall entſtehen

können, wenn die Whigs, wie mehrere Jahre ſpäter, neue Parteiprinzipien als ihre Beſtrebung aufgeſtellt hätten, welche im Stande waren, das Volk um ihr Banner zu vereinigen, z. B. die Aufhebung der Korngeſetze; allein dies unterblieb nicht allein, ſondern auch die einflußreichſten Miniſter zeigten ſich als durchaus feindlich gegen Maßregeln dieſer Art. Sie ſtellten dieſelben erſt zu einer Zeit als ihre Beſtrebungen auf, worin die Nation ganz andere Urſache zur Beſchwerde über die Whig=Regierung beſaß, als die alleinige Schwäche. — Dagegen hatten die Conſervativen bei den Mittelclaſſen gewonnen, indem ſie der Mehrzahl nach als Reformer auftraten, und hin und wieder die Ueberzeugung erweckten, das Volk werde von ihnen mehr empfangen, als aus der ſchwachen Hand der Whigs, deren Unwirkſamkeit leider genug am Tage lag, da ja ohnedem jede eingebrachte Reform nur in ſolcher Weiſe zum Geſetz wurde, wie die Tory=Partei dieß ſelbſt als regierend würde durchgeſezt haben.

In der Hauptſtadt zwar drangen die Conſervativen auf keinem Punkte durch (am 24. und 25. Juli); Miniſterielle oder Radikale wurden in jeder Abtheilung derſelben ernannt, jedoch in ſolcher Weiſe, daß die Lezteren die Oberhand hatten. Dagegen ging es den Liberalen in den übrigen Städten verhältnißmäßig deſto ſchlimmer; anſtatt 40 oder 50 Parlamentsſitze, wie die Whigs erwarteten, erlangten die Conſervativen 165. Sogar einzelne Parteihäupter, z. B. Roebuck in Bath, fielen dießmal durch. In den Grafſchaften war ihr Erfolg noch ſchlechter; ſie hofften

wenigſtens in 16 den Gegnern der Miniſter widerſtehen zu können, verloren aber 15, und hatten nur die Genugthuung, daß Sir James Graham dieß eine Mal (in Cumberland) durchfiel. Middleſex hatte früher immer Reformer ernannt, und beſitzt als Grafſchaft der Hauptſtadt, ſo wie wegen der wirklichen Unabhängigkeit, worin ſich ein großer Theil der Wähler befindet, auch eine nicht unbedeutende Wichtigkeit in Andeutung der Volksſtimme; allein hier wurde nicht einmal Hume wieder gewählt, der ſich auf eine 25jährige Wirkſamkeit im Sinne der liberalen Partei berufen konnte; wie Wakeley ſpäter im Parlamente ſagte, fiel er durch, weil er die Annahme des neuen Armengeſetzes vertreten hatte. Die Grafſchaften wählten nur 50 Reformer und dagegen 106 Tories. Ohne Schottland und Irland war das Miniſterium verloren; die conſervative Mehrheit war bereits in England ſo bedeutend, daß auch das Hinzutreten der ſchottiſchen Liberalen ihnen Nichts genützt haben würde. Die Wahlverhältniſſe von Schottland und Irland ſind bereits früher erwähnt worden; hier war der Sieg der Miniſter nicht zweifelhaft, beſonders in Irland, wo in der Art Parlamentsſitze zur Verfügung ſtanden, daß auch Hume wieder gewählt werden konnte. Bei jenem Verhältniſſe kamen aber die Miniſter in eine noch traurigere Abhängigkeit von O'Connel, wie ſie ſogar bisher geweſen waren. Von dem Willen des iriſchen Volksführers hing gewiſſermaßen ihre Exiſtenz ab. Somit war die Lage der Regierung ſehr verſchlimmert. Es war eine noch größere Schwäche zu

erwarten, wie 1836 und 37; allein jezt auch konnte man ſich die beſtimmte Ausſicht ſtellen, daß die gegenwärtige Zuſammenſetzung des Unterhauſes eine dauernde Herrſchaft nicht erlaube. Eine Mehrheit von einigen dreißig kann nicht von ſolchem Beſtand ſeyn, daß ſie die geſetzliche Zeit der Parlamentsdauer (7 Jahre), oder auch nur die gewöhnliche (5) ohne Veränderung aushalten könnte. Jeder Todesfall, jede Verſetzung in die Pairie bewirkte gewiſſermaßen eine Criſe; mit jeder Seſſion wurde die Mehrheit geringer und zulezt kam die Regierung in eine ſolche Lage, daß ſie die Mehrheit von Eins zum Spott des ganzen Landes als einen Sieg mit lautem Jubel annahm; daß ſie endlich eine unzweifelhafte Niederlage erlitt, zur Abdankung gezwungen ward, durch die Verhältniſſe des Hofes ins Cabinet wieder zurückkehrte und endlich dennoch zur Auflöſung vor dem gewöhnlichen Zeitpunkte ſich genöthigt ſah. Das Cabinet ſchwankte hin und her, anfangs neigte es ſich zu den Conſervativen, wies einige wichtige und ſehr entſcheidende Reformen beſtimmt zurück, und verfolgte in Betreff zweier Colonieen eine toryſtiſche Politik; bald aber begann ſich ſogar der innere Zuſammenhang unter den miniſteriellen Whigs in Folge dieſes Verfahrens in ſolcher Weiſe aufzulöſen, daß eben die zurückgewieſenen Reformen zu ſogenannten offenen Fragen gemacht werden mußten, d. h. zu Parteizwecken, wobei jedes Cabinetsmitglied ſeine beſondere Meinung hegen kann, gewöhnlich der Anfang einer Parteizerſplitterung; daß endlich das Cabinet eine jener Fragen nicht

allein annehmen, ſondern auch für eine Beſtrebung erklären mußte, womit es ſich halten oder fallen würde. Guter Wille ließ ſich bei den Whig-Miniſtern bei mancherlei Veranlaſſungen allerdings nicht in Abrede ſtellen; auch wurden einzelne Reformen, beſonders eine wichtige (der Poſt) noch durchgeſezt, allein dieſe waren von ſolcher Art, daß jezt ſchon eben ſo wohl von der Conſervativ-Partei hätten ausgehen können, über deren veränderte Richtung, in Vergleich mit früher, kein Zweifel mehr vorherrſchte; jene Reformen erreichten auch immer nur diejenige Grenze, welche Sir Robert Peel und die andern Parteihäupter ihnen geſtatteten. — Endlich brachten die Whigs Verwirrung in die äußeren Angelegenheiten; gaben einerſeits die ſo lang befolgte Richtung auf, nahmen an einer Verbindung Antheil, worin diejenige Macht ſich befand, welche als Nationalfeind galt, verfeindeten England mit zwei Nationen, mit denen ein Krieg dem Staate am gefährlichſten wäre, ließen ſich andrerſeits Kränkungen und Beeinträchtigungen gefallen, um den Krieg zu vermeiden, veranlaßten Kriege geringerer Art ohne Vortheil und zum größeren Schaden für England, wie der offene Bruch mit einer größeren Macht, und bewirkten dadurch endlich eine Criſe, worin der Handel Englands bedeutende Stockung erlitt, wodurch anſtatt des bisherigen Ueberſchuſſes ein Defizit ſich ergab, wodurch endlich ein Zuſtand ſich bildete, welcher einen Staat, wie England, in größeres Unglück brachte, wie ein unglücklicher in Europa geführter Kampf. Kein Wunder, daß die Mittelclaſſen endlich

den Whigs ihr Vertrauen gänzlich entzogen und daſ-ſelbe einem Staatsmanne wie Sir Robert Peel zuwandten, von welchem Reformen in gewiſſer Richtung nicht länger zu bezweifeln waren, daß endlich Sir Robert Peel bei der nächſten allgemeinen Wahl eine ſo große und zuſammenhaltende Mehrheit erlangte, wie ſie den Whigs 1835 gewiß geweſen wäre.

Das erſte Parlament der Königin Victoria ward am 13. November eröffnet, ſowohl um die Zeit wieder einzuholen, welche bei der Unterbrechung der früheren Seſſion für die Erledigung der iriſchen Fragen verloren ging, wie auch um die Civilliſte ſobald als möglich feſtſetzen zu können. Leztere Maßregel war nothwendig, da nach engliſchen Verhältniſſen das Einkommen der Krone nur von Regierung zu Regierung bewilligt wird, da wenig bleibende Einkünfte von der Krone bezogen und ohnedem mehrere Laſten von ihr getragen werden (Penſionenzahlung), welche in andern Reichen der Staat übernimmt. Somit kam Spring Rice bereits gleich nach den nicht lange währenden Adreßberathungen mit der Bill der Miniſter (am 23. Nov.). Dieſe war in ſolcher Weiſe verfaßt, daß kein Grund zur Klage, wie unter den Regierungen Georgs III., Georgs IV. und ſogar noch des verſtorbenen Königs, vorhanden war, obgleich die Civilliſte des Lezteren einige tauſend Pfund mehr betragen hatte. Die junge Königin beſaß nämlich kein Privatvermögen, wie Wilhelm IV. als Herzog von Clarence, welcher ohnedem als König von Hannover die Zinſen eines nicht unbedeutenden und in England

angelegten Capitales zur Verfügung hatte, welches jezt mit der Krone auf Ernſt Auguſt übergegangen war. Die Nation erwartet einen nicht unbedeutenden Glanz ihres Thrones; die bleibenden Einkünfte deſſelben, wie Domänen, Colonieen und Zölle waren bereits unter Georg III. und IV. an den Staat übertragen worden, nur einige kleine Domänen, die ſogenannten Herzogthümer Lancaſter und Cornwallis, waren ihr verblieben. Eine nicht kärgliche Ausſtattung war ſomit billig, um ſo mehr, da Victoria, wie erwähnt, kein Privatvermögen beſaß, indem ihr Vater, eben ſo wie der liberale Herzog von Suſſex, weder bei der Nation durch Tory-Miniſter gebettelt, noch auch Vermögen auf Koſten ſeiner nicht bezahlten Gläubiger geſammelt hatte. — Spring Rice machte demgemäß den Vorſchlag, die Privateinkünfte der Königin auf 60,000 Pfund feſtzuſetzen. Die Gehalte der hohen Hausbeamten der Krone ſollten dagegen vermindert und der Anſatz derſelben, eben ſo wie der Koſten des königlichen Haushaltes, einem Parlamentsausſchuß überlaſſen werden. Für eine vierte Rubrik (Wohlthaten und Geſchenke) wurden 23,000 Pfund vorgeſchlagen. Ein fünfter Poſten betraf die Penſionen, einen oft mit Recht angegriffenen Punkt, womit früher, und ſelbſt noch unter Wilhelm IV. bedeutender Mißbrauch getrieben war, indem dieſelben nach dem Gutdünken des Königs oder der Miniſter an Günſtlinge verſchenkt, oder zur Beſtechung von Parlamentsgliedern oder zur Verſorgung nachgeborener Söhne aus ariſtokratiſchen Familien verwandt worden waren. Die Whig-Miniſter

hatten anfangs dieſe ihre Gewalt, Staatseigenthum nach ihrem Gutdünken ohne Einwilligung des Parlamentes zu vergeben, nicht gutwillig aufgeben wollen, oder vielmehr, Wilhelm IV. ſchien die Penſionsvergebung nach ſeinem Gutdünken als eine zu wichtige Prärogative der Krone zu betrachten, und ſich gegen Beſchränkung derſelben zu ſträuben. Wie früher erwähnt, hatte die gar nicht ſo leicht zu leitende Mehrheit des erſten reformirten Parlamentes gewiſſermaßen einen Tadel ausgeſprochen. Eine Reſolution des Unterhauſes war damals erlaſſen worden, welche Spring Rice jezt als den Grundſatz der Penſionenertheilung für die Zukunft ausſprach: Es ſey die angemeſſene Pflicht der verantwortlichen Rathgeber der Krone, Sr. Majeſtät zur Verleihung von Penſionen und Belohnungen nur ſolche Perſonen zu empfehlen, welche entweder durch bedeutende Dienſte, die ſie dem Staate oder der Krone geleiſtet, oder durch wichtige Entdeckungen in Künſten und Wiſſenſchaften ſich gerechte Anſprüche auf das Wohlwollen ihres Souveräns und den Dank der Nation erworben hätten. Um allem ſpäteren Mißbrauch vorzubeugen, ſollte, nach der Erklärung des Miniſters, der Betrag der in jedem Jahre verliehenen Penſionen und die Veranlaſſung derſelben dem Unterhauſe vorgelegt werden, ſo daß die frühere Vertheilung derſelben nicht mehr zu erwarten ſtand.

Das Unterhaus bewies ſich nicht als karg. Im Ausſchuſſe wurden (11. Decbr.) 385,000 Pfund zur Unterhaltung des königlichen Hofhaltes, 70,000 Pfund zur Beſoldung einzelner Hofbeamten bewilligt; ferner

wurde beſchloſſen, daß es der Krone freigeſtellt werden ſolle, jährlich Penſionen bis zum Ertrage von 12,000 Pfund zu ertheilen. Hume freilich kam mit ſeinen gewöhnlichen Abzügen, brachte aber ſelbſt bei ſeiner eigenen Partei nur wenig Stimmen zuſammen. Ueber die Sicherung eines bedeutenden, für den Glanz der Krone erforderlichen Einkommens, waren ſo ziemlich alle Parteien einig, nur wurde der Königin in den Verhandlungen, wenn auch nicht in einem Beſchluſſe, klar genug angedeutet, ſie möge nicht wie Georg III. und IV. Schulden machen; das Haus werde zur Bezahlung derſelben ſeine Einwilligung nicht geben.

War gegen die Civilliſte ſelbſt nichts einzuwenden, ſo machte dagegen ein anderer Vorſchlag einen unangenehmen Eindruck, und deſſen Annahme hat manche ärgerliche Verhältniſſe ſpäter veranlaßt. Die Miniſter verlangten nämlich eine Erhöhung des Einkommens der Herzogin von Kent (20,000 Pfund) um 8000 Pfund, wie es hieß, als Dankbarkeit für die treffliche Erziehung, die ſie ihrer königlichen Tochter gegeben habe. Dies war einerſeits ein Verfahren, welches in Lord Melbourne den Höfling auf eine Weiſe erwies, wie es die Engländer am Hofe Georg's III. und IV. oft auf eine nachdrückliche Weiſe bei den Tories gerügt hatten, andrerſeits wurde dadurch wenigſtens der Anſchein gegeben, als ob die Whigs ſo gut wie möglich ſogenannte Gevatterſchaften berückſichtigten. Die Herzogin von Kent gehörte nämlich durchaus zu ihrer Partei und ſtand beſonders ſeit Melbourne und Palmerſton auf freundſchaftlichem

Fuße; ohne dieſen Umſtand wäre es den Miniſtern ſchwerlich eingefallen, die gute Erziehung der Königin, wofür bisher 6000 Pfund jährlich gezahlt worden waren, noch beſonders zu belohnen. Die Sache ward zwar vom Parlamente bewilligt, allein an dem verdrießlichen Eindruck, den ſie in England bewirkte, iſt nicht zu zweifeln. Beſonders ärgerten ſich die Engländer über die deutſche Hofhaltung der Herzogin, und ſprachen von gierigen deutſchen Höflingen (greedy Germans), die herüber gekommen wären, um ſich auf Koſten der Nation zu bereichern, ohne irgendwie dem Staate Dienſte geleiſtet zu haben. Es begannen die Spöttereien über die neue Rolle, welche von jetzt an die Whigs als geſchmeidige Höflinge ſpielten. Lord Melbourne mußte dieſelben ſogar im Oberhauſe zur Schadenfreude der toryſtiſchen Pairs von ſeinem ehemaligen Collegen Lord Brougham vernehmen. Brougham ſagte: Mein edler Freund hat ſich in neuerer Zeit ſo viel beſſer an die Sprache der Höfe gewöhnt, iſt ein ſo viel beſſerer Hofmann als ich, ſeine Zunge iſt ſo trefflich organiſirt und für die Hofmelodien geſtimmt, er iſt um ſo viel beſſer bekannt mit den Bewegungen derer, die Complimente machen und ſchön thun, und an den Höfen das Knie beugen u. ſ. w. Dergleichen Spöttereien ſind viele tauſend Mal ſeitdem in Reden und durch die Preſſe wiederholt worden; der Charakter gewandter Höflinge anſtatt geſchickter und entſchloſſener Staatsmänner hat auch den Whigs in der öffentlichen Meinung nicht wenig geſchadet, zu ihrem endlichen Sturze mitgewirkt, beſonders

ſeitdem Sir Robert Peel und die übrigen Conſervativ-Führer erwieſen, daß ſie ſich nicht ſo leicht in dieſer Hinſicht fügen, dagegen aber dem Hofe gegenüber ihre Parteiforderungen aufrecht halten würden.

Kaum war die Sache über die Civilliſte beendet, als wichtige Nachrichten aus den amerikaniſchen Colonieen eintrafen. In Canada war eine offene Empörung ausgebrochen. Die Miniſter wollten das Parlament wegen der Weihnachtsferien, welche die vornehmen Engländer gewöhnlich auf ihren Landgütern zubringen, bis zum 1. Februar vertagen; als die Nachricht anlangte, mußte der Wiederbeginn der Verhandlungen ſchon auf den 16. Januar 1838 angeſezt werden. Ein Einſchreiten des Parlamentes war nothwendig; ohnedem hegten die Miniſter Abſichten über Maßregeln hinſichtlich Canada's, die ſie auf eigene Verantwortlichkeit nicht beginnen konnten. Die Verhältniſſe, welche den Aufſtand veranlaßten, ſo wie überhaupt die Lage dieſer Colonie, welche hauptſächlich wegen der Nähe der Vereinigten Staaten für England eine höhere Wichtigkeit beſizt, waren folgende:

Canada befindet ſich bekanntlich ſeit der engliſchen Eroberung in einem eigenthümlichen Verhältniſſe, welches in keiner andern Colonie von Bedeutung ſtatt findet. Zwei Bevölkerungen ſtehen ſich einander mit abgeſonderten Sitten und Geſetzen, ſo wie mit verſchiedener Sprache gegenüber, und zwar nicht, wie am Cap, auf ſolche Weiſe, daß die unumſchränkte Gewalt des Gouverneurs den möglichen Conflikt zu verhindern vermag, ſondern es beſteht eine Verfaſſung

jener Art, wie ſie ſich, der engliſchen nachgebildet, in den meiſten Colonieen engliſchen Urſprungs vorfindet, und welche ſomit beiden eine freie Aeußerung ihrer Beſtrebungen geſtattet. Ein Conflikt mit der Regierung lag ſomit ſchon in dieſen Verhältniſſen; andrerſeits iſt aber auch nicht abzuleugnen, daß die früheren Tory-Miniſterien ſeit Pitt genügenden Grund zu Beſchwerden geboten hatten, daß die Whigs bei den Urſachen zur Klage zu langſam in Abhülfe derſelben verfuhren, und daß die Engländer ſelbſt im Allgemeinen, zu lange um jene Verhältniſſe unbekümmert, zulezt eine Stellung einnahmen, wodurch die Aufgereiztheit und die endliche Empörung der Canadier veranlaßt werden konnte. Uebrigens wird gegenwärtig wohl Niemand den Canadiern zugeſtehen, daß ſie ihrerſeits, vor dem Beginn des kurz dauernden Bürgerkriegs, durchaus keine Gelegenheit zur Strenge der Regierung und des Parlamentes geboten hätten. Leider hat es ſich hier, wie ſo oft, erwieſen, daß beide Theile in aufgeregten Zeiten ſich einander Unrecht zuzufügen pflegen. Es gereicht aber ſicherlich zum Beweiſe der Vortrefflichkeit einer Verfaſſung, wie es die engliſche iſt, mit allen daran hängenden Bedingungen, daß Großbrittannien, Volk wie Regierung, niemals dem Beſiegten den Fuß auf den Nacken ſetzen und ihm die Abhülfe eines wirklichen Unrechts zu weigern vermag. Was Canada betrifft, ſo wurden erſt nach dem Siege die Beſchwerden der Coloniſten gehörig begriffen, und ſeitdem geſchah viel mehr zum Beſſeren, wie während der ganzen lange dauernden Streitigkeit.

Hat doch ſogar eine Conſervativ-Regierung, das Miniſterium Sir Robert Peels, Canadier, welche an den damaligen Bewegungen compromittirt worden, zu Staatsämtern in der Colonie erhoben!

Bekanntlich iſt Canada 1759 nach der Schlacht bei Quebeck durch die Britten von Frankreich her erobert worden. Frankreich befand ſich damals als Mutterland dieſer Colonie gegenüber in demſelben Verhältniſſe, wie ſo manche andere Staaten, welche ihre Colonieen in der Art bevormundeten, daß eine ſelbſtſtändige Entwickelung der Pflanzung unmöglich war. Monopole verhinderten den Handel und den Beginn des Wohlſtandes, das Lehensrecht mit allen daran hängenden Standesprivilegien hemmte den Ackerbau und bedrückte die größere Volksmaſſe; eine durchaus willkürliche Verwaltung des Gouverneurs laſtete auf allen Verhältniſſen; eine mangelhafte, tyranniſche und grauenvolle Juſtiz diente dazu, ihre Willkürherrſchaft zu begründen; ein liederlicher, privilegirter und vom Eigenthume der Coloniſten ſchwelgender Adel bot in Quebeck eine Nachahmung von Verſailles. Kurzum, Canada litt an allen Gebrechen des alten Frankreichs, und die Bevölkerung unterwarf ſich ſomit bereitwillig den Engländern, als General Wolfe vor der Landung einen beſſeren Zuſtand garantirte; die Canadier vereitelten die Hoffnungen der franzöſiſchen Offiziere, welche durch den Widerſtand der Miliz die Colonie für Frankreich zu erhalten hofften. Canada ſah ſich nicht getäuſcht; die Monopole wurden abgeſchafft; die willkürliche Criminaljuſtiz hörte auf und

an die Stelle des altfranzöſiſchen Verfahrens trat die engliſche Jury verbunden mit Oeffentlichkeit; die Vorrechte des Adels ſelbſt beſtanden nicht länger unter engliſcher Herrſchaft; er verarmte größeren Theils und verſchmolz ſich mit dem übrigen Volke, indem ſeine Güter größeren Theils in die Hände anderer Stände übergingen. Der Willkür des Gouverneurs wurde gleich anfangs eine Schranke geſezt, wie ſie wenigſtens unter der franzöſiſchen Regierung nicht beſtand, in der Ernennung eines berathenden Colonialrathes; die franzöſiſche Bevölkerung war ohnedem in jeder Hinſicht geſchont, indem ihre Religionsverhältniſſe nicht angetaſtet, und die anfangs genommenen früheren Civilgeſetze, Lehenrechte und die Contumes de Paris, bald wieder eingeführt wurden. Auch erwieſen die franzöſiſchen Canadier viel Anhänglichkeit an das neue Mutterland; während des amerikaniſchen Unabhängigkeitskrieges mißlangen alle Verſuche der Independenten, die Franzoſen Canada's zum Aufſtande zu bewegen, obgleich Franzoſen im Heere der Amerikaner, beſonders Lafayette, in dieſer Hinſicht mehrere Bemühungen machten. Eine Reihe von Jahren hindurch wurde von England darauf eingewirkt, die Anhänglichkeit der Canadier zu bewahren und zu erhöhen; 1778 wurden jene Steuern abgeſchafft (Taille, Gabelle u. ſ. w.), deren Andenken im jetzigen Frankreich verabſcheut wird; 1784 erhielten die Canadier jenes Vorrecht der perſönlichen Freiheit gegen Beamtenwillkür, worauf die Britten vor Allem ſtolz ſind, die Habeascorpusacte, welche wenigſtens in derſelben Ausdehnung ſogar dem jetzigen

Frankreich fehlt; endlich ertheilte Pitt, 1791, vielleicht in der Abſicht, den Verſuchen des revolutionären Frankreichs, auf die ehemalige Pflanzung einzuwirken, zuvorzukommen, der neuen Colonie eine Verfaſſung, wie ſie die ächt brittiſchen Colonieen beſaßen. Die Verfaſſung entſprach, wie überall, der engliſchen; der Gouverneur nahm die Stelle des Königs, ein Vollziehungsrath die Stelle des engliſchen geheimen Rathes, ein Colonialrath, von dem Gouverneur ernannt, die Stelle des Oberhauſes, eine gewählte Verſammlung die des Unterhauſes ein, indem die gegenſeitigen Verhältniſſe und Rechte den Beziehungen der brittiſchen Geſetzgebung entſprachen. — Pitt's Acte traf noch eine andere für die Zukunft der Colonie weſentliche Beſtimmung. Man ſchied das Land in zwei Theile, indem eine Linie vom See S. François längs dem Ottawa-Fluſſe bis zur Hudſons-Bai gezogen wurde (Ober-Canada, Unter-Canada); ein jeder erhielt ſeine eigene Regierung in der angegebenen Weiſe, ſo wie auch ſein eigenes Geſetz; für erſteren ward das engliſche, für den zweiten das franzöſiſche als geltend feſtgeſezt.

Pitt hatte offenbar damals den Zweck vor Augen, den franzöſiſchen Canadiern, welche mit unzweifelhafter Vorliebe an ihren Sitten und Geſetzen hingen, alle Urſache zur Unzufriedenheit in dieſer Hinſicht und alle Beſorgniſſe, die engliſche Bevölkerung werde ſie zulezt verdrängen, in einer Zeit zu benehmen, wo ein großer Krieg vorauszuſehen, und deßhalb jede Veranlaſſung zu entfernen war, welche im Inneren der

brittiſchen Beſitzungen Empörungen hätte veranlaſſen können. Dieſer Zweck iſt auch vollkommen erreicht worden. Nicht allein blieben die canadiſchen Franzoſen allen Bewegungen und Veränderungen des Mutterlandes durchaus fremd, ſondern ergriffen auch nicht im Kriege zwiſchen Amerika und England Partei für die Vereinigten Staaten, obgleich die Truppen derſelben einen Einfall machten und einen Aufſtand gegen England zu erregen ſuchten. Hinſichtlich des erſteren Punktes ſind die Canadier dem jetzigen Frankreich durchaus entfremdet; ſie hegen keine Anhänglichkeit an das ehemalige Mutterland, deſſen Regierung bei ihnen nicht im beſten Andenken ſteht; ſie erweiſen in der Regel eine andere Denkungsart in Betreff der Geſellſchaft und der Kirche; ſie beſitzen kein einziges Intereſſe, welches ſie mit Frankreich verknüpfen könnte. Ihr Zuſtand iſt eigenthümlich und bietet eine Entwickelung des altfranzöſiſchen, wie ſie vielleicht auch im Mutterlande hätte entſtehen können, wenn die Hartnäckigkeit und Beſchränktheit der privilegirten Claſſen keine gewaltſame Erſchütterung hervorgerufen hätte. Das in Frankreich allgemein in der Geſellſchaft herrſchende Princip der Gleichheit iſt nicht vorhanden; die Geiſtlichkeit beſitzt bedeutenden Einfluß; das Lehensrecht iſt in gewiſſer Hinſicht noch vollkommen in Kraft. Der Adel iſt zwar nicht mehr privilegirt und ſeine Familien als alleinige Lehensherren verſchwunden; allein die übriggebliebenen, welche noch Grundbeſitz haben, ſtehen in einer höheren Achtung; das Eigenthum iſt nicht ſehr zertheilt und der größere Theil der

Bauern beſteht in Erbpächtern, welche das alte Verhältniß zum Grundherrn (Seigneurs) durch Abgaben, gewöhnlich in Naturalien bezeugen (Censitaires). Aus Anhänglichkeit an Sitte, Sprache und hergebrachtes Geſetz haben ſich die Franzoſen in Unter=Canada zuſammengedrängt, jenes Verhältniß dem durchaus freien in Ober=Canada zu erwerbenden Grundeigenthum vorgezogen, und in dieſem Theile ſich nur aus ſich ſelbſt vermehrt, denn an neuem Zufluß von Coloniſten aus Frankreich war ſeit 1759 nicht mehr zu denken. Uebrigens war den Franzoſen ein größerer Raum zur Coloniſation geboten, wie den Engländern in Ober=Canada; das Gebiet der Franzoſen beträgt 11 Millionen Acker, das der Engländer nur 7.

Durch dieſe Verhältniſſe hat ſich die Nationalität der Franzoſen erhalten; haben die Canadier mit den jetzigen Franzoſen in Betreff des Staates, der Geſetze und der geſellſchaftlichen Einrichtungen wenig mehr gemein, ſo iſt ihnen dagegen die Sprache und der Volkscharakter verblieben. Der Canadier iſt geſellig, leicht aufzuregen und muthig. — Die engliſche Bevölkerung lebt in Unter=Canada größerentheils in den Städten von den Franzoſen geſchieden als handel= und gewerbtreibend; beide Theile ſind durch Sitte, Sprache und Parteigeſinnung von einander getrennt; nur in neueſter Zeit iſt in lezterer Hinſicht aus den Fehlern des Mutterlandes in Betreff der Regierung einige Annäherung hervorgegangen.

Im anderen Theile Canada's, worin übrigens bei der Eroberung ſich kaum tauſend Franzoſen vorfanden,

iſt das Verhältniß ein entgegengeſeztes. Offenbar in Rückſicht auf jenen Umſtand wählte Pitt dies Land, als ausſchließlich für die engliſche Coloniſation beſtimmt, welche ſich dort abgeſondert ausgedehnt und nach engliſchen Verhältniſſen organiſirt hat. Die Coloniſten beſtehen theils aus Abkömmlingen der alten amerikaniſchen Loyaliſten, denen die engliſche Regierung nach Vertreibung derſelben aus den Vereinigten Staaten in Canada Land ertheilte, theils aus entlaſſenen Soldaten und Offizieren des franzöſiſchen Krieges, theils auch aus eingewanderten Bauern, Handwerkern u. ſ. w., weniger Engländern, der Mehrzahl nach Schotten und Iren. Schon hiedurch wurden die Parteien des Mutterlandes nach der Colonie übertragen; in den beiden erſteren fand ſich das toryſtiſche, in den beiden lezteren das radikale Element. Von eigentlichem Whiggismus war und iſt wenig oder gar nicht die Rede.

Wie erwähnt, haben die franzöſiſchen Canadier alle Urſache, ſich über die engliſche Eroberung Glück zu wünſchen, und die erſten Generationen dieß auch allgemein anerkannt. Die alten Tory-Verwaltungen haben aber genug Veranlaſſung zu Beſchwerden gegeben, und eine eben ſo ſchlechte Regierung geführt, wie im Mutterlande; in Unter-Canada wenigſtens herrſchte in den erſten Jahrzehenten dieſes Jahrhunderts eine Wirthſchaft, wie ſie in keiner urſprünglich engliſchen und an die Formen des Mutterlandes gewöhnten Colonie möglich geweſen wäre. Bekanntlich galten die Colonieen der alten Tory-Ariſtokratie als ein Mittel, ihre nachgeborenen Söhne in Aemtern zu verſorgen, ein

Verfahren, welches zwar auch jezt noch ſtattfindet, jedoch noch lange nicht in dem Maße, wie vor 30 Jahren nach dem Schluſſe des Krieges. Eine unverhältnißmäßig große Menge von Beamten, ohne Vermögen, ohne Zuſammenhang mit dem Volke, aus toryſtiſchen Familien hinübergeſandt, ein Schwarm, welcher ohne Kenntniß des Landes und des Volkes die Geſchäfte vermehrte, kurz eine weitverzweigte Bureaukratie bildete ein Uebel, welches wenigſtens die Engländer noch ärger als Willkür haſſen, und welches nur in einer Colonie möglich war, deren Einwohner an eine Militärregierung früher gewöhnt, ſich in den Formen einer Verfaſſung nicht gleich anfangs zurecht zu finden verſtanden. Die Sache wurde noch ſchlimmer durch den Umſtand, daß der geſetzgebende, wie der Vollziehungsrath aus ihnen zuſammengeſezt wurde. In den engliſchen Colonieen iſt es ſonſt gewöhnlich, daß erſterer aus den angeſehenſten Grundbeſitzern und den reichſten Einwohnern der Städte, mit Zuziehung nur einiger und der höchſten Beamten (des Commandos der Truppen, der Richter u. ſ. w.) beſteht, ſo daß einige Analogie mit dem Oberhauſe bewirkt wird. In Canada wurde gänzlich von dieſer Form abgeſehen, indem die Colonialregierung den Einfluß der Franzoſen zurückzuhalten ſuchte. Jene Corruption und Verſchleuderung des Staatsvermögens, welche für die alten Tory-Regierungen charakteriſtiſch iſt, galt für Unter-Canada in um ſo höherem Grade, da nicht alle Einkünfte der Controlle des Verſammlungshauſes unterworfen waren. Diejenigen Abgaben, welche vor 1791

beſtanden, waren nämlich davon ausgenommen, ein Verfahren, welches zwar früher auch bei einzelnen Zweigen des Staatseinkommens hinſichtlich Englands einige Analogie fand, jedoch dem Weſen der Verfaſſung widerſprach. — Die Corruption der Verwaltung erſtreckte ſich ebenfalls auf die Richter; einerſeits boten ſich dieſelben in einzelnen Fällen als Werkzeug für willkürliche Handlungen des Gouverneurs, andrerſeits waren ſie ſogar der Beſtechung in Privatangelegenheiten zugänglich.

Die Beſchwerden der Canadier waren ſomit nicht ohne Begründung, und betrafen der Hauptſache nach allein die Gleichſtellung mit den andern Colonieen, welche eine Verfaſſung beſitzen. Ein Colonialrath, aus abhängigen Beamten ohne Zuziehung der angeſehenen Grundbeſitzer iſt der engliſchen Verfaſſung eben ſo widerſtrebend, wie ein wählbares Oberhaus. Die Verantwortlichkeit pflichtwidriger Richter und Beamten beſtand nur auf dem Papiere, ſo lange der geſetzgebende Rath, welchem das Urtheil nach der Anklage anheimfiel, allein aus den Mitgliedern einer Bureaukratie zuſammengeſezt wurde, die in feindlicher Stellung gegen das Volk, durch gemeinſames Intereſſe zur Erhaltung von Mißbräuchen unter einander verknüpft, natürlich eine jede Gelegenheit vermieden, an Verhältniſſen zu rütteln, worauf ihr Anſehen, ihre Gewalt und ihr Einkommen beruhete. Die geheime Verwendung eines großen Theils vom öffentlichen Einkommen bot ebenfalls eine gerechte Beſchwerde; dieß Verfahren widerſtrebt dem engliſchen Staatsrecht, und

war einmal eine Verfaſſung ertheilt und in Kraft getreten, ſo bot ſich dadurch eine Unbilligkeit, daß man ein weſentliches Recht derſelben vorenthielt. — Andere Beſchwerden geringerer Art kamen hinzu; z. B. die canadiſchen, der Controlle des Verſammlungshauſes nicht unterworfenen, Einkünfte wurden zum Theil von Leuten bezogen, die außerhalb der Colonie wohnten, obgleich durch ein Statut Georg's III. beſtimmt worden iſt, daß die Einkünfte einer Colonie nur auf die innere Verwaltung derſelben verwandt werden ſollen; die Veräußerung der Kronländereien geſchah nach einem corrupten und zum Vortheil Einzelner gereichenden Syſtem, welches zwar nicht für Canada allein geltend war, und erſt jezt, wie es ſcheint, allgemein verändert werden wird, welches aber für Canada beſonders drückend ſich zeigte, da zu den gewöhnlichen von der Verwaltung abhängigen Mißbräuchen, das Monopol einer Handelsgeſellſchaft in Veräußerung derſelben hinzukam; die ariſtokratiſche Hochkirche war unverhältnißmäßig bedacht, indem ihr ein Siebentheil der Ländereien zum Unterhalte ertheilt worden war, während die katholiſche Bevölkerung vier Fünftel betrug. Jenes ſchon oft erwähnte Verfahren der Hochkirche und der alten Tory-Regierungen, andere Confeſſionen zu ignoriren, hatte auch gewiſſermaßen in Unter-Canada ſtattgefunden. Der anglikaniſche Biſchof war nämlich in den geſetzgebenden Rath berufen worden, und der katholiſche übergangen.

Die Oppoſition gegen die erwähnte Beamtenwirthſchaft begann zuerſt im Jahre 1816 von Seiten des

Verſammlungshauſes, nachdem ſie lange zuvor im Volke und auch ſeit 1810 in der Preſſe geherrſcht hatte. Zugleich zeigte ſich übrigens die geringe Wirkſamkeit, welche der Colonialverſammlung einem in jener Art zuſammengeſezten Oberhauſe gegenüber möglich war. Das Verſammlungshaus wollte zwei Richter der Beſtechung anklagen, und hatte vollkommen überzeugende Beweiſe in Händen. Der geſetzgebende Rath weigerte ſich dennoch, dieſelbe anzunehmen; die Colonialverſammlung ward aufgelöst; allein die Beſtechung war ſo offenbar, daß ſogar Caſtlereagh's Miniſterium die Richter abberief. Jene Zuſammenſetzung des geſetzgebenden Rathes bewirkte ſchon damals ein Verlangen des anderen, welches zwar auf dem Verhältniſſe als nicht unbegründet beruhete, jedoch der engliſchen Verfaſſung widerſtrebte; das Verſammlungshaus verlangte das Recht, ſelbſt über angeklagte Beamte zu richten, und ſomit eine Behörde zu bilden, welche Richter und Kläger vereinigte. Die erwähnten Finanzſtreitigkeiten kamen hinzu. Damals hätte die engliſche Regierung jene Streitigkeiten durch die Aufnahme von franzöſiſchen Canadiern in den geſetzgebenden Rath und durch eine Maßregel leicht beſchwichtigen können, nach welcher ein Theil der uncontrollirten Einkünfte dem Verſammlungshauſe überwieſen wurde. Beides unterblieb; Lezteres offenbar aus dem Grunde, um die Bekanntwerdung der Verſchleuderungen von Staatsgeldern zu vermeiden. In der Zeit von 20 Jahren iſt die Erbitterung und die gegenſeitige Gereiztheit bis zu ſolchem Grade geſtiegen,

daß ein theilweiſes Nachgeben, wie das genannte, zu Nichts mehr helfen konnte. Uebrigens wurden nach 1816 auch die engliſchen Einwohner in Unter=Canada über jenes Verhältniß unzufrieden. Von dieſer Zeit an fielen die Wahlen derſelben eben ſo wie die der Franzoſen im Sinne der Oppoſition aus. An der Spitze derſelben ſtand Papineau, ein Advokat aus Montreal, ein Mann von Gewandtheit in der Rede und geſchickt, eine Verſammlung aufzuregen, aber wie er es ſpäter erwies, ohne Entſchloſſenheit im Handeln, eher unbedacht, wie kühn, und ſomit zum eigentlichen Volksführer auch nicht geeignet.

Als die Finanzſtreitigkeiten immer heftiger wurden, kam noch ein Umſtand hinzu, um die Erbärmlichkeit der Bureaukratie und des Colonial=Oberhauſes darzulegen. Das Verſammlungshaus hatte die Provinzial=Revenue (die nach 1791 gewöhnlichen Steuerbewilligungen) endlich verweigert, wenn ihm die ſtändigen Kronrevenüen (die vor 1791 beſtehenden Steuern) nicht zur Controlle vorgelegt würden. Bei der Nichtbezahlung der Steuern ergab ſich natürlich ein Ausfall; der Gouverneur Dalhouſie ſezte das Haus davon in Kenntniß, legte den Stand des Budgets vor, aber erklärte zugleich, daß der Generaleinnehmer für 40,000 Pfund nicht verantwortlich ſey. Somit war die Verſchleuderung offenbar; die Sachen kamen auf den Punkt, worin die Einwirkung des Mutterlandes nothwendig wurde. Die Geſchäfte ſtanden ſtill; der Gouverneur und der Colonialrath befanden ſich gegen das Verſammlungshaus in ſolcher Stellung, daß Keiner dem

Anderen nachgab, und daß allein Schritte der höchſten Erbitterung von beiden Seiten geſchahen. Das Verſammlungshaus wollte eine Anklage wegen Unterſchleifs gegen den Generaleinnehmer beginnen, der andere Theil der Geſetzgebung, welcher den Raub getheilt hatte, nicht darauf eingehen.

In England ſelbſt hatte man ſich um die Angelegenheiten Canada's nicht viel bekümmert, und wirklich auch erſt ſeit 1837 ein lebhafteres Intereſſe im eigentlichen Worte daran genommen. Die Wichtigkeit Canada's beruhet nämlich eher auf der Lage an den Grenzen der Vereinigten Staaten, auf dem Umſtande, daß dieſes Land einen immerwährenden Ausfluß für Coloniſten aus dem Mutterlande bietet, und wahrſcheinlich in nicht ſehr ferner Zukunft eine blühende Colonie bilden wird, wie auf dem gegenwärtigen Zuſtande. Canada iſt noch nicht ſo reich und bevölkert, daß die engliſchen Manufakturen dorthin einen ſehr bemerkbaren Abſatz ihrer Produktion (wie z. B. nach den Vereinigten Staaten, nach Oſtindien u. ſ. w.) finden könnten; der Pelzhandel, welcher unter franzöſiſcher Herrſchaft und überhaupt während des vorigen Jahrhunderts ſehr bedeutend war, hat in neueſter Zeit bei dem allmäligen Verſchwinden der Indier und der Ausdehnung des Ackerbaues ſehr abgenommen; Canada liefert zwar günſtige Umſtände zum Bau von Flotten, jedoch dieſer Vortheil iſt nicht ſo bedeutend, daß dieß Land einen beſondern Werth deßhalb beſitzen ſollte. Für die Gegenwart iſt ſogar das wüſte und ſchlecht angebaute Newfoundland wegen der dortigen Fiſchereien

und als Matroſenſchule bei weitem wichtiger. Außerdem kam noch ein Handelsverhältniß hinzu, worüber die Britten ſich nicht mit Unrecht ärgerten, und welches erſt 1842 durch Sir Robert Peel entfernt iſt. Die Canadier beſaßen nämlich gewiſſermaßen ein Monopol auf Schiffbauholz, indem alles aus dem nördlichen Europa in England eingeführte Bauholz, welches beſſer und für die Engländer wohlfeiler iſt, wie das canadiſche, zu Gunſten der Lezteren unverhältnißmäßig hoch beſteuert war. Wo ein ſolches Verhältniß ſtattfindet, pflegen die Britten zu einer Colonie kein beſonderes Mitgefühl zu hegen. Es fand ſich dieſelbe Veranlaſſung zum Mißvergnügen, welche früher bei Gelegenheit der Zuckerbeſitzungen erwähnt wurde. — Die Engländer nahmen ſomit an Canada nicht viel Antheil, welches höchſtens als Verſorgungsanſtalt für nachgeborene Söhne der Ariſtokratie und Günſtlinge der Regierung diente, aber ihren Handelsſtädten nicht viel einbrachte. — Die Tory-Partei und überhaupt diejenige Claſſe, welche bei Erhaltung der Korngeſetze intereſſirt iſt, war noch aus anderem Grunde gegen Canada eingenommen. Die Korn producirenden Colonieen litten darunter eben ſo ſehr, wie der Handel überhaupt; beſonders in Canada, wo der Ackerbau überwiegend iſt, wurde wenigſtens eine Beſchränkung zu Gunſten der überſeeiſchen Beſitzungen verlangt.

Aus dieſen Verhältniſſen iſt die geringe Theilnahme zu erklären, welche die Canadier in England fanden. Man ſchien anfangs die Verhältniſſe gar nicht zu kennen; 1821 ſchien die Regierung die Wiedervereinigung

beider Canada's in eine Colonie für das beſte Mittel der Beruhigung zu halten, als ob die Verſchiedenheit der beiden Nationalitäten die einzige Urſache zu der beſtehenden Unzufriedenheit ſey; man hoffte, das Uebertragen des Engliſchen werde den ferneren Zwieſpalt verhindern. Im Unterhauſe war bereits der Antrag geſtellt. Man ſchmähete auf Pitt's Maßregel, als ob dadurch die Verſchiedenheit der Intereſſen geſchaffen ſey, während dieſelbe nur als die Anerkennung eines beſtehenden Verhältniſſes gelten konnte, deſſen Entfernung eine Unmöglichkeit bot. Als der Plan in Canada bekannt wurde, entſtand dort eine ſolche Aufregung in beiden Theilen des Landes, daß die Regierung die Sache fallen ließ. Endlich wurde man nach der erwähnten ärgerlichen Angelegenheit des Gouverneurs Dalhouſie in England gezwungen, die Lage der Colonie genauer zu unterſuchen. Huskiſſon, damals im Miniſterium, bekanntlich zwiſchen Tories und Whigs, nach Art Canning's, ſchwankend, nahm ſich der Sache an; die oben erwähnten Beſchwerden wurden ohnedem in einer langen Petition der Canadier dem Unterhauſe weitläufig dargelegt. Huskiſſon trug während der Seſſion von 1828 auf die Niederſetzung eines Ausſchuſſes zur Unterſuchung der canadiſchen Angelegenheiten an, und deſſen Bericht erklärte wirklich die Klagen der Canadier in ſo fern als gegründet, wie von der ſchlechten Verwaltung der Colonie die Rede ſey. Die Zuſammenſetzung des geſetzgebenden Rathes ward als unzweckmäßig, und die Berufung einer Anzahl franzöſiſcher Canadier in denſelben als

nothwendig bezeichnet. Hinſichtlich der Finanzſtreitigkeit wurde vorgeſchlagen, die ſtändigen Kroneinkünfte dem Verſammlungshauſe unter der Bedingung zur Verfügung zu ſtellen, daß eine ſtändige Civilliſte von demſelben bewilligt werde. Dieſe Vorſchläge hätten damals, angenommen und durchgeführt, die Colonie offenbar beruhigt. Das leztere Mittel war zwar nur eine Ausgleichung von ſolcher Art, welche auf der einen Seite wieder nimmt, was ſie auf der andern gegeben hat, indem die unverkürzten Beſoldungen der Bureaukratie von den uncontrollirten Einkünften auf die uncontrollirte Civilliſte übertragen werden ſollten; damals war jedoch noch nicht die Zeit, worin man in England durchgreifende Reformen gegen den Willen der Tory=Partei hätte erzwingen können. Allein es geſchah weiter Nichts, als daß der compromittirte und verhaßte Gouverneur abberufen wurde. Huskiſſon wurde aus dem Miniſterium entlaſſen, es kam die reine Tory=Regierung Wellington's und Peel's, von welcher ſich anfangs gar keine Reform erwarten ließ. Bald darauf änderte ſich aber das Verhältniß, die katholiſche Emancipation erfolgte, und endlich kam die Aufregung von 1830 und mit ihr die Reform.

Somit faßten die Canadier nach jenem Commiſſionsbericht wieder Hoffnung; das Verſammlungshaus drang in der Erwartung von Zugeſtändniſſen Englands nicht auf die ſchnelle Abhülfe, legte der Regierung des Gouverneurs keine Hinderniſſe in den Weg, und votirte die Geldbewilligungen für Rückſtände und laufende Ausgaben. Von einem Whig=Miniſterium ließ

ſich ohnedem damals erwarten, daß es nicht mit halben und ungenügenden, ſondern mit durchgreifenden Maßregeln kommen würde, welche eine dauernde Beruhigung des Landes zur Folge haben müßten. Endlich kam die verheißene Reform im Jahre 1832, und zwar in ſo ungenügender Weiſe, daß die ganze Colonie enttäuſcht und erbittert wurde. Die Finanzſtreitigkeit war gänzlich übergangen, die Veränderung betraf allein die Zuſammenſetzung des geſetzgebenden Rathes. Es wurden daraus nur die Richter entfernt und nur 11 Canadier in denſelben aufgenommen, ſo daß die franzöſiſche populäre Partei eben ſo in der Minderheit blieb, wie früher. Die Whigs ſezten ſich hierdurch nicht unverdient dem Vorwurf aus, daß ſie die früheren Verhältniſſe zur Verſorgung ihrer Vettern eben ſo benutzen wollten, wie die Tories. In der Colonie wurde ſeitdem eine gereizte Stimmung vorherrſchend, welche mit jeder Seſſion des Verſammlungshauſes höher ſtieg. Der reizbare franzöſiſche Charakter wurde mit jedem Jahre zur höheren Erbitterung geſchraubt; die Nähe Amerika's und der Einfluß der dortigen demokratiſchen Bevölkerung trug dazu bei, die Gemüther zu erhitzen; bald kam es in Canada zu Schritten, welche die Geſetzgebung Großbrittanniens allerdings nicht gut heißen konnte.

Zuerſt erließ die Colonialverſammlung an die königliche Regierung eine Adreſſe, worin verlangt wurde, die Mitglieder des geſetzgebenden Rathes von der Wahl des Volkes abhängig zu machen. Dieſer Beſchluß iſt nach der Erbitterung, welche man ſchon lange gegen

das Colonialoberhaus hegte, leicht erklärlich; indeß eine ſolche, der nordamerikaniſchen Verfaſſung nachgebildete, Inſtitution iſt mit der engliſchen Verfaſſung unverträglich, und mußte ſowohl von der Regierung wie von der Geſetzgebung und ſelbſt von der Mehrheit des engliſchen Volkes entſchieden zurückgewieſen werden. Sie iſt ohnedem mit den Verfaſſungen der übrigen Colonieen nicht übereinſtimmend, nur mit Ausnahme einer einzigen (Honduras), die wegen der Entſtehung und des ganzen Verhältniſſes mit den andern nicht zu vergleichen iſt. Stanley, damals Colonialminiſter, gab eine harte Antwort, und das ganze Verlangen der Canadier diente nicht dazu, die Zuneigung der Britten zu erwerben. Nur unterließ das brittiſche Miniſterium Maßregeln, welche den Zwiſt hätten beilegen können. Eine ausgedehntere Ernennung von Canadiern in das Colonialoberhaus und eine Ueberweiſung der Kroneinkünfte an die Verſammlung hätten damals allen Zwieſpalt beigelegt; ohnedem war noch zu erwarten, daß Jene die Einkünfte der Beamten vermindern, aber nicht auch bei Einzelnen abſchaffen würden, wodurch allein die Bureaukratie hätte verlieren können, ein Stand, aus welchem ſich die Engländer ſonſt nicht viel zu machen pflegen. Jedoch dieß unterblieb. Das Einzige, welches von der Regierung geſchah, war die oben erwähnte Niederſetzung einer Commiſſion (1834), welche die Verhältniſſe an Ort und Stelle unterſuchen ſollte. Dabei wurde jedoch ausdrücklich der Bericht der Commiſſion von 1828 zum Grunde gelegt, welcher ſeit 5 Jahren

in Vergeſſenheit gerathen war. Mittlerweile waren die Verhältniſſe in Canada nur noch ſchlimmer geworden. 1833 hatte das Verſammlungshaus zwar ein Budget bewilligt, jedoch ſchon in ſolcher Weiſe, daß der Gouverneur daſſelbe vom geſetzgebenden Rathe verwerfen ließ; 1835 geſchah daſſelbe. Somit konnten die Beamten nicht mehr bezahlt werden; die Staatscaſſe war ſo leer, daß die Sheriffs Geld vorſchießen mußten, um die Verhafteten in den öffentlichen Gefängniſſen zu ernähren.

Unter dieſen Umſtänden kam die Commiſſion und machte die Sache noch ſchlimmer. Sie beſtand aus zwei Mitgliedern und einem Gouverneur, Lord Gosford, auf den man in England ſehr große Hoffnungen hegte, weil er liberal und als ein Mann bekannt war, welcher das Zugeſtändniß billiger Forderungen der Regierung anempfahl. Allein ſeine Inſtructionen waren leider nicht von ſolcher Art, daß er ſchnell und entſchieden helfen konnte. Wie es ſchien, hatte er die Angelegenheiten der Colonie, wie die meiſten Britten, nicht zur Genüge vor ſeiner Landung gekannt. Bei der Eröffnung des Verſammlungshauſes konnte er allein das Aufgeben der Kronrevenüen unter der Bedingung zugeſtehen, daß eine ſtändige Civilliſte bewilligt würde; kurzum, er brachte ein ſogenanntes Ausgleichungsmittel, welches auf der einen Seite wieder nahm, was es gegeben hatte, und darauf berechnet war, die Gehalte der verhaßten Beamten zu ſichern. — Eine andere, England noch mehr verletzende Frage, die Wählbarkeit des Colonial-Oberhauſes, kam

hinzu. Die alte Frage aber, das Recht des Mutterlandes, ſich in die inneren Angelegenheiten der Colonie einzumiſchen, dieſelbe, welche früher die Unabhängigkeitserklärung der Vereinigten Staaten veranlaßt hatte, wurde wieder angeregt. Papineau, Nelſon und andere Parteiführer behaupteten, England habe kein Recht, eine Commiſſion zur Unterſuchung des inneren Zuſtandes von Canada herüber zu ſchicken und darnach zu beſchließen. Die Canadier wieſen ſomit ein Recht zurück, welches England niemals aufgegeben hat und niemals aufgeben wird, ſo lange es mächtig und reich iſt; ſie reizten ſomit die brittiſche Nation auf ſolche Weiſe, daß ſie kein beſonderes Mitgefühl derſelben ſpäter erwarten konnten.

Während in Unter-Canada auf dieſe Weiſe die Aufgereiztheit und Erbitterung immer ſtieg, entſtand auch durch Rückwirkung in dem brittiſchen Theile eine nicht geringe Aufregung. Die Verhältniſſe der dortigen Bevölkerung ſind erwähnt worden; neben einer nicht unbedeutenden Partei von Conſervativen beſtand eine noch ſtärkere radikale; leztere, größeren Theils ſchottiſche Reformirte und iriſche Katholiken, war um ſo unzufriedener wegen des beſtehenden Verhältniſſes der Hochkirche. Die alten Tory-Regierungen hatten nämlich für die ariſtokratiſche Kirche in derſelben Weiſe geſorgt, wie im Mutterlande; bei jedem Ländereiverkauf und bei jeder Errichtung eines Stadtgebietes (township) waren für die Hochkirche Ländereien zurückbehalten worden, gewöhnlich die beſten. Die andern Confeſſionen wurden ignorirt. Dieß Verhältniß war,

abgeſehen von der Beleidigung, welche den Reformirten und Katholiken dadurch geboten war, den Coloniſten um ſo unangenehmer, da ſie im Anbau des Landes durch die Unveräußerlichkeit der Kirchenländereien vielfach gehindert wurden. Ferner kamen Klagen über das ausgedehnte Syſtem der Gönnerſchaft, über einige von der Krone zurückgehaltene Revenüen, über ein ſchlechtes Verfahren bei Veräußerung der Kronländereien, indem dieſelbe ſich auch hier in den Händen einer Compagnie als Monopol befand, kurzum mehrere Beſchwerden hinzu, die freilich theilweiſe (wie das Verhältniß des Colonial-Oberhauſes) nicht in dem Grade vorhanden waren, wie in Unter-Canada, jedoch zur Genüge beſchwerlich fielen, um eine etwas bittere Oppoſition zu veranlaſſen, welche übrigens niemals die Stärke der andern erreichte. Durch Rückwirkung der Verhältniſſe in Unter-Canada wurde leztere 1834 ſtark genug, um dem Gouverneur Troz bieten zu können. Die Whig-Regierung half ſich damit, daß ſie den bisherigen Gouverneur zurückberief, und den neuen, Sir Francis Head, unglücklicherweiſe einen hitzigen und, ungeachtet des Whiggismus, gewaltthätigen Mann nach Ober-Canada zugleich mit Lord Gosford ſchickte. Lord Gosford ſuchte zu beſchwichtigen und hielt ſeine Inſtructionen geheim; Sir Francis Head dagegen beleidigte die Oppoſition und war unbeſonnen genug, von Inſtructionen zu ſprechen, aus welchen die Abſicht der Regierung hervorging, im Nothfall ſich über die Beſchlüſſe der Colonialverſammlung hinſichtlich des Budgets hinwegzuſetzen.

Die Kunde von den Erklärungen des Sir Francis Head ſchürte die Flamme in Unter-Canada noch heftiger an. Am 26. Februar 1836 faßte das Verſammlungshaus den Beſchluß: das Budget nur für 6 Monate zu verwilligen, innerhalb dieſer Zeit ſolle die engliſche Regierung die Wählbarkeit des Colonial-Oberhauſes und die Verantwortlichkeit des Vollziehungsrathes bewilligen; ſonſt komme keine Verwilligung der ſtändigen Civilliſte zu Stande. In der nächſten Seſſion beharrte das Haus bei demſelben Beſchluſſe, oder verweigerte vielmehr die Steuererhebung geradezu. Es war ohnedem kein Zweifel mehr vorhanden, daß eine Partei in Canada vorhanden ſey, welche die Errichtung einer unabhängigen Republik nach Art der nordamerikaniſchen beabſichtigte. Wenn auch in den Verſammlungshäuſern der Colonie nicht die Rede davon war, ſo ſprach ſich jezt die Preſſe unverholen aus. Die lange Zögerung, gerechten Beſchwerden abzuhelfen, die Einwirkung der benachbarten Vereinigten Staaten hatte der Partei eine nicht unbedeutende Ausdehnung ertheilt. Somit aber kam eine dritte Beſtrebung der Canadier hinzu, welche nicht geeignet war, in England irgend ein Mitgefühl für ihre Sache zu erwecken.

Lord Gosford half ſich mit einer Auflöſung der Colonialverſammlung. Die Sache war aber bereits ſo auf die Spitze getrieben, daß die Geſetzgebung des Mutterlandes einſchreiten mußte. Lord John Ruſſel legte am 6. März 1837 demgemäß 10 Reſolutionen vor, deren Hauptinhalt war, die Forderungen der Canadier zurückzuweiſen, einigen kleineren Beſchwerden

abzuhelfen, und den Gouverneur zu ermächtigen, daß er zur Deckung der Staatsausgaben 147,000 Pfund aus anderweitigen Einkünften, wie die Kroneinkünfte, bewillige, d. h. daß er Abgaben ohne Bewilligung der Colonialverſammlung erhebe. Dieß war eine factiſche Umſtoßung der Verfaſſung, die man von einem liberalen Miniſterium nicht hätte erwarten ſollen. Die drei genannten Beſtrebungen nahmen alle Köpfe der Engländer ein und bewirkten gegen die Canadier eine Abneigung unter der Nation, die hin und wieder ſogar der aufgeregten Erbitterung gleich kam. Sogar einzelne Radikale (Robinſon) ergriffen gegen die Canadier Partei; das Verlangen eines wählbaren Oberhauſes, der Wille, dem Parlamente das Recht abzuſprechen, die inneren Angelegenheiten der Colonieen wenigſtens beaufſichtigend zu leiten, die Abſicht der Unabhängigkeitserklärung ſtimmten die Anſichten der Parlamentsglieder zum Nachtheil der Canadier. Es wurde ſogar die Meinung vorherrſchend, nur einzelne Unruheſtifter und Schreier hätten den Lärm angeregt, eine Meinung, über die man in einem durch politiſche Erfahrung ausgebildeten Volke, wie die Engländer, erſtaunen muß. Der erklärte Sachwalter der Colonie, Roebuck, ſuchte vergeblich an das Unrecht zu erinnern, welches die Canadier erlitten hätten und an die bisherige Läſſigkeit der Regierung wie des Parlaments, demſelben abzuhelfen, wodurch eben die Erbitterung und jene Schritte hervorgerufen und ſomit zu entſchuldigen ſeyen. Die Miniſter ſiegten beinahe mit der Stimmenzahl des ganzen Hauſes. Der Tod

Wilhelm's IV. verhinderte übrigens die Einbringung einer Bill; allein für die Seſſion von 1838 ließ ſich die Wiederholung des Verfahrens von Seiten der Miniſter erwarten.

Natürlich ward in Canada die Erbitterung allgemein, als die Nachricht von Ruſſel's Reſolutionen dort anlangte. Auf verſchiedenen Theilen des Landes wurden Verſammlungen gehalten, wobei eine Maſſe von Bewaffneten erſchien. Lord Gosford erließ eine Proclamation, worin er zur Ruhe ermahnte; dieſelbe wurde öffentlich in allen Städten und Dörfern von Volkshaufen zerriſſen und mit Füßen getreten. Am 18. Auguſt wurde das Verſammlungshaus noch einmal eröffnet. Lord Gosford ermahnte es zur Nachgiebigkeit, damit er nicht genöthigt ſey, nach dem wahrſcheinlichen Willen des Parlamentes, Abgaben ohne Bewilligung der Colonialdeputirten zu erheben; das Haus antwortete mit einer Adreſſe, wie ſie nur in den heftigſten Criſen erlaſſen zu werden pflegt; die Reſolutionen ſeyen Verweigerung des offenbarſten Rechtes und Mißbrauch der Gewalt. Das engliſche Parlament bezwecke die Zerſtörung der canadiſchen Conſtitution: phyſiſche Gewalt allein werde dieſen Zweck durchſetzen, allein deren Anwendung könne auch zum Nachtheile des Mutterlandes ausfallen. Von einer Geldbewilligung ſey jezt nicht mehr die Rede; völlige Gewährung der Beſchwerden ſey nothwendig, eben ſo wie eine Zurücknahme der Reſolutionen. Papineau nannte die Eröffnungsrede ein verächtliches Document; die Executiv-Regierung habe ſich durch Infamie

herabgewürdigt; Kühnheit ſey für die Patrioten erforderlich. Kurzum, in der offiziellen Erklärung des Hauſes, wie in den Reden der Mitglieder wurde ziemlich offen mit einer Trennung von England gedroht. Lord Gosford ſuchte vergeblich in der Adreſſe ein Amendement durch die ſchwache Regierungspartei (11 Stimmen) durchzuſetzen, welches Treue gegen die brittiſche Krone und das Verlangen ausſprach, die Verbindung mit dem brittiſchen Reiche zu befeſtigen. — Somit mußte der Gouverneur das Verſammlungshaus auf unbeſtimmte Zeit vertagen, und ſeine Maßregeln für die Erhaltung der Colonie treffen. Er zog Truppen aus den übrigen nordamerikaniſch-engliſchen Colonieen herbei (aus Neu-Braunſchweig, Neu-Schottland und Ober-Canada) und ſchrieb nach Haus, jezt bleibe Nichts übrig, als die Partei Papineau's niederzuwerfen, wenn England nicht ſelbſt unterliegen wolle. Zugleich forderte er ſeine Entlaſſung.

Kaum war das Verſammlungshaus aufgelöst, ſo bereitete ſich die Oppoſition zum Aufſtande. Papineau reiste von Ort zu Ort, um die Volksbewaffnung einzuleiten und eine allgemeine Organiſation der Maſſe durch Vereine zu bilden. In Montreal conſtituirte ſich ganz offen der Centralausſchuß der Bewegungspartei; von dort ergingen Adreſſen an alle amerikaniſchen Colonieen Englands, um ſie zur Theilnahme an der Bewegung aufzufordern; die Deputirten von 6 Grafſchaften traten endlich am 23. October zu S. Charles zuſammen, und beſchworen unter der Präſidentſchaft des Oppoſitionsgliedes Nelſon nach Art

der Nordamerikaner von 1776 eine Erklärung der Menſchenrechte und der Unabhängigkeit. — Uebrigens war die Regierung des Gouverneurs, obgleich noch nicht über genügende Truppen verfügend, doch nicht ohne allen Halt in Bevölkerung. Die Maſſe der engliſchen Canadier hatte ſich zwar ſchon lange zur Oppoſition gehalten und gegen die Regierung gewählt und geſtimmt; ſobald jedoch die Maſſe der Franzoſen die Unabhängigkeit Canada's offen erklärte, traten die Engländer der Mehrzahl nach zurück. Sie mußten befürchten, im Fall des Sieges gänzlich von den Franzoſen erdrückt und verdrängt zu werden. Dieſe Stimmung zeigte ſich bald in den Städten; auf dieſe konnte ſich der Gouverneur vollkommen verlaſſen, während das Land von ihm abfiel. Am 25. October erwies ſich bereits die Obermacht der Engländer in Montreal. Die canadiſchen Franzoſen hielten einen Umzug, wurden aber von den brittiſchen Coloniſten angegriffen und zerſtreut. Nur wenige Engländer begaben ſich zu den inſurgirten Canadiern, beinahe ausſchließlich die Häupter der Oppoſition (Brown, Nelſon u. ſ. w.).

Lord Gosford verſuchte noch immer beſchwichtigende Maßregeln. Er nahm eine größere Anzahl canadiſcher Franzoſen in den geſetzgebenden Rath auf; allein dieſe Maßregel, welche früher die Aufregung geſtillt hätte, kam jezt zu ſpät, als die Beſtrebungen der Unabhängigkeit bereits ausgeſprochen und bei den Franzoſen allgemein war. Der katholiſche Biſchof erließ einen Hirtenbrief, worin er zur Ruhe ermahnte; er ward als ein Verräther an der Volkſache verſchrieen.

Lord Gosford befahl endlich die Verhaftung der Häupter; die mit der Vollziehung beauftragte Reiterabtheilung ward in einem Hohlwege von Bewaffneten angegriffen und geſchlagen. Das Volk ſtand ſchon lange auf beiden Ufern des Lorenz-Stroms unter Waffen. Der Kampf begann.

Zum Glück für England war nicht daran zu denken, daß die Hauptſtädte Montreal und Quebeck durch einen Aufſtand der Einwohner in die Hände der Inſurgenten fielen, denn, wie erwähnt, war die Bevölkerung der Mehrzahl nach Engländer, eher entſchloſſen für die Regierung, wie für die Inſurgenten Partei zu ergreifen. Bekanntlich aber pflegt der Erfolg eines Aufſtandes in einem größeren Lande vom Beſitz der größeren Städte entweder abzuhängen, oder die Inſurrection wenigſtens durch deren Beſitz eine bedeutende moraliſche Kräftigung zu erlangen. In dieſer Hinſicht war England ſicher. Ferner beſaßen die Inſurgenten zum Glück für das Mutterland keine tüchtigen Häupter, wie einſt Nordamerika. Papineau vermogte zwar eine Verſammlung aufzuregen, beſaß aber weder Energie, um in einem Volksaufſtande eine hervorragende Stellung und Leitung zu behaupten, noch auch Muth, um in außergewöhnlichen Umſtänden dem Feinde die Stirne zu bieten. Militäriſche Anführer waren aber gar nicht vorhanden. Die canadiſchen Inſurgenten waren gänzlich ungeordnet und trotz aller Vorbereitungen wenig mit Waffen verſehen; ſie konnten den Engländern die von den Franzoſen ererbte kriegeriſche Tapferkeit allein entgegenſetzen.

Die Hauptquartiere der Independenten waren am linken Ufer des Richelieu-Fluſſes zu S. Denis und S. Charles; in erſterem commandirte Nelſon, in lezterem Brown. Beide Dörfer waren leicht befeſtigt und mit 1600 und 600 Mann beſezt. Sobald die Kunde nach Montreal kam, ſandte der Oberbefehlshaber 5 Compagnieen unter Obriſt Gore und Obriſtlieutenant Wetherell gegen die Inſurgenten; Gore ſtürmte am 23. November S. Denis, ward zurückgeſchlagen und ſeine Truppen flohen in Unordnung; der Anfang war glücklich. Allein unter den Inſurgenten war zu wenig Ordnung, als daß ſie den Vortheil hätten benützen können; die Engländer ſammelten ſich, rückten mit Verſtärkung zum zweiten Mal vor und griffen am 26. November S. Charles an. Dort war Papineau, floh aber beim erſten Schuß und kam erſt in den Vereinigten Staaten wieder zum Vorſchein. Die Canadier aber wehrten ſich hartnäckig 6 Stunden lang und räumten den Ort nicht eher, als bis er durch Artillerie in Brand geſchoſſen war. Alsdann wandten ſich die engliſchen Truppen zum zweiten Mal nach S. Denis, und dießmal mit mehr Glück. Die Einnahme von S. Charles hatte die Canadier entmuthigt; ihr Schwarm, ohne Anführer, zerſtreute ſich in wilder Flucht. Ohne Aufenthalt marſchirte darauf der Oberbefehlshaber Sir John Colbourne mit 3 Regimentern, 6 Kanonen und einer zahlreichen Miliz auf die inſurgirten Diſtricte am linken Ufer des S. Lorenz-Stromes, wo die Independenten ebenfalls in zwei verſchanzten Ortſchaften ihr Hauptquartier

aufgeſchlagen hatten, in den Dörfern S. Euſtache und Grand-Brulé, in denen 1200 Bewaffnete unter zwei canadiſchen Grundbeſitzern, Chenier und Girouard, aufgeſtellt waren. Die Engländer waren bereits ſo übermächtig, daß ſie das erſtere Dorf beinahe umzingeln konnten; ihr Artilleriefeuer ward nicht erwiedert; ſie rückten ein, wurden aber plötzlich aus den Häuſern mit einer mörderiſchen Gewehrſalve empfangen. Der Kampf dauerte zwei Stunden. Die Inſurgenten wichen nicht eher, als bis die Kirche und das Herrenhaus in Brand geſchoſſen waren, verſuchten dann noch fechtend auf dem Kirchhofe Stand zu halten, wurden aber durch die Uebermacht erdrückt. Ihr Anführer Chenier fiel; der Haufe zerſtreute ſich. — Dieß Gefecht, welches übrigens zur Genüge das Uebergewicht der Britten den Canadiern darlegte, entmuthigte dieſelben vollends. In Grand-Brulé wurde kein Widerſtand geleiſtet. Dort ergaben ſich die Inſurgenten auf Discretion. Ihre Anführer flohen; Nelſon ward gefangen, Brown entkam, Girouard erſchoß ſich im Augenblicke der Gefangennehmung.

Dem interimiſtiſchen Gouverneur, Colbourne, gereicht es zum Ruhme, daß er eine größere Milde bewies, wie es ſonſt nach Unterdrückung eines Aufſtandes vom Sieger zu geſchehen pflegt. Das Kriegsrecht war zwar proclamirt, allein Hinrichtungen fanden nicht ſtatt. Alle Gefangene wurden nach Hauſe geſandt; Alle erhielten vollkommene Verzeihung, mit Ausnahme weniger Häupter, die noch auf einige Zeit im Gefängniß blieben; ſogar 20 des Hochverraths

angeklagte Perſonen wurden in Freiheit geſezt. Nur die Milizen begingen einige Ausſchweifungen. Grand-Brulé ward z. B. nach der Uebergabe von ihnen niedergebrannt.

Mittlerweile brach jedoch die Empörung ebenfalls in Ober-Canada aus. Wie erwähnt, hatte der Gouverneur Sir Francis Head die Oppoſitionspartei ſehr gereizt; das Verſammlungshaus verweigerte hierauf in ähnlicher Weiſe das Budget, wie es in Unter-Canada geſchehen war. Allein hier war der Erfolg ein anderer. Wie erwähnt, iſt die Partei der Conſervativen in Ober-Canada nicht ſo ſehr ſchwach; die Gereiztheit, welche im andern Theile des Landes vorherrſchte, und das offene Streben nach Unabhängigkeit bewirkte ja ohnedem, wie bei den Engländern ſogar in Quebeck und Montreal, eine Reaction zu Gunſten Großbrittanniens. Viele Wähler, welche ſich ſonſt zur Oppoſition hielten, ſtimmten jezt für die Regierung; als daher der Gouverneur nach jenem Votum das Verſammlungshaus auflöste, erlangte er zwar eine nicht große, aber ſehr entſchiedene Majorität. In ähnlicher Weiſe war ein großer Theil der Miliz der Regierung zugethan; es ſteht wirklich in Frage, welche Partei auch das materielle Uebergewicht in Ober-Canada für den Anfang haben würde, wenn es zu einem ernſtlichen Bürgerkriege käme. Sir Francis Head unterließ ſeitdem keine Gelegenheit, die Oppoſition zu reizen, und es ſcheint wirklich, daß er den Verſuch eines Aufſtandes nicht ungern ſah, damit er hierdurch Gelegenheit erhielte, den Widerſtand nieder-

zuſchlagen. Er that nämlich gar Nichts, um die Volksaufregung zu vermindern, entſandte die Truppen nach Nieder=Canada, ſogar ſeine eigene Ordonnanzwache, und organiſirte dagegen die Conſervativen unter brittiſchen Offizieren; kurzum ſeine Regierungsmaßregeln gingen darauf hinaus, den Bürgerkrieg durch einen Bürgerkrieg zu unterdrücken, wo alsdann von einer Milde, wie ſie in Unter=Canada geübt wurde, nicht mehr die Rede ſeyn konnte.

Kaum war die Nachricht vom Aufſtande Unter=Canada's nach dem anderen Theile des Landes gelangt, ſo wagte die Independenten=Partei einen Schlag, welcher vielleicht für England mißlich hätte ausfallen können, wenn die dadurch erregte Bewegung nicht ſogleich unterdrückt worden wäre. In Ober=Canada ließ ſich nämlich Hülfe von den Vereinigten Staaten erwarten. Die Union war allerdings mit England im Frieden, allein die Verhältniſſe der Centralregierung und auch der Executivgewalt in den einzelnen Staaten ſind dort nicht von ſolcher Art, daß Vorkehrungen gegen die Verletzung der Neutralität wenigſtens vorher getroffen werden könnten, Vorkehrungen, welche ſogar in europäiſchen Staaten nicht immer zur Genüge wirkſam waren. Ohnedem befindet ſich in der Union eine kühne und kriegeriſche Jugend, thatkräftig durch die politiſchen Verhältniſſe, oft als Jäger und Coloniſten in Urwäldern an jegliche Abhärtung und Entbehrung gewöhnt, durch die Erinnerung an den ſiegreichen Unabhängigkeitskrieg und an den Ruhm von 1812 bis 14 ſowohl zur Kampfluſt, wie zum Haß gegen England

aufgeregt, mit dem Gebrauche der Waffen wohl vertraut, eine Menſchenmaſſe, die auch nicht von einer Regierung, wie es die engliſche iſt, daran verhindert werden könnte, über die Grenze zu gehen und Kriegsdienſte gegen eine fremde Macht zu nehmen. Gelang der Aufſtand, ſo ließ es ſich erwarten, daß Tauſende in der Zeit von wenigen Monaten ſich auf dem inſurgirten Gebiet aus den nördlichen Staaten geſammelt haben würden, eine Truppe, der es an guten Offizieren nicht gefehlt hätte, und welche nicht ſo leicht, wie die franzöſiſchen Canadier, beſiegt worden wären.

England war wiederum glücklich genug, dieſe Gefahr zu entfernen: die Unternehmung der Independenten mißlang noch ſchneller, wie in Unter-Canada. Das bisherige Haupt der Oppoſition, Mackenzie, ſammelte einen Haufen, erſchien zwei Stunden vor Toronto in einer Schenke, zog in der Schnelle ſo viel Bauern und Pächter an ſich, daß ſeine Schaar 3000 Mann betrug, und rückte vor Toronto in der Nacht, um die Stadt zu überrumpeln. Allein die conſervative Miliz war aufgeſtellt, um den Feind zurückzutreiben; der Gouverneur hatte ſolche militäriſche Vorkehrungen getroffen, daß der Sturm als mißlich erſchien. Die Inſurgenten kehrten in ihre Stellung zurück, wurden dort am 8. December von den loyalen Milizen angegriffen und herausgeſchlagen. Leztere ſammelten ſich von allen Seiten; ein anderer Empörungsverſuch im Diſtrikt London wurde ſchnell unterdrückt. Die ſiegenden Milizen überließen ſich allen Ausſchweifungen, welche im Bürgerkriege gewöhnlich zu ſeyn pflegen,

gegen die Perſonen und das Eigenthum der Gegenpartei. Die Erbitterung ward geſteigert.

Zahlreiche Flüchtlinge, unter anderen Mackenzie, entkamen über die Grenze der Vereinigten Staaten nach Buffalo. Sobald Mackenzie anlangte, entſtand dort Aufregung unter den Republikanern, welche natürlich ſowohl wegen ihrer Abneigung gegen England, die einmal in den Vereinigten Staaten bei der Mehrzahl vorherrſcht, wie auch wegen der Parteibeſtrebungen der Flüchtlinge für dieſelbe Sympathie hegten. Unter allgemeiner Aufregung ward eine Verſammlung gehalten und Beiſtand zugeſagt. Ein Zeughaus der Unionsregierung wurde in Buffalo geplündert, einige hundert Nordamerikaner ſammelten ſich zu den Flüchtlingen, drangen wieder auf das engliſche Gebiet und beſezten am 15. December eine Inſel anderthalb Meilen von den Fällen des Niagara, genannt Navy-Island. Alles dieß ging ſo ſchnell vor ſich, daß weder die Centralregierung, noch der Gouverneur von New-York Anſtalten treffen konnte, um die Neutralität mit Gewalt aufrecht zu halten. Truppen waren dort nicht vorhanden, und die Miliz des Staates konnte nicht ſchnell genug zuſammengezogen werden. Der Gouverneur erließ allein eine Proclamation, worin er Ruhe gebot und mit der Strafe der Geſetze drohte. In Folge der Unmöglichkeit, worin ſich die amerikaniſche Regierung befand, eine unvorhergeſehene Neutralitätsverletzung zu verhindern, hat ſich England auch zufrieden geſtellt, um ſo mehr, da die Union ſeitdem mit Kraft an der Grenze einſchritt.

Jezt war das Verhältniß der Inſurgenten ein bei weitem vortheilhafteres, wie früher. Navy-Island iſt der engliſchen Seite zu durch Felſen in ſolcher Weiſe geſchüzt, daß ein Angriff ſchwer auszuführen, eine unverhältnißmäßig große Truppenmacht erfordern würde; die Inſel iſt allein von New-York her zugänglich und auch dort an den Landungsplätzen leicht zu vertheidigen. Wurde ſie behauptet, ſo fand die Inſurrection einen Haltpunkt, der ſchwer zu erobern, ihr ſofort ein Mittel bot, ſich weiter zu verbreiten, wie auch einen ſicheren Zufluchtsort nach der Niederlage. Sir Francis Head wandte auch ſogleich alle verfügbare Macht (4000 Mann) an, ſie wieder zu nehmen, allein die Inſurgenten, anfangs nur 550 Mann, beſaßen eine zu feſte Stellung, und die Engländer wurden allein zur Beobachtung genöthigt oder auf kleine Gefechte beſchränkt. Erſtere mehrten ſich mit jedem Tage; ſie beſaßen bereits 12 gut bediente Kanonen, welche die Engländer in gehöriger Entfernung hielten, und einen mit dem Krieg bekannten Anführer, einen ehemaligen nordamerikaniſchen Offizier Van Renſelaer. Mackenzie ſuchte eine Regierung zu organiſiren und erließ in Nordamerika's Grenzſtaaten Aufrufe, worin er Jedem, welcher für Canada die Waffen trüge, 300 Acres und 100 Dollars zuſagte. Hielt die Inſel ſich längere Zeit, ſo war vorauszuſehen, daß er ein kleines Heer nordamerikaniſcher, durch dieß Verſprechen herbeigelockter Abenteurer beiſammen haben würde, um eine Invaſion zu verſuchen.

Die Erbitterung der Engländer war um ſo größer,

da ſie die Inſel nicht mit Gewalt zu erobern vermogten. Wie erwähnt, beſtand das Heer von Sir Francis Head größeren Theils aus Milizen, die mit aller in Bürgerkriegen gewöhnlichen Aufregung die Independenten und eben ſo die Nordamerikaner haßten, gegen welche, abgeſehen von den kürzlichen Vorfällen, ſchon lange eine große Gereiztheit bei jener Partei herrſchte. Hierauf beruhete eine ſchmähliche Verletzung des Völkerrechts, welche wohl nie von einer disciplinirten Truppe geſchehen wäre; ein Verfahren, welches die Engländer zwar haben beſchönigen wollen, und welches auch vielleicht durch diplomatiſche Verhandlungen ausgeglichen wäre, welches aber, von jeder Seite betrachtet, ein Unrecht bleibt, und in einem demokratiſchen Staate, wie Nordamerika, nicht ſo leicht vergeſſen wird.

Wie erwähnt, war es der nordamerikaniſchen Regierung bei den Verhältniſſen an der Grenze unmöglich, die Neutralität bei unerwarteten Vorfällen ſogleich aufrecht zu halten. Die engliſche Regierung in Canada wäre eben ſo wenig im Stande geweſen, bei einem plötzlich ausbrechenden Bürgerkriege in den Vereinigten Staaten gegen alle Anſammlung von Flüchtlingen, um eine Invaſion zu bewirken, auf der Stelle einzuſchreiten. So lange die Unions-Regierung keine Streitmacht auf der Grenze hatte, konnte deßhalb auch nicht die Communication mit New-York abgeſchnitten werden. Ein Dampfſchiff, Carolina, Privatleuten in Buffalo gehörig, unterhielt dieſelbe regelmäßig, und führte allerdings den Inſurgenten Waffen,

Lebensmittel und Verſtärkung zu. Der engliſche Commandeur, Mac-Nab, beſchloß daſſelbe, wahrſcheinlich durch Milizoffiziere angereizt, um jeden Preis zu vernichten. Die Engländer wagten es, das neutrale Gebiet zu verletzen und auf demſelben einen Mord zu begehen! Das Schiff lag auf nordamerikaniſchem Gebiet vor Anker in der Nacht vom 29. auf den 30. December. Es wurde nicht einmal offen angegriffen, ſondern meuchelmörderiſch überfallen; 5 engliſche Bote legten ſich an daſſelbe, ſteckten es in Brand, lösten die Taue und ließen es ſo den Niagara hinabtreiben. Von der Mannſchaft (33) konnten nur 23 ſich retten; die übrigen fanden mit dem Schiffe ihren Untergang in dem Waſſerfalle.

Ein Schrei der Wuth durchdrang ganz Nordamerika. Die Centralregierung benahm ſich männlich, beſonnen und gerecht. Sie äußerte ihre Entrüſtung, verlangte Gerechtigkeit von Seiten Englands und verfuhr ſelbſt ſtreng nach dem Völkerrecht. Der engliſche Geſandte in Waſhington hatte Klage über den Bruch des Völkerrechtes geführt; der Präſident befahl ſogleich den Marſch einer Truppenabtheilung nach dem Norden, und berief die Milizen. Der General Scot erhielt den Auftrag, in Verbindung mit dem Gouverneur des Staates New-York die ſogenannte Invaſionsarmee Canada's, welche gewiſſermaßen in Nordamerika ausgerüſtet war, zur Niederlegung der Waffen zu zwingen. Die Inſel war, wie erwähnt, für die Engländer im Augenblicke nicht zu nehmen; ſomit geſchah ihnen ein bedeutender Dienſt, als eine Flotille und

eine Truppenmacht der Union die Inſurgenten auf Navy=Island zur Auslieferung ihrer Waffen und zur Räumung der Inſel nöthigte. Die Führer wurden von Nordamerika aus verhaftet und vor Gericht geſtellt. Somit konnte ſich England nicht länger über Verletzung der Neutralität beklagen; leider aber haben die Whig=Miniſter die ſchuldige Genugthuung für die Verletzung des Völkerrechts nicht gewährt. Es iſt ein Grundſatz der engliſchen Regierung, die Schritte ihrer Beamten dem Auslande gegenüber ſo viel wie möglich zu vertreten, beſonders wenn daraus ſich ein Vortheil auf ihrer Seite ergibt. Ob Lezteres übrigens der Fall war, iſt die Frage; die Sache der Carolina bildet den Beginn derjenigen Streitigkeiten, welche England zulezt an den gefährlichſten Krieg, dem es ausgeſezt iſt, zu verwickeln drohten; Streitigkeiten, die zulezt auf eine Weiſe ausgeglichen oder vielmehr beſchwichtigt ſind, worin wohl kein Engländer einen für ſein Vaterland erlangten Nutzen, ſondern eher einen Nachtheil erblicken wird. Der Vorfall hinterließ einen tiefen Groll, der in einem demokratiſchen Staate, wie Nordamerika, wenigſtens auf die Dauer entſcheidend wirkt. An Repreſſalien, die freilich nicht von der Regierung ausgingen, hat es auch nicht gefehlt. Nach einigen Monaten überfielen 50 bewaffnete Amerikaner das brittiſche Dampfboot Sir Robert Peel am Ausfluß des S. Lorenz=Stroms auf dem Ontario=See, zerſtörten daſſelbe und mißhandelten die Paſſagiere. — Später ſuchte ſich die Regierung ſelbſt Genugthuung zu verſchaffen, indem die Exekutivgewalt zu New=York

einen Schotten, welcher an der Verbrennung des Dampfbootes Carolina Theil genommen haben ſollte, auf amerikaniſchem Gebiete verhaften und vor Gericht ſtellen ließ. Es ergab ſich jedoch, daß derſelbe an jener Neutralitätsverletzung oder vielmehr an jenem Verbrechen keinen Antheil gehabt hatte.

Alle dieſe Nachrichten erhielt man ſchnell hinter einander in England. Der Eindruck auf die öffentliche Meinung fiel, wie ſich aus allen erwähnten Verhältniſſen erwarten ließ, beinahe allgemein zum Nachtheil der Canadier aus; ſie fanden wenig oder gar kein Mitgefühl; man hielt ihre Forderung eines wählbaren Oberhauſes und ihre Zurückweiſung der vom Parlament in Anſpruch genommenen Einwirkung auf die inneren Angelegenheiten, ihre Verweigerung des Budgets und endlich ihren Aufſtand zur Erringung der Unabhängigkeit für genügende Rechtfertigungen jeder Anwendung ſtrenger Maßregeln, welche von der Regierung und dem Parlamente erfolgen würden. Die Preſſe war ziemlich einſtimmig. Roebuck verſuchte zwar verſchiedene Mittel, um eine günſtige Stimmung für die Coloniſten zu erwecken, allein vergeblich; eine Verſammlung in London, die er ankündigte, wurde nur wenig beſucht, und zeigte, als ſie zuſammentrat, keine Neigung, irgend eine lebhafte Theilnahme für die empörte Colonie zu äußern. Es läßt ſich nicht leugnen, daß man in England ein ſtrenges Verfahren gegen die Canadier nicht ungern ſah, und die Regierung rechtfertigte, welche eine allerdings ſonſt in England ungewöhnliche Maßregel beſchloß, um ſo mehr,

da die Miniſter zugleich den Beweis gaben, daß ſie die Abhülfe der Beſchwerden wenigſtens beabſichtigten. Als lezterer galt die Ernennung des Grafen Durham zum Generalgouverneur und Generalcapitän aller britiſchen Colonieen in Nordamerika, ſo wie auch zum Commiſſär „zur Beilegung gewiſſer die Provinzen Ober- und Nieder-Canada betreffenden wichtigen Angelegenheiten“. Lord Durham's Parteianſicht, ſo wie ſein ganzes bisheriges Leben bot genügende Bürgſchaft, daß ſeine ganze Wirkſamkeit in Amerika zur Befeſtigung der Volksrechte dienen würde.

Alle ſchwebenden Fragen wurden natürlich bei Wiederaufnahme der Seſſion am 16. Januar durch die Nachricht vom Aufſtande Canada's zurückgedrängt. Lord John Ruſſel verkündigte gleich am erſten Tage den Willen der Regierung, die Verfaſſung Canada's zu ſuspendiren, und trug auf eine Adreſſe des Hauſes an, worin daſſelbe ſeine Mitwirkung bei allen Bemühungen zur Wiederherſtellung der Ruhe erklären würde. Beide Häuſer traten ohne Schwierigkeit den Vorſchlägen der Miniſter bei, und am 17. wurde bereits die Bill über Canada eingebracht. Sie enthielt den Vorſchlag zu einer allgemeinen Amneſtie, ferner zur Ernennung eines Rathes, welcher dem ſonſt unumſchränkten Gouverneur zur Seite ſtehen ſollte, nach derjenigen Form, die in den Colonieen ohne Verfaſſung (den ſogenannten Crown Colonies, z. B. dem Cap, Trinidad u. ſ. w.) ſonſt ſtattfindet; die Suspenſion der canadiſchen Verfaſſung ſollte nur bis zum 1. November 1840 gelten. Lezterer Punkt war dazu

geeignet, den größeren Theil der liberalen Mitglieder zufrieden zu ſtellen, die eine Suspenſion auf unbeſtimmte Zeit eben ſo ungern geſehen hätten, wie eine gänzliche Abſchaffung; einige Radikale zwar erhoben ſich auch gegen die Suspenſion überhaupt, wurden aber kaum beachtet. Sir Robert Peel brachte eine Veränderung in Vorſchlag, die ſich die Miniſter auch gefallen ließen, nämlich eine durchaus unumſchränkte Gewalt des Gouverneurs, alſo die Auslaſſung derjenigen Clauſel, welche die Einſetzung eines Colonialrathes vorſchlug. Sir Robert Peel bemerkte, worin er vielleicht nicht Unrecht hatte, wenn man einmal eine unumſchränkte Gewalt ſtattfinden laſſen wolle, ſo ſey es beſſer, eine Behörde wegzulaſſen, die allein nur eine berathende, aber keine entſcheidende Stimme haben ſollte. Die Sache gebe den Anſchein der Repräſentativregierung, ohne deren Weſen. Es verſtand ſich ohnedem von ſelbſt, daß der Gouverneur ſich mit den Verhältniſſen an Ort und Stelle durch Anhörung aller Parteien bekannt machte, und von Lord Durham ließ ſich dieß erwarten. — Während der Verhandlung ſtellte Grote den Antrag, Roebuck, den bisherigen Vertreter von Canada im Parlamente, welcher jedoch, wie erwähnt, bei der neuen Wahl durchgefallen war, als Sachwalter der Colonie an der Schranke des Hauſes zu vernehmen. Man hatte nichts dawider, eben ſo wenig, wie ſpäter im Oberhauſe. Roebuck erſchien und hielt eine lange Rede über alle Beſchwerden, die Canada von früher her zu machen habe. Man hörte ihn ruhig an, ohne Bezeugungen

des Beifalls oder der Mißbilligung. Roebuck ſelbſt erreichte keinen andern Zweck, als daß man ſich in ganz England mit den Beſchwerden der Canadier noch einmal bekannt machte, und bei dieſer Gelegenheit dieſelben auch genauer beachtete. — Während der Verhandlung gaben übrigens die Miniſter zu verſchiedenen Malen beſtimmte Verſicherungen, Blut werde nicht vergoſſen, überall Milde geübt werden, eine Verheißung, die auch für dießmal von Seiten der Regierung ſtrenge erfüllt wurde.

Schließlich mag noch in Betreff der canadiſchen Angelegenheit, ſoweit ſie damals gedieh, die Bemerkung hinzugefügt werden, daß wenigſtens eine Thatſache als unleugbar in Betreff der Canadier ſich daraus ergab, die Gefahr, welche England von dieſer Seite her drohet, ſobald ein Krieg mit der Union ausbrechen ſollte. Ein nordamerikaniſches Heer würde nicht wieder, wie während des Unabhängigkeitskampfes und nach 1812, durch die Mehrzahl der Canadier ſelbſt bekämpft werden, ſondern in der Bevölkerung Beiſtand und Zuwachs erhalten; ein Feldzug mit einem nordamerikaniſchen Heere ausgeführt, würde der Inſurrection einen ganz anderen Haltpunkt ertheilen, wie dieſe im December 1837 beſaß; nordamerikaniſche Offiziere und Staatsmänner würden den Canadiern ganz andere Häupter geben, wie dieſe damals aufwieſen; kurzum ein gefährlicher und hartnäckiger Kampf ließe ſich in Canada für Großbrittannien vorausſehen. Lezteres ſcheint ſich auf die Stärke der engliſchen Partei in Betreff Ober-Canada's zu verlaſſen, allein die Partei

der Loyalen war auch während des Unabhängigkeitskrieges wenigſtens im Süden der Vereinigten Staaten ſehr bedeutend; ſie unterlag nichts deſto weniger, und ſchon lange iſt jede Spur von ihr verſchwunden.

Nach Erledigung der canadiſchen Angelegenheit nahmen die ſo oft beſprochenen iriſchen Fragen ihren Fortgang im Parlamente, zuerſt das Armengeſetz, dann die Zehenten und die Municipalreform. Das Armengeſetz war die Bill des vergangenen Jahres; es beruhete auf Errichtung von 100 Arbeitshäuſern, nach Art der engliſchen, auf Unterlaſſung der Unterſtützung zu Hauſe, nach demſelben Syſtem, und auf Beförderung der Emigration, einem Punkte, wodurch Irland vor dem übrigen Großbrittannien begünſtigt wurde. Am 5. Februar ward auf die zweite Leſung angetragen, und es begann eine Verhandlung, welche einiges Erſtaunen ſowohl im Parlamente, wie im Lande bewirkte. O'Connel nämlich widerſezte ſich plötzlich, obgleich er in der vergangenen Seſſion dieſelbe Bill der Hauptſache nach nicht mißbilligt, ſondern nur ein Amendement geringerer Art angekündigt hatte. War er der Meinung, das Oberhaus werde bei der Ohnmacht der Miniſter, ſich mit dem Geſchenke einer Armenbill für Irland begnügen, die Municipalreformbill deßhalb vorenthalten, auf die Beförderung des Volksunterrichtes u. ſ. w. nicht eingehen, oder ſprach er ſeine wirkliche Ueberzeugung aus? Dies war einer jener Fälle, welche ihm ſo oft zum Vorwurfe gemacht worden ſind, jener Inconſequenzen, die ihm wenigſtens in den Augen der Engländer keinen Vortheil

brachten. Früher hatte er ſich zwar gegen die Einführung eines Armengeſetzes immer erklärt; allein er wurde mit Recht gefragt, weßhalb er daſſelbe nicht in der vergangenen Seſſion gethan hätte. Offenbar aber handelte er hier den Anſichten der niederen iriſchen Volksmaſſe entgegen, mit denen er ſich ſonſt nicht in Widerſtreit zu ſetzen pflegte. Sein Widerſtand beruhete auf dem Grunde: Irland ſey für ein Armengeſetz zu arm, welches kaum ein Zehntel der Hülfsbedürftigen befriedigen könne, ein Umſtand, welcher wahr ſeyn mogte, allein den Beginn eines Verfahrens nicht als unzweckmäßig darlegte, welches wenigſtens eine größere Armenunterſtützung einleitete. Außerdem kam er mit ſich ſelbſt in Widerſpruch; im vergangenen Jahre wollte er vorſchlagen, die abweſenden Gutsherrn für Erhaltung der Armen höher zu beſteuern; in der Bill war dieß zwar übergangen, allein eben jene Gutsherrn wurden gezwungen, zum erſten Male für jenen Zweck bedeutend beizuſteuern. Auf die Gutsherrn fiel faſt allein die Laſt der Armenernährung, ſo wie die Koſten für Erbauung der Arbeitshäuſer, denn der Cenſus für die Beiſteuernden war in der Bill für Irland hoch genug angeſezt, um die große Maſſe der kleinen Pächter, welche an Zahl bedeutend überwiegend ſind, von der Armentaxe gänzlich auszunehmen. Dieſe wurden vielmehr erleichtert, denn von den Almoſen der Armen wurden bisher die gänzlich Hülfsbedürftigen bei dem leicht zu erweckenden Mitgefühle und der darauf beruhenden Wohlthätigkeit des iriſchen Volkes ernährt. Man machte O'Connel

nicht mit Unrecht zum Vorwurf, er habe ſich damals durch das Intereſſe der iriſchen Grundbeſitzer, wozu er ſelbſt gehörte, zum Widerſtande gegen eine Maßregel beſtimmen laſſen, auf deren ſchnellen Erfolg man ſich allerdings keine Hoffnung machen durfte, die bei den beſtehenden Verhältniſſen nur langſam eine größere Wirkſamkeit erlangen konnte, über deren Nothwendigkeit in einem Lande wie Irland jedoch kein Zweifel herrſchte.

O'Connel ſtellte zweimal den Antrag, die Bill gänzlich zu verwerfen (9. Februar und 30. April), brachte im Ausſchuſſe bei jedem Artikel ein Amendement, welches darauf berechnet war, die Wirkſamkeit derſelben zu vereiteln, hütete ſich aber wohl, in Irland ſelbſt die Mittel anzuwenden, die er ſonſt niemals unterließ, ſobald er eine Maßregel der Miniſter verhindern wollte. Er fand jedoch auch bei denjenigen Radikalen wenig Anklang, welche ſonſt, wie früher erwähnt, die Unterſtützung der Hülfsbedürftigen nicht dem Staate zugewieſen wiſſen wollten. Der Zuſtand Irland's machte das Einſchreiten deſſelben durchaus nothwendig. Die dritte Leſung geſchah mit ſolcher Mehrheit, daß dieſe Ueberzeugung ſich wenigſtens bei vier Fünfteln des Hauſes als vorherrſchend erwies. Im Oberhauſe zeigte ſich etwas Aehnliches, obgleich hier die iriſchen Grundbeſitzer einen ſtärkeren Widerſtand leiſten konnten, wie bei den Gemeinen. Es wurde ſogar durch Wellington's Vorſchlag ein Amendement über Erhebung der Armenſteuern angenommen, welches ihnen noch mehr zum Schaden

gereichte, indem es alle möglichen Ausflüchte, um Armenſteuern und Armenernährung anderen Lokalitäten (den Stadtgemeinden) zuzuſchieben, vereitelte. Sonſt ließ das Oberhaus die Bill der Miniſter ziemlich unverändert. Die von ihm angenommenen Amendements betrafen allein die Vervollſtändigung oder nähere Beſtimmung einzelner Punkte, z. B. eine Waiſenkindern, Kranken und Greiſen vorzugsweiſe zu leiſtende Unterſtützung u. ſ. w. Die Verſtändigung beider Häuſer kam leicht zu Stande, und die Bill trat alsbald in ſo weit in Kraft, daß wenigſtens die Organiſation der Armenſteuern begann. Es vergingen jedoch mehrere Jahre, bevor ſie eine eigentliche Wirkſamkeit äußern und einen in Irland ſelbſt bemerkbaren Einfluß üben konnte; lezterer erreicht noch lange nicht die der engliſchen Armengeſetze, wodurch wenigſtens die Exiſtenz der Maſſe geſichert iſt. Kaum ein Fünftel der brodloſen Armen in Irland iſt verſorgt worden.

Am 14. Mai kamen die Miniſter mit der Zehentenbill; ſie erwieſen dabei eine doppelte Nachgiebigkeit gegen das Oberhaus, indem ſie einerſeits mit Rückſicht auf die Beſchlüſſe deſſelben in der vergangenen Seſſion Vorſchläge über die ſo lang beſtrittene Parteifrage vor ihrer Bill über die Municipalreform einbrachten, andererſeits, indem ſie, wie im vergangenen Jahre, die Appropriationsclauſel, die einſtige Lebensfrage, ihrer Regierung gänzlich wegließen, und damit entſchieden ſich aller wirklichen Gewalt in der neuen Frage begaben. Die von Lord John Ruſſel eingebrachten Vorſchläge waren jezt auch in der Form beinahe ganz

dieſelben, wie die des Tory=Führers im Jahre 1835 mit Ausnahme der 30 Procent Nachlaß, worauf das Cabinet beharrte. Die Miniſter halfen ſich in Betreff der Appropriationsclauſel mit dem Vorſchlage, die Volkserziehung der Katholiken nicht aufzugeben, ſondern die Fonds derſelben Verwaltung zu übertragen, welche die Zehenten in ihre Hände bekommen würde; nur dürfe der Ueberſchuß der Geiſtlichkeit nicht mehr zu dem Zwecke angetaſtet werden. Der Aerger der liberalen Parlamentsglieder war ſtark genug; im Publikum hatte man bereits ſchon lange nichts mehr erwartet; ſogar die Irländer waren am Ende gleichgültig geworden, ſeitdem ſie den Zehenten nicht mehr zahlten, und überhaupt durch eine beſſere Verwaltung nicht länger Urſache zur Aufregung und Erbitterung hatten. Ein Theil der liberalen Parlamentsglieder ſchien anfangs entſchloſſen, die Wiederannahme der Appropriationsclauſel zu erzwingen, allein die Verhältniſſe waren ſchon lange nicht mehr dieſelben, wie früher: eine unbedeutende Mehrheit konnte ſich nicht mehr im Bewußtſeyn ihrer Kraft zu ſolchem Selbſtgefühl erheben, daß ſie die Regierung zwang, auf ihre Abſichten einzugehen; die eigentlichen Whig=Mitglieder zeigten ſich ſchon nachgiebig, um endlich eine Sache ſich vom Halſe zu ſchaffen, an deren Durchführung die Exiſtenz einer Regierung und ihrer Partei geknüpft war, welche beim Feſthalten an der Appropriationsclauſel noch früher hätte geſtürzt werden müſſen, wie es ſeitdem geſchehen iſt. Nur die Radikalen, denen der leztere Umſtand gleichgültig zu werden begann,

beſtanden auf der Beibehaltung; Wood machte am 2. Juli den Antrag, die Appropriationsclauſel beizubehalten; die Miniſter kamen in einige Verlegenheit, um den Vorwurf der Inconſequenz von ſich zurückzuweiſen oder zu entkräften, um ſo mehr, da von toryſtiſcher Seite der Antrag geſtellt wurde, die früheren Beſchlüſſe über die Appropriation gänzlich zurückzunehmen. Die Erklärungen der Miniſter lauteten ungefähr in folgender Weiſe: Freilich haben wir den Grundſatz fallen laſſen, weil es uns ernſtlich darum zu thun iſt, dem langen Streite ein Ende zu machen; weil ferner eine Erklärung des Herzogs von Wellington während der vergangenen Seſſion anzudeuten ſchien, es ſey den Conſervativen ſelbſt ernſtlich darum zu thun, die Frage endlich zu erledigen; deßhalb wurde auch die Municipalreform von uns noch nicht ſogleich eingebracht u. ſ. w. Wir laſſen ſomit die Sache fallen, können aber die Erklärung nicht zurücknehmen, weil wir uns dadurch einer Inconſequenz ſchuldig erklären und zugleich die iriſchen Katholiken tief beleidigen mußten, welche neben jener Erklärung eine Anerkennung ihrer billigen Anſprüche ſehen, und in der Zurücknahme derſelben eine Rückkehr zum alten Regierungsſyſtem erblicken würden, welches ſie neben den Proteſtanten durchaus ignorirte u. ſ. w. Dergleichen Aeußerungen waren zwar geeignet, der augenblicklichen Stimmung vieler Parlamentsglieder zu entſprechen, jedoch nicht eine größere Anhänglichkeit und Achtung der Nation hinſichtlich der Regierung zu veranlaſſen. Die Tory-Furcht war aber noch immer dazu

geeignet, die Radikalen zu ſchrecken und ihre Stimmen für die Miniſter zu erhalten, ſo daß ſogar das Aufgeben der Appropriationsclauſel keine Veränderung in der Mehrheit hervorbrachte.

Die iriſchen Grundbeſitzer waren ſchon bei dem Armengeſetze ſchlecht weggekommen; die Uebertragung des Zehenten unmittelbar auf ihr Eigenthum mußte ihnen, ungeachtet des Nachlaſſes, eben ſo unangenehm ſeyn. Das Haus erließ auch noch gegen ſie einen neuen unangenehmen Beſchluß wider den Willen der Miniſter, indem es die Nachlaſſung von 30 Procent auf 25 verminderte, freilich eben ſowohl zum Schaden der Pächter, aber ganz im Sinne der früher von Sir Robert Peel gemachten Anträge, ein neuer Beweis von dem Uebergewichte der Tory-Partei, ungeachtet die Zahl der Mehrheit ſich noch nicht für ſie entſchieden hatte. Die irländiſchen Gutsherrn wurden auch ſonſt nicht mehr von der Tory-Partei geſchont, vielleicht eine Folge des von ihnen erregten und noch nicht vergeſſenen Scandals der Oranienlogen. Auf einen Antrag O'Connel's, der Geiſtlichkeit die vom Staate gemachten Vorſchüſſe zu ſchenken, bemerkten Stanley und Peel, die Gutsherren ſollten billiger Weiſe die ganze Schuld bezahlen, da man doch auf dem Punkte ſtehe, ihnen einen Theil des Zehenten zum Geſchenk zu machen. Peel ließ ſich jedoch zu einer Ausgleichungsmaßregel überreden, wonach die Regierung die rückſtändigen Zehenten aufkaufen und durch einen erzwungenen Vergleich die Geiſtlichkeit nöthigen ſollte, von ihren Anſprüchen auf den höheren

Preis der erſteren gegen Nachlaß der ſchuldigen Summe zu verzichten. Hiegegen ließ ſich Nichts einwenden; ſollte die Zehentfrage endlich entſchieden werden, ſo war es zweckmäßig, Zänkereien und Proceſſe über die Rückſtände jener Abgabe gänzlich niederzuſchlagen, ſollte auch dem Staate eine Bürde dadurch aufgeladen werden. Die Conſervativen hatten Nichts dagegen, um endlich den Streit zu beſchließen. Unbillig wäre es geweſen, die ganze Laſt den Gutsherren, einer Volksclaſſe, zuzuſchieben, gegen deren Mehrheit die Irländer zwar manche Beſchwerde hegen mogten, und die auch ſelbſt durch Verſorgung ihrer Söhne mit der Kirche theilweiſe zuſammenhing, allein andrerſeits würden die katholiſchen Grundbeſitzer um ſo mehr beeinträchtigt worden ſeyn, da dieſe in den Vortheilen der proteſtantiſchen Hochkirche keinen Erſatz hätten finden können. — Nur die engliſchen Radikalen widerſezten ſich einem Gegenvorſchlag, welcher England und Schottland eine, wenn auch geringe Laſt (360,000 Pfund) zur Ausgleichung der Streitigkeit übertrug. Hume erklärte den Vorſchlag für eine Ungerechtigkeit gegen das engliſche und ſchottiſche Volk, welche genug für ihre eigenen Kircheninſtitute zu zahlen hätten, ſo daß man den beiden nicht zumuthen dürfe, auch noch an den Zehenten ihrer iriſchen Nachbarn zu bezahlen. O'Connel erwiederte: Es ſey nicht das iriſche, ſondern das engliſche Volk, welches die Erhaltung der Staatskirche in Irland wünſche; wolle es dieſelbe aufrecht erhalten, ſo könne es dafür, als für einen Luxusartikel, auch Einiges bezahlen. — Die Sache veranlaßte

19**

eine längere Verhandlung, der Antrag der Ausgleichung über Rückſtände ward angenommen und jene Frage damit endlich geſchloſſen, denn im Oberhauſe fand ſich jezt kein Widerſtand mehr vor. Am 13. Auguſt war die Verhandlung in jeder Weiſe beendet.

Niemand wird leugnen, daß die Beendigung des langen Streites Irland zum Vortheil gereichte, obgleich jene Clauſel fortgelaſſen war, welche der großen katholiſchen Volksmaſſe in der Verwendung der Abgabe einen bedeutenden Antheil gewährt hätte. Die Whigs konnten ſich jedoch die Erledigung nicht zum Ruhme anrechnen. Nur durch die iriſchen Parteiführer und durch die Einigkeit des iriſchen Volkes in Verfolgung des einen Zweckes, war ſchon lange ein Zuſtand herbeigeführt worden, worin die Erhebung der Abgabe unmöglich war, ſo daß ſogar die Conſervativen der Nothwendigkeit ſich zulezt unterwarfen. Ohne dieſes entſchloſſene und einſtimmige Handeln wäre wahrſcheinlich die Sache im früheren Zuſtande verblieben; die Schwäche der Whigs nach 1833 hat erwieſen, daß ſie die Zehentenfrage, mogte dieſelbe auch zu ihren Parteizwecken gehören, nicht würden durchgeſezt haben, wenn in Irland ſelbſt nicht ein Zuſtand ſich vorgefunden hätte, worin die Ausübung der Geſetze unmöglich wurde. O'Connel vor Allem gebührt der Ruhm; wäre auch nicht durch ihn hauptſächlich die katholiſche Emancipation endlich erzwungen worden, ſo wäre jenes Reſultat in Betreff der Zehenten ſchon genug geeignet geweſen, ihm die Anhänglichkeit und Dankbarkeit der Iren zu erwerben und zu ſichern.

Wie man auch über die ſogenannte O'Connels-Rente denken mag, ſo wird Niemand behaupten, daß er dieſelbe umſonſt und für alleiniges Geſchwätz von der iriſchen Bevölkerung erhält.

Während der Verhandlungen über die iriſchen Zehenten hatte Sir Robert Peel, indem er ſeinen Beifall über die miniſterielle Maßregel ausſprach, der Regierung einige Hoffnung gemacht, daß er von jezt an ſeinen Widerſtand gegen die Municipalbill aufgeben würde. Die Miniſter hegten ſomit für ſich ſehr günſtige Erwartungen, als ſie am 19. Mai die alten Vorſchläge wiederholten. Sir Robert Peel und mit ihm die ganze conſervative Partei gab nun zwar das frühere und ohnedem der Verfaſſung widerſtrebende Verfahren auf, indem er am 24. Mai erklärte: daß er der iriſchen Municipalbill nur unter der Bedingung ſeine Zuſtimmung geben könne, daß der Cenſus für die Gemeindewähler nicht auf 5 Pfund, ſondern auf 10 Pfund Hausrente erhöht werde. Dieſer Vorſchlug war für Irland unbillig genug; abgeſehen von den Nachtheilen eines hohen Cenſus überhaupt in Gemeindeangelegenheiten, war Irland dadurch eine Ungerechtigkeit geboten, daß von einer Gleichſtellung mit dem übrigen Reiche nicht die Rede war. Eine Annäherung an den engliſchen Cenſus beſtand nur auf dem Papier, denn in Irland iſt das Verhältniß des Vermögens zu England und Schottland ein ſolches, daß ſogar in den größeren Städten kaum hundert Wähler in dieſer Art zuſammen zu bringen waren. Als Vorwand diente wiederum, wie früher, die Nothwendigkeit, den proteſtantiſchen

Einfluß ſo viel wie möglich zu erhalten, ein Vorwand, welcher ſich ſpäter als ungegründet erwieſen hat, denn die Proteſtanten haben in beinahe allen iriſchen Städten nach Einführung einer Municipalreform nach jenem Vorſchlage ihren Einfluß dennoch verloren, und ſogar in Dublin iſt O'Connel, ihr ärgſter Schrecken, zum Lordmayor gewählt worden. Auch war dieſer Verſuch den Miniſtern wie ihrer Partei für jezt noch zu viel. Lord John Ruſſel blieb bei ſeinem Vorſchlage; allein dieß konnte jezt nicht viel mehr helfen; es ließ ſich vorausſehen, daß die Whigs ſich fügen mußten, nachdem ſie guten Willen zum Widerſtande gezeigt, oder einen Vergleich verſucht hätten. Auch war ihre Mehrheit bereits erbärmlich, und hatte ſogar von der urſprünglichen Zahl einiger dreißig verloren (26 und 20). Es handelte ſich von jezt an immer um wenige Stimmen; fehlte ein miniſterielles Mitglied bei der Abſtimmung, ſo kam die Regierung dadurch in ernſtliche Verlegenheit.

Im Oberhauſe ging die Partei noch weiter. Als daſſelbe auf Lord Melbourne's Vorſchlag am 12. Juli die Berathung im Ausſchuſſe begann, entwickelte Lord Lyndhurſt, wie er ausdrücklich ſagte, als Organ ſeiner ganzen Partei, die von demſelben gewünſchten Amendements. Für's Erſte machte er den Vorſchlag, daß außer Dublin nur 10 größere Städte der Inſel eine Municipalverfaſſung erlangen ſollten (Belfaſt, Clomnel, Cork, Drogheda, Galway, Kilkenny, Londonderry, Sligo und Waterford); 30 mittlere Städte, welchen die Regierung ebenfalls eine Municipalverfaſſung

ertheilen wollte, blieben ausgeſchloſſen. Dieß Amendement wurde ohne Abſtimmung angenommen. Dann wiederholte Lord Lyndhurſt den Peel'ſchen Antrag hinſichtlich des Cenſus. Lord Melbourne ſuchte vergeblich einen Vergleich einzuleiten, indem er 8 Pfund Hausrente als Wahlcenſus vorſchlug; die Lords beachteten kaum ſeinen Antrag. Die Miniſter waren jezt im Gefühle ihrer Ohnmacht nicht abgeneigt, den Conſervativen nachzugeben, allein dieß erlaubte wieder nicht ihre Abhängigkeit von O'Connel. Ob dieſer ſich gleich ſehr nachgiebig in der Zehentenfrage gezeigt hatte, verweigerte er doch in dieſer Sache ſeine Zuſtimmung mit ſeinem ganzen iriſchen Anhange, und zwang die Miniſter, keinen Punkt ihrer Bill für jezt aufzugeben. Als daher die Bill ins Oberhaus geſchickt und den Lords mit denſelben Amendements wieder zurückgebracht wurde, ſahen ſich die Miniſter genöthigt, die Maßregel gänzlich fallen zu laſſen.

In dieſer Weiſe konnte es unmöglich lange Zeit fortgehen; die Regierung verlor immer mehr Stimmen, ſo daß ſich eine endliche Minorität im Unterhauſe vorausſehen ließ, und ihr der einzige Vorwand ſomit benommen werden mußte, noch länger am Staatsruder zu verbleiben. Sie ward von ihren Gegnern mißachtet, und kam ſogar gegen ihren eigenen Anhang in ſolches Verhältniß, daß ſie nach dem Willen eines Parteiführers, dem einige 20 Stimmen zur Verfügung ſtanden, Schritte, die ſie vornehmen wollte, unterlaſſen mußte. Viele ihrer Anhänger wandten ſich gänzlich von ihnen ab, unter andern Lord Brougham,

freilich damals unter Schmähungen der Radikalen eben ſowohl wie der eigentlichen Whigs, obgleich der berühmte Rechtsgelehrte und Staatsmann ſeine eigentlichen Parteigeſinnungen nicht aufgab. Brougham ſchmähete bei jeder Gelegenheit über die Schwäche und Unentſchiedenheit ſeiner ehemaligen Collegen, ſchonte vor Allen Lord Melbourne und Glenelg (Grant) in keiner Weiſe mit ſeinen Sarkasmen, und ſuchte beſonders den neuen Charakter, welchen das Haupt der Regierung als Höfling ſich erworben hatte, in jeder Weiſe verächtlich zu machen. Während er ſeine Parteigrundſätze, mit denen er im Oberhauſe allein ſtand, bei keiner Veranlaſſung aufgab, hielt er ſich zur Oppoſition, ſobald ſich irgend eine Gelegenheit bot, die Perſönlichkeit der Regierenden anzugreifen und herunterzuſetzen, oder Fehler in der Verwaltung aufzudecken. Man machte ihm den Vorwurf, ſeine Erbitterung ſchreibe ſich von perſönlicher Gereiztheit her; auch ließ ſich nicht in Abrede ſtellen, daß ihm genügende Veranlaſſung zum perſönlichen Aerger durch unverdiente Zurückſetzung geboten war; die Veranlaſſung ſeiner Stimmung ließ ſich jedoch eben ſowohl in ſeinem Charakter finden, welchem das Halbe und Schwächliche widerſtrebte. Die Conſervativen verſchmäheten natürlich nicht einen ſolchen Verbündeten; indem ſie von ſeiner Partei hinwegſahen, traten wenigſtens ihre Häupter mit Brougham in perſönlich freundſchaftliche Verhältniſſe. An der baldigen Auflöſung der Whig-Regierung war nicht mehr zu zweifeln. Die Tory-Furcht, welche ſie früher im Amte erhielt, war

ſchon ſo ziemlich vergangen, die Whig-Partei ſelbſt ward aber allmälig unruhig, und verlangte von ihrer Regierung die Vertretung von neuen Maßregeln, die ihr eine andere Stellung den Mittelclaſſen gegenüber gegeben hätten (Abſtimmung der Kugelung oder Aufhebung der Korngeſetze). Neue Verwickelungen und Niederlagen waren jedoch nothwendig, ehe ſich die Regierung dazu entſchloß; wäre dieß 1838 geſchehen, ſo hätten die Whigs wahrſcheinlich noch immer die Mehrheit erlangt, welche bei der erneueten Wahl Sir Robert Peel zu Theil wurde, und dadurch ein Mittel in die Hände bekommen, gegen das Oberhaus in anderer Weiſe aufzutreten und den Widerſtand deſſelben ſehr herabzuſtimmen. — Die Miniſter aber ließen ſich noch einige Jahre lang in dem bisherigen Verfahren gehen, und verſcherzten vollends das Zutrauen der Mittelclaſſen, als ihre Regierung auch in auswärtigen Verhältniſſen eben ſo verächtlich und verhaßt wurde, wie in Betreff der inneren.

Außer Canada hatte ſich mittlerweile eine unruhige und dem Mutterlande etwas feindliche Stimmung auch auf andern Punkten der amerikaniſchen Beſitzungen gezeigt; es ergab ſich wenigſtens auf einigen Zuckercolonieen eine Reibung der geſetzgebenden Verſammlungen und überhaupt der Grundbeſitzer mit dem Gouverneur und den Regierungsbeamten, welche dem Mutterlande bewies, daß ein ähnlicher Trotz, wie in Canada, auch auf andern Punkten zu erwarten ſey, im Fall Regierung und Parlament den Grundſatz über das Einmiſchungsrecht des Mutterlandes in die inneren Angelegenheiten

der Colonieen in größerer Ausdehnung zur Ausführung bringen würde. Beſonders zeigten ſich Beweiſe jenes Trotzes auf der größten Zuckerinſel in Jamaica, wo bereits eine ähnliche Erbitterung zwiſchen der Aſſembly und dem Gouverneur Sir Lionel Smith allgemein war, wie ſie in Canada eine Reihe von Jahren hindurch vor dem Ausbruche der Unruhen geherrſcht hatte. Die Verhältniſſe dieſer Colonie ſind früher dargelegt worden; die Entſchädigung für die Aufhebung der Sclaverei war von den Pflanzern als Entſchädigung, nicht aber in demjenigen Sinne mit Dankbarkeit angenommen worden, wie man es in England erwartet hatte; der Uebergangszuſtand der Lehrlingsſchaft hatte heftige Reibungen ſowohl zwiſchen den Coloniſten und Negern, wie zwiſchen den Regierungs- und Lokalbeamten veranlaßt. Meutereien der ehemaligen Sclaven waren nicht ſelten, andrerſeits eine Härte und Strenge der aus Grundbeſitzern beſtehenden Lokalbeamten gegen die Lehrlinge bei etwaigen Vergehen. Die Gefängniſſe waren ſtets gefüllt; eine Einwirkung des Gouverneurs und der zum Schutze der ehemaligen Sclaven von England herübergeſandten Beamten wurde entſchieden von den Coloniſten zurückgewieſen, denen nach engliſchen Verhältniſſen die Polizeiverwaltung ausſchließlich anheimfiel. Der Grund des Mißverhältniſſes lag offenbar in dem neuen Zuſtande, der ſich bereits zu bilden begann, und bei welchem, wie früher erwähnt, die bisherigen Grundbeſitzer nicht gewonnen haben. Ihre Güter wurden ſchlecht bebaut; auf einigen nicht einmal die Aernte

aus Mangel an Arbeitern eingebracht. Viele Plantagenbeſitzer fügten ſich bereits in das Unvermeidliche, indem ſie ihre Güter zerſtückten und in kleinen Parcellen an die bereits freien Neger veräußerten. Alle ſahen einen veränderten Zuſtand voraus, worin ihr Uebergewicht früher oder ſpäter, auf friedliche oder gewaltthätige Weiſe, nothwendig verloren gehen würde. Aerger über das Mutterland war ſomit natürlich; der Gouverneur trug dazu bei, denſelben zu erhöhen, indem er, allerdings im Sinne der Engländer, die Coloniſten bei Streitigkeiten der Plantagenbeſitzer mit den Schwarzen nicht beſonders ſchonte, und ſeit mehreren Jahren offenbar darauf hinwirkte, die Polizeigewalt, welche erſtere durch die Conſtitution in Betreff ihrer Lokalbeamten beſaßen, zum Schutz der Neger auf die Regierung zu übertragen, eine offenbare Verkürzung der Verfaſſungsrechte jener Colonie, die übrigens in England ſelbſt wegen jenes Vorwandes gebilligt werden konnte. — Das Verhältniß der Geſetzgebung und Regierung war unter dieſen Umſtänden ein ähnliches geworden, wie in Canada; der Gouverneur konnte über das Colonialoberhaus verfügen, aber keinen einzigen Beſchluß in der gewählten Verſammlung durchſetzen, in welcher bei den immerwährenden Zänkereien oft genug die Drohung laut wurde: Eine Trennung vom Mutterlande werde durch die Einmiſchung deſſelben in den Colonialangelegenheiten zulezt veranlaßt werden.

In England ſelbſt fanden die Coloniſten von Jamaica anfangs noch weniger Sympathie, wie die Canadier:

Die alte Abneigung gegen dieſelben wurde wieder aufgeregt; die 30jährige Vorliebe für die Neger war noch lange nicht erloſchen. Nachrichten, welche von Regierungsbeamten oder Miſſionarien über das Verfahren der ehemaligen Herren oder der Friedensrichter nach England kamen, wurden mit Abneigung gegen die Pflanzer ausgelegt; es hieß, die aus Pflanzern beſtehenden Lokalbeamten mißbrauchten ihre Gewalt, um eine übertriebene Arbeit von den Negern zu erpreſſen, mißhandelten verurtheilte Lehrlinge in den Gefängniſſen durch Hunger und Geißelungen, uſurpirten eine ihnen nicht zuſtehende Gewalt über die von England zum Schutz der Schwarzen hinübergeſandten Beamten u. ſ. w. Was lezteren Punkt betraf, ſo hatten nämlich die Coloniſten mit jenen Beamten einen hartnäckigen Kampf begonnen und beinahe jeden derſelben gerichtlich belangt; mehrere waren dem Gouverneur zum Trotz von den Gerichtshöfen der Inſel zu Geldſtrafen verurtheilt, andre ſogar mit Criminalklagen bedroht worden; ſie klagten allgemein, ihre Wirkſamkeit ſey gelähmt.

Es iſt kein Zweifel vorhanden, daß die Regierung damals der öffentlichen Stimmung folgte, indem ſie die Coloniſten wenig ſchonte. Ueber 700 Bittſchriften gelangten an das Parlament, worin die Geſetzgebung aufgefordert wurde, gegen die Pflanzer zu verfahren, die Lehrlingszeit abzukürzen und die vollſtändige Freiheit der Neger ſogleich eintreten zu laſſen. Auf Lezteres ging die Regierung freilich nicht ein, ſuchte dagegen den Coloniſten die Gewalt zu benehmen, in der erwähnten Weiſe den Negern gegenüber zu verfahren.

Der Colonialminiſter, Lord Glenelg (Grant), brachte im Februar eine Bill ins Oberhaus (Westindia-jail-Bill), wonach den aus Grundbeſitzern beſtehenden Lokalbehörden der weſtindiſchen Colonie die Aufſicht über die Gefängniſſe genommen und dem Gouverneur übertragen werden ſollte, ſo daß Erſtere die Gelegenheit verlören, jene angeblichen Mißhandlungen der Neger zu wiederholen. Die Bill ward für jezt vom Parlamente ohne Schwierigkeit angenommen, indem von allen Parteien her Stimmen über die Abkürzung der Lehrlingszeit laut wurden. Man ſchien der Geſetzgebung von Jamaica abgeneigt zu ſeyn und ſich um die Anſprüche derſelben nicht ſehr zu bekümmern. Jene Bill war nämlich eine offenbare Verletzung der Verfaſſungsrechte, welche die Colonie beſaß, da jener Zweig der Verwaltung ſo wie überhaupt der Polizei nach engliſchen Verhältniſſen den Lokalitäten ſelbſt überlaſſen bleibt. Auch hatte die Aſſembly von Jamaica alle Verſuche des Gouverneurs, Sir Lionel Smith, die Rechte der Coloniſten in dieſer Hinſicht zu verkürzen, bereits vereitelt und mehrere deßhalb eingebrachten Bills verworfen. Es ließ ſich erwarten, daß ſie ſich eben ſo wenig den Miniſtern und dem Parlamente fügen würde; blieb das Parlament bei ſeinem Beſchluſſe, ſo wurde die alte Frage wieder aufgeregt, in wie weit daſſelbe ein Recht beſitze, wider Willen einer Colonie die inneren Angelegenheiten derſelben zu leiten. — Wurde der Wille der Aſſembly gar nicht berückſichtigt, ſo blieb die Verfaſſung ein todter Buchſtabe und war nur zum Schein gegeben. Jamaica

wenigſtens aber hat von jeher auf ſeinen Rechten beſtanden und ſeine Verfaſſung nie zum todten Buchſtaben werden laſſen.

Mittlerweile langten immer neue Nachrichten aus Canada an, welche zur Genüge darthaten, der Zuſtand des Landes ſey noch lange nicht beruhigt; es traten im Gegentheil Ereigniſſe ein, welche das Feuer an der Grenze wieder anſchürten und die Nordamerikaner reizten; wenigſtens der Gouverneur von Ober-Canada hatte ein Verfahren befolgt, welches weder die in Folge des Bürgerkrieges begonnene Erbitterung beſchwichtigen, noch ein gutes Verhältniß mit den Vereinigten Staaten befördern konnte. Die größere Gefahr war durch die Einnahme der Navy-Island von Seiten der Unionstruppen für England entfernt worden. Die Grenze iſt aber zu ausgedehnt, als daß die Centralregierung der Union auf allen Punkten die Erneuerung der Feindſeligkeiten hätte verhindern können. Canadiſche Flüchtlinge und nordamerikaniſche Abenteurer ſammelten ſich auf zwei Inſeln des Erie-Sees (Fighting-Island und Pele-Island) und ſuchten ſich dort in ähnlicher Weiſe, wie früher in Navy-Island, zu einem Expeditionscorps nach Ober-Canada zu organiſiren. Hier waren ihnen aber nicht dieſelben Vortheile wie dort geboten; ſie beſaßen weder Artillerie, noch eine durch die Natur feſte Stellung. Die Engländer machten am 25. Februar und am 2. März einen Angriff auf die flachen mit Gebüſch bedeckten Inſeln über das Eis, mit einem vollſtändig gerüſteten Armeecorps. Auf Pele-Island vertheidigten ſich die Inſurgenten

mit Hartnäckigkeit und wichen nicht eher, als bis ihre Anführer gefallen waren, der engliſchen Uebermacht. Das Gefecht dauerte auf dem Eiſe fort und ward erſt beendet, als die Flüchtlinge das amerikaniſche Gebiet betreten hatten. Dießmal ſtellten die Engländer die Verfolgung ein; der Gouverneur aber war übermüthig genug, an den Präſidenten eine Botſchaft zu erlaſſen, worin er erklärte, in Zukunft würden die brittiſchen Truppen das Gebiet der Vereinigten Staaten in ähnlichem Falle nicht länger reſpectiren. Uebermuth kam alſo zum Unrechte, welches die Nordamerikaner in Betreff des Dampfſchiffes Carolina erlitten hatten, noch hinzu, um die Bürger jener demokratiſchen Republik zum Kriege zu reizen, welchen jener Staat am allerwenigſten von allen andern gegen England zu befürchten braucht.

Die Gewaltthätigkeit des Gouverneurs von Ober-Canada, ein Gegenſatz zu dem Verfahren, welches Sir John Colbourne im franzöſiſchen Theile befolgte, iſt bereits erwähnt worden. Sir Francis Head fügte noch zu demſelben ein Benehmen hinzu, welches dazu geeignet war, die Erbitterung in den Vereinigten Staaten, welche durch die erwähnten Umſtände veranlaßt war, noch höher zu ſteigern. Er prorogirte das Parlament von Ober-Canada (am 6. März) mit einer Rede voll heftiger Ausfälle gegen die Demokratie in der Union, voll Schmähungen gegen die Centralregierung derſelben, welche die Ausleerung ihrer Zeughäuſer geſtatte und die Feindſeligkeiten an den Grenzen nicht verhindere (der Dienſt, welchen die Union

der brittiſchen Regierung auf Navy-Island geleiſtet hatte, wurde überſehen). Er ging noch weiter, denn er erließ eine förmliche Aufforderung an die Indier, die Waffen für Großbrittannien zu ergreifen, ein Aufruf, der weniger den Inſurgenten, wie den Nordamerikanern galt. Die Benutzung der Indier im Kriege iſt bekanntlich ein Punkt, welcher Großbrittannien nicht zur Ehre gereicht; ſie hat im Unabhängigkeitskampfe wie im Kriege von 1812 bis 14 ſtattgefunden, aber immer ſowohl Schauder in Nordamerika wie in England ſelbſt erregt. Die Indier, bekanntlich den Weißen feindlich und durch das Uebergewicht derſelben immer mehr gelichtet und zurückgedrängt, haben ſtets jede Gelegenheit ergriffen, ſich an denſelben zu rächen und ihre Rache in jener Weiſe an Gefangenen ausgeübt, die bei allen civiliſirten Völkern Abſcheu erregen muß. Sie ſind immer unterlegen, und ſomit blieb alles von ihnen veranlaßte Blutvergießen ohne andere Wirkung, als daß eine europäiſche Macht, welche ſolche Barbaren benuzte, um ſo mehr von ihren Feinden gehaßt wurde. Die brittiſchen Offiziere ſelbſt hatten oft genug ihren Schauder über jene Bundesgenoſſen ausgeſprochen, und im Parlamente bot das Verfahren Veranlaſſung zu gegründeten Vorwürfen der Whig-Oppoſition gegen Toryregierungen.

Sir Francis Head wünſchte übrigens ſelbſt ſeine Zurückberufung; er verließ das Land unmittelbar nach jener Adreſſe. Sein Nachfolger, Sir G. Arthur, früher der Gouverneur im rein-monarchiſch regierten Auſtralien, verfuhr ebenfalls nicht in ſolcher Weiſe, daß ſich eine Beruhigung des Landes von ihm

erwarten ließ. Wie oben erwähnt, beſtand in Ober-Canada eine nicht ſchwache Partei von Reformern, welche zwar am Mutterlande feſthielten, allein ſich durchaus nicht jenen heftigen Loyaliſten anſchloßen, in deren Sinne Sir Francis Head verfuhr. Als eine Deputation derſelben gleich nach Sir G. Arthur's Ankunft vor ihm erſchien und ihn bat, Milde gegen die Gefangenen zu üben, fuhr er ſie mit harten Worten an und beleidigte die ganze Partei, welche nicht allein die Inſurgenten nicht unterſtüzt, ſondern ſogar bekämpft hatte. Er bot ihnen alſo Gelegenheit, ihr Verfahren während des Aufſtandes zu bereuen. Jene Reformer baten übrigens um keine andere Milde, als wie in dem franzöſiſchen Theile bei noch größerer Veranlaſſung zur Gewaltthätigkeit geübt worden war. Bald darauf wurden zwei Gefangene nach richterlichem Spruch gehängt.

Während dieß in Canada geſchah, ſah ſich Lord Palmerſton genöthigt, ſeine vollkommenſte Zufriedenheit über das Verfahren der Unions-Regierung öffentlich auszuſprechen; es war ſomit höchſte Zeit, daß Lord Durham nach Amerika abſegelte und jenes Treiben beendigte, welches einerſeits die Nordamerikaner zum Kriege, andrerſeits die Canadier zum Haß gegen England aufreizte. Er verließ die engliſche Küſte bei Portsmouth am 23. April auf dem Linienſchiffe Haſtings, begleitet von Beamten (unter andern von dem radikalen Parlamentsglied Buller als erſtem Secretär), deren Parteigeſinnung dazu geeignet war, das Zutrauen der Canadier zu erwecken, mit ſo

ausgedehnten Vollmachten, wie ſie noch niemals ein engliſcher Gouverneur beſeſſen hat. Eine nicht unbedeutende Truppenabtheilung folgte, um dem Generalſtatthalter genügende Mittel zur Befeſtigung der Ruhe zu ertheilen.

Graf Durham landete in Quebeck am 28. Mai; ſeine Ankunft wurde auch von den franzöſiſchen Canadiern als ein freudiges Ereigniß gefeiert. Eine Proclamation, worin er denſelben vollkommene Gleichheit mit den Engländern und Beachtung aller ihrer billigen Forderungen verhieß, vermehrte den günſtigen Eindruck. Sein erſter Schritt ging darauf hinaus, ſich völlig freie Hand zu verſchaffen und Beamte einzuſetzen, die durchaus keinen Antheil an den kürzlichen Ereigniſſen genommen hatten. Er entließ ſomit einen von Colbourne eingeſezten Rath, welcher das ehemalige Colonialparlament einigermaßen erſetzen ſollte, obgleich derſelbe keine eigentlichen Verfaſſungsrechte beſaß. Zugleich gab Lord Durham den Canadiern Hoffnung auf die baldige Wiederherſtellung ihrer Verfaſſung, ſobald die Ruhe befeſtigt ſeyn würde. Alsdann ſezte er ſich in freundſchaftliche Verbindung mit der Unionsregierung, ein Verfahren, das um ſo nothwendiger war, da Sir G. Arthur kurz vorher eine neue für Nordamerika feindliche Proclamation erlaſſen hatte, ſo daß die nordamerikaniſche Regierung zulezt eher an Maßregeln gegen England, wie an Unterſtützung der brittiſchen Behörden zur Aufrechthaltung der Neutralität dachte. Das gute Vernehmen beider ward bald wieder hergeſtellt, und Nordamerika verwandte aufs

Reue ſeine Streitmacht, um einen Abenteurerhaufen, der ſich auf den ſogenannten Tauſend-Inſeln des Ontario-Sees geſammelt hatte, von dort zu verjagen. Die gegenſeitige Reibung und Erbitterung ward durch Lord Durham fürs Erſte beſchwichtigt. Alsdann begann derſelbe ſogleich eine Reihe von Maßregeln in Betreff der inneren Verwaltung, wobei es offenbar ſein Zweck war, ſeine Gewalt zur gänzlichen Ausrottung aller Mißverhältniſſe zu benutzen, ſo daß er Canada als einen in unumſchränkter Regierung durchaus reformirten Staat dereinſt verlaſſen könnte. Er ſezte Commiſſionen nieder, um den Zuſtand der Staatsländereien, die Verhältniſſe des Volksunterrichts u. ſ. w. zu unterſuchen, umgab ſich mit Franzoſen eben ſo wie mit Britten, entfernte unbeliebte Beamte u. ſ. w. Allein es war dem Grafen nicht geſtattet, ſeinen Plan durchzuführen. In England ſchien man über die Ertheilung der unbeſchränkten Vollmacht Reue zu fühlen; Lord Durham ſelbſt gab Veranlaſſung zu Reclamationen durch eine Verletzung der Juſtizformen, die freilich eben nicht zum Nachtheil der gefangenen Inſurgenten ausfielen.

Man hatte eine allgemeine Amneſtie erwartet; der Generalſtatthalter zögerte jedoch damit aus gutem Grunde; hin und wieder geſchahen noch immer Gewaltthätigkeiten an der Grenze. Am 21. Juni war ein Inſurgentenhaufe aus den Wäldern Ober-Canada's gedrungen, hatte eine Abtheilung königlicher Cavallerie in die Flucht geſchlagen, und war dann am 25. Juni von einer überlegenen Truppenzahl beſiegt und zerſtreut

worden. Eine Amneſtie wurde zweckmäßig erſt dann gegeben, wenn das ganze Land beruhigt war; ſomit befolgte Graf Durham einen Mittelweg, zu dem er nach ſeiner Vollmacht ſich für berechtigt hielt, der jedoch dem engliſchen Rechtsweſen widerſtrebte. Er erließ am 28. Juni eine Proclamation, wodurch 8 mit den Waffen in der Hand gefangene Hochverräther, die jedoch nicht vor Gericht geſtellt waren, auf die Bermuda-Inſeln verbannt und mit der Todesſtrafe im Fall ihrer Rückkehr bedroht wurden.

Kaum war die Nachricht in England angelangt, ſo entſtand Lärm unter den Tories wie Radikalen, und Verlegenheit bei der herrſchenden Partei. Von jeher haben die Engländer jeder Parteimeinung an den Gerichtsformen, als an einem Palladium ihrer Freiheit, feſtgehalten, und betrachten jeden Verſuch, dieſelben zu verletzen, als den Beginn des Despotismus. Auch war es die Frage, ob Lord Durham durch ſeine noch ſo ausgedehnte Vollmacht wirklich zu einem ſolchen Verfahren berechtigt war, welches, im Fall es jemals ſtattfand, nur durch beſondere Parlamentsacte bisher geſtattet wurde. Auf den ſogenannten Standpunkt der höheren Politik wird in England bei ſolchen Fällen keine Rückſicht genommen; ohne Zweifel hätten ſelbſt die Whigs bei der Herrſchaft ihrer Gegner die Rechtsverletzung nicht unbeachtet vorübergehen laſſen. Man ſah in der ganzen Maßregel eine in despotiſchen Staaten gewöhnliche Verfahrungsweiſe, ſogenannte Staatsgefangene ohne Urtheil auf Feſtungen verwahren zu laſſen. Jedenfalls mußte Etwas

geſchehen, damit dieß Verfahren nicht in Zukunft als ein Präcedent (Vorgang) gelten, und dadurch, gleichſam zum Geſetz geworden, gerichtliche Kraft erlangen könnte.

Am 7. Auguſt erklärte Lord Brougham, gleichſam als Repräſentant des dadurch beſonders verlezten Standes der Rechtsgelehrten, das Verfahren für unerhört, dem Common law widerſtrebend und eine Parlamentsacte verletzend; nie könne die ausgedehnteſte Vollmacht eines Generalgouverneurs die Veränderung eines Reichsſtatutes gut heißen. Die Ordonnanz Lord Durham's ſey zu annuliren, da ſie die Grundgeſetze des Reiches verletze. Die Sache war leider nur zu wahr, ſo daß die Miniſter den Grafen Durham nicht nachdrücklich vertheidigen konnten; ſie ſuchten zuerſt der Ordonnanz eine andere Deutung zu geben; als dieß natürlich nicht gelang, mußte Lord Melbourne (10. Auguſt) die Verletzung des Common law eingeſtehen. Brougham hatte eine Bill zur förmlichen Annulirung der Ordonnanz eingebracht, nach jenem Zugeſtändniß der Miniſter milderte er dieſelbe in eine ſogenannte Indemnitätsbill, nach welcher zwar Lord Durham der Verantwortlichkeit für die Geſetzverletzung entbunden wurde, allein dafür einen ſtrengen Verweis erhielt und für die Zukunft die Gewalt verlor, ähnliche Schritte wieder vorzunehmen. Im Unterhauſe konnten die Miniſter eben ſo wenig den Grafen nachdrücklich vertheidigen, um ſo mehr, da der Staatsanwalt geradezu erklärte, die Ordonnanz enthalte einen Punkt, der geſetzlich nicht zu rechtfertigen

ſey. Die Sache war zu offenbar; Lord John Ruſſel konnte höchſtens den Grafen entſchuldigen; Tories und Radikale trafen mit ihren Angriffen zuſammen, es werde Despotismus dadurch eingeleitet, der mit Abſchaffung der Jury jedes Princip der Gerechtigkeit verläugne, die perſönlichen Freiheitsrechte der Coloniſten mit Füßen trete, und an die Stelle der conſtitutionellen Gerichtshöfe ein Willkür-Tribunal ſetze. — Die Bill wurde ohne Weiteres genehmigt.

Damals hat man den Miniſtern die heftigſten Vorwürfe gemacht, daß ſie einen von ihrer Regierung ſelbſt eingeſezten Beamten nicht eifriger vertraten. Allein ſie konnten nicht anders. Hat doch ſelbſt Pitt, ein Mann von andrer Entſchiedenheit und ſogar mitunter ſtarrſinnig, in ähnlichen Parteifällen zulezt den Warren Haſtings fallen laſſen, als das Verfahren deſſelben in dem berühmten Proceſſe als nicht zu rechtfertigen erſchien. Eben ſo wenig verdiente Lord Brougham die damals ihm gemachten Vorwürfe, da man die Beweggründe zu ſeinem Verfahren in perſönlicher Abneigung gegen Durham zu finden glaubte. Brougham hatte als Rechtsgelehrter allen Grund, ſich dem Verfahren zu widerſetzen; die Sache war ohnedem keine Parteifrage, denn ſie betraf ein Verhältniß, woran alle Parteien in gleicher Weiſe feſthalten, die Jury und alles, was damit zuſammenhängt.

Die Miniſter waren ſicherlich im Rechte, als ſie Lord Durham nur lau in jener Angelegenheit vertheidigten, andrerſeits aber hatte Durham auch Urſache, ſich über die erbärmliche Schwäche der Regierung

zu beklagen, die ſeinem eigenen Charakter im höchſten Grade widerſtrebte. Er hatte nämlich einen radikalen Rechtsgelehrten, Turton, ſich beigeſellt, welcher den Conſervativen wegen ſeiner Parteigrundſätze eben ſo widerlich war, wie Buller und Graf Durham ſelbſt. Turton hatte im Privatleben Anlaß zu jenem Scandal gegeben, der auch bei Lord Melbourne ausgebeutet war, und der wenigſtens in engliſchen Cotterieen genug Anlaß zu Klatſchereien gibt, mag auch die Ariſtokratie beider Parteien in Hinſicht der Sittlichkeit nicht als exemplariſch gelten. Die Tories erhoben wegen jenes Scandals einen Lärm im Oberhauſe über die Anſtellung Turton's und die Whig-Miniſter waren ſchwach genug, von Lord Durham zu verlangen, er möge, um die Reclamationen zu beſchwichtigen, die Ernennung aufgeben. Lord Durham gab eine ſcharfe und entſchiedene Antwort, er werde dieß nicht thun; die Whig-Miniſter fügten ſich, aber hinterließen eine gewiſſe gereizte Stimmung bei dem Grafen, der überhaupt bei ſeinem entſchloſſenen Charakter mit dem damaligen Treiben der Regierung nicht übereinſtimmen konnte.

Als die Nachricht des Parlamentsbeſchluſſes und des Verfahrens, welches die Regierung beobachtete, in Canada anlangte, ward der Generalgouverneur im höchſten Grade erbittert, und beſchloß ſogleich, bei der Entſchiedenheit ſeines Charakters, ſeine Würde ohne Weiteres aufzugeben, und, ohne andere Mittheilungen von der Regierung zu erwarten, nach England zurückzukehren; alſo mit den Miniſtern offen zu brechen.

Der Graf war hier ſicherlich eben ſo im Unrechte, wie in der Veranlaſſung, welche den Parlamentsbeſchluß bewirkte, den er allein unbilliger Weiſe der Regierung zuſchieben konnte. Die Miniſter ſuchten ihn zu beſchwichtigen und baten ihn, im Amte zu bleiben, allein vergeblich, Lord Durham nahm keine Rückſicht auf die Aufregung, welche durch ſeine Entfernung entſtehen mußte, und ſoll eine beleidigende Antwort der Regierung zurückgeſandt haben. Am 22. September erklärte er öffentlich vor einer Verſammlung, welche aus Abgeordneten aller Provinzen beſtand, ſeinen Entſchluß, zu reſigniren, mit bitteren Worten gegen Lord Brougham und noch heftigern Ausfällen gegen die Regierung. Er ſey von ſeinen Freunden geopfert worden, die pflichtgemäß ihn hätten beſchützen müſſen! Zugleich gab er den Canadiern keine tröſtliche Verſicherung. Er ſagte, man kenne nur unvollkommen ihre Zuſtände in England und beurtheile dieſelben aus falſchem Geſichtspunkte, eine Aeußerung, die, vom Generalgouverneur ausgehend, nicht darauf berechnet war, die Aufregung einer kürzlich inſurgirten Provinz zu beſchwichtigen. Es mogte wahr ſeyn, allein Durham hätte eben ſowohl mit Gewißheit hinzufügen können, daß bei dem Zuſtande engliſcher Verhältniſſe ihnen Gerechtigkeit erwieſen werden müßte. — Auch die Abgeordneten aller Theile des Landes, Deputationen der franzöſiſchen Canadier, die beſonderes Zutrauen zu dem Grafen gefaßt hatten, baten ihn zu bleiben; er beſtand auf ſeinem Entſchluß und ſchiffte ſich gegen Ende Octobers nach England ein, indem er Sir John

Colbourne die Regierung proviſoriſch übertrug, und das Land in neuer Verwirrung zurückließ.

Wie man vermuthen konnte, ward Canada aufs Neue heftig bewegt. Die hitzigen Franzoſen gaben bei der Abreiſe des Grafen und bei deſſen Erklärungen alle Hoffnung, von England Recht zu erlangen, auf, äußerten zuerſt ihre Aufregung durch öffentliche Darlegungen ihres Unwillens und griffen dann wieder zu den Waffen. Spuren der Bewegung zeigten ſich bereits vor Lord Durham's Abreiſe; in der Nacht vom 22. September wurde Lord Brougham's Bildniß unter Tumult in Quebec öffentlich verbrannt; Durham hatte das Zutrauen der Franzoſen in hohem Grade beſeſſen; Colbourne war bei aller Milde nach Unterdrückung des Aufſtandes wegen der frühern Verhältniſſe verhaßt. In den erſten Tagen des Novembers griffen die Bauern ſüdlich von Montreal zu den Waffen, erſtürmten einen kleinen Ort, la Prairie im Bezirk Beauharnais, beſezten einige andere, ſogar den Hauptort des Bezirkes, machten eine Menge Gefangener an Loyaliſten, und wuchſen in wenigen Tagen bis zur Stärke von 1000 Mann. Colbourne ſah ſich wieder genöthigt, das Martialgeſetz zu proclamiren. Allein die Inſurgenten waren in noch ungünſtigeren Verhältniſſen, wie beim lezten Empörungsverſuch; es fehlte ihnen noch mehr an Waffen, Anführern und Ordnung. Die Engländer und Loyaliſten waren noch beſſer wie damals gerüſtet und ihre Truppen beinahe verdoppelt. Die Operationen geſchahen mit Nachdruck, ſo daß an eine Organiſirung des

Aufſtandes nicht zu denken war. Die Inſurgenten wurden in einer Verſchanzung angegriffen und zerſtreut; die beſezten Ortſchaften ohne Schwertſtreich wieder genommen und einige hundert Gefangene nach Montreal eingebracht. Ein Angriff der Verbannten und amerikaniſcher Abenteurer war gleichzeitig eingeleitet. Ein Haufen von einigen hundert Mann ſuchte das Fort Wellington an der Grenze zu überrumpeln (16. November), ward aber zurückgeſchlagen, von Nordamerika abgeſchnitten und in einem Gefechte vernichtet oder gefangen genommen. Am 8. December ward ein neuer Einfall mit eben ſo wenig Erfolg verſucht. Der Präſident traf ohnedem Maßregeln, die fernere Erneuung der Feindſeligkeiten zu verhindern. Eine ſtarke Abtheilung von Unionstruppen unter General Brady rückte an die Grenze, vereinigte ihre Operationen mit denen der Engländer und machte den bisherigen Angriffen ein Ende. Blutvergießen war die einzige Folge des wiederbegonnenen Aufſtandes. Die frühere Milde wurde von Colbourne aufgegeben, beſonders aber drang der Generalanwalt auf ſtrenge Ausübung der Geſetze. In Ober- und Unter-Canada wurde eine nicht unbedeutende Anzahl gehängt, 20 bis 30 zur Deportation verurtheilt und nach England gebracht, um von dort nach Botany-Bay abgeführt zu werden. Unter den Gehängten befand ſich ein Pole, v. Schultz, über deſſen Perſönlichkeit in England ſonderbare Gerüchte umhergingen. Da polniſche Ausgewanderte öffentlich erklärten, jener gehöre nicht zu ihrer ehemaligen Armee, hielt man denſelben

für einen jener ruſſiſchen Agenten, die auf allen Punkten zu finden waren, wo Gefahr für Großbrittannien ſich zu bieten ſchien. Ohnedem glaubte man die Einwirkung Rußlands aus einem andern Umſtande zu erkennen. Der Gouverneur des ruſſiſchen Nordamerika hatte, wie es hieß, an einem Feſte zu Neu-Archangel für die geflüchteten Canadier eine Collecte eröffnet. Wie es ſich auch mit beiden Thatſachen verhalten mogte, das brittiſche Nordamerika bot wenigſtens für Rußland kein Feld, wo dieſe Macht Großbrittannien irgendwie Verlegenheiten bereiten konnte. — Was aber Lord Durham betraf, ſo erwies der Aufſtand ſein unzweckmäßiges und ſchwer zu rechtfertigendes Benehmen. Hätte er Canada nicht ſo ſchnell und nicht mit Aeußerungen verlaſſen, die den Franzoſen die Hoffnung benehmen konnten, ſo wäre die Inſurrection und das Blutvergießen ſchwerlich erneut worden. Zur Verantwortung iſt Durham freilich nicht gezogen worden; die Regierung hatte jedoch Grund genug, ihn in Anklagezuſtand deßhalb zu verſetzen, weil er den ihm anvertrauten Poſten eigenmächtig und auf eine Weiſe verließ, worin vom Mutterlande Nichts geſchehen konnte, um den in der Regierung der Colonie dadurch veranlaßten Stillſtand der Geſchäfte anderweitig auszugleichen.

Hatten ſich in den Colonieen Unruhen und Unzufriedenheit erwieſen, ſo zeigten ſich auch jezt im Mutterlande Keime zu Bewegungen, jedoch anderer Art, wie in Canada und Jamaica, weder beſonders gefährlich, weil ariſtokratiſche und mittlere Claſſen keinen Antheil

daran nahmen, noch auch von ſolcher Beſchaffenheit, daß die großen Parteien in irgend einer Weiſe davon berührt wurden. Es war die ſchon erwähnte Bewegung des niederen Volkes, durch Vereine und die Pfennigpreſſe genährt, und 1838 ſcheinbar zu einer größeren Kraft gediehen, da ein gewiſſer Mittelpunkt ſich gebildet und einige Führer ſich gefunden hatten, Radikale der äußerſten Spitze dieſer Partei, weniger Parlamentsglieder, wie Journaliſten, theilweiſe Leute von lokalem Einfluſſe, kaum jedoch im übrigen Reiche bisher bekannt. Attwood, früher als Haupt der Birminghamer Union während der Reformcriſe zuerſt allgemein bemerkt, dann durch eine Parteianſicht im Unterhauſe auffallend, welche jede Reform nach den in den Vereinigten Staaten herrſchenden Inſtitutionen zu bilden ſuchte, war damals das einzige Parlamentsglied, welches offen und beſtimmt als Volkshaupt in jener Bewegung auftrat, ſich jedoch ſpäter zurückzog, als die Bewegung eine Richtung nahm, die im ganzen Reiche den Widerſtand der Mittelclaſſen hervorrief. Das beſonders wirkſame Volkshaupt war ein Irländer, Feargus O'Connor, aus einer wegen revolutionärer Geſinnung und Haß gegen England berüchtigten Familie, 1833 Parlamentsglied, jedoch bald darauf freiwillig aus dem Unterhauſe zurückgetreten, hitzig, lebhaft und geeignet, die Leidenſchaften der Maſſe aufzuregen, allein eben ſo wenig wie Papineau in Canada kühn und entſchloſſen im Handeln, und ſomit zu einem Führer bei einer Sache nicht geeignet, die früher oder ſpäter zur Gewaltthat führen mußte.

Andere Führer, Froſt u. ſ. w., waren noch unbedeutender, und kaum im Stande, auf andere Weiſe, wie auf die Volksmaſſe einzuwirken. — Der Mittelpunkt, um alle aufgeregten Haufen zu einem Zwecke zu verſammeln, war in einem durch die Preſſe allgemein verbreiteten Document, genannt die Volkscharte, gegeben, welches von Attwood herſtammen ſoll, und auch deßhalb von ihm herrühren mag, weil es deſſen bekannte Parteigrundſätze, die Reformen in England nordamerikaniſchen Inſtitutionen nachzubilden, bis ins Einzelne durchführte, und zwar bis auf einen Punkt, den die eigentlich radikale Partei nie im Auge gehabt hatte. In jener Volkscharte ward nicht allein die geheime Abſtimmung, ſondern das Recht jedes Engländers, von 21 Jahren wählen zu dürfen, einjährige Parlamente, Gehalt für die Parlamentsglieder, und endlich eine vollkommene Umbildung der ganzen Eintheilung des Landes nach der Bevölkerung in Wahlbezirke verlangt, kurzum das Document enthielt außer der geheimen Abſtimmung ſolche Beſtimmungen, woran ſelbſt Leute wie Hume, O'Connel u. ſ. w. niemals gedacht hatten, und welche einer vollkommenen Umkehr aller beſtehenden Verhältniſſe gleich kamen. Mittel, die Volksmaſſen um jenes Document zu vereinigen, waren vorhanden; jene Arbeitervereine, die vor einigen Jahren, wie früher erwähnt, den Bewegungen der niederen Volksclaſſen einige Wichtigkeit ertheilt hatten, wurden unter anderer Form leicht wieder erneut; es ergab ſich dieſelbe Organiſation mit Kaſſen, Führern und Journalen; der hauptſächlichſte Spielraum

dieſer Vereine fand ſich wieder, wie damals, in den größeren Städten, außer London in Birmingham, Mancheſter und den übrigen Fabrikorten. Die Verſammlungen wurden von ungeheuren Menſchenhaufen beſucht, allein nur vom niederen Volke, und ſomit ging die Bewegung auch dieſesmal ohne Folgen wieder vorüber. Sie wird ſich wahrſcheinlich von Zeit zu Zeit wiederholen, allein wohl niemals anders von Wichtigkeit werden, als wenn bei etwaigen ſpäteren Parteikämpfen die herrſchenden Claſſen jene organiſirte Volksmaſſe leiten oder als Werkzeug gebrauchen ſollten. — Die Regierung benahm ſich wie früher, und wie ſich jede brittiſche Verwaltung benehmen muß. Sie ließ die Chartiſten gewähren, verhinderte weder ihre Verſammlungen noch ihre Vereine, ſo lange die von den Geſetzen gezogene Grenze noch nicht überſchritten war, ein Fall, der 1838 noch nicht ſtattfand. Damals beſchränkten ſich die Beſchlüſſe der Volksverſammlungen auf Entwerfung von Petitionen und auf Beſtrebungen zur größeren Organiſation; am 17. September z. B. wurde in Weſtminſter auf einer großen Volksverſammlung eine dem Unterhauſe vorzulegende Bittſchrift über Reform im Sinne der Volkscharte eingeleitet. Dieſelbe ſollte von Abgeordneten aus allen Theilen des Landes überreicht werden, welche als Ausſchuß unter dem Namen Nationalconvent zuſammenbleiben würden, ein Name, der gleichſam als Parteibezeichnung mit Rückſicht auf die franzöſiſche Revolution gewählt war. Als Graf Durham landete, wurde von den Häuptern der Chartiſten bei der bekannten radikalen

Parteigeſinnung dieſes Pärs ein Verſuch gemacht, ſeine Unterſtützung für die Volkscharte zu gewinnen, allein dieſer erklärte ſogleich nach ſeiner Landung einer in dieſer Abſicht an ihn geſandten Deputation, er ſey nicht geſonnen, ſich von einer Partei als Werkzeug gebrauchen zu laſſen. Eine zweite Adreſſe wies er förmlich zurück, und forderte dabei die Radikalen auf: Sie mögten dem Volke das Verlangen nach praktiſchen Wohlthaten und nicht nach gefährlichen Theorieen einflößen, und vor Allem jede Genoſſenſchaft mit Leuten zurückweiſen, deren Rathſchläge und Handlungen nicht nur für den Frieden der Geſellſchaft, ſondern auch für die Wohlfahrt derjenigen nachtheilig ſeyen, deren ausſchließliche Intereſſen ſie zu fördern vorgäben. — Wie wenig übrigens die Radikalen mit den Beſtrebungen der Chartiſten zuſammentrafen, ergab ſich bald durch den Umſtand, daß O'Connel mit dem Chartiſtenführer O'Connor, den er einſt 1833 bei einem durch Lezteren erregten ſcandalöſen Auftritt im Parlamente vertreten hatte, in einen heftigen Streit gerieth. O'Connor machte dem iriſchen Volksführer zum Vorwurf, er habe die Sache des Volkes aufgegeben; O'Connel antwortete in ſeiner gewohnten heftigen Weiſe. Ihm iſt es übrigens zuzuſchreiben, daß die iriſchen niederen Volksclaſſen an jener Chartiſten-Aufregung durchaus keinen Antheil nahmen; O'Connel war zu klug, als daß er das Erfolgloſe jener Chartiſten-Bewegung nicht hätte einſehen und deßhalb jede Gemeinſchaft der Iren mit jener Partei nicht hätte zurückweiſen ſollen, die denſelben nur

zum Schaden, aber nie zum Vortheil würde gereicht haben.

Noch während der Parlamentsſeſſion geſchah die Krönung (28. Juni) mit demjenigen Pompe, wie er der Größe der engliſchen Monarchie angemeſſen iſt. 250,000 Fremde, aus allen Theilen des Reiches und aus allen Punkten der civiliſirten Erde, waren in der Hauptſtadt zuſammengeſtrömt; alle europäiſchen Staaten, durch Regierungsgrundſätze getrennt und einander abgeneigt, traten in London vor dem mächtigſten Throne der Erde zuſammen, und gaben ſo eine Anerkennung ſeines Einfluſſes; Rußland, Oeſtreich und Preußen, wie Frankreich, Portugal und Spanien. Vor Allem aber ward der franzöſiſche Abgeſandte von allen Claſſen der Nation gefeiert, ſowohl wegen der damaligen Stimmung, welche in beiden größten conſtitutionellen Staaten vorherrſchte, wie auch wegen der Perſönlichkeit des Abgeſandten. Es war der Marſchall Soult, derjenige franzöſiſche General, welcher in den Napoleoniſchen Kriegen engliſche Heere mit dem meiſten Erfolg bekämpft und noch am Schluß des Kampfes (1814) Wellington eine Schlacht geliefert hatte, welche die Engländer ſchwerlich mit Aufrichtigkeit eine ſiegreiche nennen können. Noch nie iſt ein fremder Abgeſandter in ähnlicher Weiſe von der brittiſchen Nation empfangen worden. Ueberall, wo er ſich zeigte, empfing er Beweiſe der Hochachtung, gewöhnlich des Enthuſiasmus, von allen Claſſen in gleicher Weiſe. Eine kurze Reiſe des Marſchalls nach anderen Punkten Englands glich einem Triumphzuge. Neben ihm

wurden die andern Repräſentanten kaum beachtet, und konnten aus dem ganzen Verfahren der Engländer den Schluß ziehen, daß jener alte Haß gegen Frankreich, der die Kriegführung gegen das revolutionirte Reich in jeder Weiſe beförderte, für die Zukunft ſo gut wie unmöglich ſey. Später freilich iſt derſelbe durch das Verfahren der Whig=Miniſter wieder aufgeregt worden, jedoch mehr in Frankreich, als in England ſelbſt, und die in lezterem Lande ſeitdem herrſchende Stimmung war auch während einer vorübergehenden Aufregung durchaus von jener hartnäckigen Erbitterung verſchieden, die 15 Jahre hindurch die verſchwenderiſche Unterſtützung der auf dem Feſtlande kriegführenden Mächte erleichterte und populär machte.

Was die auswärtigen Verhältniſſe betraf, ſo blieb Großbrittannien in der früheren Richtung. Hinſichtlich Rußlands häuften ſich die Reibungen mit jedem Jahre. Bald kam es auf denjenigen Punkt, wo es die Frage war, ob ein Krieg in den Verhältniſſen Großbrittanniens zweckmäßiger und ehrenvoller ſey, als die Fortdauer des Friedens, ſo daß einige Mitglieder der herrſchenden Partei ſelbſt, wie es heißt, ſogar ein Miniſter (Hobhouſe) für die Anwendung der Gewalt waren. Leider erwies jezt das ganze Cabinet, offenbar durch Lord Palmerſton's Einfluß, eine Schwäche und ein Schwanken, welches dem traurigen Benehmen der Regierung in inneren Angelegenheiten entſprach. Rußland durfte ungeſtraft Großbrittannien beleidigen und benachtheiligen. Die erſte Veranlaſſung war die ſchon erwähnte Wegnahme eines

Schiffes (Vixen) im ſchwarzen Meere, das nach der Küſte von Tſcherkeſſien Handel trieb. Die Verhältniſſe, unter denen dieſer Gewaltſtreich geſchah, waren folgende:

Bekanntlich iſt Rußlands Vordringen nach Centralaſien und Indien ſeit Peter I. ein beſtimmter Zweck dieſes Staates, zwar oft abgeleugnet, allein nichts deſto weniger eben ſo unzweifelhaft, wie die oft und offen dargelegten und ſogar in gewiſſen Zeitpunkten (unter Catharina) eingeſtandenen Vergrößerungspläne auf Koſten des osmaniſchen Reiches. Wiederherſtellung und Benutzung der alten Handelsſtraße von Indien nach dem Caspiſchen und Schwarzen Meere durch Centralaſien, und ſomit allmälige Vorſchiebung der ruſſiſchen Macht in diejenigen Gegenden, durch welche früher die Genueſer den aſiatiſchen Handel trieben; ausſchließliche Herrſchaft auf den genannten beiden Meeren; Ausdehnung des ruſſiſchen Einfluſſes vorerſt über Perſien und dann Benutzung dieſes Staates, um auf Indien einzuwirken: — Alle dieſe Beſtrebungen ſcheinen ſeit Peter I. immer in Rußland gehegt zu ſeyn, indem man bei einem allmäligen und langſamen Fortſchreiten nach dieſer Seite ein ſicheres Reſultat zu erreichen hoffte. Unter Peter I., dann unter Catharina, Alexander und Nicolaus ſind in dieſer Hinſicht Fortſchritte gemacht, Beſitzungen von Perſien, der Türkei und unabhängigen Fürſten erworben worden, von wo jezt Rußland ſeinen Handel bis nach Bokhara und bis an das weſtliche China hin ausdehnt (von Tiflis aus), und bereits im

Frieden als Concurrent des engliſchen vom nördlichen Indien aus gerichteten Handels auftritt. Die Länder zwiſchen dem Caspiſchen und Schwarzen Meere bilden ein nothwendiges Glied in der Kette des ruſſiſchen Syſtems. So lange dieſelben nicht unterworfen ſind, fehlt die Grundlage, von wo aus Rußland ſeinen Einfluß auf das übrige Aſien hin ausdehnen, und nicht einmal jene allein auf den Handel bezüglichen Zwecke in Betreff der Wiederherſtellung der früher von den Genueſern benuzten Handelsſtraße vollſtändig in Ausübung bringen kann.

Somit hat Rußland die Erwerbung jener Länder von jeher erzielt, ſeit Peter I. dort ſich ausgedehnt, oder vielmehr einzelne Provinzen von Perſien und der Türkei ſich abtreten laſſen, über welche weder der Schah noch der Sultan eine wirkliche Gewalt, ſondern nur eine nominelle ausübte. Jene Länder waren ſtets und ſind noch von unabhängigen, kriegeriſchen und auch politiſch freien Gebirgsvölkern bewohnt, die zwar oft unter ſich im Kampfe, allein ungeachtet ihrer ſonſtigen Unabhängigkeit ſehr wohl im Stande ſind, durch äußere Gefahr vereinigt und durch die Natur des Landes unterſtüzt, einen jeden noch ſo mächtigen Feind zurückzuweiſen, ſobald einmal ein entſchiedener Wille vorherrſcht, äußere Angriffe zurückzuhalten. Rußland hat ſeit Peter I. und ſeit der Catharina wenig Fortſchritte in Behauptung und ſogenannter Civiliſirung dieſes Landes gemacht, nur einzelne feſte Punkte behauptet, und ſogar die augenblickliche Verbindung immer nur durch ſtarken Militärſchutz auch

in denjenigen Theilen behaupten können, welche ſchon lange auf Charten als ruſſiſches Gebiet verzeichnet waren. — Betrachtet man in Vergleich mit dem ruſſiſchen Caucaſien das brittiſche Indien, ſo ergibt ſich ein auffallender Gegenſatz. Den Engländern iſt es gelungen, auch die gefährlichſten und vor allen kriegeriſchen Stämme (z. B. die Maharatten) nicht allein zu unterwerfen, ſondern auch bei denſelben eine nicht unbedeutende Anhänglichkeit an die engliſche Regierung und ſogar an den engliſchen Militärdienſt zu erwecken; für Rußland dagegen ſind alle Verſuche geſcheitert, jene Völker zu unterwerfen, oder eine Partei für die ruſſiſche Herrſchaft unter denſelben zu bilden. Der Grund läßt ſich leicht erkennen. Die brittiſche Regierung hat ſeit mehr als 50 Jahren die Verhältniſſe des Mutterlandes, wenigſtens theilweiſe, in Indien eingeführt (z. B. die Oeffentlichkeit der Gerichte, die Selbſtverwaltung der Gemeinden, die Preßfreiheit u. ſ. w.), Verhältniſſe, vor denen man ſich ſogar in vielen Staaten des Feſtlandes ſcheut, in welchen eine hohe Ausbildung wenigſtens zu den hergebrachten Redensarten gehört; bei Rußland dagegen wurde den unabhängigen Völkern des Caucaſus Leibeigenſchaft, Beamtenherrſchaft jeder Form, rein militäriſches Verfahren bei jeder Gelegenheit als weſentlicher Beſtandtheil der Civiliſation geboten. Lezteres Syſtem hat zur Folge gehabt, daß die Herrſchaft der Ruſſen in jenen Provinzen zwiſchen dem Schwarzen und dem Caspiſchen Meere keinen Fuß gewinnen konnte, daß die ruſſiſchen Heere nach zahlreichen Niederlagen jezt endlich

ein Gebiet aufgegeben zu haben ſcheinen, welches eben ſo ſchwer zu erwerben, wie zu behaupten war, während Großbrittanniens Herrſchaft, wenigſtens jenſeits des Indus, als unerſchütterlich daſteht.

So lange Englands Macht in Oſtindien noch nicht allgemein und der dadurch bewirkte Handel mit Central- und Oſtaſien noch keine Grundbedingung der Macht und des Wohlſtandes von England war, ſo lange kümmerte ſich Nation und Regierung wenig um die ruſſiſchen Vergrößerungspläne in Aſien. Erſt in der lezten Hälfte des vergangenen und am Anfange dieſes Jahrhunderts hatte ſich bekanntlich jenes Verhältniß gebildet; vorher galt Rußland als ein befreundeter Staat, gegen welchen eine feindſelige Stimmung ungerecht und ein Krieg unzweckmäßig wäre; Pitt wollte Catharina's Vergrößerungspläne aufhalten, allein dieſer ſonſt allmächtige Miniſter erlitt eine Niederlage im Parlament; ſogar Polens Verhältniſſe erregten damals keine Sympathie. Als das Kaiſerthum der Engländer in Indien begründet war, wurde die Sache eine andere. Schon Wellington's Bruder, der Marquis von Wellesley, ſcheint als Generalgouverneur Indiens im Anfange dieſes Jahrhunderts auf eine mögliche Gefahr von Rußland her den leitenden Miniſter Pitt aufmerkſam gemacht zu haben, beſonders wenn es mit Frankreich gemeinſchaftliche Sache mache. Allein damals beſaß Rußland nicht die Macht, irgendwie ſeine Vergrößerungspläne in Aſien zu verfolgen. Die europäiſchen Verhältniſſe, zulezt ein Krieg, worin es ſich um die Exiſtenz des Kaiſerſtaates

handelte, nahmen alle Kräfte Rußlands in Anſpruch; das Zarenreich wurde ſogar durch die Verhältniſſe zur Allianz mit England geführt, und die aſiatiſchen Plane mußten ruhen.

Nach dem Frieden ſcheinen ſie lange nicht verfolgt zu ſeyn, auch herrſchte in England hierüber eine gewiſſe Gleichgültigkeit, bis ſeit der Thronbeſteigung des Nicolaus die öffentliche Meinung in England durch den Perſerkrieg 1826 plötzlich aufgeregt wurde, und ſeitdem in dieſer Hinſicht ſich niemals wieder beſchwichtigen ließ. Es ward von jezt an die Beſtrebung einer jeden Partei, das offenbare Fortſchreiten Rußlands in jeder Hinſicht aufzuhalten, und von Seiten der Tories iſt in dieſer Hinſicht bei weitem mehr Feſtigkeit erwieſen, wie von den Whigs. Seit 1827 ſuchte England Perſien zu kräftigen, durch engliſche Offiziere dort eine Militärmacht zu bilden, den engliſchen Einfluß ſowohl am Hofe wie in der Nation durch Handelsverbindungen zu begründen u. ſ. w. Hinſichtlich der Türkei iſt das entſchiedene Auftreten der Tory-Regierungen durch das Portfoglio ſeitdem bekannt geworden. England war entſchloſſen, die Vergrößerung Rußlands durch einen Krieg zu verhindern, und der Augenblick nicht entfernt, worin das Miniſterium Peel-Wellington der Pforte während des ruſſiſchen Krieges die Unterſtützung der bewaffneten Macht Großbrittanniens darzureichen geſonnen war, als der Friede von Adrianopel jenen Krieg beendete.

In den Verhandlungen, welche zwiſchen Rußland, Frankreich und England zu jener Zeit ſtattfanden, als

dieſe drei Staaten die Beendigung des griechiſchen Krieges und die Unabhängigkeit des griechiſchen Staates einleiteten, alſo kurz vorher, ehe die Feindſeligkeiten zwiſchen Rußland und der Pforte wirklich begannen, hatte England demgemäß Rußland die Verpflichtung abgenommen, ſein Gebiet auf Koſten der Türkei nicht zu vergrößern, und war nur unter dieſer Bedingung dem Vertrage beigetreten, welcher Gewaltmaßregeln gegen die Pforte bewirkte. Im Protokoll von S. Petersburg vom 4. April 1826 erklärte Rußland und England: Beide Staaten würden in ihren Maßregeln zur Beruhigung des Orientes weder Vergrößerung des Gebietes, noch ausſchließlichen Einfluß, noch Handelsvortheile erſtreben, die nicht ausſchließlich allen anderen Nationen zu Theil werden würden; in dem Tractat vom 7. Juli 1827, worin Frankreich jenen beabſichtigten Maßregeln in Betreff Griechenlands beitrat, waren dieſelben Worte wiederholt. Die Kriegserklärung Rußlands gegen die Pforte (26. April 1826) wiederholte dieſelbe Verſicherung mit den Worten: Rußland iſt nie von den Stipulationen des Tractates vom 6. Juli abgewichen, und wird nie von denſelben abweichen. Die Pflichten, welche der Tractat ihm auferlegt, werden mit gewiſſenhafter Treue erfüllt werden u. ſ. w. Am Schluß des Documentes erklärte Rußland noch einmal, es werde ſeine Stellung als kriegführende Macht zu keinem andern Zwecke gebrauchen, als um die Erfüllung der Stipulationen vom 6. Juli zu beſchleunigen, ohne irgend eine Veränderung in ihrer Beſchaffenheit und ihren Wirkungen

ſtattfinden zu laſſen. — Nichts deſto weniger enthielt bereits die Convention von Akermann und dann der Friedenstractat von Adrianopel die Abtretung desjenigen Gebietes am Schwarzen Meere mit der Feſtung Anapa, über welches die Pforte wenigſtens eine nominelle Oberherrſchaft geübt hatte. Rußland verlezte ſomit die gegen England und Frankreich eingegangenen Stipulationen, indem es eine Gebietsvergrößerung ſich ausbedung.

Wellington's Tory-Miniſterium erwies jedoch Entſchloſſenheit, jenen Artikel nicht zu dulden, wodurch Rußland das ganze Ländergebiet zwiſchen dem Schwarzen und Caspiſchen Meere in Anſpruch nahm. Kaum war der Tractat von Adrianopel bekannt, ſo ſandte Lord Wellington eine Depeſche an den brittiſchen Geſandten in Petersburg, worin dieſer beauftragt wurde, dem Kaiſer zu erklären, der König von England behalte ſich ausdrücklich das Recht vor, über die Ausdehnung der Opfer zu entſcheiden, welche die Pforte zu bringen berufen ſey. Eine Phraſe der Thronrede und die Erklärungen der Miniſter im Parlamente ließen ebenfalls die Abſicht der Regierung durchblicken, den Tractat vom 6. Juli, und beſonders jene Clauſel über die Nichtvergrößerung Rußlands, in aller Kraft aufrecht zu erhalten, allein das Tory-Miniſterium wurde geſtürzt, es kam die Reformbewegung, welche die äußere Kraft Englands für den Augenblick lähmte, während andrerſeits Rußland nicht im Stande war, während des Polenkampfes und unmittelbar nachher ſeine Abſichten auf dieß

erwähnte Gebiet ſogleich durchzuführen. Die Sache blieb ſchwebend.

Im Fall jedoch ſogar die Rechtmäßigkeit jenes Artikels im Friedenstractat von Adrianopel unanfechtbar geweſen wäre, ſo blieb dennoch das Recht Rußlands auf den Beſitz jener Länderſtrecke im höchſten Grade zweifelhaft. Die Türkei hatte das Gebiet der caucaſiſchen Gebirgsvölker, der Tſcherkeſſen und Abaſſen, ſelbſt niemals beſeſſen, der Sultan hatte von dort niemals Tribut empfangen und kein Paſcha Hoheitsrechte dort ausgeübt. Die Obergewalt des Sultans war allein nominell, und beruhete eher auf einer gewiſſen Achtung, die ihm als Haupt der Gläubigen von den muhamedaniſchen Sunniten erwieſen wird, wie auf wirklicher Gewalt; jene nominelle Oberherrſchaft und auch höchſtens ein vorübergehender Einfluß bei den Streitigkeiten der einzelnen Stämme beruhete ferner auf einer für die Tſcherkeſſen gewinnreichen Verbindung. Der durch Tapferkeit und körperliche Schönheit berühmte Völkerſtamm der Tſcherkeſſen lieferte nämlich die geſuchteſten Frauen in die türkiſchen Harems und bis zum Anfang dieſes Jahrhunderts jene muthige Miliz der Mammeluken, welche bis zur neueſten Zeit Aegypten beherrſchte. Die Tſcherkeſſen ſtanden ſomit durch Familienverbindungen den Türken nahe, eben ſo wie ſie den Kriegsdienſt in den Heeren der Pforte für ehrenvoll und gewinnreich hielten. Durch dieß Verhältniß war aber noch lange keine ſolche Abhängigkeit begründet, daß die Pforte jene Länder als zu ihrem Gebiete gehörend betrachten und ſie an eine fremde Macht abtreten konnte.

Eben ſo wenig wie Rußland ein Recht durch den Tractat von Adrianopel auf den ſüdlichen Theil Caucaſiens erwerben konnte, gelang es ihm, ſeine Herrſchaft dorthin auszudehnen. Die tapferen Gebirgsvölker, die nie die Oberhoheit eines fremden Staates anerkannt hatten, ſezten den Anſprüchen Rußlands einen Widerſtand entgegen, welcher entſchiedener und ſchneller wirkte, wie diplomatiſche Protokolle. 1834 wurden Nachrichten in Europa über die Niederlagen ruſſiſcher Truppen im Caucaſus verbreitet, die bei der damaligen, ſeit dem Polenkriege wiederhergeſtellten Meinung von der militäriſchen Macht des Kaiſerreichs einen ſonderbaren Eindruck bewirkten, denen man anfangs nicht recht glauben wollte, welche die cenſirte und theilweiſe für Rußland feile Preſſe Deutſchlands als ungegründet erklärte, die jedoch immer mehr, ſogar von Rußland aus beſtätigt wurden, obgleich dieſer Staat bekanntlich ſonſt alle Nachrichten über Vorgänge im Inneren von den Grenzen zurückzuhalten verſteht. 1835 und 36 wiederholten ſich die Nachrichten, ſichere Berichte kamen über Conſtantinopel nach England; die ſonſt getheilten Stämme hätten ſich vereinigt gegen den gemeinſamen Feind, die Operationen der ruſſiſchen Armeecorps ſeyen erfolglos geweſen, bei jeder Expedition hätten Tauſende ihren Untergang in den Schluchten des Caucaſus gefunden u. ſ. w. Kurzum, die Erfolgloſigkeit der ruſſiſchen Unternehmungen ward von Conſtantinopel aus bekannt genug, wo alte Familienverbindungen u. ſ. w. den Verkehr mit Tſcherkeſſien nicht aufhören ließen. Engländer begaben ſich nach

Tſcherkeſſien, um die Verhältniſſe genauer kennen zu lernen und um den Widerſtand gegen den jetzigen Nationalfeind zu befördern und zu unterſtützen. Man wußte, daß die Ruſſen nur einzelne befeſtigte Punkte beſaßen, beſonders an der Küſte, daß ihr Einfluß aber auch dort nicht weiter, wie ihre Kanonen reichte, daß europäiſche Hülfe, wenn auch nur von Privatperſonen und nicht offen von einem Staate ausgegangen, daß Zufuhr von Munition und Waffen der ruſſiſchen Macht die Unmöglichkeit des Sieges erſchaffen würde.

Noch ehe von Rußland die Operationen im Caucaſus mit größerer Anſtrengung begonnen waren, hatte das ruſſiſche Cabinet Maßregeln eingeleitet, um jenen Verkehr zu hemmen, das in Anſpruch genommene Gebiet auf ähnliche Weiſe, wie das übrige Rußland dem Auslande gegenüber zu ſtellen, und ſomit die Einwirkung der Fremden bei den zu erwartenden Kämpfen zurückzuhalten, und die Kunde der dortigen Ereigniſſe dem Auslande zu verſchließen. Unmittelbar nach der Einnahme Warſchau's **1831** wurden Quarantaine- und Zollanſtalten in den zwei Punkten, die Rußland an der Küſte beſaß (Anapa und Redoute-Kaleh), gegründet, und die übrige Oſtküſte des Schwarzen Meeres ausdrücklich dem Handel fremder Nationen verſchloſſen. Der wahre Grund wurde nicht angegeben, ſondern als Vorwand dienten eben ſowohl, wie bei Verſchließung der Donaumündung, die gewöhnlichen im Verkehre ſtattfindenden Beſtimmungen über Geſundheitspolizei und Zollerhebung. Die hierauf bezügliche kaiſerliche Ukaſe ward in Conſtantinopel den fremden Geſandten

angezeigt, und zugleich bemerkt, daß jeder Verſuch der Seefahrer, ſich mit jenen Küſten in Verkehr zu ſetzen, die beiden genannten Punkte ausgenommen, als Schleichhandel betrachtet und beſtraft werden würde. Kurzum, die ganze Oſtküſte des Schwarzen Meeres wurde in Blokadezuſtand verſezt; Rußland übte ſomit eine Gewalt aus, die ihm nach dem Vorhergehenden von England abgeſprochen werden mußte. Zugleich wurde von Rußland ein Geſchwader abgeſandt, um die ausgeſprochene Blokade durchzuführen.

Bei den beſonderen Schifffahrtsverhältniſſen des Schwarzen Meeres, eines der gefährlichſten durch Stürme und Untiefen, ſo wie bei der nicht ſehr ausgezeichneten nautiſchen Geſchicklichkeit der ruſſiſchen Flotte wurde jene Blokade nicht ſtreng beobachtet. 1834 und 35 war der Verkehr mit Tſcherkeſſien von Conſtantinopel, Synope u. ſ. w. aus nicht unbedeutend. Von Rußland aus wurde ſomit das Bewachungsgeſchwader der tſcherkeſſiſchen Küſte verſtärkt, und der ruſſiſche Geſandte in Conſtantinopel brachte am 13. September 1836 die obenerwähnte Ukaſe den fremden Reſidenten wieder in Erinnerung. Dieß Verfahren konnte jedoch auf England keine rechtliche Rückwirkung äußern. Die Blokade war nicht anerkannt, und offenbar hat die Whig-Regierung ſich geweigert, dieſelbe für die brittiſche Flagge einzugeſtehen. Sie ließ die Ukaſe in der amtlichen Zeitung nicht abdrucken, bewies ſomit, daß ſie die Gültigkeit derſelben nicht zugeſtand, und ſcheint auf diplomatiſchem Wege Proteſt eingelegt zu haben.

Bald kam die Sache auf den Punkt der Entſcheidung, wie es ſcheint, durch abſichtliche Veranlaſſung, indem Mehrere im Innern der Whig-Partei einiges Mißtrauen gegen Lord Palmerſton hegten, und ihn gewiſſermaßen zwingen wollten, daß er jener Verletzung Rußlands in Betreff der von dieſem Staate eingegangenen Verpflichtungen mit Energie entgegentrete. Die Sache iſt bis jezt noch nicht klar; übrigens ſcheinen ſogar einige engliſche Diplomaten, die der Regierung dienten, an der Sache Theil genommen zu haben, um Lord Palmerſton zu ſchlagenden Schritten gegen Rußland gewiſſermaßen zu nöthigen. Wie dem auch ſey, ein Schiff wurde, um die Blokade zu verletzen, ausgerüſtet, nicht in ſolcher Weiſe, wie es in ſolchen Fällen zu geſchehen pflegt, ſondern ſo öffentlich, daß die Zeitungen vorher von der Ausrüſtung ſprachen. Es war ein Schooner, genannt Vixen, ausgerüſtet von einem engliſchen Handelshauſe Bell in Buchareſt, nicht mit Kriegsmaterial, ſondern nur mit Salz beladen, und unter dem Vorwande, Handelsverbindungen mit den Tſcherkeſſen anzuknüpfen, abgeſandt. Bell, ein Mann, der ſeitdem in Tſcherkeſſien ſelbſt berühmt geworden und nicht ohne Einfluß auf die dortigen Ereigniſſe geblieben iſt, wandte ſich zuerſt an Lord Palmerſton mit der Anfrage, ob die ruſſiſche Blokade anerkannt ſey. Lord Palmerſton gab eine ausweichende Antwort; er ſagte weder ja noch nein, ſondern verwies Bell auf die Gazette, worin die Blokade-Ukaſe nicht aufgenommen war. Bell erhielt alsdann in Conſtantinopel von dem brittiſchen

Geſandten, Lord Ponſonby, die beſtimmte Erklärung, jene Blokade ſey widerrechtlich; wie es ſcheint, ſo hat ein Mitglied der Geſandtſchaft, Urquhart, ein entſchiedener Ruſſenfeind, ſeit dem Vorfall aber perſönlicher Feind von Palmerſton, Bell beſonders aufgemuntert, den Verſuch zu machen. — Das Schiff war übrigens verſichert, ſo daß keinenfalls der Unternehmer in Schaden gerathen konnte.

Der Vixen landete ſomit an einer von den Ruſſen verbotenen Stelle; Bell ſezte ſich mit den Circaſſiern in Verbindung, erregte bei denſelben Hoffnungen auf brittiſche Hülfe und ſammelte Nachrichten über die Verhältniſſe des Landes. Nachdem er 36 Stunden vor Anker gelegen hatte, wurde er am 26. November 1836 von der ruſſiſchen Kriegsbrigg Ajax bemerkt und ohne Widerſtand genommen, mit der Mannſchaft nach Sebaſtopol gebracht und dort als Schleichhändler confiscirt; die Beſatzung wurde anfangs mißhandelt und mit Strafen bedroht, jedoch bald darauf wieder freigegeben, wie es von Rußland aus hieß, weil die Schuld des Vergehens ihr nicht zuzuſchieben ſey, ſondern allein Denjenigen, von welchen die Ausrüſtung ausgegangen war, offenbar jedoch, um das Geſchrei in England nicht zu vermehren und diplomatiſchen Schwierigkeiten auszuweichen. Bald darauf wurde ein ruſſiſches Manifeſt über den Vorfall erlaſſen.

In England ward die Aufregung bei allen Parteien allgemein; die Herrſchaft eines beſtimmten Meeres war ausſchließlich von Rußland in Anſpruch genommen, die engliſche Flagge beſchimpft und ein von

England nicht anerkanntes Beſitzrecht auf ein unabhängiges Gebiet behauptet worden. Kriege wurden früher wegen unbedeutenderer Veranlaſſungen begonnen; man ſah die Zeit gekommen, worin England dem ohnedem verhaßten Tractat von Unkiar-Skeleſſi offen trotzen und Kriegsſchiffe in das Schwarze Meer ſchicken würde, wenn auch nur unter dem Vorwande, den engliſchen Handel mit der Oſtküſte des Schwarzen Meeres zu ſchützen. Allein bald bemerkte man die Schwäche Lord Palmerſton's, der anfangs auch bei dieſer Gelegenheit einen hohen Ton geführt zu haben ſcheint. Urquhart, der, wie er erwähnt, beſonders thätig geweſen war, die Fahrt des Vixen zu veranlaſſen, ward von der Geſandtſchaft in Conſtantinopel zurückberufen, Bell mit ſeinen Klagen von den Miniſtern abgewieſen, und als die Sache im Parlamente 1838 und 39 zur Sprache kam, überging Lord Palmerſton den Hauptpunkt, nämlich die Anſprüche, die England nach früheren Tractaten auf die Nichtvergrößerung Rußlands in jenen Gegenden zu machen habe, ſondern ſtellte allein die Angelegenheit als eine Privatſache Bell's dar, wegen welcher kein auswärtiger Krieg begonnen werden dürfe. — Die Scheu der Whig-Miniſter vor einem Kriege gegen Rußland lag am Tage, und jene Macht wurde ſomit zu neuen Uebergriffen zum Schaden Englands ermuthigt.

Von Rußland aus ſchien man weniger Scheu vor einem Zuſammentreffen mit England zu hegen. Bald nach dem Vorfall mit dem Vixen erſchien in der Moskauer Zeitung ein erbitterter und drohender Artikel

gegen Großbrittannien, der bei den inneren Verhältniſſen des ruſſiſchen Reiches einem Manifeſte der Regierung gleich kam. Dergleichen Dinge waren freilich auf diplomatiſchem Wege leicht beizulegen, anders verhielt es ſich mit der Politik Rußlands in Betreff von Centralaſien, welche jezt offen genug hervortrat, um auch die Regierung des Generalgouverneurs von Indien, Lord Auckland, zu beunruhigen. Zu derſelben Zeit, als der Vorfall mit der Vixen ſich ereignete, und die Schwäche der Whigs nach Außen darlegte, war der engliſche Einfluß in Perſien dem ruſſiſchen gänzlich gewichen und der Schah erſchien als ein Werkzeug in den Händen Rußlands, um die Plane dieſer Macht nach Indien zu fördern; Plane, die anfangs in England ſelbſt für chimäriſch galten, deren mögliche Durchführung jedoch wenigſtens ſeit 1833 nicht mehr bezweifelt, und von Oberſt Chesney nach einer im Auftrage der Regierung geſchehenen Unterſuchung des Landes als ausführbar dargelegt wurden.

Unmittelbar nach dem ruſſiſch-perſiſchen Kriege war der Einfluß Englands in Perſien überwiegend, und der unzweifelhafte Zweck Englands, die Organiſirung dieſes Reiches, wodurch daſſelbe zum ſpäteren erfolgreichen Widerſtand gegen den Feind im Nordweſten befähigt werden könnte, zu unterſtützen, die bisher mit Bürgerkriegen ſtets verbundene Thronfolge zu ſichern und dadurch Rußland die Gelegenheit zur etwaigen Einmiſchung in die inneren Angelegenheiten des Reiches zu benehmen, endlich durch Handel und Verbindungen anderer Art die Intereſſen der Perſer mit dem

brittiſchen zu verknüpfen, und eine Partei für England am Hofe und im Volke zu bilden. Was den erſten Punkt betrifft, ſo wurden zahlreiche Offiziere der brittiſch-indiſchen Armee nach Perſien geſandt, denen es wenigſtens gelang, dem Schah ein Heer zu erſchaffen, wie er es Rußland bisher nicht hatte gegenüberſtellen können; auch die zweite Beſtrebung gelang in ſo weit, daß der engliſche Geſandte Maßregeln einleitete, wodurch zum erſten Mal nach einem Jahrhundert die Thronfolge befeſtigt und für einen Prinzen geſichert erſchien (Abbas Mirza), welcher offenbare Anhänglichkeit an Großbrittannien hegte; in Betreff des dritten Punktes waren dagegen alle Anſtrengungen geſcheitert. Perſien erwies eine noch größere Zerrüttung und noch mehr inneren Verfall, wie die Türkei; alle Engländer (Fraſer, Chesney) erkannten in Perſien die gänzliche Verderbtheit nicht allein der Herrſchenden, ſondern auch des Nationalcharakters die vollkommenſte Gleichgültigkeit des Volkes in Betreff ſeiner Regierung, mogte dieſelbe eine einheimiſche oder fremde ſeyn; Chesney erklärte in einem offiziellen Memoir an die engliſche Regierung, das Volk ſey geeignet, ſich jeder fremden Eroberung und jedem Einfluſſe von Ausländern ohne Widerſtreben zu fügen; Unzuverläſſigkeit und Betrügerei war der hervorragende Zug des Nationalcharakters; kurzum, die Nation befand ſich in demjenigen Zuſtande, worin einer ehrgeizigen und ihre Maßregeln auf Intrigue, Beſtechung und Gewalt berechnenden Macht ein freier Spielraum unter allen Volksclaſſen geboten wird. Von der dauernden Befeſtigung

eines Einfluſſes, der ſeine Begründung auf Nationalintereſſen finden würde, war nicht die Rede.

Nur militäriſche Fähigkeiten wurden von den Engländern beim Volke bemerkt, welches nicht ohne kriegeriſchen Muth durch Mäßigkeit und körperliche Abhärtung geeignet erſchien, die europäiſche Disciplin ſich anzueignen. Der Handel aber war unbedeutend ſogar in Vergleich mit demjenigen, welcher ſonſt von Indien aus über Centralaſien getrieben wurde. Das Land durch Bürgerkrieg und Despotismus verarmt, ſchien keine bedeutende Elemente zu einem wiederaufblühenden Wohlſtande zu enthalten; kurzum, die Wichtigkeit Perſiens für Großbrittannien beruhete weniger auf der inneren Bedeutung, auf der wiederum möglichen Blüthe, und den dadurch bedingten vortheilhaften Verkehr, wie auf der Lage zwiſchen Rußland und den Indusländern; Perſien konnte mit einem organiſirten Heere und unter engliſchem Einfluß den Ruſſen eine jede Möglichkeit abſchneiden, nach dem Süden von Aſien vorzudringen, und im entgegengeſezten Falle als Werkzeug dienen, den Engländern wenigſtens zahlreiche Verwirrungen in ihrem mächtigen indiſchen Reiche zu erwecken, ihren Handel zu ſtören, die muhammedaniſche Bevölkerung aufzuregen u. ſ. w.

Abbas Mirza ſtarb 1833, und mit deſſen Tode unterlag der Einfluß der Engländer. In Teheran begann ein Spiel von Palaſtintriguen, ein Feld, worauf die Engländer ſtets ihrem in dieſer Hinſicht ſchlaueren Gegner um ſo mehr haben weichen müſſen, da keine Claſſe unter den Britten an das Treiben abſoluter

Höfe recht gewöhnt iſt. England und Rußland trafen zwar in der Empfehlung des Nachfolgers (Mohamed) zuſammen, allein es erwies ſich bald, daß die Erwartungen von Großbrittannien in Betreff deſſelben getäuſcht waren. Ein engliſcher Offizier nach dem andern wurde aus dem Heere entfernt, oder durch Chikane dazu genöthigt, ſeinen Abſchied zu fordern; die Stellen derſelben wurden durch Ruſſen beſezt; in der inneren Regierung des Landes herrſchte bald der ruſſiſche Geſandte, und der engliſche (Ellice) kam eben durch entſchiedene, von einem despotiſchen Hofe ungern gehörte Aeußerungen mit demſelben in ein geſpanntes Verhältniß. Es ergab ſich als klar, daß England keine zuverläſſige Partei in Perſien beſaß.

Noch deutlicher trat der Einfluß Rußlands in den kriegeriſchen Unternehmungen des Schah's Mohamed ins Licht. Englands Rath ſcheint dahin gelautet zu haben, der Schah möge zur Conſolidirung ſeines Reiches die unabhängigen Gebirgsſtämme im Norden, Oſten und im Innern zur Unterwerfung oder wenigſtens zur Anerkennung ſeiner Oberhoheit bringen; Rußland gab dem Ehrgeize des jungen Schah's eine andere für England ſchädliche Richtung, die Wiedereroberung derjenigen Staaten im Süden, die zu verſchiedenen Zeiten (z. B. im Anfang des 18ten Jahrhunderts) zum Reiche gehört hatten, die ſeit dem Macedonier Alexander ſtets den Weg darboten, von wo aus angreifende Heere Indien überſchwemmten. Der Ehrgeiz des perſiſchen Monarchen zur Wiedererwerbung jener früher zum Reiche gehörenden Provinzen

wurde um ſo leichter angeregt, weil derſelbe darin ein Mittel fand, den Verluſt der an Rußland abgetretenen Provinzen im Nordweſten einigermaßen wieder auszugleichen, und ſo die Macht des Reiches wiederherzuſtellen. Bald nach der Thronbeſteigung des Schahs war der ruſſiſche Einfluß in Teheran bereits ſo überwiegend, daß der engliſche Geſandte und engliſche Agenten, die in den Ländern nördlich vom Indus in nicht unbedeutender Zahl verbreitet waren, die Richtung der beabſichtigten Feldzüge als eine feindſelige gegen England erkannten, vergeblich proteſtirten und die Whig-Miniſter warnten. Kurzum, die Lage der Dinge hatte ſich in ſolcher Weiſe herausgeſtellt, daß jene Bemühungen, Perſien eine Militärmacht zu verſchaffen und die Hülfsquellen des Reiches zu organiſiren, welche nicht allein durch engliſche Offiziere, ſondern auch durch engliſches Geld befördert waren, gegen England gerichtet wurden.

1837 gelangte die Nachricht nach Europa, der Schah beginne einen Zug zur Eroberung Herats, eines Afghanen-Staates, welcher früher zu Perſien gehört, dann einige Zeit lang die Oberherrſchaft des Reiches zugeſtanden hatte, allein ſchon ſeit längerer Zeit ſelbſtſtändig und von England aus als ſolcher anerkannt war. Die Lage dieſes Staates iſt von ſolcher Art, daß alle Karawanenſtraßen aus Norden und Weſten, die nach Indien führen, hier zuſammenſtoßen; daß ferner ſowohl für den Handel wie für den Krieg der Zugang nach Indien hier ein leichter iſt, daß endlich eine Invaſion der Halbinſel von hier aus um ſo ſchneller

ausgeführt werden kann, da die Turkomannenſtämme, bei denen ein Eroberungszug nach Indien durch hiſtoriſche Erinnerungen noch immer populär iſt, hier am bequemſten ſich zu ſammeln und, wie engliſche Agenten behaupten, eine Maſſe von 40,000 Mann Reiterei zuſammenzubringen vermögen. Nun iſt es zwar die Frage, ob ſogar ein ſtarkes ruſſiſches Heer die in jeder Hinſicht wohlbegründete und durch die Anhänglichkeit der Mehrzahl einer ſtarken Bevölkerung gehaltene engliſche Macht in Oſtindien ſtürzen könnte; viel weniger würde ein perſiſches Heer oder ein Schwarm undiſciplinirter Truppen vermögen, allein jedenfalls würde durch einen ſolchen Angriff die Entwickelung des Landes aufgehalten, der engliſche Handel verkürzt und dadurch eine Rückwirkung auf die Verhältniſſe und die Ruhe im Innern Großbrittanniens ausgeübt, welche in jeder Hinſicht nachtheilig empfunden, und bei den mannigfachen und überall ineinandergreifenden Verhältniſſen des mächtigen Staates von unberechenbaren Folgen ſeyn könnte.

Als die Nachricht vom Zuge nach Herat in England anlangte, verſtand man allgemein ſehr wohl die Bedeutung jener Expedition, welche den Schlüſſel Indiens unter ruſſiſchen Einfluß eben ſo bringen ſollte, wie Perſien ſelbſt. Lord Palmerſton erließ an den Generalgouverneur Indiens (Lord Auckland) und an den engliſchen Geſandten in Teheran Inſtructionen, welche eine beſtimmte und entſchiedene Entgegenwirkung vorſchrieben. Allein er unterließ es jezt und ſpäter, den Schlag gegen die Macht zu führen, welche alle

jene Verhältniſſe veranlaßt hatte. Englands Strafe traf allein die Werkzeuge jener Macht; in Europa beſchränkte ſich die Thätigkeit Lord Palmerſton's auf diplomatiſche Noten. Die Folgezeit hat das Unzweckmäßige dieſer Politik erwieſen. England hat größeres Unglück durch dieſelbe erlitten, wie ihm durch einen Krieg mit Rußland in Europa wahrſcheinlich zugefügt worden wäre, und die Folgen der Vorgänge im Norden Indiens laſſen ſich nicht vorherſehen. Englands Unthätigkeit in Betreff der Tſcherkeſſen, welche bereits als nachtheilige Schwäche erſcheinen konnte, hat wenigſtens Rußland keinen Vortheil gebracht, denn der Caucaſus iſt bisher das Grab aller ruſſiſchen dort kämpfenden Heere geweſen; in Centralaſien dagegen haben ſich die Folgen der ruſſiſchen Politik als höchſt ſchädlich für England ergeben, ohne daß Rußland ſelbſt dem geringſten Nachtheil ausgeſezt wurde.

Die Perſer fanden bedeutenden Widerſtand in Herat und wurden zu einer langdauernden Belagerung genöthigt. Waren ſie mit allen Hülfsmitteln europäiſcher Kriegskunſt verſehen, ſo entbehrten auch die Belagerten nicht der europäiſchen Mittel zur Vertheidigung. Dieſelbe wurde von einem engliſchen Ingenieur geleitet; einzelne Stürme mißlangen. Bald trat England entſcheidend auf. Der engliſche Geſandte hatte ſich ſchon früher von Teheran entfernt, und dadurch die feindliche Stellung ſeines Hofes kund gegeben. Bald folgten erneuerte Forderungen, das Heer von Herat zu entfernen, und als hiedurch Nichts ausgerichtet wurde, wirkliche Feindſeligkeiten gegen Perſien.

Das perſiſche Lager vor Herat bildete mittlerweile den Mittelpunkt mannigfacher Intriguen, um an allen Grenzen den Engländern Feinde zu erwecken, Intriguen, die ſich bis nach Hinter-Indien hin erſtreckten. Die Thätigkeit der ruſſiſchen Agenten umfaßte bereits ein ſolches Gebiet, daß ohne alle die genannten Vorgänge Grund zur Beunruhigung ſich für England vorfand. Auf dem Gebiete eines engliſchen Vaſallen, des Fürſten von Oude, ward eine Geſandtſchaft von Nepal an den Schah von Perſien verhaftet und die Papiere ihr abgenommen. Der Generalgouverneur erfuhr, daß der Fürſt jenes Reiches im Himalaya-Gebirge, ſeit 1814 und 15 ein alter Feind Englands und damals beſiegt und zum nachtheiligen Frieden gezwungen, mit dem Schah ein Bündniß geſchloſſen hatte, um die Feindſeligkeiten zu beginnen. Der Kaiſer von Birma, jenes 1826 von England gedehmüthigten und beſiegten Reiches, weigerte ſich, den von ſeinem Vorgänger abgeſchloſſenen Frieden anzuerkennen, und rüſtete ein Heer, um den Engländern in die Flanke zu fallen.

Bisher war Perſien in allen dieſen Intriguen von Rußland vorgeſchoben worden; 1838 trat dieſe Macht ſelbſt als unterhandelnd in den vom Indus nördlich gelegenen Staaten auf, und erweckte England einen Feind, der ſich bisher als der gefährlichſte von allen erwieſen hat. Ein ruſſiſcher Agent, Vitkawitſch, erſchien bei Doſt Mohamed, dem Fürſten von Kabul, einem Afghanen-Staat, der ſeitdem England die unheilvollſten Kämpfe erweckte.

Die Lage dieſes Theiles von Afghaniſtan iſt eine

ähnliche, wie die von Herat, in Betreff der Gefahr, welche bei einer Invaſion Indiens England von dorther bedrohen könnte. Die beiden Hauptſtädte Kabul und Kandahar bilden eben ſo Verbindungspunkte mit Perſien und Hochaſien, wie Herat, und waren ſchon lange der Mittelpunkt eines für England einträglichen Carawanenhandels, auf welchem brittiſche Fabrikate bis in das weſtliche China gelangten. Das ganze Land, Herat mit inbegriffen, war von einem kriegeriſchen und unternehmenden, durch Hofdespotismus nicht entnervten Volke bewohnt, welches, früher durch Einfälle und Raubzüge nach Indien bekannt, ſeit der Herrſchaft der Engländer aber auf ihr Gebiet beſchränkt, weder ſeine früheren Plünderungen vergeſſen, noch auch die Hoffnung auf dereinſtige Erneuerung derſelben aufgegeben hatte. Außerdem iſt das Land zwar theilweiſe gebirgig und unfruchtbar, aber an den Hauptſtraßen und in der Nähe der Städte dagegen fleißig bebaut und durchaus nicht arm, ſo daß eine Invaſionsarmee nach Indien Vorräthe und alles zum Kriege Nothwendige dort würde finden können. Wegen des ganzen Verhältniſſes, ſo wie wegen der ſpäteren Verwickelungen, durch welche England in die Einwirkung auf jene Afghanen-Staaten hineingeriſſen wurde, iſt eine Darſtellung der inneren Verhältniſſe nothwendig.

Afghaniſtan bildete einen Theil des mongoliſchen Reiches bis zur Invaſion Nadir Schah's (1735), als dieſer turkomanniſche Tyrann die Sophis in Perſien geſtürzt und ſich an ihre Stelle als Schah geſezt hatte. Bekanntlich hat dieſer Eroberer das Reich des Großmogul,

wenn auch nicht gänzlich zerſtört, doch in der Art untergraben, daß es bald in Trümmer zerfiel, deren Beſitz die Engländer und Franzoſen anfangs ſich ſtreitig machten, bis daſſelbe Erſteren endlich anheimfiel. Als Nadir Schah das bereits zerbrochene Scepter dem Großmogul wieder zurückgab, erwarb er die Provinzen nördlich vom Indus, die unter dem Namen Afghaniſtan bekannt ſind. Nach der Ermordung Nadir Schah's durch ſeine Waffengefährten ging aber der Beſitz für Perſien verloren. Achmet Khan, ein Feldherr des perſiſchen Uſurpators und Haupt des Stammes Durani riß die Herrſchaft an ſich und ließ ſich 1747 zu Kandahar krönen. Dieſer Häuptling, ſchlau und tapfer, benuzte die damalige Verwirrung Perſiens und hinterließ ſeinem Sohne Timur ein Reich, welches ſich an den Oxus im Norden bis an die Mündung des Indus im Süden und bis an Meſchid (in Perſien) im Weſten ausdehnte. Timur regierte in Frieden; das Land ward reich und blühend; indeß nach ſeinem Tode begann eine Verwirrung, welche bis auf unſere Tage fortdauerte und welche Großbritannien zu beſchließen vergeblich geſucht hat, indem es dieß Land in dieſelbe Abhängigkeit, wie ſo viele andere Gebiete Indiens mit einheimiſchen Fürſten zu bringen ſich bemühete. Jene Abhängigkeit der Unterthanen, welche in morgenländiſchen Despotieen gewöhnlich iſt, fand ſich nicht in Afghaniſtan. Beſonders in den Gebirgen fanden ſich zahlreiche auf eine gewiſſe Selbſtſtändigkeit trotzende Stämme, deren Häupter den Fürſten eher als den Erſten ihres Gleichen, wie als

unbedingten Oberherrn anerkannten, nur unter Bedingungen gehorchten, und oft eine Einwirkung auf die Regierung in Anſpruch nahmen. Ein ſolcher Stamm, die Bareskais, ſeitdem wirkliche Fürſten, trat 1793 zuerſt als mächtig auf, entſchied nach Timurs Tode die Beſetzung des Thrones und behauptete denſelben für einen Sohn des verſtorbenen Fürſten, Schah Seman, gegen deſſen Brüder, Schudja und Mahmud. Wie es früher bei jedem Thronwechſel in Perſien der Fall war, erfolgten bald darauf Unruhen; die Bareskais, wie es ſcheint, durch die Mehrzahl der Stammhäupter anfangs unterſtüzt, walteten bereits als Herren, entthronten den Schah, ernannten deſſen Bruder Mahmud zum Fürſten, und nahmen bald diejenige Stellung ein, welche bei heruntergekommenen Dynaſtieen despotiſcher Reiche gewöhnlich iſt, indem zwar der Schein der Gewalt dem Herrſcherhauſe zu verbleiben pflegt, allein von mächtigen Unterthanen nur zur Erleichterung des Gehorſams benuzt wird.

Wie erwähnt, hat ein eigentlich orientaliſcher Despotismus in Afghaniſtan nie vollkommen geherrſcht. Die Häupter der Stämme nahmen dem Throne gegenüber eine gewiſſe Unabhängigkeit ein, und ſtanden wiederum zu ihren Unterthanen nur in einem ähnlichen Verhältniſſe als Lehens- und Familien-Oberherrn, wie früher die Häuptlinge ſchottiſcher Clans, führten dieſelben in den Kriegen u. ſ. w. In den Städten wohnte dagegen eine theilweiſe verſchiedene Bevölkerung, beſonders zahlreiche Perſer und Armenier, den Stammhäuptern oft feindlich, eher an Despotismus gewöhnt,

jedoch zu Zeiten ebenfalls unruhig, bald in die inneren Streitigkeiten ebenfalls hineingeriſſen und in den verſchiedenen Kämpfen der Thronprätendenten zulezt den Ausſchlag gebend. Als nun die Bareskais die Gewalt im Anfange dieſes Jahrhunderts bereits übten, wurde die Mehrzahl der Stammhäupter auf die hervorragende Stellung derſelben, die früher als Gleiche der Uebrigen gegolten hatten, eiferſüchtig und unterſtüzte einen Aufſtand des Bruders von Mahmud, Schudſcha, welcher nach einem kurzen Bürgerkriege 1803 durch den Willen der Mehrheit den Thron beſtieg und bis 1809 herrſchte.

Schudſcha, ſpäter der Schützling der Engländer, regierte bis 1809 ziemlich ungeſtört, jedoch auf eine Weiſe, welche den Gewohnheiten und Verhältniſſen der Afghanen widerſtrebte. Er hielt ſich einen orientaliſchen Hof, umgab ſich mit fremden Wachen, verlezte ſeine Unterthanen ſowohl durch die Zurückhaltung ſeiner Perſönlichkeit in orientaliſch-despotiſcher Weiſe und durch das Verlangen einer ſclaviſchen Etikette, wie durch häufige Gewaltmaßregeln gegen Perſonen und Eigenthum bei trotzigen Häuptlingen, und ſogar bei den friedlicheren Städtebewohnern. Die Unzufriedenheit ſcheint allgemein geweſen zu ſeyn. Der Stamm der Bareskais, zu mächtig, um unterdrückt zu werden (er ſoll 60,000 Familien zählen), fand bald wieder allgemeinen Anhang; 1809 griff er zu den Waffen, ſchlug den Schah Schudſcha, obgleich dieſer ein zehnmal ſtärkeres Heer ihm entgegengeſezt haben ſoll, und ſtellte das frühere Verhältniß wieder her; Mahmud

wurde auf den Thron erhoben und von den Bareskais bevormundet. Schudſcha floh zum Fürſten von Lahore, Rundſchit Singh, ward von dieſem mißhandelt und in Gefangenſchaft gehalten, bis es ihm gelang, nach Brittiſch-Indien zu entkommen. Der Generalgouverneur nahm ihn gütig auf und bewilligte ihm eine Penſion, vielleicht um den vertriebenen Fürſten gelegentlich benutzen zu können; für jezt aber ward jede Theilnahme an den inneren Kämpfen der Afghanen weislich abgelehnt.

Bis dahin war das Afghanen-Reich unverſehrt geblieben und wurde auch noch einige Zeit lang in der früheren Ausdehnung erhalten; Angriffe der Perſer wurden vom Haupte der Bareskais, Feth-Khan, tapfer zurückgeſchlagen; allein nach einer Reihe von Jahren wurde ein Stück nach dem andern losgeriſſen. Der Zuſammenhang hörte zuerſt im Innern auf. Der Fürſt ward der Vormundſchaft überdrüſſig, welche die Bareskais übten; wie es hieß, ließ er auf Anrathen ſeines Sohnes Kamram, des jetzigen Schah's von Herat, das Haupt des Stammes verrätheriſch verhaften, blenden und dann hinrichten. Er floh ſogleich nach Herat; die Bareskais aber griffen zu den Waffen, die Perſer in den Städten Cabul und Candahar nahmen ihre Partei und von jezt an (1818) war die Herrſchaft dieſer Familie in dem größeren Theile des Landes begründet. Das Haupt derſelben, Doſt Mohamed, herrſchte in Cabul, ein Bruder dieſes Mohamed in Candahar und ein dritter in den weſtlichen, an das Reich der Sikhs ſtoßenden Provinzen; der

Familie Durani blieb allein Herat. Schah Schudſcha ſuchte 1823 den Thron wieder zu erobern, ward aber wiederum zur Flucht nach Brittiſch=Indien genöthigt.

Unter jenen Verhältniſſen riß eine bedeutende Verwirrung ein; die meiſten Stammhäupter blieben ſo gut wie unabhängig und gehorchten den Bareskais in der Regel nur gezwungen, oder bedingter Weiſe. Die Macht derſelben ſtüzte ſich dagegen in den Städten auf die zahlreiche perſiſche Colonie, und hatte nicht ſelten auch von Seiten der Lezteren mit Empörungen zu kämpfen. Die Brüder ſelbſt waren ebenfalls von einander ſo gut wie unabhängig, obgleich Doſt Mahomed als Haupt der Familie und als der mächtigſte galt. Dieſer ſoll ſeine Herrſchaft oft durch Gewaltſtreiche geübt, allein ſeine Macht nicht bedeutend gemißbraucht haben. Er fügte ſich wenigſtens den Gewohnheiten der Afghanen, galt eher der Erſte unter Gleichen, wie als morgenländiſcher Despot, zeigte große Thätigkeit und Scharfſinn in den Geſchäften, übte keine Erpreſſungen u. ſ. w. Die Folge hat wenigſtens erwieſen, daß er mehr Anhänglichkeit unter den Afghanen, wie Schah Schudſcha beſaß; auch geſtehen einzelne Engländer, die ihn perſönlich zu haſſen ſcheinen, den Umſtand zu, daß er im Ganzen gut regiert und nur Ungerechtigkeiten zur Behauptung ſeiner Regierung geübt habe. Es war übrigens natürlich, daß bei einer wilden und gewaltthätigen Freiheit, wie ſie die Stammhäupter zu behaupten wußten, an ein regelmäßiges und geordnetes Verfahren nicht zu denken war.

Unter dieſen Verhältniſſen ward die Verwirrung von dem mächtigſten Nachbar des Afghanen-Staates, Rundſchit Singh, benuzt, um ſein Reich auf Koſten deſſelben zu vergrößern. Bekanntlich hat jener merkwürdige Mann durch einen Hindu-Stamm in Lahore ein Reich gebildet, welches durch die bewaffnete Macht, wie durch innere Organiſation allen umliegenden aſiatiſchen Staaten überlegen war und auch von der brittiſch-indiſchen Regierung in anderer Weiſe betrachtet wurde, wie dieß ſonſt hinſichtlich aſiatiſcher Staaten der Fall iſt. Rundſchit Singh, oder vielmehr zwei ehemalige napoleoniſche Offiziere, Allard und Ventura, hatten ein auf europäiſche Weiſe diſciplinirtes Heer gebildet; jene Fähigkeit zum europäiſchen Kriegsdienſte und die Tapferkeit der Hindus, welche die Engländer in ihren Seapoys zur Genüge ausgebeutet haben, wurde zum erſten Mal in großer Ausdehnung von einem einheimiſchen Fürſten benuzt, deſſen Herrſchaft ohnedem durch eine vollkommen geordnete und durchaus nicht unpopuläre Verwaltung gekräftigt wurde. Rundſchit Singh und ſein Staat war bei den Hindus beliebt; die Sikhs ſind nämlich Anhänger der brahminiſchen Religion nach einer im 15ten Jahrhundert ſtattgefundenen Reformation; ſchon dieß Verhältniß bewirkte eine feindliche Stellung jenes Fürſten (Maharadſcha) gegen die mahomedaniſchen Afghanen-Staaten, indem der alte Haß beider Religionen einen Krieg gegen Moslem populär machte. Da aber die brittiſche Regierung in Indien ihre Macht wenigſtens theilweiſe auf dieß Verhältniß bei Begünſtigung

der Hindus ſtüzt, ſo war ſchon hierdurch eine freundſchaftliche Berührung mit Rundſchit Singh gewiſſermaßen vorgeſchrieben.

Rundſchit Singh lag mit den Afghanen in beinahe immerwährendem Kampfe. Die wilde Tapferkeit derſelben vermogte es nicht, einem muthigen und zugleich disciplinirten Heere zu widerſtehen, um ſo weniger, da Lezteres eine offene oder verdeckte Unterſtüzung bei den Hindus in dem Afghanen-Staate fand. Rundſchit Singh nahm zuerſt das linke Ufer des Indus in Beſitz, eroberte ſpäter Kaſchemir und Peſchawer auf dem rechten, oder machte einen Bruder Doſt Mohamed's in Lezterem ſich tributpflichtig. Kurzum, die Afghanen ſtanden Lahore gegenüber im Nachtheil; Doſt Mohamed aber konnte nie den Verluſt der lezteren Provinz (Peſchawer) vergeſſen und ſtrebte fortwährend nach deren Wiedereroberung, wobei offenbar das ganze Afghanen-Volk auf ſeiner Seite ſtand.

Unter dieſen Verhältniſſen kamen die oben erwähnten Ereigniſſe bei Herat und die Intriguen der ruſſiſchen Agenten. Wie man aus dem Vorhergehenden ſchließen kann, ſo waren die Duranis in Herat und die Bareskais im übrigen Afghaniſtan einander feindlich. Allein die Gefahr bedrohete Beide; fiel Herat in die Gewalt der Perſer, ſo ließ ſich erwarten, daß der Schah ebenfalls Candahar und Cabul auf dieſelbe Weiſe in Anſpruch nehmen würde, wie jenes den Duranis noch verbliebene Gebiet. Außerdem ſind die Afghanen den Perſern abgeneigt und feindlich; Erſtere gehören zur mahommedaniſchen Secte der Sunniten,

Leztere zur ſchiitiſchen, zwei religiöſe Parteien, die ſich bekanntlich gegenſeitig haſſen; ferner auch iſt der perſiſche Despotismus, jener wilden Freiheit widerſtrebend, welche die Afghanen-Häuptlinge ſogar gegen ihre eigene Fürſten behaupteten. Doſt Mohamed war ſomit nicht abgeneigt, ſich mit dem Schah von Herat zu verſöhnen, und im engliſchen Intereſſe gegen Perſien aufzutreten. Bei ihm befand ſich damals ein durch ſeine Reiſen in Europa berühmter engliſcher Agent, Sir Alexander Burnes, ein Mann ſowohl durch wiſſenſchaftliche Bildung und durch Kenntniß der aſiatiſchen Zuſtände, wie durch Perſönlichkeit ausgezeichnet und ein Freund des Afghanen-Fürſten. Doſt Mahomed gab ſich demſelben gänzlich hin, und es ſchien keinem Zweifel unterworfen zu ſeyn, daß er im Intereſſe Englands auftreten würde. Als der Zug der Perſer nach Herat begann, ward es verabredet, daß Doſt Mohamed demſelben in die Flanke fallen ſollte. Allein das feindliche Verhältniß zu Rundſchit Singh war bei dem Afghanen-Fürſten überwiegend. Er verlangte Unterſtützung von England, um wenigſtens Peſchawer wieder zu erlangen, eine Forderung, worauf der Generalgouverneur bei dem ganzen Syſtem der brittiſchen Herrſchaft, ſowohl in Betreff des Verhältniſſes der Hindu-Bevölkerung zur muhammedaniſchen, wie auch aus dem Grundſatz nicht eingehen wollte, ſich ſo wenig wie möglich in die Streitigkeiten der unabhängigen Fürſten zu miſchen.

Burnes ging in ſeinem ganzen Verfahren von der Idee aus, in Afghaniſtan eine Vormauer für das

brittiſche Indien zu bilden, den engliſchen Einfluß auf Befeſtigung der Macht Doſt Mahomed's, auf Beförderung der Entwickelung jenes an Hülfsquellen reichen Landes zu verwenden und eine dauernde Freundſchaft zwiſchen der Regierung von Brittiſch-Indien und den Afghanen-Fürſten zu begründen. Intereſſen anderer Art waren mitwirkend, um freundliche Berührungen zwiſchen beiden als bleibend zu veranlaſſen. Von Brittiſch-Indien wurde ein lebhafter Carawanenhandel über Cabul betrieben, durch welchen brittiſche Fabrikate ihren Weg nach Centralaſien (Bokhara, das weſtliche China u. ſ. w.) fanden. Die ſpätere Unterbrechung deſſelben iſt in England ſchwer empfunden worden.

Die Verhandlungen zogen ſich in die Länge. Burnes ſuchte vergeblich Doſt Mohamed zum Aufgeben ſeiner Anſprüche auf Peſchawer und zum Frieden mit Rundſchit Singh zu bewegen, von welchem Erſterer noch 1837 eine Niederlage erlitten hatte. Doſt Mohamed machte ihm Vorſtellungen, ſeine Exiſtenz hinge von dem Beſitze jener Provinz ab; bald darauf wurde ſein Stolz verlezt, als der Generalgouverneur von Indien ihm die Vermittelung Englands zum Frieden mit Rundſchit Singh anbot, im Fall er Peſchawer aufgäbe. Der Afghanen-Häuptling erwiederte: Er habe keine Urſache, Rundſchit Singh zu fürchten und bedürfe nicht des engliſchen Schutzes gegen denſelben. Das Einzige, was er brauche, ſeyen Geldmittel, um einem organiſirten Reiche, wie dem des Maharadſcha, zu widerſtehen.

Wie oben erwähnt, bot das perſiſche Lager vor Herat den Mittelpunkt zu Intriguen, die ſich über ganz Centralaſien und ſogar bis nach Hinterindien erſtreckten. Den dortigen ruſſiſchen Agenten war ſomit Gelegenheit geboten, einen der beiden gegenſeitigen Feinde vom engliſchen Intereſſe loszureißen, entweder Doſt Mohamed oder Rundſchit Singh. Lezterer war aber, wie man in Europa durch ſeinen General Allard wußte, ein entſchiedener Ruſſenfeind, und die oben erwähnten Verhältniſſe machten es unwahrſcheinlich, daß derſelbe als Hindu ſich in ein Bündniß einlaſſen würde, worin er direct mit einem Mahommedaner (dem Schah) zuſammentreffen mußte. Rußlands Agenten wandten ſich ſomit an Doſt Mohamed; Lezterer erhielt zuerſt vom perſiſchen Lager bei Herat aus die Verſicherung, Rußland werde Alles hergeben, was er brauche.

Bald auch erſchien ein ruſſiſcher Offizier, Witkawitſch, in Cabul; Burnes wurde im höchſten Grade beunruhigt, und in ganz Afghaniſtan entſtand Aufregung und Hoffnung, denn Rußlands Macht iſt natürlich bei den Aſiatien eben ſo gefürchtet und geachtet, wie die Englands. Aus Burnes' Depeſchen, die ſpäter dem Parlamente vorgelegt wurden, ergibt es ſich, daß jener Agent mit vieler Geſchicklichkeit unterhandelte. Doſt Mohamed war anfangs gar nicht geneigt, ſich mit dem Ruſſen einzulaſſen, denn er ſah ſehr wohl ein, daß er auch hier nur als Werkzeug gebraucht werde. Witkawitſch machte ihm Vorſtellungen: Von England aus könne er nicht viel

erwarten; die engliſche Regierung ſey vom Parlamente abhängig, und könne ohne daſſelbe weder über Geld noch Truppen verfügen; der ruſſiſche Kaiſer ſey dagegen Herr in ſeinem Hauſe; könne ihn ſogleich unterſtützen u. ſ. w. Zugleich bot er ihm Geld an, deſſen Doſt Mohamed am meiſten bedurfte; er könne von Perſien oder von Rußland augenblicklich ziehen, ſo viel wie er brauche.

Doſt Mohamed ſchwankte noch immer; er wandte ſich an Burnes, um beſſere Bedingungen zu erhalten; vom Generalgouverneur lief jedoch ein Schreiben ein, worin dieſer ihn aufforderte, auf Peſchawer zu verzichten und den ruſſiſchen Agenten fortzuſchicken, worin derſelbe ferner für ſeine übrigen Beſitzungen von England aus gewiſſermaßen garantirte *). — Doſt Mohamed hegte noch Scheu vor Perſien; allein der Ruſſe beſchwichtigte ihn mit der Verſicherung: Es ſey nicht die Abſicht

*) Die Antwort Doſt Mohamed's auf dieſen Brief iſt für dieſen Mann charakteriſtiſch und zeigt, daß er wenigſtens offen verfuhr und ſeine Lage wohl verſtand. — Er erklärte Burnes: Eure Regierung hält mich für Nichts. Ihr glaubt, daß ich mich glücklich ſchätzen muß, wenn Ihr die Sikhs aufhaltet, die ich nicht fürchte. Ich traue den Perſern nicht; ſoll ich aber unterliegen, ſo ziehe ich Mahomed Schah als Sieger vor, der eine Art Mahommedaner iſt. Rußland und England ſchickt mir Agenten. Ich will von Eurer Partei ſeyn, aber Ihr verweigert mir Alles. — Nachher bei Burnes Abreiſe: Weil ich keine Hoffnung mehr in Euch ſetze, ſo muß ich mich wohl an Andere wenden. Ich handle im Intereſſe und der Ehre von Afghaniſtan. Ihr ſagt, daß ich dieſen Schritt bereuen werde. Iſt dieß das Geſetz des Höchſten, ſo muß unſer Volk auf Gott vertrauen, welcher in ſeiner Hand das Gute und Uebel der Völker hält. Die Afghanen aber haben nichts Böſes gethan. Ich hoffte viel von Eurer Regierung; ich bin getäuſcht; ich werde dieſes nicht dem böſen Willen der Engländer, ſondern meinem Unglück zuſchreiben. Die Geſchöpfe müſſen ſich auf den Schöpfer verlaſſen.

Rußlands, den Schah über Herat hinauszulaſſen; dort ſolle er bleiben, damit er nicht zu mächtig würde. — Jezt ließ ſich Doſt Mohamed beſtimmen; Witkawitſch wurde öffentlich als ruſſiſcher Bevollmächter anerkannt; Burnes verließ das Land, und ein neuer Feind war den Engländern erweckt, wie die Folge gezeigt hat, der unheilvollſte von allen.

Mittlerweile ward die Regierung Lord Auckland's durch die Gefahr bedeutend aufgeregt, wie ſie ſich noch zu keiner Zeit, ſeit der Ausdehnung des brittiſchen Reiches in Indien vorgefunden hatte; an allen Grenzen waren Feinde erweckt, und ſelbſt im Innern glaubte man Spuren der Aufregung bei tributpflichtigen Fürſten und wenigſtens bei der mohammedaniſchen Bevölkerung zu bemerken. Die Lage des Landes erheiſcht eine ziemlich unbeſchränkte Vollmacht des Generalgouverneurs; ſomit ſind alle Schritte, welche damals geſchahen, hauptſächlich von Lord Auckland ausgegangen. Die Vermehrung der Truppenmacht war nothwendig; es ward die Mobilmachung und Completirung von 25 Regimentern Cavallerie und 175 Regimentern Infanterie befohlen und ſogleich begonnen. Der Friedensſtand des Heeres ward um 30,000 Mann (3000 Europäer und 27,000 Seapoys) vermehrt; Obſervationscorps gegen Nepal und Birma aufgeſtellt; ein Truppencorps von 30,000 Mann auf den Indus beordert, um active Operationen gegen die Afghanen zu beginnen, endlich eine Flotte gegen Perſien in Bombay und ein Armeecorps im Nordweſten bereit gehalten, um im Nothfall den Entſatz von Herat

durchzuführen. Im Herbſte 1838 waren die Streitkräfte beiſammen und im Stande, ſowohl die Grenzen zu ſichern, wie active Operationen auszuführen. Die augenblickliche Gefahr wurde in dieſer Hinſicht entfernt.

Das erſte Streben des Generalgouverneurs betraf die Entfernung der Perſer aus Herat, und die Begründung der Unabhängigkeit dieſes Afghanen-Staates. Zuerſt ward der diplomatiſche Weg verſucht; im März 1838 begab ſich ein engliſcher Bevollmächtigter, Mac-Neill, in das Lager des Schah, um von ihm das Aufheben der Belagerung im Namen Englands zu fordern. Ein ruſſiſcher Agent folgte ihm auf den Ferſen; Mac-Neill belagerte förmlich den Schah mit ſeinen Forderungen, bis ſich dieſer dem Ruſſen gänzlich in die Arme warf. Mac-Neill war im April 1838 in die Feſtung Herat während eines kurzen Waffenſtillſtandes gedrungen; er kehrte mit Vergleichsvorſchlägen von Kamram zurück, welcher alle Forderungen Perſiens, nur nicht die Anerkennung der Oberherrſchaft des Schah's zugeſtehen wollte. Hierüber aber zerſchlug ſich die Unterhandlung, die zwiſchen dem ruſſiſchen und engliſchen Agenten im Lager, ohne Erfolg, fortgeſezt wurde. Im Mai verließ Mac-Neill das perſiſche Hauptquartier, im Mai überſandte er ſein Ultimatum. Alles vergeblich. Wie es ſcheint, hegten die Ruſſen die Erwartung, es werde bei diplomatiſchen Verhandlungen, wie in Europa, bleiben, während der Zweck des Feldzuges erreicht würde; nachher könne man denſelben eine beliebige Wendung geben.

Indeß Lord Auckland ließ es nicht dabei bewenden; die in Bombay ausgerüſtete Flotte ſegelte ab und begann Feindſeligkeiten gegen Perſien, auf eine Weiſe, welche dem Schah bedeutende Gefahr droheten. Sie nahm die Inſel Kharak im perſiſchen Meerbuſen, deren Lage an der Mündung des Euphrat den Beſitzer in Stand ſezt, von dort aus einen Angriff in das Innere des Reiches, am Ufer jenes Fluſſes, wie an den verſchiedenen Küſtenpunkten, leicht auszuführen; es war ohne Zweifel der Plan Lord Auckland's, dem Schah einen Aufſtand im Innern durch Aufſtellung eines Kronprätendenten zu erwecken, der im Fall des Sieges durch England allein gehalten, den ruſſiſchen Einfluß natürlich gänzlich hätte ausſchließen müſſen. Zugleich gelangte ein drohender Brief Mac-Neill's in das perſiſche Lager, worin dem Schah Feindſeligkeiten zum Entſatz von Herat angekündigt wurden, im Fall er den Platz weiter bedränge. — Die Perſer hatten am 23. Juni einen allgemeinen Sturm auf Herat unternommen, waren aber mit ungeheurem Verluſt zurückgeſchlagen und bis über den Graben hinaus von den Afghanen verfolgt worden. Mehrere ruſſiſche Offiziere waren gefallen. Das Heer befand ſich nicht in der beſten Lage. Als die oben erwähnten Nachrichten anlangten, war an der Fortſetzung des Krieges nicht mehr zu denken. Der Schah hob ſchleunig die Belagerung auf (am 9. September), indem er in einem erbitterten Manifeſte an ſein Volk als die Urſache ſeines plötzlichen Entſchluſſes das Verfahren Englands angab, welches, „alle Tractate mißachtend,

ihn mit augenblicklichem Kriege bedrohe, und als Offenbarung ſeiner feindlichen Geſinnung bereits eine bewaffnete Expedition in den perſiſchen Meerbuſen geſandt habe.“

Wie der Schah von Perſien nachtheilige Folgen ſeines Bündniſſes mit Rußland litt, hatte Doſt Mohamed daſſelbe Schickſal. Der Generalgouverneur befolgte, wie es ſcheint gegen Burnes Rath, eine Politik, welche England traurige Früchte getragen hat; er beſchloß die Wiedereinſetzung des oben erwähnten Schah Schudſcha's, eines nicht ſehr ſcharfſinnigen und zugleich ſchwachen Mannes, eines Fürſten, der durch despotiſche Gewohnheiten, durch Tücke und Grauſamkeit bei den Afghanen verhaßt und von der Volksmaſſe vom Throne geſtoßen war, der nicht einmal kriegeriſchen Muth, diejenige Eigenſchaft beſaß, durch welche auch ein Tyrann bei Barbaren große Popularität erlangt; Schah Schudſcha war nämlich auf feige Weiſe ſowohl 1809 wie 1823 geflohen, als er bei einem Aufſtande gegen die Bareskais den Thron wieder zu erwerben hoffte. Offenbar war es Lord Auckland's und dann auch Palmerſton's Zweck, das Afghanen-Reich in dieſelbe Abhängigkeit zu bringen, wie es bei ſo vielen Fürſtenthümern Indiens ſeit Clive und Haſtings geſchehen iſt, wobei auch die Eingebornen auf die Dauer gewonnen haben mögen; allein die Afghanen, an wilde Freiheit gewöhnt, bilden ein anderes Volk, wie die Unterthanen des Nabobs von Oude u. ſ. w., die durch Despotismus in ſolcher Weiſe aufgezogen waren, daß ein Gefühl von Selbſtſtändigkeit

ſich nicht mehr bei ihnen vorfand. Die Folge wenigſtens hat erwieſen, daß eine durch äußere Gewalt eingeſezte Reſtauration bei den Afghanen eben ſo wenig haltbar geweſen iſt, wie bei den Franzoſen und Spaniern in Europa. Offenbar hat Lord Auckland mit weniger Kenntniß des Afghanen-Volkes in dieſer Hinſicht gehandelt. — Feindſeligkeiten ließen ſich übrigens gewiſſermaßen rechtfertigen; abgeſehen von dem Umſtande, daß Doſt Mohamed ſich gegen England mit ruſſiſchen Agenten eingelaſſen hatte, war Herrſchaft und vollkommene Benutzung des Indus für das handeltreibende England eine große Lockung; Eroberung von Afghaniſtan, oder Einſetzung einer durchaus vom Befehle des Generalgouverneurs abhängigen Regierung verſprach viel für den Handel nach Centralaſien, der bereits über Cabul nicht unbedeutend war, und wo der engliſche die Concurrenz des ruſſichen ſchon aushalten mußte, welcher leztere ſich in dem Fall leicht vermindern oder gänzlich unterdrücken ließ. Auch mußte allerdings irgend ein Schlag geſchehen, um das Anſehen der Engländer im unabhängigen Centralaſien wieder herzuſtellen, welches jezt von den Ruſſen erſchüttert, bisher im Handel wie in der Politik durch moraliſchen Einfluß Großbrittannien eben ſo genuzt hatte, wie die Organiſation ſeiner indiſchen Macht. — Andrerſeits mußte das engliſche Heer in ein theilweiſe wildes, durch Gebirgpäſſe gefährliches Land dringen, und ſich vom Mittelpunkte ſeiner indiſchen Macht zu weit entfernen. War oder wurde die ganze Bevölkerung ihm feindlich, ſo half die augenblickliche Ueberlegenheit

eines trefflichen und disciplinirten Heeres nicht viel. Blieben doch ſogar die napoleoniſchen Heere den ungeordneten oder wenig disciplinirten Spaniern in der gebirgigen pyrenäiſchen Halbinſel auf die Dauer nicht gewachſen. — Endlich war es ein gewiſſermaßen ſchwaches Verfahren, ein Werkzeug Rußlands zu beſtrafen, während die Whig-Regierung in Europa durchaus keine Neigung zeigte, drohend und mit Nachdruck derjenigen Macht entgegen zu treten, welche die Verwirrung veranlaßt hatte, während alle hierin gethanen Schritte ſich allein auf diplomatiſche Noten beſchränkten.

Ein Bündniß mit Rundſchit Singh war natürlich, welcher Fürſt übrigens ſchon ſeit dem erſten Jahrzehent dieſes Jahrhunderts mit England in keinem unfreundlichen Verhältniß ſtand und wegen der ganzen Stellung der Hindus auch von England nicht als feindlich betrachtet werden konnte. Am 26. Juni 1838 kam mit dieſem Fürſten ein Tractat zu Stande, worin England alle gegenwärtigen Beſitzungen des Maharadſchah garantirte, dieſer ſich dagegen verpflichtete, zur Wiedereinſetzung Schudſchah's mitzuwirken. Eine Zuſammenkunft des Hindu-Fürſten mit dem Generalgouverneur ward eingeleitet, um den Völkern Indiens einen Beweis von der freundſchaftlichen Stimmung beider zu geben, und gewiſſermaßen den Krieg bei den Hindus auch durch äußere Demonſtrationen gegen einen Fürſten brahmaniſcher Religion populär zu machen. Es iſt übrigens kein Zweifel vorhanden, daß der Krieg bei der Hindu-Bevölkerung populär war, aus welchen bekanntlich der großen Mehrzahl nach das

den Engländern durchaus ergebene, durch Disciplin und Tapferkeit ausgezeichnete Heer der Seapoys beſteht. Die Afghanen waren Muhammedaner und ſtanden ohnedem bei den Hindus wegen früherer Invaſionen im ſchlechteſten Andenken. Die Erbitterung der Hindus gegen die tapferen Gebirgsvölker im Norden hat ſich noch kürzlich in dem beklagenswerthen Verheerungszuge gezeigt, wodurch ein Generalgouverneur aus der Conſervativ-Partei eine furchtbare Niederlage gerächt hat. — In dieſem Sinne mogte der Feldzug allerdings nicht für durchaus unzweckmäßig gelten, denn es iſt bekanntlich Grundſatz der engliſchen Regierung, durch Civiliſirung und Bewaffnung der Hindu-Raſſe im Gegenſatz der muhammedaniſchen ihre eigene Sicherheit zu begründen. Durch den ganzen Krieg wurde Rußland alle Möglichkeit abgeſchnitten, bei den Hindus zu intriguiren.

So ſtanden die Verhältniſſe, um den Intriguen Rußlands entgegenzuwirken, als der Generalgouverneur ſich zu dem bereits zuſammengezogenen Heere im Norden Indiens begab. Er erließ ſogleich nach ſeiner Ankunft ein auf Indien wie auf Europa berechnetes und merkwürdiges Manifeſt, das im Orient bisher unerhört einerſeits die Gewalt bewies, welche die öffentliche Meinung in dem ungeheuren Reiche Indiens durch die Einführung brittiſcher Inſtitutionen bereits erlangt hatte, das andrerſeits aber auch die Erbitterung gegen die fremde in Indiens Angelegenheiten ſich miſchende Macht in Phraſen ausſprach, wie es zu jener Zeit das brittiſche Cabinet gegen Rußland in offizieller

Sprache öffentlich nicht gewagt hätte. Was den erſten Punkt betrifft, ſo waren die Beweggründe des Krieges von Herat, das Verhältniß von Doſt Mohamed offen dargelegt, der oben erwähnte Zweck in Betreff der Indus-Schifffahrt und des dortigen Handels offen ausgeſprochen, und zugleich die beabſichtigte Feſtſtellung des rechtmäßigen Einfluſſes der engliſchen Nation hinzugefügt. In Betreff Afghaniſtans waren Verſicherungen bekannt gemacht, wie ſie bei allen Reſtaurationen ſolcher Art gegeben werden, wie ſie ſich jedoch noch niemals als wirkliches Reſultat gezeigt haben. Der Generalgouverneur hoffte zur Wiederherſtellung des Glücks und der Einheit der afghaniſchen Völker mitzuwirken. Es hieß: Bei den vorbereiteten Operationen wird der Einfluß Englands mit Sorgfalt zur Ausführung der allgemeinen Intereſſen gerichtet werden; er wird ſich bemühen, Streitigkeiten auszugleichen, die Vergeſſenheit der Beleidigungen und des Unrechts zu ſichern und die Uneinigkeiten zu beendigen, unter denen das Glück und das Wohl des afghaniſchen Volkes ſo lange gelitten hat. England wird ſich beſtreben, eine ehrenvolle und liberale Behandlung ſogar den Fürſten zu ſichern, deren feindliche Handlungen die brittiſche Regierung mit Recht beleidigt haben, im Fall ſie ſich den Maßregeln unterwerfen, welche für das allgemeine Wohl des Landes für nöthig erachtet werden. Man ſieht, die brittiſche Regierung führte dieſelben Phraſen im Munde, die man bei jeder Reſtauration zu gebrauchen pflegte, welche aber dasjenige Volk, dem eine Reſtauration aufgedrungen wurde, nie für erfüllt gehalten

hat. Die Reſtaurirenden werden immer genöthigt, nur die Partei der Reſtaurirten zu ergreifen; bei der erſten Gelegenheit ergab es ſich, daß die Volksmaſſe die Maßregeln der Reſtaurirenden zu vereiteln ſuchte. England hat die Reſtauration ſchwer gebüßt.

Was den zweiten Punkt betrifft, ſo war jezt beſtimmt nur Perſien vorgeſchoben, allein man erkannte leicht aus allen Phraſen die Gereiztheit gegen Rußland: Es hieß vom Schah, derſelbe ſuche den Einfluß und die Macht Perſiens bis an die Ufer des Indus und noch weiterhin auszudehnen, habe Beweiſe von Abſichten gegeben, welche den Grundſätzen und dem Zweck ſeiner Verbindung mit Großbrittannien durchaus entgegengeſezt wären. Von Doſt Mohamed wurde geſagt: Er ſpreche offen die Drohung aus, daß er jeden fremden Beiſtand, den er ſich verſchaffen könne, benutzen wolle. Er unterſtütze offen die Pläne Perſiens auf Afghaniſtan, obgleich er den feindlichen Charakter derſelben in Bezug auf Alles, was die Macht Indiens betreffe, ſehr wohl kenne, und habe Burnes gezwungen, Afghaniſtan zu verlaſſen. Augenblickliche Maßregeln ſeyen nothwendig, um die ſchnellen Fortſchritte eines fremden Einfluſſes und Angriffes aufzuhalten, welcher das brittiſche Gebiet bedrohe. Das Wohl deſſelben erheiſche, daß man auf jener Grenze einen Alliirten habe, der durch ſein Intereſſe zum Widerſtand gegen Angriffe bewogen werde, anſtatt der Fürſten, die ſich geneigt zeigten, den Abſichten einer feindlichen Macht zu dienen, ſo wie die Eroberungs- und Vergrößerungspläne derſelben zu befördern.

Alle dieſe Phraſen waren deutlich genug und wurden auch vollkommen verſtanden. Die Truppenbewegungen begannen unmittelbar nach Erſcheinung des Manifeſtes, welches am 1. October 1838 in Simla erlaſſen ward, einem Orte, der ſeitdem durch ein ſpäteres Manifeſt eines engliſchen Generalgouverneurs fernere Berühmtheit erlangt hat, welcher in durchaus verſchiedenem Sinne hinſichtlich der Afghanen nach trauriger Erfahrung ſeine Politik beſtimmt hat. — Im Norden von Delhi waren 15,000 Mann, worunter 2000 Europäer, an bengaliſchen Truppen zuſammengezogen, Schah Schudſchah, der übrigens in dem ganzen Kriege eine unbedeutende Rolle ſpielte, ſammelte an Flüchtlingen aus Afghaniſtan und indiſchen Truppen 6000 Mann, welche unter den Befehl brittiſcher Offiziere geſtellt wurden. Beträchtliche Zufuhren wurden auf allen Punkten geordnet, kurzum alle Mittel europäiſcher Heere vollkommen organiſirt. Die Armee concentrirte ſich in Firezpur und erwies ſowohl Disciplin wie Kampfluſt; ſie entbrannte auf den Sieg, und gab den Beweis, daß ihre Disciplin, wie die ſo oft erprobte Anhänglichkeit der eingeborenen Truppen an die brittiſche Fahne während eines längeren Friedens ſich nicht vermindert hatte.

Als der Obergeneral, Sir Henry Fane, und Lord Auckland in Firezpur zuſammenkamen, langte Nachricht von der Aufhebung der Belagerung von Herat ein; ſomit wurde eine Veränderung in den Operationen veranlaßt, um ſo mehr, da die engliſche Regierung ſich durch ein Beobachtungscorps gegen Lahore,

ſichern zu müſſen glaubte. Rundſchit Singh, ein Greis im höchſten Alter, war dem Tode nahe; es ließ ſich befürchten, daß nach ſeinem Tode in Lahore Unruhen ausbrechen und von ruſſiſchen Agenten benuzt werden könnten. Somit blieb ein Theil des Heeres als Beobachtungscorps an der Grenze zurück. — Am 29. November wurde alsdann die erſte Zuſammenkunft Rundſchit Singh's mit dem Generalgouverneur gehalten; die Engländer empfingen den Hindu-Fürſten aufs Prächtigſte, ſchmeichelten ihm mit einer Reihe von Feſtlichkeiten, und bewirkten dadurch um ſo mehr Zufriedenheit bei den Seapoys. Bald darauf begab ſich Lord Auckland auf das Gebiet von Lahore und begründete dort das Bündniß auf ähnliche Weiſe.

Am 10. December ſezte ſich das Heer in Marſch und begann anfangs ſeine Operationen gegen die Häuptlinge am Indus (Amirs), die, bisher unabhängig, die Verſicherung erhalten hatten, ihre Rechte würden ungeſchmälert beſtehen, im Fall ſie dem Marſch der Truppen ſich nicht widerſezten. Hier ergab ſich jedoch einiger Widerſtand. Die Amirs, wie es ſcheint, ebenfalls durch fremden Einfluß und darauf gegründete Hoffnungen angeregt, ſuchten den Uebergang des britiſchen Heeres über den Indus zu verhindern. Einiger Aufenthalt des Marſches wurde dadurch veranlaßt; das Linienſchiff Wellesley begann ſomit die Feindſeligkeiten, ſchoß das Fort Manhara an der weſtlichen Mündung des Indus in Trümmer und ſezte Truppen ans Land, welche die Stadt Karadſchi nahmen. Andererſeits ward die Feſtung Backer mit Gewalt, jedoch

ohne Blutvergießen, in Beſitz genommen. Jezt war der Uebergang geſichert. Er geſchah am 14. bis zum 17. Februar 1839, nachdem das Geniecorps eine Brücke geſchlagen hatte. Die Hindus betrachten den Fluß für unrein; die Gewalt, welche die Engländer ſchon jezt über die Vorurtheile derſelben beſitzen, bewies aber der Umſtand, daß alle Seapoys mit lautem Zuruf auf das jenſeitige Ufer marſchirten. — Sir Henry Fane übergab am 16. Februar den Oberbefehl an General Keane, da Nachrichten anlangten, daß einige tributpflichtige mohammedaniſche Fürſten eine Empörung vorbereiteten und zugleich losbrechen würden, ſobald die Birmanen und Nepaleſen einen Angriff verſuchten. Der Obergeneral kehrte zurück, um die Ruhe auf allen Theilen zu ſichern. Der erſte Schritt des neuen Oberbefehlshabers beſtand darin, daß er den Amir von Sind zu einem Vertrage zwang, worin Karadſchi und Backer als brittiſche Beſitzungen abgetreten wurden. — Am 20. vereinigte ſich das Heer mit den Truppen Schah Schudſchah's, und die ganze Truppenmaſſe rückte auf feindlichem Gebiete vor.

Wie es ſchien, ſo waren die Afghanen über Englands Feldzug beſtürzt, durch Furcht vor der brittiſchen Macht am Widerſtande gelähmt, oder über den Thronwechſel gleichgültig. Weder die Häuptlinge noch die Bevölkerung der Städte ſchien ſich zu rühren, und Doſt Mohamed kein zum Widerſtande genügendes Heer zuſammenbringen zu können. Den natürlichen Schutz des Landes bildet eine wilde, felſige und waſſerarme Gegend, worin nicht allein dem Angreifenden

die vom Feinde drohende Gefahr zu überwinden iſt, ſondern wo Mangel jeder Art ertragen werden muß, und wo ein noch ſo tapferes Heer durch Abſchneiden von Zufuhr der Vernichtung ausgeſezt würde. Die Engländer hatten hier Widerſtand erwartet; ſie zogen jedoch ungehindert durch die Bolan=Päſſe, indem ſie ſogar das Waſſer für den Bedarf mehrerer Tage auf Kameelen mit ſich führten. Als ſie die Ebene erreicht hatten, fanden ſie ebenfalls keinen Feind. Zwei Brüder von Doſt Mohamed rückten zwar aus Candahar mit 7000 Reitern, um das Invaſionsheer auf den Flanken und im Rücken zu beunruhigen, allein dieſe Operation war nach Ueberſchreitung der Bolan=Päſſe nutzlos. Nur einige engliſche Trainſoldaten und Nachzügler fielen in ihre Gewalt. Die Gleichgültigkeit der Afghanen ergab ſich beim Vorrücken der Engländer. Am 20. April unterwarfen ſich einige Häuptlinge dem Schah Schudſchah. Die Bareskais, entmuthigt, zogen ſich immer mehr zurück und räumten Candahar am 27. April ohne Kampf. Schudſchah hielt als Fürſt in jener Stadt ſeinen Einzug, und ward dort von den Engländern mit einer Ceremonie zum König ausgerufen, welche den Afghanen offen darlegte, ihr wiedereingeſezter Fürſt verdanke allein den Thron der Hülfe engliſcher Truppen. Doſt Mohamed zog ſich immer mehr zurück. Es ſchien ſein Plan zu ſeyn, die Engländer im Lande ſelbſt abzuſchneiden, indem es ſich erwarten ließ, daß ſie ihre Operationen zunächſt auf die Hauptfeſtung des Landes, Ghisni, richten würden, einen der feſteſten Plätze Mittelaſiens, und

daß ſie dort bei der Belagerung eine längere Zeit auf= gehalten werden könnten. Er ſelbſt hatte noch ein Heer von ungefähr 13,000 Mann; gelang es während der Belagerung, das Land in Aufſtand zu bringen, ſo wurde die Lage der Engländer allerdings mißlich. Die Bolan=Päſſe konnten leicht wieder beſezt und Ver= ſtärkung aus Indien abgeſchnitten werden. Allein die= ſer Plan ward durch die ſchnelle Einnahme von Ghisni vereitelt.

Am 27. Juni ſezte ſich das engliſche Heer von Candahar aus wieder in Marſch gegen jenen Platz, von deſſen Beſitz die ſchnelle Eroberung des Landes damals abhing. Am 21. Juli war eine Strecke von 83 Stunden ungehindert zurückgelegt und das Heer befand ſich in der Nähe von Herat. Die Belagerungs= artillerie hatte in Candahar bleiben müſſen; der Platz, ohnedem durch ſeine Lage ſtark, war durch neu auf= geführte Werke, worin man die europäiſche Leitung erkannte, noch mehr befeſtigt. Die erwähnten Umſtände machten jedoch ſchleunige Operationen nöthig. General Kean entſchied ſich ſomit, nach einem ſchon 1835 von einem engliſchen Agenten angedeuteten Plane, zu einem Verſuche, die Befeſtigungen an demjenigen Punkte zu ſprengen, worauf dieſelben am wenigſten Feſtigkeit beſaßen. Am 22. wurde eine Mine gegraben; am 23. faßte Sir John Keane mit ſeinem General= ſtabe Poſition unter den Kanonen der Feſtung; voran ſtanden Batterieen, hinter denſelben eine Colonne Eu= ropäer, alsdann folgten die Seapoys. Um drei Uhr Morgens begann die Kanonade und noch vor Anbruch

des Tages verkündete eine furchtbare Exploſion, der am vergangenen Abend gefaßte Plan ſey ausgeführt worden. Eine Breſche war in die Mauer geriſſen. Die Truppen ſtürzten ſich auf die Trümmer, drangen nach einem kurzen, aber blutigen und erbitterten Kampf in die Stadt, und um fünf Uhr Morgens wehete ſchon die brittiſche Fahne auf der Citadelle. In den Straßen wurde der Kampf fortgeſezt, aber ebenfalls überwältigt. Der Commandeur der Afghanen, ein Sohn Doſt Mohameds, ward gefangen und ſeinem Range gemäß behandelt; die Engländer gaben einen Beweis ihrer Disciplin, indem ſie die Frauen ſchonten, ein Gegenſatz zu dem ſpäteren unheilvollen Verfahren, wodurch das ganze Land in eine Einöde verwandelt werden ſollte.

Die ſchnelle Einnahme einer Feſtung, welche nach den Begriffen der Aſiaten beinahe für uneinnehmbar gegolten hatte, entmuthigte vollends die Afghanen. Doſt Mohamed hatte 15 Stunden von Cabul mit ſeinen Truppen Poſition gefaßt, wahrſcheinlich um nach dem erwähnten Plane gegen die Engländer zu operiren. Als die Nachricht dort anlangte, das brittiſche Heer habe ſich am 30. Juli von Gisni aus gegen Cabul in Bewegung geſezt, riß Entmuthigung unter jenen Truppen ein, die Maſſe zerſtreute ſich und nur Wenige blieben bei dem unglücklichen Fürſten. Er ward zur Flucht genöthigt und ſuchte ſich nach Balk zu retten. Die Engländer rückten ſchon am 7. Auguſt in Cabul ein und proclamirten dort den Schah Schudſchah auf ähnliche Weiſe wie in Candahar.

Doſt Mohamed ward aber von der Avantgarde eingeholt, ehe er neutrales Gebiet erreichen konnte. Er mußte ſeinem ehemaligen Freunde Burnes ſeinen Säbel überreichen; wurde übrigens ſeinem Range gemäß behandelt und erhielt dieſelbe Stellung, wie ſo manche indiſche Fürſten, die der brittiſchen Macht unterlagen. Er ward nach dem Innern von Brittiſch-Indien abgeführt und erhielt dort eine Penſion der Regierung, bis ſpätere Ereigniſſe die Politik Englands gänzlich umänderten. Einem Sohn von ihm, Akhbar Chan, der nach einigen Jahren eine bedeutende Rolle in jenen Gegenden geſpielt hat, gelang es mit mehreren Häuptlingen, die ſich Schudſchah nicht unterwerfen wollten, zu entkommen.

Mittlerweile hatte das Hülfscorps der Sikhs eine andere, eben ſo wie die Bolan-Päſſe gefährliche, Gegend durchzogen, die ſogenannten Khyber-Päſſe. Ein Sohn Doſt Mohamed's, der ſie vertheidigen ſollte, war von demſelben ſchnell zurückberufen, als die Engländer auf Ghisni marſchirten. Dieß Hülfscorps nahm die einzige Stadt, welche den Bareskais noch verblieben war (Dſchellalabad). Der Zweck des Feldzuges war alſo vollkommen erreicht und zwar noch auf leichtere Weiſe, wie es die Britten im Beginn deſſelben erwartet hatten. Ueberall wurde dem Schah Schudſchah ohne Widerſtand gehuldigt; es kam nur darauf an, in wie fern derſelbe ſeine Gewalt bei den Afghanen ſelbſt befeſtigen konnte, und ob dieſe Reſtauration, die anfangs mit Gleichgültigkeit vom Volke betrachtet wurde, nicht denſelben Ausgang nehmen würde, wie

ſo viele andere. Ein engliſches Armeecorps blieb zu ſeinem Schutze zurück. Der Schah mußte alſo ſeinen Unterthanen gleich anfangs als ein Fürſt gelten, der nur durch äußere Gewalt ſich halten könne. Es hieß, nach der Beruhigung des Landes würden die Engländer bald das Land verlaſſen; die Regierung Schudſchah's wurde jedoch von ſolcher Art, daß dieſer Fürſt zur Behauptung des Thrones der immerwährenden Anweſenheit eines engliſchen Heeres bedurft hätte, daß innere Revolutionen erfolgten und daß zulezt der ganze Feldzug vereitelt ward.

Alle jene Ereigniſſe bewirkten in England keinen ungünſtigen Eindruck. Das Verfahren der Regierung gegen Perſien konnte von keiner Partei ernſtlich gemißbilligt werden; die Politik in Betreff Afghaniſtans fand allerdings Widerſpruch, beſonders bei Leuten, die mit den indiſchen Verhältniſſen vertraut waren; z. B. Lord Welleſley, obgleich zur Partei der Whigs gehörig (bekanntlich früher Generalgouverneur) ſoll die Expedition ſehr getadelt haben. Wellington, der bekanntlich vor ſeinen Feldzügen in Europa in Indien commandirte, mißbilligte die Unternehmung aus militäriſchen Rückſichten, Andere aus dem bekannten und ziemlich allgemein anerkannten Prinzip, die Ausdehnung der indiſchen Beſitzungen ſo viel wie möglich zu vermeiden und die Kräfte der Regierung auf die Entwickelung des Inneren ausſchließlich zu verwenden. Allein der erſtere Einwurf wurde mit dem glücklichen Erfolge leicht beſeitigt; der zweite ließ ſich durch den Umſtand widerlegen, daß England allerdings

zu einiger Aeußerung ſeiner Macht gewiſſermaßen gezwungen wurde. Der moraliſche Einfluß derſelben iſt den Britten von jeher eben ſo nützlich geweſen, wie der materielle; dieß ſah Jeder ein. eben ſo wie den Umſtand, daß derſelbe in Centralaſien durch ruſſiſche Agenten erſchüttert war. Was die Reſtauration betraf, ſo war ſolches Verfahren in Indien ohnedem nicht ungewöhnlich und hatte noch nicht zu ſchädlichen Folgen geführt, um beſondere Vorſicht hierin vorzuſchreiben. In Betreff Indiens gilt daſſelbe, wie bei Canada; es iſt unmöglich, daß die Nation und das Parlament genaue Kenntniß von den Verhältniſſen des entfernten Landes hat; man läßt in der Regel die Regierung handeln, und nur offenbare Fehler, allgemein empfundene Nachtheile, oder ſchmähliche Handlungen veranlaſſen Reclamationen. Endlich kam das Verhältniß gegen Rußland hinzu; man erkannte ſehr wohl die ganze Bedeutung der Maßregeln gegen jenen Staat und die Nothwendigkeit, ſich gegen denſelben zu ſichern. Somit erlangten die Whig-Miniſter nicht allein die Billigung des Parlamentes, ſondern anfangs auch des Ausſchuſſes der oſtindiſchen Compagnie (Court of Directors), der ſich ſo lange zufrieden zeigte, wie die Angelegenheiten ſich im guten Stande befanden.

Natürlich konnten die Nachrichten von den Intriguen ruſſiſcher Agenten die Stimmung gegen jenen Staat nur erhöhen. Als Burnes' Depeſchen über Witkawitſch u. ſ. w. anlangten, äußerte ſich Hobhouſe im Privatgeſpräch: die Zeit, den Krieg an Rußland zu erklären, ſey gekommen, und allerdings

iſt früher oft bei geringerer Benachtheiligung brittiſcher Intereſſen, wie ſie dießmal ſtattgefunden hatte, von Großbrittannien zu den Waffen gegriffen worden. Auch die Preſſe ſtimmte damals der Mehrzahl nach einen kriegeriſchen Ton an, allein es gelang dem ruſſiſchen Cabinet wenigſtens, die engliſchen Miniſter zu beſchwichtigen. Es erfolgte ein Notenwechſel, welcher nur theilweiſe dem Parlamente mitgetheilt, und deſſen gänzliche Vorlegung Sir Robert Peel noch 1842 verweigerte, weil einzelne Noten eine zu heftige Erbitterung erregen könnten. Die dem Parlamente vorgelegte Correſpondenz erwies, daß Rußland das Verfahren ſeiner Agenten desavouirte; nach der Richtung, welche die Ereigniſſe in Indien nahmen, mußte ſich dieſe Macht ohnedem genöthigt ſehen, ihre Plane aufzugeben, denn ſie war weder im Stande, den Schah von Perſien, noch Doſt Mohamed wirkſam zu unterſtützen, und hatte andrerſeits allerdings alle Urſache, ein Zuſammentreffen mit England in Europa mehr zu ſcheuen, wie jener Staat; ohnedem hat die Folge erwieſen, daß derſelbe England zur Genüge bereits geſchadet und ihm Feindſchaften erweckt hat, die unter ſpäteren Verhältniſſen ſich vielleicht in anderer Weiſe benutzen laſſen, wie 1838 und 39, abgeſehen von dem Umſtande, daß er England einen koſtbaren und hinſichtlich des vortheilhaften Erfolges gleich anfangs ſehr zweifelhaften Krieg erregte; denn die Regierung des Generalgouverneurs fand in Afghaniſtan auch nicht die geringſten Mittel, ſich einigermaßen für den Feldzug finanziell zu entſchädigen. Graf Neſſelrode antwortete

auf eine vom brittiſchen Botſchafter in Petersburg eingereichte Beſchwerde, der Kaiſer betrachte jeden Gedanken an eine Eroberung Indiens als einen thörichten Traum, und verfolge in Mittelaſien nur eine rein inoffenſive Politik, welche eine Concurrenz mit andern Mächten nur auf den Bahnen der Induſtrie und des Friedens verfolge. Das Treiben des Grafen Simonitſch (des Agenten am perſiſchen Hofe) ſey unverfänglich, indem er bei ſeiner Stellung nicht habe unterlaſſen können, den Schah mit ſeinem Rathe zu unterſtützen; die Miſſion von Witkawitſch in Cabul habe allein Handelszwecke im Auge gehabt. Rußland wünſche Nichts mehr, als hinſichtlich Perſiens im vollkommenſten Einklang mit England zu handeln und dazu beizutragen, daß Englands Zwiſte mit Perſien ausgeglichen würden. Dieſe Ausgleichung werde ſich leicht machen laſſen, wenn England ſeine Kriegsſchiffe aus dem perſiſchen Meerbuſen zurückziehe und Karak räume. — Lord Palmerſton zeigte ſich mit dieſen Erklärungen vollkommen zufrieden; es ließe ſich zwar über Manches noch ſtreiten, allein das Ganze der Zuſagen ſey ſehr befriedigend und man wolle deßhalb über die Vergangenheit wegſehen. Bald darauf ſchrieb der Marquis von Clanricarde (engliſcher Geſandter in Petersburg), Graf Neſſelrode habe ihm zugeſtanden, das Verfahren von Graf Simonitſch in Betreff des Schah's ſey von ſolcher Art, daß England Urſache habe, ſich über ihn zu beklagen. In einer Depeſche des Grafen Neſſelrode an Graf Pozzo di Borgo wurde zugegeben, daß Graf Simonitſch

von Herat aus förmliche Allianztractate mit den Afghanen-Staaten unterhandelt und unterzeichnet habe, der Kaiſer aber habe die Unterzeichnung der Tractate verweigert und Witkawitſch zurückberufen. Jezt folgte eine Reihe freundlicher Redensarten, deren Sinn war, Rußland habe ſeine Freundſchaft gegen Großbrittannien nicht uneigennütziger erweiſen können, als durch ſeine Bemühungen, den Streit mit Perſien auszugleichen u. ſ. w. Lord Palmerſton erklärte ſich damit zufrieden, ob er gleich ſchwerlich ſelbſt an alle dieſe Phraſen geglaubt hat. Der Grund, weßhalb er ſich, und mit ihm die ganze Whig-Regierung, plötzlich ſo nachgiebig gegen Rußland zeigte, iſt nicht recht klar. Glaubte er vielleicht ſchon damals, von Rußland habe England Nichts zu befürchten, oder könne ſich in Aſien und Europa leicht dieſer Macht erwehren, während Großbrittannien weit gefährlichere Feinde durch die Seemacht Frankreichs und Nordamerika's erſtehen könnten? Die Folge hat ihm wenigſtens erwieſen, daß ſchon der alleinige moraliſche Einfluß der ruſſiſchen Macht England die gefährlichſten Feinde erweckte, die es je in Aſien getroffen hat (die Afghanen). Oder hielt er es den alten Parteiprinzipien der Whigs für angemeſſen, die friedliche Entwickelung Englands durch einen Krieg zu unterbrechen? Alsdann iſt ſein ſpäteres herausforderndes Betragen gegen Frankreich und Nordamerika unerklärlich. Oder hegte er Scheu vor Vermehrung der Nationalſchuld? In dem Fall mußte das Defizit, welches bald den Whigs die ſchlimmſte Verlegenheit bereitete, und durch Lord Palmerſtons

ſonderbare Politik großentheils veranlaßt wurde, dem Miniſter des Auswärtigen darlegen, daß eine finanzielle Criſe bei unpopulärer Politik noch weit gefährlicher ſey. — In der allgemeinen Stimmung fand der Miniſter keine Rechtfertigung ſeiner Politik. Tories und Radikale ſchmäheten auf ſeine Schwäche; der praktiſche Grundſatz, ein wirklicher Nachtheil oder eine augenblickliche Verlegenheit und eine Parteiſtimmung bei abſichtlicher und feindſeliger Untergrabung des Wohlſtandes und der Macht eines Staates rechtfertige nicht die Unterlaſſung eines Krieges, der alsdann nicht vermieden, ſondern nur hinausgeſchoben werde: — Dieſer Grundſatz iſt zu tief in das Bewußtſeyn der Nation gedrungen und deſſen Richtigkeit hat ſich durch das frühere Verhältniß zu Frankreich genug beſtätigt, als daß brittiſche Staatsmänner durch Nebenrückſichten, in Betreff der Schuld u. ſ. w. ſich unbedingt ſollten beſtimmen laſſen. Ohnedem war ein Krieg mit Rußland für die Nation aus früher erwähnten Gründen am leichteſten zu führen; die engliſche Macht beſizt vielleicht die Mittel, jenen aus den verſchiedenartigſten Elementen zuſammengeſezten Staat auseinander zu reißen, oder wenigſtens bedeutend zu ſchwächen, während Ruhe und Gleichgültigkeit in Betreff der Plane Rußlands auf Aſien bei dem beſten Vernehmen in Europa die Verhältniſſe jener Beſitzungen verwirren kann, die eine nothwendige Bedingung des engliſchen Wohlſtandes und ſomit auch der engliſchen Macht bilden.

Die Whig-Partei führte ſeitdem in Betreff Rußlands dem engliſchen Volke gegenüber eine zweideutige

Sprache. Nicht allein ihre Preſſe (wozu jedoch, wie allgemein bekannt, Lord Palmerſton eigenhändige Beiträge lieferte), ſondern ebenfalls ihre Redner traten ſeitdem immer für Rußland auf, und entfremdeten ſich dadurch alle Claſſen. In conſtitutionellen Regierungen pflegt man die Leitung der äußeren Angelegenheiten, eben ſo wie die der Colonieen, in der Regel der Executivgewalt zu überlaſſen, bis ſich die Maſſe der Beſchwerden zu ſehr angehäuft hat; im Parlamente waren ſomit die Angriffe auf jene Politik leicht zu beſeitigen, dieſelbe hat jedoch ohne Zweifel bedeutend mitgewirkt, die Whigs zu ſtürzen. Man erwartete bei ihnen ſeitdem dieſelbe Schwäche nach Außen, wie nach Innen, und erinnerte ſich des alten Grundſatzes: die Tories wenigſtens verſtänden auf kraftvolle Weiſe die Intereſſen des Staates zu vertreten, wie dieß noch Wellington zulezt in Betreff der Vergrößerung Rußlands am Schwarzen Meere gethan hatte.

Rußland hatte übrigens alle Urſache, ſeine Plane auf Indien für den Augenblick aufzugeben; abgeſehen von der mißlungenen Beſtrebung, zwiſchen dem Caspiſchen und Schwarzen Meere feſten Fuß zu faſſen, die freilich nicht durch Mitwirkung der engliſchen Regierung vereitelt wurde; abgeſehen von den Maßregeln Lord Aucklands, welche die Intriguen in Perſien und Afghaniſtan zu Nichte machten und den moraliſchen Eindruck über die Macht Englands bei den Völkern Centralaſiens wiederherſtellten, obgleich die Folgen für England noch ſo ſchädlich geweſen ſeyn mögen: — abgeſehen von dieſen Ereigniſſen, mißlang

ein anderer Verſuch, die ruſſiſche Macht nach Central-aſien auszudehnen, der Feldzug nach Khiwa, welcher wahrſcheinlich ein weſentliches Glied in der Kette aller jener Entwürfe bildete. Der Plan zur Eroberung Khiwas war eben ſo alt, wie Rußlands Pläne nach Indien, denn unter Peter I. wurde ſchon ein vergeblicher Feldzug nach jenem Turkomannen-Staate gemacht. Khiwa, von dem öſtlichen Ufer des Caspiſchen Meeres durch eine ſchwer zu paſſirende Wüſte getrennt, dehnt ſich am Aralſee und die fruchtbaren Ufer des Oxus entlang. Ward dieß Gebiet erworben, ſo wurde die Invaſion eines ruſſiſchen Heeres nach Indieu ſehr erleichtert, denn das Thal des Oxus, fruchtbar und bebaut, bietet eine wenigſtens größeren Theils nicht ſchwierige Heerſtraße nach Afghaniſtan, in deren Beſitz Rußland den Afghanen eine wirkliche Unterſtützung hätte leiſten und im Fall des Beſitzes jener fruchtbaren Gegenden den Zug durch Wüſten hätte möglich machen können. Den Vorwand der Expedition bot der Umſtand, daß die Turkomannen in Khiwa zahlreiche ruſſiſche Gefangene als Sclaven beſäßen. Der Zug mißlang vollkommen, durch Clima und Natur des Landes. England trug Sorge, den Vorwand zu entfernen. Ein engliſcher Agent (Capitän Shakeſpeare) reiste von Herat nach Khiwa, vermittelte bei dem dortigen Fürſten einen Tractat mit Rußland, wodurch der Vorwand beſeitigt wurde. Der Chan von Khiwa machte ſich verbindlich, keine Gefangennehmung ruſſiſcher Unterthanen mehr zu geſtatten, und Shakeſpeare erwirkte die Freiheit der Sclaven ruſſiſcher

Abkunft. In Rußland war man mit dem Tractate ſehr zufrieden, ſeitdem die hauptſächlichſte Abſicht eben ſo wie in Caucaſien vercitelt war. — Jene Agenten, welche damals England aufregten, ſind ſeitdem im Innern Rußlands für Europa verſchollen, vielleicht um bei gelegentlicher Zeit wieder hervorgeſucht zu werden. Graf Simonitſch ſoll nach Behauptung einiger Engländer in Polen als Militärcommandeur wieder zum Vorſchein gekommen ſeyn; von Witkawitſch wurde das Gerücht verbreitet, derſelbe habe ſich entleibt.

Während der erwähnten Ereigniſſe in Indien wurde von England dahin gewirkt, auf die Befeſtigung des dortigen Reiches auch durch Erleichterung der Verbindung mit dem Mutterlande zu wirken. Die Wichtigkeit und der ſchnelle Verkehr über Suez vermittelſt der Dampfſchifffahrt auf dem Mittelländiſchen und Rothen Meere, ſind ſchon erwähnt worden, ſo wie die Rückſicht, welche die Erhaltung derſelben für eine Lebensfrage Großbrittanniens machte. 1838 geſchahen von der engliſchen Regierung Schritte, dieſelbe noch mehr zu ſichern. Beinahe zur gleichen Zeit, als eine Expedition aus Bombay auslief, um Karak im perſiſchen Meerbuſen zu nehmen, wurde ebenfalls eine Flotille in demſelben Hafen ausgerüſtet, um Aden an der afrikaniſchen Oſtküſte, als unmittelbaren Ruhepunkt vor der Einfahrt ins Rothe Meer zu beſetzen. Der Ort war von arabiſchen Häuptlingen erworben, wurde mit Gewalt genommen und ſeitdem gegen Angriffe der dortigen Stämme behauptet. Als Colonie ſcheint die Erwerbung bis jezt von keiner Bedeutung, dagegen deſto wichtiger als Station, ſowohl

für die Dampfſchiffe, die dort anlegen, um Kohlen einzunehmen, wie auch wegen eines trefflichen und leicht zu befeſtigenden Hafens für die in jenen Meeren kreuzenden Kriegsſchiffe und Flotten. Die Erwerbung bildete ein neues Glied in dem Syſteme des mächtigen Staates, welcher nach allen Meeren ſeine Arme hin ausſtreckt und ſich in allen Weltgegenden feſte Punkte ſucht, von wo ſeine militäriſchen wie Handelsunternehmungen ausgehen können.

Während Maßregeln zur Befeſtigung der indiſchen Macht Großbrittanniens getroffen wurden, änderte ſich die Stellung der Parteien in England. Mit der bisherigen Verfahrungsweiſe der Regierung konnte es nicht lange mehr fortgehen; die Whigs verloren immer mehr eine größere Zahl ihrer Anhänger und gewannen dagegen keinen Haltpunkt an den Conſervativen. Die Seſſion von 1839 wurde wichtig durch eine Criſe, die freilich dießmal noch durch Einfluß des Hofes überwunden ward, und durch anderweitige Veränderungen in den Parteiverhältniſſen. Die Miniſter fielen aber nicht durch die Vereitelung einer Reform, ſondern durch eine gewaltthätige gegen eine Colonie gerichtete Maßregel; nach ihrem Wiedereintritt war ihre Stellung eine durchaus andere, wie früher; ſie griffen zu einer höchſt populären Maßregel, um wieder Fuß zu faſſen, gelangten aber dadurch um ſo weniger zu dieſem Zwecke, da die Conſervativen dieſelbe ebenfalls zu einer Parteifrage machten, und dadurch der Nation darlegten, daß von ihnen eben ſo wohl Reformen zu erlangen ſeyen, wie von der herrſchenden Partei.

Gegen Ende 1838 begann die jezt noch immer fortdauernde Aufregung gegen die Korngeſetze, in welche die Whigs gegen ihren Willen hineingeriſſen wurden, und die ſogar ein Conſervativ-Miniſterium 1842 gezwungen hat, weſentliche Abänderungen an den früher beſtehenden Verbotmaßregeln fremder Korneinfuhr zu treffen. Aufhebung oder Veränderung der Korngeſetze war freilich lange ſchon eine Beſtrebung der Radikalen und eines Theiles der Whigs; unter lezteren fanden ſich beſonders einzelne größere Grundbeſitzer (Lord Radnor und Fitz-William), die nicht wenig dazu beigetragen hatten, die Abneigung gegen die Korngeſetze allgemein unter den induſtriellen Mittelclaſſen zu verbreiten; gegen Ende 1838 kamen aber noch andre materielle Gründe hinzu, um eine wirkliche Aufregung anzuſchüren. Einerſeits war die Induſtrie bis zu dem Jahre immer geſtiegen, erlitt 1839 einen durch auswärtige Verhältniſſe bewirkten Stillſtand, nahm dann immer mehr ab bis zu einer vollkommenen Handelscriſe, ſo daß finanzielle Unbehaglichkeit der Mittelclaſſen und eine förmliche Noth der anderen bei hohen durch das Geſetz bedingten Kornpreiſen entſtand; andrerſeits war im Sommer 1838 die Ernte beinahe gänzlich in England zu Grunde gegangen; eine Theurung ſtand gleich anfangs zu erwarten; bald traten die hohen Getreidepreiſe ein, unter welchen die Einfuhr fremden Kornes geſtattet war; allein die Handelsverbindung mit dem Auslande war im Anfange des Winters nicht zur Genüge in dieſer Hinſicht organiſirt; es ergab ſich eine Steigerung der Brodpreiſe, wie

ſie beinahe unerhört war; außerdem wurden die Nachtheile im Geldumlauf verſpürt; zur Bezahlung des Kornes an das Ausland ward plötzlich eine ſolche Maſſe Goldes dem Umlaufe entzogen, daß ſogar die Bank in Verlegenheit kam. Die Verhältniſſe, in denen die Korngeſetze zum Handel, zur Induſtrie und zu den politiſchen Parteien ſtehen, welche zugleich die materiellen Intereſſen des Landes repräſentiren, ſind aber folgende:

Bekanntlich beſaß die Ariſtokratie der Grundbeſitzer bis 1830 im Unterhauſe das entſchiedene Uebergewicht, und hat ſomit auf die künſtliche Bevortheilung des Ackerbaues durch die Geſetzgebung ſo viel wie möglich ſchon zu einer Zeit eingewirkt, worin die Induſtrie ihre Entwickelung erſt begonnen hatte. Sie hat ſeit den ſiebenziger Jahren, als leztere ſchon bedeutend war, durch künſtliche Mittel den Werth ihrer Güter und ſomit ihre Einkünfte zu erhöhen geſucht; z. B. durch eine Parlamentsacte aus dem dreizehnten Regierungsjahre G e o r g s III., nach welcher der Staat eine Prämie für die Kornausfuhr bezahlte, ſo daß die induſtriellen Claſſen in zweierlei Rückſichten benachtheiligt wurden, einerſeits, indem der Tagelohn der Fabrikarbeiter im Verhältniß der höheren Getreidepreiſe einen höheren Stand behauptete, andrerſeits, indem zur Bezahlung der Prämie eine Erhöhung der Abgaben nothwendig wurde, wozu der induſtrielle Stand, der nichts daran gewann, eben ſo wie Ackerbauer beitragen mußte. Bei dieſer Maßregel lag ſicherlich der Gedanke im Hintergrunde, der Ariſtokratie ihre

mächtige Stellung dem Reichthume der immer mehr emporkommenden induſtriellen Claſſe gegenüber zu bewahren und zugleich ein Hemmniß zu erſchaffen, damit nicht der größere Theil der mittleren und niederen Volksclaſſen ihrem Einfluſſe durch das Ergreifen einer vom Grundbeſitzer unabhängigen Beſchäftigung ſich entziehe. Jenes Geſetz hat offenbar in Betreff des erſteren Punktes vollkommen gewirkt, in Betreff des lezteren war die Gewalt der Umſtände mächtiger. Unmittelbar nach jenem Geſetze war die Getreideausfuhr aus England bedeutend; je mehr neue Erfindungen die Induſtrie erhöheten, nahm die Ausfuhr ab; 1793 bedurfte England zum erſten Mal des fremden Getreides, und hat daſſelbe ſeitdem in keinem Jahre entbehren können. Die Einfuhr ſtieg, je mehr der Reichthum der induſtriellen Claſſen und mit ihr die Volkszahl derſelben ſich mehrte; das Bedürfniß der fremden Korneinfuhr ward unzweifelhaft. Je mehr jenes Verhältniß ſtattfand, deſto mehr war die Geſetzgebung bedacht, ihre Stellung durch andere Maßregeln zu ſichern, ſeitdem die künſtliche Erhöhung des Güterwerthes durch die erwähnte Ausfuhrprämie nicht mehr ſtattfinden konnte. Die Blüthe der Fabrikorte äußerte freilich durch vermehrte innere Conſumtion auf lezteren ihre Rückwirkung, allein ſchon am Schluß des Jahrhunderts zeigte ſich einige Wahrſcheinlichkeit des ſpäter eintretenden Verhältniſſes, daß die Maſſe der Reichen unter den induſtriellen und handeltreibenden Volksclaſſen die Mehrzahl der Grundbeſitzer im Reichthum und ſomit auch an politiſcher Macht überflügeln

könnte. Die Geſetzgebung ſuchte ſomit durch hohe Einfuhrzölle die Concurrenz des fremden Getreides ſo viel wie möglich zurückzuhalten, erhielt durch dieß Mittel die hohen Getreidepreiſe im Innern und ſicherte dadurch ihren hohe Rente zahlenden Pächtern den Markt in Großbrittannien.

Unter dieſen Verhältniſſen wurde der Krieg gegen Frankreich geführt; der Getreideverbrauch ward durch die ungeheuren Flotten und die mannigfachen Heere geſteigert, welche der Staat auf allen Meeren und in allen Welttheilen ernähren mußte. Bald kamen die Grundbeſitzer und überhaupt die Ackerbau treibenden Claſſen in ein höchſt vortheilhaftes, aber nothwendiger Weiſe vorübergehendes Verhältniß. Zuerſt konnte der größere Bedarf zu Zeiten durch eine Herabſetzung der Zölle gedeckt werden, wenn die innere Production nicht mehr zureichte; je mehr ſich die franzöſiſche Herrſchaft in Europa ausdehnte, deſto mehr wurde die Zufuhr im Nothfall aus dem übrigen Europa für England abgeſchnitten; nach Napoleons Continentalſyſtem hörte ſie beinahe gänzlich auf. Die Getreidepreiſe wurden außerordentlich geſteigert und hielten ſich bis 1814 auf unnatürlicher Höhe. England war beinahe gänzlich auf eigene Mittel beſchränkt; es fand ſich jene immerwährende Theurung, in welcher alle Claſſen der Nation ſchwere Entbehrungen in Conſumtion der Lebensmittel ſich auferlegen mußten. Dieſe Lage war dazu geeignet, Capitaliſten und Speculanten zu reizen, ihre Geldmittel auf den Ackerbau zu verwenden, und die Grundbeſitzer in jeder Hinſicht aufzuregen, um den

Ertrag ihrer Ländereien künſtlich zu ſteigern. Ungeheure Capitalien wurden zu dieſem Zweck verwendet, Gegenden angebaut, an deren Urbarmachung wegen Unfruchtbarkeit ſonſt nicht gedacht wäre, und deren Anbauung nur durch unverhältnißmäßige Auslagen möglich wurde, eine Menge Gemeindetriften wurden umgebrochen u. ſ. w. Grundeigenthümer und Pächter befanden ſich in einem Wohlſtande, wie er vor dem Kriege wenigſtens im Allgemeinen unerhört geweſen war, obgleich der Ackerbau ſchon ſeit anderthalb Jahrhunderten in England auf keiner niedrigen Stufe ſtand.

Dieß Verhältniß mußte aber nach dem Frieden aufhören. Sobald der größte Theil der Flotten und Heere entlaſſen wurde, war für den engliſchen Landedelmann und Pächter der Markt verſchloſſen, worauf er vermittelſt des Staates ſeine Producte abgeſezt hatte. Zugleich kam die bei der Bankangelegenheit oben erwähnte Verwirrung im Geldumlaufe hinzu, um beide, Landedelleute und Bauern wenigſtens noch mehr wie die induſtriellen Claſſen bei der erwähnten Steigerung des Güterwerthes in Verluſt zu bringen. Als die Geldzahlungen von den Handelsclaſſen wieder ertrozt wurden, fanden ſich Grundbeſitzer und Pächter, wie ſehr auch die Handelsclaſſen einbüßen mogten, wenigſtens im Verhältniß von Drei gegen Eins zu dieſen im Nachtheil. Mit jener Maßregel begann der heruntergekommene Zuſtand der kleineren oder mittleren Gutsbeſitzer wie der Pächter, welches bis jezt fortgedauert hat.

Der Zoll auf fremdes Getreide war 1815 nicht unbedeutend, jedoch nur auf den früheren Zuſtand

berechnet, worin die erwähnte Steigerung nicht ſtattfand. Während des Krieges hatte ſich auch der Ackerbau auf dem Feſtlande Europa's in der Art verbeſſert, die Production vermehrt, und die dortigen Getreidepreiſe heruntergedrückt, daß die Einfuhr nach England 1814 und 15 ſehr wohl den hohen Zoll ertragen konnte, um mit dem brittiſchen Getreide zu concurriren. Nach allen engliſchen Häfen ward Getreide eingeführt; der Andrang deſſelben wurde ſo ſtark, daß die Pächter, welche im Verhältniß zu den geſteigerten Preiſen ihre Contracte geſchloſſen hatten, eben ſo bedroht wurden, wie die Grundherren, denen der hohe Pacht ohne Einſchreiten der Geſetzgebung nicht hätte bezahlt werden können. Irgend eine Einwirkung des Parlamentes ward für den Augenblick um ſo mehr durch die oben erwähnte Parteiſtrebung der Gutsbeſitzer bedingt, welche die Einſetzung der Prämie auf Ausfuhr und dann den verhältnißmäßig hohen Zoll veranlaßt hatte; jene Partei, die damals im Unterhauſe die Mehrheit beſaß, befürchtete, von den induſtriellen Claſſen ſchnell überflügelt zu werden, im Fall ſie der fremden Concurrenz des Getreidehandels keine Schranken ſezte. Die induſtriellen Claſſen hatten zwar durch den Krieg bedeutend gelitten und durch die Störung im Geldumlaufe eingebüßt; allein die europäiſchen Märkte waren ihnen anfangs nicht mehr verſchloſſen, wie früher, neue und gewinnreiche Märkte waren während jener Zeit, theilweiſe ſelbſt durch den Krieg, eröffnet worden, Maſchinenweſen und die daran geknüpfte Production hatte eine ſolche Ausdehnung erlangt, daß

ſchwerlich ein andres Land eine Concurrenz mit England beginnen konnte; wurde fremdes Getreide gegen engliſche Induſtriewaaren ausgetauſcht, ſo mußte der Abſatz und die Production derſelben bedeutend ſteigen und ſich der Wohlſtand der induſtriellen Claſſen ſchnell vermehren. Die Ariſtokratie griff ſomit nach einem künſtlichen Mittel, um die Folgen, die aus dem erwähnten Aufhören der günſtigen Umſtände ſich ergeben mußten, von ſich abzuwenden. Sie erhöhete den Zoll vom einzuführenden Getreide bis zu dem Grade, daß dieſes gänzlich ausgeſchloſſen wurde. Die Einbringung von fremdem Korn wurde in der Kornbill von 1815 unterſagt, bis der Preis des inländiſchen auf 80 Schillinge für das Quarter geſtiegen wäre *), ein Fall, der nur in allgemeiner Mißernte Europa's, wie 1816 und 17 ſtattfinden konnte. Die Grundariſtokratie mißbrauchte ſomit ihre Gewalt, um ſich auf Koſten der induſtriellen Claſſen die hohen Pachtrenten und damit ihren politiſchen Einfluß zu bewahren. Wäre der frühere Zoll geblieben oder ſogar heruntergeſezt worden, ſo hätten die Continentalſtaaten damals ſchwerlich die engliſchen Fabrikate hoch beſteuert, und nach dem europäiſchen Feſtlande hätte ein eben ſo großer Abſatz derſelben, wie vor dem Kriege ſtattfinden können, um ſo mehr, wenn Korn als Austauſch anſtatt des baaren Geldes angenommen wäre. Ohnedem wurden die Fabrikanten durch Höhe des Taglohns an der möglichſt wohlfeilen Production gehindert, ſo daß auch ihr Abſatz

*) Nach 1805 war der Durchſchnittspreis des engliſchen Weizens bei fremder Einfuhr auf 63 Schilling feſtgeſezt.

nicht die Höhe erreichen konnte, die in jenem Fall unzweifelhaft geweſen wäre. — Es wurde damals und ſpäter im Parlamente viel geſchwazt von der nothwendigen Bedingung, welche der Ackerbau für den Nationalwohlſtand bilde und von der Billigkeit, die Capitalien nicht zu entwerthen, welche während des Krieges auf den Ackerbau verwendet wären, allein man hegte in England ſchon damals das Bewußtſeyn, der Nationalwohlſtand werde nicht durch die Begünſtigung einer producirenden Claſſe vor der andern begünſtigt, ſondern ſey allein durch die Wechſelwirkung aller bedingt; was den zweiten Punkt betrifft, ſo konnte der Gutsherr, wenn er bei günſtigen Umſtänden beſondere Capitalien auf den Ackerbau verwendet, nicht anders betrachtet werden, wie jeder Speculant, der auf Verluſt gefaßt ſeyn muß, wenn die von ihm benuzten Umſtände ſich ändern ſollten.

Das Korngeſetz äußerte jedoch nicht diejenige Wirkung, welche die Ariſtokratie davon erwartet hatte. Allerdings waren ihre hohen Pachten für den Augenblick geſichert und ihr augenblicklicher Verluſt auf Koſten der induſtriellen Claſſen vermieden, allein die Mehrzahl der Pächter blieb in dem traurigen Zuſtande, worin ſie das oben erwähnte Verhältniß nach dem Frieden verſezt hatte; ihre Armuth bot bald den Landeigenthümern keine Sicherheit im Beziehen ihrer Renten, ſo daß ſich das Einkommen derſelben durchaus nicht ſo verhielt, wie es durch die Korngeſetze bezweckt war. Ohnedem wurden die Armentaxen, die nicht wenig auf den Grundherrn drückten, um ſo mehr durch

die hohen Getreidepreiſe geſteigert. Das finanzielle Uebergewicht der Ariſtokratie ward ebenfalls nicht behauptet. Obgleich die induſtriellen Claſſen durch das Korngeſetz ſehr bedrückt wurden, obgleich ihr Handel nach dem Feſtlande dem früheren nicht gleichkam, theils aus dem angegebenen Grunde, theils auch durch den Umſtand, daß die dortigen Regierungen die Waaren von England hoch beſteuerten, welches ihre Producte ausſchloß: — Ungeachtet dieſer hinderlichen Umſtände erlangte dennoch Großbrittanniens Production einen Aufſchwung durch Abſatz nach Südamerika, Indien und China, der den frühern Handel überſtieg. Je mehr Reichthum ſich in den Händen dieſer Claſſe anhäufte und deſto mehr die Grundariſtokratie in dieſer Hinſicht überflügelt ward, deſto mehr wuchs der politiſche Einfluß der erſteren. Die Landedelleute, welche 1815 allmächtig waren, nahmen ſchon 1826 eine untergeordnete Stellung ein; die damalige Tory-Regierung Cannings bekümmerte ſich nicht länger um ihr Geſchrei und beabſichtigte eine Modification des Korngeſetzes; ſie ließ ſogar bei einer augenblicklichen Theuerung, ohne das Parlament zuvor zu befragen, eine gewiſſe Maſſe fremden Weizens ein.

Hätte damals die populäre Partei nicht andere und allerdings politiſch wichtigere Beſtrebungen im Auge gehabt (die katholiſche Emancipation, die Reform u. ſ. w.), ſo wäre wahrſcheinlich das ganze Gebäude der Korngeſetze umgeſtoßen. Die Aufregung war ſtark genug, obgleich nicht auf dieſen einzigen Punkt hauptſächlich hingerichtet. Man haßte im höchſten Grade jene

Beſtimmungen, welche alle Lebensmittel vertheuerten und zum Vortheil der Landjunker gewiſſermaßen eine immerwährende künſtliche Theuerung wenigſtens beim niederen Volke hervorbrachten. Man erkannte ohnedem ſehr wohl, daß der augenblickliche Schaden, den die Grundbeſitzer allerdings erleiden würden, durch die allmälige Steigerung des Bodenwerthes bei der nicht gehinderten Korneinfuhr und der dadurch bewirkten Erhöhung der Production wieder ausgeglichen werden müßte. Je mehr die niederen induſtriellen Claſſen Geld erwarben, um ſo mehr ward auch ihre Conſumtion von Ackerbauproducten vergrößert, während ſie bei ſchlechtem Verdienſt ſich verminderte. So waren ungeachtet der Korngeſetze die Kornpreiſe 1819 bis 1822 nicht geſtiegen, und erreichten erſt nach 1822 eine bedeutendere Höhe, als die Zerrüttung im Inneren ausgeglichen und der Handel wieder geſtiegen war.

Canning war übrigens noch lange nicht Willens, die Getreideeinfuhr gänzlich freizugeben, oder einen feſten und niedrigen Zoll anzuſetzen; er kam 1827 mit einer Bill, worin eine ſogenannte gleitende Scala für den Zoll vorgeſchlagen wurde, d. h. der Zoll ſollte im Verhältniß der engliſchen Getreidepreiſe ſteigen und ſinken, die Getreideeinfuhr aber zu jeder Zeit erlaubt ſeyn. Waren die Durchſchnittspreiſe 62 Schilling vom Weizen, ſo ſollte der Zoll 20 Schilling 8 Pence betragen. Bei jeder Erhöhung der Preiſe von 1 Schilling ſollten die Zölle um 2 Schilling vermindert werden, bis ſie an dasjenige Ziel kämen, wo der feſte Zoll in 1 Schilling beſtehen würde. In umgekehrter

Richtung ſollte die Erhöhung gelten. Für Hafer und Gerſte war ein verhältnißmäßiger Zoll angeſezt. — Dieſer Geſetzesvorſchlag trug damals ſehr dazu bei, die günſtige Stimmung für Canning zu erhöhen und war gewiß das Höchſte, was man zu jenen Zeiten erwarten konnte. Die Landedelleute erhoben einen gewaltigen Lärm; Canning brachte deſſen ungeachtet ſeinen Plan durchs Unterhaus, ſcheiterte aber in den Lords. Wellington vereitelte die Bill durch ein Amendement, welches die Anhäufung wohlfeilen fremden Getreides in den Entrepots verhindern ſollte. Canning nahm ſeine Bill zurück.

Nach ſeinem Tode kam die Partei der reinen Tories wieder ans Ruder, jedoch unter ähnlichen Verhältniſſen wie 1842. Sie ſah ſich genöthigt, verſchiedene Zugeſtändniſſe der Oppoſition zu machen, um ihre Stellung zu befeſtigen und verfeindete ſich dadurch mit einem Theile ihrer eigenen Partei. Zu dieſen Zugeſtändniſſen gehörte auch eine Veränderung des Getreidegeſetzes, welche die Grundbeſitzer ſich gefallen laſſen mußten, da die Wellington-Peel'ſche Verwaltung über die Mehrheit in ähnlicher Weiſe, wie Peel 1842, verfügte. Uebrigens war das von ihr eingebrachte Getreidegeſetz bei weitem nicht ſo liberal, wie das von Canning, denn es berückſichtigte die Grundbeſitzer und deren Renten bei weitem mehr wie dieſes. Die gleitende Scala war beibehalten, allein die Zollanſätze wurden erhöht. Die Bill enthielt folgende Beſtimmungen: Wäre der Durchſchnittspreis vom Weizen 66 und 67 Schilling, ſo ſollte der Einfuhrzoll

20 Schilling 8 Pence betragen, bei jeder Erhöhung von 1 Schilling ſtufenweiſe um 2, 3, 4 Schilling ſich vermindern, bis der Preis die Höhe von 73 Schilling erreicht hätte, wo eine feſte Abgabe von 1 Schilling eintreten würde. In umgekehrter Richtung ſollte der Zoll, wenn der Weizen unter 66 Schillinge fiele, mit jeder Erniedrigung von 1 Schilling eine Erhöhung von 1 Schilling erleiden, und bei einem Durchſchnittspreiſe unter 41 Schilling ſeinen höchſten Betrag 2 Pfund 6 Schilling 8 Pence erlangen. Dieſer Plan wurde angenommen und hat bis 1842 gegolten, als die allgemeine Aufregung des Landes Sir Robert Peel dazu nöthigte, ſeiner eigenen Partei zum Trotz ſo viel nur immer bei ſeiner Stellung ihm möglich war, davon abzugehen.

Man erkennt leicht aus der Vergleichung jener Scala mit den Getreidepreiſen des Feſtlandes in denjenigen Häfen (Elbing, Danzig, Hamburg), welche hauptſächlich den Getreidehandel mit England betreiben können, daß die engliſchen Grundbeſitzer mit keiner großen Gefahr des Verluſtes durch Concurrenz bedrohet wurden. Jene ſtehen dort immer wenigſtens um ein Drittel niedriger; der Zoll hatte dafür aber geſorgt, daß erſt beim hohen Preiſe von 66 Schilling eine ſehr mäßige Concurrenz ſtattfinden, und nur beim Preiſe von 68 Schilling die Zufuhr bedeutend werden konnte. Den engliſchen Grundbeſitzern war ſomit der hohe Preis von 60 bis 65 Schillingen immer geſichert. Wenn auch die künſtliche Theurung, wie ſie vorher ſtattfand, gewiſſermaßen aufhörte, ſo ergab ſich für

die Volksmaſſe ein Nachtheil anderer Art. Ueberſtiegen die Preiſe den genannten Durchſchnittswerth, ſo zeigte ſich ein immerwährendes Schwanken der Brodpreiſe; oft war Korn nicht zur Genüge auf einzelnen Punkten eingeführt und konnte nicht ſchnell genug eingebracht werden, wenn eine Theurung ſtattfand, ſo daß die Preiſe der Lebensmittel unverhältnißmäßig ſich erhöheten; der Handel mit fremdem Getreide glich einer Art Lotterie, wovon immer viel zu gewinnen und zu verlieren war; ein regelmäßiger Verkehr wurde unmöglich. Durch jenes Schwanken kam ferner Unſicherheit in die Fabrikation wegen des plötzlichen Herabſinkens und Steigens vom Tagelohne. Abgeſehen von den Nachtheilen, welche ein häufiges und ſtarkes Fallen und Steigen der Brodpreiſe auf die Verhältniſſe aller Claſſen äußert, war ſomit ein fixer Zoll beſonders für die induſtriellen Claſſen und für Städte wie Birmingham, Mancheſter, Leeds u. ſ. w. nothwendig, wo eine ſtarke und allein mit Fabrikation beſchäftigte Bevölkerung zuſammengedrängt iſt.

Nach der Reform ging der Widerſtand gegen die Korngeſetze hauptſächlich von Radikalen aus; allein auch Whigs blieben denſelben nicht fremd, ſowohl im Unterhauſe wie unter den Lords, obgleich die Sache nie eine Parteifrage wurde und viele Whig-Mitglieder hierin ſich den Conſervativen anſchloſſen. Radikale hatten vergeblich im Parlamente mehrere Male den Antrag geſtellt und die Miniſter in die Sache hineinzuziehen geſucht; dieſe hatten ſich förmlich geweigert und Lord John Ruſſel erklärte mehrere Male eine

ausgedehntere Geſtattung der fremden Korneinfuhr ſey für Großbrittannien nachtheilig; wäre von freien Stücken ein Antrag von der Regierung nach 1835 in dieſer Hinſicht gemacht worden, ſo würde ſicherlich der Erfolg der Wahlen ein anderer geweſen ſeyn. Sie ſind endlich dazu gezwungen worden, oder haben nach jener Maßregel als ein Mittel, ihre Stellung zu behaupten, zu einer Zeit gegriffen, wo alle Welt mit ihnen unzufrieden war, und wo die Mittelclaſſen bereits von Sir Robert Peel wenigſtens eine Umänderung der Korngeſetze erwarteten.

Dieß Verhältniß der Grundariſtokratie war in Betreff dieſer Geſetze noch immer das alte geblieben. Sie bedurfte derſelben, um ſich noch einigermaßen gegen die im Durchſchnitt ſchon reicheren induſtriellen Claſſen zu halten. Es mogte zwar keinem Zweifel unterworfen ſeyn, daß der augenblickliche, durch das Sinken ihrer Renten bei Aufhebung der Korngeſetze verurſachte Verluſt durch das ſpätere Steigen des Güterwerthes wieder ausgeglichen werden mögte, wenn die Fabrikation beim Sinken des Tagelohns und dadurch die Conſumtion der einheimiſchen Ackerbauproducte ſich erhöhete: allein dieſe Ausſicht lag im weiten Felde, und das Sinken der Pachtrenten konnte nicht ausbleiben. In Vergleich mit ihrer früheren Stellung war vielleicht die Hälfte, wenn auch nicht gänzlich verarmt, doch in ihren Mitteln ſo ſehr beſchränkt, daß ſie weder im geſelligen Leben, noch in den Wahlen u. ſ. w. den reichen Induſtriellen Stand halten konnte. Wurde der hohe Zoll der Korngeſetze vermindert, ſo konnte

ein Drittel der andern Hälfte kein anderes Schickſal erwarten, und die erſtere halbruinirte Hälfte mußte ihre ariſtokratiſche Stellung wahrſcheinlich durchaus aufgeben.

Der Grund, weßhalb die Mittelclaſſen nicht eher als gegen Ende 1838 in Betreff der Korngeſetze heftig aufgeregt wurde, mogte in dem Vertrauen liegen, welches man noch immer hin und wieder der Regierung nach 1836 zollte, offenbar aber auch in der damaligen Blüthe des Handels und der Fabrikation. So lange dieſelbe ſtattfand, wurde der Nachtheil leichter getragen, welcher durch Erhöhung des Tagelohns vermittelſt der Brodpreiſe, in Vertheuerung der Fabrikation und ſomit in Verminderung der Ausfuhr ſtattfand. 1838 aber hatte dieſe Blüthe eine Höhe erreicht, von welcher ſie ſeitdem heruntergegangen iſt. Einiger Stillſtand wurde zuerſt durch die Unterbrechung des Handels nach Centralaſien und durch eine beginnende Finanzeriſe in Nordamerika, zwei bedeutenden Märkten, verſpürt. Die Theuerung durch mißrathene Ernte kam hinzu. Somit begann die Aufregung, welche endlich die Whigs mit fortriß, Sir Robert Peel's Politik wenigſtens zum Nachgeben in ſeiner Weiſe beſtimmte, und jezt noch einigermaßen fortdauert, obgleich ſie durch Sir Robert Peel's Maßregeln etwas beſchwichtigt wurde.

Die populären Zeitungen ſtimmten den Lärm an; zum Aerger der Conſervativen ſtimmte ihr wichtigſtes Organ, die Times, wahrſcheinlich wegen des oben erwähnten guten Geruches für die Zukunft, ſicherlich

übrigens auch wegen der Stimmung der City, mit aller ihrer gewöhnlichen Kraft der Beredtſamkeit in die Declamationen der Radikalen ein; Parlamentsglieder der radikalen Partei und die angeſehenſten Fabrikanten der großen Städte traten zuſammen, um das gewöhnliche Mittel bei ſolchen Verhältniſſen, die Bildung eines Vereines einzuleiten, der mit organiſirter Leitung, mit einer Caſſe u. ſ. w. alle Beſtrebungen und Kräfte vereinigte und auf ein beſtimmtes Ziel hinleitete. Es entſtand die Anti-Corn-Law-League nach Art des katholiſchen, des Reformvereins u. ſ. w., eine Verbindung, die bei der hohen Stellung einzelner Theilnehmer als Staatsmänner, bei der Verfügung über bedeutende Capitalien u. ſ. w. gleich anfangs eine ganz andere Stellung einnahm, wie der lächerliche Nationalconvent ohne Geldmittel, ohne angeſehene und einflußreiche Führer u. ſ. w. Dieſe Geſellſchaft hat ohne Zweifel auf die ganze Geſtaltung der Parteiverhältniſſe, ſogar auf denjenigen Theil der Conſervativen eingewirkt, der die ganze Maſſe der Partei vertrat, und nachher zur Gewalt gelangte. Seine Wirkſamkeit ſcheint jezt noch lange nicht entſchwunden, wenn auch vermindert zu ſeyn. Können doch ſogar die Häupter der Conſervativen ſich der Unterhandlungen oder wenigſtens eines gewiſſen Verkehrs mit demſelben nicht entziehen!

Der Lärm war gegen Ende 1838 ſtark genug; eine Menge Parlamentsglieder waren entſchloſſen, die Sache aufzuregen, allein die Regierung blieb wie gewöhnlich unentſchieden. Als das Parlament am 5. Februar 1839 eröffnet wurde, erwartete man eine Phraſe

über die Veränderung der Korngeſetze in der Thronrede. Dieſe blieb aus. Jezt aber nahmen Radikale und ſogar ein Theil der Whigs keine weitere Rückſicht auf die ſchwache Regierung, welche in jeder Hinſicht durch Ereigniſſe überwältigt wurde, weder Vorkehrungen traf, noch die Begebenheiten leitete. Die alten Verhältniſſe, welche bisher die Verhandlungen in Anſpruch nahmen, wurden in den Hintergrund gedrängt; das Neue machte ſich um ſo entſchiedener geltend, da Irland bisher der Hauptgegenſtand der Parteikämpfe, damals aber gut regiert und ſomit ruhig, vor Intereſſen zurücktreten mußte, die jeden Engländer unmittelbar berührten, und ſomit die Volksmaſſe, als näher liegend, in ganz anderer Weiſe aufregten, als die iriſche Municipalreform u. ſ. w.

Die Abgeordneten der Anti-Corn-Law-League waren in London eingetroffen, verabredeten dort ihre Tactik mit den radikalen Parlamentsgliedern und verſchiedenen Whigs, und hielten ihre beſondere Verſammlungen, indem die Parlamentsglieder, welche den Kampf einzuleiten entſchloſſen waren, ſogar an den vorbereitenden Zuſammenkünften der miniſteriellen Verſammlungen nicht mehr Theil nahmen. Den Angriff eröffnete nicht ein Radikaler, ſondern ein Whig, Villiers (Bruder des Grafen von Clarendon). Schon am 7. Februar kündigte derſelbe ſeine Angriffe an; der erſte Vorſchlag ward der Form wegen, worin er geſchah, leicht beſeitigt, der zweite, welcher die ganze Reviſion des geltenden Geſetzes bezweckte, veranlaßte eine lange und aufregende Debatte, worin alle die

erwähnten Verhältniſſe vollkommen beleuchtet und die künftige Stellung der Parteien angedeutet wurde. Die Miniſter erwieſen dieſelbe Schwäche, wie früher; in ihrem Inneren ſelbſt entſtand ein Zwieſpalt, indem Poulett Thompſon ſich entſchloſſen zeigte, ohne Berückſichtigung auf die Cabinetsverhältniſſe die Reviſion der Korngeſetze offen zu vertreten. Die Regierung kam in die Lage, daß ſie ſich entweder auflöſen oder zu demſelben Mittel greifen mußte, wodurch der Verfall der alten Tory-Regierungen einſt ſich kund gab, und wodurch die katholiſche Emancipation unter Lord Liverpool eingeleitet wurde. Sie erklärte die Angelegenheit der Korngeſetze für eine offene Frage, d. h. jedes ihrer Mitglieder könne ſtimmen, wie es wolle, ohne daß dadurch der Beſtand der Regierung gefährdet würde. Die Entſcheidung blieb alſo gänzlich dem Parlamente überlaſſen. Im Fall jedoch ſelbſt das Unterhaus die Reviſion der Korngeſetze annahm, ſo blieb jene Criſe unvermeidlich. Das bisherige ſchwache Verfahren gegen das Oberhaus, wie es die Whig-Regierung behauptet hatte, war bei einer Angelegenheit nicht möglich, welche eine Lebensfrage für alle Volksclaſſen bildete. Früher oder ſpäter mußte jene Criſe eintreten. — Uebrigens ließ ſich erwarten, daß der Sieg gegen die Grundariſtokratie und die Landleute, welche freilich nur in ſo weit an der Erhaltung der Korngeſetze intereſſirt waren, wie ihre augenblickliche Pacht darauf berechnet war, die aber dennoch in Maſſe mit allen Vorurtheilen daran feſthielten und in der Aufhebung ihren Ruin ſahen, — daß dieſer Sieg

nicht plötzlich, ſondern nur nach anhaltenden Kämpfen gewonnen werden konnte. Ohne leztere iſt nie eine bedeutende Maßregel gegen den Willen der Ariſtokratie durchgeſezt worden.

Viele Whigs traten auf Seite Villiers', unter andern Lord Howick, Sohn des Grafen Grey, deſſen Entſcheidung nicht ohne Gewicht bleiben konnte wegen des bedeutenden Einfluſſes, welchen die Familie Grey in England übte. Auch Lord John Ruſſel trat wenigſtens in ſo weit dem Vorſchlage bei, daß er zwar Bedenklichkeiten über eine zu große Herabſetzung der Zölle äußerte, aber doch die Einſetzung eines Ausſchuſſes, um die Reviſion einzuleiten, nicht zurückwies. — Dagegen erhoben ſich die Tories mit aller Heftigkeit bei dieſer Frage, wo es ſich freilich um die Exiſtenz eines großen Theiles ihrer Partei handelte. Man erkannte aus den Reden der meiſten Conſervativ-Mitglieder, daß ſie die Vorurtheile und die Leidenſchaften der Landleute in jeder Hinſicht zu erregen beabſichtigten, um der Bewegung in den Städten entgegenzuwirken; nur Sir Robert Peel nahm eine vorſichtige Haltung ein, um ſeine ſpätere Stellung vorzubereiten. Er ſprach natürlich im Sinne ſeiner Partei gegen die Reviſion, jedoch mit Ruhe, als ein Staatsmann, der ſelbſt zur Regierung zu gelangen hoffte und durch voreilige Erklärungen ſeiner eigenen Partei gegenüber ſich nicht die Hände binden würde. Mehrere ſeiner Aeußerungen ließen ſich in ſolcher Weiſe erklären, daß er ſehr wohl zu einer Veränderung der Korngeſetze nach ſeinem bekannten Syſtem

ſich verſtändigen würde, unbedingt einen Parteizweck weder anzunehmen noch zu verwerfen, ſondern denſelben nach Verhältniß der Umſtände zu modifiziren. Er ſagte z. B., der Veränderung würde er ſich nicht widerſetzen, wenn er zur Einſicht gelangte, das Beſtehen der Korngeſetze ſey den Manufakturen wirklich ſchädlich. Dieß aber ſey nicht der Fall u. ſ. w. Dergleichen Aeußerungen hat er ſeitdem oft wiederholt, ſo daß bei dem Sturze der Whigs die Mittelclaſſen nicht mit Unrecht eine von ihm ausgehende Veränderung in dieſer Hinſicht erwarteten, wie ſie auch wirklich 1842 von Peel durchgeführt wurde, obgleich in ſolcher Weiſe, welche auf die Dauer ebenfalls nicht haltbar ſeyn mag.

Wie zu erwarten ſtand, ward Villiers' Antrag für dießmal beſeitigt, indem die Mehrzahl der Whigs mit den Tories ſtimmte; eine Majorität von 147 Stimmen verwarf den Antrag für dießmal, deſſen augenblickliche Durchſetzung ſchwerlich irgend ein Parteihaupt erwartet hat.

In jeder Hinſicht verloren die Miniſter jezt an Boden; ſie waren den Verhältniſſen nicht mehr gewachſen. Ein zweiter Punkt, worin die Radikalen offenbar an Kraft gewannen, betraf die geheime Abſtimmung, zur Lähmung desjenigen Einfluſſes, welchen die Gutsherrn auf ihre Pächter übten, und zur Verminderung der Wahlbeſtechung, ein Umſtand, der leider ſo tief gewurzelt und allgemein geworden iſt, daß ſelbſt jene Maßregel vielleicht nicht durchaus abhelfen würde, und daß die vollkommene Durchführung der

beſtehenden Geſetze ſich als eine Unmöglichkeit darlegt. Wenigſtens jene eine Modification der Reformacte erlangte immer mehr Anhänger ſogar unter der eigentlichen Whig-Partei. Als bei der Adreßdebatte ein allgemein abgefaßtes Amendement Duncombe's über die Unzulänglichkeit der Reformacte berathen war, erlangten die Radikalen einen vierfachen Betrag der Stimmen für dieſelbe, als ſie 1838 gehabt hatten. Die Miniſter mußten ſich auf die Conſervativen ſtützen, und bald, um noch den äußeren Zuſammenhalt ihrer Regierung zu bewahren, die geheime Abſtimmung eben ſo zur offenen Frage wie die Korngeſetze machen.

Ihre Stellung war ſchon jezt nur dann eine feſte, wenn der Angriff ausſchließlich von den Conſervativen ausging und einen Gegenſtand betraf, wo die Radikalen ſich entſchieden wegen der Sache zu den Whigs halten mußten. Angriffe dieſer Art brauchten die Miniſter nicht zu ſcheuen; das Oberhaus, bisher nur in einer defenſiven Stellung, begann zum erſten Mal den Angriff, indem auf Lord Roden's Antrag (am 21. März) ein Ausſchuß zur Unterſuchung des Zuſtandes von Irland nach 1835 eingeſezt werde, offenbar mit der Abſicht, nicht allein die Regierungsmaßregeln als Beförderungsmittel der Anarchie hinzuſtellen, ſondern vielleicht ſogar eine Anklage gegen den Vicekönig darauf zu begründen. Allein ein billigender Beſchluß des Unterhauſes in dieſer Hinſicht hielt die Regierung aufrecht. Die Unterſuchungen des Oberhaus-Ausſchuſſes fielen zu Gunſten der Miniſter aus, und das ganze Manöver war vereitelt. Ohnedem

nahete die Zeit, worin die Conſervativen das Staatsruder wieder zu ergreifen hofften, und wo ihre Häupter alsdann in der Verwaltung Irlands nicht anders verfahren konnten, wie die Whigs; den Parteileitern mußten ſomit dergleichen Manöver ſpäter um ſo unangenehmer ſeyn, da ſie ſich einerſeits ihrer eigenen Partei gegenüber einer entſchiedenen Politik über Irland nicht verpflichten konnten, andrerſeits, indem ſie die engliſchen Mittelclaſſen durch Gemeinſchaft mit den Hochtories in ſolchen Beſchlüſſen und Manövern nicht beleidigen durften, um ihre ſpätere Stellung zu ſichern.

Die Angelegenheit Lord Durham's bot ebenfalls keine Veranlaſſung, die Stellung der Miniſter zu untergraben. Schwäche war ihnen genug vorgeworfen worden in der Art, wie ſie den Grafen Durham vertraten, allein ſie hatten offenbar in ihrem Verfahren Recht; Lord Durham, wie es ſcheint, ließ ſich ſelbſt beſchwichtigen, nachdem Lord Glenelg, über den er am meiſten ſich geärgert hatte, aus dem Miniſterium trat *). Der Graf legte als einzigen Erfolg ſeiner Sendung einen merkwürdigen Bericht über die Verhältniſſe der nordamerikaniſchen Colonieen, über deren Beſchwerden und nothwendige Reformen vor, ein Bericht, der Scharfſinn, Billigkeitsgefühl und Patriotismus in hohem Grade erwies, und welcher für jede ſpäter regierende Partei wenigſtens in manchen Dingen die Richtung der Politik beſtimmen muß. Graf

*) Lord Glenelg wurde von Normanby erſezt und an deſſen Stelle als Vicekönig Irlands trat Lord Ebrington, in die Pärie erhoben.

Durham hat damit ſeine öffentliche Laufbahn beſchloſſen. In der nächſten Zeit zog er ſich zurück und iſt bald darauf geſtorben.

Hatten die Miniſter von den genannten Manövern der Conſervativen und von Lord Durham Nichts zu befürchten, ſo bot ſich dagegen bald darauf eine Gelegenheit, die ihnen bewies, daß ſie ohne Hülfe der Radikalen ihre Stellung nicht behaupten konnten, daß leztere Partei ihnen ihr Vertrauen entzogen hatte und nicht länger mehr aus Furcht vor einer Tory-Verwaltung die Whig-Miniſter um jeden Preis hielt. Die früher von den Whig-Regierungen gegen die Radikalen erwieſene Mißachtung ward dadurch beſtraft, daß die herrſchende Partei zum erſten Male durch eine Coalition mit den Conſervativen bei einer Gelegenheit geſtürzt wurde, worin die Radikalen mit lezteren nach ihren Grundſätzen zuſammenfallen mußten. Die Sache betraf das oben erwähnte Verhältniß von Jamaica, und gab den traurigen Beweis, daß die Miniſter bei aller Schwäche eine Neigung zu Gewaltthätigkeiten erwieſen, wie ſie kaum von neueren Tory-Regierungen bei irgend einer Gelegenheit gehegt werden würde.

Wie erwähnt, hatte die Regierung 1838 eine Maßregel in Betreff Jamaica's durchgeſezt, welche die Verfaſſung dieſer Colonie offenbar verlezte, indem ſie eine Hauptbefugniß der ſelbſtſtändigen Lokalverwaltungen dem Gouverneur zuzuweiſen beabſichtigte. In Jamaica ward die heftige Stimmung der Coloniſten und der Aſſembly dadurch erhöhet, und die Inſel kam

durchaus in dieſelbe Aufregung, wie Canada kurz vor dem Aufſtande. Die Aſſembly benahm ſich mit Klugheit und Feſtigkeit; ſie bereitete eine Maßregel vor, welche darauf berechnet war, in England eine günſtige Stimmung für ſie zu erwecken, und die alte auf die Sclaverei gegründete Abneigung zu überwinden. Sie traf Einleitungen zum gänzlichen Aufhören der Lehrlingsſchaft und ſomit zur Freiheit der Neger, andrerſeits widerſezte ſie ſich entſchieden dem Parlamentsbeſchluß, erklärte ſich für beeinträchtigt in ihren Rechten, und wies alle vom Gouverneur vorgelegten Geſchäfte zurück. Der Gouverneur prorogirte die Aſſembly. Nach der Wiedereinberufung beharrete dieſelbe auf ihrem Beſchluſſe; der Gouverneur ſchritt zur Auflöſung; unter Aufregung der ganzen Bevölkerung wurden dieſelben Männer wieder gewählt. Das Colonialoberhaus ſtimmte für ihn; allein deſto hartnäckiger zeigte ſich die Aſſembly. Die Sache kam auf denſelben Punkt, wie in Canada. Die neu gewählten Deputirten beſtätigten alle früheren Beſchlüſſe; die Verwaltung ſtockte. In Jamaica drohete man, wie in Canada, mit Gewaltthat, im Fall das Mutterland jenen Beſchluß erzwingen wolle. Brach ein Bürgerkrieg aus, ſo konnte derſelbe zugleich ein Kampf der Farbigen gegen die Weißen werden.

Als jene Nachrichten in England anlangten, machten die Miniſter einen Vorſchlag, welcher nicht allein den Whig-Grundſätzen durchaus widerſtrebte, ſondern welcher auch kaum von der jezt einflußreichen Tory-Fraction ausgehen könnte, Anträge, welche an die gewaltthätigſte Zeit der Tory-Regierungen erinnerten,

und welche, dem Weſen der Verfaſſung widerſtrebend, unmöglich bei der Nation gebilligt werden konnten. Obgleich in Jamaica noch nicht, wie in Canada, eine bewaffnete Widerſetzlichkeit gegen das Mutterland ſtattgefunden hatte, wurde von dem Unterſtaatsſecretär für die Colonieen, Labouchere, der Antrag geſtellt, die Verfaſſung von Jamaica auf 5 Jahre zu ſuspendiren (9. April) und die geſetzgebende Gewalt für dieſe Zeit dem Gouverneur und dem Colonialoberhauſe zu übertragen.

Der Antrag machte einen ſonderbaren Eindruck; ſelbſt diejenigen Liberalen, welche noch Vertrauen zur Regierung hegten, konnten das gewaltſame Verfahren kaum billigen. Ward jenes Verfahren gegen Canada bei allen Streitigkeiten mit den Colonieen fortgeſezt, ſo war die Erbitterung aller eine nothwendige Folge und die Gefahr bei einer politiſchen Criſe um ſo größer. Viele bereueten ſchon das erſtere, denn man war allgemein zu der Ueberzeugung gekommen, daß den Canadiern früher viel Unrecht zugefügt war, wie ſehr auch die Ereigniſſe jener Colonie in den lezten Jahren das Mutterland gegen dieſelbe ſtimmen mußten. Außerdem verlor ſich der frühere Widerwille gegen die Plantagenbeſitzer in ganz Weſtindien, ſeitdem die Geſetzgebungen der Zuckercolonieen Maßregeln gaben oder einleiteten, um die Lehrlingsſchaft der Schwarzen abzukürzen, und ſomit durch die gänzliche Freiheit der Neger jene Hauptbedingung entfernten, die bisher die Abneigung der Engländer verurſacht und genährt hatte.

Die engliſchen Radikalen traten offen und heftig

gegen Labouchere's gewaltſame Bill auf und fanden, wie es ſcheint gegen ihre eigene Erwartung, Bundesgenoſſen an den Tories, denen jene Maßregel bei der ganzen Richtung jener Partei weit eher zuſagen konnte, wie jenen. Hier iſt offenbar die Entſcheidung von den Häuptern ausgegangen, welche das Staatsruder nach einer Niederlage der Miniſter ergreifen konnten; ohne die beſtehende Organiſation und Leitung hätten Viele vielleicht die Miniſter unterſtüzt, und Leztere mogten eben jene Hoffnung hegen. Während Hume, Grote und Andere mit Heftigkeit gegen die ungerechte Maßregel auftraten, ſchloß ſich Sir Robert Peel allen ihren Darlegungen mit derjenigen Kälte an, die er ſelbſt bei der heftigſten Aufregung ſeiner Partei ſelten oder niemals aufgegeben hat. Er hob alle Punkte hervor, die der Nation in der Maßregel der Miniſter widerſtreiten mußten; die uncontrollirte Erhebung der Steuern durch die Regierung, die Gewaltſamkeit, eine feſt begründete Conſtitution umzuſtoßen, den Leichtſinn, ein vom Mutterlande angeſprochenes Recht der Einmiſchung in die Colonialangelegenheiten, bei jeglicher Veranlaſſung gewaltſam geltend zu machen u. ſ. w., kurzum Peel, Stanley u. ſ. w. waren die Vertreter derjenigen Grundſätze, worauf die Gewalt der Whigs beim Volke beruhete.

Die Miniſter zeigten ihre gewöhnliche Schwäche. Als jener Widerſtand ſich erwies, ließen ſie die Bill weder fallen, noch in der Weiſe beſtehen, wie ſie urſprünglich eingebracht war. Sie ſuchten ſich mit ihrem

gewöhnlichen Verfahren, einer halben Maßregel, zu helfen, indem ſie die Zeit der Verfaſſungs=Suspenſion um die Hälfte herunterſezten. Dieß war aber jezt vergeblich; weder die opponirenden radikalen Parlamentsglieder, noch auch der Aerger außerhalb des Hauſes wurde dadurch beſchwichtigt. Ohne O'Connel war die Niederlage gewiß; jener iriſche Parteiführer hielt zwar noch zu den Miniſtern, und konnte ihnen im Nothfall die Majorität um einige Stimmen verſchaffen, allein die Stimmung über denſelben und über deſſen ganzes Verhältniß zur Regierung war wenigſtens in England und Schottland bereits in ſolcher Weiſe entſchieden, daß eine durch ihn bewirkte Mehrheit der Regierung nichts half. Am 6. Mai erfolgte eine Abſtimmung, welche die Whigs ſelbſt als eine Niederlage erkannten; ſie beſaßen allein eine Mehrheit von 5 Stimmen. Sogar viele eigentliche Whigs hatten nur aus Parteirückſicht die Miniſter unterſtüzt. So wie die Sitzung aufgehoben wurde, ahnete man das Reſultat; die Parlamentsglieder trennten ſich in Aufregung; am folgenden Tage reichten die Miniſter ihre Entlaſſung ein.

So fiel die Whig=Regierung, durch das Volk emporgehoben, jedoch durch Schwäche bald darauf nicht länger beſonders geachtet, im Beginn einer Volksaufregung, die ſie nicht zu leiten vermogte, durch eine Maßregel, die ihren eigenen früheren Parteigrundſätzen widerſtrebte.

Sechſtes Kapitel.

Das Melbourne-Miniſterium neu gebildet, bis zu ſeinem vollkommenen Sturze.

Der Sturz der Whigs ſchien bei den geſchilderten Verhältniſſen ſchon lange vorbereitet und eine Conſervativ-Regierung um ſo nothwendiger, da dieſe Partei die eigentliche parlamentariſche Gewalt ſchon länger beſaß. Zwar fehlte ihr noch die Mehrheit des Unterhauſes, allein eine neue Wahl konnte ſehr leicht dieſelbe ebenfalls zu ihren Gunſten bilden, wenn der Regierungseinfluß zu Gunſten ihrer Partei in die Wage geworfen wurde. Die Volksſtimmung war nicht mehr abgeneigt. Jene 1836 verweigerte offene Probe wurde 1839 leichter bewilligt, einerſeits da man bei Sir Robert Peel, dem einzigen Mann, der unter den Tories eine Regierung bilden konnte, eine gänzliche Abgeneigtheit gegen Reformen ſchon lange nicht mehr bemerkte, andrerſeits indem man von ihm eine kräftige Regierung und ſomit auch Reformen erwartete, welche die Whigs nicht mehr durchſetzen konnten. Eine kräftige Regierung ließ ſich von Sir Robert Peel wenigſtens im Anfang als ſicher vorherſehen. Die lange Oppoſition der Conſervativen, die zahlreichen ſeit 1830 erlittenen Verluſte hatten einen Zuſammenhalt der Partei bewirkt, worin alle verſchiedenen Färbungen in einer großen und zuſammenhaltenden Maſſe untergingen, die nur einen Willen zu haben ſchien. Ein großer Theil, vielleicht mehr als die Hälfte, hegte

Argwohn und ſogar Haß gegen ihren Leiter; ſie wußte ſehr wohl, daß er nie eine Regierung führen würde, wie ſie vor 1829 von der Partei ausging, daß er ſie ſehr leicht mit Maßregeln überraſchen könne, welche ſich von Whigs oder ſogar von Radikalen erwarten ließen; daß er ſeine Plane vor ihnen ſelbſt geheim halte und niemals ſich für die Zukunft die Hände binden laſſe; allein eben jene Conſervative fühlten andrerſeits, daß ihre frühere Macht und ihr Syſtem vor 1829 auf immer entſchwunden ſey, daß Sir Robert Peel, Stanley und Graham die einzigen Männer im Unterhauſe wären, welche Einfluß auf die Verſammlung üben könnten, daß ihre Gewalt nur durch Conceſſionen ſich erkaufen ließe. Sie hatten ſich ſomit der Führung dieſes Parteihauptes blindlings untergeordnet, ſo daß auch ſpäter, als Sir Robert eine bleibende Verwaltung bildete, von ihm allein die Regierung des Landes ausging. Nur ein Punkt fand ſich damals, welcher den Conſervativen noch größere Schwierigkeit gemacht hätte, wie ſpäter, die immer mehr wachſende Aufregung wegen der Korngeſetze. Unter der Partei war die Ueberzeugung noch nicht vorherrſchend, daß eine Veränderung auch in dieſem Punkt ſtattfinden müſſe; aus dieſem Grunde hätte Sir Robert ſich ſchwerlich ſchon damals dazu verſtanden, und die Radikalen ſeine Regierung auch noch nicht ſtillſchweigend geduldet, während die Verhältniſſe nicht von ſolcher Art waren, daß dieſe Partei hoffen konnte, ſelbſt eine Verwaltung zu bilden. Der Sturz der Whigs wurde jedoch von einem Theile der Radikalen

nicht ungern geſehen; ihr Fall erwies den Erſteren, daß ſie ohne kräftige Unterſtützung der Lezteren ſich nicht halten könnten und ſomit die Beſtrebungen dieſer Partei in andrer Weiſe berückſichtigen müßten, wie bisher.

Eine Conſervativ-Regierung ſcheiterte aber dießmal noch an dem Willen der Königin. Wie erwähnt, war dieſe Fürſtin den Whigs durchaus geneigt, ſeit ihrer Jugend unter dem Whig-Adel erzogen, mit den weiblichen Mitgliedern deſſelben befreundet und ſeit ihrer Thronbeſteigung durch eigenen Willen mit Lezteren umgeben. Jene Hofämter ſind nicht allein ſehr einträglich, ſondern ertheilen auch einen gewiſſen politiſchen Einfluß auf die Perſon des Souveräns in denjenigen Punkten, worin die Conſtitution derſelben einen Spielraum gelaſſen hat. Bekanntlich iſt die ſogenannte parlamentariſche Regierung, worin das Parlament indirect die Miniſter ernennt, und ſomit die perſönliche Meinung des Regenten gänzlich außer Acht läßt, ſeit der Königin Anna allgemein, obgleich dem Buchſtaben des Geſetzes widerſtreitend; conſequent durchgeführt erſtreckt ſich dieſe Ernennung eben ſo wohl auf die Hofämter; eine Praxis, die zwar bis in neueſter Zeit nicht ſtattfand, allein worauf fortwährend und mit Recht gedrungen wurde, als auf eine natürliche Folge des ganzen geltenden Syſtemes. So oft Georg III. Whigs in kurzdauernde Miniſterien berief, war wenigſtens von dieſer Partei der Verſuch gemacht und derſelbe wäre bei der kräftigen Haltung der Partei damals auch durchgeführt worden, wenn andre Umſtände nicht die

Dauer jener Miniſterien vereitelt hätten. Seit 1830 hatten die Whigs in dieſem Punkte Wilhelm IV. zwar nachgegeben, allein durchaus kein Lob dafür geerntet. Der Grundſatz war erſt nach der Thronbeſteigung der Victoria vollkommen von ihnen durchgeführt.

An dieſem Umſtande ſcheiterte vorerſt die Conſervativ-Regierung. Am 8. Mai berief die Königin zuerſt den Herzog von Wellington, allein dieſer lehnte die Bildung des Miniſteriums von ſich ab und verwies auf das wirkliche Parteihaupt, Sir Robert Peel. Lezterer berieth ſich ſogleich mit den Häuptern ſeiner Partei und ſchon am nächſten Tage war eine Regierung ungefähr in derſelben Weiſe organiſirt, wie ſie einige Zeit ſpäter zu Stande kam. Hierauf verlangte Sir Robert Peel die Bildung des Hofſtaates aus ſeiner Partei als Bedingung, unter welcher er allein die Regierung führen wolle. Die Königin wurde hierdurch aufs Höchſte gereizt und weigerte ſich unter jedem Fall, die Bedingung anzunehmen; bei dieſer Erklärung trat Sir Robert Peel ſogleich zurück; die Königin ließ ſogleich wieder den Lord Melbourne rufen, der ſich auch bereit erklärte, mit allen ſeinen Collegen wieder ins Amt zu treten. Im ganzen Lande wurde hierauf ein großer Lärm erregt, um der Whig-Partei durch jenen Vorgang einen größeren Halt in der Nation zu geben, welche wenigſtens früher (noch unter Georg III.) gegen eine Partei aufgereizt wurde, die dem Souverän in Betreff ſeiner perſönlichen Neigungen gewaltſamen Zwang auferlegen wollte. Allein dieſe Zeit war jezt vorüber; man erkannte ſehr wohl

den oben erwähnten Grundſatz als conſtitutionell, und konnte der Conſervativ-Partei das Recht nicht ableugnen, an die Uebernahme der Regierung ihrerſeits Bedingungen zu knüpfen. Der darüber gemachte Lärm ging ohne Wirkung vorüber.

So kam die Whig-Partei wieder ans Ruder; dießmal unter ſo ungünſtigen Umſtänden, wie noch nie. Im Parlament begann ihre Mehrheit zu wanken und es war keine Ausſicht vorhanden, daß je eine kräftige Majorität jemals wieder zu erlangen ſey; die Radikalen, getäuſcht und bei vielfacher Gelegenheit gereizt, waren gleichgültig gegen die herrſchende Partei und eben ſo geneigt, die Conſervativen zu dulden, im Fall Sir Robert Peel Reformen nicht durchaus zurückwieſe, die ja ohnedem nicht in andrer Art, wie nach ſeinem Willen durchgeführt wurden. Dieſelbe Stimmung fand ſich außerhalb des Parlamentes bei den Mittelclaſſen; herrſchte unter Lezteren Aufregung, ſo wußte man ſehr wohl, daß die Regierung die Zwecke derſelben ohne Zwang nicht annehmen würde, ein Fall, der eben ſo wohl von den Conſervativen zu erwarten war. Mit Gewißheit ließ ſich bei der nächſten Parlamentsauflöſung eine conſervative Mehrheit vorherſagen. Die Schwäche der Miniſter in Betreff der von ihnen eingebrachten Maßregeln mußte noch ſteigen; endlich war der Hofeinfluß, wodurch ſie ſich hielten, eben kein Grund, Sympathie beim Volke zu erregen. Die folgenden zwei Jahre bieten auch die traurigſte Zeit, welche die Whig-Partei jemals aufweiſen kann. Beſſer wäre es geweſen, hätte Sir Robert Peel

ſeit 1839 regiert, denn es folgte jene ſonderbare und in mancher Hinſicht noch immer unerklärliche Politik Palmerſton's im Orient, wodurch für England nichts erlangt wurde, wie ein Deficit und ein Bruch mit Frankreich, eine unnatürliche Verbindung mit Rußland und eine Reihe von Verlegenheiten jeder Art; es folgte die durch Palmerſton veranlaßte Aufreizung Nordamerika's, die ſogar ſchon ohne Krieg fühlbare Nachtheile gebracht hat und endlich ſogar Schwäche gegen China bei einer Angelegenheit, wo der engliſche Handel in noch höherem Grade intereſſirt war, wie bei Allem, was im Orient vorging.

Etwas mußte von Seiten der Miniſter geſchehen, um der geſunkenen Popularität wieder aufzuhelfen; ſomit brachten dieſelben die ſogenannte Poſtreform, eine Veränderung, welche bis in die unterſten Glieder des Staates eingriff, bei dem Zuſtande des Verkehrs eine unberechenbare Wirkung äußern und beſonders von den unteren und mittleren Claſſen dankbar angenommen werden mußte. Allein der Plan ſtammte nicht von den Miniſtern, nicht einmal von der Partei, ſondern von einem Privatmanne (Rowland Hill); er war ohnedem bei der Ausführung mit finanziellen Verlegenheiten verbunden, welche ſpäter beim Deficit mitwirkten und wurde endlich auch von den Conſervativen in ſolcher Weiſe angenommen, daß die Whigs nicht einmal das Verdienſt der Durchführung ſich eigentlich zuſchreiben konnten.

Im Jahre 1837 war eine kleine Schrift erſchienen, die einen Plan entwickelte, nach welchem die Briefe

von einem Ende des Königreichs zum andern auf der Poſt zu dem gleichförmigen Preiſe eines Penny verſandt werden könnten, ohne daß ſich ein Ausfall für das Staatseinkommen ergäbe. Dieſer Entwurf erhielt durch den Namen des Verfaſſers kein Anſehen, denn dieſer war durchaus unbekannt. Es war nicht vorauszuſetzen, der Plan werde von Staatsmännern im Parlamente lebhaft aufgegriffen werden, denn er war der Politik durchaus fremd und bot keinen Gegenſtand zu Parteidebatten. Ohnedem hegen bekanntlich die Engländer Mißtrauen gegen Projektmacher, beſonders wenn von durchgreifenden Veränderungen im Staatshaushalt die Rede iſt. Nichts deſto weniger wurde die Sache von allen Claſſen im ganzen Reiche begierig aufgegriffen und nach drittehalb Jahren ward jener Plan zum Geſetz des Landes. Der Grund dieſer plötzlichen Entſcheidung der öffentlichen Stimme und der Geſetzgebung lag offenbar in dem drückenden Verhältniſſe, welches durch die beſtehende Poſtverwaltung bewirkt war; in keinem europäiſchen Lande war das Briefporto ſo hoch wie in England, eine Laſt, die von einem Handel treibenden Staate um ſo ſchwerer empfunden werden mußte. Rowland Hill wies mit Gewißheit nach, das Poſtamt exiſtire gar nicht für die unteren und auch nicht für einen Theil der mittleren Claſſen. Man hatte eher Grund zu erſtaunen, daß die Sache nicht ſchon früher von einer Partei aufgegriffen und als Reformmaßregel vorgeſchlagen war.

R. Hill's Darlegung wies die Fehlerhaftigkeit des geltenden Syſtems zuerſt in dem ungeheuren Preiſe

des Gegenſtandes nach, in Vergleich mit den Koſten, und mit demjenigen Preiſe, welcher bei erlaubter Concurrenz ſtattfinden müßte. Alsdann ward die Unverträglichkeit des Syſtems mit allen finanziellen und ſocialen Verhältniſſen Großbrittanniens dargelegt. Das Staatseinkommen durch die Poſt ergebe ſich aus dem Profit eines durch Monopol beſchützten Handels, ähnlich dem Tabaksmonopol in Frankreich, Oeſtreich u. ſ. w. und dem Salzmonopol vieler Länder. Regierungsmonopole ſind aber ſchon lange in England als unpolitiſch und in jeder Hinſicht als unzweckmäßig anerkannt. Wolle die Regierung das Monopol wegen andrer Rückſichten bewahren, ſo müſſe ſie einen Preis ſtellen, womit das Publikum zufrieden ſey. Eben durch das Monopol und den daran geknüpften hohen Preis ſey Verwaltung und Einnahme des Poſtamtes ſeit 1815 ſtationär geblieben, während die Poſteinnahme im Verhältniß der Bevölkerung z. B. 1835 und ſpäter jährlich um 500,000 Pfund hätte ſteigen müſſen, ohne daß man die vermehrte Handelsverbindung dabei berückſichtigte. Das Stationäre des Poſteinkommens beruhe ſowohl auf der Unterdrückung der Correſpondenz, wie auf dem dadurch entſtehenden Schmuggel, welcher in der hohen Prämie eine Ermunterung finde *); die Koſten des Porto's ſeyen ſo übertrieben, daß bei Transportkoſten von $\frac{1}{36}$ eines Penny beinahe 1 Schilling bezahlt werde. Im Verhältniß zu jenen Transportkoſten

*) Im Ausſchuſſe des Unterhauſes wurde dargelegt, daß unerlaubte Correſpondenz von Glasgow und Mancheſter mit London im Gegenſatz zu der Correſpondenz durch das Poſtamt ſich wie 10 zu 1 und 9 zu 1 verhalte.

könne das Briefporto allgemein auf 1 Penny herabgeſezt werden; bei dem gleichförmigen Porto müſſe zugleich eine Vereinfachung der Verwaltung und ſomit der dazu erforderlichen Koſten ſich ergeben (beim Stempeln u. ſ. w.). Bei der Herabſetzung des Preiſes werde der Schmuggel aufhören und andrerſeits die Zahl der Briefe ſich vervielfachen, ſo daß der Ausfall ſich allmälig decken würde, wie dieß bei ſo mancher Zollherabſetzung bereits in Großbrittannien durch die Erfahrung erkannt war. Eine ſechsfache Vermehrung der damaligen Correſpondenz würde nach Hill's Berechnung genügen, um das Deficit auszugleichen. Die Vermehrung der Einnahme müſſe bei dem mit jedem Monat durch den ſich weiter ausdehnenden Verkehr der niederen Volksclaſſen anwachſen, bis das Maximum bei 20 Millionen Menſchen erreicht ſey. Als Analogie ſeiner Berechnungen gab Hill die Folgen der Acciſe-Zollherabſetzungen auf Seife, Thee, Seidenwaaren, Kaffee u. ſ. w., welche ſchon unter den Tory-Regierungen vor 1830 ungeachtet des Geſchreis der Partei durchgeſezt worden waren, und bei erhöheter Conſumtion zur Folge gehabt hatten, daß jener Ausfall ſich in Kurzem deckte, oder daß die Staatseinkünfte ſich ſogar vermehrten. Ein augenblicklicher Ausfall wurde aber hier zugeſtanden.

Unmittelbar nach Erſcheinung dieſes Buches griff die ganze Preſſe, ohne Rückſicht der Partei, die Times wie das Chronicle, der Morning-Herald wie der Sun, die Sache einſtimmig auf; politiſche und ſociale Geſellſchaften, Corporationen, endlich das Parlament folgten

in Kurzem. Wohl niemals hat ein Buch über einen politiſchen Gegenſtand einen ſo ſchnellen und entſcheidenden Erfolg in einem an Preßfreiheit ſchon lange gewöhnten Lande gehabt. Im Mai 1837 gelangte bereits eine Bittſchrift der City an das Parlament, welche von den angeſehenſten Geſchäftsleuten dieſes Weltmarktes unterzeichnet war. Das Parlament mußte ſchon damals auf Hill Rückſicht nehmen; ein Ausſchuß, der über das Poſtweſen der Hauptſtadt Unterſuchungen anſtellte, nahm förmlich ſeine Meinung an. In der Seſſion von 1838 wurden ſchon 320 Bittſchriften für Hill's Plan dem Hauſe eingereicht, 1839 betrug die Zahl derſelben 2007, worunter 148 von Städtecorporationen! Ein Chef des erſten Wechſelhauſes im Reiche, Baring u. Comp., leitete in der City die Bildung eines Ausſchuſſes ein, um Zeugniſſe zu Gunſten von Hill's Plan einzuſammeln, Materialien, welche ſowohl die Ausſchußarbeiten wie die Parlamentsverhandlungen erleichtert haben. Dieſer Ausſchuß von Geſchäftsleuten enthielt Männer aller politiſchen Parteien, die weiter keine Gemeinſchaft mit einander hatten, als daß ſie den erſten Rang in ihrem Stande durch Reichthum und Intelligenz einnahmen. Auch die Geiſtlichkeit blieb nicht zurück; beſonders wirkte die ſchottiſche Hochkirche.

Unter dieſen Verhältniſſen mußte Parlament und Regierung die Reform ſich aneignen. Die Regierung übernahm zuerſt die Sache nicht, ſondern überließ ſie den beiden Häuſern. Im Parlamente von 1837 und 38 kam ſie durch die Radikalen (Wallace) zuerſt in

Anregung. Ein Ausſchuß wurde damals ernannt zur Unterſuchung des Zuſtandes der Poſttaxe, in ſo fern eine Herabſetzung derſelben, ohne den Staatseinkünften zu ſchaden, ſtattfinden könne; ferner ward zugleich vom Hauſe erklärt, der Ausſchuß möge Hill's P'an dabei berückſichtigen. Somit geſchah eine ſonſt ungewöhnliche Praxis; das Haus pflegt die Vorſchläge der Preſſe ariſtokratiſch zu ignoriren; als z. B. der berühmte Ausſchuß über den Geldumlauf ſeinen Bericht durchaus nach den Vorſchlägen Ricardo's verfaßte, wurde dieſer perſönlich nicht hinzugezogen, weil er damals noch nicht im Parlamente ſaß. Dießmal wurde aber Hill perſönlich zum zweiten Mal citirt. Der Ausſchuß nahm alle ſeine Folgerungen an, erklärte ſich jedoch gegen den Pennyanſatz, weil er nicht berechtigt ſey, eine Maßregel in Vorſchlag zu bringen, welche das Staatseinkommen augenblicklich vermindern müßte. Er trug auf ein allgemeines Porto, Herabſetzung von 2 Pence an, alſo auf das Doppelte von Hill's Antrag.

1839 zögerte die Regierung noch immer, ſo daß ſogar die Tories die Angelegenheit in ihre Hand zu nehmen drohten; der Herzog von Wellington äußerte im Oberhauſe: der Plan des H. Hill, wenn man überhaupt ein gleichförmiges Porto einführen wolle, ſey der beſte; der Herzog von Richmond, unter Grey Generalpoſtmeiſter und dann zur Stanley-Graham'ſchen Fraction gehörig, forderte die Miniſter förmlich auf, Hill's Plan anzunehmen, im Gegenſatz zu dem Vorſchlage des Unterhausausſchuſſes. Er ſey

überzeugt, wenn die Maßregel einmal zur Ausführung kommen ſolle, ſo müſſe dieß auf liberalere Weiſe geſchehen. Sonſt würde ſich der Plan als ſchädlich für das öffentliche Einkommen auf immer erweiſen, während bei Hill's Entwurf das Poſteinkommen in einer Reihe von Jahren wieder ſteigen könne. Der gewichtigſte Tory in Finanzfragen, Lord Aſhburton (Alexander Baring), ſagte ſogar: die Taxe auf Briefporto, welche mehr als tauſend Procent der Koſten betrage, ſey die ſchändlichſte von allen und ginge auf Betrug des Publikums hinaus. Lord Lowther (gegenwärtig Generalpoſtmeiſter) hatte ſchon lange auf die Läſſigkeit der Regierung geſchmäht, welche keine Abänderungen in Betreff eines allgemein anerkannten Mißverhältniſſes treffe. Die Preſſe war noch heftiger. Die Times z. B. ſagte in ihrer derben Weiſe: Werden die Miniſter Ehrlichkeit und Muth beſitzen, Hill's Plan anzunehmen? Man kann ihn mit Recht die Sache des ganzen Königreichs gegen eine kleine Handvoll Machthaber nennen.

Unter dieſen Verhältniſſen war es gleichſam eine nachträgliche Ergebung in den Volkswillen und in die Stimmung des Parlamentes, als die Whigs mit Hill's Plan als mit ihrem eigenen kamen, um ſich eine Stütze in der Nation nach der Jamaica-Bill wieder zu verſchaffen. Sir Robert Peel aber hatte in derſelben Weiſe die Sache aufgegriffen, um durch eine populäre Maßregel ſeiner Partei einen Haltpunkt in der öffentlichen Meinung zu verſchaffen. Er ſchuf nicht allein bei der Verhandlung durchaus kein Hinderniß, ſondern

ſuchte auch in jeder Hinſicht den Fortgang der Geſchäfte zu befördern, und pries dabei den von Rowland Hill ausgegangenen Plan, der nicht von der Whig-Partei, nicht einmal von der radikalen, ſondern von einem ſcharfſinnigen und geſchäftskundigen Privatmanne ausgegangen war und die entſchiedene Billigung der Nation in jeder Hinſicht ſich erwarb. Natürlich wurde dadurch der günſtige Eindruck ſehr vermindert, den die Whigs ein Jahr früher ſich hätten erwerben können, im Fall ſie den Plan Hill's ſogleich annahmen. Der auf Parteizwecke berechnete Eindruck wurde verfehlt, die Maßregel aber beinahe ohne alle Oppoſition durchgeſezt.

Jene Poſtreform mit Rückſicht auf das innere Leben und den Verkehr Englands iſt vielleicht die bedeutendſte Veränderung, welche, folgenreich für alle Claſſen, ſeit 1833 ſtattgefunden hat. Die Erhöhung des Verkehrs, worauf Englands Wohlfahrt beruht, iſt ſicherlich dadurch in demſelben Grade befördert worden, wie durch jene Erfindungen, welche die größeren Städte durch Abkürzung der Entfernungen gleichſam in eine Maſſe zuſammenwarfen. Ueber die Vortheile, welche die mittleren und vor Allem die unteren Claſſen dadurch erlangten, herrſcht kein Zweifel. Die Berichte und Darlegungen derjenigen Behörde, welche das Armenweſen leitet, haben dieß durch Berechnungen und unzählige Zeugniſſe erwieſen, eben ſo wie die von verſchiedenen Seiten gegebenen Darlegungen in Betreff des Handels und des Verkehrs. Ein Hauptpunkt blieb natürlich der Ausfall in Hinſicht der Staatseinkünfte: dieſer iſt, wie von Hill ſelbſt vorhergeſagt

wurde, eingetreten, und hat ſeinen Antheil an jenem Deficit, welches der Whig-Partei den lezten Haltpunkt nahm. Allein die ſpäteren Rechnungsablegungen haben erwieſen, daß jener von Hill vorausgeſagte Zeitpunkt, worin das Staatseinkommen von der Poſt demjenigen gleichkommt, welches vor der Reform ſtattfand, im Jahre 1842 nicht mehr entfernt ſchien.

Hiemit ſchloß die Seſſion. Unterdeß hatte die Chartiſtenbewegung ihren Fortgang genommen und kam auf den Punkt, in welchem die Mittelclaſſen beunruhigt und das Einſchreiten der Regierung nothwendig wurde. Die Führer der Partei erklärten ſich beſtimmt gegen die Mittelclaſſen; als die Aufregung wegen der Korngeſetze begann, und die **Anti-Corn-Law-League** die Mitwirkung des niederen Volks in Anſpruch zu nehmen ſuchte, erklärte O'Connor beſtimmt, die Chartiſten dürften ſich nicht in eine Bewegung einlaſſen, welche von Reichen eingeleitet, von dieſen allein zu ihrem Vortheil ausgebeutet werden würde. In allen Organen der Partei, in allen Volksverſammlungen vernahm man eine ähnliche Sprache, welche nicht allein Haß gegen alle beſtehenden politiſchen und ſocialen Verhältniſſe, ſondern eben ſo wohl gegen die beſtehende Vertheilung des Eigenthums ausſprach. Von dieſer Aufregung war der Schritt zur offenen Gewalt nicht weit mehr entfernt. Die Mehrzahl der Chartiſten (**Physical-force-men**) erwartete bereits nur von Anwendung derſelben die Durchführung der in ihrem Partei-Document ausgeſprochenen Beſtrebungen, während die Leiter in dieſer Hinſicht ſich entweder zurückhielten, oder

wenigſtens nicht beſtimmt einzelne Zwecke angaben. In den Fabrikſtädten verſuchten bereits die Arbeiter, eine disciplinirte Truppe aus ſich ſelbſt zu bilden, ernannten Führer, verſchafften ſich Waffen und übten ſich im Gebrauche derſelben theils öffentlich, theils in Verſammlungen, des Nachts beim Fackelſchein gehalten. Die Einſchreitung der Regierung war ſomit nothwendig geworden; ſie ließ in London 13 Mitglieder des Nationalconvents verhaften, ſandte eine Abtheilung der Londoner Polizei und Truppen nach den unruhigen Fabrikſtädten, und erließ an die Lokalbehörden Befehle, um über die Volksverſammlungen zu wachen. In Birmingham und Mancheſter fand ſich wie früher der Herd der Aufregung. Volksverſammlungen von vielen Tauſenden wurden täglich gehalten; ſeit die Verhaftung der Conventsglieder bekannt war, wurde die Aufregung der Volkshaufen ſo bedeutend, daß gewaltthätiges Zuſammentreffen ſich nicht verhindern ließ. Am 4. Juli beſchloſſen die Lokalbehörden von Birmingham die Zerſprengung jener Volksverſammlungen; es kam dabei zum Gefecht, worin Truppen die Entſcheidung geben mußten; einige Tage lang befand die Stadt ſich unter militäriſcher Herrſchaft; die Mittelclaſſen griffen ebenfalls zu den Waffen (als ſogenannte Specialconſtablers) zum Schutz ihres Eigenthums gegen den meuteriſchen Haufen, ein Verfahren, welches auch in Mancheſter allgemein wurde. Die Ruhe war für den Augenblick geſichert, am 15. Ju'i kam es aber durch Schwäche der Lokalbehörden zu neuem, mit Verwüſtung und Plünderung verbundenem Tumulte, welcher

nur durch Blutvergießen unterdrückt werden konnte, und nach gerichtlichen Verfolgungen ſogar Hinrichtungen zur Folge hatte. — Die Bewegung war dießmal eben ſo vorübergehend und erfolglos, wie die früheren; in London ſelbſt kam keine ähnliche Aufregung unter den Pöbelhaufen zu Stande, und vorübergehender Lärm wurde leicht durch die Polizei unterdrückt; der Nationalconvent, dort verſammelt, wurde kaum mehr beachtet, wie öffentliche Schauſpiele, und fand nicht einmal unter den zahlreichen Lehrlingen und Arbeitern der City einen größern Anhang; die Regierung konnte ungeſtört gegen diejenigen Häupter gerichtlich verfahren, welche die Vorſicht vergeſſen und zum phyſiſchen Widerſtand offen aufgefordert hatten; wenige Truppen genügten, um die phyſiſch wie moraliſch geſchwächte Maſſe der Fabrikarbeiter auseinander zu ſprengen, und leztere Thatſache gab den Beweis, daß alle jene Bewegungen, obgleich in noch drohenderer Weiſe wiederholt, für Großbrittannien nicht gefährlich ſind, ſo lange gewichtigere Volksclaſſen ſich nicht anſchließen.

Mittlerweile verwirrten ſich die Verhältniſſe Großbrittanniens im Oſten und im Weſten. In Canton traten Ereigniſſe ein, welche offene Feindſeligkeiten mit China zur Folge hatten; und in Amerika nahm die Grenzſtreitigkeit mit der Union eine ſchlimme Wendung. Die Zeit des Friedens ſchien vorüber. Englands Handel, durch die Ereigniſſe im Norden Indiens bereits verlezt, erhielt in China einen noch empfindlicheren und bald im Mutterlande ſchwer empfundenen Stoß; von Amerika drohete eine noch unheilvollere

Zukunft von demjenigen Staate, welcher unter allen Umſtänden für England als der gefährlichſte Feind erſcheint. — Was China betrifft, ſo ward England aufs Höchſte gekränkt und verlezt, vom Schickſal, wie dereinſt in Indien, wider Willen zu Feindſeligkeiten fortgeriſſen, welche den aſiatiſchen Despotieen die Uebermacht der engliſchen Nation zulezt fühlbar erwies und wahrſcheinlich den Beginn von Ereigniſſen bildet, deren Folgen die Gegenwart nicht berechnen kann. Leider war die Veranlaſſung von ſolcher Art, daß auch die Britten im moraliſchen Gefühl dadurch verlezt werden mußten; mogte die Urſache noch ſo tief in den Verhältniſſen liegen, ſo wurde doch die augenſcheinliche Erregung des Krieges durch den Handel mit einem Berauſchungsmittel geboten, womit Millionen ſich vergifteten. Die Darlegung des Zuſtandes von China kann natürlich nicht in den Zweck dieſes Werkes fallen; nur einige allgemeine Bemerkungen mögen in ſo weit angegeben werden, wie ſie das ganze Verhältniß zu England und deſſen Handel erläutern.

China iſt bekanntlich das Ideal einer Beamtenregierung über ein Volk, welches an unbedingteſten Gehorſam gewöhnt, und in einer ſolchen Civiliſation erzogen ward, die eine beſtimmte und genau abgeſchiedene Grenze nie überſchreitet; ein Volk, welches ſowohl das vollkommenſte Beiſpiel einer mechaniſchen, der menſchlichen Natur aufgedrungenen Ordnung darbietet, wie auch einen hohen Dünkel auf jene Civiliſation beſizt, wie er ſich als nothwendige Folge der Abſchließung auch ſonſt zu ergeben pflegt. Regierung und Volk befanden ſich hier

auf gleicher Stufe, voll Eitelkeit auf ihre eingebildete Vollkommenheit, an eine ſchon ſeit Jahrtauſenden herrſchende Form gewöhnt, worin jedes Glied der Geſellſchaft ſeine beſtimmt vorgeſchriebene und in der Art eingezwängte Stellung einnimmt, daß auch die geringſte Ueberſchreitung der Grenzen als unmöglich erſcheint, in einem Mechanismus des Lebens und der Staatsverwaltung, worin ſchon jeder Gedanke über eine mögliche Verbeſſerung der Maſchinerie, jede Unzufriedenheit über die untadelhafte Weisheit des Beſtehenden im Keime unterdrückt wird. Jahrtauſende lang iſt der Mechanismus fortgegangen; Eroberer haben ihn zur Herrſchaft ſich eben ſo angeeignet, wie die Unterworfenen unter dieſen Bedingungen ſich denſelben gefügt. Jenes auch in Europa ſo oft geprieſene Glück eines mit ſeiner Lage in beſchränkten Verhältniſſen zufriedenen Volkes, worin die Regierung nie Hinderniſſe findet, ſondern als die Quelle alles Glückes betrachtet wird, fand ſich im höchſten Grade; allein die Natur war ſtärker, als die Weisheit der Inſtitutionen. Eine Gewohnheit riß wider den Willen der Regierung, ungeachtet der wachſamſten Polizei, ungeachtet unzähliger Hinrichtungen, Prügeleien u. ſ. w. ein, ſo daß ſich eine Grenze zeigte, worüber der regelmäßigſte und mächtigſte Despotismus nie hinausreicht; bei einer dadurch bewirkten Criſe nach Außen zeigte ſich die erbärmlichſte, wegen des vorherrſchenden Dünkels der Regierung und des Volkes ſogar lächerliche Schwäche, und endlich, wie es wenigſtens für den gegenwärtigen Augenblick der Fall zu ſeyn ſcheint, das beſtimmte Gefühl der Ohnmacht, dem

äußeren Feinde und der inneren Verderbniß zu widerſtehen, vielleicht auch ein Vorgefühl der gänzlichen Auflöſung.

Die Natur der Dinge iſt mächtiger, wie der vollendetſte Despotismus und die ſchärfſte Polizei; wo das innere Leben erſchlaffte, hat der Handel ungeachtet aller künſtlichen Abſchließung nach Außen, eine Veränderung im Inneren eingeleitet, die vielleicht das ganze Weſen des Staates untergraben hat. China hat jenes auch in Europa hin und wieder beliebte Handelsſyſtem zur Ausführung gebracht, nach welchem diejenige Nation die gewinnende iſt, welche ausſchließlich verkauft und nur edle Metalle zum Austauſch annimmt, die alſo nur ausführt, nicht einführen läßt. China hatte das vollkommenſte Ausſchließungs- oder Schutzſyſtem, wie man jezt dieß genannt hat, um ſo beſſer ausgebildet, da der ganze Staat gleichſam als ein polizeilich eingerichtetes Inſtitut erſchien, worin jede Kleinigkeit von Beamten beaufſichtigt und geleitet wird. Der fremde Handel war ferner nur in Händen einer Monopoliſtengeſellſchaft, der Hong-Kaufleute, deren Treiben leicht beaufſichtigt werden konnte, und in deren Intereſſe es lag, die ihnen gemachten Vorſchriften nicht bedeutend zu überſchreiten. Auch iſt wirklich Jahrhunderte lang der Handel in jenem Sinne erzwungen worden. China verkaufte Thee, Seidenwaaren, Porcellan u. ſ. w. an Holland und an die oſtindiſche Compagnie Englands ohne große Maſſen fremder Producte zurückzunehmen; der Zufluß edler Metalle in jenes Reich ſchien unaufhaltſam, bis zulezt die Chineſen

bei vermehrtem Abſatz zum natürlichen Verhältniß zurückkehrten, d. h. bis ſie fremde Waaren gegen die ihrigen als Austauſch im Geheimen und wider Willen ihrer Regierung annahmen. Alsdann ſind ſo ungeheure Maſſen fremder Producte in China eingeführt worden, daß die lang aufgehäuften edlen Metalle wieder zurückfloßen, daß ſogar in China ein Mangel an denſelben fühlbar wurde. Dieſe Periode trat ungefähr vor drei Jahrzehenden ein; die Einfuhr vermehrte ſich aber hauptſächlich auf reißende Weiſe, als das brittiſche Parlament der oſtindiſchen Compagnie das Monopol des Chinahandels nahm und denſelben allen brittiſchen Unterthanen freigab. Das chineſiſche Abſchließungsſyſtem beförderte ohnedem den Schmuggel durch die hohe dadurch bewirkte Prämie, das despotiſche Regierungsweſen durch die daraus entſtandene Corruption der Bureaukratie; überall fanden die Engländer leicht beſtechliche Beamte, die allgemein gewohnt waren, Beſtechungsſummen als einen Theil ihres Einkommens zu betrachten, und unter dieſer Bedingung die Einfuhr zu erlauben. — Opium bildete zwar einen bedeutenden Theil des Einfuhrhandels, allein nicht den einzigen; aus den offiziellen, nach 1838 bekannt gewordenen Documenten erhellet, daß die chineſiſche Regierung eben ſowohl die Ausfuhr edler Metalle und die ungeheure Einfuhr brittiſcher Manufacturwaaren bei ihren Maßregeln im Auge hatte, indem nach ihren Begriffen durch die erſtere das ganze Land, durch die zweite die einheimiſchen Fabrikanten ruinirt werden müßten.

Der Hauptſitz des Handels war in Canton, oder

vielmehr dort war der fremde Verkehr von der chineſiſchen Regierung den Hong=Kaufleuten allein erlaubt; die Britten wohnten dort theils in einer Factorei, theils in dem nahen portugieſiſchen Macao; ſie hatten einen Reſidenten, um ſie den chineſiſchen Behörden gegenüber zu vertreten (1838 Elliot) und in der Nähe ihre meiſten Waarenlager. Auch der Schmuggelhandel war dort hauptſächlich eingerichtet, und ging an die nahen Punkte der Küſte. Verbindungen auf andern Punkten waren den Britten nicht erlaubt; Geſandtſchaften, an den Kaiſer 1793 und 1816 geſchickt, ſcheiterten an den Forderungen der chineſiſchen Behörden, daß die brittiſchen Bevollmächtigten ſich der erniedrigenden Etikette orientaliſcher Höfe unterwerfen ſollten, ein Anerbieten, welches beſtimmt zurückgewieſen wurde. In Canton ſelbſt war der Reſident wie die einzelnen Britten unaufhörlichen Kränkungen und Demüthigungen ausgeſezt, ſo daß eine große Erbitterung unter denſelben herrſchte und ein endliches Zuſammentreffen nicht verhindert werden konnte, um ſo mehr ſeit der Handel frei gegeben und einer Handelsgeſellſchaft genommen war, die ſich Demüthigungen eher gefallen ließ, wie brittiſche Privatleute, von denen jeder auf eigene Hand ſeine Geſchäfte betrieb. Uebrigens war der chineſiſche Handel aus zwei Hinſichten für England höchſt wichtig, einerſeits wegen des directen Abſatzes der engliſchen Manufacturen nach jenem Reich, andrerſeits wegen Brittiſch=Indien, welches einen der hauptſächlichſten Einfuhrartikel, das Opium, in ungeheuren Maſſen producirte, und dann bei dem reichlichen Erlös ſeine

Conſumtion brittiſcher Manufacturwaaren ſteigerte. Dem immerwährenden Anwachs jenes Handels iſt hauptſächlich die Blüthe der Fabriken zuzuſchreiben, welche ſich bis 1838 immer vermehrte. Für die brittiſchen Finanzen war der Handel eben ſo wichtig; von der Einfuhr des Thees u. ſ. w. zog die brittiſche Zollverwaltung 1838 allein 3,000,000 Pfund.

Der Handel mit Opium war übrigens von den Engländern nicht ausgegangen. Die Einfuhr dieſer Waare nach China ſtammt ſchon aus dem achten und neunten Jahrhundert, in welchem die Araber damals bekanntlich im Oſten weit verbreitet, jenen Handel nach China trieben. Opium diente ſchon lange als Reizmittel bei den Reichen; es war alſo natürlich, daß die Chineſen, um deſto mehr Thee verkaufen zu können, Opium, deſſen Anbau ihnen verboten war, zum Austauſch forderten. Eben ſo natürlich iſt der Umſtand, daß die ſtimulirende Eigenſchaft des Opiums eine ſo große Verſuchung für die Chineſen bildete, weil das beinahe ausſchließliche Getränk dieſes Volkes bei einer üppigen Nahrungsweiſe in erſchlaffendem Thee beſteht; es beſitzt ſonſt nur einen unangenehmen aus Gerſte oder Reis abgezogenen Branntwein. Die Einfuhr des Opiums mußte ſich aber immer mehr vermehren, einerſeits, da durch den Theehandel mit den Engländern ein größerer Wohlſtand nach Unten hin entſtand, andrerſeits, da die Doſis beim Opium immer vermehrt werden muß, wenn der Reiz erhalten werden ſoll. Das Fortſchreiten des Handels mag man aus folgenden Angaben ſehen: 1821 verkauften die Engländer 4628 Kiſten, 1825 9621, 1830 18,760, 1832

23,000. In dem Verhältniſſe ſtieg die Einfuhr. 1839 waren nur bei einem gewiſſen Zeitpunkte ſogar mehr als 20,000 Kiſten in den Depots. Wäre der Handel damals nicht unterbrochen worden, ſo hätten die Engländer wenigſtens auf den Abſatz des doppelten Betrages rechnen können!

So lange die Einfuhr noch nicht groß war und die oben erwähnten damit verbundenen Folgen im ganzen Handel ſich nicht zeigten, ſcheint die chineſiſche Regierung ſich wenig darum bekümmert zu haben; 1796 erſchien zuerſt ein Edict, welches das Opiumrauchen verbot; von der Zeit an gibt es bis auf 1836 eine lange Reihe von Befehlen, die jedoch ohne entſchiedene Wirkung blieben, wie ſtreng auch die Geſetze bei Einzelnen ausgeübt werden mogten. Abgeſehen von den erwähnten Handelsverhältniſſen, ſcheint ein aufregendes Mittel bei der größeren Volksmaſſe durchaus nothwendig zu ſeyn; wo der Wein fehlt, wird derſelbe durch andre Getränke erſezt; ein Verbot des Weins hat bei den Moslem den Gebrauch des ſchädlicher wirkenden Opiums zur Folge gehabt; noch mehr bei den Chineſen wegen ihrer Gefräßigkeit im Gegenſatz zu den mäßigen Orientalen. Die Gewohnheit riß ein; eine bloße Beamtenregierung in einem weit ausgedehnten und corrupten Reiche war leicht zu beſtechen, ſobald gewiſſe Formen beobachtet wurden: die einzige Wirkung, welche die kaiſerlichen Edicte ausübten, ergab ſich 1821. Der Gouverneur von Canton verwies die mit Opium beladenen Schiffe aus Wampo, dem früheren Ankerplatz derſelben an dem Bocca Tigris, allein ſogleich errichteten die Opiumhändler in Lintin, einer

Inſel unterhalb dieſes Fluſſes, ein großes Depot ihrer Waaren. Von dort aus wurde der Schleichhandel auf Schnellſeglern und leicht gebauten Booten von Schmugglern getrieben, die häufig unter den Augen der chineſiſchen Behörden aufluden. Gewöhnlich kamen Leztere, beſtochen, zu ſpät; mitunter wurden aber auch Gefechte geliefert, worin ſich die Tapferkeit der chineſiſchen Truppen nicht im beſten Lichte zeigte.

Der Verbrauch des Opiums war endlich in der Art eingeriſſen, daß die Ausrottung eine Unmöglichkeit bot *). Die chineſiſche Regierung ſelbſt begann dieß einzuſehen. 1836 richtete ein hoher Beamter ein Memoir an den Kaiſer, welches von den Engländern überſezt iſt. Es heißt darin: das Opium ſey ein nothwendiges Bedürfniß für Alle, welche einmal daran gewöhnt wären. Da das Verbot ſo ſtreng ſey, daß Niemand mehr öffentlich damit handele, ſo würde der Preis allein in Gold oder Silber bezahlt, wodurch edle Metalle im Reiche immer ſeltner würden. Wollte man, um die Opiumeinfuhr zu verhindern, den Handel mit den Engländern überhaupt verbieten, ſo müßte eine ungeheure Menſchenmaſſe des Reiches ihre Nahrung verlieren. Würde das Depot in Lintin vernichtet, ſo würden die Kaufleute ſich ein anderes wählen, wohin die Macht der chineſiſchen Regierung nicht

*) Engliſche Offiziere, die ſpäter im Kriege Gelegenheit hatten, die Verhältniſſe der Chineſen in der Nähe zu betrachten, fanden den Gebrauch des Opiums bei den Beamten ſelbſt allgemein, ſo bald keine Gefahr der Entdeckung vorhanden war, und erklären ziemlich einſtimmig, das Verbot des Opiums komme einem Verbot des Bieres in England gleich.

reiche u. ſ. w. Hierauf ward vorgeſchlagen, die Einfuhr des Opiums gegen einen Zoll zu erlauben, welcher hoch genug ſey, den Verbrauch herabzudrücken, und denſelben nur Beamten und Soldaten ausdrücklich zu verbieten.

Dieß Memoir ward dem Kaiſer vorgelegt und den Beamten in Canton zugeſandt, ohne daß eine Bemerkung über die Legaliſirung des Handels hinzugefügt war. Die Provinzialbeamten in Canton ſo wie die engliſchen Kaufleute hielten dieß für eine ſtillſchweigende Einwilligung; die Nachricht verbreitete ſich bald in Brittiſch-Indien; die Ausdehnung des Mohnanbaues wurde dadurch noch befördert. Allein die trügeriſchen Hoffnungen wurden bald getäuſcht; 1836 erlangte man in Canton Kunde von zwei Memoirs anderer hohen Beamten, worin das oben erwähnte widerlegt war. Das eine iſt beſonders bemerkenswerth, indem eben ſo wie im früheren das ganze Handelsverhältniß berührt iſt. Es heißt darin: die Unmöglichkeit, eine Uebertretung der Geſetze zu verhindern, ſey kein Grund, dieſelben abzuſchaffen; das Land werde ohnedem durch die Engländer (rothköpfige Barbaren iſt der gewöhnliche in China gebrauchte Ausdruck) mit fremden Waaren zum Schaden der eigenen Induſtrie überſchwemmt; das Opium entnerve noch mehr das bereits durch zweihundertjährigen Frieden geſchwächte Volk. So wie man aus den beiden Memoiren erkennt, fand wenigſtens bei den Chineſen ſich keine vollkommene Stupidität in Betreff der Handelsverhältniſſe. In dem erſteren war der Gedanke

vorherrſchend, der Verkehr mit den Engländern ernähre Millionen und ſey deßhalb nicht abzuſchaffen, nach unſern Begriffen diejenige Anſicht, welche bei freiem Verkehr eine gegenſeitige Blüthe durch den Umſatz von Producten einer natürlichen Induſtrie als nothwendige Folge vorausſezt; im andern Memoir erkennt man das Abſchließungsſyſtem, welches als Bedingung des Nationalwohlſtandes die Blüthe künſtlich geſchaffener Induſtrie, und der vermeintlichen Unabhängigkeit von Außen annimmt, eben ſo wie die Möglichkeit, den Gang natürlicher Verhältniſſe durch Polizei und Alles, was damit zuſammenhängt, aufzuhalten, und die Meinung, der vortheilhafte auf Tauſchhandel gegründete Verkehr werde nichts deſto weniger fortdauern, wenn eine Beamtenregierung ihr widernatürliches Syſtem erzwinge. Den Chineſen wird man dergleichen um ſo weniger verdenken, weil ähnliche Anſichten noch in Europa hier und da vorherrſchend ſind.

Bald nach jenem Memoir langte ein Edict des Kaiſers in Canton an, welches den dortigen Beamten befahl, alle Kaufleute mit Opium zu verhaften und alle Fremden, die es einführten, zu vertreiben. Die Hong-Kaufleute ſuchten die Ausführung zu vereiteln, und dieß gelang noch bis zum Sept. 1838, wo eine Menge Schleichhändler eingefangen wurden, weil den chineſiſchen Beamten, wie wenigſtens die Engländer ſagen, eine zu geringe Beſtechung angeboten war. Einige Schmuggler und ein Hong-Kaufmann wurden verhaftet und verurtheilt; es gelang jedoch der ganzen Corporation jener Monopoliſten, die Beſtrafung für dießmal noch zu hintertreiben.

Von nun aber wurde von Peking aus eine beſondere Gereiztheit gegen die Engländer bemerkbar, die ihren Vorwand vom Opiumhandel hernahm, die aber eben ſowohl ihren Grund in den erwähnten Handelsverhältniſſen gehabt haben wird. Kaufleute anderer Nationen (der Nordamerikaner und der Holländer in Java) wurden nämlich ſehr gern in Canton von den Behörden geſehen, obgleich allgemein bekannt war, daß dieſe ebenfalls mit Opium handelten. So fand ſich z. B. unter den ſpäter in Canton verhafteten Opiumhändlern der Chef eines amerikaniſchen Handelshauſes, der aber ſogleich freigelaſſen wurde, wie man ſeine Nationalität erkannte. Die gefährlichſten Nebenbuhler der Engländer waren auch in China um ſo mehr die Rivalen der Britten, da die Chineſen ſchon ſeit längerer Zeit einen ausgedehnten Handel mit Seefahrern der Vereinigten Staaten treiben.

Bei der erwähnten Gelegenheit wollte der Gouverneur von Canton, um den Befehlen ſeiner Regierung nachzukommen, einen Opiumhändler in der engliſchen Factorei erdroſſeln laſſen. Dießmal gelang es, den Scandal zu verhindern, indem die Engländer halb mit Gewalt, halb durch Ueberredung wie Beſtechung den Henker und die Beamten mit dem Pöbelhaufen aus ihrer Nähe vertrieben. Bald ergaben ſich noch andre Andeutungen, daß der Hof in Peking Maßregeln gegen die Britten im Sinne habe. Derjenige höhere Beamte, welcher das oben erwähnte Memoir über die Legaliſirung des Opiumhandels eingereicht hatte, wurde zum unterſten Grade degradirt

und in die chineſiſche Tartarei verbannt. Die Gereiztheit gegen England ergab ſich 1839 noch beſtimmter. Das Jahr begann mit einer Proclamation des Kaiſers, in Kurzem werde ein neuer Commiſſär nach Canton mit beſtimmten Befehlen geſandt werden, das Laſter des Opiumrauchens auszurotten; eine Drohung war hinzugefügt: die rothhaarigen Barbaren müßten den Befehlen ſich fügen, oder würden ausgetrieben werden. — Dieſe Erklärung wurde von den Engländern in Canton, wie die früheren beachtet; d. h. ſie hielten dieſelbe für eine bloße Form, oder von Seiten der chineſiſchen Beamten für ein Mittel, größere Beſtechungen zu erpreſſen.

Dießmal jedoch fanden ſie ſich getäuſcht. Ein Commiſſär (Lin) kam nach Canton, der entweder den wirklichen Zweck hegte, den Opiumhandel zu verhindern, oder der, wahrſcheinlicher Weiſe (wie dieß aus dem Folgenden erhellen wird), ein andres Mittel verſuchen wollte, zugleich die Engländer zu prellen, zu beleidigen und aus China zu vertreiben. Er iſt aber das unbewußte Werkzeug geweſen, den Engländern einen überwiegenden Einfluß zu verſchaffen, ſeinen Staat aufs Tiefſte zu demüthigen und deſſen Zukunft vielleicht für die Folge in Frage zu ſtellen.

Sobald Lin nach Canton kam, erließ er eine Proclamation, worin er alles Opium innerhalb des chineſiſchen Meeres für verwirkt erklärte, und den Eigenthümern nur eine Zeit von drei Tagen geſtattete, um die Auslieferung auszuführen. Ungehorſam ſollte mit dem Verbot alles Handels geahndet werden. —

Die drei Tage gingen vorüber und die Kaufleute boten nach der bisherigen Praxis eine Beſtechung an; dieſe wurde mit erbitterten Worten zurückgewieſen. Lin ließ hierauf einen Kaufmann Dent citiren, dieſer weigerte ſich zu kommen; jener befahl ihn gefangen zu nehmen.

Die Lage des engliſchen Reſidenten (im Range eines Superintendent of trade, Oberaufſeher des Handels) war eine ſchwierige. Er ſelbſt war von ſeiner Regierung nur bevollmächtigt, den erlaubten Handel zu vertreten; allein eben ſo wenig konnte er dulden, daß dieſer jezt mit dem Opiumhandel auf eine Weiſe zuſammengeworfen würde, wodurch alle Engländer leiden müßten. So lange der chineſiſche Handel ſich in den Händen der oſtindiſchen Compagnie befand, ließen ſich dergleichen Verwicklungen ausgleichen; jene Handelsgeſellſchaft hütete ſich ſowohl einen offenen Antheil am Schmuggel zu nehmen, wie ernſtliche Reibungen mit den chineſiſchen Behörden zu veranlaſſen, welche ihren erlaubten Handel beeinträchtigen konnten. Jezt aber war nicht eine einzige Compagnie, ſondern Hunderttauſende im Mutterlande und in Indien hinſichtlich ihrer Intereſſen bedroht. Lin drohete, den erlaubten Handel für den unerlaubten verantwortlich zu machen. Elliot durfte nach dieſer Drohung ſich nicht richten, denn er wäre in dieſem Fall im Mutterlande zur Rechenſchaft gezogen worden, wo man jenes Anſinnen nicht anders betrachten konnte, als wenn z. B. die franzöſiſche Regierung das brittiſche Miniſterium für den an den franzöſiſchen Küſten getriebenen Schleichhandel

mit engliſchen Baumwollen- und Eiſenwaaren hätte verantwortlich machen wollen. Dagegen war es eben ſo die Pflicht Elliots, die Perſonen der Engländer zu beſchützen und auf jeden Fall zu verhindern, daß ſie der Willkür der chineſiſchen Behörden überliefert wurden. In lezterer Hinſicht benahm ſich Elliot, wie er mußte; er befreite mit Gewalt den Verhafteten und nahm ihn in ſein Haus; Lin ließ hierauf als Repreſſalie ihn ſelbſt mit allen Engländern abſperren, ihm die Lebensmittel abſchneiden und die chineſiſche Bedienung entziehen.

Zuerſt verfuhr Elliot wie es das Verhältniß und die Würde Großbrittanniens erheiſchte. Die Veranlaſſung zum Bruch war gegeben; jenes Mittel war von den Chineſen gegen die oſtindiſche Compagnie oft genug vortheilhaft angewendet worden, allein bei den veränderten Verhältniſſen war dieß nicht mehr von Erfolg. Unter den Engländern in Canton war die augenblickliche Stimmung: eine Abbrechung alles Verkehrs und Rache. Elliot forderte Päſſe für alle Britten (am 24. März); der ſpitzbübiſche Chineſe gab eine abſchlägige Antwort, ſo lange er das in den Depots von Lintin aufbewahrte Opium nicht in ſeiner Gewalt hatte, und verlangte die Auslieferung deſſelben, indem er das Verſprechen gab, die Sperrung und Handelsunterbrechung werde in dem Falle aufhören. Die Unzuverläſſigkeit der chineſiſchen Behörden war bekannt genug; in Canton ſelbſt ſcheinen die Engländer nicht daran gezweifelt zu haben, daß hiedurch nichts ausgerichtet werde, ſondern daß jezt die Zeit gekommen ſey, worin

Großbrittannien auf andere Weiſe wie die oſtindiſche Compagnie handeln müſſe. Nichts deſto weniger ging Elliot in die Falle und befolgte ein Verfahren, wie es ſich etwa von jener vorausſetzen ließ. Er machte ein Proclam bekannt, worin er die Opiumhändler aufforderte, ihre Waaren auszuliefern, indem die engliſche Regierung den Betrag bezahlen würde. Lezteres wäre auch wahrſcheinlich von der oſtindiſchen Compagnie in dieſen Verhältniſſen geſchehen; von der engliſchen Regierung war dieß nicht vorauszuſetzen; Elliot überſchritt aber ſowohl ſeine Vollmacht dadurch, daß er dem Staate eine finanzielle Laſt aufbürdete, wie auch durch den Umſtand, daß er einen unerlaubten Handel amtlich vertrat.

Somit lieferten die Opiumhändler ihre damals in Lintin vorräthige Waare, über 200,000 Kiſten, aus. Lin war jezt zwar der erſte Beamte in Canton, der die Befehle ſeiner Regierung in Betreff des Opiums ſtreng ausführte, indem noch 1836 der Gouverneur ſelbſt den Opiumhandel trieb, da ſein Sohn das ganze Verfahren leitete und die Waare in Booten mit der Flagge des Gouverneurs einladen ließ; allein es ſcheint kein Zweifel obzuwalten, daß die Beſchlagnahme von Lin für eine wohlfeilere Methode, in den Beſitz der Waare zu gelangen, gehalten wurde, als wie Beſtechung, Handel mit Accidenzien u. ſ. w. Lin ließ einen Bericht bekannt machen über die Zerſtörung des Opiums und die Vernichtungsweiſe; jezt verlangten die Engländer in Canton, eine Deputation von ihnen ſolle dabei gegenwärtig ſeyn. Lin ſchlug es ab, die Vernichtung

geſchah im Geheimen; kein chineſiſcher Schiffer durfte ſich dem Orte am Bocca Tigris nähern, wo dieſelbe ſtattfand, indem das Opium durch eine Miſchung von Salz und Säuren aufgelöst und in den Fluß geſchüttet wurde. Die Vernichtung aber dauerte 22 Tage (vom 3. bis 25. Juni). Während dieſer Zeit konnten in dem erwähnten chemiſchen Proceß nur 66,000 Kiſten (300 täglich) zerſtört werden, alſo kaum ein Drittel der eingelieferten Maſſe. Somit iſt es klar, daß Lin die Engländer betrogen hat.

Lin hielt hierauf nicht ſein Verſprechen; die Engländer blieben eingeſperrt; darüber entſtand unter dieſen eine heftige Erbitterung und gleich darauf eine allgemeine Schlägerei mit den Chineſen, worin unglücklicher Weiſe ein Chineſe getödtet wurde. Lin verlangte hierauf die Auslieferung eines Matroſen, von welchem der tödtliche Schlag ausgegangen ſeyn ſollte. Elliot wollte und durfte dem Befehle nicht nachkommen; einerſeits war nicht zu ermitteln, welche Perſon den Chineſen erſchlagen hatte, andererſeits hätte es keine brittiſche Behörde irgendwo gewagt, einen Landsmann ohne Proceß einem gewiſſen Verderben auszuſetzen. Hierauf erfolgte ein Edict Lins, welches alle Britten aus Canton vertrieb. Die Maßregel wurde in ſolcher Weiſe ausgeführt, daß hierdurch allein ſchon Urſache zum Kriege geboten wäre. Männer, Weiber und Kinder wurden gezwungen, binnen zwölf Stunden zu den bereits überfüllten Schiffen zu fliehen und dem Hungertode ausgeſezt. Ein Engländer hatte ſich verſpätet, Lin ließ ihn aufgreifen und die

Ohren abſchneiden! — Nach dieſem Verfahren war eine derbe Lehre nothwendig, um den Chineſen die Bedeutung der engliſchen Macht zu zeigen. Bedeutender Lärm in England ließ ſich vorausſehen. Iſt doch ſogar ein friedliebendes Miniſterium Georgs II. durch den Lärm des Volkes über ähnliche Verſtümmelungen britiſcher Kaufleute im ſpaniſchen Amerika zur Kriegserklärung gegen Spanien gezwungen worden!

Gleich darauf wurden auch die Engländer aus Macao vertrieben, wo die Portugieſen nicht im Stande waren, ſie zu ſchützen. Elliot ſuchte noch immer einzuleiten, blieb mit einem kleinen Geſchwader, worunter eine Fregatte (Volage), in der Bai von Canton und ſtellte die Handelsflotte unter den Befehl eines Admirals, um etwaige Feindſeligkeiten zurückzutreiben, da die Chineſen bereits Brander in Stand ſezten, um die engliſchen Schiffe zu zerſtören. Zu ernſtlicheren Maßregeln war er weder berechtigt, noch beſaß er die Mittel zu denſelben. Nach vielen Verſuchen kam eine Ausgleichung am 4. October zu Stande. Lin verſprach, die Landung der Handelsfahrzeuge in einem Orte bei Canton zu erlauben, wenn die Chineſen die Schiffe vorher viſitiren dürften (14. October); kaum aber machten die Engländer den Verſuch, ſo nahm Lin ſein Wort zurück, verlangte die Auslieferung des oben erwähnten Matroſen, und drohete, im Weigerungsfalle die engliſche Flotte zu zerſtören. Elliot machte wiederum Vorſtellungen, ließ aber doch Anſtalten zur Vertheidigung treffen. Kaum hatte er ſich zu dem Zweck an Bord der Fregatte begeben, ſo wurde

dieſelbe von 28 Kriegsjunken umringt, und die Chineſen, die wahrſcheinlich keinen Begriff von den Widerſtandsmitteln eines europäiſchen Kriegsſchiffes beſaßen, begannen die Feindſeligkeiten, wurden aber bald von ihrer Machtloſigkeit eben ſo wie ſpäter überzeugt. Die Fregatte gab eine volle Ladung, überſegelte fünf Junken und ſprengte eine ſechste in die Luft; die übrige Flotte ſuchte ſogleich ihr Heil in der Flucht. Der Capitän der Fregatte wollte die Fliehenden verfolgen, Priſen machen und das Feuern fortſetzen, allein Elliot veranlaßte ihn, den Kampf zu beenden.

Somit war der Krieg von den Chineſen ſelbſt in der Art begonnen worden, wie er ſeitdem geführt wurde, d. h. mit vollkommener Ohnmacht erfolgreich gegen die Britten zu kämpfen. Von einer Beilegung konnte jezt nicht mehr die Rede ſeyn; ſogar die ſchwächſte Verwaltung des Mutterlandes durfte das übermüthige Verfahren der Chineſen gegen die handeltreibenden Barbaren nicht länger dulden. Es kam darauf an, die durch Lins Uebermuth veranlaßte Feindſeligkeit zu dem Zweck zu benützen, daß den Britten eine andere Stellung wie früher in Canton verſchafft würde, daß ſie dort nicht länger aus Gnade geduldet, daß ſie gegen die Gewaltthätigkeit der Beamten geſchüzt würden, daß ferner der für England wie für China gleich gewinnreiche Handel einen regelmäßigen Gang erhalten könnte, mogte dabei der Opiumſchmuggel auch gänzlich ignorirt werden. Alle Parteien ſtimmten ſo ziemlich hierüber im Ganzen überein, als die Nachrichten in das Mutterland gelangten. Später hat freilich Sir

J. Graham die Angelegenheit als Parteimanöver benutzen wollen, um den Whigs eine ungünſtige Abſtimmung im Unterhauſe zu veranlaſſen; allein offenbar hegte dabei die Conſervativpartei das Bewußtſeyn, daß ſie ſelbſt nicht anders als feindlich gegen China auftreten könne. — Andererſeits ward aber auch die Rückwirkung in England nachtheilig empfunden; ein gewinnreicher Handel ward für den Augenblick ſo gut wie zerſtört; die Rückwirkung wurde in den Fabrikſtädten bald gefühlt, und die Unterbrechung des chineſiſchen Verkehrs hat bei der Handelscriſe von 1841 und 1842 eben ſo bedeutend mitgewirkt, wie der dadurch bewirkte Ausfall in den Zolleinnahmen an jenem für die Whigs verhängnißvollen Defizit. Eben wegen jener ungünſtigen mit dem Kriege verbundenen Rückſichten war eine ſchnelle Entſcheidung, und ſomit die Ausrüſtung einer Streitmacht nothwendig, welche den Chineſen ſchnell und eindringlich das wirkliche Uebergewicht der Britten erwies, und deren Operationen einen bleibenden Schrecken jener unzuverläſſigen Macht vor den brittiſchen Waffen erregen konnten. Alle, welche China kannten, forderten die Regierung dazu auf; man verlangte einen ſchnellen Schlag gegen Canton, wo die Beleidigung ſtattgefunden hatte, und, half dieß noch nichts, eine Expedition nach dem Lauf der Flüſſe auf die Hauptſtädte. — Die Whigminiſter haben dieß unterlaſſen und ſomit die Schuld einer ſchlechten Regierung in ihrer lezten Zeit gehäuft; die Ausrüſtungen waren immer nur auf einzelne theilweiſe Schläge berechnet, die bei allem Siege nichts entſchieden;

dann ließen ſich die Bevollmächtigten der Whigregierung ungeachtet der bekannten Unzuverläſſigkeit der Chineſen täuſchen; die Eroberungen waren nutzlos, und ſelbſt die ſiegreichen Unternehmungen vor Canton zulezt ohne Erfolg, bis die Conſervativminiſter ein nachdrücklicheres Verfahren einleiteten und damit den Krieg nach wenigen Schlägen beendeten. — Jene von den Whigs begonnenen Unternehmungen waren aber weiter nichts, wie die Lord Palmerſton ſo oft zum Vorwurf gemachten kleinen Kriege (Little wars), worin Blut und Schätze ohne Erfolg verſchwendet wurden. — Uebrigens iſt die chineſiſche Angelegenheit eine rein brittiſche geblieben. Andere Staaten, am wenigſten europäiſche, ſind nicht hineingezogen worden. Man argwohnete ruſſiſchen Einfluß in China; allein die Verbindung der Ruſſen mit China über Kiächta betrifft allein den Handel, und die ruſſiſche Miſſion in Peking iſt von ſolcher Art, daß ſie ſchwerlich irgendwie dort Einfluß üben könnte. Später ſollen holländiſche Offiziere aus Java und Amerikaner im Heere der Chineſen geweſen ſeyn. Iſt es gegründet, ſo werden ſie ſich wahrſcheinlich überzeugt haben, daß mit den Chineſen nichts anzufangen war.

Noch bevor man die erſten Nachrichten über das Zerwürfniß mit China erfuhr, langte im März eine Kunde aus Amerika an, die das brittiſche Publikum, welches von dorther keine Gefahr des Krieges erwartete, plötzlich in Unruhe ſezte und die Beſorgniß hervorrief, es könne dort ſogar ohne Kriegserklärung zu Feindſeligkeiten kommen, deren Ausgleichung unmöglich

wäre. Ein Zuſammentreffen auf dem ſtreitigen Grenzgebiete hatte zwiſchen Nordamerikanern und Britten im Februar ſtattgefunden. Die Veranlaſſung war von Engländern aus Neu-Braunſchweig ausgegangen, die auf dem ſtreitigen Grenzgebiete Zimmerholz zu fällen angefangen hatten. Die Legislatur des Staates Maine ward über dieſen Bruch der Neutralität höchſt erbittert und bevollmächtigte den Gouverneur zu Repreſſivmaßregeln; eine Truppe von **110** Mann und einer Kanone rückte auf das ſtreitige Gebiet, und von beiden Seiten wurde Gewalt angewandt. Die bewaffnete Macht von Maine ward verſtärkt und der Gouverneur von Neu-Braunſchweig zog ſeinerſeits Truppen zuſammen. Verſchiedene beiderſeitige Erklärungen halfen nichts, indem beide Theile auf ihr Recht pochten, welches ſich dießmal auch wirklich auf Seiten der Amerikaner befand. Man mußte ein größeres Gefecht beſorgen, denn die zuſammenberufene Miliz des Staates Maine betrug bereits **10,000** Mann, von welchen eine ſtarke Abtheilung die Grenze beſezte. Die ganze Angelegenheit war durch innere Verhältniſſe in den engliſchen Colonieen wie im Staat Maine auf den Punkt gekommen, wo die Entſcheidung nothwendig wurde. Früher wurde die Streitigkeit von beiden Seiten beinahe abſichtlich vermieden; ſeit **1839** war die Coloniſation in der Art fortgeſchritten, daß jenes ſtreitige Grenzgebiet eine ganz andere Bedeutung wie früher erlangte und daß ſomit die Frage nicht lange mehr eine ſchwebende bleiben konnte. Die Sache ſelbſt war folgende:

Die Streitigkeit über ein Gebiet von einer bedeutenden Ausdehnung iſt durch einen ſonderbaren Fehler im Traktat von 1783 entſtanden, welcher nach Beendigung des Unabhängigkeitskrieges zur Grenzbeſtimmung abgeſchloſſen wurde. Beide Theile kannten das Land, worin ſie die Grenzen abtheilten, nicht genau, und nahmen dabei eine Vorausſetzung über ein vorhandenes Hochland an, welches in Wirklichkeit nicht ſtattfand, wo man es erwartete. Bei der geringen Wichtigkeit eines von Urwäldern bedeckten und von Indiern nur zur Jagd gebrauchten Terrains läßt ſich die damalige Nachläſſigkeit wohl erklären. Bei dergleichen Grenzbeſtimmungen nimmt man in der Regel ein von der Natur gebotenes Merkmal, die ſogenannte Waſſerſcheide, an, indem derjenige Gebirgskamm als Grenze beſtimmt wird, von welchem die Waſſer in die größeren Flüſſe der beiderſeitigen Gebiete abfließen. Es iſt wohl keinem Zweifel unterworfen, daß die Bevollmächtigten, welche den oben erwähnten Tractat abſchloßen, nach dieſer Vorausſetzung verfahren wollten. Allein der Grundſatz war in dem Tractat nicht ausgeſprochen, ſondern nur ein wenig bekannter Punkt angegeben, wo man die Waſſerſcheide annahm. Bei näherer Kenntniß des Landes ergab es ſich, daß die Lage des Hochlandes mehr nordweſtlich war, als man vorausſezte, daß in dem erwarteten Punkte ſich keine Waſſerſcheide befand, daß Nebenſtröme des Lorenzfluſſes, wovon die Engländer die Nordamerikaner zurückzuhalten ſuchten, in dasjenige Gebiet fielen, welches den Nordamerikanern nach jener Annahme zuertheilt war,

daß endlich eine Enclave ſich ergab, welche von dem ſüdweſtlichen Theil Canada's in den ſüdöſtlichen von Neu-Braunſchweig hereinragte, alſo die natürliche Communication dieſer beiden brittiſchen Beſitzungen unterbrach. Kurzum, die Engländer waren benachtheiligt; der Buchſtabe des Traktats war gegen ſie; Großbrittannien befand ſich in der Lage eines Privatmannes, welcher einen Contract abſchloß, deſſen Folgen beide Theile nicht erwägen konnten, deſſen Nachtheile für einen ſich aber ſpäter erwieſen, ſo daß Lezterer ſich denſelben zu entziehen ſucht, oder vielmehr, um ſeine Lage nicht zu verſchlimmern, Streitigkeiten wirklich erheben muß. Die erwähnte Enclave zwiſchen Canada und Neu-Braunſchweig, welche die Anlage von Verbindungsſtraßen in natürlicher Richtung durchaus vereitelte, die Herrſchaft über einen nicht unbedeutenden Nebenſtrom des St. Lorenzfluſſes, die den Amerikanern übertragen war, und dieſen eine nähere Verbindung Canada's eröffnete, von welchem natürlich die Britten ihre Nachbarn entfernt zu halten wünſchen — Alles dieß waren Gründe, weßhalb die Engländer den Verpflichtungen jenes Traktats ſich zu entziehen ſuchen mußten.

Der erwähnte Artikel des Traktates von 1783, zu deſſen Verſtändniß freilich die Anſicht einer Charte nothwendig iſt, hatte beſtimmt: die Grenzen ſollten ſeyn vom nordweſtlichen Winkel Neu-Schottlands, d. h. von demjenigen Winkel, welcher durch eine Linie nördlich von der Quelle des Fluſſes S. Croix bis zu den Hochlanden gebildet wird, eine Linie, die ſich längs

dieſer Hochlande hinzieht u. ſ. w. Südlich wird die Grenze beſtimmt von der Mitte des S. Maryfluſſes bis zum atlantiſchen Ocean, öſtlich die Mitte des Fluſſes S. Croix von der Mündung in die Fundybay bis zur Quelle und nördlich durch die erwähnten Hochlande.

Bald ergaben ſich Schwierigkeiten; ein kleiner Fluß, S. Croix, war ſtatt des größeren Nebenfluſſes vom S. Lorenz als Grenze beſtimmt, Hochlande vorausgeſezt, die ſich auf der vorerwähnten Stelle nicht vorfanden, wo allein einige unbedeutende Höhen (Mars-hill) befindlich ſind. Die Nordamerikaner zogen die Linie zu den wirklichen, weiter nordweſtlich gelegenen Gebirgen. So kam die Enclave und die Annäherung in das Waſſergebiet des Lorenzſtromes. Die Engländer kamen dagegen mit Documenten aus dem Archive von Quebeck, um darzuthun, das ſtreitige Gebiet gehöre zu Canada, weil es früher von der franzöſiſchen Regierung als Lehen vergeben ſey. — Der Grund, weßhalb die Sache ſo lange ſchwebend blieb, lag, wie erwähnt, in der geringeren Bedeutung, die das ſtreitige Gebiet bei geringerer Ausdehnung der Coloniſation haben konnte. Deßhalb war die Angelegenheit im Frieden von Gent nur allgemein berührt; beiderſeitige Beamte, die dann Meſſungen zur Grenzbeſtimmung vornahmen, konnten nicht übereinkommen; endlich ward der König der Niederlande zum Schiedsrichter erwählt und gab 1831 ſeinen Spruch, wonach der größere Flächenraum den Vereinigten Staaten, die Enclave und das Flußgebiet des S. Lorenz dagegen den Britten zuertheilt wurde. Was lezteres betrifft, ſo wollten die Amerikaner den Vortheil,

den ſie einmal durch einen Vertrag beſaßen, nicht aufgeben. Der Spruch ward zuerſt von der Geſetzgebung der Staates Maine und dann von der Unionsregierung nicht angenommen. — Die Engländer hatten die Jurisdiction über das Gebiet bisher in Anſpruch genommen, und zwar gegen das Völkerrecht, offenbar auf ihre Macht ſich verlaſſend. Die oben erwähnten Maßregeln erwieſen ihnen, daß ſie dieß Recht ohne Krieg nicht würden behaupten können.

Die Angelegenheit erregte eine große Aufregung in der ganzen Union; die Anſprüche, welche der Gouverneur von Neu-Braunſchweig auf die Jurisdiktion jenes Gebietes erhob, wurden als eine ähnliche Verletzung des Völkerrechtes betrachtet, wie die Zerſtörung der Carolina. Die leicht erregbare Demokratie ſchien überall entſchloſſen, die Anſprüche der Union mit den Waffen zu behaupten, und im Congreß gab ſich dieſelbe Stimmung bei der Mehrheit kund, indem ſogar die amerikaniſche Whig-Partei, England ſonſt nicht abgeneigt, zugleich mit den Demokraten die Unions-Regierung zu Gewaltmaßregeln zu drängen ſuchte und ihr im Fall eines Krieges auch ihre Unterſtützung zuſagte. Zum Bau von Kriegsſchiffen wurden Subſidien bewilligt, der Präſident ermächtigt, gegen jede Invaſion Milizen aufzubieten, das Heer zu beordern und zu vermehren u. ſ. w. Als Invaſion wurde die Ausübung der Jurisdiktion von Großbrittannien auf dem ſtreitigen Gebiete erklärt u. ſ. w. Der Präſident erließ demgemäß eine lange Botſchaft an den Congreß (am 26. Februar), worin er den lezteren Punkt als eine

Verletzung des Völkerrechtes herausſtellte und ſeine Entſchloſſenheit ausſprach, jenen Anſprüchen ſich entſchieden zu widerſetzen Somit war von Seiten Amerika's durchaus keine Neigung vorhanden, einem feindlichen Zuſammentreffen gefliſſentlich auszuweichen.

Dießmal wurde die Gefahr von dem engliſchen Geſandten in Waſhington (Fox) beſeitigt, ohne daß derſelbe Inſtructionen von ſeinem Hofe abgewartet zu haben ſcheint; am 27. Febr. wurde von dieſem eine Convention mit der Unionsregierung geſchloſſen, worin Großbrittannien ſeinen ausſchließlichen Anſpruch auf die Jurisdiction aufgab, wodurch das erwähnte Zuſammentreffen veranlaßt worden war. Es war in der Convention beſtimmt: beide Theile ſollten ihre bewaffnete Macht aus dem ſtreitigen Grenzgebiete zurückziehen und künftige Uebertretungen, wie jenes Holzfällen, ſollten nur durch beiderſeitige Uebereinkunft verhindert werden. Hiebei blieb die Sache für's Erſte. Zur Entſcheidung des Grenzſtreites ſelbſt geſchah aber weiter nichts als eine Reihe nutzloſer Unterhandlungen; Lord Palmerſton ſtimmte plötzlich hierüber einen Ton an, den ſich die Regierung der Vereinigten Staaten nicht gefallen ließ, indem er geſonnen ſchien, durchaus nichts von den Anſprüchen Englands aufzugeben. So gedieh die Sache ſpäter auf denjenigen Punkt, daß auch die Amerikaner in ihren Anſprüchen alle Nachgiebigkeit aufgaben, um ſo mehr, da die alte Frage des Durchſuchungsrechtes wieder aufgeregt wurde. Die Gereiztheit beider Theile ward immer größer, ein Krieg immer wahrſcheinlicher, und als endlich die Ausgleichung durch die Conſervativ-Regierung

ſtattfand, iſt Großbrittannien auch in jener Grenzfrage nicht der bedeutend gewinnende Theil geweſen.

Unter allen dieſen Verhältniſſen begann das Jahr 1840 als ein nicht ſehr günſtiges für England. Die Ausfuhr war bereits wegen China und Centralaſien im Abnehmen; ein neues ungünſtiges Verhältniß kam hinzu, um der ganzen, auf ausgedehntem Handel beruhenden Maſchinerie des ſocialen Lebens einen ſchweren Schlag zu verſetzen. In den Vereinigten Staaten herrſchte ſchon lange eine Geldcriſe, nahm aber jezt eine ſolche Wendung, daß alle dortigen Handelsverhältniſſe erſchüttert wurden; in England zeigte ſich eine unheilvolle Rückwirkung nicht allein durch den Verluſt einer Maſſe von Capitalien, ſondern auch durch die Verminderung oder beinahe gänzliche Unterbrechung des Ausfuhrhandels nach den Vereinigten Staaten, welche, wie ſchon mehrere Male erwähnt, einen der hauptſächlichſten Märkte für die brittiſchen Manufaktur-Produkte bilden. Ließen ſich auch alle dieſe ungünſtigen Verhältniſſe nur als vorübergehend betrachten, ſo wurden die Folgen für den Augenblick ſchwer empfunden. Eine Menge Fabriken ſtanden ſtill; die Brodloſigkeit der niederen Claſſen ward geſteigert, die Einkünfte des Schatzes nahmen ab wegen der durch Mangel an Arbeit und Verdienſt, durch den Verluſt von Capitalien bewirkten Verminderung der Conſumtion ſteuerbarer Artikel, worauf der größte Theil der Staateinkünfte damals berechnet war, und zwar zu einer Zeit, worin der Staat ſelbſt durch äußere Verhältniſſe zu größerem Aufwande finanzieller Mittel beſtimmt wurde. Zur

Erhöhung der Noth kam wiederum eine ſchlechte Ernte, und dadurch alle erwähnten Mißverhältniſſe, welche mit den Korngeſetzen zuſammenhingen. Die Aufregung gegen dieſelben ſtieg in allen Theilen des Landes, worin die Manufaktur-Intereſſen vorherrſchten, während andererſeits die ackerbautreibende Bevölkerung des Reiches gleichſam in Maſſe für die Erhaltung der Korngeſetze ſich verbündete. Kurzum, die Zeit war für die Whigs vorüber, worin dieſe unter gewöhnlichen Verhältniſſen das Land in Ruhe regieren, Forderungen der Liberalen mit halben oder nie gänzlich durchgeführten beſſeren Maßregeln beſchwichtigen und die Schuld ihrer mißlungenen Pläne auf die Oppoſition des Oberhauſes abladen konnten. Je mehr der Nothſtand der Volksmaſſe drückend wurde, je mehr die mittleren und ſogar die höheren Claſſen durch jene Verhältniſſe litten, deſto unhaltbarer war die Stellung der Miniſter in der Fortſetzung ihres früheren Verfahrens. Ohnedem war die Politik der Regierung in Betreff des Orients von ſolcher Art, daß eine vollkommene Unmöglichkeit ſich für die Whig-Partei ergab, das Staatsruder noch länger zu behaupten.

Noch vor der Parlamentsſeſſion hatte ſich übrigens die Regierug zu kräftigen geſucht, indem ſie populäre und geſchickte Mitglieder ihrer Partei in ſich aufnahm. Wie ſchon erwähnt, hatte Lord Normanby noch vor der Criſe wegen der Jamaica-Bill Lord Glenelgs Stelle erhalten; Normanby war vor Allem beliebt wegen ſeiner Verwaltung Irlands; man kannte ohnedem an ihm eine größere Thatkraft, wie bei allen

anderen Whig=Miniſtern; Labouchere, ein Mann von Geſchäftskenntniß und geſchickter Redner, erhielt alsdann als Präſident des Handelsbureau's Poulett Thomſon's Stelle, der als Gouverneur nach Canada abging; Baring, oft als Finanzier erwähnt und ohnedem wegen ſeiner liberalen Anſichten über Handelspolitik beliebt, die Stelle von Spring=Rice, welcher unter dem Namen Baron Monteagle zur Pairie erhoben ward. Am meiſten aber verließen ſich die Whigs auf die Aufnahme eines jungen, als Redner ausgezeichneten und durch politiſche Bildung jeder Art hervorragenden Mannes, Macaulay, von welchem man in ganz Großbrittannien Hoffnungen hegte. Allein alle dieſe Veränderungen der Perſonen haben keine große Wirkung geäußert, da die ganze Richtung der Regierung dieſelbe blieb, wie ſie es früher geweſen war, und da leztere auch wirklich nach ſo vielem verlorenen Terrain die alte Stellung nicht wieder gewinnen konnte. Wegen des lezteren Umſtandes und der dabei zugleich ſich zeigenden ſchwierigeren Lage des ganzen Staates, näherte das geringe Uebergewicht, welches die Miniſter im Unterhauſe noch beſaßen, ſich ſeinem Ende. Ihre Mehrheit ging förmlich verloren und ward dann nach erlittener Niederlage gewiſſermaßen nur künſtlich erhalten, ſo daß über den nicht mehr weit entfernten Sturz der Whig=Herrſchaft kein Zweifel mehr vorherrſchen konnte. Zwar ergaben ſich fortwährend ſonderbare Parteicombinationen, die unnatürlich und auf die Dauer unhaltbar waren; die aber allgemeine Unzufriedenheit mit der Verwaltung auch bei denjenigen

Parteigliedern andeuteten, welche die Miniſter aus Tory=Furcht bisher gehalten hatten. Die ganze Seſſion von 1840 war ein Uebergangspunkt, um eine durchaus neue Richtung einzuleiten, mogte dieſelbe von Conſervativen oder Liberalen befördert werden; nach 1840 begann eine neue, durch die Parlamentsreform bedingte Periode, über deren Ausgang man ſchwerlich ſchon jezt eine beſtimmte Vermuthung ausſprechen mögte. — Die alten Beſtrebungen waren in den Hintergrund gedrängt; man wußte ja ohnedem, daß die Whig=Regierung ihre Parteizwecke hinſichtlich der Kirche ſo gut wie aufgeben mußte, daß ſie in Betreff Irlands nichts ohne Mitwirkung derjenigen Conſervativen durchſetzen konnte, welche die Partei leiteten und die alten toryſtiſchen Grundſätze in ihrer Umbildung miniſterieller Maßregeln aufgegeben hatten. — Somit ging die Seſſion in dieſer Hinſicht ziemlich unfruchtbar vorüber; nur die iriſche Corporationsreform ward in ſolcher Weiſe durchgeführt, wie es die Toryführer ſelbſt bewerkſtelligt hätten, ſo daß alſo den Whigs kein beſonderer Ruhm deßhalb zu Theil wurde; eine andere Bill über Canada ſollte eine neue, von Lord Durham in ſeinem Berichte angedeutete neue Entwickelung einleiten; hierauf beſchränkte ſich aber der ganze Erfolg der Seſſion. Die auswärtigen Verhältniſſe bildeten den wichtigern Theil des Jahres, in welche das Parlament, bei der Verfahrungsweiſe conſtitutioneller Staaten, nicht ſogleich direct einſchreiten konnte, obgleich Unzufriedenheit und ſogar Erbitterung hierüber ſich ſchon anfangs zeigte.

Für die Folge in Betreff der inneren Angelegenheiten bot das Jahr jedoch eine wichtigere Erſcheinung. Die Königin vermählte ſich und kündigte ihren Willen hierüber bei der Parlamentseröffnung an. Die Britten haben von jeher (z. B. bei der Vermählung des Prinzen von Wales unter Georg III. und bei der Geburt der Prinzeſſin Charlotte) ſchon aus loyaler Anhänglichkeit an den Thron dergleichen Ereigniſſe mit einer gewiſſen Freude aufgenommen, und zugleich die damit verbundene Sicherung der Thronfolge als ein Begebniß betrachtet, welches für die Ruhe und die Wohlfahrt des Landes förderlich war. Jezt kam noch ein anderer Grund hinzu, das Parteiverhältniß des Königs von Hannover, welches aus dem Vorhergehenden deutlich erhellt. Jenem gebührte, im Fall Victoria ohne Nachkommen ſtarb, nach dem Erbrechte die Thronfolge; weil man aber die politiſche Parteigeſinnung deſſelben kannte, die ſich in Deutſchland noch beſtimmter ausgeſprochen hatte, wie in England, ſo beſorgte man ſchlimme Verwicklungen für den Fall, daß jener Fürſt jemals den engliſchen Thron beſteigen könnte. Zu deſſen Nachkommen hegte man eben ſo wenig Zutrauen, indem man die Folgen einer deutſchen Erziehung als unverträglich mit den engliſchen Verhältniſſen aus der Stellung zu erkennen glaubte, die Georg III. ausſchließlich unter dem Einfluß einer deutſchen Fürſtin (ſeiner Mutter) erzogen, in den erſten Regierungsjahren (bis 1782) der Nation gegenüber zu behaupten ſuchte. Man ahnete und befürchtete in dem Fall ein ähnliches Verhältniß, wie es ſich

unter der Regierung Carls II., beim Herzog von York, dem nachherigen Jacob II. ergab, welches die Vertreibung der Stuarts durch eine zwar leicht durchgeführte Revolution zur Folge hatte, aber doch in den Regierungsjahren dieſes Fürſten für England ſehr nachtheilige und blutige Ereigniſſe veranlaßte. Dieſe Gefahr ward durch die Vermählung der Königin entfernt. Der Gemahl war wieder ein Prinz aus demjenigen deutſchen Fürſtenhauſe, welches in neueſter Zeit auf vielen conſtitutionellen Thronen eine Rolle geſpielt hat, Albert, Prinz von Coburg-Gotha, und einer der nächſten Verwandten der Herzogin von Kent.

Die erſten Parlamentsgeſchäfte betrafen natürlich den künftigen Gemahl der Königin. Die Bill, ihn zu naturaliſiren, ging ſchnell durch beide Häuſer; am 24. Januar war das Geſchäft erledigt. Alsdann folgte deſſen Apanage. Hier zeigte die Whig-Regierung dieſelbe hofmäßige Höflichkeit, wie bei der Herzogin von Kent; allein in der kurzen Zeit hatte ſich ihre Stellung verändert; ſie beſaß nicht mehr die Macht, unbedingt über die Mehrheit zu verfügen. Die Regierung ſchlug 50,000 Pfund als Apanage vor, obgleich Leopold und die Prinzeſſin Charlotte nur 60,000 Pfund zu ihrem Hofhalte zuſammen erhalten hatten. Jener Vorſchlag war um ſo auffallender, da die finanziellen Verhältniſſe des Landes ſich bereits zu verwirren begannen, und da ohnedem eine bedeutende Civilliſte ſchon ausgeſezt war. Radikale wie Tories widerſezten ſich. Zuerſt kam der alte Rechner Hume mit einer ſehr trockenen, aber nichts deſto weniger

einflußreichen Rede, und verlangte die Herabſetzung auf 20,000 Pfund, als den gewöhnlichen Gehalt, welchen engliſche Prinzen erhielten. Dieſer Anſatz ward zwar vom Hauſe zurückgewieſen, allein gleich darauf kam Oberſt Sibthorpe mit dem Vorſchlage der Herunterſetzung auf 30,000 Pfund. Conſervative und Radikale ſtimmten zuſammen (4. Februar) und die Miniſter fanden ſich zum erſten Mal in der Minderheit bei Hauptanträgen. Sie erlangten nur 156 gegen 262, wurden mit Spott über ihre Rolle als Höflinge von allen Seiten überſchüttet, und hatten die Nation in demjenigen Punkte verlezt, welcher auch unter gewöhnlichen Verhältniſſen am meiſten Verdruß macht, in der Sparſamkeit mit Staatsgeldern. Dann auch zeigte ſich der Stolz der hohen engliſchen Ariſtokratie. Man wollte dem in Deutſchland geborenen Prinzen keinen Rang ertheilen, welcher ihm den Vorrang vor den Prinzen des königlichen Hauſes einräumte.

Endlich kam die iriſche Corporations-Reform zu Stande, und zwar, wie ſich erwarten ließ, in der Form, wie es die Conſervativen geſtatten wollten, d. h. in Betreff derjenigen größern Städte, welche Municipalitäten erhalten würden und in Betreff des höheren Cenſus, zwei Veränderungen, die früher bereits als Bedingungen angegeben wurden, unter welchen die Conſervativ-Partei die Reform als zuläſſig erklärte. Somit widerſezten ſich auch nicht die Leiter derſelben und unter der Partei ſelbſt gab es einen Zwieſpalt, der ſich in ſpäterer Zeit ſicherlich noch oft zeigen wird, und vielleicht, wie nach 1829, dazu beſtimmt iſt, eine

bleibende Herrſchaft der Tory=Partei unmöglich zu machen. Schon bei der zweiten Leſung ſchmähete Sir Robert Inglis auf den Willen vieler Mitglieder ſeiner Partei ein Zugeſtändniß zu geben; bei der dritten Leſung (9. März) ließ ſich die äußerſte Seite der Tories in höchſt bittere Angriffe auf Peel, Stanley und Graham aus, die jedoch es nicht der Mühe werth hielten, darauf zu erwiedern. Der bekannte Repräſentant der Orangiſten, Shaw, hatte ebenfalls dafür geſtimmt. Dafür verlangte die Corporation von Dublin, deren Recorder er war, er ſolle die Stelle niederlegen. Im Oberhauſe trat der Zwieſpalt noch deutlicher ans Licht. Gleich im Anfange beklagte Lord Londonderry die Abſicht der Conſervativen, die Bill durchgehen zu laſſen und wandte ſich beſonders an Lord Lyndhurſt mit Vorwürfen, woraus die Gereiztheit dieſer Parteifraction ſich ergab. Bei den Ausſchußverhandlungen machten die zu derſelben gehörigen Lords ſogar einen Verſuch, den Entſchluß der Parteihäupter durch eine Abſtimmung zu vereiteln. Es ging von ihr der Vorſchlag aus, Dublin von der Reform des iriſchen Städteweſens auszunehmen, weil ſonſt die Katholiken zu unbeſchränkten Herren der Hauptſtadt und O'Connel zum Lordmayor gewählt werden müßte, ein Ereigniß, welches auch bald darauf wirklich eintrat u. ſ. w.; allein der Herzog von Wellington ſprach ſich dagegen aus; alle gemäßigten Conſervativen ſtimmten mit ihm und verwarfen den Vorſchlag mit Hülfe der Whigs. Uebrigens litt Lord Lyndhurſt nicht einige Ueberſchreitungen der früher von ihm aufgeſtellten Bedingungen; die

Miniſter hatten die Qualificationsſumme der Wähler auf 8 Schilling herabzuſetzen geſucht, und die Conſervativen im Unterhauſe hatten hierüber keinen beſonderen Widerſtand verſucht, weil ſie wohl vorausſahen, daß die Lords jene Veränderung in die Bill ohnedem einbringen würden. Lord Lyndhurſt beſtand hierauf vor Allem und kam ohnedem mit einigen Amendements, welche die Gewalt des Lordlieutenants in Betreff der Lokalregierung etwas erhöhete (z. B. mit einem Amendement, das ihm die Ernennung der Städte-Sherifs übertrug). Im Uebrigen ließ die Partei die Vorſchläge durchgehen; am 5. Auguſt ward die Schlußberathung über die Amendements der Lords im Unterhauſe auf die alte Weiſe gehalten; d. h. iriſche Mitglieder und Radikale beklagten ſich über Schwäche und Nachgiebigkeit; die Miniſter dagegen tröſteten mit der Zukunft, d. h. mit günſtigeren Zeiten, worin die mit der Bill begonnene Reform eine größere Ausdehnung erlangen könne. Man wußte übrigens ſchon lange, daß die Whig-Regierung wenigſtens nicht dazu mitwirken würde, den Eintritt dieſes Zeitpunktes zu befördern. — Das Unterhaus ſelbſt konnte jezt nicht mehr daran denken, einen beſonderen Willen geltend zu machen. Somit fügte ſich die Mehrheit und nach dreijährigem Streit ward die Bill endlich zum Geſetz. — Hiemit ſchloß die Wirkſamkeit der Whig-Regierung für Irland, worauf die Partei allerdings mit Selbſtzufriedenheit zurückblicken kann. In zehn Jahren war mehr von ihr ausgegangen, wie ſonſt in Jahrhunderten. Andrerſeits iſt es jedoch die Frage, ob die ſchwache

Regierung ſelbſt ihre Parteizwecke in Irland durchgeführt haben würde, wenn nicht die Iren ſelbſt einen durch Organiſation gekräftigten und feſten Willen erwieſen hätten, Reformen für ſich durchzuſetzen, und wenn ſie nicht dadurch die Conſervativen ſelbſt zur Nachgiebigkeit nöthigten, welche die Whigs und die engliſchen Liberalen allein ſtehend ſchwerlich erlangt haben mögten. — Nach der iriſchen Corporationsbill konnte übrigens von Irland um ſo weniger die Rede ſeyn, da England und Schottland ſelbſt für ihre eigenen Angelegenheiten aufgeregt waren, und ſomit nach Entfernung der iriſchen Hauptbeſchwerden keinen beſonderen Antheil an Irlands Klagen geringerer Art nahmen.

Ueber Canada wurde in dieſer Seſſion auf eine Weiſe entſchieden, welche ſchwerlich dazu geeignet ſeyn kann, die franzöſiſche Bevölkerung der unteren Provinz auf die Dauer zufrieden zu ſtellen, mag auch ein Zweck anderer Art das gänzliche Verdrängen derſelben, oder wenigſtens das vollkommene Uebergewicht der britiſchen Bevölkerung auch in dem unteren Theile, nach der Reihe einiger Generationen die Folge ſeyn. Die hierüber abgefaßte Bill war nach dem oben erwähnten Berichte Lord Durham's abgefaßt, womit derſelbe ſeine öffentliche Laufbahn geſchloſſen hat. In jenem Berichte war nach Analogie der Vereinigten Staaten der Grundſatz ausgeſprochen, die Gewalt der Verhältniſſe und der Gang des ſocialen Lebens in allen Colonien, wo der franzöſiſche Stamm mit dem angelſächſiſchen zuſammentreffe, bedinge, ein Uebergewicht des lezteren im geſelligen Verkehre, in Induſtrie,

Ackerbau u. ſ. w., ſo wie in politiſchen Berührungen; die franzöſiſche Bevölkerung der einſtigen Colonie Frankreichs, Louiſiana, ſey ohne gewaltthätige Erſchütterung, ſeit nicht langer Zeit, in welcher dieſer Theil der Union von lezterer erworben wurde, entweder mit der britiſchen verſchmolzen, oder habe, obgleich in Rechten durchaus gleichgeſtellt, ſich dem überwiegenden Einfluß der engliſchen Nationalität, Staatseinrichtung und Induſtrie durchaus untergeordnet. Dieß war allerdings der Fall, allein die Analogie traf mit Canada dennoch nicht durchaus zuſammen; es fanden ſich weſentliche Punkte, welche einen bedeutenden Unterſchied herausſtellten. Louiſiana war nie eine vollkommen organiſirte Colonie des alten Frankreichs, wie Canada; noch ehe es ſich zu einiger Bedeutung entwickelt hatte, ward es von Frankreich aufgegeben und an Spanien abgetreten, ſo daß ſchon in der erſten Ausbildung ein fremdartiges (ſpaniſches) Element hinzukam; als Louiſiana durch Kauf von den Vereinigten Staaten erworben ward, befand ſich das Land im vollkommenſten Zuſtand der Rohheit, nicht auf demjenigen Punkte, worauf Canada ſchon bei der engliſchen Eroberung und noch mehr ſeit der Verfaſſungsertheilung von 1791 ſtand. Lord Durham hatte gerathen, die Veränderung allmälig und gleichſam unfühlbar eintreten zu laſſen; die Whig-Regierung aber griff zu einem ſchnell wirkenden Mittel, indem ſie ſchon 1839 den Plan vorſchlug, die Parlamente von Unter- und Ober-Canada zu vereinigen. Damals wurde die Durchführung durch die vorgerückte Zeit der Seſſion verhindert. 1840

wurde die Bill von den Miniſtern in derſelben Faſſung wiederholt. Sie hatten übrigens einige Begründung ihres Verfahrens in einem Beſchluſſe des Colonial-Parlamentes von Ober-Canada; die während der Unruhen ernannte Verſammlung dieſer Provinz, wie erwähnt, durchaus loyaliſtiſch zuſammengeſezt, hatte einen entſprechenden Entſchluß gefaßt; allein derſelbe konnte wegen der Umſtände, unter denen jene Aſſembly zuſammengetreten war, nicht die allgemeine Stimmung des Landes andeuten. In Toronto wenigſtens äußerte ſich eine beſondere Abneigung gegen die Vereinigung.

Am 23. März brachte Lord John Ruſſel die Vorſchläge der Regierung über die Vereinigung der beiden Canada's in Eine Geſetzgebung als Bill ins Unterhaus. In ſeiner Rede ſchmähete der leitende Miniſter nicht wenig auf die Franzoſen Unter-Canada's und indirect auf die Acte Pitt's, welche denſelben ihre Nationalität ſicherte; ſeine hauptſächlichſte Darlegung ging darauf hinaus, daß ihnen bei 450,000 Franzoſen und 650,000 Britten im Ganzen nicht mehr das Uebergewicht auch nur in einem Theile gebühre. Was die übrigen Beſchwerden betraf, ſo wurde natürlich die Forderung über Wählbarkeit des Colonialoberhauſes zurückgewieſen, aber doch die Zuſammenſetzung deſſelben in billiger Weiſe hinſichtlich der Franzoſen angedeutet. Alsdann wurde in andern Hauptforderungen nur theilweiſe nachgegeben, und ſogar der Aſſembly das Recht der Initiative hinſichtlich des Colonialbudgets genommen, indem die Vorlage deſſelben nur vom Gouverneur ausgehen ſollte; ferner ward

eine beſtimmte Civilliſte vorgeſchlagen und die Verantwortlichkeit der Regierung nicht auf Befehle ausgedehnt, die vom Mutterlande ausgingen, ſo daß die alte Streitfrage über das Recht der Einmiſchung des lezteren in Colonialangelegenheiten wieder nicht mit näheren Worten beſtimmt wurde. In Betreff der Ländereiveräußerungen und der früher erwähnten Bevortheilungen, welche die Hochkirche beſaß, waren die Vorſchläge ſehr liberal. Hinſichtlich des erſteren ſollten die Monopolverhältniſſe entfernt und ein directer Verkauf der Regierung an die Coloniſten eingeleitet werden; die Ländereien der Hochkirche ſollten zur Hälfte veräußert und die andere Hälfte auch unter die übrigen Confeſſionen gleich vertheilt werden.

Die Hauptſache war hier offenbar die Zurückdrängung der Franzoſen, in den andern Punkten war darauf gerechnet, eine bedeutende materielle Urſache zur Beſchwerde der brittiſchen Bevölkerung in Ober-Canada zu entfernen. Zwar wurde die Frage über die ſtändige Civilliſte nicht zum Vortheil der Colonie entſchieden und die Initiative des Gouverneurs hinſichtlich des Budgets konnte für inconſtitutionell gelten, andrerſeits aber konnte die endliche Entſcheidung über die Kirchenverhältniſſe nicht unwillkommen ſeyn, und zugleich wurde der Aſſembly eine kleinere Aufſicht über die ſonſt uncontrollirten Einkünfte eingeräumt. Ohnedem konnte die Clauſel über die Unverantwortlichkeit der Behörden für die vom Mutterlande ausgegangenen Befehle in England ſelbſt keinen Widerſtand finden, weil ſie ein altes in Anſpruch genommenes Recht

enthielt, wie ſehr dieß auch der Colonie als unpopulär erſcheinen mogte, und beinahe ohne allen Zweifel, wegen der ganzen politiſchen Lage Großbrittanniens, in Canada nur mit beſonderer Vorſicht ausgeübt werden wird.

Peel zeigte keinen Widerſtand, ob er gleich ausſprach, die Vereinigung könne höchſt nachtheilige Folgen haben; wie es ſchien, betrachtete man das Uebergewicht der Britten als eine Sache der Nothwendigkeit, worüber man in England ziemlich übereinſtimmend war, mogte man auch die canadiſchen Franzoſen noch ſo ſehr dadurch verletzen. In ähnlicher Weiſe erklärten ſich die Radikalen; Hume z. B. ſtellte den Wunſch der Canadier in Betreff der Vereinigung ſehr in Frage, rieth aber doch, in der Bill fortzufahren. Eben ſo wie Peel ſprach Lord Wellington; er verlangte die Verſchiebung, gab aber ſeinen Widerſtand im Verfolg des Geſchäftsganges auf, der am 14. Juli mit der dritten Verleſung auch bei den Lords beendet war. Eine Bill über die Kirchenländereien ward beſonders eingebracht; hier zeigte die Hochtory-Fraction einige Abneigung, indeß die Führer der Conſervativen waren bereits über die Annahme dieſes Zugeſtändniſſes übereingekommen, welches durch die Entfernung eines auch für die Mehrzahl der engliſchen Bevölkerung drückenden Verhältniſſes, durch die Gewinnung der lezteren, die Befeſtigung der Macht des Mutterlandes befördern konnte. Ein großer Theil jener Ländereien ward der Coloniſation eröffnet und dasjenige Syſtem für Canada aufgegeben, wonach die übrigen Kirchen neben der anglikaniſchen ignorirt waren.

Dieſe Maßregeln waren die einzigen bedeutenden, die zu Stande kamen. Die Mehrheit ſchwankte hin und her; Miniſterium und Parlament näherten ſich ihrem Ende. Es war eine Seſſion, wie ſie einer Criſe in gewöhnlichen Zeiten vorherzugehen pflegt; die Miniſter konnten nicht länger auf die völlige Unterſtützung des Unterhauſes rechnen; dieſes widerſtrebte denjenigen Anſtoß anzunehmen, welcher ihm von Außen in Betreff der Korngeſetze kam; auswärtige Verhältniſſe traten verwirrend hinzu, um den Zuſammenhalt der miniſteriellen Partei zu lähmen; wie es ſchien, waren mehrere Whigs entſchloſſen, dem Verfahren Lord Palmerſton's entgegen zu ſtimmen, ſogar einige Cabinetsmitglieder ſchwankend, ob ſie die Schritte ihrer Collegen desavouiren ſollten; andrerſeits fand ſich eine Annäherung eines großen Theiles der Whigs an die Conſervativen; bei der Erhaltung der Korngeſetze war ein Theil der Whig-Ariſtokratie eben ſo intereſſirt, wie Tories. Augenblickliches Intereſſe und auch Gewohnheit hielten noch die Whigs zuſammen; die Radikalen ſtanden ſchon abgeſondert, ſogar feindlich; abgeſehen von O'Connel ſchien dieſe Partei bereits der Mehrzahl nach entſchloſſen, den Sturz der Whig-Regierung nicht länger durch ihre Unterſtützung aufzuhalten.

Wie erwähnt, erlitten die Miniſter bereits eine Niederlage bei der Apanage des Prinzen Albert; in einer andern Geldangelegenheit, bei dem Vorſchlage einer Penſion für ein allerdings verdientes Mitglied ihrer Partei ergab ſich daſſelbe. Nach dem gewöhnlichen Brauche mußten ſie jezt abtreten; für ihr Bleiben

mogte jedoch das ganze Verhältniß des Hauſes für jezt noch als Entſchuldigung gelten, indem es ſchlechterdings unmöglich war, eine bleibende und feſte Mehrheit bei der damaligen Zuſammenſetzung für irgend eine Partei ohne Auflöſung des Unterhauſes zu bilden, und trat leztere ein, ſo ließ ſich ebenfalls eine Niederlage der Miniſter bei den Wahlen oder ein Haus mit durchaus verſchiedenen Beſtrebungen vorherſehen. Siegten die Miniſter, ſo war ihre Mehrheit ſo klein, daß ſie zu andern Zeiten als Niederlage gegolten hätte. Die Conſervativen ſuchten bereits die Regierung durch offenen Angriff zu ſtürzen, mit einem ſogenannten Antrag über Mangel an Vertrauen (want of faith) von Seiten des Hauſes; nach einer langen Debatte, worin die Regierung alle ihre Kräfte aufbot, brachte ſie nur eine Mehrheit von 10 Stimmen zuſammen. Dieſe Stimmenzahl bei einer Sache, die ihre Exiſtenz betraf, deutete zur Genüge die Unmöglichkeit ihres längeren Bleibens an. Bald folgten wiederum Niederlagen, welche andern Grund zur Niederlegung ihrer Gewalt darboten, wie die Abſtimmung über Jamaica im vergangenen Jahre; dieß geſchah bei einer von Stanley eingebrachten Bill über die Regiſtrirung iriſcher Wähler. Während der vom Parlamente im Ausſchuß geführten Proceſſe über iriſche Wahlen hatten ſich nämlich alle Streitigkeiten dieſer Art durch eine gewiſſe Ungenauigkeit der Liſten bedeutend in die Länge gezogen; eine Ungenauigkeit, die theils durch Unbeſtimmtheit der beim Eintragen der Wähler üblichen Formen, wie durch die beſondere Zeit der Geltung jener

Liſten bewirkt war. Dieß Verhältniß war anerkannt, und die Zweckmäßigkeit der Abhülfe durch neue Regiſtrationsformen wurde ziemlich allgemein zugeſtanden; Stanley's Plan aber ging auf Verminderung der Wähler überhaupt, theils durch häufigere Erneuerung der Liſten, theils durch Erhöhung der Eintragekoſten, theils durch die Uebertragung des Unterſuchungsrechtes auf die iriſchen Richter. Die liberale Partei, vor Allem die iriſchen Mitglieder, widerſezten ſich mit allen Kräften eben ſo wie die Miniſter; allein die Grey'ſche Fraction der Whigs mit Lord Howick an der Spitze ſtimmte mit den Conſervativen; die Regierung ward zuerſt mit einer Mehrheit von 16, dann von 19 Stimmen geſchlagen. Die Miniſter traten nicht ab; ſie erwarteten bei den Ausſchußverhandlungen die Vorſchläge Stanley's einzeln zu paralyſiren, und dieß gelang bei der erſten Clauſel, indem Stanley's Vorſchlag mit 7 Stimmen verworfen ward, nachdem die Miniſter vorher alle ihre Kräfte in Bewegung geſezt hatten, ihre Partei zum Zuſammenhalt wieder zu bringen. Allein bald erlitten ſie wieder eine Niederlage von 4 Stimmen, indem ſie die Vorſchläge Stanley's über eine längere Zeit der Regiſtrirung zu vereiteln ſuchten. Somit war die Criſe offenbar; die Niederlage war um ſo bedeutungsvoller, da ſie eine Frage Irlands betraf, worin die Regierung bisher ihre hauptſächlichſte Stärke beſeſſen hatte. Das immerwährende Schwanken, die dabei ſtattfindenden allgemeinen Parteikämpfe hatten zur Folge, daß die Geſchäfte ſtillſtanden. Gegen Ende

der Seſſion hatten ſie ſich in ſolcher Art gehäuft, daß an eine Erledigung der meiſten nicht zu denken war; über das baldige Ende der Regierung und der bisherigen Mehrheit konnte kein Zweifel mehr vorherrſchen.

Zwiſchen dieſe Parteiverwirrung desjenigen Hauſes, worin früher die Whigs ihre feſte Stütze fanden, zwiſchen die fortdauernde Aufregung wegen der Korngeſetze, zwiſchen hin und wieder eintretenden Chartiſtenlärm, der das Publikum wenigſtens von Zeit zu Zeit in Bewegung ſezte: zwiſchen dieſe für die Regierung nachtheiligen oder wenigſtens beunruhigenden Verhältniſſe kam eine wohlbegründete Aufregung und Beſorgniß der Nation in Betreff der auswärtigen Angelegenheiten gleichſam in die Mitte hinein. Gegen Lord Palmerſton hegte man ſchon 1837 Argwohn und Abneigung; 1840 kam durch ſeine Politik Großbrittannien in die Gefahr eines nahen, ſowohl durch innere und äußere Rückſichten nachtheiligen Krieges, in eine ſonderbare und der bisherigen Stellung durchaus entgegengeſezte Lage, zu nutzloſen Gewaltthätigkeiten und endlich auch in eine finanzielle Verwirrung, die alle mit der erwähnten Criſe verbundene Erſcheinungen noch mehr beſchleunigte. Die äußeren Verhältniſſe hatten ſich noch mehr verwickelt; eine Streitigkeit, wohin die Regierung durch das wirkliche Intereſſe des Landes hineingerieth (mit Neapel), wurde bald beigelegt; dagegen ward in Betreff des Orients eine Politik befolgt, die bis jezt zu Nichts als zu nachtheiligen Folgen für Großbrittannien, oder zu neuer Unentſchiedenheit führte, welche das freundſchaftliche Verhältniß

zu Frankreich auflöste und nicht den geringſten Erſatz für die gebrachten Opfer und erlittenen Nachtheile darbot. Lord Palmerſton iſt dadurch der Nation verdächtig geworden und ſeine Partei, die ihn anfangs immer noch vertrat, hat hiemit das Zutrauen des einflußreichen Volkstheiles für den Augenblick gänzlich verloren. **1840** und **41** hielt ſie zu ihm mit einer gewiſſen Feſtigkeit; allein ſeitdem empfand ſie Reue über eine Richtung, die ihr den lezten Stoß gab, die ſie wegen des Aufgebens ihrer früheren Parteigrundſätze in der Art verdächtigte, daß ſogar die Aufnahme einer höchſt populären Maßregel (Veränderung der Korngeſetze) bei einem großen Theile der Mittelclaſſen Nichts mehr half. — Gegenwärtig pflegt ſogar die Mehrzahl der damaligen Whigs, welche Lord Palmerſton in jeder Hinſicht vertraten, die Maßregeln deſſelben von **1840** nicht mehr gutzuheißen.

Das erſte Zerwürfniß (mit Neapel) ward übrigens im Intereſſe Englands durchaus von Lord Palmerſton geſchlichtet; es geſchah jedoch vor derjenigen Zeit, worin jene zulezt angedeutete Richtung noch nicht entſchieden eingeſchlagen war. Die Veranlaſſung war ein Monopol, welches die neapolitaniſche Regierung für die Schwefelproduction in Sicilien in Anſpruch nahm, eine Maßregel, die gegenwärtig in Europa ſo gut wie unerhört, nicht ſowohl die ganze Bevölkerung von Sicilien, ſondern eben ſowohl die Fabrikanten von ganz Europa verlezte, für welche jene bei chemiſcher Präparation mannigfacher Art durchaus nothwendige Waare hauptſächlich aus jener Inſel bezogen wird.

Die Maßregel, 1838 durchgeführt, enthüllte entweder ein unſinniges, auf vollkommener Unwiſſenheit vom Gange jedes Handels beruhendes Finanzſyſtem, welches kaum von einem andern europäiſchen Staate wieder hervorgeſucht worden wäre, oder vielmehr eine gänzliche Rückſichtsloſigkeit gegen das materielle Intereſſe zu Gunſten einiger Privilegirten des Staates und der Regierenden ſelbſt, wie es bei Regierungen jener Art eher erklärbar ſcheint. Das Edict des Königs, welches das Monopol einſezte, ging von dem Grundſatz aus, es werde durch Anlegung zahlreicher Gruben zu viel Schwefel producirt und der Preis dadurch herabgedrückt, ſomit ward das Recht, die Gruben auszubeuten, beſchränkt, und die auszuführende Maſſe auf einen beſtimmten, um ein Drittel herabgeſezten Betrag der Durchſchnittsausfuhr vorgeſchrieben. Den Grubenbeſitzern ward das Recht genommen, den Schwefel direct zu verkaufen; das Monopol aber erhielt eine franzöſiſche Geſellſchaft unter der Firma eines Handelshauſes aus Marſeille. Dieſem Edicte mögen die Unruhen nicht wenig zuzuſchreiben ſeyn, welche 1838 in Sicilien ſtattfanden und durch Blut unterdrückt wurden. Wie ſehr die Sicilianer dadurch verlezt wurden, erhellete aus dem Umſtande, daß Schwefel ihr hauptſächlichſtes Ausfuhrproduct bildete, ſeitdem der Grubenbau während der engliſchen Verwaltung in Gang gebracht war. Je größer bei fortſchreitender Fabrikation im übrigen Europa dieſe Waare zum Bedürfniß wurde, deſto höher ſtieg die Production; je wohlfeiler der Preis der Waare durch lezteren Umſtand

ward, deſto mehr erhöhete ſich der Abſatz, die Zahl des im Bergbau beſchäftigten Volkes, der allgemeine Wohlſtand, der Güterwerth, die Staatseinkünfte u. ſ. w. — Der Grund, weßhalb der König von Neapel darauf ausging, die Quellen des Wohlſtandes für Sicilien zu vermindern, ließ ſich aus dem Umſtande erklären, daß er ſelbſt einen bedeutenden Theil an den Actien der Geſellſchaft als Privatmann nahm, daß ferner die übrigen Theilnehmer aus franzöſiſchen Legitimiſten beſtanden. Wie es hieß, war ein Theil des Gewinnes darauf verwandt worden, um die ſinkende Sache des ſpaniſchen Thronprätendenten durch Geldunterſtützung in den lezten Jahren zu halten, eine Sache, wofür der neapolitaniſche Hof ohnedem viel geopfert hatte.

Als der Preis des Schwefels (um 200 Procent) ſtieg, litt natürlich darunter hauptſächlich England als derjenige Staat, in welchem die Fabrikation am höchſten ſteht, indem faſt kein Zweig derſelben die Waare entbehren kann. Dieß war jedoch noch kein Grund für die engliſche Regierung, ſich in eine innere Maßregel eines unabhängigen Staates zu miſchen; zwei andere Punkte gaben England hiezu ein Recht. Während der brittiſchen Verwaltung von Sicilien ward jener Zweig des Bergbaues von den Engländern in Gang gebracht, und ſomit brittiſche Capitalien dabei intereſſirt; als ferner die Verwaltung der Inſel der Regierung Ferdinands I. von den Britten wieder übertragen ward, ſchloſſen beide Theile einen Vertrag, worin die Gleichſtellung Englands mit den am meiſten begünſtigten Nationen in Betreff des Handels, der

Zölle u. ſ. w. ausgeſprochen war. Dieſer Artikel war verlezt; Lord Lyndhurſt ſprach hierüber eben ſo ſeine Meinung aus, wie die Miniſter; in ganz England herrſchte nur Eine Stimme.

Als längere Unterhandlungen Nichts halfen, drohete England endlich mit Gewaltmaßregeln und ſezte ein Ultimatum feſt, wonach für jeden Tag der Fortdauer des Monopols über einen beſtimmten Termin hinaus eine Strafe von 1000 Pfund zu zahlen wäre. Der König von Neapel pochte noch immer auf ſein Recht als unabhängiger Fürſt, in ſeinem Lande ohne Rückſicht auf die Intereſſen fremder Staaten Maßregeln treffen zu können. Somit forderte der engliſche Geſandte in Neapel ſeine Päſſe, und ſezte die dortigen Engländer in Kenntniß von einem möglichen Beginne der Feindſeligkeiten. Lord John Ruſſel aber erklärte zu gleicher Zeit im Unterhauſe, die Regierung habe an den Befehlshaber der Flotte im Mittelmeer die Ordre, feindlich gegen Neapel aufzutreten, erlaſſen. Die Feindſeligkeiten wurden auch gleich darauf eröffnet und ein Embargo auf neapolitaniſches Eigenthum in brittiſchen Häfen gelegt. Einige engliſche Kriegsſchiffe legten ſich vor dem Hafen von Neapel und nahmen im Angeſicht der Stadt neapolitaniſche Schiffe mit reicher Ladung weg.

Es hätte ſich als lächerliche Thorheit ergeben, wäre der neapolitaniſche Hof wirklich geſonnen geweſen, England im Ernſte zu widerſtehen. Demonſtrationen waren genug gemacht worden, die Küſten und Häfen befeſtigt, Truppen nach Sicilien hinübergeführt u. ſ. w.

Wurden Feindſeligkeiten in größerem Maßſtabe begonnen, ſo ließ ſich eine Unternehmung Englands auf leztere Inſel vorherſehen; zur Revolutionirung derſelben war genug Stoff vorhanden, und geſchah dieſe unter engliſcher Beförderung, ſo konnte der König von Neapel keinen Schutz von Oeſtreich, wie früher, erwarten; in Sicilien ſelbſt ſtehen die Britten in gutem Andenken, und ohnedem war es Caſtlereagh zum Vorwurf gemacht worden, daß er die Inſel am Wiener Congreß aufgab, und auch nichts für die Garantirung der von den Engländern eingerichteten Verfaſſung that. Wäre eine Unternehmung auf Sicilien ausgeführt worden, ſo wäre dieſelbe in England eben ſo wohl aus dieſen Gründen, wie aus andern politiſchen und den materiellen Vortheil betreffenden Rückſichten populär geweſen. Eine Unternehmung war aber von Malta aus leicht durchzuführen, und dort hatte die engliſche Regierung bereits ein Mittel zur Revolutionirung eingeleitet, indem die italieniſche Preſſe ſeit einiger Zeit freigegeben war.

Die Geſandten Oeſtreichs und der übrigen italieniſchen Höfe drängten den König von Neapel mit Rückſicht auf dieſe Verhältniſſe zum Nachgeben; dieſer weigerte ſich längere Zeit, bis endlich die Feindſeligkeiten in der erwähnten Weiſe begonnen waren. Wurde damit von England Nichts ausgerichtet, ſo war eine Expedition nach Sicilien die nächſte Folge, der Verluſt der Inſel und revolutionäre Bewegungen gewiß, welche für Oeſtreich, wie für alle italieniſchen Staaten ſich gefahrvoll erweiſen konnten. Zuvor hatte der König von Neapel den Vorſchlag gemacht, eine der

Großmächte zum Schiedsrichter zu ernennen; auch dieſer Antrag war thöricht genug, denn es ließ ſich vorausſehen, daß England in einer ſolchen Angelegenheit ſich weder Rußland noch Oeſtreich u. ſ. w. irgendwie fügen würde. Als alle Ausflüchte vergeblich waren, nahm der König von Neapel einen Vermittelungsantrag von Frankreich an, und fügte ſich den ſicherlich auf ein gutes Recht begründeten Forderungen Englands. Die Priſen wurden alsdann herausgegeben, das Embargo aufgehoben und die früheren Verhältniſſe wiederhergeſtellt.

Was den Orient betrifft, ſo kann eine genaue Auseinanderſetzung dieſer Verhältniſſe nicht in einer Darſtellung erwartet werden, welche England allein betrifft, ſondern nur in ſo weit, wie die Einwirkung der engliſchen Regierung darin zu erkennen war und die Rückwirkung der Vorfälle auf die allgemeine Stellung des Staates und die inneren Verhältniſſe Großbrittanniens ſich ergab. Hier ſind zwei Punkte hervorzuheben, eine plötzliche Veränderung der ganzen Politik Lord Palmerſton's durch ein Anſchließen und Zuſammenwirken mit Rußland, und dann eine perſönliche Feindſchaft des brittiſchen Geſandten in Conſtantinopel, Lord Ponſonby, gegen Mehemet Ali. Die Urſachen, welche Lord Palmerſton umgeſtimmt haben, einen erklärten und mächtigen Feind des brittiſchen Reiches für unſchädlich und ſogar für freundſchaftlich geſinnt zu erklären, liegen im Dunkeln; Feinde Lord Palmerſton's haben perſönliche und ſchmähliche Motive angegeben, die ſchwer zu erweiſen

ſind, beſonders der oben erwähnte Urquhart, der zu gleicher Zeit ohnedem mit dem Miniſter der Auswärtigen einen ſcandalöſen Streit hatte, worin der Charakter deſſelben ſich nicht im beſten Lichte zeigte *). Die Quelle von Lord Ponſonby's Haß gegen Mehemet Ali iſt nicht bekannt; derſelbe iſt aber von dem Geſandten ſelbſt eingeſtanden worden, und liegt ohnedem in der Art am Tage, daß aus mehreren dem Parlamente vorgelegten Papieren erhellt, Lord Ponſonby ſey ſogar weiter gegangen, als ſeine Regierung es wollte. Er hegte den Plan, Mehemet Ali um jeden Preis zu verderben, und ſcheint auch die ganze Verwickelung der orientaliſchen Angelegenheiten eingeleitet zu haben. Ponſonby und der ruſſiſche Geſandte haben Mahmud zugleich aufgereizt, gegen den Vicekönig die Waffen zu ergreifen und den Feldzug zu beginnen, welcher, offenbar ein Bruch beſtehender Verträge, mit der ſchmählichen Niederlage eines türkiſchen Heeres endete, und das Beſtehen der osmaniſchen Dynaſtie in Frage ſtellte, hätten die übrigen Großmächte den Siegeslauf Ibrahims nicht aufgehalten.

Man mag über die Regierung Mehemet Ali's denken, wie man will, ſo wird man nicht leugnen können, daß er eine nicht unbedeutende Kriegsmacht und Hülfsquellen geſchaffen hat, die denen der Pforte

*) Urquhart, ſeit der Beſchlagnahme des Vixen außer Dienſt, hatte veröffentlicht, daß er zur Herausgabe des Portfoglio Mittheilungen von Lord Palmerſton erhalten habe, eine Sache, die genug klar war. Der Miniſter leugnete dieß; allein ſchwerlich hat Jemand in England an ſeine Behauptung weiter geglaubt.

bei weitem überlegen und auch in Rückſicht auf Rußland von anderer Art waren, wie die bisherigen Mittel, welche die Türkei zum Widerſtande gegen lezteren Staat beſaß. Er mag Aegypten durch ein ſcheußliches Monopolſyſtem erſchöpft, alle Claſſen durch eine organiſirte Sclaverei erdrückt haben, wie ſie ſogar in orientaliſchen Despoticen unerhört war: durch ihn mag ferner in Syrien ein ähnliches Verfahren verſucht worden ſeyn, welches vielleicht auf die Dauer ſchlimmer geweſen wäre, wie alle bisher dort herrſchende Anarchie: — Dennoch aber hat er eine gewiſſe Ordnung überall, wo er herrſchte, durchgeführt und Hülfsquellen organiſirt, wovon man in jenen Ländern bisher nie einen Begriff hatte. Der Gedanke, die ägyptiſche Macht als Vormauer gegen Rußland im Orient auszubilden, lag nahe; die franzöſiſche Regierung mag ihn ſeit 1830, die Whig-Miniſter bis 1833 gehegt haben, als Mahmud ſich Rußland in die Arme warf. Von der Zeit an ſcheint Lord Palmerſton und ſeine Collegen lange in Ungewißheit geſchwebt zu haben, bis einerſeits die Furcht vor einem europäiſchen Kriege, wenn man Rußland entſchieden gegenüber trete, andererſeits Lord Palmerſton's und Lord Ponſonby's perſönliche Beweggründe die Vernichtung oder Schwächung des Vicekönigs für zweckmäßig erkennen ließen. Leztere iſt denn auch wider Willen Frankreichs durchgeſezt worden; erſtere hatten Lord Palmerſton und Ponſonby ohne Zweifel im Auge, allein die Regierung hat es nicht gewagt, die Sache bis dahin kommen zu laſſen. Somit iſt auch hier ein halber

Zuſtand eingetreten, der weder die Zukunft geſichert, noch England irgendwie Vortheil gebracht hat, der das Land nutzloſe Opfer koſtete, die Verhältniſſe verwirrte und ſogar nicht einmal ein Uebergewicht Englands im Divan von Conſtantinopel gleich nachher zur Folge hatte, als der Vaſall der Pforte durch engliſche Waffen gedemüthigt worden war.

Uebrigens läßt ſich nicht leugnen, daß Großbritannien einigen Grund zur Unzufriedenheit mit Mehemet Ali hatte, und daß die Feindſeligkeiten ſich von Einem Geſichtspunkt aus rechtfertigen ließen. Der Vicekönig hatte ſein Monopolſyſtem in Syrien wie in Aegypten durchführen wollen und dadurch den engliſchen Handel verlezt. Reclamationen von Seiten Englands waren die Folge, und zulezt zwang ihn die brittiſche Regierung in Betreff ihrer Unterthanen, davon abzugehen. Der zweite Punkt betraf die Verbindung mit Indien über Aegypten, deren höchſte Wichtigkeit für Großbrittannien bereits öfter erwähnt wurde. Seitdem man die Bedeutung derſelben durch die ſchnelle Beförderung von Reiſenden und Briefpaketen aus Erfahrung zur Genüge erkannt hatte (der Weg von Bombay nach London wurde oft in 31 Tagen zurückgelegt), wünſchte man dieſelbe nach beſtimmter Berechnung vollkommen geſichert und geordnet, und gleicherweiſe auf den Waarentransport hin ausgedehnt. Der Vicekönig hatte ſchon durch erſtere genug Vortheile für ſein Gebiet erlangt, erweckte aber dennoch für dieſelbe von Zeit zu Zeit eine Menge Hinderniſſe und kam dadurch in Streitigkeiten mit der engliſchen

Regierung. Er hatte z. B. den Seeoffizieren, welche, um die Fahrt zu ſichern, das Rothe Meer genauer unterſuchten, Hemmniſſe jeder Art in den Weg gelegt; was aber den Waarentransport über ſein Gebiet betraf, ſo ſezte Mehemet Ali ungeheure Tranſitozölle nach ſeinem ganzen auf habgierigen und augenblicklichen Gewinn berechneten Syſteme an und organiſirte dabei eine ſolche Maſſe von Douanenförmlichkeiten, daß jener Waarentransport ſchlechterdings unmöglich wurde. Die brittiſchen Handelsflotten mußten den bisherigen Weg um das Cap beibehalten.

Somit konnte freilich Mehemet Ali keine beſon- ſonders günſtige Stimmung für ſich bei der engliſchen Regierung erwarten, und die Erfahrung mag ihm gezeigt haben, daß er beſſer gethan hätte, ſich vorher mit Großbrittannien in dieſer Angelegenheit gut zu ſtellen. Allein auch in dieſer Hinſicht hat Lord Palmerſton nichts erreicht. Vielleicht war es ſeine Abſicht, den Paſcha zu ſtürzen und dann durch die Pforte einen unbedeutenden Statthalter einzuſetzen, der gänzlich von England abhinge. Selbſt im Falle des vollkommenen Gelingens war dann der Plan nicht geſichert, denn die Folge hat erwieſen, daß England bei dem Intriguenſpiel des Divans, bei der Starrheit der Türken, welche alle auf europäiſche Verhältniſſe begründeten Berechnungen zu Schanden macht, und bei der ſchlauen Einwirkung Rußlands auf keinen bleibenden Einfluß ſolcher Art rechnen kann. — Hatte Lord Palmerſton vielleicht ſogar eine Theilung der Türkei in Gedanken, und hoffte dabei Aegypten für

England zu erwerben? Wie bekannt, ſo hat England die Wichtigkeit dieſes Landes für ſeine Beſitzungen in Indien ſchon vor jener Communication über Suez, gleich nach Bonaparte's Expedition erkannt, die Franzoſen damals vertrieben, und dann während des Krieges mit Napoleon, als ſich die Pforte zu Frankreich hielt, eine Eroberung verſucht *), jedoch nicht mit Erfolg. Hatte aber Lord Palmerſton wirklich dieſen Plan im Hintergrunde, wie ſehr er dem Anſchein nach auch die Integrität des türkiſchen Reiches vertrat, ſo war dieſer nur durch eine Theilung der Türkei möglich, worin Rußland ebenfalls ſeinen Antheil hätte haben müſſen. Wie ſchon oft erwähnt, iſt jedoch die Hauptbeſtrebung aller Parteien dahin gerichtet, die Vergrößerung Rußlands an der Türkei zu verhindern. Aegypten um jenen Preis erkauft, würde in Großbrittannien als Benachtheiligung gelten, und der Miniſter, welcher jemals wagen ſollte, ſie einzuleiten, könnte ſogar, was jezt ſelten geſchieht, für ſeine Perſon verderbliche Folgen befürchten.

Ein Bruch mit Frankreich ließ ſich bei dem Plan Lord Palmerſton's und Lord Ponſonby's, Mehemet Ali zu vernichten, gleich vorausſehen. Frankreich übte in Aegypten überwiegenden Einfluß, ſuchte denſelben natürlich zu bewahren und betrachtete die Macht Mehemet Ali's als einen integrirenden Theil des türkiſchen Reiches, welcher bei den beſtehenden

*) Die Communication über Aegypten und wo möglich die Eroberung dieſes Landes ſoll von Marquis Wellesley in den erſten Jahren des Jahrhunderts projectirt ſeyn.

Verhältniſſen deſſelben durch den Eigenwillen des Sultans nicht nach despotiſchen Launen zerſtört werden dürfe. Der Einfluß war durch einen gewinnreichen Handel begründet, welcher wegen der Lage der ſüdfranzöſiſchen Häfen durchaus nicht künſtlich, ſondern vollkommen natürlich war, ferner auf dem Umſtande, daß Franzoſen dem Vicekönig von Anfang an in Durchführung ſeiner Organiſationspläne gedient hatten, und in einer Menge von höheren Stellen ſeine Beamten waren. Uebrigens war der Einfluß Frankreichs zum Schaden Großbrittanniens nie gebraucht worden, er hatte im Gegentheil während des freundſchaftlichen Verhältniſſes eher dazu gedient, Hinderniſſe in Betreff des Verbindungsweges über Suez hinwegzuräumen, einzelne Vortheile den Britten in Syrien zu verſchaffen u. ſ. w. Was den Handel betraf, ſo beſaß der franzöſiſche vor dem engliſchen kein eigentliches Monopol voraus, ſondern ſein Vortheil beruhete eher auf natürlichen, durch die Lage, die Schifffahrt des Mittelmeeres u. ſ. w. bedingten Verhältniſſen, deren Natur die engliſche Nation zu ſehr durchſchaute, als daß ſie eine Vernichtung derſelben durch politiſche Mittel jemals für möglich halten ſollte. Es wäre die lächerlichſte Abgeſchmacktheit, wollte Großbrittannien jemals die Induſtrie der Franzoſen und die Vortheile vernichten wollen, die das Land einer großen und mächtigen Nation darbietet.

Was aber die Verhältniſſe betraf, in welchen Großbrittannien zur Zeit des freundſchaftlichen Vernehmens mit Frankreich zu dieſem Staate ſtand, ſo waren dieſe

ebenfalls nicht ſolcher Art, um einen Bruch irgendwie zu veranlaſſen. Die Allianz war auf den inneren Zuſtänden beider Staaten begründet; ein endliches Zuſammentreffen mit Rußland, für England auf die Dauer zulezt nothwendig, läßt ſich als ein Principienkrieg vorausſetzen, in welchem Frankreich den natürlichen Bundesgenoſſen für England abgeben würde. Das ſeit 1830 eingetretene Verhältniß zu Frankreich war ferner nur eine Fortſetzung des von Canning angenommenen Syſtemes hinſichtlich der äußeren Politik, welche einſt deſſen Miniſterium populär gemacht und befeſtigt hatte, und als eine Folge des inneren Zuſtandes von Großbrittannien anerkannt war. Indeß hievon abgeſehen, hatte die bisherige Verbindung England nicht zum Nachtheil gereicht. Frankreich hatte 1831 und 33 während des freundſchaftlichen Verhältniſſes Großbrittannien das Unterſuchungsrecht franzöſiſcher Schiffe auf der afrikaniſchen Weſtküſte zugeſtanden; ein Recht, worauf der Meer-beherrſchende Staat als auf eine Bedingung ſeiner Macht mit beſonderer Eiferſucht feſthält, und ein Zugeſtändniß, das er ſchwerlich ohne jene freundſchaftliche Stimmung beider Regierungen und Nationen erlangt haben würde. Frankreich hatte ferner in einer Menge von Berührungen mit England die Handelsintereſſen des lezteren Staates gefördert (z. B. in der Communication mit Oſtindien über Suez, welche durch Frankreich ging) und zeigte ſich eben damals geneigt, einen Handelsvertrag abzuſchließen, wodurch Großbrittannien nicht unbedeutende Handelsvortheile erlangt hätte. — Ferner

war keine wahre Urſache zum Bruch mit Frankreich vorhanden. Die Colonieen deſſelben waren unbedeutend und nicht mehr, wie früher, die Urſache zur Eiferſucht und zu Reibungen; die einzige größere auswärtige Beſitzung Algier befand ſich nicht in einem Zuſtande, um den Neid Englands zu erregen; Frankreich hat ſeit 1815 nirgends den Engländern Verwirrungen und Verlegenheiten bereitet, ob es gleich, z. B. in Oſtindien durch die Franzoſen bei Rundſchit Singh, Gelegenheit dazu hatte; von Frankreich aus war nicht die geringſte Theilnahme am Aufſtande in Canada ausgegangen, obgleich nur die Gegenwart von einigen militäriſchen und in ihrem Fache geſchickten Abenteurern, wie ſie ſich in Frankreich zahlreich vorfinden, der Inſurrection eines Volkes von gleicher Abſtammung und Sprache eine ganz andere Wendung hätte ertheilen können. Beinahe nirgends trat der franzöſiſche Handel in der Art als Concurrent mit dem engliſchen auf, daß er lezteren wirklich verdrängt oder ſehr beſchädigt hätte. — Was endlich Frankreichs angebliche Vergrößerungspläne betraf, ſo hatte dieſer Staat etwaige Abſichten auf Belgien ſchon lange in ſolcher Weiſe aufgegeben, daß dieſelben ſogar bei einem allgemeinen Kriege ſchwerlich wiederaufgenommen werden könnten. Es bildet bekanntlich einen Hauptpunkt in der für alle Parteien ſeit anderthalb Jahrhunderten überlieferten Politik, die Vergrößerung Frankreichs nach dieſer Seite hin und beſonders die Erwerbung von Oſtende und Antwerpen zu verhindern. Pitt war vor der Nation in Betreff des Krieges vollkommen

gerechtfertigt, als er 1792 die Nichtbeſitznahme der lez=
teren Stadt der Republik zur Bedingung des Friedens
machte; 1830 und ſpäter war aber eine Urſache zur
Beſchwerde in dieſer Hinſicht nicht vorhanden. Die
Mitwirkung Frankreichs bei der Conſtituirung Belgiens
war von ſolcher Art, daß Großbrittannien nicht den
geringſten Anlaß zur Unzufriedenheit geboten war, daß
ſogar nicht einmal der politiſche Einfluß Frankreichs als
überwiegend in jenem Lande gelten konnte. Was aber
andere Vergrößerungspläne Frankreichs betrifft, ſo iſt
England nie dabei intereſſirt geweſen und wird auch
niemals ſeine Schätze und ſein Blut dafür auf die
Dauer verſchwenden. Würde eine Regierung für den
Augenblick dieſen Planen entgegenhandeln, ſo würde ſie
bald genöthigt ſeyn, ihre Unterſtützung zurückzuziehen.
In Deutſchland darf man ſich keine Hoffnung machen,
daß die Macht Englands auf die Behauptung des
linken Rheinufers jemals verwandt würde; eben ſo
wenig würde Großbrittannien ſchwerlich das geringſte
Opfer bringen, wenn Frankreich Savoyen von Piemont
losriſſe. Nur die Eroberung von bedeutenderen See=
häfen würde England in Betreff Italiens in Allarm
ſetzen.

Aus Allem ergab ſich, daß Großbrittannien durch=
aus keine Veranlaſſung hatte, gegen Frankreich in eine
feindliche Stellung zu treten, wie es 1840 der Fall
war. Vielleicht aber hegte Lord Palmerſton und
ſeine Collegen Eiferſucht über die franzöſiſche Seemacht.
Die Flotte Frankreichs war ſeit 1830 und ſchon einige
Zeit vorher auf ſo hohem Standpunkte, worauf ſie ſich

früher nie befunden hatte, ſowohl ausgezeichnet durch Bau und Bewaffnung der Schiffe, wie durch Tüchtigkeit und Uebung der Mannſchaft, und ohnedem an Linienſchiffen und Fregatten ſtark genug, um ſogar dem mächtigſten Seeſtaate als Feind gefährlich ſich zu erweiſen. Frankreich befand ſich hinſichtlich ſeiner Seemacht in dem Verhältniſſe, welches nur bei politiſch freien Staaten einzutreten pflegt. Wie es ſcheint, iſt ein gewiſſer Grad der Freiheit für die Bildung einer Seemacht erforderlich, indem das Seeleben eine im täglichen Leben und nur unter Parteikämpfen geſchaffene Energie und Selbſtſtändigkeit des Charakters erheiſcht, wie ſie ſich in deſpotiſchen Reichen nicht zu bilden pflegt. Staaten mit politiſcher Freiheit ſind wenigſtens allein im Stande geweſen, eine große Seemacht zu ſchaffen (Holland, England, Nordamerika). Die alte franzöſiſche Monarchie hat darauf ungeheure Mittel verwandt, allein vergeblich; eben ſo Napoleon. Seit den zwanziger Jahren erlangte aber die franzöſiſche Seemacht mit geringerem Aufwande von Mitteln eine Höhe, worauf ſie ſich früher zu keiner Zeit befand. Hat doch ſogar Sir Charles Napier, welcher 1840 ein Commando im Mittelmeer führte, 1842 im Parlamente geſagt: die engliſche Flotte hätte in einem Kampfe mit der franzöſiſchen damals unterliegen müſſen! — War Eiferſucht auf die franzöſiſche Seemacht ein Beweggrund zur Politik Lord Palmerſton's, um dieſelbe im Fall eines Krieges wieder vernichten zu können, ſo war ſicherlich auf die Dauer eine vollkommene Unmöglichkeit für Erreichung dieſes Zweckes vorhanden; derſelbe könnte allein durch gänzliche

Vernichtung Frankreichs und ſomit aller Bedingungen erreicht werden, welche die Seemacht ſchufen. Es war daſſelbe Verhältniß, wie bei Frankreichs Handel und Induſtrie. Die Unmöglichkeit einer ſolchen Vernichtung würde auch der beſchränkteſte Kopf einſehen.

Unter allen dieſen Verhältniſſen war die plötzliche Umwendung der ganzen Politik Englands kaum erklärbar. England ſchloß ſich den unumſchränkten Mächten des Feſtlandes, und ſogar Rußland an, welches ſeine Verhältniſſe verwirrt und in ſchwerer Weiſe benachtheiligt hatte. Am 15. Juli 1840 wurde der Tractat zwiſchen England, Rußland, Oeſtreich, Preußen und der Pforte abgeſchloſſen, in Folge deſſen der Vicekönig von Aegypten zwar gedemüthigt und geſchwächt ward, die Pforte aber nicht gekräftigt werden konnte, weil ſie keine Bedingungen zur Kräftigung enthielt. Die vier Mächte kamen darin überein, gemeinſchaftliche Zwangsmaßregeln gegen Mehemet Ali anzuwenden, im Fall er ſich den damals von der Pforte ihm gemachten Vorſchlägen nicht füge. Nur Ein Artikel ſchien darauf berechnet, die nothwendig in der engliſchen Nation hervorgerufene Unzufriedenheit zu rechtfertigen. Das Recht, welches Rußland durch den Vertrag von Unkiar Skeleſſi für die Durchfahrt ſeiner Kriegsflotten durch die Dardanellen erlangt hatte, war darin aufgehoben, indem der neue Vertrag beſtimmte, jene Meerenge ſolle allen Kriegsflotten in gleicher Weiſe verſchloſſen bleiben. Allein es war die Frage, ob die Parteihäupter und Staatsmänner in England dieß Zugeſtändniß Rußlands für einen großen, durch Lord Palmerſton's Geſchicklichkeit

erlangten Gewinn halten würden. Jenes von Rußland in Anſpruch genommene Recht war unausführbar, ſo lange Großbrittannien die Anerkennung verweigerte, es beſtand nur auf dem Papiere, und ſomit war die Aufhebung kein Gewinn für England.

Bekannt genug iſt die Wirkung, welche die Ausſchließung Frankreichs in jenem Tractat bei den Franzoſen bewirkte; die hitzige Nation ward bis zum Aeußerſten aufgeregt, um ſo mehr aber gegen England, weil gerade der bisherige Verbündete ſie ohne vorhergegangene Veranlaſſung im Stich ließ; der alte Nationalhaß ward wieder ausgeſprochen; die Regierung rüſtete und drohete mit einem Continentalkriege im Fall man Mehemet Ali gänzlich vernichte, wie es Rußlands und Lord Ponſonby's und Palmerſton's Zweck geweſen zu ſeyn ſcheint. — Während in Frankreich eine entſchieden feindliche Stimmung gegen England allgemein ward, ſchien dort die öffentliche Meinung zu ſchwanken. Die Parteien waren durch jenen Tractat wirklich überraſcht; ſogar die Collegen Lord Palmerſton's ſcheinen erſt nach langen Bedenklichkeiten dem Miniſter der Auswärtigen ſich gefügt zu haben, vielleicht wiederum aus der alten Rückſicht, eine Criſe zu vermeiden, die freilich unter den übrigen bedenklichen Umſtänden das Beſtehen ihrer Regierung in Frage ſtellen mußte. Als der Tractat bekannt wurde, war die Seſſion ſchon weit vorgerückt; man läßt, wie ſchon oft erwähnt, der Regierung in conſtitutionellen Staaten ziemlich lange ein freies Spiel, bis ſich die Geſetzgebung einmiſcht; ſomit fand ſich anfangs kein bedeutender Widerſtand im

Parlamente. Hume brachte die Sache zur Sprache und ſchmähete auf ein Bündniß mit Rußland, allein er fand keine beſondere Unterſtützung; die Conſervativen ſchwiegen fürs Erſte und die Mehrheit der Miniſteriellen war geneigt, Lord Palmerſton zu helfen. Die Parteirückſichten, welche mit dem Beſtehen der ſogenannten parlamentariſchen Verhältniſſe zuſammenhängen, ſind von ſolcher Art, daß die einzelnen Parteimitglieder oft genug die Maßregeln ihrer Führer, im Fall ſie dieſelben mißbilligen, dennoch unterſtützen, um das Beſtehen der ganzen Regierung nicht in Frage zu ſtellen, ſo wie auch andrerſeits, im Fall eine Regierung geſtürzt iſt, die ausgetriebenen Miniſter ſchwer zur Rechenſchaft zu ziehen ſind; obgleich die Mehrzahl ihrer Partei das Verfahren derſelben mißbilligen mag, erheiſcht es dennoch der ganze Zuſammenhalt und das anderweitige Partei-Intereſſe von einem Parteihaupte die Verantwortlichkeit zu entfernen, mit welchem die Mehrheit zugleich gefehlt hat.

Während in Frankreich das Feuer des Nationalhaſſes hell aufloderte, blieb die engliſche Nation im Anfange ziemlich gleichgültig. In Staaten wie Frankreich und England äußert natürlich die Preſſe einen bedeutenden Einfluß; als die Erbitterung der franzöſiſchen ſtieg, mußte zulezt das Nationalgefühl der Britten erregt und auch die Maſſe derſelben in einen gewiſſen Zorn hineingeriſſen werden. Die einflußreichſte Zeitung, die Times, erwies hier jenen ſeltenen Takt, der bei ihr, wie früher erwähnt, charakteriſtiſch erſcheint. Sie hielt ſich anfangs in jener Hinſicht ſehr zurück, indem ſie

dagegen deſto ſtärker auf das unzweckmäßige Verfahren der Miniſter ſchmähete, das Bündniß mit Rußland benuzte, um die Whigs in den Augen der Nation herunterzuſetzen, erſt dann einen bitteren Ton gegen Frankreich anſtimmte, als die Leidenſchaft der Engländer bereits erregt war, und auch hiebei es nicht unterließ, die ſchiefe und für Großbrittannien unnatürliche Richtung der miniſteriellen Politik beinahe in jeder Nummer hervorzuheben. Dieſelbe Verfahrungsweiſe war bald auch bei den Parteihäuptern der Conſervativen gewöhnlich, und das folgende Jahr erwies den Miniſtern den Verluſt des lezten Haltpunktes, den ſie noch in der öffentlichen Meinung beſaßen. — Die Whig-Preſſe, damals in ihren Hauptorganen um ſo mehr beachtet, weil es bekannt war, daß Lord Palmerſton ſelbſt dem Chronicle und dem Globe Mittheilungen zuſandte, — die Whig-Preſſe ſtimmte dagegen denſelben zweideutigen Ton, wie die Miniſter an, ſuchte in wiederholten Darſtellungen die geringe Gefährlichkeit von Rußland für England zu erweiſen, und ging ſogar in Drohungen gegen Frankreich ſo weit, daß ihr Hauptorgan den Grundſatz ausſprach: 1830 ſey ein Fehler von England begangen, da dieſer Staat die Dynaſtieveränderung gelitten habe; der begangene Fehlgriff würde ſich bei einem allgemeinen Kriege wieder ausgleichen laſſen! Die erſte Behauptung war um ſo ſonderbarer, da die ruſſiſchen Intriguen in Aſien noch kurz vorher ganz Großbrittannien in Bewegung geſezt hatten, und da man die dadurch bewirkten Nachtheile, welche ſeitdem noch ſchlimmer wurden, ſchon damals zur Genüge fühlte; die

zweite Behauptung aber war in einem Lande wie England, bei der ganzen Stellung der Parteien ſeit 1815, bei der vollkommenen Unmöglichkeit, einen Krieg wie von 1792 bis 1815 zu führen, ſogar lächerlich. — Das ganze Verfahren war um ſo thörichter, weil die Conſervativen, um bei den nächſten Wahlen eine bedeutende Maſſe zu gewinnen, dieſelbe Stellung wieder einnehmen konnten, die einſt ein Miniſter aus ihrer Partei (Canning) zur Befriedigung der Nation zuerſt behauptete. Der in England einmal beſtehende Ruſſenhaß iſt von den Conſervativen während jener Aufregung zum Schaden der Whigs genug ausgebeutet worden.

Auch über Lord Ponſonby's Rolle bei der ganzen Sache iſt ſpäter durch die Staatspapiere Licht verbreitet worden, welche dem Parlamente vorgelegt wurden. Guizot hat auf der franzöſiſchen Tribüne dem leidenſchaftlichem Haſſe dieſes Geſandten gegen Mehemet Ali den hauptſächlichſten Antheil an dem ganzen Lauf der Ereigniſſe zugeſchrieben. Jene Papiere haben dieß erwieſen; wie es ſcheint, war Lord Palmerſton anfangs abgeneigt, in die Plane deſſelben einzugehen, die Englands ganze Stellung in auswärtiger Politik verändern mußten; erſt allmälich ward er durch unbekannte Gründe hineingezogen, und ſah ſich endlich genöthigt, die Wirkſamkeit ſeines Geſandten aufzuhalten, als Oeſtreich nach der Convention Napier's ſich gegen weitere Gewaltmaßregeln hinſichtlich des Vicekönigs erklärte. Lord Ponſonby handelte mittlerweile, ſo lange es ging, ſeinen Inſtructionen oft direct entgegen, und Lord Palmerſton ließ ihm ſo lange auch hierin

freie Hand, bis die Angelegenheiten zu Hauſe bedenklich wurden. — Bekanntlich hat der Sultan Mahmud zuerſt den mit Mehemet Ali abgeſchloſſenen Vertrag verlezt. Lord Palmerſton's Inſtructionen gingen dahin, die Pforte von Feindſeligkeiten abzuhalten, allein Ponſonby that gerade das Gegentheil. Er erklärte am 22. Mai 1839 dem Reis-Effendi: Seine Regierung werde die Schritte der Pforte zwar mißbilligen, allein dieſe möge nur darauf ſehen, daß ſie Glück habe. Als der Angriff von den Türken ausgegangen war, entſtellte er die Thatſachen in ſeinen Depeſchen auf ſonderbare Weiſe. Er behauptete z. B. am 26. Juli 1839, Mehemet Ali's Heer habe bei Niſibis die Feindſeligkeiten begonnen und das Schlachtfeld liege jenſeits der ſyriſchen Grenze!

Am 15. October 1840 gab Lord Palmerſton ſeinem Geſandten die Inſtruction, ſich den Bemühungen der Mächte anzuſchließen, welche für Mehemet Ali das erbliche Paſchalik von Aegypten zu erlangen ſuchten. Er ſprach in den Wind. Durch Ausflüchte, Bedenklichkeiten und Zweifel Lord Ponſonby's wurden die Inſtructionen zum todten Buchſtaben. Er hatte alsdann offenbar die Abſicht, die Convention Napier's zu vereiteln und in den diplomatiſchen Verzögerungen den Türken Zeit zu verſchaffen, das Heer Ibrahim's in Syrien zu Grunde zu richten, während der Vicekönig durch Vertrag gebunden war. Dieſelbe Sache erhellt aus einem Buche, welches Sir Ch. Napier 1842 über ſeine Rolle im Orient geſchrieben hat; Napier handelte vor Alexandrien ganz auf eigene Fauſt;

er kehrte ſich nicht an die Inſtructionen, die er von Lord Ponſonby erhalten hatte, während Palmerſton ungeachtet ſeines wiederholten Verlangens ihm nicht antwortete! Als die Convention abgeſchloſſen war, erhielt ſie freilich die Billigung der engliſchen Regierung, Napier kam aber mittlerweile in Zank mit allen übrigen engliſchen Agenten und Befehlshabern. Es ergab ſich entweder eine ſonderbare Nachläſſigkeit der engliſchen Regierung, oder vielmehr eine hinterliſtige Abſicht Lord Palmerſton's, die Begebenheiten im entgegengeſezten Sinne, wie er vorgab, zu veranlaſſen.

Ueber die Rolle, die Lord Ponſonby damals ſpielte, mögen einige Stellen aus den genannten Staatspapieren zur Erläuterung dienen: Sobald er die Nachricht von der Convention Napier's erhielt, ſchleuderte er ſogleich ſieben heftige Briefe, von denen jeder den vorhergehenden überbot, an Lord Palmerſton, Stopford, Napier u. ſ. w. Die Briefe berichteten: die Erhabene Pforte habe die Convention für null und nichtig erklärt und ſo weit es in ſeiner Macht ſtehe, werde er die Ausführung um jeden Preis verhindern. Es heißt darin: „Keine Regierung in der Lage der ottomanniſchen Pforte werde auch nur auf einen Augenblick das Verfahren irgend eines Individuums dulden, welches das Recht ſich herausnimmt, für ſie mit irgend einer rebelliſchen Macht zu unterhandeln.“ Die Pforte ging natürlich auf die Wünſche des Geſandten ein. In einer Erklärung derſelben wird ausgeſprochen, ſie habe von den vier Mächten keine Mittheilung erhalten,

welche die Wiedereinſetzung des Paſcha von Aegypten betreffe. War dieß wirklich der Fall, ſo hatte Ponſonby die oben erwähnte Depeſche derſelben nicht mitgetheilt! — Als Mehemet Ali die Convention mit Fanſhawe abſchloß, ſuchte Ponſonby ebenfalls auch die Folgen derſelben zu verhindern. Er zweifelt, ob Mehemet Ali ſich unterworfen hat, will ſeine Meinung nicht äußern, die Entſcheidung der Pforte abwarten u. ſ. w. Hiebei ſcheint er den treuloſen Plan gehabt zu haben, die Trümmer von Ibrahim's Heer nach Abſchließung des Friedens zu vernichten. Er ſchreibt wenigſtens über Fanſhawe's Convention an Lord Palmerſton: „Wird ein ſicherer Rückzug aus Syrien für Ibrahim Paſcha erlangt, ſo kann Mehemet Ali wieder in Stand geſezt werden, die Bedingungen, worauf Eure Lordſchaft beſteht, nicht zu erfüllen!“ — Am 31. December war bereits der Brief des engliſchen Commandeurs an Lord Palmerſton mit dem Plane des General Jochmus abgegangen, einen gewiſſermaßen verrätheriſchen Schlag auf den abziehenden Ibrahim auszuüben; die Engländer in Syrien mißbilligten denſelben, thaten aber nichts weiter zu deſſen Verhinderung, als daß ſie ihre Mitwirkung zurückhielten. Jochmus konnte aber mit den Türken in ſo weit operiren, daß er den vortheilhaften Rückzug der Aegypter durch Paläſtina verhinderte, und dieſelben zwang, durch die Wüſte zu marſchiren, wodurch wenigſtens 20,000 Menſchen nach abgeſchloſſenem Frieden ihr Leben verloren. Dieß treuloſe Verfahren, das Lord Ponſonby offenbar

eingeleitet hat, ſucht er mit folgenden Worten bei ſeiner Regierung zu entſchuldigen (23. Februar 1841): Ibrahim Paſcha hätte ſich mit einem großen und ungeſchwächten Heer nach Aegypten zurückziehen können, anſtatt daß ſeine Armee gegenwärtig beinahe zerſtört und gänzlich demoraliſirt iſt. Hätte er ſein großes Heer unbeſchädigt nach Aegypten zurückgeführt, ſo würde Mehemet Ali Streitkräfte beſitzen, die ihn zum Widerſtand ermuthigen und möglicher Weiſe noch ſtärker, wie jemals, kräftigen könnten. Die Energie des General Jochmus hat alle Zweifel in Betreff der militäriſchen Frage entfernt u. ſ. w. — Somit hat Ponſonby Mehemet Ali zulezt noch auf perfide Weiſe einen Schlag verſezt, als er ſchon lange die Inſtructionen Lord Palmerſton's hatte, nicht allein die Erblichkeit für Aegypten dem Vicekönige zuzugeſtehen, ſondern auch die Convention Napier's von England aus anzuerkennen. — Uebrigens erhellt auch aus der mitgetheilten Correſpondenz, daß Lord Palmerſton ſeinen Geſandten ganz ungehindert gewähren ließ, bis Oeſtreich eine entſchiedene Sprache in der Angelegenheit führte (am 9. und 19. April), das Zugeſtändniß der Erblichkeit Aegyptens für die Familie des Paſcha forderte und ſeine Flotte von der Mitwirkung zurückberief. Wäre damals Lord Palmerſton noch auf die Vernichtung des Paſcha von Aegypten ausgegangen, ſo hätte England mit Rußland allein geſtanden, ein Verhältniß, welches ſelbſt den verwegenſten Miniſter hätte zurückſchrecken müſſen.

Wie ſchon erwähnt, gehört die Darſtellung der

orientaliſchen Ereigniſſe nicht in den Zweck dieſes Werkes, ſondern nur in ſo weit dieſelben direct auf England einwirkten, mit der engliſchen Politik zuſammenhingen, oder durch den Einfluß engliſcher Staatsmänner veranlaßt wurden. Was die Einwirkung der Ereigniſſe auf die allgemeine Stimmung während derſelben und im Anfange von 1841 betraf, ſo ergab ſich zuerſt ein Eindruck, welchen die Whig-Regierung auszubeuten hoffte. Auch im unpopulärſten Kriege wird ein glänzender Waffenerfolg von allen Parteien gleicher Weiſe gefeiert *) werden. So ergab es ſich vor Beyrut und noch mehr vor S. Jean d'Acre; kaum in einem Tage war eine Feſtung genommen, vor welcher einſt Bonaparte, obgleich durch engliſche den Türken geleiſtete Hülfe, mit ſeinem ruhmreichen Heere geſcheitert war. Jene Unternehmung war die erſte gelungene Probe in der Anwendung derjenigen Zerſtörungsmittel, durch deren Erfindung die Kriegskunſt noch höher geſteigert wurde, wie ſogar während des langen gegen Frankreich geführten Kampfes. Frankreich hatte bereits einen ſolchen Erfolg in der Zerſtörung des Forts San Juan de Ulva aufzuweiſen; das Bombardement von Acre gab den Beweis, daß England nicht zurückgeblieben war. Allein ein Sieg iſt nie dazu geeignet, die Berechnung der Nation in Hinſicht der Folgen zurückzudrängen. Dieſe trat um ſo entſchiedener bald

*) Man vergleiche das Morning-Chronicle, einſt das heftigſte und populärſte Blatt in Betreff der Politik gegen Frankreich, welches 1815 entſchieden gegen die Miniſter auftrat, weil ſie eine Reſtauration gegen den Willen der Franzoſen beabſichtigten, aber nach der Schlacht von Waterloo mit wahrer Begeiſterung dem Lande Glück wünſchte.

wieder hervor, als Sir Charles Napier die Convention abſchloß; Sir Charles Napier iſt ein Whig, nahm aber damals unter der Partei keine politiſche Bedeutung ein, und verfuhr ſomit in einer gewiſſen unabhängigen Stellung. Nach ſeiner Convention wurde der Beſitz Aegyptens dem Paſcha geſichert; offenbar ein Zugeſtändniß, welches mit Rückſicht auf Frankreich gegeben wurde, und welches die Möglichkeit eines Krieges entfernte, den Lord Palmerſton, im Bündniß mit den unumſchränkten Mächten des Feſtlandes, aber ſicherlich gegen den Willen der Nation und ohne Berückſichtigung der inneren Lage Englands, nicht ſehr zu ſcheuen ſchien, da er der Verantwortlichkeit und der Anklage ſehr wohl durch die angegebenen Parteirückſichten ausweichen konnte.

Die Engländer pflegen über bloßen Kriegsruhm ohne Vortheil zu ſpotten. Bald drängte ſich die Betrachtung des erlittenen Nachtheils allen Claſſen auf. Die Allianz mit Frankreich war getrennt und konnte bei der Stimmung der franzöſiſchen Nation nicht ſobald wieder eingeleitet werden; ein vortheilhafter Handelsvertrag, welcher von Frankreich ſich erwarten ließ, war vereitelt. In Betreff Aegyptens war die Sache auf dem alten Standpunkt geblieben; es wäre lächerlich geweſen, bei den bisherigen Vorfällen einen Einfluß auf Mehemet Ali zu erwarten; Lord Palmerſton hatte die Integrität und Unabhängigkeit des ottomanniſchen Reiches als Zweck ſeiner Politik dargeſtellt; allein bald ergab es ſich, daß der Beſitz von Syrien, durch engliſche Waffen der Pforte wiederum

ertheilt, für dieſelbe nutzlos war, indem ſie nicht die Mittel und den Verſtand beſaß, die Ordnung dort wiederherzuſtellen; Sir Robert Peel ſagte mit Recht, als Lord Palmerſton dieſen Zweck hervorhob: Ihr habt den Schatten eines Reiches wiederhergeſtellt und Anarchie zurückgelaſſen. Die Engländer hofften eine Vermehrung ihres Handels nach Syrien; durch die alt-türkiſche Verfahrungsweiſe, welche ſogleich wieder eintrat, ward die Verwirrung erhöht und der Handel noch mehr vermindert, wie es unter Mehemet Ali der Fall geweſen war. Die ganze Whig-Partei, während ſie den Miniſter hielt, ſchien als Zweck der Politik Palmerſton's die Verdrängung des ruſſiſchen Einfluſſes bei der Pforte, und die Erſetzung deſſelben durch den engliſchen auf Treu und Glauben aufzunehmen; bereits ſchon nach wenigen Monaten ergab ſich das Gegentheil; alle Werkzeuge Englands wurden entfernt, ſobald man die engliſche Macht zur Demüthigung Mehemet Ali's nicht mehr brauchte; eine Creatur des ruſſiſchen Geſandten, welcher ſich beſſer auf das Intriguenſpiel des Divans und auf Benutzung der alt-türkiſchen Vorurtheile, wie Lord Ponſonby verſtand, ward Großvezier und gab der ganzen Regierungspolitik eine entſprechende Richtung. Der Einfluß Großbrittanniens war bald in ſolcher Weiſe durchaus nichtig, daß ſogar dieſer Staat, welcher die Pforte zum Beſitz von Syrien verholfen hatte, die feierlich eingegangenen Verpflichtungen gegen die zum Aufſtande gegen Mehemet Ali gerufenen Bevölkerungen Syriens wenigſtens für den Augenblick

nicht einmal erfüllen konnte, obgleich die Ehre Englands gewiſſermaßen dabei eingeſezt war. Somit wurde auch der moraliſche Einfluß Englands, worauf man doch eben ſo wohl zu halten pflegt, wie auf den materiellen, durch jene Politik bei den Völkern des Orients in Frage geſtellt. Rußland war dagegen der hauptſächlich gewinnende Theil: das Spiel ſeiner Politik war gewandt, während die Leidenſchaften der anderen betheiligten Parteien ihr in die Hände arbeiteten; der Julitractat ſelbſt ging von einem ruſſiſchen Diplomaten aus und Lord Palmerſton erſchien gleichſam nur als Werkzeug in deſſen Händen. Die Trennung der zwei großen conſtitutionellen Staaten, welche offenbar auch von Oeſtreich und Preußen bezweckt war, wurde erreicht, und dadurch Gelegenheit geboten, auch das Spiel der ruſſiſchen Politik im Weſten zu befördern; Rußland ſelbſt hat nicht das geringſte Opfer, als ein zweideutiges und unausführbares Recht im Orient, darbringen müſſen, und hat auch dort ſeinen Zwecken ſich genähert; die Anarchie der Levante ward vermehrt und die Pforte in eine Lage gebracht, wo neue Verwickelungen und Verlegenheiten ſtets wieder entſtehen müſſen, denn ſie hat Provinzen erlangt, die ſie nicht zu regieren vermag; das Kalifat des Sultans hat den Einfluß auf die öffentliche Meinung der Moslem verloren, denn der Beſitz der heiligen Städte iſt ihm für immer entzogen, da er in Arabien kein einziges Bataillon haben kann; Arabien war verloren, Syrien voll Anarchie, Aegypten erſchöpft; die Heere der Moslem geſchwächt, denn vielleicht mehr als 40,000 Syrer,

Aegypter und Türken ſind ſeit 1839 umgekommen. Die europäiſche Türkei zeigte ſich bei allem alt=türkiſchen Uebermuth, bei allem Intriguenſpiel und allen Planen bis zum Aeußerſten hülflos. Wie früher in Perſien, blieb den Diplomaten Rußlands das Uebergewicht in der Türkei, welches ſie auf allen unumſchränkt monarchiſchen Höfen leicht erlangen. Kurzum, England war in jeder Hinſicht geprellt. Bald darauf kam noch Etwas hinzu, um die Britten noch mehr zu ärgern. Lord Palmerſton hat vielleicht ſelbſt erwartet, daß ſeine neue Stellung ihm Vortheile für den engliſchen Handel gewähren würde, welche ſich dem Murren der Nation entgegenhalten ließen. Dieß aber iſt nicht der Fall geweſen. Im Gegentheil, es wurde in Rußland ein ungeheurer Aufſchlag auf den bereits ſehr hohen Einfuhrzoll auf brittiſche Manufakturwaaren angeordnet, und ſomit das ruſſiſche Prohibitivſyſtem auf Koſten der Engländer noch geſteigert, ein Punkt, welcher bekanntlich Regierung und Nation am empfindlichſten verlezt.

Kaum waren die Ereigniſſe im Orient fürs Erſte geſchloſſen, ſo zeigte ſich für Großbrittannien eine andere unheilvolle Folge der Politik Palmerſton's; ein Verhältniß, welches die nothwendige Criſe im Innern beſchleunigte. Schon im December 1840 erkannte man einen Ausfall in der Staatscaſſe; damals ſuchte man den Grund deſſelben zuerſt noch allein in denjenigen Veranlaſſungen, welche durch die Regierung nicht gegeben waren, in den verminderten Poſteinnahmen und der Abnahme der Zölle durch Unterbrechung des

chineſiſchen Handels, allein bald wurden auch die Kriegskoſten für die ſiegreichen, aber erfolgloſen Operationen im Mittelmeere mit in Rechnung gebracht. Großbritannien mußte dieſelben der Hauptſache nach ganz allein tragen, ſogar bis zu dem Grade, daß die in der engliſchen Flotte und Armee gebräuchlichen Priſengelder auf die Rechnung der Staatscaſſe geſezt wurden, indem man die eroberten Kanonen u. ſ. w. der Pforte zur Verfügung geſtellt hatte. Dieß verurſachte den Miniſtern um ſo mehr Verlegenheiten, da weder die bewaffnete Macht beſonders reducirt, noch die Abgaben erhöht werden konnten, während andrerſeits eine größere Ausrüſtung nach China als nothwendig erkannt, aber deren Betreibung bei den finanziellen Verhältniſſen nicht gewagt wurde. Eine leicht zu erklärende Unruhe ward im Publikum allgemein. Die Staatspapiere begannen zu ſchwanken; ſomit kam bei der Eröffnung der Seſſion noch ein andrer Umſtand zu dem bisherigen ungünſtigen Stande, zu den Verhältniſſen der auswärtigen Politik hinzu, worüber, wie ſich erwarten ließ, die Angriffe für den Augenblick zwar beſeitigt, aber ſchwerlich auf die Dauer mit Erfolg zurückgewieſen werden konnten. Fürs Erſte ward jedoch die ganze Größe des Defizits noch geheim gehalten, bis eine allgemeine Parteiverwirrung, neue Verlegenheiten in Betreff des Unterhauſes ſelbſt, Lärm außerhalb des Parlaments und dann endlich die Unmöglichkeit, den ſchlimmen Zuſtand der Finanzen noch weiter zu verdecken, die Miniſter zwang, ihre bisherige temporiſirende Verfahrungsweiſe aufzugeben und nach einem

Mittel zu greifen, welches, früher angewandt, vielleicht noch vor der beſchriebenen Richtung der äußeren Politik, ihre Lage geſichert und befeſtigt hätte.

Die Seſſion von 1841 war für die Whig-Partei auf lange entſcheidend, und für England von höherer Wichtigkeit, wie die ganze Reihe ſeit 1837, obgleich kein beſtimmtes Geſetz erlangt wurde. Sie ward am 25. Januar mit einer ſehr bedeutungsloſen Thronrede eröffnet, welche die ſpäteren Zwecke der Regierung durchaus nicht ahnen ließ. Die Miniſter ſezten ihr früheres Verfahren weiter fort; die Auflöſung ihrer Mehrheit nahm ihren weiteren Fortgang, die radikale Partei bekümmerte ſich nicht mehr um ihr Beſtehen und die Mitglieder derſelben blieben bei den Abſtimmungen häufig fort, einerſeits aus Gleichgültigkeit, andrerſeits um bei einzelnen Fragen nicht mit den Conſervativen zuſammenzutreffen; die Conſervativen erlangten in jeder Abſtimmung größere Stärke, und es ließ ſich vorherſehen, daß dieſe Partei auch im gewöhnlichen Gange der Geſchäfte bald Gelegenheit haben würde, die Whigs zu verdrängen. Ihre Leiter verfuhren jedoch mit einer gewiſſen Vorſicht, indem ſie dießmal nicht, wie in der vergangenen Seſſion, die Criſe durch ein Votum des Hauſes über Mangel an Vertrauen zu beſchleunigen ſuchten, ſondern gewiſſermaßen dieſelbe dem Laufe der Verhältniſſe überließen, die öffentliche Meinung durch Angriffe auf die äußere Politik zu gewinnen ſich bemüheten u. ſ. w. In lezterer Hinſicht war beſonders eine Rede Sir Robert Peel's bei den Adreßdebatten bemerkenswerth, deren Hauptinhalt ſich um die

Behauptung drehete, das freundſchaftliche Verhältniß von Frankreich und England ſey durchaus nothwendig für die Wohlfahrt beider Staaten; die zur Beruhigung des Orientes getroffenen Maßregeln würden durchaus erfolglos bleiben, ſo lange Frankreich keinen beſtimmten und größeren Antheil daran nehme u. ſ. w. Dabei brachte Sir Robert Peel eine Menge Aeußerungen an, die darauf berechnet waren, den Franzoſen zu ſchmeicheln, und die ſogar in dem Munde eines Staatsmannes einiges Erſtaunen erregen konnten, welcher wenigſtens in der alten Tory-Schule ſeine Laufbahn begonnen hatte; z. B.: Niemand könne die Geſchichte der Feldzüge von 1814 und 15 unparteiiſch leſen, ohne die höchſte Bewunderung und Achtung für das Genie der Feldherrn, welche damals die franzöſiſchen Heere führten, und für die franzöſiſchen Soldaten zu empfinden, welche ſo tapfer, obgleich unglücklich kämpften. Kurzum, man ſah aus der Rede des Parteiführers deſſen Beſtreben, den günſtigen Standpunkt für die Volksſtimmung einzunehmen, welchen die Whigs freiwillig zu ihrem Schaden aufgegeben hatten, eine Politik, welche Sir Robert Peel auch ſeit dem Beginn ſeiner Regierung fortwährend ausſprach, und wodurch er ſich eben ſo ſehr befeſtigt zu haben ſcheint, wie durch einzelne ſeiner Maßregeln, welche die inneren Verhältniſſe Großbrittanniens betreffen.

Dann begannen wieder die Parteikämpfe der früheren Seſſion, obgleich anfangs mit keiner beſonderen Stärke, indem Plane und Verhältniſſe geringerer Bedeutung (über Verlagsrecht, über Juden-Emancipation)

immer dazwiſchen fielen. Stanley kam am 2. Februar wieder mit ſeiner Regiſtrationsbill; die Regierung ſezte ihr einen andern Plan entgegen und es folgte wieder daſſelbe Schwanken der Mehrheit. Zuerſt erhielt die Regierung nach einem viertägigen Wortkampf ein kleines Uebergewicht (5 Stimmen am 25. Februar); dann ruheten die heftigeren Parteikämpfe durch beiderſeitiges Uebereinkommen, wahrſcheinlich weil die Conſervativen noch nicht genugſam vorbereitet waren, um im Fall einer Criſe das Staatsruder ergreifen zu können. Mittlerweile verfolgten bereits die Radikalen ihre beſondere Zwecke, ohne ſich viel um die Whig-Regierung zu bekümmern; eine neue Motion zur Abſchaffung der Korngeſetze ward vorbereitet, indem in allen größeren Städten Bittſchriften eingeleitet und Verſammlungen durch die Anti-Corn-Law-League veranlaßt wurden; ferner ward bereits die vollkommene Reviſion und Umänderung des Steuerweſens nach dem Prinzip des freien Handels als Parteizweck ausgeſprochen; eine Beſtrebung, deren Annahme durch Sir Robert Peel 1842 deſſen Regierung gekräftigt, und ihm wenigſtens die theilweiſe Unterſtützung der Radikalen während jener Seſſion geſichert hat. Die radikale Partei hatte durch Hume, Wakeley, Ewart u. ſ. w. ſchon im vergangenen Jahre dieſe Angelegenheit aufgeregt und die Ernennung eines Unterſuchungsausſchuſſes durchgeſezt; allein die Miniſter hatten ſich nach ihrer Weiſe nicht viel um die Sache bekümmert, die Radikalen weder gehindert noch unterſtüzt, und die ganze Angelegenheit, als von geringerer Wichtigkeit, bei

Seite geſchoben. Die Sache war aber wegen des ganzen früher erwähnten Verhältniſſes der Mittelclaſſen bedeutender, wie es nach den alten Parteiverhältniſſen ſcheinen mußte. Sir Robert Peel hat dieß richtig und genug erkannt und zu ſeinem Vortheil ausgebeutet.

Am 26. April begann wieder der Parteikampf, wodurch die Conſervativen die Miniſter zu ſtürzen ſuchten, mit der iriſchen Regiſtrationsbill. Es ergab ſich bald, Irland hatte jezt, nachdem viel von O'Connel erlangt war, nachdem eine Reihe, obgleich nicht durchgreifender, doch theilweiſer Reformen dort ins Leben trat, ſeitdem endlich eine gute Verwaltung dort beſtand: ſeit dieſer Zeit hatten die Angelegenheiten Irlands nicht länger als Mittel dienen können, die britiſchen Parteien aufzuregen. Hatte ſich Irland jezt noch zu beklagen, ſo fiel die Schuld den Miniſtern eben ſo gut anheim, wie den Conſervativen, denn Erſtere hatten Nichts gethan, den Lezteren größere Conceſſionen abzutrotzen, als die Führer derſelben zu geben Willens waren. Somit hatte ſich auch der Einfluß O'Connel's auf die engliſchen Radikalen vermindert. Sie hielten ihn bereits für einen Redner, welcher in Declamationen das Haus langweile (a bore). Die engliſchen Radikalen unterſtüzten ihn wenig oder gingen bei den Abſtimmungen fort. Sein Anhang verlor ſomit auch an Wichtigkeit, um ſo mehr, da O'Connel die alte Beſtrebung über Aufhebung der Union wieder in Anregung brachte.

Für das Ausland ſind die Details jener Bill von keinem großen Intereſſe. Wie oben erwähnt, bezweckten

Lord Stanley's Vorſchläge, durch verſchiedene Formen die Zahl der Wähler zu vermindern. Hiezu gehörte neben den erwähnten auch der Plan, die Wahlberechtigung der Grafſchaftswähler nicht an den zu zahlenden Grundzins, ſondern an den wirklichen (ſchwer zu ermittelnden) Ertrag oder an unabhängiges Beſitzthum zu knüpfen, Lezteres eine Bedingung, die in Irland kaum bei dem hundertſten Theile der Grafſchaftswähler ausführbar war. Jezt brachten die Miniſter nach ihrer gewohnten Weiſe eine Conceſſion, um die Conſervativen zu beſchwichtigen; Lord Morpeth machte den Antrag, die Qualification der Wähler von 5 auf 8 Pfund zu erhöhen; allein ſogar Lord Howick fügte ſich der Veränderung nicht; die Miniſter erlitten eine Niederlage, und befanden ſich bei der Abſtimmung in der Minderheit von 12. Sie halfen ſich noch einmal mit Nachgiebigkeit; ſie erklärten, die angegebene Beſtimmung über die Grafſchaftswähler aufnehmen zu wollen; allein ihre Lage war jezt von ſolcher Art, daß ſie ſelbſt einſahen, bei dem bisherigen Verfahren ſich nicht mehr halten zu können. Eine Nachricht, die beinahe zugleich eintraf, ſchien anzudeuten, daß ſie jezt auch das Vertrauen der Wähler überall verloren und daß beſonders die Mittelclaſſen nicht länger ihrer Partei Vertrauen ſchenken würden. Walter, ein Eigenthümer der Times, ſomit durch die ſchon oft angegebene Richtung dieſes Blattes, ein Mann von beſonderer politiſcher Bedeutung, ob auch als Redner früher nicht ſehr bemerkt, bei der lezten Wahl durch Whig-Einfluß und auch durch damaliges Mißtrauen

der Mittelclaſſen aus ſeinem Parlamentsſitz verdrängt — Walter wurde durch eine Coalition der Radikalen und Conſervativen wieder gewählt, und ſomit ein Beweis gegeben, daß man gegen Sir Robert Peel, deſſen Lob jene Zeitung in jeder Nummer anſtimmte, durchaus nicht mehr das frühere Mißtrauen hege.

Die Whig-Regierung ward aus ihrer bisherigen Schwäche ſomit durch die Gewalt der äußeren Umſtände herausgeriſſen. Die ehemalige Popularität und das Vertrauen des Volkes war verloren; entſchiedenes Mißtrauen herrſchte in Betreff der äußeren Politik. In Betreff der inneren war alle Hoffnung verſchwunden; Lord John Ruſſel galt den Mittelclaſſen nicht anders als Sir Robert Peel; Lord Palmerſton ſogar als ein zweiter Caſtlereagh. Die Größe des Deficits und die Finanzverwirrung ließ ſich nicht länger geheim halten, während die Noth ſtieg und die Einnahmen ſich verminderten. Auch davon abgeſehen, ſah Jeder die Criſe voraus; es entſtand in ganz Großbritannien eine gewiſſe Aufregung; in den Sitzungen herrſchte Gedränge auf den Gallerieen; Volksmaſſen verweilten vor dem Parlamentshauſe. Ohne Zweifel hatte die Regierung ſelbſt ſeit der erwähnten Niederlage die Unmöglichkeit erkannt, ſich länger zu halten, und ihren Entſchluß gefaßt; allein die alten Bedenklichkeiten waren wieder überwiegend; die alte Mehrheit hatte ſich aufgelöst; einzelne Cabinetsmitglieder trugen aber noch immer Bedenken, Maßregeln anzunehmen, die ihnen widerſtrebten, oder welche die alte Whig-Partei gänzlich zerſprengen mußten. Eine neue

Niederlage war erforderlich, um auch jeden Zweifel über die Behauptung der bisherigen Stellung zu entfernen.

Am 29. April kam eine Clauſel der Regiſtrationsbill zur Berathung, welche die juriſtiſchen Formen über Eintragung der Wähler betraf. Lord Howick's Fraction ſonderte ſich von den Miniſtern wegen der iriſchen Angelegenheit ab; mehrere Radikale waren weggeblieben, weil ſie mit den Miniſtern nichts mehr zu thun haben wollten. Bei der Abſtimmung zeigte ſich eine Minderheit von 11. Am nächſten Tage erwartete man die Abdankung der Miniſter. Jedes Parlamentsglied war auf ſeinem Poſten. Die Miniſter hatten Berathung gehalten, über deren Ergebniß nichts bekannt war. Lord John Ruſſel erſchien und erklärte, die Miniſter würden mit einer Veränderung der Korngeſetze auftreten; es entſtand eine Aufregung, wie ſie ſeit 1831 nicht vorgekommen war. Alle Parteien waren überraſcht; ein unwillkürlicher allgemeiner Ausruf des Jubels wie des Zornes brach von beiden Seiten aus. Es war der Wendepunkt gekommen, auf welchem alle alten Parteien aufgelöst, worin die lange getroffenen Vorbereitungen zur Bildung neuer Parteizwecke ihre Wirkung äußerten. Es begann eine neue Periode, deren Ausgang für die Gegenwart ein Räthſel bleibt, eine zweite Wirkſamkeit der Parlamentsreform, nachdem die erſte mit der bisherigen Whig-Politik geſchloſſen war.

Leider kam gleich der Grund hinterher, weßhalb die Miniſter ſich zu der Maßregel entſchloſſen hatten.

Es war nicht Parteiſache, kaum die Abſicht, ihre geſunkene Popularität wieder aufzufriſchen und dadurch ihrer Partei einen neuen Haltpunkt zu verſchaffen, ſondern die bittere Nothwendigkeit. Das Deficit, wenigſtens der Hauptſache nach die Folge der im vergangenen Jahre eingeſchlagenen Richtung äußerer Politik, war die einzige Veranlaſſung. Baring legte das Budget vor, und ſomit ergab ſich der Betrag des Ausfalls um eine Million höher, als man erwartet hatte. Es beſtand nach Baring's Angabe in 1,840,000 Pfund, bald aber erhellte in den weiteren Debatten, daß 2,400,000 gedeckt werden mußten. Seit 1815 war die Zeit vorüber, wo man einen ſolchen Ausfall mit einem Staatsanlehen decken konnte; ſeit der Reform des Parlamentes konnte man eben ſo wenig zu dem ſonſt gewöhnlichen Mittel greifen, daſſelbe durch Erhöhung der Conſumtionsſteuern, oder gar derjenigen Abgaben auszugleichen, welche durch das Drängen der Mittelclaſſen abgeſchafft waren (Häuſerſteuer). Die bloße Vermuthung des erſteren drückte die Fonds herunter; die geringſte Ahnung vom Verſuche des zweiten hätte der Whig=Partei auf lange Zeit alle Hoffnung entzogen, das Staatsruder führen zu können. Im Vergleich mit früher war die Erklärung niederſchlagend; Baring bemerkte ſelbſt, der Zuſtand der Finanzen ſey ein zerrütteter; er geſtand dabei die Unmöglichkeit ein, auf die frühere Weiſe die Deckung durchzuführen. Es war die Alternative geſtellt, entweder eine Eigenthumsſteuer einzuführen, oder das Syſtem der Aus= und Einfuhrzölle zu verändern, d. h. die noch übrigen

Reſte des früher allgemein geltenden Merkantilſyſtems aufzuheben, ſo daß bei vermehrter Einfuhr von Verbrauchsartikeln die Einnahmen ſteigen mußten. Die Aufhebung der Korngeſetze ſtand hier oben an; Lord John Ruſſel erklärte, daß er einen mäßigen beſtimmten Zoll vorſchlagen werde, allein auch das hierdurch erlangte Einkommen wäre zur Deckung des Ausfalls nicht genügend geweſen; Baring erklärte es als ſeine Abſicht, die Einfuhr des fremden Bauholzes und Zuckers mit Abſchaffung der früher erwähnten Bevorzugungen von Canada und den weſtindiſchen Colonieen vorzuſchlagen. Leztere Maßregeln waren ſchon ſeit 20 Jahren erſtrebt, allein die Zuckerfrage hatte durch die Negeremancipation eine andere Wendung erlangt. Wurde die Einfuhr erlaubt, ſo konnte dieſelbe nur hauptſächlich denjenigen Zucker betreffen, welcher durch Sclavenarbeit in Braſilien, Cuba und den ſüdlichen Staaten der Union producirt wird; die Maßregel konnte ſomit als Mittel gelten, jene Staaten zur Beibehaltung der Sclaverei, als einer wohlfeileren Productionsmethode, ſo wie zur Fortdauer des Sclavenhandels überhaupt zu ermuthigen. Deßhalb enthielten die von den Miniſtern vorgebrachten Maßregeln zugleich eine zweideutige Seite, und es ließ ſich gleich anfangs erwarten, daß auch einzelne Radikale den Standpunkt höherer Politik bei der Finanzfrage nicht aufgeben würden.

Die Nachricht wirkte eben ſo im ganzen Lande, wie im Parlamente; alle Claſſen waren überraſcht. Während die Anti-Corn-Law-League die Städte in Bewegung ſezte, boten jezt die Grundbeſitzer und

Geiſtlichen alle ihre Kräfte auf, das Landvolk in ihrem Sinne zu bearbeiten, und es ergab ſich bald, daß die Conſervativen über dieſe Bevölkerung entſchieden verfügten, daß unter derſelben eben ſo große Gereiztheit für die Erhaltung der Korngeſetze und ſogar Erbitterung gegen die Städtebewohner vorherrſchend war, wie der entgegengeſezte Fall bei jenen. Die Whig-Partei aber war desorganiſirt; viele ihrer bisherigen Mitglieder ſchlugen ſich zu den Conſervativen, oder wenigſtens zur Stanley-Graham'ſchen Fraction; es ließ ſich gleich anfangs erwarten, daß die Miniſter nicht auf die Mehrheit zählen konnten.

Zuerſt begann die Verhandlung über die Zuckerzölle (am 7. Mai), indem ein Tory, Lord Sandon, um den Vorſchlag der Miniſter zu vereiteln, ein Amendement vorſchlug, welches die Zurückweiſung unter dem angegebenen Grunde bezweckte, durch die Neger-emancipation ſey zugleich die Milderung und Ausrottung der Sclaverei in andern Ländern beabſichtigt, welche durch die Maßregel zur Beibehaltung derſelben und zur Fortſetzung des Sclavenhandels ermuthigt würden. Eine andere Rückſicht hinſichtlich der Zuckerbeſitzungen kam noch hinzu; dieſe wurden aufs Neue mit Verluſt bedroht, und zwar zu einer Zeit, worin ſie ſämmtlich die Lehrlingsſchaft abkürzt, und die Negerfreiheit noch früher hatten eintreten laſſen, wie es die Parlamentsacte beſtimmte. Lezterer Umſtand konnte ausgeglichen werden; die Regierung hatte noch immer einen kleineren Differenzzoll zur Begünſtigung der weſtindiſchen Pflanzer gelaſſen, und konnte auch dieſe leicht

zufrieden ſtellen, wenn ſie ihnen directen Handel mit dem Auslande dadurch zugeſtand, daß ſie die Einfuhrzölle für fremde Waare in den weſtindiſchen Häfen verminderte. Allein bei der erſteren Rückſicht war die höhere Politik überwiegend, und ſomit traten einzelne Whigs und Radikale zur Oppoſition (Luſhington, Handley, Lord Worsley, A. Grant und ſogar O'Connel). Beiſpiellos lang waren die Debatten; an 70 Redner traten auf beiden Seiten auf; erſt am 19. Mai 3 Uhr Morgens ward die Debatte bei vollem Hauſe geſchloſſen und die Miniſter mit 317 gegen 281 geſchlagen. Lord John Ruſſel erklärte aber ſogleich, daß die Regierung mit den Vorſchlägen über die Korngeſetze fortfahren würde, daß ſie alſo nur dieſe als eine Lebensfrage betrachte, mit welcher ſie ſtehen und fallen würde. Die Regierung zögerte offenbar mit ihrem Rücktritt, um gleichſam vor dem Angeſicht der Nation die gänzliche Umänderung der Korngeſetze zum erſten Mal als Regierungsmaßregel zu vertreten, und dann mit der Berufung auf das Volk nicht länger zu zögern. Jetzt begann die Conſervativ-Partei eine neue Tactik, denn, wie es ſchien, ſuchte ſie dieſe Verhandlung wegen der ganzen dadurch bewirkten Bewegung außerhalb des Hauſes zu vermeiden. Am 27. Mai machte Sir Robert Peel den Antrag auf ein Votum über Mangel an Vertrauen und beſaß dazu ein Recht, denn ſeit längerer Zeit als ein Jahrhundert war die Praxis hergebracht, daß ſich die Miniſter nach einer ſolchen Niederlage entweder zurückziehen oder zur Parlamentsauflöſung ſchreiten mußten. Nach

fünftägigen Debatten erklärte das Haus mit der Mehrheit einer Stimme den Mangel an Vertrauen. Acht Radikale waren bei der Abſtimmung weggeblieben. Somit ward jener Plan vereitelt. Sogleich wurden Anſtalten zu neuen Wahlen getroffen, obgleich die Seſſion bei unbedeutenderen Geſchäften ſich noch bis zum 24. Juni in die Länge zog. Nach der Prorogation durch die Königin erſchien bald darauf der Befehl zur Parlamentsauflöſung in der Gazette, und die Entſcheidung, ob die Whig-Miniſter bleiben und ob jene von ihnen angekündigten Maßregeln wirklich durchführen ſollten, war ſomit dem Volke anheimgeſtellt, in ſoweit daſſelbe bei der wiedererwachten Macht der Grundariſtokratie und Geiſtlichkeit, zu deren Befeſtigung die Whigs wenigſtens indirect mitgewirkt hatten, jezt noch ſeinen Willen entſchieden äußern konnte, oder für eine Partei zu äußern entſchloſſen war, gegen welche auch die Mittelclaſſen ſchon ſeit Jahren Gleichgültigkeit oder Abneigung hegten. Die öffentliche Stimmung ließ ſich übrigens ſogleich bei aller Aufregung gegen die Korngeſetze als mißmuthig über die Regierung erkennen. Das Deficit machte überall einen unangenehmen Eindruck und ward den Whigs allgemein zur Schuld gegeben. — Auch im Auslande mußte daſſelbe einen ſonderbaren Eindruck bewirken. Als der Julitractat abgeſchloſſen und ein Krieg mit Frankreich nicht unwahrſcheinlich war, ſchien man wie vor 1815 auf engliſche Subſidien zu rechnen. Die Verwirrung, welche der verhältnißmäßig kleine Ausfall unter allen Parteien und in der ganzen inneren Lage Großbrittanniens

bewirkte, welches einſt Anlehen zu 20 bis 30 Millionen jährlich leicht erhoben hatte, um die öſtreichiſchen und andere Heere der Coalitionen gegen Frankreich zu unterſtützen: — dieſer Umſtand mußte alle Hoffnungen auf Subſidien niederſchlagen. Er gab den Beweis, daß die Vermehrung der Staatsſchuld oder außergewöhnliche im Kriege erforderliche Anſtrengungen nur bei einem ſehr populären Kampfe, worin alle Claſſen aufgeregt, nicht aber in einem ſolchen möglich ſey, den ein Cabinet oder höchſtens eine Partei beſchloſſen habe, der zum Widerwillen eines großen Theils der Nation geführt werden müßte, und welcher zu keinem für Großbrittannien beſonders vortheilhaften Reſultate führen würde. Wären die Operationen im Mittelmeer auf populärem Zwecke gerichtet geweſen, ſo hätten die Whigs niemals in Verlegenheit kommen können; in dem Fall hätten die Miniſter leicht eine andere Steuer in Vorſchlag bringen können (die Eigenthumsſteuer), welche zwar bei den Engländern nicht ſehr beliebt iſt, aber doch als ein nothwendiges Uebel im Kriege betrachtet wird (eine ſogenannte war-tax). Selbſt ein Anlehen hätte dann den öffentlichen Credit ſchwerlich bei der ſonſt nicht großen Summe herabgedrückt oder ein Sinken der Fonds bewirkt.

Mittlerweile hatten auch die übrigen auswärtigen Angelegenheiten nicht eine ſolche Richtung genommen, daß die Regierung durch beſondere Erfolge, was ſie anderſeitig verlor, wieder hätte ausgleichen können. Gegen die Chineſen wurde zwar ſiegreich gekämpft, allein die Expedition war nicht ſo geleitet, daß ein

bedeutender Schlag auszuführen war, und veranlaßte ſomit unnützes Blutvergießen und Geldverſchwendung; in Afghaniſtan hatte die Reſtauration Schah Schudſcha's eine Tyrannei zur Folge, welche den Britten ſchlimme Schläge vorbereitete; in Amerika wurden die Berührungen mit den Vereinigten Staaten immer feindlicher, und ein Krieg ſchien immer näher in jener Zeit, worin das Deficit ſchon genug Beſorgniſſe und Verwirrung erregte, ſo daß aus einem Kampfe mit Nordamerika ſich die ſchlimmſten Folgen vorherſehen ließen.

Gegen China begann eine Flotte von 12 Schiffen, worunter 2 Linienſchiffe von 74 und 2 Fregatten von 44 Kanonen die Operationen im Juni 1840 mit einer Blokade des Bocca Tigris. Elliot erließ anſtatt der Kriegserklärung eine Proclamation, worin alle Schuld der Feindſeligkeiten auf Lin und nicht auf den chineſiſchen Kaiſer geſchoben wurde, worin von der „zärtlichen Liebe der Königin von England zu den friedlichen und guten Einwohnern des Landes“ die Rede war und worin keine andere Gewaltmaßregel als die Blokade ſich ausgeſprochen fand. Das chineſiſche Reich war wenig bekannt, ſomit wurde die erſte Eroberung auf einem Punkte verſucht, der freilich durch ſeine Lage für einen See beherrſchenden Staat äußerſt lockend erſchien, der aber wegen des Clima's am wenigſten zuträglich war, wie dieß die Folge bald erwieſen hat. Es war der Tſchuſan-Archipel, am Ausfluß des Gelben Stromes durch Anſchwemmungen gebildet, für Europäer und ſogar für Seapoys durch Clima tödtlich

allein bedeutend bevölkert und in ſolcher Weiſe gelegen, daß die lebhafte Küſtenſchifffahrt der Chineſen von dort leicht unterbrochen werden konnte. Am 4. Juli erſchien die Expedition vor der größten Tſchuſan-Inſel. Die Chineſen, welche durchaus keinen Begriff von europäiſcher Kriegführung hatten, reizten am folgenden Tage gewiſſermaßen die Engländer zum Gefecht; der Strand war mit Truppen bedeckt, und eine zahlreiche Artillerie erwiederte lebhaft einen Schuß der Engländer. Sobald aber die engliſche Flotte feuerte und die Chineſen die Wirkung der europäiſchen Artillerie erkannten, lief ihr Heer im erſten Schrecken auseinander. Die Engländer landeten und trafen Anſtalten, die Hauptſtadt Ting-hae-heen zu erſtürmen, allein dieſe ward in der Nacht geräumt, und die Britten konnten, ohne einen Mann zu verlieren, die Eroberung der Inſel ausführen, wobei die Einwohner, wie betäubt, kaum die Veränderung begriffen. Bei der Inſel Amoy leiſteten übrigens die Chineſen wirklichen Widerſtand, und wichen nicht eher, als bis die Fregatte Blonde den Hauptort in Trümmer geſchoſſen hatte, ſo wie ſie auch ſpäter bei mehreren Gelegenheiten bewieſen, daß es ihnen durchaus nicht ſo ſehr an kriegeriſchem Muthe, wie an gänzlichem Geſchick fehlte, den europäiſchen Waffen zu widerſtehen, oder das geringſte Mittel zu dem Zweck ſich anzueignen. Die Eroberung zeigte ſich jedoch ohne Nutzen für England; natürlich wurde Tſchuſan als ein Hauptpunkt für die Operationen betrachtet, und eine nicht unbedeutende Beſatzung hineingelegt. Allein das tropiſche Clima im angeſchwemmten Lande

zeigte ſich eben ſo mörderiſch, wie in der unheilvollen Beſitzung Sierra Leone; bald war ein großer Theil der Truppen erkrankt oder geſtorben.

Alle, die mit den chineſiſchen Verhältniſſen näher bekannt waren (unter Andern beinahe ohne Ausnahme die indiſche Preſſe), riethen jezt zu einer Expedition auf Canton, allein Elliot hielt entweder die Macht, über die er verfügte, nicht für ſtark genug, oder zeigte, ſeinen Inſtructionen gemäß, daſſelbe Schwanken, wie die Whig-Miniſter in England; ſeine Unternehmungen beſchränkten ſich auf eine unbedeutende Expedition gegen ein Fort bei Macao, als die Chineſen die dorthin zurückgekehrten Engländer aufheben wollten (19. September). 180 Seapoys, 120 Engländer und 80 Matroſen nahmen ein von 2000 Chineſen vertheidigtes Fort, ſprengten es in die Luft und vernagelten die chineſiſche Artillerie, nachdem freilich 2 Briggs vorher mit ihrer Artillerie die Chineſen in Schrecken geſezt hatten. Mittlerweile wurde Opium in Maſſen verkauft. — Capitän Elliot begab ſich darauf mit dem ganzen Geſchwader an die Mündung des Gelben Stromes, und ließ ſich, ungeachtet aller Widerrede, in eine Unterhandlung ein, wobei ihn die chineſiſchen Beamten mit der größten Zuvorkommenheit bewirtheten, und ſeine Leichtgläubigkeit durch die mannigfachſten Hoffnungen erregten. Die indiſche Preſſe ſagte gleich anfangs allgemein, dieß Meiſterſtück von Elliot's Politik werde als eine Verehrung von der chineſiſchen Regierung verkündet werden, welche ihr von den

Barbaren zu Theil geworden ſey, und die Verhandlung werde ſchwerlich zu einem Reſultate führen. So geſchah es; bald wurde ein kaiſerliches Edict den Engländern bekannt, worin die Demuth und Unterwürfigkeit der Barbaren gerühmt war und die Engländer wieder die nicht verdiente Erlaubniß, nach Canton zu kommen, aus Gnade erhielten u. ſ. w. Wie es ſcheint, waren übrigens die Inſtructionen der Whig-Regierung über die Bedingungen der Unterhandlung ungefähr dieſelben, wie ſie nachher Sir Robert Peel gegeben hat; vielleicht hätte auch der Krieg ſogleich beendet werden können, wenn eine gehörige Streitmacht zuſammen geweſen wäre, und wenn die Inſtructionen an Elliot dahin gelautet hätten, vor den Unterhandlungen einen ſchreckenerregenden Schlag auszuführen. Dieß aber war nicht der Fall. Uebrigens ging die mit Unterhandlungen zugebrachte Zeit doch nicht ganz verloren. Die Engländer unterſuchten von Tſchuſan aus die ganze Küſte, die Mündung der Flüſſe u. ſ. w., kurzum, ſie erwarben ſich für ſpätere Unternehmungen eine nützliche Kenntniß.

Zulezt merkte Elliot, daß man ihn allein hinhalten wollte; ſomit begann er eine Unternehmung gegen zwei Forts am Bocca Tigris (9. Januar) mit 900 Mann Truppen und 400 Matroſen. Drei Kriegsſchiffe begannen, wie gewöhnlich, die von den Chineſen lebhaft erwiederte Kanonade; allein die Geſchütze derſelben wurden bald zum Schweigen gebracht, die Forts ein Trümmerhaufen. Der Kampf bot zum erſten

Mal ein ernſtliches Gefecht, denn die Chineſen, beſonders die tartariſchen Truppen, fochten mit Erbitterung, allein ſie vermogten nichts gegen die europäiſchen Waffen mit Seitengewehren, Lanzen und Luntenflinten; ihre Artillerie war ſo ſchlecht, daß die wenigſten ihrer Schüſſe trafen, oder ihre Kanonen im Anfange des Gefechtes zerſprangen; nach der Einnahme fanden die Engländer nur einige alte ſpaniſche Geſchütze, die den Namen verdienten. Die Ungeſchicklichkeit der Chineſen im Gebrauch der Waffen ergab ſich ſchon aus dem Umſtande, daß Verwirrung unter ihnen entſtand, als ſie ſich mit ihren Luntengewehren die weiten baumwollenen Kleider einander anzündeten. Kurzum, es ergab ſich dieſelbe Erſcheinung, welche die Spanier von ihren Eroberungskriegen in Amerika erzählen, und die man ihnen nicht glauben würde, wenn die Engländer in Indien ſeit Clive nicht unzählige Male dieſelbe Erfahrung gemacht hätten. Die Engländer zählten 3 Todte und 25 Verwundete, der Verluſt der Chineſen betrug wenigſtens 1200 Mann. — Eine Maſſe von chineſiſchen Kriegsjunken wollte ſich an die engliſche Flotte wagen: die erſte geworfene Rakete ſprengte eine Junke in die Luft, die übrigen flohen, 18 wurden verbrannt. Schwerlich konnte den Chineſen eine derbere Lehre vom engliſchen Uebergewicht gegeben werden.

Nun aber ließ der chineſiſche Commiſſär Keſchen Elliot einen Vergleich anbieten. Elliot war thöricht genug, ſich anführen zu laſſen (ſo erklärte wenigſtens gleich anfangs die brittiſch-indiſche Preſſe), anſtatt

ſeine Vortheile weiter zu verfolgen und den Schrecken zu vermehren. Er ging eine ſonderbare Convention ein (10. Januar), wonach die Entſchädigungsſumme nur auf 6 Millionen Dollars fixirt und den Britten die Inſel Hong-Kong zum Depot überlaſſen werden ſollte. Die Summe war nicht einmal genügend für das ausgelieferte Opium; die Inſel Hong-Kong, deren Beſitz allerdings England von hoher Wichtigkeit geweſen wäre, ward ihnen allein als Depot eingeräumt, indem ſogar die Chineſen noch Anſprüche auf die Zölle machten. Ueber die Einfuhrzölle und über andere Beſchwerden der Engländer war Nichts ſtipulirt, eben ſo wenig über eine geregelte diplomatiſche Communication. Der Tractat ward einſtimmig von der indiſch-brittiſchen Preſſe verdammt; man hielt denſelben allein für eine neue Betrügerei der Chineſen, um Zeit zu gewinnen u. ſ. w. Die Meinung äußerte natürlich Rückwirkung auf England; man war auch dort damit unzufrieden. Lord John Ruſſel erklärte ſich im Unterhauſe (am 6. Mai) dagegen, indem er auch zugleich daran zweifelte, ob die chineſiſche Regierung ihn beſtätigen würde. Unter dieſen Verhältniſſen mußte Elliot abberufen werden; ſein Nachfolger ward Sir Henry Pottinger, der auch ſpäter die Sache zu Ende gebracht hat, obgleich er ſich noch einmal von den Chineſen betrügen ließ. Uebrigens war die Verzögerung des entſcheidenden Schlages und der Beendigung der Zwiſtigkeit von ſchädlichen Folgen für England ſelbſt; ſo lange der Krieg in China nicht beendet war, ließ

ſich nicht im Geringſten hoffen, daß ſich die ſchlimme Lage der Handelsclaſſen verbeſſern würde.

Ueber die Beſtätigung des Präliminarvertrages kam aber aus Peking keine Antwort. Elliot hatte Tſchuſan den Chineſen zurückgeben laſſen, nachdem dort verhältnißmäßig mehr Menſchen durch Krankheit untergegangen waren, als im ganzen Feldzuge durch den Feind; als er bis zum 19. Februar auf Antwort gewartet hatte, kam er zur Erkenntniß, daß er betrogen ſey, und nahm dann die Operationen wieder auf, die er gleich anfangs, wie man ihm zum Vorwurf machte, nicht hätte unterbrechen ſollen. Am 25. griff Elliot die übrigen Forts (an Zahl 30 mit 300 Kanonen) an dem Bocca Tigris an und nahm ſie eben ſo leicht, wie die beiden erſten. Die chineſiſche Flotille wurde gänzlich zerſtreut oder verſenkt; keine einzige Verſchanzung war haltbar, obgleich die Chineſen auf einigen Punkten ſich mit ziemlicher Hartnäckigkeit wehrten. Der Verluſt derſelben war wiederum eben ſo unverhältnißmäßig wie früher an Todten; dießmal machten die Engländer ohnedem mehr als 1000 Gefangene. In Canton, einer Stadt von einer Million Einwohner, herrſchte die größte Verwirrung; der Commiſſär Keſchen, welcher mit den Engländern unterhandelt hatte, war abgeſezt, andere höhere Beamte nicht gegenwärtig. Elliot ſcheint einiges Bedenken getragen zu haben, mit der allerdings nicht großen Macht eine ſolche Stadt anzugreifen, vielleicht in der Beſorgniß eines Volksaufruhrs, wobei zugleich alles Eigenthum derjenigen Chineſen

auf dem Spiele geſtanden hätte, womit die Engländer ſonſt Verkehr zu treiben pflegten. Er hatte bereits die Wiedereröffnung des Handels proclamiren laſſen und wollte unterhandeln, allein die Chineſen feuerten auf den engliſchen Parlamentär. Somit mußten die Engländer ihre Operationen (am 18. März) wieder beginnen, welche dießmal eine größere Flottenabtheilung nicht einmal unterſtüzte; nach dritteh albſtündigem Kampf waren alle Forts vor der Stadt genommen oder zerſtört, die brittiſche Factorei beſezt und die Flußarme, welche zur Stadt führten, von den engliſchen Kanonen beherrſcht. Elliot machte nach ſeiner Weiſe wiederum Halt, um zu unterhandeln. — Es trat eine Waffenruhe ein, worin ſogar der Handel wieder begann. Elliot wartete auf Antwort von Peking; unterdeß wurden aber immer mehr chineſiſche Verſtärkungen in Canton zuſammengezogen; und die Chineſen begannen am 21. Mai die Feindſeligkeiten mit einem Verſuche, durch Brander engliſche Schiffe zu zerſtören. Nach einer Recognoscirung, worin die Natur des Terrains durchaus erkannt war, wurde am 24. die Landung von 2277 Mann mit 13 Geſchützen und 152 Brandraketen ohne Schwierigkeit ausgeführt, die Höhen vor der Stadt beſezt und nach einem kurzen Angriff zwei Vorwerke dicht vor der Stadtmauer genommen. Alsdann griffen die Engländer ein chineſiſches Lager an, nahmen daſſelbe im erſten Anlauf und zerſtörten die dortigen Gebäude und Magazine. Nun traten die gewöhnlichen Verzögerungen wieder

ein; die Chineſen wollten unterhandeln und Elliot zeigte ſich bereitwillig; der Befehlshaber der engliſchen Truppen (Gough) merkte jedoch, daß der Feind nur Zeit zu gewinnen ſuche, traf Vorbereitungen zum Sturm, und erhielt zu ſeinem Aerger von Elliot den Befehl, einzuhalten, als er denſelben auszuführen im Begriff war. Während Elliot auf dieſe Weiſe geneckt wurde, ſammelten ſich chineſiſche Heerhaufen im Rücken Gough's und begannen aufs Neue die Feindſeligkeiten. Dießmal war das Gefecht ernſthaft; die Engländer erlitten einigen Verluſt und mußten ſogar im Handgemenge kämpfen; allein die Artillerie und Raketen ſprengten die feindlichen Haufen auseinander; zugleich operirten einige Kriegsſchiffe auf der andern Seite und Gough drohete den chineſiſchen Behörden mit ſolchem Ernſt, daß dieſe endlich eine Capitulation eingingen und die Erfüllung ſogleich begannen. 17,000 tartariſche Truppen räumten Canton, und nur die zur Erhaltung der Ruhe nöthigen Provinzialſoldaten blieben zurück; die Stadt übernahm ein Löſegeld von 6 Millionen Dollars und bezahlte 1 Million auf der Stelle. Würde die Summe nicht in 6 Wochen abbezahlt, ſo ſtieg der Betrag und die Feindſeligkeiten ſollten wieder beginnen. Andrerſeits wurde die Stadt zum Schadenerſatz für Plünderungen engliſchen Eigenthums verurtheilt u. ſ. w. So lange der erſte Schrecken dauerte, hielten ſich die Chineſen ruhig und bezahlten die verlangte Summe, bis zum 5. Juni; allein gleich darauf erhielten die Engländer wiederum

Beweiſe, daß Feindſeligkeiten im Werke ſeyen, daß die bisherige Verfahrungsweiſe mit Unterhandeln und theilweiſen immer wieder unterbrochenen Schlägen zu Nichts helfe, und daß ſchwerlich ohne ernſtliche Expedition ein Reſultat erreicht werde. Die indiſche Preſſe aber ſchmähete wieder über Elliot, daß er eine Capitulation im Augenblick einging, wo Canton in ſeiner Gewalt war, und Elliot wurde in Brittiſch-Indien eben ſo das allgemeine Ziel von Angriffen und Spöttereien, wie Lord Palmerſton in Großbrittannien. — Die vollkommene Unmöglichkeit, worin ſich die Chineſen befanden, den Britten Widerſtand zu leiſten, war zur Genüge erwieſen, und konnte ſchon aus dem einzigen Punkte erhellen, daß ſie an 800 Kanonen vor Canton verloren, welche freilich von den Engländern eben ſo wenig gebraucht werden konnten. Dagegen machte einen komiſchen Gegenſatz das Selbſtvertrauen der chineſiſchen Regierung; in pomphaften Proclamationen wurden Siege verkündet, die Ausrottung der Engländer befohlen und vorhergeſagt, Preiſe auf die Vernichtung der engliſchen Linienſchiffe und auf Einlieferung der engliſchen Befehlshaber ausgeſezt u. ſ. w. Der Kaiſer ließ Keſchen in Ketten nach Peking abführen, weil er ſich herabgewürdigt, mit dem engliſchen Bevollmächtigten eine Zuſammenkunft zu halten u. ſ. w. Die Chineſen droheten mit der Verfertigung ungeheurer Kanonen, deren Kugeln mehrere engliſche Schiffe auf einmal in Grund ſchießen ſollten; eine Drohung, worüber die Engländer natürlich lachten u. ſ. w. Nichts deſto

weniger bot Elliot's halbes Verfahren eine bedenkliche Seite; während der Operationen hatten die Engländer wohl bemerkt, daß es den Chineſen zwar an aller Fähigkeit, der europäiſchen Kriegskunſt zu widerſtehen, aber doch nicht ganz an kriegeriſchem Muthe fehle, ſo daß ſie durch eine längere Dauer des ſchwach geführten Krieges, eine beſſere Widerſtandsmethode allmälig hätten lernen, und wenn auch immer unterliegend, dennoch immer größere Kraftäußerungen für England nothwendig machen könnten. Dieß wurde jedoch durch Sir Henry Pottinger verhindert, der unmittelbar nach ſeinem Auftreten kräftiger verfuhr, und wenn auch noch einmal angeführt, weder in halbe Maßregeln ſich einließ, noch wie Elliot, die Operationen langſam und oft unterbrochen ausführte.

Eben ſo wenig wie die Nachrichten aus China den Whig-Miniſtern beſonderen Vortheil in der öffentlichen Meinung ertheilen konnten, galt daſſelbe von Afghaniſtan; der Thron Schudſcha's war auch nach der Gefangennehmung Doſt Mohamed's noch lange nicht geſichert, ſondern die Reſtauration hatte ſich als eine Veranlaſſung immerwährender Unruhen ergeben, zu deren Unterdrückung engliſches Blut und Gold nutzlos verſchwendet wurden. Man begann nach jeder Nachricht eines Aufſtandes gegen den Schützling der Engländer allmälig einzuſehen, daß Lord Auckland eine Sache gewiſſermaßen verbürgt hatte, deren Behauptung mit jedem Jahre mehr in Frage geſtellt wurde. Schudſcha zeigte ſich gegen ſeine Unterthanen

als ein treuloſer und gewaltthätiger Tyrann, ſo daß die Engländer zu verſchiedenen Malen genöthigt waren, ſeine Neigung zu despotiſchem Verfahren zurückzuhalten, ſo daß ſie ſelbſt bei dieſem dadurch eben ſo verhaßt wurden, wie bei den Unterthanen, denen ſie den Fürſten aufgedrungen hatten. Man erkannte bereits die Unmöglichkeit, den Plan von Burnes und Lord Auckland jemals auszuführen, welcher in Afghaniſtan eine Vormauer gegen die möglichen Angriffe einer fremden Macht auf Indien zu errichten hoffte. Alle Claſſen und Bevölkerungen waren gleicher Weiſe bereits gegen England erbittert, und es wurde der Schlag durch die allgemeine Stimmung vorbereitet, welcher bald den Engländern eine beiſpielloſe Niederlage erwirkte. Hievon hatte man aber wenigſtens in England keine Ahnung, denn die Britten, an ihr Uebergewicht gewöhnt, konnten keine Niederlage vermuthen, wie ſie bisher von Aſiaten noch nicht erlitten wurde, und welche der frühere, nicht ſehr ſchwierige Feldzug auch nicht anzudeuten ſchien.

In Amerika wurde das Verhältniß zur Union immer mißlicher; die Streitigkeiten häuften ſich mit jedem Jahre, theils durch die Schuld Lord Palmerſton's; in der Demokratie dieſer Republik nahm der öffentliche Geiſt mit **1841** eine Richtung, welche vielleicht die Verhinderung eines ſpäteren Zuſammentreffens unmöglich gemacht hat. Die alten Streitpunkte blieben in der Schwebe; ſowohl über die Vernichtung des Dampfſchiffes Carolina gab die engliſche Regierung

keine Genugthuung, noch zeigten die Whigs die geringſte Nachgiebigkeit in Betreff der Grenzſtreitigkeit. Hinſichtlich der lezteren, ſo war nach dem vorhin dargelegten Stande der Dinge das Verhältniß von ſolcher Art, daß beide Theile in ihren Anſprüchen nachgeben mußten, ſollte Billigkeit bei der Ausgleichung vorherrſchen, denn kein Theil hatte bei Abſchließung des Vertrages das Land gekannt; auch war die Unionsregierung von Anfang an nicht abgeneigt, jene Enclave aufzugeben, welche den Engländern am meiſten bei den Unterhandlungen böſes Blut verurſachen mußte, allein eben ſo wenig konnte Großbrittannien vorausſetzen, daß die Demokratie des amerikaniſchen Volkes aller Vortheile ſich begeben würde, die ihr der Buchſtabe des Vertrages von 1783 einräumte. Abgeſehen vom materiellen Vortheil, der nur einen Staat (Maine) betraf, war die Sache durch Lord Palmerſton's Hartnäckigkeit in dieſer Hinſicht zur Nationalangelegenheit geworden, woran die amerikaniſchen Whigs, ungeachtet ihrer ſonſtigen Neigung zu England, eben ſo feſthielten, wie die demokratiſche Partei; das Verfahren der engliſchen Regierung in Betreff des Dampfſchiffes Carolina war vielleicht noch unbeſonnener. Im Anfang hätte ſich die Sache leicht durch eine begütigende Erklärung oder durch eine Genugthuung in Worten beilegen laſſen; die Unterlaſſung derſelben von Seiten Lord Palmerſton's iſt aber um ſo unerklärlicher, da die Verletzung des Völkerrechts ganz offenbar dalag und ſich nicht beſchönigen ließ, da ferner

die Unionsregierung, ſo weit es in den Verhältniſſen lag, ihrerſeits das Völkerrecht aufrecht erhielt, und ungeachtet der ſchwebenden Streitfragen die engliſche Regierung von Canada in jeder Weiſe bei der Unterdrückung geſetzloſer Angriffe von ihren Grenzen unterſtüzte. Der amerikaniſchen Demokratie galt unter dieſen Verhältniſſen das Ereigniß als eine Beleidigung, deren Gefühl noch tiefer wurzelte, wie die bei politiſch-materiellen Streitigkeiten aufgeregte Parteileidenſchaft.

Bei dieſer Stimmung in den Vereinigten Staaten war der Vice-Sheriff eines Diſtrictes in Ober-Canada (Mac-Leod) auf dem Gebiete des Staates New-York als ein Theilnehmer an jener Zerſtörung verhaftet worden und die Behörden des Staates hatten deſſen Proceß wegen Mord und Brandſtiftung eingeleitet. Der britiſche Geſandte in Waſhington verlangte ſogleich, als er die Nachricht erhielt, deſſen Freilaſſung, und ſprach dabei die Anſicht aus, welche, als ſeinen Inſtructionen gemäß, zugleich als die Anſicht Lord Palmerſton's von der Sache galt: die Carolina ſey ein Piratenſchiff geweſen, und der Ort, wo die Zerſtörung ſtattgefunden, habe gar nicht zur Jurisdiction der Vereinigten Staaten gehört (!). Dieſe dem Congreß bald darauf vorgelegte Erklärung erhöhete den Aerger in den Vereinigten Staaten; im Congreß zeigte ſich die Mehrheit England feindlich, und der Präſident lehnte beſtimmt das Verlangen ab. Andrerſeits erklärte bereits der Staat New-York, ſelbſt im Fall der Präſident die Freigebung Mac-Leods decretire, werde er mit dem

Proceſſe fortfahren, denn das Verbrechen ſey auf ſeinem Boden begangen und falle ſomit nicht in den Bereich der Centralgewalt. Mac-Leod hatte Bürgſchaft für ſeine Freigebung geſtellt, allein dieſe wurde nicht angenommen. Der Proceß zog ſich übrigens in die Länge, zuerſt wegen Formfehler, dann wegen Herbeiſchaffung der Zeugen. Unterdeß waren von England Schritte geſchehen, um eine wirklich feindliche Stellung einzuleiten. Zuerſt wurde in Canada ein Beamter der Vereinigten Staaten als Repreſſalie verhaftet, dann übergab der brittiſche Geſandte eine Note, worin die Vernichtung der Carolina von der brittiſchen Regierung förmlich vertreten und ſomit die Sache zu einer Angelegenheit wurde, auf deren Entſcheidung Krieg und Frieden beruhete. Der Miniſter des Auswärtigen (Webſter) erließ hierauf an den brittiſchen Geſandten und die öffentlichen Behörden von New-York ein dem Congreſſe mitgetheiltes Document, worin bereits die Möglichkeit des Krieges offiziell ausgeſprochen war. Es hieß darin, die Handlung ſey durch die Uebernahme der Verantwortlichkeit von Seiten der brittiſchen Regierung ein Nationalact geworden, welcher Repreſſalien und einen offenen Krieg veranlaſſen könne, wenn die Regierung der Vereinigten Staaten in dem Urtheil, welches ſie ſich über die Sache bilde, dadurch entſcheiden zu können glaube. Der Präſident ſey der Meinung, die amerikaniſche Nation zweifle nicht an ihrer Fähigkeit, einen öffentlichen Schimpf durch öffentliche Mittel zu rächen u. ſ. w.

Es ward zwar zugeſtanden, Mac-Leod's Sache habe jezt eine andre Wendung erlangt, allein der Verhaftete könne nur durch Mitwirkung der Lokalgerichte, die ihn verhaften ließen, wieder in Freiheit geſezt werden. — Noch beſtimmter ſprach ein vom Repräſentantenhauſe gebilligter Commiſſionsbericht deſſelben. Es hieß darin, die Verbrennung der Carolina ſey offene Gewaltthätigkeit, die ſich kein Staat gefallen laſſen dürfe, Großbrittannien zeige in allen Beziehungen eine Anmaßung, welche kein freies Volk dulden könne u. ſ. w.

Wie erwähnt, zog ſich der Proceß in die Länge; Mac-Leod leugnete, bewies auch ſeine Nichtheilnahme an der Neutralitätsverletzung und ward ſomit auch ohne große Schwierigkeit im October freigeſprochen. Die Hauptſache aber blieb ſchwebend und hatte durch Lord Palmerſton's Erklärungen eine ſolche Wendung erhalten, daß auch deſſen Nachfolger, ohne England zu vergeben, die öffentlich gegebene Aeußerung nicht gut zurücknehmen konnten.

Ein dritter Punkt kam hinzu, die alten Anſprüche Englands auf das Durchſuchungsrecht fremder Schiffe auf offener See, durch die engliſche Bewachung der afrikaniſchen Küſte wegen des Sclavenhandels wieder in Anregung gebracht, von Lord Palmerſton aber offenbar benuzt, um die Angriffe auf ſeine äußere Politik durch ein bedeutendes Reſultat zum Schweigen zu bringen, welches durch das Bündniß mit den unumſchränkt-monarchiſchen Großmächten des Feſtlandes

erlangt wäre. Das Durchſuchungsrecht fremder Schiffe nach einer Blokade-Erklärung durch England in Betreff einer beſtimmten Küſte gilt bekanntlich als eine Bedingung der brittiſchen Seeherrſchaft, welche England durch Waffen wie durch Unterhandlungen ſtets behauptet hat, und zwar in ſolcher Art, daß ſogar die offene See im gemeinen Recht als ein Theil der brittiſchen Beſitzungen wenigſtens von einem großen Theile der brittiſchen Juriſten (z. B. ſchon von Selden unter der Eliſabeth, dann von Blackſtone ꝛc.) angenommen wird. Die Zwecke, zu denen das Durchſuchungsrecht in Anſpruch genommen wird, waren oft Zerſtörung des Zwiſchenhandels neutraler Nationen mit Staaten, wogegen Großbrittannien im Kriege lag, oft der Vorwand, Deſerteure der brittiſchen Flotte auf fremden Schiffen aufzuſuchen, endlich nach dem Verbot des Sclavenhandels an der afrikaniſchen Weſtküſte die Beſchlagnahme von Sclavenſchiffen. Lezterer Zweck ward nach 1815 allein von der brittiſchen Regierung geltend gemacht, ſeitdem zu den anderen beiden keine Gelegenheit oder kein Bedürfniß im allgemeinen Frieden nothwendig war. Lord Palmerſton hatte zu dem Zweck 1831 und 33 Verträge mit Frankreich abgeſchloſſen, welche lezterer Staat wahrſcheinlich zu keiner andern Zeit, als beim vollkommenſten Einverſtändniß beider in der allgemeinen Politik, jemals zugeſtanden haben würde, denn Frankreich, als einer der mächtigeren Seeſtaaten, hat das Recht der neutralen Flagge ſtets in derſelben Weiſe behauptet, wie andere ſchwächere, welche zu verſchiedenen

Zeiten jenen Anſprüchen der Engländer ſich widerſezten, jedoch jedesmal mit geringem Erfolge. Die nordamerikaniſchen Freiſtaaten haben allein die Selbſtſtändigkeit ihrer Flagge mit Glück behauptet und haben auch den Anſpruch der Engländer auf Durchſuchung ihrer Schiffe mit Erfolg ſeit **1841** zurückgewieſen.

Das Durchſuchungsrecht in aller Ausdehnung war noch nie von irgend einer engliſchen Partei beſtimmt aufgegeben worden und Widerſtand gegen daſſelbe erſchien oft genug in Großbrittannien, als eine vollkommen zu rechtfertigende Urſache eines Krieges, z. B. bei der ſogenannten bewaffneten Neutralität und hinſichtlich Nordamerika's im Jahre **1812**. Eben in Betreff des lezteren Staates hatte es eine um ſo größere Bedeutung, da es gleichſam eine Bedingung bildet, unter welcher die engliſche Flotte in Zeiten eines Krieges vollſtändig bemannt werden kann. Die nordamerikaniſche Kriegs- und Handelsflotte iſt zugleich von einem bedeutenden Theile von Matroſen aus Großbrittannien oder wenigſtens aus den Colonieen bemannt, einerſeits weil das Avancement leichter, andrerſeits weil die Soldzahlung und Verpflegung beſſer und reichlicher iſt, wie auf den brittiſchen Schiffen. Ein brittiſches Geſetz erheiſcht aber, daß die Rechte und Pflichten eines Unterthans nie verloren gehen, ſogar wenn das Bürgerrecht von demſelben in einem fremden Staate erworben wurde; ferner macht der Staat im Nothfall Anſprüche auf die Dienſte eines Jeden, welcher durch frühere Lebensart zum Dienſte auf der Flotte tüchtig iſt (durch

die ſogenannte Matroſenpreſſe). Allen dieſen Verhältniſſen gemäß ward das Unterſuchungsrecht nicht allein auf brittiſche Kauffahrer, ſondern auch oft auf fremde, beſonders auf amerikaniſche ausgeübt. Brittiſche Unterthanen wurden von den amerikaniſchen Schiffen auf die brittiſche Flotte gebracht, oft genug nordamerikaniſche Bürger, die entweder, von brittiſcher Geburt, das nordamerikaniſche Bürgerrecht erworben hatten, oder ſogar Seeleute durch Geburt Bürger der Vereinigten Staaten. Bei einem Volke von derſelben Abſtammung und derſelben Sprache iſt natürlich die Unterſcheidung im einzelnen Falle ſchwierig; dieß galt als Entſchuldigungsgrund bei unzähligen Mißgriffen, die um ſo gewöhnlicher wurden, da die Entſcheidung beim Anhalten eines Schiffes allein von den brittiſchen Seeoffizieren abhing. Waren Nordamerikaner einmal gepreßt, ſo war es bei den Disciplinarverhältniſſen der Kriegsflotte für dieſelben höchſt ſchwierig, ſich Recht zu verſchaffen; oft nur zeigte ſich erſt nach der Zeit von 4 Jahren für ſie die Möglichkeit, ſich von dem gezwungenen Dienſte zu befreien. Die Erbitterung, welche in der Union darüber entſtand, veranlaßte zuerſt zahlreiche Reclamationen, eine allgemeine Aufregung und endlich, als England nicht nachgab, den Krieg ſeit 1812. Nach den damals dem Congreſſe vorgelegten Papieren waren 4000 nordamerikaniſche Bürger auf die brittiſche Flotte gepreßt, und wurden theilweiſe ſogar auf Schiffe gebracht, welche im Kriege gegen Nordamerika kämpften.

Der Ausgang des Krieges erwies den Engländern, daß die Union damals mit 6 Millionen Einwohnern ihren Anſprüchen allerdings widerſtehen könnte. Ihre Angriffe ins Innere der Union, anfangs glücklich, blieben ohne Reſultat, eben ſo wie ihre Seeoperationen und ihre Verſuche, durch einen Indianerkrieg eine gefährliche Diverſion zu machen. Die eroberten Punkte waren nicht haltbar; zulezt erlitt ein engliſches Landungscorps eine Niederlage, wie ſie bei der vollkommenſten Unordnung des geſchlagenen Heeres in engliſcher Kriegsgeſchichte ſeit langer Zeit unerhört war, bis auf die neueſten Ereigniſſe in Afghaniſtan. In Operationen zur See waren die Engländer ebenfalls nicht glücklich; ſie verloren ein Seegefecht im Geſchwader (auf einem der Binnenſeen) und drei Fregatten, während die Nordamerikaner nur Eine einbüßten. Somit ergab ſich die Folge, daß die Seeherrſchaft der Britten und das Uebergewicht ihrer Macht wenigſtens gegen einen Staat nicht unbedingt gelten konnte. Nordamerika vereinigte alle Elemente, welche Englands Größe ſchufen, eine energiſche und thätige Bevölkerung, durch politiſche Freiheit gekräftigt, zur Schifffahrt ausgebildet, und in dieſer noch verwegener ſogar, wie die Engländer. — Nach dem Kampf einiger Jahre, der die Unmöglichkeit erwies, den jungen Staat zu erdrücken, gaben die Engländer die Urſache des Krieges, das Durchſuchungsrecht auf, jedoch nur für den Augenblick, weil ſie es im Frieden nicht länger brauchten; die Amerikaner drangen nicht auf die ausdrückliche Abſchaffung,

allein ihre Bevollmächtigte in Gent erklärten gleich anfangs, daß ihr Staat es unter keiner Form ſich würde gefallen laſſen.

Somit war es ein kitzlicher Punkt, als Lord Palmerſton das Durchſuchungsrecht der Britten gegen Ende 1840 wieder hervorſuchte, und in ſeinen Erklärungen an den Präſidenten daſſelbe für einen Punkt in Anſpruch nahm, für die Schiffe, welche an der Weſtküſte Afrika's ſegelten. Es läßt ſich nicht ableugnen, daß er einiges Recht für ſich hatte, denn es war ziemlich gewiß, daß einzelne amerikaniſche Schiffe am Sclavenhandel betheiligt geweſen waren, und daß lezterer hiebei durch die amerikaniſche Flagge geſchüzt wurde; allein andrerſeits war der Widerſtand gegen den Anſpruch Großbrittanniens auf die Unterſuchung aller von Afrika ſegelnden Schiffe, wie aus dem Erwähnten erhellt, eine Lebensfrage für die Republik; ward in dem einen Punkt nachgegeben, ſo ließ ſich für die Zukunft eine weitere Forderung erwarten, wobei Großbrittannien mit ſeinen alten Anſprüchen hervortreten würde. Selbſt im Fall Lezteres nicht ſtattfände, ſo war durch früheren gewaltthätigen Mißbrauch auf immer Verdacht erweckt, und dadurch für die Zukunft alle Möglichkeit abgeſchnitten, jenes vermeintliche Recht unter irgend einem Vorwande wieder in Ausübung zu bringen. Nordamerika trat auf als Vertreter der Freiheit auf den Meeren; nach den erwähnten Umſtänden hatte ohnedem dieſer Staat dazu größere Veranlaſſung, als irgend ein anderer; denn

bei keinem könnte das von den Engländern in Anſpruch genommene Durchſuchungsrecht zu ähnlichen Folgen führen.

Was Frankreich betrifft, ſo glaubte man in Nordamerika, daß jene erwähnten Verträge von 1831 und 33 einige Male zum Schaden des franzöſiſchen Handels am Senegal abſichtlich durch engliſche Kreuzer benuzt wären. Ferner waren einige Brutalitäten engliſcher Seeoffiziere bei der Durchſuchung bekannt geworden, welche in Frankreich einen peinlichen Eindruck hervorbrachten, deren Kunde ferner in Nordamerika durch die Zeitungen verbreitet, alle Parteien um ſo mehr in dem Willen beſtärkte, das Durchſuchungsrecht nicht zu leiden. Somit kam ein neuer Verdachtgrund hinzu, um bei der vorherrſchenden Stimmung einen entſchiedenen Willen bei allen Parteien zu bewirken. Intereſſe kam mit ins Spiel. Die Amerikaner, auf allen Meeren, wenigſtens im Transporthandel, Nebenbuhler der Britten, und ohnedem im Beſitz einer Colonie an der afrikaniſchen Weſtküſte (Liberia), womit kein unbedeutender Verkehr ſtattfindet, erblickten in den Anſprüchen Englands ein Mittel, ihren Handel durch Verzögerung der Fahrt u. ſ. w. zu beſchränken. Alle Parteien waren Eins.

Jener erneute Anſpruch auf das Durchſuchungsrecht bot ſomit den ſchlimmſten Punkt bei allen Streitigkeiten, welche in der Schwebe waren, bedeutungsvoller wie die Grenzfrage und die Angelegenheit Mac-Leods und der Carolina; die ganze Preſſe, die

Geſetzgebungen der einzelnen Staaten, endlich die Behörden der Union waren einſtimmig. Lord Palmerſton verlangte nachdrücklich das Recht der Viſitation, um ſo mehr, da der Sclavenhandel nach amerikaniſchem Geſetz für Seeraub erklärt ſey; der Präſident erwiederte: die Engländer mögten Sclavenſchiffe kapern, allein Er (der Präſident) werde zum Schutz der Handelsfahrzeuge eine Flotille an die afrikaniſche Küſte ſchicken; mit andern Worten, er gab die Erklärung, daß die Durchſuchung derſelben als Beginn der Feindſeligkeiten zu betrachten ſey; als Lord Palmerſton den Sclavenhandel amerikaniſcher Schiffe in Cuba geltend machte, gab ihm der Präſident zur Antwort, er möge ſich an die ſpaniſchen Behörden halten. Die Correſpondenz erlangte eine um ſo größere Bitterkeit, da Zwiſchenvorfälle über die Grenzfrage und über Mac-Leod dazwiſchen kamen; der Congreß erwies dieſelbe Feſtigkeit und Gereiztheit. Er decretirte Subſidien zur Verſtärkung der Flotte und zur Requirirung von Dampfſchiffen; in dem ſchon erwähnten, überhaupt ſehr heftigen Documente über Mac-Leod hieß es z. B.: das Durchſuchungsrecht werde den amerikaniſchen Handel mit der afrikaniſchen Küſte vernichten, und bilde einen Anſpruch, der mit den Rechten der Union unvereinbar ſey. England habe Entſchädigung den angehaltenen Schiffen verweigert u. ſ. w., kurzum das Ganze bilde eine Lebensfrage u. ſ. w.

Der Krieg ſchien gewiß, und zwar zu einer Zeit, worin Englands Finanzverhältniſſe durch das Defizit

in der ſchwierigſten Lage waren, worin eine Partei-aufregung im Inneren begann, die einen Krieg mit einem Staate, wie Nordamerika, doppelt gefährlich machte. Was den erſten Punkt betrifft, ſo mußte England das Defizit durch neue Rüſtungen gegen Nordamerika vergrößern, hinſichtlich des zweiten Umſtandes konnten ſich noch ſchlimmere Folgen im Fall eines Krieges ergeben. Seit 1815 iſt durch Anwendung des Dampfes eine Veränderung in der Schiff-fahrt eingetreten, welche eine Landung in England nicht mehr ſo problematiſch macht, wie früher. Nur einige tauſend Mann, an die Weſtküſte geworfen, könnten den Chartiſtenbewegungen eine ganz andere Richtung geben, wie ſie dieſe Partei ohne Führer, ohne Hülfsmittel u. ſ. w. jemals ſelbſt beſitzen würde. Zwar hielt ganz England wie ein Mann zuſammen, als man 1798 und 1805 eine Landung von Frankreich aus erwartete, allein ein Kampf mit Nordamerika gilt ſchon an ſich wegen gleicher Abſtammung u. ſ. w. als ein Bürgerkrieg, und hat ſomit auch eine ganz andere Bedeutung, wie ein Kampf mit einem durchaus fremden Staate. Allein davon abgeſehen, bot ein Krieg mit Nordamerika keine beſondere Ausſichten auf Erfolg. Seit 1812 hatte zwar England nicht ſolche Streitkräfte dorthin verwenden können, wie es jezt vielleicht möglich wäre, allein Nordamerika verfügt jezt auch über ganz andere Mittel, wie damals. Damals zählte der Staat nur 6 Millionen Einwohner, gegenwärtig zwiſchen 16 und 17; damals war die Flotte gering

und kein einziges Linienſchiff gebaut, gegenwärtig beſizt die Union 12 Linienſchiffe und mehr als 40 Fregatten, die freilich nicht ſämmtlich in Dienſt ſind, aber ohne große Schwierigkeit ausgerüſtet werden können, denn es fehlt nicht an Matroſen; gegenwärtig ſind alle Zeughäuſer im beſten Zuſtande, die Union könnte ſchnell ein zahlreiches Landheer von wohl geübten und in jeder Hinſicht abgehärteten Kriegern zuſammenbringen, welches durch Disciplin ſchnell allen übrigen gleich käme, denn ein nordamerikaniſcher Feldherr darf Disciplinarmittel anwenden, wie ſie ſchwerlich in einem andern Heere ausgeübt werden könnten *), und ohnedem beſizt der Staat eine Menge von Militärſchulen, um Offiziere zu bilden. Derjenige engliſche General, welcher damals an der Grenze commandirte, hat bald darauf eine Schrift über Nordamerika, deſſen Militärweſen u. ſ. w. herausgegeben, worin die Meinung ausgeſprochen iſt, ein Krieg könne beiden Theilen nur zum höchſten Unheil gereichen, indem beide die Macht beſäßen, ſich unermeßlichen Schaden zuzufügen, ohne daß irgend Einer den Andern gänzlich niederzuwerfen vermöge. — Die einzige größere Schwierigkeit für Nordamerika lag damals in dem erſchütterten Credit; vielleicht hätte ein Krieg in jenem Fall denſelben wiederhergeſtellt, indem er die einzelnen Staaten würde genöthigt haben, ihre Schulden

*) Der General Jackſon ließ z. B. in New-Orleans zwei Freiwillige aufhängen, weil ſie nach dem Zapfenſtreich noch auf der Straße ſich zeigten.

anzuerkennen, und ſo das einzige Hinderniß zu entfernen, welches dem Credit der Union im Wege ſteht, denn dieſe hat bekanntlich alle ihre während der Kriege gemachten Schulden abgetragen.

Unter dieſen Verhältniſſen ward die Aufregung an der Grenze von ſolcher Art, daß wirkliche Feindſeligkeiten ohne Kriegserklärung auszubrechen droheten. Der Staat Maine beſtimmte bereits eine Summe zu Truppenausrüſtungen; amerikaniſche Jäger, vertriebene Canadier, Abenteurer jeder Art verſammelten ſich bereits in der Erwartung eines von Nordamerika geleiteten Einfalls. Eine förmliche Organiſation in Logen (ſogenannte Hunters'-Loges) hatte ſich gebildet, ſo daß eine Streitmacht von mehr als 50,000 Mann bereit geweſen ſeyn ſoll. Die Union ließ die Wachſamkeit an der Grenze verdoppeln, um einen voreiligen Ausbruch zu verhindern; der Präſident (Tyler) machte eine Proclamation bekannt, welche Eindringlinge auf das brittiſche Gebiet mit den geſetzlichen Strafen bedrohete u. ſ. w. Andrerſeits verſtärkten die Engländer ihre Grenzpoſten und vermehrten ihre Wachſamkeit; beide Theile ſtanden ſich bewaffnet und in Erwartung eines Kampfes gegenüber.

So lange die Whigs am Ruder blieben, wurde von Seiten der engliſchen Regierung eher an der Erbitterung geſchürt, wie dieſelbe beſchwichtigt. Lord Palmerſton reizte durch den übermüthigen Ton ſeiner Noten, und hatte ohnedem ein ſonderbares Verfahren eingeleitet, womit er die Amerikaner zu ſchrecken

und die Angriffe im Innern gegen ſeine Politik nieder=zuſchlagen hoffte. Er ſtand mit Rußland, Preußen und Oeſtreich in Unterhandlungen über einen Tractat, worin England von dieſen Mächten, wie von Frank=reich, das Unterſuchungsrecht an der afrikaniſchen Küſte zugeſtanden werden ſollte. Die Wirkung des Tracta=tes auf Nordamerika ſollte darin beſtehen, daß die Demokratie durch ein Bündniß der europäiſchen Groß=mächte im Fall eines Krieges gegen ihre Demokratie in Furcht geſezt würde; einen anderen Zweck konnte das brittiſche Cabinet nicht hegen, denn Preußen und Oeſtreich beſizt keine Seemacht, Rußland keinen Handel und keine Flotte in jenen Meeren. Natürlich ergab ſich gerade die entgegengeſezte Folge, um ſo mehr, da Frankreich mit Nordamerika damals eine Verbindung eingegangen zu ſeyn ſcheint; allein der Tractat kam erſt zu Stande, als die Whigs nicht mehr am Ruder waren, und Sir Robert Peel hat die Aufregung durch einen Vertrag geſchlichtet, worin nicht Nordamerika, ſondern England als der verlierende und nachgebende Theil ſich zeigte.

Mittlerweile verſchlimmerte ſich die Lage der indu=ſtriellen Claſſen und des niederen Volkes mit jeder Woche, und es ergab ſich keine Hoffnung, auf das baldige Wiederaufblühen des Handels. Der Regierung aber ward vielleicht noch mehr Schuld zugeſchoben, wie ſie es verdiente; man klagte über das Schwanken Elliot's, welches die Entſcheidung in China und ſomit den Wiederbeginn des regelmäßigen Handels

immer mehr in die Länge zog; man klagte über die Handelsunterbrechung in Centralaſien und gab der Regierung einen großen Theil der Schuld über die Zerrüttung des Verkehrs mit Nordamerika, welche übrigens eher in der Geldcriſe des Freiſtaates ihren Grund hatte, wie in der beiderſeitigen Spannung; man klagte über das Darniederliegen des Handels mit der Levante, welches ſich durch den anarchiſchen Zuſtand Syriens u. ſ. w. ergab. In England trat eine Handelscriſe, ein Stocken der Geſchäfte mit allen unheilvollen Folgen ein, welche ſich je bei ſolchen Gelegenheiten zu erweiſen pflegen (Brodloſigkeit der Arbeiter, zahlreiche Bankerotte u. ſ. w.). Theurung des Getreides und Schwankungen in deſſen Preiſen kamen hinzu; man verſpürte Mangel an baarem Gelde, die Stocks ſanken, durch das Defizit minderte ſich das Vertrauen auf den Staatscredit. Unter dieſer Lage geſchahen die Wahlen.

Es kann kein Zweifel herrſchen, daß die lezte Maßregel der Miniſter zu ihren Gunſten wirkte; allein dieß war nicht einmal überall dort der Fall, wo die Kornagitation als allgemein vorherrſchte. Einerſeits hatte die Whig-Regierung die Sache nicht aus Parteianſichten zur Cabinetsfrage gemacht, ſondern in der Noth, um ſich ein Defizit oder den Lärm darüber vom Halſe zu ſchaffen. Kam jezt ein günſtiges Unterhaus wieder zu Stande, ſo ließ ſich ihr früheres Verfahren wiederum erwarten, d. h. ſie würden eine liberale Maßregel im Unterhauſe durchſetzen, und dieſelbe

nach Gutdünken Sir Robert Peel's und Lord Lyndhurſt's im Oberhauſe verſtümmeln laſſen. Somit war es den Mittelclaſſen gleich, ob Sir Robert Peel die Veränderung durchſezte, in Betreff welcher man jezt in ſo weit keinen Zweifel mehr hegte, daß wenigſtens Etwas von dieſem Tory-Haupte geſchehen müßte, um ſo mehr, da ſich Sir Robert ohnedem bei allen Kornverhandlungen ſo vorſichtig ausgedrückt hatte, daß ihm in keiner Weiſe die Hände gebunden waren. Es läßt ſich gar nicht leugnen, daß Sir Robert Peel damals bei den Mittelclaſſen große Popularität beſaß; man erinnerte ſich ſeines früheren Lebens und der von ihm durchgeführten Reformen, wobei er auf den Lärm ſeiner Partei wenig Rückſicht nahm, ſobald die Umſtände ihm eine beſtimmte Mehrheit zur Verfügung ſtellten; ohnedem hatte er ſich in lezter Zeit zu verſchiedenen Malen an die Radikalen gehalten, als dieſe auf Veränderung des Tarifſyſtems im Sinne des freien Handels drangen. Ferner nahmen jezt die Conſervativen, wenigſtens ihre Häupter, in Betreff der auswärtigen Angelegenheiten eine höchſt günſtige Stellung ein; überall wurde den Miniſtern ein langes Sündenregiſter entgegengehalten, vom Fall des Vixen bis zu ihrer lezten Politik gegen Nordamerika. Aeußerungen von Sir Francis Burdett in Weſtminſter, als er den Wählern einen conſervativen Candidaten empfahl, wurden unzählige Mal wiederholt. Er ſprach weder für noch gegen die Korngeſetze, ſondern bemerkte nur, die Whigs hätten die Frage als

ein Cheval de bataille benuzt, um mittelſt deſſelben eine bereits halb verlorene Schlacht wiederherzuſtellen. Man habe nicht einmal das ganze Korneinfuhrſyſtem ins Auge gefaßt, ſondern nur behauptet, die Finanzklemme werde ſich durch eine kleine Mehreinfuhr von Korn beſeitigen laſſen. Die äußere Verwaltung ſey die ſchlechteſte, die man ſich denken könne. Die Märkte Centralaſiens habe man ſich durch das Verfahren in Betreff Tſcherkeſſiens verſchließen laſſen, wozu der Kaiſer von Rußland eben ſo wenig Recht gehabt habe, wie auf eine Blokade der Küſte von Cornwallis. Die engliſche Flagge ſey unbeſtraft von den Ruſſen beſchimpft worden, während andrerſeits die Pfuſcher-Diplomatie der Whigs das gute Einverſtändniß mit Frankreich gefährdete u. ſ. w. — Offenbar hatten die Whigs in Betreff Frankreichs darauf gerechnet, die Wiederaufregung des alten Nationalhaſſes werde ihnen bei den Wahlen helfen. Dieß iſt aber eben ſo wenig geſchehen, wie ſie von ihrer zu ſpäten Annahme der Korngeſetze große Vortheile erlangten. Nun läßt es ſich zwar nicht leugnen, daß andrerſeits der Beſtechung bei dieſer Wahl ein größeres Feld eröffnet war, wie in den früheren ſeit 1830. Die Wahlunterſuchungen von 1842 haben dieß erwieſen, und zwar in ſolcher Weiſe, daß ſich das Parlament ſelbſt zu ſchämen begann; wahrſcheinlich mogten die einzelnen Parlamentglieder auch ſchlimme Folgen ihrer Wahlbeſtechung verſpüren, denn ſeit der Reform kann nur die Beſtechung im Großen getrieben

werden *); allein die Beſtechung ſelbſt war nicht genügend, um einen großen Erfolg im Ganzen zu bewirken, wären die andern erwähnten Umſtände nicht hinzugekommen.

Gleich anfangs zeigten ſich für die Whigs ſchlimme Ausſichten durch die Wahlen der Hauptſtadt; Lord John Ruſſel war in der City von London als Candidat aufgetreten, jenem Mittelpunkte des Welthandels, wo an eine Beſtechung nicht zu denken war. Die Verhältniſſe der dortigen Corporation ſind früher dargelegt worden, ſo wie die höchſt wichtige Parteiſtellung, welche dieſelbe einnimmt; an der liberalen Stimmung der Mehrheit war nicht zu zweifeln, ſomit hofften die Whigs entſchieden auf die vier Parlamentsſitze, über welche die City verfügte. Lord John Ruſſel ſelbſt ſchien auf eine große Mehrheit zu hoffen; die Urſache, weßhalb er in der City als Candidat auftrat, lag offenbar in der Hoffnung, von dieſem wichtigſten Repräſentanten des Mittelſtandes eine auffallende Billigung ſeiner kurz vorher gemachten Vorſchläge zu erhalten. Er fand ſich ſehr getäuſcht; nur eine Mehrheit von 9 Stimmen verhinderte ſeine Verwerfung. Neben ihm ward der alte und in der City gefeierte liberale Wood gewählt, zu welchem ſchon die Wähler eine große Anhänglichkeit wegen ſeines früheren Lebens hegten, wenn er auch ſeit 1830 keine beſondere Rolle geſpielt hatte. Die beiden anderen

*) Bei einigen Grafſchaftswahlen ſollen 100,000 Pfund in Umlauf geſezt ſeyn.

Parlamentsſitze erhielten dagegen Conſervative. Leztere hofften nach der Durchſicht des Polls (der Wählerliſte), die Wahl Lord John Ruſſels ſtreitig machen zu können, da mehrere zu gleicher Zeit für den Miniſter und für einen Tory geſtimmt hatten, erhielten aber eine für die Stimmung des ganzen Mittelſtandes bezeichnende Erklärung: Man wünſche eine Regierung Sir Robert Peel's, gedenke jedoch durchaus nicht, eine Controlle durch eine Wahl von vier Conſervativen zu entfernen. — Eben ſo ſchlimm ging es den Miniſtern in Weſtminſter, jenem Theile der Hauptſtadt, der es ſich ſtets zum Ruhme anrechnete, liberale Candidaten ins Parlament zu ſenden, der in Zeiten der Gefahr ſtets muthig voran ſtand, und deſſen Wahl auf England immer einen großen Eindruck gemacht hat. Ein Radikaler (Leader) ward erwählt, allein Evans fiel durch und mußte ſeine Stelle einem Conſervativen einräumen, weil er unglücklicher Weiſe die Miniſter bedingt geprieſen und ihnen ſeinen Beiſtand verſprochen hatte.

Jeder Tag brachte ſchlimme Nachrichten; in manchen Orten hatten Radikale und Tories eine Coalition geſchloſſen, um die Whigs durchfallen zu laſſen, mitunter aus allgemeinem Aerger und aus dem Beweggrunde, weil man auf Peel, wie oben erwähnt, Hoffnungen ſezte, mitunter auch wegen der Modifizirung des neuen Armengeſetzes, die von den Whigs nicht zu erwarten war. Die Verhältniſſe deſſelben ſind bereits dargelegt, und es mag die Frage ſeyn, ob Groß-

brittannien durch eine Modifizirung eine Wohlthat erlangen würde; in einem Punkte aber trafen Conſervative und Radikale zuſammen, in der Beſchränkung der von den Armencommiſſären geübten Macht, welche den auf ihre Gewalt argwöhniſchen Lokalitäten die Centraliſation der Verwaltung und deren Einmiſchung in Communalangelegenheiten anzudeuten ſchien. In den kleineren Binnenſtädten, wo Ackerbau-Intereſſen vorherrſchen, verlor die Regierung ebenfalls; es ergab ſich bei der Wahl als klar, daß die ganze Ackerbau treibende Bevölkerung höchſt gereizt für die Korngeſetze auftrat; es ſchien eine wirkliche Erbitterung gegen die Manufakturſtädte zu herrſchen, bei welcher freilich erſtere zulezt unterliegen mag, die aber für den Augenblick entſcheidend war. Ein Sieg der Whigs in den Grafſchaften war ſchon von Anfang an für unmöglich gehalten.

Mit jeder Poſt trübten ſich die Ausſichten für die Miniſter; auch in Schottland und ſogar nicht einmal in Irland fielen die Wahlen nach ihrer Erwartung aus. Nach 5 bis 6 Tagen wurde ſchon an der Mehrheit verzweifelt. Je mehr die Wahlen dem Schluſſe ſich näherten, deſto mehr ſtellte ſich das Uebergewicht der Conſervativ-Partei, oder vielmehr desjenigen Mannes, der ſie repräſentirte, heraus. Zulezt überſtieg der Erfolg alle Hoffnungen derſelben; die Whigs geſtanden (24. Juli) eine conſervative Mehrheit von 77 zu; dieſe hat ſich ſpäter als noch bei weitem ſtärker herausgeſtellt.

Somit war das Schickſal der Regierung entſchieden; das Land und vor Allem die Mittelclaſſen hatten ihr Vertrauen den Whigs entzogen. Das Miniſterium hielt jedoch noch einige Zeit mit ſeinem Rücktritte zurück. Lord John Ruſſel erklärte am 20. Juli ſeinen Wählern, daß er ein Votum des Unterhauſes abwarte. Einige Wochen lang blieb Großbrittannien in einem ungewiſſen Zuſtande, während welcher Zeit zum Glück auch von Amerika kein Ereigniß eintrat, um neue Verwirrung zu bewirken. Den Whigs ward zum Vorwurf ſpäter gemacht, daß ſie dieſe kurze Zeit noch benuzten, ſo viel nur immer möglich an ihre Verwandte und Anhänger unabſetzbare Aemter zu ertheilen. Inconſtitutionell war ihre Verzögerung allerdings nicht, obgleich es männlicher und zweckmäßiger geweſen wäre, hätte das Cabinet gleich nach den Wahlen ſich zurückgezogen und Sir Robert Peel ſeine Stelle eingeräumt. Hoffnung konnte nicht gehegt werden, das Unterhaus werde die Whig-Regierung noch länger dulden. Vielleicht war ihr Bleiben auf die Zukunft berechnet; die Thronrede bei Wiedereröffnung des Parlamentes (24. Auguſt) ſchloß nämlich mit einer Phraſe, worin das Schwert gegen die Grundbeſitzer gleichſam entblößt wurde. Es hieß darin: „Euch wird es zuſtehen, zu entſcheiden, ob die Korngeſetze nicht die natürlichen Fluctuationen der Markteinfuhr beſchweren, den Handel verwirren, den Geldumlauf in Unordnung bringen und durch ihre Wirkſamkeit der großen Maſſe der Staatsgeſellſchaft ihr Wohlſeyn vermin-

dern, ihre Entbehrungen erſchweren.“ Eine ſolche Phraſe hätte zwei Jahre früher eine andere Wirkung hervorgebracht, vielleicht noch bei derſelben Parlaments-eröffnung, wenn Lord Palmerſton's Politik weggeblieben wäre. Der Form wegen wurde die Adreſſe vorgeſchlagen, über deren Verwerfung die Miniſter nicht den leiſeſten Zweifel hegen konnten; ein Votum über Mangel an Vertrauen ward dazwiſchen geſchoben und mit einer Mehrheit angenommen, welche die Conſervativen ſelbſt überraſchte, und dem Lande wegen zu großer Stärke der Partei ſicherlich nicht genehm war. Sie betrug **190** Stimmen!

Am 5. September kündigte Lord Melbourne und Lord John Ruſſel die Reſignation der Miniſter an; ſchon früher war es bekannt, daß Sir Robert Peel das Haupt der Regierung werden würde; er war der einzige Mann, welcher das Staatsruder zu führen vermogte; alle Mitglieder ſeiner Partei fühlten dieß, und Lord Wellington hatte ſich freiwillig einer hervorragenden Stellung begeben; außer ihm und Lyndhurſt beſaßen die Conſervativen keine eigentlichen Leiter; ſelbſt Graham und Stanley mußten wenigſtens in der eigentlichen Regierung zurückſtehen; auch hat Er faſt allein das Ruder 1842 geführt. Sein Verhältniß war ſchwierig; die Mittelclaſſen hegten zwar zu ihm Vertrauen, ſogar das niedere Volk, allein bei weitem nicht in ſolchem Grade, wie noch 1835 zu den Whigs: Argwohn umlauerte ihn bald von allen Seiten; vor Allem von ſeiner eigenen Partei. Bei dieſer

ſchien er 1842 ſeinen gefährlichſten Feind zu finden, denn er hat damals Dinge durchgeſezt, die den ganzen Schwarm der Landjunker im Parlament erbittert haben. Er benahm ſich klug, hielt ſeine Pläne lange geheim, überraſchte Gegner wie Freunde, und verfuhr dann gegen ſeine eigene Partei mit Gewaltſamkeit, verlezte aber auch auf der andern Seite, freilich auf Nothwendigkeit ſich ſtützend, die Mittelclaſſen (durch die Eigenthumsſteuer) und befriedigte ſie in anderer Hinſicht nicht ganz, wobei man aber für den Augenblick einſah, daß er wegen ſeiner eigenen Partei nicht weiter konnte. Die Maſſe der alten Tories hat ſich bei allem Widerſtreben ihm fügen müſſen; ſie ſcheint für den Augenblick die Unmöglichkeit einzuſehen, ihr früheres Syſtem durchzuführen. Ob dieß für immer der Fall ſeyn wird, muß die Folge lehren. An ſeiner Perſon hängt wenigſtens das Schickſal der Conſervativen, vielleicht das Schickſal Englands.

Inhalts-Verzeichniß.

Erſtes Kapitel.

Stellung der Tory-Partei unmittelbar nach der Parlamentsreform 1—2. Stellung der Whig-Partei 2—3. Erhöheter Einfluß der Mittelclaſſen; deſſen Urſachen 3—10. Stellung der niederen Claſſen 10—13. Stellung der Radikalen 13—17. Erſte Wahlen nach der Reformbill 17. Zuſtand Irlands 18—26. Iriſche Zwangsbill 26—30. Vorſchläge über Veränderungen in der iriſchen Kirche. Bisherige Verhältniſſe derſelben. Parteikämpfe und Vorfälle in dieſer Hinſicht 30—41. Aufregung über Steuerveränderung. Häuſer- und Malzſteuer 41—47. Frühere Verhältniſſe der weſtindiſchen Colonieen. Bill der Miniſter über Negeremancipation 47—60. Frühere Verhältniſſe der Bank. Bill der Miniſter über die Bank 60—75. — Verhältniſſe der oſtindiſchen Compagnie. Veränderungen bei Wiedererneuung des Freibriefes derſelben 75—85. — Fabrikarbeiter. Factory-Bill 85—91. — Brougham's Reformen im Gerichtsweſen 91—95. — Beſtrebungen der Radikalen. Vereitelte Juden-Emancipation 95—98. — Budget 98. — Auswärtige Politik in Betreff Frankreichs, der pyrenäiſchen Halbinſel und Rußlands 98—106. — Verſchiedene Ereigniſſe 107—111.

Zweites Kapitel.

Allgemeines Reſultat der Seſſion von 1834 111—112. — Budget, Häuſer- und Malzſteuer 116. — Verhältniſſe bei dem früheren Armengeſetz. Neues Armengeſetz; deſſen Folgen 116—131. — Beſtrebungen der Whig-Partei über Reform der Hochkirche. Stellung derſelben und der Diſſenters. Vorſchläge in dieſem Sinne über Zulaſſung der Diſſenters zu den Univerſitäten. Kirchenabgaben. Iriſche Zehenten. Spaltungen in der Regierung. Veränderungen in deren Zuſammenſetzung. Iriſche Zehentenbill 131—151. — Iriſche Zwangsbill. Neue Criſe des Miniſteriums 151—160. — Widerſtand der Tory-Partei. Feindliche Stellung der Lords gegen Regierung und Unterhaus 160—165. — Verhandlung geringerer Wichtigkeit 165—168. — Auswärtige Politik. Quadrupeltractat. Stellung gegen Rußland hinſichtlich des Vertrags von Unkiar-Skeleſſi 168—173. — Dampfſchifffahrt nach Oſtindien 174. — Bewegungen unter den niederen Volksclaſſen. Arbeitervereine 174—181.

Drittes Kapitel.

Veranlaſſung des Tory-Miniſteriums 182—184. — Verhältniß und Zuſammenſetzung der Conſervativ-Partei 184—189. — Aufregung des Landes. — Bildung des Tory-Miniſteriums. Manifeſt Peel's. Wahlen 189—201. — Kämpfe im Parlament. Peel's Bill über Diſſenters und iriſche Zehenten 201—209. — Appropriationsclauſel. Sturz des Miniſteriums durch das Unterhaus 209—216. — Folgen und Wirkſamkeit des Peel-Miniſteriums 209—219.

Viertes Kapitel.

Stellung der Whig-Partei. Whig-Miniſterium. O'Connel's Verhältniß 219—232. Municipalreform. Geſchloſſene Corporationen. Bill der Miniſter. Corporation von London. Veränderungen der Bill im Oberhauſe; geſpanntes Verhältniß beider Häuſer 232—258. — Iriſche Zehentenbill 258—263. — Oranienlogen 263—275. — Wahrſcheinlicher Plan der Whigs in Betreff der Lords 275—577. — Spaniſche Legion 278—281. — Verſchiedene Ereigniſſe 281—283. — Aufhebung der Oranienlogen 283—288. — Iriſche Municipalreform. Frühere Verhältniſſe der iriſchen Corporationen. Bill der Miniſter. Verwerfung im Oberhauſe. Verfahren der Regierung 288—302. — Iriſche Zehentenbill 302—305. — Verhältniſſe des Volkes und der Parteien 305—307. — Engliſche Zehentenbill 307—314. — Bill über Kirchenreform 314—323. — Fragen über Ehen der Diſſenters erledigt 323. — Zeitungsſtempel. Pfennig-Preſſe. Früherer Zuſtand. Factiſche Veränderung ſeit 1830. Beſtrebungen zur gänzlichen Aufhebung des Stempels. Bill der Miniſter 323—339. — Aufhebung der früheren Fremdenbill 339—341. — Freibrief der Univerſität London 341—343. — Auswärtige Verhältniſſe in Betreff Rußlands. Portfolio. Garantirung des griechiſchen Anlehens. Unterſtützung der geflüchteten Polen 343—349. Proceß Lord Melbourne's in Betreff der Mrs. Norton 349—351. — Blüthe der Induſtrie 351—352. — Verwaltung Irlands 353. — Iriſche Municipalreform 354—357. — Zehentenbill. Auslaſſung der Appropriationsclauſel 357—360. — Iriſche Armenbill. Zuſtand der iriſchen Bevölkerung 360—367. — Bill über Abſchaffung der Kirchenſteuern 367—374. — Abfall von Sir Francis Burdett 375—379. — Tod des Königs. Lebensbeſchreibung 380—383.

Fünftes Kapitel.

Thronbeſteigung der Victoria; deren Abkunft und Erziehung. Stimmung der Nation gegen die Königin 383—388. — Wahlen und neues Unterhaus. Stellung der Regierung 388—395. — Civilliſte und Penſion der Herzogin von Kent 395—400. — Canada. Früheres Verhältniß. Verfaſſung. Streitigkeiten mit der Regierung des Gouverneurs. Beſchwerden der Canadier. Parlamentsbeſchluß von 1828. Verfahren der Whig-Regierung gegen Canada. Forderungen der canadiſchen Colonial-Verſammlung. Stimmung in England. Aufregung in Canada 400—427. — Inſurrection

in beiden Canada's. Unterdrückung des Aufſtandes. Vorfälle an der nord-amerikaniſchen Grenze. Verletzung der Neutralität von Seiten der Engländer 427—438. — Durham's Ernennung zum Generalgouverneur. Bill über Suspenſion der Verfaſſung von Nieder-Canada 438—441. — Iriſche Armenbill 442—445. — Erledigung der iriſchen Zehentenfrage 445—451. — Iriſche Municipalbill 451—453. — Brougham's Abfall. Stellung der Miniſter 453—455. — Verhältniſſe von Jamaica. Westindia-jail-Bill 455—460. — Ereigniſſe in Canada. Durham's kurze Regierung. Darauf bezügliche Vorfälle im Parlament. Durham's Abreiſe. Wiederbeginn der Unruhen 460—473. — Chartiſten 473—478. — Krönung 478. — Auswärtige Verhältniſſe in Betreff Rußlands; deſſen Plane auf Indien. Anſprüche auf Tſcherkeſſien. Beſchlagnahme des engliſchen Schiffes Vixen im Schwarzen Meere 478—493. — Verhältniſſe Englands und Rußlands zu Perſien. Stellung dieſer Macht. Zug nach Herat. Intriguen in Brittiſch-Indien 494—501. — Innere Verhältniſſe von Afghaniſtan und von Lahore. Unterhandlungen der Engländer mit dem Fürſten von Cabul, Doſt Mohamed 501—511. — Ruſſiſche Intriguen in Afghaniſtan. Rüſtungen in Brittiſch-Indien. Feindſeligkeiten gegen Perſien und Doſt Mohamed. Bündniß mit Rundſchit-Singh 511—520. — Manifeſt des Generalgouverneurs, Lord Auckland. Feldzug in Afghaniſtan und Reſtauration des Schah Schudſchah. Unterhandlungen mit Rußland 520—539. — Beſetzung von Aden 538—539. — Verhältniß der Parteien in England. Korngeſetze. Aufregung gegen dieſelbe 539—559. — Korngeſetze und geheime Abſtimmung, offene Fragen. Lord Durham nach der Rückkehr. Streitigkeiten mit Jamaica. Bill über Suspenſion der Verfaſſung dieſer Colonie. Reſignation der Miniſter 559—566.

Sechstes Kapitel.

Berufung Sir Robert Peel's. Vereitelung des Tory-Miniſteriums durch die Königin. Wiedereinſetzung der Whig-Miniſter 567—572. — Poſtreform 572—580. — Chartiſten-Unruhen 580—582. — Streitigkeit mit China. Engliſch-chineſiſcher Handel. Opium-Einfuhr. Verbot deſſelben von Seiten der chineſiſchen Regierung. Lin's Beſchlagnahme des Opiums. Verfahren deſſelben gegen die Engländer. Beginn der Feindſeligkeiten 582—602. — Grenzſtreitigkeit mit den Vereinigten Staaten 602—609. — Nothſtand in Großbrittannien. Veränderungen im Miniſterium. Vermählung der Königin. Appanage des Prinzen Albert. Erledigung der iriſchen Municipalreform. Bill über Vereinigung der beiden Canada's. Niederlagen der Miniſter. Stanley's iriſche Regiſtrationsbill 602—626. — Lord Palmerſton's Stellung 626—627. — Streitigkeit mit Neapel über das Schwefelmonopol 627—632. — Politik Lord Palmerſton's im Orient. Beweggründe. Julitractat, Bruch mit Frankreich. Lord Ponſonby's Theilnahme an dem Verfahren gegen Mehemet Ali; deſſen Intriguen. Folgen des Julitractats für England 632—658. — Beginn der Parlaments-Seſſion von 1841. Stellung der Parteien. Niederlage der Miniſter bei

der Regiſtrationsbill. Veränderung der Korngeſetze als Regierungsmaßregel. Defizit. Niederlage der Miniſter bei der Bill über Herabſetzung der Zuckerzölle. Erklärung des Unterhauſes über Mangel an Vertrauen. Lage Großbrittanniens 658—670. — Feindſeligkeiten gegen China. Beſetzung der Tſchuſan-Inſeln. Operationen am Bocca-Tigris. Elliot's Vertrag. Operationen vor Canton. Capitulation der Stadt 670—681. — Stellung der Engländer in Afghaniſtan 681—682. — Streitigkeiten mit den Vereinigten Staaten. Verhaftung und Proceß Mac-Leods. Durchſuchungsrecht zur See für die Küſte Weſtafrika's, von England in Anſpruch genommen. Verhältniſſe der Union in Betreff des Durchſuchungsrechtes und gegen England im Allgemeinen. Nähe eines Krieges 682—695. — Innere Lage Großbrittanniens. Verhältniß der Parteien. Wahlen. Votum des Unterhauſes über Mangel an Vertrauen. Reſignation der Whig-Miniſter 695—704. — Tory-Verwaltung Peel's. Stellung dieſes Miniſters 704—705.

Bei demſelben Verleger ſind erſchienen:

Artaud und de la Salle, Geſchichte und Beſchreibung von **Italien und Sizilien.** Aus dem Franzöſiſchen. Mit 120 Kupfern und 2 Karten. geb. fl. 3. 48 kr. R. 2. 9 ggr.

Champollion-Figeac, Geſchichte und Beſchreibung von **Egypten.** A. d. Fr. Mit 22 Kupfern und 1 Karte. fl. 4. — R. 2. 12 ggr.

Converſations-Saal und Geiſter-Revüe. Ein Panorama intereſſanter Perſonen, Gedanken und Zeitmaterien, für Menſchenkenntniß und Wiſſenſchaft. Gedacht und geſammelt von Magis Amica Veritas (**Dr. H. E. G. Paulus**). fl. 5. 30 kr. R. 3. 12 ggr.

Denys und Famin, Geſchichte und Beſchreibung von **Braſilien, Columbien und Guyana.** A. d. Fr. Mit 100 Stahlſtichen und 2 Karten. fl. 3. 12 kr. R. 2. —

Depping, G. B., die **Juden** im Mittelalter. Ein von der Akademie der Inschriften und schönen Wissenschaften zu Paris durch Ehrenerwähnung ausgezeichneter historischer Versuch über ihre bürgerlichen, literärischen und Handels-Verhältnisse. Aus dem Französischen. fl. 2. 24 kr. R. 1. 12 ggr.

Georgii, L., Alte Geographie, beleuchtet durch Geſchichte, Sitten, Sagen der Völker und mit vergleichenden Beziehungen auf die neuere Länder- und Völker-Kunde. Nebſt einem Anhange, enthaltend die Geographie des Ptolemäus in deutſcher Ueberſetzung. Lexikon-8.

I. Abtheilung: Aſia, Afrika fl. 3. — kr. R. 1. 21 ggr.
II. „ Europa, 1. Heft „ 1. 36 „ „ 1. — „

Gfrörer, A., kritiſche Geſchichte des **Urchriſtenthums**, 1. Band, enthaltend in 2 Abtheilungen oder 8 Lieferungen: Philo und die alexandriniſche Theoſophie, oder vom Einfluß der jüdiſch-egyptiſchen Schule auf die Lehre des neuen Teſtaments. Zweite unveränderte Auflage. fl. 6. 24 kr. R. 4. —

Golbéry, v., Geſchichte und Beſchreibung der **Schweiz und Tyrols.** A. d. Fr. Mit 92 Kupfern und 1 Karte. fl. 4. — R. 2. 12 ggr.

Geſchichte der **engliſchen Revolution**, die, von der Thronbeſteigung Carl I. bis zum Falle Jakob II. (Nach Guizot bearbeitet.) Drei Bände (in 12 Heften). — Mit 12 Portraits. Herabgeſezter Preis fl. 1. 30 kr. R. 1. —

Lebas, M., Geſchichte und Beſchreibung von **Schweden** und **Norwegen.** A. d. Fr. Mit 60 Stahlſtichen und 1 Karte. fl. 3. 36 kr. R. 2. 6 ggr.

Lindner, F. L., **Skythien** und die Skythen des Herodot, und ſeine Ausleger, nebſt Beſchreibung des heutigen Zuſtandes jener Länder. Mit vier Karten. fl. 2. 24 kr. R. 1. 12 ggr.

Oſiander, H. F., Darſtellung der **franzöſiſchen Finanzen** ſeit der Juli-Revolution, von 1830—1837.
fl. 1. 36 kr. R. 1. —

Pfaff, K., Fürſtenhaus und Land **Württemberg** nach den Hauptmomenten, von der älteſten bis auf die neueſte Zeit. Eine Feſtgabe zur Jubelfeier. fl. 1. — — 15 ggr.

Pouqueville, Geſchichte und Beſchreibung von **Griechenland.** A. d. Fr. Mit 112 Kupfern und 2 Karten.
fl. 3. 36 kr. R. 2. 6 ggr.

Rienzi, D. v., Geſchichte und Beſchreibung von **Oceanien.** A. d. Fr. 3 Bände mit 268 Stahlſtichen und 5 Karten.
fl. 10. — R. 6. 6 ggr.

Roux de Rochelle, Geſchichte und Beſchreibung der **vereinigten Staaten** von **Nordamerika.** A. d. Fr. Mit 96 Stahlſtichen und 1 Karte. fl. 3. 36 kr. R. 2. 6 ggr.

Schillers ſämmtlichen Werken, Nachträge zu, geſammelt und herausgegeben von **Eduard Boas.** 2 Bände mit einem Portrait Schillers nach dem Tode.
fl. 2. 24 kr. R. 1. 12 ggr.

STAATSBIBLIOTHEK BAMBERG

Bayerische StaatsBibliothek
Münchener DigitalisierungsZentrum Digitale Bibliothek

Kottenkamp, Franz,

Geschichte Englands von 1833 bis 1842

Stuttgart 1843

Bamberg, Staatsbibliothek -- H.angl.o.24
urn:nbn:de:bvb:12-bsb11683565-0